Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
B 2 873 409

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

APR 22

Achtunddreißigster Jahrgang — April 1913. — Preis viertelj. 6 Mark
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
Sir **Charles Bruce**: Eine Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund	1
W. H. de Beaufort, früher K. niederländischer Minister des Aeußern: Die Großmächte und der Friede	8
Ueber die Heeresverstärkung und über die einmalige Forderung einer Milliarde. Ein Schreiben von Generalleutnant z. D. von Goertz an die Redaktion der „Deutschen Revue"	12
Kurd v. Schlözer: Mexikanische Briefe	15
F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Gibt es für den Wettstreit der Flottenrüstungen eine Grenze?	20
Schülerballast	26
Freiherr **v. Hengelmüller**: Graf Alois Karolyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie	33
Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen 1910/1911. Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten	43
Julius Ernst Prinz zur Lippe: Petroleum und Petroleummonopol	53
Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 und 1853 (Fortsetzung)	60
Herzogin **v. Rohan** (Paris): Ueber die zeitgenössischen französischen Dichterinnen	70
Kurt Riezler: Volk und Staat	79
Germain Bapst (Paris): Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat (Fortsetzung)	90
v. Deines, General der Artillerie z. D.: Die Sage von der Ueberlegenheit der französischen Artillerie	106
Richard Fester: Zum Gedächtnis der Erhebung von 1813	113
Dr. Freiherr **v. Jettel**: Graf Aehrenthal. Ein Gedenkblatt	123
Literarische Berichte	124
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes	128

Stuttgart — Deutsche Verlags-Anstalt — Leipzig
1913
Preis des Jahrgangs 24 Mark

Digitized by Google

Die zweigespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum kostet auf dem Umschlag 1 M., im Inseratenanhang 60 Pf.

Anzeigen.

Je nach dem Umfang eines Inserat-Auftrags angemessener Rabatt. Prospektbeilagen nach Tarif.

Inserat-Annahme: Bei dem Central-Annoncen-Bureau, Berlin W. 30, Nollendorffstr. 13/14. Telef.: Amt VI, 6469 wie auch bei sämtlichen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.

Ende 1912 Bestand: 785 Millionen Mark.

Kostenfreie Kriegsversicherung.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER

Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich. Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.

Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Bedeutsamer Beitrag

zum Verständnis der modernen malerischen Bestrebungen

Soeben ist erschienen:

Dr. Hans Hildebrandt

Adolf Hölzel als Zeichner

Mit 10 Abbildungen. Geh. M 1.–, kart. M 1.50

Bei der großen Bedeutung Adolf Hölzels für das württembergische Kunstleben wird diese Schrift, die Hölzels künstlerische Grundsätze und Absichten einem größeren Publikum zu erläutern sucht, für jeden Kunstfreund von großem Interesse sein. Die beigegebenen getreuen Nachbildungen von zehn der schönsten Hölzelschen Zeichnungen verleihen dem schön und vornehm ausgestatteten Büchlein auch nach der künstlerischen Seite einen besonderen Wert.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Fragen Sie in jeder Kunsthandlung

Seemanns Farben-Drucke

Schönste Gemälde der Welt 1 Mark

Seemanns Farben-Drucke

Verlangen Sie sofort Neuen Katalog mit farbiger Probe und 1500 Abbildungen Für 1 Mark Franko von E. A. Seemann Leipzig 1

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Achtunddreißigster Jahrgang. Zweiter Band
April bis Juni 1913

UNIV. OF CALIFORNIA

Stuttgart und Leipzig 1913 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

AP30
D4
v.38:2

Digitized by Google

Inhalt

des

Zweiten Quartal-Bandes des Jahrgangs XXXVIII

(April bis Juni 1913)

Seite

Sir **Charles Bruce**: Eine Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund 1

W. H. de Beaufort, früher K. niederländischer Minister des Aeußern: Die Großmächte und der Friede 8

Ueber die Heeresverstärkung und über die einmalige Forderung einer Milliarde. Ein Schreiben von Generalleutnant z. D. von Goertz an die Redaktion der „Deutschen Revue" 12

Kurd v. Schlözer: Mexikanische Briefe 15

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Gibt es für den Wettstreit der Flottenrüstungen eine Grenze? 20

Schülerballast 26

Freiherr **v. Hengelmüller**: Graf Alois Karolyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie 33. 154. 277

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen 1910/1911. Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten . 43. 221. 298

Julius Ernst Prinz zur Lippe: Petroleum und Petroleummonopol . . 53

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 bis 1853 und aus der Zeit des Krimkrieges 60. 183. 326

Herzogin **v. Rohan** (Paris): Ueber die zeitgenössischen französischen Dichterinnen 70

Kurt Riezler: Volk und Staat 79

Germain Bapst (Paris): Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat 90. 205

v. Deines, General der Artillerie z. D.: Die Sage von der Ueberlegenheit der französischen Artillerie 106

Richard Fester: Zum Gedächtnis der Erhebung von 1813 113

Dr. Freiherr **v. Jettel**: Graf Aehrenthal. Ein Gedenkblatt 123

Zur europäischen Lage 129

Lord Avebury: Tripolis und Balkan 132

Sir **Max Waechter**, D. L. J. P.: England, Deutschland und der Friede Europas 134

Freiherr **von der Goltz**, Generalfeldmarschall: 1813. Die Generalprobe von Großgörschen am 2. Mai 1813 146

245830

Digitized by Google

Seite

Freiherr von der Goltz, Generalfeldmarschall: 1813. Bautzen, die Schlacht der Enttäuschung am 20. und 21. Mai 1813 266
Generalleutnant Izzet Fuad-Pascha: Ein Mißgeschick der türkischen Armee in den Kämpfen bei Tschataldscha 169
Prof. Edoardo Maragliano: Neue Perspektiven im Kampf gegen die Tuberkulose 174
Generalleutnant z. D. v. Zwehl: Grenzschutz 198
v. Deines, General der Artillerie z. D.: Zur Wehrvorlage 232
F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Einführung zweijähriger Dienstzeit in der Marine 236
Dr. Felix Meyer, Geheimer Justizrat, Kammergerichtsrat (Berlin): Der Weltwechselgerichtshof 243
Oesterreich-Ungarn und Rußland. Von einem österreichischen Politiker 257
Wo liegt die Gefahr für den europäischen Frieden? 274
Dr. J. Grober, a. o. Universitätsprofessor der innern Medizin in Jena: Publikum und Krankenhaus 287
Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich? 312
Otto Harnack: „Decadence" 320
Einige Bemerkungen zu den Wirren auf der Balkanhalbinsel. Von einem österreichischen Staatsmann a. D. 337
Josef Melnik: Gespräche über die auswärtige Politik mit dem früheren russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte 342
König Georg von Griechenland. Von einem in Athen tätig gewesenen österreichisch-ungarischen Diplomaten 346
E. v. Horn, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.: Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl v. Horn. 1863 bis 1869 351
F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: England, Deutschland und der Friede Europas 366
Prof. Dr. Robert Pilotz (Würzburg): Zentraleuropa 370

Berichte aus allen Wissenschaften

Prof. Dr. jur. Friedrich Giese in Posen: Mißstände im preußischen Kirchensteuerrecht 250

Kleine Revuen

Literarische Berichte 124. 253. 376
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 128. 256. 379

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

Ueber die europäische Lage

Wir setzen die Veröffentlichungen über obiges Thema fort, wenn wir auch mit den Ansichten der ausländischen Staatsmänner und Politiker, welche die betreffenden Artikel abzufassen die Güte hatten, nicht immer übereinstimmen.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Eine Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund

Von

Sir Charles Bruce

Im März-Heft der „Deutschen Revue" hat deren Herausgeber die Ansicht ausgesprochen, daß das einzige Mittel, Europa von der Gefahr jahrelanger Beunruhigung und von der Last der wachsenden Rüstungen zu befreien, die Errichtung einer Brücke zwischen dem Dreibund und der Tripelentente sei, und daß eine solche Brücke nur durch eine Verständigung zwischen den beiden stärksten Mächten in der Entente und dem Dreibunde gebildet werden könne. Er hat die ehrende Aufforderung an mich gerichtet, mich an der Erörterung dieses Problems zu beteiligen.

Durch die Güte des Herausgebers wurde mir im Oktober vorigen Jahres gestattet, den Artikeln, die ich für die „Deutsche Revue" über die englisch-deutschen Beziehungen geschrieben habe, einige Ausführungen unter dem Titel „Die englische Flotte als Werkzeug des Weltfriedens" folgen zu lassen. In diesem Artikel wies ich darauf hin, daß die Ereignisse der jüngsten Zeit viel dazu beigetragen haben, die internationale Gefahr zu beseitigen, die durch den allgemeinen Eindruck entsteht, daß die Tripelentente eine dem Dreibund feindliche, organisierte Vereinigung sei, und die Erkenntnis zu fördern, daß es den einzelnen Mitgliedern der beiden Gruppen freisteht, mit den einzelnen Mitgliedern der andern Abkommen zu treffen. Ich sprach die Zuversicht aus, daß derartige Abkommen nicht mit Mißtrauen betrachtet, sondern als geeignete Mittel, zu einer allgemeinen Harmonie der Interessen zu führen, willkommen geheißen würden. Ich betonte deshalb, die Hauptforderung des Augenblicks sei, eine vollständige Verständigung

Digitized by Google

zwischen England und Deutschland herbeizuführen, durch Beseitigung der zwei falschen Vorstellungen, die der Entfremdung zwischen ihnen zugrunde liegen: daß das Gedeihen einer Handelsnation unvereinbar mit dem Gedeihen einer andern, und daß das Gedeihen der Tripelentente unvereinbar mit dem Gedeihen des Dreibundes sei.

Seit der Veröffentlichung meines Artikels im Oktober-Heft der „Deutschen Revue" hat sich vieles ereignet, was geeignet ist, meine Hoffnung zu befestigen, daß in herzlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland im einzelnen eine Brücke zwischen der ganzen Tripelentente und dem ganzen Dreibund gefunden werden kann. Am 30. Oktober vorigen Jahres wurde die englisch-deutsche Verständigungskonferenz in London eröffnet und während der beiden folgenden Tage fortgesetzt. Die erste Sitzung der Konferenz war einer Erörterung der Gemeinsamkeit sozialer und wirtschaftlicher Interessen und der wechselseitigen Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gewidmet. Es wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland gegenwärtig eine Bevölkerung hat, die die weiße Bevölkerung des ganzen britischen Reiches um nahezu sechs Millionen übersteigt, und daß die Wohlfahrt dieser Bevölkerung in gleicher Weise von dem Ersatz der alten wirtschaftlichen Produktionsmethoden durch moderne wissenschaftliche Methoden abhängt.

Ein kurzer Auszug aus einer Vorlesung, die Dr. Carl Rathgen in dieser Sitzung über die Konkurrenz im Handels- und Wirtschaftsleben hielt, wird genügen, um die Bedeutung der englisch-deutschen Handelsbeziehungen darzutun und zu zeigen, daß wir gegenseitig unsre besten Kunden sind.

„Deutschland bezog im Jahre 1911 für 39 Millionen Pfund britische Waren. Dies bedeutet, daß es kein einziges unabhängiges Land auf der Welt gibt, nach dem England ebensoviel exportiert wie nach Deutschland. Und es gibt nur eine einzige englische Besitzung, nach der England mehr exportiert, nämlich Indien. Die Ausfuhr nach Deutschland allein beläuft sich auf ein Viertel des Wertes der englischen Ausfuhr nach dem ganzen britischen Reich. Deutschland allein führt mehr englische Waren ein als Rußland und Frankreich zusammen; und überdies ist der Anteil, den Deutschland an der britischen Ausfuhr hat, im Wachsen begriffen. Kein fremdes Land und keine britische Besitzung hat eine größere absolute Zunahme des britischen Exports von 1904 bis 1911 aufzuweisen als Deutschland. Auf Deutschland allein entfiel ein Zehntel der ungeheuren Zunahme dieses Exports. Die Zunahme der Ausfuhr nach Frankreich oder den Vereinigten Staaten war nur halb so groß."

Am Schluß dieser Sitzung erinnerte ein andrer Redner die Konferenz an Herrn Gladstones Ausspruch, daß der Handel und die ihm dienenden Transportmittel, die die Waren von Nation zu Nation und von Kontinent zu Kontinent befördern, „Weberschiffchen am Webstuhl der Zeit sind, die vor- und rückwärts schnellen und die Nationen zu einer einzigen verweben".

Die Schlußsitzung der Konferenz war der Diskussion über Methoden zur Förderung einer gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder und ihrer gemeinsamen

Digitized by Google

Aufgaben bei der Kulturentwicklung gewidmet. Die Diskussion konzentrierte sich natürlich auf die historische Gemeinschaft englisch-deutscher Kräfte bei der Entwicklung Europas. Das christliche Europa ist das Erzeugnis dreier Zivilisationen, der griechischen, der römischen und der germanischen, die durch Rassenkräfte aufeinandergeschichtet und durch das Christentum zu einer Einheit zusammengeschweißt sind. Der griechischen Zivilisation verdankt Europa alles, was es an Originalität in Literatur, Philosophie und Kunst sein eigen nennen kann. Der römischen Zivilisation verdankt es den Geist der Gesetzlichkeit und des Zusammenschlusses in Gemeinwesen unter einem gemeinsamen Gesetzbuch und unter dem Schutze eines gemeinsamen militärischen Systems. Der germanischen Zivilisation verdankt Europa den Geist der Freiheit, der dem einzelnen gestattet, Herr seiner selbst, seiner Handlungen und seines Schicksals zu sein, solange er nicht die Freiheit andrer antastet. Jede dieser Zivilisationen hat ihren Ursprung in den unveränderlichen natürlichen Verhältnissen der geographischen Umgebung, des Klimas und des Bodens und den besonderen physischen Eigentümlichkeiten der Menschheit. In der Tripelentente ist England, im Dreibund Deutschland der erbliche Vertreter der Prinzipien der germanischen Zivilisation, und ihre gemeinsame Aufgabe ist, eine Verständigung herbeizuführen, die als Brücke zwischen den beiden internationalen Vereinigungen dienen und so den Weltfrieden erhalten wird. „In diesem Unternehmen," erklärte ein Vertreter der englischen Kirchen auf der Konferenz, „stecken das Glück und die Hoffnungen der Menschheit, und in der Einigkeit bei dieser beispiellosen Gelegenheit müssen unsre beiden Nationen ihr unlösliches Band finden."

Am Schluß der Konferenz wurden die deutschen Delegierten mit einer Einladung Seiner Majestät des Königs zu einem Besuch in Schloß Windsor beehrt. Dieses Zeichen von Wohlwollen und Sympathie wurde von der Konferenz in vollem Maße gewürdigt.

Während der ganzen Konferenz war die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse gerichtet, die im Südosten von Europa vor sich gingen. Sowohl die englischen wie die deutschen Vorsitzenden ergingen sich in ausführlichen Darlegungen über die Balkankrisis, die den Weltfrieden so plötzlich und so ernstlich bedroht hatte, wie es in der europäischen Geschichte seit den letzten fünfzig Jahren nicht vorgekommen ist. Während dieser sich so lang hinziehenden Krisis haben die beiden Nationen sich gegenseitig besser kennen gelernt, als vielleicht die zuversichtlichsten Mitglieder der Konferenz sich versprochen hatten, und die Kenntnis hat jeder von ihnen Respekt vor dem guten Willen der andern und der Loyalität ihrer Handlungsweise beigebracht. Eine Revision des Verhältnisses der beiden Nationen, zwischen denen so lange eine gefahrdrohende Entfremdung bestanden hatte, ist jetzt in vollem Gange. Der Monat Februar ist sehr ereignisreich gewesen. Alle Großmächte haben Zeit gehabt zu erkennen, daß die politische Lage auf der Balkanhalbinsel den Welthandel ernstlich beeinträchtigt hat, indem sie die Anlage des Kapitals in neuen Anleihen und Unternehmungen hinderte, ein Resultat, das durch die Anhäufung von barem Geld noch verschlimmert wurde. Die Lage

Digitized by Google

ist eingehend in der englischen Finanzzeitschrift „The Statist" geschildert; der Verfasser eines in der Nummer vom 22. Februar erschienenen Artikels spricht sich darüber folgendermaßen aus:

„Hoffentlich werden die Staatsmänner, die für die Fortdauer des bestehenden Zustands der Dinge verantwortlich sind, sich die Tatsache gegenwärtig halten, daß in unsrer Zeit die Welt durch finanzielle Bande der engsten Art verknüpft ist; daß das regelmäßige Abströmen des Kapitals von den ausleihenden zu den entleihenden Nationen eine der großen Kräfte ist, die in bedeutendem Maße zum Gedeihen aller Länder in der modernen Zeit beigetragen haben; daß der Mangel an Vertrauen, der noch immer besteht, den Strom des Kapitals fast aufgehalten hat, und daß es im höchsten Grade notwendig geworden ist, das Vertrauen wiederherzustellen, um weitverbreitetes Unheil abzuwenden."

Ueber die Gefahren der Lage sind sich alle Großmächte im klaren, und der letzte Monat hat einige bemerkenswerte politische Erklärungen gebracht, die dazu beigetragen haben, die öffentliche Meinung in England zu überzeugen, daß eine aktive englisch-deutsche Rivalität nicht mehr im Zentrum der Beziehungen zwischen der Tripelentente und dem Dreibund steht. Im Zentrum steht ein ernstliches englisch-deutsches Streben nach einem Zusammenwirken. Ich habe hier die Reden im Auge, die in Berlin von dem Großadmiral v. Tirpitz und dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow gehalten worden sind, und die Rede, die der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky bei einem in London zur Feier des Geburtstags des Deutschen Kaisers gegebenen Diner gehalten hat.

Der folgende Auszug aus der Rede des Großadmirals v. Tirpitz ist dem im „Berliner Tagblatt" veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags bei Beratung des Marineetats für das Jahr 1913 entnommen:

„Ich bin der erste, der eine Verständigung mit England mit Freuden begrüßen würde. Vergleiche über Stärkeverhältnisse zu machen, ist sehr schwer. Die Schiffszahlen allein geben keinen richtigen Vergleich. Es kommt dazu der Schiffstyp, das Lebensalter der Schiffe und andre Faktoren, die sich schwer vergleichen lassen. Der englische Marineminister Churchill hat im vorigen Jahre einen solchen Vergleich gemacht. Doch hat er dabei Löcher offen gelassen. Er hat ausgeführt, daß die englischen Dreadnoughts zu den deutschen sich zurzeit wie 1,6 : 1 verhalten. Dieses Verhältnis ist nach meiner Ansicht für die Schlachtflotte akzeptabel. Es drückt aus, daß wir nicht beabsichtigen und auch nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß wird durch das Flottengesetz erhalten, mehr brauchen wir nicht. Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen. Denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört eine erhebliche Ueberlegenheit. Wir haben stets betont, daß wir eine ebenso große Flotte wie die englische nicht anstreben. Die Flotte, die wir nötig haben, ist durch das Flottengesetz gegeben. Wir haben seinerzeit vor der Frage gestanden, unserm mächtig aufstrebenden Handel und

Digitized by Google

unsrer Industrie einen ausreichenden Schutz durch eine genügend starke Flotte zu geben oder stets mit dem Hute in der Hand dazustehen. Wir haben ersteren Weg eingeschlagen. Die zurückgestellten Wünsche der Marineverwaltung, von denen ich im vorigen Jahre im Plenum gesprochen habe, beziehen sich nicht auf eine Vergrößerung der Flotte, sondern auf den schnelleren Ersatz einiger veralteter Kreuzer. Auch die letzte Novelle bezieht sich weniger auf diese mäßige Verstärkung der Flotte als darauf, daß unsre Schlachtflotte schneller kriegsbereit gemacht wurde. Dies war notwendig geworden durch die moderne Entwicklung der Schiffstypen, Einführung der Funkentelegraphie, Konzentration der Schiffe in der Nordsee und andres mehr. Es besteht nicht die Absicht, über den jetzigen Rahmen des Flottengesetzes hinauszugehen. Ich hoffe, mit diesen Worten eine etwa entstandene Unruhe beseitigt zu haben."

Es könnte leicht in diese Rede zu viel hineingelegt werden, aber sie kann als ein Beweis gelten, daß es jetzt den beiden Mächten offen steht, miteinander zu beraten und ein für allemal der Möglichkeit ein Ende zu machen, daß auf einer der beiden Seiten wieder irgendeine unfreundliche Stimmung wegen der Frage der Flottenstärke auftaucht.

Die Rede des Herrn v. Jagow ist von besonderer Bedeutung, insofern sie die Tatsache betont, daß England und Deutschland Hand in Hand mit den andern Mächten für die Sache des Friedens gearbeitet haben und die Einigkeit bei ihren Bestrebungen, eine friedliche Regelung der Balkanstreitigkeiten herbeizuführen, niemals durch einzelne Meinungsverschiedenheiten — weder unter sich selbst noch mit Dritten — haben stören lassen.

Ich gebe hier einen Auszug aus der Rede des Herrn v. Jagow, wie sie veröffentlicht worden ist:

„Eine der letzten Erklärungen, die mein verstorbener Herr Amtsvorgänger — irre ich nicht, überhaupt die letzte — im Plenum des Reichstags abgegeben hat, bezog sich auf unsre Beziehungen zu England. Herr v. Kiderlen hob damals hervor, daß während der ganzen letzten Krisis unsre Beziehungen zu England besonders vertrauensvolle gewesen seien. Er wies auf die guten Dienste hin, die die offenen, von vollem Vertrauen getragenen Aussprachen zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krisis der Verständigung aller Mächte geleistet haben, und sprach die Erwartung aus, daß sie dies auch weiter tun würden. Es gereicht mir zu besonderer Genugtuung, bei dem ersten Anlaß, der sich mir bietet, an dieser Stelle das Wort zu ergreifen, feststellen zu können, daß diese Erwartung sich voll und ganz erfüllt hat. Der intime Gedankenaustausch, in dem wir andauernd mit der englischen Regierung stehen, hat sehr wesentlich mit dazu beigetragen, Schwierigkeiten mancher Art zu beheben, die in den letzten Monaten entstanden waren. Wir haben jetzt gesehen, daß wir nicht nur Berührungspunkte sentimentaler Art mit England haben, sondern daß auch gleiche Interessen vorhanden sind. Ein Prophet bin ich nicht, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir auf dem Boden gemeinsamer Interessen, dem fruchtbarsten in der Politik, auch weiter mit England arbeiten und vielleicht

Digitized by Google

ernten können. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, meine Herren, daß es sich hier um eine zarte Pflanze handelt, die man nicht durch zu frühes Berühren und Besprechen am Erblühen behindern darf."

Die Rede, die der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky am Geburtstage des Deutschen Kaisers in London hielt, war von demselben Geist erfüllt. Fürst Lichnowsky sagte:

„Es muß Ihnen während der letzten Monate besonders deutlich gewesen sein, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers es als ihre erste Pflicht ansieht, im Einvernehmen mit unsern Verbündeten und in Harmonie mit der befreundeten britischen Regierung den europäischen Frieden zu erhalten und überall, wo Meinungsverschiedenheiten sich erheben, wie sie im politischen Leben unvermeidlich sind, unsern Einfluß aufzubieten, um einen Ausgleich herbeizuführen. Indem die beiden Regierungen so auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Ziele tätig waren, haben sie bisher mit der Unterstützung der andern Großmächte stets einen Weg zu einer Verständigung offenzuhalten vermocht und sind bemüht, an alle Probleme, die etwa auftauchen, mit demselben Geist heranzutreten ... Solange ein gutes Einvernehmen zwischen Großbritannien und Deutschland herrscht und beide entschlossen sind, unablässig das Werk der industriellen Entwicklung zu fördern, können wir, glaube ich, ohne Besorgnis allen Wechselfällen entgegensehen, die die Zukunft bringen mag."

Am Schlusse seiner Rede verbreitete sich Fürst Lichnowsky über die unaufhörlichen Bemühungen des Kaisers, hingebende Liebe zum deutschen Vaterland mit wahrer Freundschaft für England zu verbinden, und sagte, daß der Kaiser eine Persönlichkeit besitze, die besonders geeignet sei, die beiden Nationen noch enger aneinander zu fesseln.

Diese Anerkennung der persönlichen Leistungen des Deutschen Kaisers fand einige Wochen später ein Echo in einer Aeußerung Lord Aveburys, des Vorsitzenden der British-German Friendship Society. Am 27. Februar wurde ihm eine Ehrengabe überreicht zur Anerkennung der Dienste, die er der von ihm vertretenen Sache geleistet. In seiner Danksagung für die Gabe bemerkte Lord Avebury, der Deutsche Kaiser werde oft als ein großer Kriegsherr geschildert; er sei mehr — er sei ein großer Friedensherrscher. Er habe den Frieden Deutschlands bewahrt und einen segensreichen Einfluß auf die Erhaltung des Friedens und des guten Einvernehmens unter den Menschen in der ganzen Welt ausgeübt. Sie alle seien erfreut über die Besserung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland, und seien von der festen Zuversicht beseelt, daß in der Zukunft niemals irgendein Riß in der uralten Freundschaft zwischen den beiden Ländern entstehen könnte.

Doch wenn auch der Monat Februar fruchtbar an Ereignissen voll froher Verheißungen für alle, die die Verwirklichung dieser Hoffnungen wünschen, gewesen ist, so war doch der Horizont nicht fortwährend wolkenlos. Um die militärische Stärke des Dreibundes auf eine Höhe zu bringen, wie sie die in dem Satz „Si vis pacem, para bellum" zum Ausdruck gebrachte Politik er-

Digitized by Google

fordert, hat Deutschland sich genötigt gesehen, aus seinen eignen Kräften heraus einen Ausgleich für die relative Schwäche Oesterreich-Ungarns zu schaffen, die nicht nur finanziellen, sondern auch politischen, durch die Stellung der Donaumonarchie als slawischer Macht bedingten Ursachen entspringt. Daraufhin suchte auch Frankreich, von dem Argwohn erfüllt, daß diese Verstärkung der militärischen Kräfte Deutschlands ihm selbst gelte, seine militärische Leistungsfähigkeit zu steigern, und seine Bemühungen in dieser Richtung fielen zusammen mit einem Manifest des Präsidenten, in dem dieser erklärte, „ein geschwächtes Frankreich, ein durch seine eigne Schuld einer Herausforderung oder Demütigung ausgesetztes Frankreich würde kein Frankreich mehr sein", und mit der Ernennung des Herrn Delcassé zum Botschafter in St. Petersburg. Die Besorgnis Frankreichs war, wie man zugeben kann, eine natürliche Folge der unbestrittenen Tatsache, daß die Reden des Großadmirals v. Tirpitz und des Staatssekretärs v. Jagow in England und in Deutschland mit gleicher Befriedigung aufgenommen wurden, und daß die organisierten antideutschen Tendenzen der letzten paar Jahre kaum eine Stimme in der englischen Presse finden. Die Politik, die zu befolgen ist, wenn eine englisch-deutsche Verständigung als Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund dienen soll, ist klar vorgezeichnet. Man muß anerkennen, daß die Dauer und die segensreiche Wirkung der Verständigung davon abhängig ist, wie weit England imstande sein wird, Frankreich mit sich zu ziehen, und daß jeder Bruch der englisch-französischen Entente verhängnisvoll sein würde. Frankreich muß über Englands Wunsch Klarheit bekommen, daß die Verständigung den Weg zu einer französisch-deutschen Verständigung eröffnen möge, und über Englands Ansicht, daß es für den Frieden Europas in letzter Linie mehr als auf irgendeinen andern Faktor darauf ankommt, Frankreich und Deutschland durch gemeinsame Interessen miteinander zu verbinden. Zugleich muß Frankreich überzeugt werden, daß Englands Verständigung mit Deutschland, falls sie erreicht werden sollte, ebensowenig ein feindseliges Gesicht gegenüber Frankreich hat, wie Englands Entente mit Frankreich ein feindseliges Gesicht gegenüber Deutschland hat, und daß ebenso, wie England von Frankreich nicht verlangt, daß es seine Politik nach den Interessen Englands richte, auch Frankreich nicht von England erwarten darf, daß es seiner Politik eine den Interessen Frankreichs entsprechende Richtung gebe. Endlich muß Frankreich die Gewißheit bekommen, daß England jetzt von der Verkehrtheit der Politik, die seit Jahrhunderten die Feindschaft gegen Frankreich zu einem feststehenden und bleibenden Faktor und zu einer Gefahr für den Weltfrieden machte, so sehr überzeugt ist, daß es sich niemals dazu verstehen kann, diesen Fehler in seiner Politik gegenüber Deutschland zu wiederholen.

Das bringt mich zum Schlusse auf die Ernennung des Herrn Delcassé zum Botschafter in St. Petersburg und ruft die Tatsache in Erinnerung, daß dieser Staatsmann aktiven Anteil an den mühevollen Verhandlungen hatte, die zu der englisch-französischen Entente führten. Herr Delcassé ist anerkanntermaßen einer der hervorragendsten Männer in Europa. Er besitzt eine unvergleichliche Kenntnis

Digitized by Google

der Verhältnisse in der auswärtigen Politik. Er weiß, wie sehr die französische Demokratie für den Frieden ist. Es ist undenkbar, daß er sich dazu herbeilassen würde, die Interessen Frankreichs einem Gefühl persönlicher Rachsucht gegenüber der deutschen Regierung unterzuordnen, einer Rachsucht, die ihren Ursprung in den Umständen hätte, unter denen er vor acht Jahren von der Leitung der französischen auswärtigen Angelegenheiten zurücktrat. Viel eher ist zu erwarten, daß es sein Stolz sein wird, seine Bemühungen um das Zustandekommen der Tripelentente durch die Förderung einer englisch-deutschen Verständigung zu krönen, die als Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund dienen soll. Man könnte nicht leicht den Wert des Dienstes übertreiben, den er auf diese Weise der Sache des Friedens leisten würde. Und Frankreich wird keine Ursache haben, das Verbrechen gegen die Zivilisation zu befürchten, das ihm seinen Platz unter den Nationen rauben oder beeinträchtigen würde. Es wird mit England und Deutschland seinen Platz in einer Dreiheit von Kräften einnehmen, die den Weltfrieden sichert, einer Dreiheit, in der keine der beteiligten Mächte vor oder nach einer andern kommt, keine größer oder kleiner als eine andre ist.

Die Großmächte und der Friede

Von

W. H. de Beaufort,

früherem K. niederländischem Minister des Aeußern

Die Friedensliebe der europäischen Großmächte ist in den letzten Jahren auf eine schwere Probe gestellt worden. Marokko, Tripolis, die Balkanstaaten haben nacheinander Verwicklungen hervorgerufen, die auf die wechselseitigen Beziehungen der Regierungen beunruhigend wirken mußten. Dennoch ist der Friede gewahrt geblieben, und ein jeder, der die politischen Ereignisse der letzten Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird die Ueberzeugung davongetragen haben, daß dazu nächst der friedlichen Gesinnung der verschiedenen Regierungen auch in hohem Maße die allgemeine Furcht vor den entsetzlichen Schädigungen beigetragen hat, die ein großer europäischer Krieg mit sich bringen würde.

So sehr ist unsre heutige Gesellschaft sich bewußt, daß, abgesehen vom Verlust von Menschenleben, die materiellen Nachteile, die ein Krieg mit sich brächte, unberechenbar groß sein müßten, daß sie ihren vollen Einfluß auf die Regierungen brauchen würde, um den Frieden zu behalten. Aber eine Erscheinung, die noch erfreulicher wirkt, ist das immer fortschreitende Umsichgreifen der Ueberzeugung, die in verschiedenen Ländern offen ausgesprochen worden ist, daß ein Krieg, der nur zur Ausbreitung von Macht und Einfluß dienen soll, nicht gerechtfertigt ist. Ich werde gewiß nicht behaupten, daß diese Ansicht als

Digitized by Google

unumstößliche Wahrheit von allen Regierungen anerkannt werde, aber sie wird durch einflußreiche Männer und Organe der öffentlichen Meinung verteidigt, und es wird ihr nicht, oder wenigstens nicht ohne allerlei Vorbehalt widersprochen. Sie beginnt allmählich im sittlichen Bewußtsein der Völker Wurzel zu schlagen.

Nächst diesen allgemeinen Beweggründen materieller und sittlicher Art, die die europäischen Mächte in den friedlichen Kurs geleitet haben, müssen auch politische Beweggründe erwähnt werden, die alle Beachtung verdienen.

Zuerst die sich immer unwiderstehlicher aufdrängende Ueberzeugung aller Politiker, daß die mohammedanischen Staaten sich nicht länger halten können; daß sie nicht geeignet sind, sich gegen den Strom neuerer Ideen zu stemmen, die sich nach einer inneren Notwendigkeit über die ganze Welt verbreiten. Die türkischen Vasallenstaaten, die jetzigen sowohl wie die früheren, sind einer nach dem andern unter europäischen und christlichen Einfluß gekommen; das türkische Reich in Europa bröckelt ab bis auf die Hauptstadt, und vielleicht wird auch diese weltberühmte Stadt nicht mehr lange der Sitz des Herrschers sein.

Die Staatsmänner, die sich mit der Hoffnung schmeicheln, daß die asiatischen Gebietsteile des Sultans nach den Ereignissen des vorigen Jahres ein kräftiges Reich werden sollen, müssen sehr optimistisch angelegt sein, wenn sie nicht zuweilen Anwandlungen von Unruhe haben.

Wie erwünscht es auch sein möge, daß das türkische Reich jetzt Gelegenheit finde, in Asien festen Fuß zu fassen — wahrscheinlich ist es nicht. Im Gegenteil, wenn einmal über das Los der türkischen Herrschaft in Europa entschieden sein wird, werden die verschiedenen Symptome der Auflösung, die wir in unserm Weltteil beobachtet haben, auch in Asien, wie ich fürchte, vielleicht sehr bald sich zeigen.

Schon jetzt finden sich Vorzeichen, daß die Krisis im ottomanischen Kaiserreich mit dem, wie wir hoffen, binnen kurzem zu schließenden Frieden nur vorübergehend beendigt sein, und daß die nächste Krisis nicht lange auf sich warten lassen wird. Man darf überzeugt sein, daß sie in ihren Folgen nicht minder wichtig sein wird als die jetzige. Wer die Auflösung des unermeßlichen türkischen Reiches als unvermeidlich ansehen muß, wird begreifen, daß alle Versuche, das Unabwendbare aufzuhalten, vergeblich sein werden, und wird die Ueberzeugung haben, daß es ein nutzloses Bestreben sein würde, das Schwert zu ziehen für eine von vornherein verlorene Sache.

An zweiter Stelle fällt die völlig veränderte Situation der Balkanstaaten stark ins Auge. Vor wenigen Jahren wurden sie als Schützlinge — besser als Mündel — der Mächte betrachtet, die mit väterlicher Sorge über ihren Interessen wachten. Jetzt haben sie sich plötzlich mündig erklärt und sind selbständig aufgetreten. Die Vormünder haben anfangs wohl erklärt, daß trotz diesem Kraftbeweis und der Erklärung, daß sie andre Zustände verlangten und zu erreichen hofften, doch nichts verändert werden dürfe und alles beim alten bleiben müsse, aber bald ist ihnen die Erkenntnis aufgegangen, daß die Zeit, solche Sprache zu führen, vorbei ist.

Digitized by Google

Sicherlich sind die Balkanstaaten noch weit von dem Zeitpunkt entfernt, wo sie eigenmächtig die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel regeln können, aber sie sind doch schon jetzt eine Macht geworden, mit der man rechnen muß. Die Mächte haben auf alle Fälle begriffen, daß nur Eintracht im Auftreten sie instand setzte, etwas von der früher geübten Oberaufsicht über die Angelegenheit der Balkanhalbinsel zu behaupten. Kam es zu einem Bruch zwischen ihnen, so mußte die Macht oder die Mächte, die die nun verbündeten Balkanstaaten auf ihrer Seite hätten, einen Vorsprung haben, der den andern sehr fühlbare Nachteile bringen würde. Zweifellos ist es diese Ueberzeugung gewesen, die die Regierungen in den europäischen Hauptstädten bewogen hat, alle Schwierigkeiten, die sich einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken entgegenstellten, so gut als möglich aus dem Weg zu räumen.

Drittens ist endlich die veränderte Politik einiger Mächte hinsichtlich der Orientfrage von großem Einfluß auf ihre gemeinsame Haltung gewesen. Vor allem müssen England und Oesterreich-Ungarn hier erwähnt werden. Die traditionelle Politik Großbritanniens gegenüber der Türkei ist im Lauf der letzten zwanzig Jahre klar erkennbar geworden. Nachdem England die Hand auf Aegypten und den Kanal von Suez gelegt hat und dadurch den Zugang zu seinen asiatischen Besitzungen beherrscht, ist es mehr und mehr gegen die Dardanellen und den Bosporus gleichgültig geworden. Ob der Sultan oder der Zar dort herrschen soll, ist eine Frage, die nicht länger die frühere Besorgnis erweckt. England ist dadurch nicht mehr der natürliche Bundesgenosse der Mächte, die die Position des Sultans am liebsten erhalten sehen möchten, wie zum Beispiel Oesterreich-Ungarn; es hat sich seinem früheren großen Gegner Rußland nähern können. Es beobachtet mit vollster Aufmerksamkeit die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel, aber mit andern Augen als zur Zeit des Russisch-Türkischen Krieges von 1877/78, und es wird auf keinen Fall das Schwert ziehen, um in Konstantinopel den Halbmond zu schützen. Oesterreich-Ungarn dagegen ist noch viel tiefer in die Orientfrage verwickelt worden, als das schon vorher der Fall war. Die große Ausbreitung seines Besitzes auf der Balkanhalbinsel, der von einem schmalen Küstenstrich zu einem ausgedehnten Binnenland angewachsen ist, hat es zum vornehmsten Interessenten gemacht. Seine Interessen widerstreiten indessen denen etlicher Balkanstaaten, vor allem Serbiens; aber trotz seiner Uebermacht hütet es sich, seinen Willen diesen Staaten aufzuzwingen; denn hinter Serbien steht Rußland, und neben Oesterreich-Ungarn stehen die zwei Mächte, mit denen es verbündet ist, denen nichts unwillkommener wäre, als ein Krieg ihres Bundesgenossen mit Rußland.

So hat glücklicherweise das sonderbare Verhältnis, in dem die Mächte zueinander und zu der neuerstandenen Macht der Balkanstaaten stehen, dazu beigetragen, den Frieden zu erhalten. Aber es besteht ferner auch begründete Hoffnung, daß die bald zu erwartende Lösung der jetzigen Krisis dann ohne Streit zwischen den Mächten zustande kommt.

Wird dieser Friede von Dauer sein? Das ist die Frage, die alle in Atem

Digitized by Google

hält und auf die niemand eine abschließende Antwort zu geben wagt. Die Wahrscheinlichkeit besteht, daß nach dem Friedensschluß eine ruhige Periode anbrechen wird, in der die durch den Krieg erschöpften Staaten gezwungen sein werden, den inneren Zuständen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, die durch den Friedensschluß so stark beeinflußt worden sind.

Bei der Ausarbeitung der Friedensbestimmungen werden sich sicherlich noch manche Bedenken ergeben, aber wenn eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den Mächten betreffs der Verteilung des Balkangebietes zustande gekommen ist, werden diese Bedenken wohl auf friedlichem Wege durch die Diplomatie beiseite geräumt werden. Man wird dann hoffen dürfen, daß die Eröffnung des Friedenspalastes im Haag im August dieses Jahres zu einem Zeitpunkt stattfinden wird, wo zwischen allen Völkern Friede ist.

Trotzdem wird es bei dieser Feier für viele ein schmerzlicher Gedanke sein, daß die ursprüngliche Idee des Zaren, die zum Zusammentritt der ersten Friedenskonferenz führte, „une réduction possible des armements excessifs qui pèsent sur toutes les nations“ (Zirkularnote des Grafen Murawieff vom 12./24. August 1898), nicht allein nicht verwirklicht wurde, sondern daß die Last, die die Völker 1898 drückte, immer schwerer geworden ist und gerade in den letzten Jahren fast in allen Ländern ungewöhnliche Dimensionen anzunehmen droht. Das Drängen nach Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England, die neue Militärvorlage in Deutschland und in Frankreich sind Erscheinungen der bedenklichsten Art. Ernst denkende Männer fragen sich, ob der Preis, um den der Friede erkauft werden muß, nicht allmählich so hoch werden wird, daß die Völker sich weigern werden, ihn zu zahlen, und sie fürchten, daß die Regierungen dann verleitet werden könnten, Situationen hervorzurufen, die die Notwendigkeit der entsetzlichen Kriegsrüstungen beweisen.

Diese Frage der Kriegsrüstungen ist ernst; fast ebenso ernst wie die des Krieges selbst, vor allem weil an ein Aufhören zunächst nicht zu denken ist. Einschränkung der Kriegsrüstungen durch einen allgemeinen Kongreß, wie der Friedenskongreß im Haag, scheint unmöglich. Sie würde in Wahrheit nur durchführbar sein, wenn die Uebereinstimmung aller Großmächte zu erhalten wäre, und keine einzige Macht wird ohne allgemeinen Vertrag zur Entwaffnung übergehen. Die langsam durchdringende Ueberzeugung, daß man auf einem Wege ist, der zu finanziellen Ungelegenheiten schlimmster Art führen muß, kann einzig und allein auf die Dauer einen Stillstand oder Rückgang auf diesem Wege durchsetzen. Die Ereignisse der letzten Jahre können sicher zur Verbreitung dieser Ueberzeugung dienen.

So wird, wenn die vollständige Abrechnung über die militärischen Maßregeln in Wien und Budapast dargelegt werden wird, in Oesterreich-Ungarn mancher Seufzer aufsteigen über die Opfer, die gebracht werden mußten: erst durch die Mobilisierung selbst und den daraus entstandenen zeitweisen Verlust an Arbeitskraft, und zweitens durch die Bezahlung der ungeheuren Ausgaben, die eine solche Mobilisierung mit sich bringt.

Digitized by Google

Einzelne leichtfertige und ungeduldige Menschen sprechen inzwischen von einem viel drastischeren Mittel. Die übertriebene Bewaffnung der Mächte zu See und zu Land kann einzig und allein — so argumentieren sie — gehemmt und auf immer gehemmt werden durch einen allgemeinen Krieg, den man beginnen muß, um die unvermeidliche endgültige Lösung der Frage herbeizuführen. Mir scheinen solche Aeußerungen ein hohes Maß von Gedankenlosigkeit zu verraten. Ein allgemeiner Krieg würde nur dann den übermäßig übertriebenen Kriegsrüstungen ein Ende machen, wenn es einer der kriegführenden Mächte gelänge, sich alle andern zu unterwerfen und eine Weltherrschaft zu stiften, wie das alte römische Reich, die jeden ausländischen Krieg ausschließt. Niemand wird indessen an die Möglichkeit eines solchen Ereignisses denken. Nach einem allgemeinen europäischen Krieg würde es Ueberwinder und Ueberwundene geben; die ersteren würden unter Waffen bleiben, um ihre Macht zu behaupten und sie nötigenfalls einer gegen den andern zu verteidigen; die andern würden, sobald ihre Kräfte es zuließen, sich wieder waffnen, um das zu behaupten, was ihnen geblieben ist, und wenn möglich bei erster Gelegenheit das Verlorene zurückzuerobern und Rache an ihren Ueberwindern zu nehmen.

Wie man zu einer Erleichterung des Druckes der militärischen Ausgaben kommen sollte, ist zunächst noch dunkel, aber das steht fest, daß ein europäischer Krieg nicht nur nicht zu dem gehofften Ziele führen wird, sondern dieses in eine weit entfernte Zukunft zurückschieben würde. Das Uebel durch ein Uebermaß von Uebelm heilen zu wollen, ist immer ein höchst gefährlicher Versuch, der selten zum Guten ausschlägt. In dem hier besprochenen Fall würde er zweifellos zu einer unheilbaren Verschlimmerung des Uebels führen.

Ueber die Heeresverstärkung und über die einmalige Forderung einer Milliarde

Ein Schreiben von Generalleutnant z. D. v. Goertz (Berlin) an die Redaktion der „Deutschen Revue"

Der geehrten Redaktion der „Deutschen Revue" erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 7. März folgendes: Da die laufenden Ausgaben an Gehältern, Löhnungen, Verpflegung, Munition usw. fortlaufend auf die jährlichen Etats kommen, werden auf die „Jahrhundertgabe" nur die großen einmaligen Ausgaben zu übernehmen sein. Solche entstehen durch die Unterbringung. Die in ihrer Friedensstärke zu erhöhenden Infanterie- und Artillerietruppenteile, die nun endlich zu bildenden 18 Bataillone der Rumpfregimenter, die uns fehlenden 12 Kavallerieregimenter und die Festungsmaschinengewehrkompagnien, welche gebildet werden müssen, der Ausbau des Trains usw. machen Unterbringungsräume für Mann und Pferd in erheblichem Umfange erforderlich.

Digitized by Google

Meine Forderung an Kavallerie übertrifft alles, was bisher in dieser Richtung genannt worden ist. Das weiß ich. Meine Rechnung ist dabei folgende: 103 Kavallerieregimenter haben wir, ein weiteres tritt am 1. Oktober infolge der Beschlüsse von 1912 hinzu. Nach der Zahl der bestehenden bleibenden und auf drei Batterien zu erhöhenden reitenden Artillerieabteilungen scheint die Bildung von 11 Kavalleriedivisionen im Kriege vorgesehen zu sein. Schwächer als 6 Regimenter wird man sie nicht machen. Nach Abzug dieser 66 Regimenter bleiben von jenen 104 nur 38 übrig. Da wir 50 gemischte Divisionen haben, fehlen 12 Regimenter an der Kriegsstärke. Sie sind zu bilden.

Einmalige Ausgaben entstehen ferner durch Herstellung bzw. Vergrößerung gewisser Garnisonanstalten, wie Exerzierhäuser, Reitbahnen, Waschanstalten, Bäckereien, durch Neuanlage von Schießständen und Truppenübungsplätzen. Die Franzosen sehen in der 800-Millionen-Vorlage für je zwei Armeekorps einen solchen vor, der in seinem Lager eine Division gleichzeitig beherbergen und für ihre kriegsmäßigen Uebungen das Gelände enthalten soll. 100 Millionen Franken werden hierfür gerechnet.

Aus den einmaligen Ausgaben sind ferner die Kosten für Ausbau und Neuanlage von Festungen zu bestreiten. Diese Verbesserungen erscheinen keineswegs nur an der West-, sondern auch an der Ostgrenze dringend nötig. Mit Sorglosigkeit ist in dieser Richtung Rußland gegenüber verfahren worden. Der gegenwärtig dürftig übertünchte Gegensatz zwischen Rußland und unserm Verbündeten Oesterreich-Ungarn läßt an sich schon die Kriegsgefahr im Osten erkennen. Dazu kommt die enge Verbindung Rußlands mit Frankreich, welche — so sehr sie der Vergangenheit widerspricht — in der Gegenwart ausdrucksvoll in die Erscheinung tritt. Ich brauche nur an die Vorgänge zu erinnern, welche sich an die Namen Poincaré und Delcassé knüpfen. Schon im Oktober 1912 machte ich in der „Deutschen Revue" auf die amtliche Beteiligung Frankreichs an den Jahrhundertfeiern Rußlands bei Borodino aufmerksam. Gegensätzlich zu dieser Verbrüderung mit dem damaligen Feinde beachte man die völlige Enthaltung von jeder Sympathiekundgebung Rußlands in der Gegenwart dem Verbündeten von 1813/15 gegenüber. Der 28. Februar (Vertrag von Kalisch) ist unbeachtet vorübergegangen. Das läßt tief blicken. Man könnte sagen, Rußland könne Frankreichs wegen keine Notiz nehmen. Das ist eben das Bezeichnende der Lage, daß es das nicht kann, ganz abgesehen davon, ob es möchte! Dazu erwäge man die neuen Heeresverstärkungsmaßregeln Rußlands, dessen Friedensstärke ohne Offiziere schon gegenwärtig 1320000 Mann beträgt. Man übersehe nur nicht, wie wenig Deutschland an seiner Ostgrenze auf Verwicklungen mit Rußland eingerichtet ist. Man beachte, daß an der rund 160 Kilometer langen Grenzstrecke zwischen Gleiwitz in Schlesien bis Ostrowo ein einziges Bataillon (6. Jäger) und ein Kavallerieregiment (8. Dragoner) untergebracht sind. Das rechte Oderufer der Provinz Schlesien ist der feindlichen Invasion in hohem Grade preisgegeben. — Rußland hat an seiner Westgrenze viel mehr Truppen stehen als wir an unsrer gesamten Ostgrenze, und

Digitized by Google

als Grenzfestung kommt bei uns nur Thorn in Betracht. Posen liegt zum Beispiel schon 60 Kilometer von der Grenze entfernt, schützt sie also nicht. Man darf nicht vergessen, daß 1913 die politische Lage Rußland gegenüber eine ganz andre ist, als sie in der Zeit von 1813 bis 1880 war. Damals war Rußland der Verbündete, heute ist es der eng verpflichtete Alliierte Frankreichs!

Die Höhe der einmaligen Ausgaben aus Anlaß der kurz erörterten Lage wird für Deutschland etwas weniger als eine Milliarde Mark betragen. Ob die Mittel durch eine Abgabe vom Vermögen oder von der Jahreseinnahme oder aus beiden gewonnen werden, steht dahin. Sehr richtig wird in dem dortigen Schreiben vom 7. d. M. hervorgehoben, daß es „einen großen Schaden für Landwirtschaft, Industrie und Handel bedeuten würde, wenn die beabsichtigte einmalige Forderung sofort gezahlt werden müßte". Allen Erwerbskreisen würden daraus Geldschwierigkeiten entstehen, das Geld würde verteuert werden, Lebensmittel und Löhne würden im Preise steigen. Die Ausgabe so erheblicher Barmittel in einem Jahre, die Steuererhöhung infolge der jährlichen Mehrausgaben könnten gewiß leicht Geldmangel und Nachlassen an Unternehmungslust und -kraft hervorrufen. Damit ginge die Einnahme aus den indirekten Steuern zurück. Sehr richtig bemerkt die „Bayrische Staatszeitung", „daß nur einem geringen Bruchteil der von dieser Leistung Erfaßten es vergönnt sein dürfte, sie aus ihrem regelmäßigen Einkommen zu bewirken".

Wie viele Zahlende müßten ein Papier verkaufen, wenn sie die Zahlung auf einmal bald leisten müßten — und das bei den jetzigen Kursverhältnissen! Das besteuerbare Vermögen und damit der Ertrag der Staatssteuer würde verringert werden. Auch würden im Kriegsfalle, träte er bald ein, die Geldmittel nach Verausgabung fast einer Milliarde schwerer zu beschaffen sein. Diese Erwägungen fordern zur Verteilung der Abgabe auf mehrere Jahre auf, und ich glaube nach meinen Informationen hinzufügen zu können, daß ein solches Arrangement an maßgebender Stelle in Aussicht genommen ist. Vor allem die erörterten Aufwendungen in Verstärkung der Festungen oder für Neubau solcher machen Flüssigmachung der Mittel erst im Laufe von längerer Zeit erforderlich. Auch Rücksicht auf Aenderungen, welche erforderlich werden können, begünstigen die allmähliche Verwendung der Mittel.

Möchte diese Jahrhundertgabe, wie der Abgeordnete Erzberger im „Tag" sie nennt, uns in einer Weise vorgeschlagen und abgenommen werden, daß wir sie nicht nur notgedrungen, sondern mit Freuden opfern, in dem Bewußtsein, daß das para bellum der beste Schutz vor einem solchen ist, und in dem Willen, uns würdig unsrer Vorfahren zu erweisen, welche vor hundert Jahren noch größere Opfer freudig brachten. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es (mit Berechtigung) zu besitzen." Also — erwerben wir es!

Digitized by Google

Mexikanische Briefe[1])

Von

Kurd v. Schlözer

Veracruz, 27. April 1869.

Nur ganz kurz will ich Dir, teure Mutter, sagen, daß ich hier gestern früh mit der „Viktoria" angekommen bin. Ich wohne bei unserm Konsul Herrn d'Oleire. Der Empfang im hiesigen Hafen war „fürstlich"; es wurde nach Kräften mit Hissen von norddeutschen und mexikanischen Flaggen, mit Salutschüssen vom Fort San Juan de Ulua und donnernden Antworten aus unsern Kruppschen Kanonen gearbeitet. Abends machte mir der Stadtkommandant mit den höchsten Zivilbeamten seinen Besuch. Von der Hauptstadt her spielt der Telegraph, um Vorkehrungen zu meiner Weiterreise anzuordnen.

Mittags gab mir der Kommandant ein großes Diner, bei dem entsetzlich viel getoastet wurde. Abends veranstalteten mir zu Ehren die Honoratioren Souper und Ball.

Heute vormittag kam hier der englische Steamer an und verbreitete ein angeblich in Neuyork angelangtes Telegramm, wonach zwischen Preußen und Frankreich Krieg ausgebrochen sei. An solche Unsicherheiten der politischen Nachrichten muß ich mich jetzt gewöhnen. Ein schrecklicher Zustand! In Habana, wo so mannigfache Verbindungen mit Neuyork und Europa bestehen, hatte ich noch einige Fühlung mit Deutschland. Jetzt ist diese wie abgeschnitten, denn nach Veracruz kommen nur zweimal im Monat transatlantische Dampfer mit Neuigkeiten.

*

Mexiko, 8. Mai 1869.

Am 28. April dampfte ich früh 8 Uhr im Salonwagen der Regierung unter den Salven der Festungskanonen und dem Trommelwirbel der Ehrenwache aus dem Bahnhof von Veracruz meinem Traktat entgegen. Die letzte Eisenbahnstation Orizaba war bald erreicht. Dann ging es zwei Tage bei Staub und starker Hitze in der Diligencia weiter. Diese wurde, obgleich ich es mir verbeten hatte, auf speziellen Befehl des Präsidenten von einer berittenen Eskorte geleitet, deren stampfende Pferde uns fortwährend in undurchdringlichen Staub hüllten.

Am 30. April, nach kurzer Bahnfahrt, abends 6 Uhr Ankunft in Mexiko. Musik, Fahnen. Die Häupter der Kolonie am Bahnhof. Diner beim Vorstand

---

[1]) Im Anschluß an die kürzlich von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart veröffentlichten, jetzt in neuer Auflage erscheinenden „Römische Briefe" desselben Verfassers, herausgegeben von Karl v. Schlözer, schildern folgende Mitteilungen die Zeit nach dem Sturz des Maximilianischen Kaiserreichs und den Abschluß des Deutsch-Mexikanischen Handelsvertrages.

Digitized by Google

des Deutschen Hauses, dem siebzigjährigen Benecke, abends 10 Uhr Serenade der Liedertafel mit Fahnen, Fackeln, Ansprachen, Gesang: „Was ist des Deutschen Vaterland". Die Hochs nahmen kein Ende, alter Rheinwein kreiste.

Nun habe ich bereits in feierlichem Empfang Juarez mein Akkreditiv überreicht, mit seinem Ministerpräsidenten Lerdo de Tejada dicke Freundschaft geschlossen und letzteren fast täglich gesehen, um bald den Handelsvertrag fertigzustellen.

Die Morgen sind hier gleichmäßig schön; der Himmel ist prachtvoll. Der Regen erlaubt sich in dieser Jahreszeit nur nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr den Boden zu sprengen und erfrischende Kühle zu verbreiten — aber man ist doch furchtbar weit von Europa. Ich hörte nun seit vollen drei Monaten nicht eine Silbe aus der Heimat!

Jedesmal wenn ich zu Lerdo in den Palast gehe, komme ich in die Zimmer, welche Maximilian bewohnte. Auch Juarez empfing mich in den Prachtgemächern des einstigen Kaiserpaares. Am Palast hält dieselbe Garde Wache, welche den Kaiser in Queretaro erschießen mußte. Er soll aber nicht sofort durch die Flinten der schlechtzielenden Soldaten, sondern auf das Zeichen des kommandierenden Offiziers durch einen Revolverschuß des Unteroffiziers gefallen sein.

*

Mexiko, 9. Mai 1869.

Guter Bruder, ich bin recht beschäftigt! Fast täglich habe ich Konferenzen mit dem Premierminister Lerdo; er ist ein schlauer Kerl, äußerlich ganz angenehm, der richtige Indianer; eigentlich soll er es gewesen sein, der auf die Erschießung des Kaisers gedrängt hat. Juarez selbst war — höre ich — unschlüssig. Freitag hatte ich bei letzterem wieder Audienz. Die Prachtzimmer im Palast haben noch die ganze Einrichtung von Maximilian und der Kaiserin Charlotte. Da der kaffeebraune Herr Präsident — ein echter Indianer aus dem Stamme der Zapoteken — außer in der Sprache von Hernan Cortes sich nur noch in des Gottes Huitzilopochtli konsonantenreichem Idiom bewegt, dessen ich nicht ganz mächtig bin, hielt ich spanische Anrede. Juarez ist übrigens, abgesehen von seinen politischen Abenteuern, ein recht gemütliches Haus. Obgleich Inhaber einer legitimen Frau und Vater von sieben Kindern, verfügt er noch über eine Reihe von Nebendamen. Manchmal soll er die ganze Gesellschaft beisammen haben und dann als Hahn im Korb dazwischen sitzen.

Heute vor einem Jahr kam ich aus Florenz vom Kronprinzen. Damals ließ ich mir auch nicht träumen, daß ich ein Jahr später mit den beiden dunkeln Kaisererschießern Juarez und Lerdo einen Handelsvertrag ausarbeiten würde.

Wie bizarr, daß die Spanier in Mexiko — es sollen immerhin 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung sein — sich heute von den Nachkommen derselben Indianer regieren lassen, die sie vor 350 Jahren massakrierten, zu Sklaven machten und ihrer federn- und smaragdgeschmückten Herrscher beraubten.

Sollte nicht bei dem stark entwickelten Sinn der Indianer für die Traditionen ihres Volkes dem Zapoteken Juarez, als er das Todesurteil des Kaisers

Digitized by Google

Maximilian unterzeichnete, die Wandlung irdischer Dinge und jene Zeit vorgeschwebt haben, wo — längst vor dem österreichischen Erzherzog — ein Fremdling, auch ein weißer Mann aus dem „Lande der Götter", in Mexiko eindrang, den Thron der Azteken einnahm und den letzten braunen Herrscher foltern ließ?

*

Mexiko, 7. Juli 1869.

Vor drei Wochen machte ich mit Bekannten einen Ausflug nach Chapultepec und dessen grandiosem Aquädukt Bucareli aus dem achtzehnten Jahrhundert. Wir wandelten unter den schönen Zypressen, die schon dem braven Montezuma Schatten gewährten. So etwas Phantastisch-Gigantisches und dabei Märchenhaftes ist wohl einzig in der Welt. Man steht vor diesen ehrwürdigen Bäumen wie vor greisenhaften Wesen, die uns von längst verschollenen Zeiten erzählen. Grausilberne Bärte ranken von den Aesten, als wären es Hieroglyphen der alten Azteken. Dann stiegen wir zum Schloß hinan, wo einst die Vizekönige hausten. Oben attrapierte uns Juarez, der dort Villegiatur macht und uns sehr gesprächig herumführte. Nachher gab es Xeres, Portwein, Kuchen, Früchte. Auf einem der geschliffenen Portweingläser war noch die Chiffre M mit der Krone. Nein, Sentimentalität kann man den Herren Azteken nicht vorwerfen.

*

21. Juli 1869.

Am vorigen Mittwoch den 14. Juli fand mein erstes Diner statt, bei dem alle Minister mit den ersten Mitgliedern der deutschen Kolonie vereinigt waren. Ich hatte neben mir den Kriegsminister General Mejia, frühesten Jugendfreund von Juarez; er hatte von Anfang an erklärt, daß nichts übrig bleibe, als Max zu erschießen; dabei ein ganz kränklicher Mann; feines, zartes, süßliches Wesen; mir zur Rechten Iglesias, Minister des Innern, einer der fünfundzwanzig Immaculados, die Juarez auf all seinen Irrfahrten von hier über San Louis Potosi bis hinauf zur nordamerikanischen Grenze begleiteten.

*

Mexiko, 11. August 1869.

Vorgestern gab Lerdo mir zu Ehren ein Diner. Ich fand dort alle Minister, welche sich dem üppigen Mahl und einem mexikanischen Landwein aus Paso del Norte an der Nordgrenze nicht abgeneigt zeigten. In letzterem Ort kampierte Juarez mit seinen Getreuen auf der Flucht vor den französischen und Regierungstruppen. Der Wein erinnerte mich an den unvergeßlichen vino romano! Nur Mejia, der Kriegsminister, durfte keinen Tropfen an die Lippen führen. Auch essen kann der Mann nichts, denn sein Magen ist furchtbar herunter. Er konsumierte während des Diners eine eigens für ihn bearbeitete Schokolade, von der er täglich vierzehneinhalb Tassen schlürft. Dabei ist dieser Herr, der es mit dem Erschießen andrer so leicht nimmt, ungemein zart und rührselig. So besuchte er mich kürzlich vormittags nur in der Absicht, sich etwas von mir vorspielen zu lassen! Das ist der hiesige Roon.

Digitized by Google

In der vorigen Woche, Dienstag 3. August, abends 8 Uhr, waren die Chefs und Vertreter von sämtlichen großen deutschen Firmen — 24 an der Zahl — auf meine Einladung zu mir gekommen, um den Handelskontrakt kennen zu lernen und mir ihr Gutachten darüber abzugeben. Man war befriedigt und einverstanden; ich hielt eine lange Eingangspauke, Goß führte das Protokoll, so daß die Sache einen ganz parlamentarischen Charakter hatte. Das Protokoll habe ich an Bismarck geschickt, und Ende dieses Monats wird die Unterzeichnung erfolgen. Aus einem Briefe Delbrücks, den ich vorgestern erhielt, ersehe ich, daß auch die 14 von mir als Chefs der neuerrichteten Konsulate vorgeschlagenen Persönlichkeiten in der Wilhelmstraße genehmigt und die Diplome bereits vor vier Wochen dem Könige zur Unterschrift vorgelegt sind. Die Bestallungen können also noch Ende dieses Monats hier eintreffen.

*

Mexiko, 9. September 1869.

Am 28. August unterzeichnete ich mit Lerdo den Traktat; tags darauf hat ihn der englische Dampfer mitgenommen. Ende des Monats wird er wohl in der Wilhelmstraße anlangen. In zehn Tagen tritt hier der Kongreß zusammen, dem er sofort zur Genehmigung vorgelegt wird. Die ganze Sache hat mir horrende Arbeit und viel Schwierigkeiten bereitet, denn die Abneigung gegen das Ausland hat in Mexiko seit der Intervention eine fabelhafte Höhe erreicht.

In der letzten Woche des August sollte hier ein Komplott losbrechen. Ein Goldtransport war aus dem Innern eingetroffen, um nach Veracruz geschafft und dann nach London verfrachtet zu werden. Er lag hier 48 Stunden auf dem Schloßplatz unter freiem Himmel aufgestapelt. Ein General Negrette hatte einige Offiziere und Sergeanten der Garnison bestochen. Diese waren beauftragt, mit ihrem Bataillon den Transport zu überfallen und bei dieser hübschen Gelegenheit Juarez und Lerdo zu stürzen. Letztere waren aber als Indianer die Schlaueren, entdeckten den Rattenkönig, und vorige Woche sind einige der Kompromittierten erschossen.

Am 16. September wird die Eisenbahn von hier bis Puebla fertig. Dann finden dort mit Juarez und den Ministern große Feste statt, zu denen ich auch schon eingeladen bin.

Zwei Tage vorher feiern wir im „Deutschen Hause" den hundertjährigen Geburtstag des alten Humboldt, dem ich die Festrede halten soll. Auch eine ganz neue Situation für mich, da ich mich zu diesem Zweck auf dem mir völlig fernliegenden Gebiet der Naturwissenschaft, wenigstens ad hoc, orientieren muß.

Die hiesige Geographische Gesellschaft publiziert interessante Dokumente, die im Staatsarchiv gefunden sind und den mexikanischen Aufenthalt des zweiten „Alexanders des Großen" betreffen, z. B. sein Diplom als Ehrenbürger dieses Staates. In Oaxaca (nebenbei bemerkt: Präsident Juarez, der Kriegsminister Mejias und sein Finanzkollege Romero sind dort geboren; ersterer in Villa Alta, nördlich des Orts) wohnte Humboldt einige Monate; das Haus wird noch heute nach ihm benannt. Auch über die schöne Huera Rodriguez, die ihn heftig

Digitized by Google

gefesselt, weiß ich allerhand Geheimnisse; sie war die Tochter des Marques San Miguel Aguajo aus Durango. Rodriguez war vermutlich ein Kalb.

Dann stand sie in Beziehungen zu dem später erschossenen Kaiser Iturbide, dessen Kinder nachträglich von Maximilian den Prinzentitel erhielten. Hochbetagt war sie noch so schön, daß sie einen zweiten Gatten, Don A. Elisalde fand, der, als sie starb, sich so unglücklich fühlte, daß er Jesuit wurde. Er lebt noch.

*

Mexiko, 9. Oktober 1869.

Unsre Regenzeit ist nun beendet. Die Luft ist so abgekühlt, daß manche Erscheinungen der tropischen Tierwelt sich nach einem Wechsel umsehen. Auch der farbensprühende Kolibri verläßt uns, um in warme Gegenden zu schwirren. Er liebt Wärme und Freiheit. Das Volk soll noch heut, wie in alten Zeiten, nicht an diesen jährlichen Fortzug glauben. Es sagt: „der Kolibri schläft".

Bei den alten Mexikanern ging die Sage, wie der Pater Sahagun berichtet, daß in der dürren Zeit diese Vögel, mit ihrem spitzen Schnabel an einem Baum hängend, vertrocknen und mit dem ersten Regen zu neuem Leben erwachen. Sie sollen nicht vom Honig, sondern von den kleinen Insekten in den Blüten leben. Mehr oder weniger kann man alle Tiere im Käfig halten, die Kolibris nicht. Schon nach 24 Stunden welken sie wie frische Blumen dahin. Die Indianer fangen sie häufig ein. So ein Käfig mit den kleinen, blitzenden Wundern der Luft ist ein entzückender Anblick. Aber man sieht, wie sie von Stunde zu Stunde trübseliger werden, wie ihr Glanz allmählich verblaßt. Neulich kaufte ich von einem Azteken vier von den niedlichen Tierchen. Ich ließ sie aber gleich wieder fliegen, weil ich ihnen anmerkte, wie totunglücklich sie sich fühlten. Die Befreiung dieser vier winzigen Sklaven kostete per Kopf kaum 1 Real = 5 Silbergroschen.

Da ich nun keine Kolibris hüten kann, so treibe ich exotische Blumenzucht! Du wirst erstaunt sein, guter Bruder, aber ich versichere Dich, daß meine Plantage auf der Terrasse und dem offenen Korridor von Woche zu Woche großartiger wird. Sechs prachtvolle Pisang sind unablässig bemüht, immer neue majestätische Blätter, die so schön grün durchsichtig sind, hervorzutreiben; alle 14 Tage bringt jeder ein frisches Blatt zur Welt. Daneben entwickeln sich Orchideen und eine Masse der seltsamsten Pflanzen. Es geht hier ungeheuer tropisch her. Und ebenso üppig ist die Arbeit. Jeden Tag denke ich, daß ich fertig bin. Es erscheinen aber neben den frischen Pisangtrieben täglich auch neue Aktenblätter.

*

24. November 1869.

Guter Wider![1]) Am 25. Juni 1865 waren wir zusammen in Neapel und sahen im Theater die Verherrlichung des Todes Lincoln. Um so mehr interessierte es mich, jetzt den Staatssekretär Seward kennen zu lernen, der zugleich

[1]) Wider, Wilhelm, Genremaler, damals in Rom.

Digitized by Google

mit dem Präsidenten fallen sollte. Der Mann hält sich schon 14 Tage hier auf, ist 68 Jahre alt und trägt in seinem Gesicht noch die furchtbaren Spuren der Dolchstiche, die ihm Lewis Payne beigebracht. Sein Sohn, der ihn begleitet, hat sogar ein Stück Schädel verloren, so daß er oben eine Silberplatte und zum Festhalten derselben immer eine Mütze trägt. Ueberhaupt sind Yankees und Mexikaner stets auf Dolch und Revolver eingerichtet; fast kein Monat vergeht ohne bestialische Szenen. Neulich schossen im Foyer des Opernhauses während einer Pause zwei Herren „aus der Gesellschaft" wie toll aufeinander. Einer blieb auf der Stelle tot liegen. Bald darauf knallte es zwischen zwei andern beim Spiel. Das Revolvertragen ist ganz allgemein; Karten, Würfel, Weiber, Wein — immer dieselben Ursachen!

*

29. November 1869.

Inzwischen hatten wir vorgestern Abend 7 Uhr im Nationalpalast großes Bankett zu Ehren Sewards. 350 Gäste. Das Arrangement feenhaft. Trotzdem schien es mir — und mein spanischer Kollege machte mich auch darauf aufmerksam — als ob manchmal ein Schatten zwischen den Anwesenden auftauchte. Vieles von der Einrichtung des Saales stammt noch aus der Zeit des Kaisers Maximilian. Auch die silbernen Tafelaufsätze, die vor uns prangten, waren sein Eigentum.

Gibt es für den Wettstreit der Flottenrüstungen eine Grenze?

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Als zur Beantwortung einer Anfrage der Staatssekretär des Reichsmarineamts in der Budgetkommission des Reichstags erklärte, daß ein englisch-deutsches Stärkeverhältnis der Marinen von 16 zu 10 für die nächsten Jahre annehmbar sei, glaubte die „Frankfurter Zeitung" dieses für die erste Verlautbarung dessen halten zu müssen, daß die amtlichen Kreise sich mit dem Gedanken einer gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen vertraut zu machen beginnen, und meinte, es sei von besonderer Bedeutung, daß gerade der Mann jene Erklärung abgegeben habe, den man bisher für einen Gegner jeder Begrenzung der Flottenstärke angesehen habe.

Es verlohnt sich daher der Mühe, zu untersuchen, was es mit dem Gedanken einer gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen auf sich hat, ob letztere möglich oder sogar schon im Anzuge sei.

Jene Erklärung des Staatssekretärs war bekanntlich gewissermaßen eine Antwort auf das, was der englische Marineminister Herr Churchill am 18. März 1912 gesagt hatte. Der Wortlaut dessen war folgender:

Digitized by Google

„Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Ueberlegenheit von 60 Prozent in Schiffen der Dreadnoughtklasse, verglichen mit der deutschen Flotte. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhält, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwicklungen andrer Länder, einen geeigneten Maßstab für die nächsten vier bis fünf Jahre abgeben würde, soweit die Dreadnoughtklasse in Betracht kommt. Indes will ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Ueberlegenheit über die nächststarke Seemacht betrachtet werden dürfe, soweit die britische Seemacht als Ganzes in Frage steht. Meine Erklärung ist in viel größerer Beschränkung aufzufassen. Wir können gegenwärtig an einem so mäßigen Standard festhalten infolge unsrer großen Ueberlegenheit an Schlachtschiffen und Panzerkreuzern der Vordreadnoughtperiode; da diese Schiffe aber allmählich an Gefechtswert verlieren, wird unser Verhältnis in Neubauten über den 60-Prozent-Standard steigen müssen. Wenn wir uns jetzt, wie es den Anschein hat, der Vermehrung der deutschen Neubauten um zwei Schiffe in sechs Jahren gegenübersehen, würden wir vorschlagen, vier weitere Schiffe während der gleichen Periode zu bauen."

Man sieht hieraus, der englische Minister bezog sich überhaupt nur auf Dreadnoughtlinienschiffe, ließ für diese das Verhältnis 16 zu 10 nur für vier bis fünf Jahre gelten, kündigte im übrigen aber den Maßstab 2 zu 1 an. Er wollte also weder Bindung noch Grenze.

Staatssekretär v. Tirpitz konnte daher nichts andres sagen, als was er gesagt hat. Er hat sich mit dem Verhältnis von 16 zu 10 einverstanden erklärt, weil dasselbe eine erhebliche Besserung des jetzt bestehenden bedeuten würde. Dieses Verhältnis herzustellen, liegt aber nur in der Hand desjenigen, der es überschritten hat, also Englands. England jedoch rührt keinen Finger dazu, läßt vielmehr aus seinem neuesten Schiffsbauplan entnehmen, daß es nicht nur nicht auf 16 zu 10 herabgehen, daß es vielmehr über 2 zu 1 hinausgehen will.

Die Erklärung des englischen Ministers sowohl wie unsers Staatssekretärs lassen somit deutlich erkennen, daß ein Abkommen über die Flottenrüstungen nicht getroffen werden wird, daß eine Begrenzung derselben nicht beabsichtigt ist. Das kann auch gar nicht anders sein. Denn welche Macht, die noch Selbstbewußtsein hat, wird sich von einer andern die Grenze ihrer Rüstung vorschreiben lassen? Das hieße doch vom Kampfplatz abtreten, also Niederlage.

Es ist klar, eine Begrenzung der Flottenrüstungen durch ein Abkommen, einen Staatsvertrag oder ähnliches ist ausgeschlossen für Nationen, die den Willen und die Machtmittel haben, ihre Interessen auf dem Meere durchzusetzen, die sich für gleichberechtigt halten und es nicht nötig haben, sich ohne Kampf im Wettstreit der Interessen für geschlagen zu erklären. Wenn dieses das unzweifelhafte Ergebnis des Rededuells zwischen dem englischen und dem deutschen Marineminister ist, so fragt man sich mit Recht, wozu hat denn der englische Minister den Maßstab 16 zu 10 überhaupt erwähnt? Die Antwort darauf ist schwer. Weder der Minister noch seine Presse hat irgendwie etwas verlautbart,

Digitized by Google

was etwa als Begründung dafür angesehen werden kann. Da aber nach Diplomatenart Minister, besonders in England, die Rede oft dazu benutzten, um ihre wahren Gedanken zu verschweigen, so ist wohl die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Minister eine nahe Grenze für Englands Rüstungen wittert und seinen Landsleuten leise andeuten wollte, was für England das Maß der Rüstungen sei, über das es vielleicht bald nicht mehr werde hinausgehen können.

Unter diesem Gesichtspunkt bietet der Maßstab 16 zu 10 der durch das deutsche Flottengesetz gegebenen Stärke ein greifbares, verständliches Bild dessen, was der englische Minister sagen wollte, und dessen Annehmbarkeit der Staatssekretär v. Tirpitz anerkannt hat. Träfe diese Annahme zu, so wäre sie sehr zu begrüßen: Denn auf solcher Grundlage könnte einer Verständigung der beiden Nationen entgegengesehen und damit der Friede der Welt gesichert werden.

Doch welches könnte jene sogar England gezogene Grenze sein?

Die Grenzen, welche jedem Lande hinsichtlich der Vermehrung seiner Flotte von der Natur der Verhältnisse gezogen sind, bestehen in:

1. Einer Weigerung der Steuerzahler des Landes, die steigenden finanziellen Lasten zu tragen.
2. Der Abnahme seiner technischen Leistungsfähigkeit.
3. Seiner Unfähigkeit, die Bemannungsfrage zu lösen.

1. Weigerung der Steuerzahler des Landes, die steigenden finanziellen Lasten zu tragen.

Welch ungeheure Kosten Schaffung und Unterhaltung einer starken Kriegsflotte erfordert, bedarf heutzutage keiner Erläuterung. Wer das Anwachsen unsers Marineetats während der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, daß derselbe von 122 Millionen Mark im Jahre 1898/99 auf 462 Millionen in 1912/13 gestiegen ist. In England sind die entsprechenden Zahlen 485 und 899 Millionen Mark.

Es ist klar, es muß ein reiches Land sein, das sich solche Ausgaben leisten kann. England ist bekanntermaßen das reichste Land Europas. Daß Deutschland ihm nicht mehr viel nachsteht, hat kürzlich im Landwirtschaftsrat Graf Schwerin auf Grund neuerer Schätzungen der berufensten Sachverständigen behauptet, indem er das deutsche Volksvermögen zu 300 bis 400 Milliarden und den Zuwachs des letzten Jahres allein zu 10 bis 12 Milliarden angab. Also ist, wenn jene Zahlen richtig sind, die Finanzkraft Deutschlands nicht weniger wie Englands stark genug, die Lasten der Flottenrüstungen zu tragen. Aber zur Aufbringung der Lasten sind, wenn anders finanztechnisch gesunde Bahnen erhalten bleiben sollen, Steuern erforderlich, und zwar hohe Steuern, die bekanntlich selbst der Reiche nur ungern zahlt. Das aber trifft wie für uns, so auch für England zu, und man hört bereits oft genug davon, daß der englische Steuerzahler in den letzten Jahren in unzweideutiger Weise seiner Unzufriedenheit mit den hohen Steuern Ausdruck gegeben hat. Die englische Regierung sah

Digitized by Google

sich bereits genötigt, dieser Stimmung unter den Steuerzahlern Rechnung zu tragen, und sah sich danach um, wie sie die steigenden Lasten der Flottenrüstung teilweise auf weniger überlastete Schultern abwälzen konnte. Sie fand diese in den Kolonien, und diese taten ihr den Gefallen, sich an den Lasten der Flottenrüstung zu beteiligen. Zwar glückte es nur in nicht bindender Form, in Gestalt der geschenkten australischen, malaiischen und kanadischen Linienschiffe und Kreuzer, und mußten dabei gewisse nicht ganz genehme Bedingungen, wie Verbleib der Schiffe in den Kolonien, in den Kauf genommen werden; immerhin aber war der Zweck, den englischen Steuerzahler zu entlasten, erreicht.

Ob dieses auch ferner, bei weiterem Wachsen der englischen Flottenausgaben, gelingen wird, ob die englischen Steuerzahler der Regierung eine Grenze setzen werden, die sie nicht überschreiten darf, das muß die Zukunft zeigen. Immerhin sieht man, auch für das reiche England dürfte eines Tages die Grenze der Flottenvermehrung darin gezogen sein, daß das Land die übermäßig schnell wachsenden Steuern zu zahlen ablehnt.

2. Abnehmen technischer Leistungsfähigkeit.

Ohne weitere Erläuterung ist heute wohl jedem, der ein Schiff der Kriegs- oder der Handelsmarine gesehen, einen Kriegs- oder Handelshafen besucht hat, klar, daß zur Beschaffung und Unterhaltung einer starken Flotte das Land über eine hochentwickelte Industrie verfügen muß, wozu auch gehört, daß es in seiner Bevölkerung an Leistungsfähigkeit und Zahl genügende Arbeitskräfte besitzen muß. Wie schwer dieses zu erreichen ist, zeigt am besten Rußland, das, trotzdem es seit einem Jahrhundert eine Flotte besitzt, nicht imstande war, seine Industrie so zu entwickeln, daß ihr jetzt der Bau der geplanten großen Flotte übertragen werden konnte. Auch dem strebsamen und energischen Japan ist in seinem Streben, sich europäische Kultur anzueignen, nichts so schwer geworden, als selbst Kriegsschiffe zu bauen. Und auch wir haben trotz des bereits hohen Standes unsrer Kultur Jahrzehnte gebraucht, bis wir im Kriegsschiffbau vom Auslande unabhängig wurden. Es gehört eben ernste, unermüdliche, schwere Arbeit dazu, die Industrie eines Landes so leistungsfähig zu machen, daß sie den Anforderungen, die der Kriegsschiffbau und die Unterhaltung einer großen Kriegsflotte an sie stellt, gerecht wird.

Unzweifelhaft haben Deutschland und England dieses Ziel erreicht und befinden sich auf solcher Höhe in der Entwicklung ihrer Industrie, daß sie sie noch weit mehr anspannen könnten, als es zurzeit geschieht. Diesen beiden Staaten liegt daher nur noch ob, dafür zu sorgen, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie nicht abnimmt. Denn die Gefahren, denen die Industrie eines Landes dauernd ausgesetzt ist, sind zahlreich. Beispielsweise sei nur an einige Erscheinungen erinnert, die in den letzten Jahren den beteiligten Industrien drohend ihr Haupt gezeigt haben, an Arbeitermangel, Arbeitseinstellungen, elementare und kriegerische Ereignisse mit ihrem schädigenden Einfluß auf den Geldmarkt und die Handelsverhältnisse. Wie überall, gilt eben auch hier das

Digitized by Google

Dichters Wort: „Doch mit den Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten."

Fragt man nun, was zu geschehen hat, um Niedergang der Industrie zu verhindern, was ein Volk tun kann, um sich dagegen zu sichern, so kann die Antwort nur so lauten: Jeder Besitz wird durch dieselben Mittel, durch die er erworben wurde, erhalten! Das Volk darf nicht nachlassen in den Tugenden, die es einst Großes erringen ließen, in Fleiß, Arbeit und Vorwärtsstreben, darf sich nicht Sitten und Gewohnheiten hingeben, die es die Arbeit verlernen oder entbehrlich erscheinen lassen. Ein Volk, das dieses vergißt, dem Wohlleben, Sport und Vergnügen als Höchstes gilt, wo die Großen und Reichen den Niederen und Armen nicht mit dem guten Beispiel vorangehen, das ihnen dauernd ins Gedächtnis ruft, woran sie sich zu halten haben, ein solches Volk wird unausbleiblich in der Leistungsfähigkeit seiner noch so sehr entwickelten Industrie zurückgehen, und es wird damit auch bald nicht mehr imstande sein, den hohen Forderungen einer wachsenden großen Kriegsflotte zu entsprechen.

Vielfach, und auch in England selbst, wird behauptet, daß England auf dem Wege sei, von dem Höhepunkt seiner industriellen Leistungsfähigkeit herabzusteigen. Wenn das zutrifft, so werden die vermehrten Flottenrüstungen dieses Landes bald darin ihre Grenze finden.

3. Unfähigkeit, die Bemannungsfrage zu lösen.

Nicht die Schiffe kämpfen, sondern die Bemannungen. Von nicht geringerer Bedeutung wie der Bau der Schiffe ist mithin für jedes Land die Notwendigkeit, an Zahl und Leistungsfähigkeit genügende Bemannungen zu beschaffen.

Diese Aufgabe ist nicht in allen Ländern in gleicher Weise gelöst worden. Während zum Beispiel Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht in der Lage sind, vorwiegend diejenigen Bevölkerungskreise, welche nach ihrem Zivilberuf für den Flottendienst besonders geeignet sind, in der Marine ihre Wehrpflicht ableisten zu lassen, sind solche ohne allgemeine Wehrpflicht meist gezwungen, die sich freiwillig zum Eintritt Meldenden einzustellen, ohne Rücksicht darauf, ob sie schon Vorkenntnisse mitbringen oder nicht. Da in letzterem Fall die Eingestellten längerer Zeit bedürfen, bis sie die für den Flottendienst erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben haben, so wird ihnen meist eine längere Dienstpflicht auferlegt, z. B. in England zwölf Jahre, was aber insofern nachteilig ist, als es vom seemännischen Beruf, vom Zudrang zur Flotte abschreckt.

Noch mehr aber nimmt wie überall so in England die Lust, sich dem Kriegsseedienst zu widmen, trotzdem die Engländer eine seeliebende und seegewohnte Nation sind, ab, weil dieser Dienst viel von dem Reiz, den er in früheren Jahren, zur Zeit der Segelschiffahrt hatte, verloren hat. Der poetische Zug, der ihm damals zu eigen war, fehlt in der Zeit des Dampfes und der Elektrizität. Es heißt jetzt, schwere Arbeit an den Maschinen und Kesseln, in den Kohlenbunkern zu verrichten, fortgesetzt an den nur noch durch Maschinen zu bewegenden und zu bedienenden Riesengeschützen und Torpedos zu lernen

Digitized by Google

und zu üben, anstrengende Wache auf Deck der mit hohen Geschwindigkeiten durchs Wasser rasenden Schiffe zu halten. Das erfordert viel Aufopferung, Selbstbeherrschung und Entsagung, zwingt zur Verkürzung, oft sogar gänzlichem Ausfall der früher so beliebten längeren Ruhepausen im Hafen. Kurz es ist ein hartes Tagewerk und schwere Arbeit, die heute der Kriegsseemann zu verrichten hat. Das aber schreckt ab, und besonders in England, wo Sport und Vergnügen in der ganzen Bevölkerung die Lieblingsbeschäftigung sind, wo man früher in Kriegen gegen minderwertige Gegner gewohnt war, leichten Kaufs Sieger zu sein. Sich freiwillig diesem harten Dienst zu widmen, dazu hat die Lust stark abgenommen; und sich den bei den Völkern des Kontinents eingeführten Zwang der allgemeinen Wehrpflicht aufzuerlegen, das paßt dem auf Erhaltung seines freien Willens so erpichten Engländer erst recht nicht.

Aber nicht nur mit der Beschaffung der Ersatzmannschaften hat die englische Admiralität schwere Sorgen, auch der Nachwuchs der Offiziere beginnt geringer zu werden oder wenigstens für die vermehrte Flottenrüstung nicht mehr auszureichen. Man nimmt daher bereits seine Zuflucht zu ungewöhnlichen Mitteln, wie aus dem kürzlich erlassenen Aufruf der Admiralität hervorgeht, der Reserveoffiziere im Alter von 22 bis 32 Jahren auffordert, sich zum Eintritt in den aktiven Dienst zu melden. Es fehlt eben an Nachwuchs.

Man sieht, England ist schon an oder nahe der Grenze angelangt, wo es sich entscheiden muß, ob es eine Flotte unterhalten will, die zwar an Schiffszahl alle andern Mächte weit überragt, die aber nicht voll bemannt und daher nicht voll kriegsbereit ist, oder umgekehrt.

Die Vermutung liegt nahe, daß der englische Minister, der so stark die Vermehrung der Schiffszahl seiner Flotte betreibt, damit nur Sand in die Augen zu streuen, in seiner Sprache to bluff, beabsichtigt, und zwar nicht nur den mutmaßlichen Gegnern, sondern auch seinen Landsleuten, den englischen Steuerzahlern gegenüber.

Uns aber, die wir sehen, daß wir ebensowenig Grund haben die englische Flotte zu überschätzen, wie wir wissen, daß wir sie nicht unterschätzen dürfen, soll es davon überzeugen, daß wir uns mit dem Rüstungsmaß, das wir uns nach reiflicher Ueberlegung und unter Berücksichtigung aller Verhältnisse im Flottengesetz vorgenommen haben, auf richtigem Wege befinden, daß wir es wohl, um nicht stillzustehen, hier und da, z. B. in der Durchführung des Kreuzerbaus mit größerer Beschleunigung, verbessern müssen, daß wir aber keine Veranlassung haben, uns auf maß- und uferlosen Wettstreit mit andern Mächten einzulassen.

Die Bemannungsfrage übt, wie wir gesehen haben, auf das Maß der Flottenrüstung den schwerwiegendsten Einfluß aus. Wie in England, so ist dieses auch in andern Ländern der Fall. Bei uns zeigte sich leider kürzlich eine Neigung, die kriegsmäßige Ausbildung durch Verkürzung der Dienstzeit der Mannschaften zu erschweren, bei den Offizieren den Anreiz zum Verbleiben im Dienst oder die Neigung zum Eintritt in ihn durch Verkürzung der Tafel-

Digitized by Google

gelder, also eines Teils ihrer Besoldung, zu verringern. Solche Bestrebungen kommen letzten Endes darauf hinaus, die Marine in ihrer Leistungsfähigkeit zu schwächen. Denn mit mangelhaft ausgebildeten Leuten und an Zahl nicht ausreichenden Offizieren, hat kein Schiff, keine Truppe Aussicht, im Gefecht zu siegen. Mögen sich jene Parteien, welche im Reichstag solche oder ähnliche Anträge stellten oder zu stellen beabsichtigen, sich darüber klar sein, daß sie damit den Anfang mit Auflösung der Marine machen. Ein Land, das aufhört, das Personal seiner Flotte, die Bemannungen, auf jede nur erdenkliche Weise nach Zahl und Leistungsfähigkeit zu stärken, verzichtet darauf, im Kriege von ihm große Leistungen vollbracht zu sehen, es bereitet sich also selbst seinen Untergang.

Schülerballast

Die Ueberfüllung aller gelehrten Berufe ruft in Preußen bedenkliche Mißstände hervor. Daß der einzelne sein Ziel, für die meisten die ersehnte staatliche Anstellung, nicht erreicht, ist für ihn ein Uebel — aber es ist das geringere. Das größere ist, daß das preußische Staatsbeamtentum und der Aerzte- und Rechtsanwaltstand in der Qualität herabgehen, weil die Auslese der Geeigneten aus der großen Masse für die Prüfungskommissionen und die Behörden immer schwerer geworden ist. Der Justizminister steht einer erdrückenden Zahl von Anwärtern für die richterlichen und staatsanwaltlichen Stellen gegenüber. In seiner Wahl ist er zwar rechtlich frei, aber durch das Anciennitätsprinzip, dessen genaue Befolgung seine Gerechtigkeitsliebe außer Zweifel stellen würde, doch beschränkt. Das Auftreten mancher Rechtsanwälte läßt sich nur durch die Jagd nach Klienten erklären. Im Aerztestand verschwindet die Unfähigkeit zwar lange dem Laienauge, aber die Folgen der Ueberfüllung zeigen sich nach außen bei den Streitigkeiten mit den Kassen. Das theologische Studium wird nicht mehr bloß aus innerem Drange ergriffen, sondern trotz der ablehnenden Haltung der herrschenden Richtung gegen eine freiere Auffassung des Apostolikums, weil es eben immer noch am ehesten zu Amt und Brot führt. Im höheren Lehrerstande wächst die Zahl der Kandidaten in erschreckender Weise, und da fehlt der Abfluß in private Stellungen, weil unser Unterrichtswesen nur zu einem verschwindend geringen Teile auf privater Grundlage beruht.

Freilich gibt es eine größere Anzahl von Berufen, deren tüchtigste Anwärter zwar die staatliche Ausbildung suchen, aber so rasch als möglich dem Staatsdienst den Rücken kehren. So ist es in den meisten technischen Berufen, in denen die Staatsstellungen bei den niedrigen Gehältern nur geringen Anreiz auf schöpferische Kräfte ausüben. Es ist bezeichnend, daß man neuerdings in der höheren Bergkarriere einem Teil der darin tätigen Staatsbeamten, den Werksleitern usw., Tantiemen am Ertrage des Werkes zugesichert hat, um nicht

Digitized by Google

die tüchtigen Kräfte an die Privatunternehmungen zu verlieren. Für die technischen Betriebe, die der Staat in eigner Verwaltung führen will oder die in gemischt staatlicher und privatwirtschaftlicher Weise geführt werden sollen, wird ein ähnliches System für die Besoldung der leitenden Personen unvermeidlich sein. Im höheren Schulwesen ist es so, daß die tüchtigsten Kräfte von den Städten vorweggenommen werden, und für die staatlichen Anstalten meist gerade die minder tüchtigen übrig bleiben. Bei der Auswahl für die höheren Staatsstellungen greift der Staat dann wieder auf die städtischen Schulmänner zurück. Für die Ergänzung des mittleren und unteren Beamtenstandes wird übrigens voraussichtlich das Privatangestelltenversicherungsgesetz nachteilig einwirken. Die Vorzüge der preußischen Beamtenstellung verschwinden immer mehr, darum liegt die Gefahr vor, daß es in seiner Zusammensetzung und Leistungsfähigkeit herabgeht. Der Gleichsetzung der Gehälter innerhalb großer Gruppen von Beamten, die früher nach der Schwierigkeit ihrer dienstlichen Stellung teils ganz verschieden besoldet, teils im Verhältnis des übergeordneten zum untergeordneten Beamten standen, hat weiter zur Herabminderung des Wertes der Staatsbeamtenstellung beigetragen. Es wird heute erwartet, daß in den höheren Stellungen persönliches Vermögen oder Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit die Unzulänglichkeit des Gehalts ausgleicht. Andere als bei denen diese Voraussetzung erfüllt ist, kommen kaum noch in die aussichtsreichen und die höheren Stellungen. Noch sind es in den Ministerien altpreußische Männer, welche gegen dieses System ankämpfen, aber ihre guten Absichten werden zunichte an der erdrückenden Macht der Verhältnisse. Aehnlich ist es bei der Erreichung der Professorenstellung. Es ist gar nicht zu verkennen, daß hier das plutokratische Element auch in starkem Vordrängen begriffen ist, und die Tüchtigkeit allein für die Erreichung des Lehrstuhls nicht mehr ausschlaggebend ist.

An diesem ungesunden Zustande trägt die Hauptschuld der übermäßige Andrang zu den gelehrten Berufen. Wohin man blickt, steht die Zahl der Anwärter in keinem Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Stellen. Früher bot das erfolgreich abgelegte Hochschulstudium und die Erledigung der den vorbereitenden Stufen folgenden Prüfungen eine gewisse Gewähr, daß der Anwärter auch den Anforderungen des erstrebten Amtes in seinen psychologischen Beziehungen, nicht bloß in der rein technischen Ausübung des Amtes genügen werde. Heute ist das nicht mehr der Fall. Denn es strömen eine so große Anzahl von jungen Leuten den gelehrten Berufen und den Aemtern zu, denen es an der erforderlichen Charakterbildung fehlt, daß zum Schutze des Publikums und des Staates eine sorgsame Auslese nötig ist. Zahlreiche Rücksichten verhindern leider, daß die Auslese stets nach rein sachlichen Gesichtspunkten getroffen wird. Soll das Staatswesen gesund bleiben, so muß die Auslese nach der Brauchbarkeit erfolgen, wobei die mehr oder minder guten Nummern bei den Prüfungen durchaus nicht allein den Ausschlag geben dürfen — denn die Brauchbarkeit für den Staatsdienst richtet sich tatsächlich auch noch nach andern Gesichtspunkten —, die besten Prüflinge bewähren sich nicht immer als die

Digitized by Google

besten Beamten. Es ist freilich sehr schwer, die Auslese richtig zu treffen. Je größer die Menge der zur Wahl Stehenden ist, desto schwieriger ist die Auslese. Darum kommt es darauf an, die Auslese an verschiedenen Stellen stattfinden zu lassen. Es kann nicht früh genug damit begonnen werden. Und damit kommen wir auf das eigentliche Thema dieses Aufsatzes, nämlich auf den Schülerballast, zu sprechen, der durch die höheren Schulen geschleppt wird. Schon vor Jahrzehnten ist darüber geklagt worden, daß der Andrang zu den höheren Schulen zu groß sei. Man hat Berechnungen angestellt über die Menge der Studierenden, die für jedes Fach nötig wären, und hat gehofft, durch Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchungen abzuschrecken. Aber es hat alles nichts geholfen. Es ist statt besser immer schlimmer geworden. Statistische Belege würden hier nur langweilig wirken. Diese Ueberfüllung ist nicht nur eine Folge des Wachstums der Bevölkerung, sondern auch eine Folge der wachsenden Wohlhabenheit in Deutschland und eine Folge der sich ständig bessernden Verkehrsverhältnisse. Diente früher ein Gymnasium — wir wollen uns der Kürze halber dieser Bezeichnung für eine höhere Knabenschule bedienen — den Söhnen der Stadt und einer Anzahl auswärtiger gebildeter Familien, die ihre Söhne in Pensionen der Stadt unterbringen konnten, so ist das Gymnasium heute einer meilenweiten Umgebung auf dem Rade und mit bequem gelegten Eisenbahnzügen gegen billige Jahresfahrkarte zugänglich. Die höheren Schulgeldsätze, welche die Städte für den Besuch der von ihnen unterhaltenen höheren Schulen erheben, spielen kaum noch eine Rolle gegenüber der Verbilligung des Besuchs des Gymnasiums durch den Fortfall der Pension. Das ist die Kehrseite der Verkehrserleichterung. Ja, wenn das alles tüchtige Elemente wären, die zum Gymnasium strömten. Aber das ist keineswegs der Fall; die größte Mehrzahl dieser auswärtigen Schüler wird nicht wegen ihrer tüchtigen Begabung aufs Gymnasium geschickt, sondern aus der eignen oder mehr noch der Sucht der Eltern nach höheren Stellungen für ihre Söhne, nächstens auch für die Töchter. Diese Schüler kommen zuweilen aus ganz ungebildeten Familien. Die Eltern können nur eben lesen und schreiben, in den polnischen Landesteilen kaum weder Deutsch noch Polnisch. Aber der Sohn muß die billige Fahrt benutzen, um wenigstens den Versuch zu machen, ob er nicht vorwärtskommt. Aus der Stadt aber schickt jeder Bedienstete, der genug verdient, und jeder Unterbeamte, der sich das Schulgeld am Munde abspart, seinen Sohn auf das Gymnasium.

Es liegt uns fern, gegen das Aufwärtsstreben tüchtiger Elemente aus den unteren Ständen in die oberen etwas erinnern zu wollen. Die Wiege manches hervorragenden Mannes hat in ärmlicher Hütte gestanden. Aber, wenn wir näher nachforschen, werden wir finden, daß die Hütten, aus denen solche Männer hervorgegangen sind, Schätze des Geistes und des Gemüts bargen, die den jungen Geist genährt haben und das junge Herz haben höher schlagen lassen. Es war meist die edle Mutter, welcher der Sohn seine spätere Größe verdankte. Begabte Kinder aus solchen Familien verdienen die wärmste Förderung seitens des Lehrerkollegiums, der Gemeinde und des Staates. Aber leider gibt es unter

Digitized by Google

den Familien, welche heute ihre Söhne den höheren Schulen zuschicken, viele, in denen weder ernstes wissenschaftliches Streben herrscht, noch geachtet wird, die lediglich durch Ehrgeiz oder auch durch schlechtes Beispiel verführt werden, ihre Söhne in eine höhere Laufbahn bringen zu wollen. Daher schreibt sich der beklagenswerte Mangel an Handwerkslehrlingen. Häufig genug muß den Eltern die Schuld beigemessen werden, wenn die Söhne ihren Beruf verfehlen. Solche Familien, deren Söhne besser den Gymnasien fern blieben, finden sich übrigens in großer Menge auch in den begüterten Schichten. Gerade in diesen hat die Genußsucht oft die edleren Neigungen erstickt und das pflanzt sich auf die Söhne fort. Man wird kaum fehlgehen, wenn man die Fälle von Diebstahl, Einbruch, Selbstmord, wie sie auch unter Gymnasiasten heute gar nicht selten vorkommen, auf Elternhäuser zurückführt, deren Söhne überhaupt nicht in das Gymnasium hineingehörten. Die Diebstähle in den Universitätshörsälen dürften auch manchmal auf Studierende zurückzuführen sein, so daß früher unerhörte Vorsichtsmaßregeln sich als nötig erwiesen haben. In den anatomischen Uebungen werden an einigen Universitäten die Schädel und Gliedmaßenknochen mit Ketten an die Tische angeschlossen, damit sie nicht, wie manchmal geschehen ist, gestohlen werden.

Unter den Umständen, welche die Ueberfüllung der Gymnasien gezeitigt haben, muß auch erwähnt werden, daß für den Eintritt in eine Reihe von Berufen immer höhere Anforderungen gestellt worden sind, vielfach bedeutend höher, als für den Beruf selbst nötig ist, nur zur Abwehr des Andranges. Aber es hat sich gezeigt, daß hier ein circulus vitiosus vorliegt. Die Erhöhung der Anforderungen hat nur zu stärkerer Füllung der Gymnasien, namentlich ihrer Oberklassen, beigetragen und damit zur Vermehrung der Studierenden.

Der natürliche Rückschlag der Anfüllung der Gymnasien mit Elementen, die gar nicht dahin gehören, ist, daß die Gymnasiallehrer vor einer verzweiflungsvollen Aufgabe stehen. Der Schülerballast drückt das Niveau der ganzen Klasse. Immer wieder müssen mit dem Gros der Schüler, dessen Fassungsvermögen nun einmal für den Fortschritt maßgebend sein soll, dieselben elementaren Gedankengänge durchgepaukt werden. Dabei ermüdet und erlahmt der Lehrer. Die befähigteren Schüler langweilen sich und schelten auf die Schule, auch auf den Lehrer, der oft gar nicht langweilig ist, sondern nur durch das unselige Prinzip, daß seine Leistungsfähigkeit nach der statistisch festzustellenden Menge der versetzungsfähigen Schüler bemessen wird, dazu verurteilt ist, die begabteren Schüler zu langweilen. Zeigt es sich dann, daß die Klasse nicht genug leistungsfähig ist, so wird bald genug von Ueberbürdung gesprochen, namentlich wenn etwa unfähige Söhne einflußreicher Väter mit unter den hemmenden Massen sich befinden. — Und das Ende vom Liede ist Entbürdung, ist Herabsetzung der Ziele, Herabsetzung der Anforderungen, die weitere Oeffnung der Pforten des Gymnasiums und damit die Herabsetzung der Leistungen. Daß aber die Leistungen der Gymnasien gesunken sind, ist eine sehr weitverbreitete Ansicht, namentlich unter den Universitäts-

Digitized by Google

professoren. Erst im vorigen Jahre sind aus diesen Kreisen heraus bewegliche Klagen im Herrenhause vorgetragen worden. Die Einwürfe, welche jüngst ein Gymnasialdirektor auf Grund eines reichen statistischen Materials dagegen gemacht hat, werden die Empfindungen, von denen weite Kreise beherrscht werden, kaum ändern. Die bayerische Unterrichtsverwaltung ist bereits eingeschritten und hat Maßregeln getroffen, um den Zugang zu den akademischen Studien einzudämmen. Sie hat die Direktoren und Lehrerkollegien der Lateinschulen aufgefordert, ihm durch gehörige Sichtung bei den Aufnahmeprüfungen, angemessene Strenge bei den Versetzungen in die höheren Klassen und Zurückhaltung in der Gewährung von Altersdispensen wirksam entgegenzutreten. Wie allgemein die Anschauung verbreitet ist, daß die höheren Schulen in Preußen der Aufgabe der Sichtung des Schülermaterials nicht genügt haben, geht am besten daraus hervor, daß die Vertreter des Oberlehrerstandes in Preußen sich kürzlich veranlaßt gesehen haben, sich beim Kultusminister darüber zu beklagen, daß den höheren Schulen vorgeworfen werde, ihre Leistungen seien zurückgegangen, weil infolge eines weichlichen Nachlassens nicht mehr mit derselben Strenge wie früher auf die Erfüllung der an die Schüler zu stellenden Anforderungen gehalten werde. Der Kultusminister soll nach den Zeitungsberichten erwidert haben, daß ihm jeder Gedanke an Verweichlichung der Jugend fernliege. Er schob, wie auch ganz natürlich, die Verantwortung den Direktoren und Lehrerkollegien zu; denen läge es ob, bei Beurteilung der Schüler ebenso zu große Nachsicht wie auch übertriebene Strenge zu vermeiden. Die Vertreter der Oberlehrer gingen allerdings von der Anschauung aus, daß weder die Lehrpläne noch die sonstigen behördlichen Anordnungen eine Verminderung der Anforderungen begünstigten. Mag sein, aber die tatsächliche Entwicklung ist eine andre gewesen. Mit dem Herabgehen der Qualität des Schülermaterials ist die Höhe der Leistungen gesunken und umgekehrt mit dem Sinken der letzteren verschlechtert sich immer mehr die Qualität des Schülermaterials.

Oder ist etwa die Leistungsfähigkeit der Gymnasiallehrer gesunken? Schwerlich. Eins aber ist psychologisch naheliegend, daß ihre Amtsfreudigkeit leiden muß, wenn sie es nicht mehr wie früher mit der Erziehung der späteren Führer des Volkes zu tun haben, sondern mit einer erdrückenden Masse von Schülern, die nach dem Austritt aus der Schule wieder auf ein tieferes Bildungsniveau herabsinken.

Wie ist da nun zu helfen? Früher ist der Vorschlag gemacht worden, man solle die Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung erst mit dem Abiturientenexamen sowohl der Vollanstalten wie der Nichtvollanstalten verleihen, um dadurch die Minderbegabten, die jetzt das Gymnasium bis zur Obersekunda bevölkern, aufzumuntern, auf die Nichtvollanstalten überzugehen oder sich auf dem Wege der Kommissionsprüfung den Einjährig-Freiwilligen-Schein zu erwerben. Aber dieser Plan ist abgelehnt worden, auch deswegen, weil nicht mit Unrecht befürchtet wird, daß dann nur noch mehr junge Leute durch das ganze Gymnasium gehen werden und die Ueberfüllung der Unter- und Mittelklassen mit

Digitized by Google

ungeeigneten Elementen sich auf die Oberklassen noch schlimmer fortpflanzen würde. Zu helfen wäre hier höchstens dadurch, daß man sich entschlösse, einen Unterschied zu machen zwischen der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst und der zur Fortsetzung der Gymnasialstudien auf der Obersekunda.

Weiter könnte man Pläne machen, die Gründung eines getrennten Obergymnasiums mit höheren Zielen, das nur mit ausgezeichneten Lehrkräften zu besetzen wäre, ins Auge zu fassen. Wohl haben starke Männer sich an solchen Plänen versucht, aber ihre Kraft reichte nicht aus, sie wird auch weiter nicht ausreichen gegenüber der Macht der Gymnasiallehrerschaft, die einer Spaltung des Standes entgegen ist. Also bleiben wir nur bei der gegenwärtigen Schulverfassung, bleiben wir auch bei der vielgepriesenen Gleichstellung der drei höheren Schularten, die gar nicht so unschuldig ist an der Ueberfüllung aller gelehrten Berufe. Fragen wir nur, was kann praktisch geschehen, um der Ueberfüllung schon auf den Schulen entgegenzuwirken. Und da sagen wir in erster Linie: strenge Versetzungen. Diese Strenge ist keine Härte, sondern eine Wohltat für den Schüler. Sie bewahrt ihn vor nutzlosen Schüler- und Studentenjahren, vor der Qual vergeblicher Versuche der Ablegung der Fachprüfungen; sie eröffnet ihm den rechtzeitigen Eintritt in einen seiner Begabung entsprechenden praktischen Beruf und die Aussicht auf eine ihm selbst befriedigende Lebensstellung. Unfähige Schüler müssen das Jahrespensum wiederholen und, wenn es ihnen das zweite Jahr nicht gelingt, müssen sie von der Schule entfernt werden. Bei der Versetzung ist auf den ganzen Schüler zu sehen. Das Lehrerkollegium, in dessen Händen damit freilich eine große Macht, aber auch eine große Verantwortung gelegt wird, muß gewissenhaft prüfen, ob zu erwarten ist, daß sich der Schüler nach seiner ganzen Veranlagung zu höheren Studien eignet. Allerdings darf nicht schematisch darauf gesehen werden, ob er etwa wegen Uebermuts mal eine oder mehrere Vieren erhalten hat. Diese Prüfung wird um so zuverlässiger in ihren Ergebnissen sein, je länger der Schüler auf der Anstalt ist. Manche Schüler gelangen erst in der Entwicklungszeit, etwa mit vierzehn Jahren, zu derjenigen Reife und demjenigen Ernst, welcher sie zu höherem Studium befähigt. Darauf ist billige Rücksicht zu nehmen, wozu gewiß ein großes Maß psychologischer Einsicht und feinen Taktes gehört. Wenn aber auch dann noch nicht die Aussicht auf ein gutes Ergebnis begründet ist, so ist der Schüler zu entlassen.

Man wird einwenden, daß alle diese Maßregeln ja nicht nur behördlich vorgesehen sind, sondern auch beachtet werden. Aber es bleiben doch Zweifel übrig, ob nicht zu große Milde und Unsicherheit im Urteil den Erfolg verhindern, wenigstens an einer Anzahl von Anstalten. Wenn aber die Versetzungen und Entlassungen von Schülern nach den von den Behörden gegebenen und sonst zu beachtenden Vorschriften erfolgen und dann trotzdem eine solche Fülle von Schülern den Hochschulen zuströmt, so wird eben nur übrigbleiben, die Ziele höher zu stecken, wie es bei den Staatsprüfungen bei zu großem An-

Digitized by Google

drang geschieht, die Anforderungen so zu steigern, daß nur die Besten übrigbleiben.

Eins muß jedenfalls hervorgehoben werden, daß sich dann Strenge der Schule geltend machen muß ohne Ansehen der Familie, so wie dies bei den späteren Staatsprüfungen der Fall ist. Die Mahnung Ciceros in der Rede pro Roscio an die vornehme Jugend, daß sie ihre Ansprüche an die Menschen abtreten müsse, welche strebsam, gut, tapfer, barmherzig sind, wenn sie selbst diese Tugenden nicht besitze, ist heute auch noch berechtigt. Ja, man kann der Ueberfüllung der gelehrten Berufe die gute Seite abgewinnen, daß sie es der vornehmen Jugend zum Bewußtsein gebracht hat, wie sie ihre Zeit nicht mehr vergeuden darf, sondern sie ernstlich wahrnehmen muß, wenn sie nicht verdrängt werden will.

Den Schülern der Volksschule muß es nach wie vor möglich sein, auf die höhere Schule überzugehen, aber ihnen die Tür künstlich weit zu öffnen durch gesetzliche Festlegung der Einheitsvorschule würde zu bedenklichen Folgen führen. Es würden nur noch mehr Volksschüler als bisher ihren Beruf verfehlen. Alle höheren Berufe sind voll von Männern, die ihren ersten Unterricht in den Volksschulen erhalten haben und mit Dank darauf zurückblicken. Auch unter den bisherigen Verhältnissen sind ehemalige Volksschüler bis zu den höchsten Stellungen in der Wissenschaft und der Praxis emporgestiegen. Zum Wohle des ganzen Volkes dient es aber, wenn nur die wirklich Begabten in das Gymnasium eintreten. Ebenso ist es bei den jungen Mädchen. Sonst würde das Niveau der studierenden jungen Mädchen bald herabgedrückt und die ganze Einrichtung würde geschädigt werden.

Den Lehrerkollegien und den einzelnen Lehrern darf ihre Strenge nicht zum Vorwurf gemacht werden; im Gegenteil verdient sich ein solches Kollegium den Dank des Staates. Ganz wegfallen müssen alle äußeren Rücksichten, wie sie leider für manchen Direktor bestimmend sind. Es besteht nämlich die unselige Bestimmung, daß für jede staatliche höhere Schule eine bestimmte Schülerzahl im Etat eingesetzt ist, nach der die voraussichtliche Schulgeldeinnahme veranschlagt wird. Wird die Zahl überschritten, so kommt die überschießende Schulgeldeinnahme der Anstalt zugut. Da ist es denn natürlich, daß die Direktoren, abgesehen davon, daß ihr Ehrgeiz überhaupt leicht dahin geht, eine möglichst große Anstalt zu leiten, verführt sind, mehr Schüler aufzunehmen und festzuhalten, als von höherem Standpunkte aus gerechtfertigt ist, um für ihre Anstalt einige äußere Vorteile in der Einrichtung und Ausstattung, eine größere Bequemlichkeit in der Geldwirtschaft zu erzielen. Das ist ein Mißstand, der ohne Schwierigkeit beseitigt werden könnte und müßte. Es macht geradezu den Eindruck, als ob es der Staat nötig hätte, Schüler zu den höheren Lehranstalten anzulocken, wie denn das ganze Stipendienwesen auf den Universitäten auf einer heute nicht mehr geltenden Anschauung beruht. Dieses Stipendienwesen ist auch mit Schuld an der Ueberfüllung der höheren Schulen und der Universitäten. Die Statuten der Stipendien sind unter ganz andern Voraus-

Digitized by Google

setzungen abgefaßt, als sie jetzt gelten. In früheren Jahrhunderten bedurfte es der Aufmunterung zum Studium. Die gelehrten Berufe übten keine sonderliche Anziehungskraft aus. Andre als begabte junge Leute gelangten kaum zum Studium. Gewährte man armen Studenten ein Stipendium, so gewährte man es begabten. Heute ist es nicht so. Heute deckt sich Armut der Studenten mit Begabung keineswegs. Und es ist nicht mehr nötig, die armen Studenten in Massen zu unterstützen, während den Begabten nach wie vor der Weg zu den Stipendien weit geöffnet werden müßte. Dazu gehört eine gründliche Reform des Stipendienwesens durch die Gesetzgebung, die hier auch tief in das Privatrecht eingreifen müßte. Die Erwerbung von Stipendien müßte nicht mehr von Armutszeugnissen, sondern von Befähigungszeugnissen abhängig gemacht werden. Ueber die Befähigung zu entscheiden sind aber heute die Professoren leichter in der Lage als früher, nachdem das Hörverfahren mehr und mehr durch dialogische Uebungen ergänzt und ersetzt worden ist.

Wenn es für den Kapitän kein leichter Entschluß ist, Ballast über Bord zu werfen, aber unter Umständen ein notwendiger, um das Schiff wieder flottzumachen, so ist es auch für den Staatslenker kein leichter Entschluß, den überflüssigen Schülerballast zu beseitigen. Es ist aber freilich sehr schwer zu bemessen, wie weit dabei gegangen werden darf. Denn wenn das Schiff wieder auf die hohe See gelangt, so kann es durch zu starken Verlust an Ballast kommen, daß es den erforderlichen Tiefgang und damit die Sicherheit der Fahrt eingebüßt hat. Daher ist es wohl verständlich, wenn die Staatslenker nicht ohne Besorgnis an die Entfernung des Schülerballastes herangehen. Das preußische Schulschiff hat aber schon bei der Ausfahrt zu schwer geladen. Es kann daher einigen Schülerballast entbehren. X.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von Freiherrn v. Hengelmüller

III

Erster Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Zürich. Ernennung zum Gesandten in Berlin.

Von St. Petersburg ist Karolyi nicht mehr nach Dänemark zurückgekehrt. Er verbrachte die nächsten Wochen, während derer die Kriegsereignisse in der Lombardei sich abspielten, auf seinen ungarischen Gütern und erhielt dort Ende Juli 1859 seine Ernennung zum Gesandten in Neapel. Zur Ausführung ist aber diese Ernennung nicht gelangt. Anstatt in Neapel hat Karolyi sein Vaterland durch viele Jahre in Berlin vertreten. Vorher wurde er aber noch nach Zürich entsendet, um als erster Bevollmächtigter an Stelle des dort verstorbenen Grafen Colloredo den Frieden mit Frankreich und Sardinien zu unterzeichnen.

Digitized by Google

Karolyi traf in Zürich am 31. Oktober ein, nachdem die Verhandlungen bereits über zweieinhalb Monate gedauert hatten und die wesentlichsten Punkte des Friedenstraktates endlich ins reine gebracht waren. Seine dortige Tätigkeit war daher nur eine kurze und formelle, und ihre Erzählung würde ein uninteressantes Fragment bleiben, wenn sie sich nicht an die Schilderung der vorausgegangenen Verhandlungen anreihte.

Die Aufgabe der Unterhändler in Zürich war der Abschluß des definitiven Friedens zwischen Oesterreich einerseits, Frankreich und Sardinien anderseits auf Grund der Präliminarien von Villafranca. Diese Aufgabe erwies sich aber vom ersten Tage an als eine ungemein schwierige, weil von den drei in Betracht kommenden Mächten nur Oesterreich allein es mit der Einhaltung und strikten Ausführung der Abmachungen von Villafranca ernst nahm, Sardinien in seinen Bestrebungen weit darüber hinausging und für seine Aspirationen teils die vollendeten Tatsachen zu benützen, teils neue zu schaffen bemüht war, Frankreich endlich sich vor die Alternative gestellt sah, entweder wider die nationale Sache Italiens sich kehren zu müssen, oder seinen Verpflichtungen Oesterreich gegenüber untreu zu werden, so daß Kaiser Napoleon III. sehr bald nach seinem siegreichen Feldzug sich in nicht geringerer Verlegenheit befand als vor demselben.

Die Initiative zum Waffenstillstande und den Friedenspräliminarien von Villafranca war von Frankreich ergriffen worden. Von der voraussichtlichen Stellung derartiger Anträge, wie von den Bedingungen, auf Grund derer Kaiser Napoleon Frieden zu schließen wünsche, hatte die österreichische Regierung gleich nach der Schlacht von Solferino durch eine befreundete dritte Macht Nachricht erhalten. Diese Bedingungen, welche bereits den Kabinetten von London, St. Petersburg und Berlin mitgeteilt waren, und über deren Aufnahme seitens des letztgenannten Kabinetts sich später eine Kontroverse entspann, welche auf die österreichisch-preußischen Beziehungen nicht ohne Einfluß zu bleiben bestimmt war, lauteten:

1. Italien wird unabhängig (rendue à elle même).
2. Konföderation aller Staaten Italiens ohne irgendeine Ausnahme.
3. Vergrößerung Sardiniens (Lombardei, die Herzogtümer).
4. Schaffung eines unabhängigen Staates, aus Venetien und Modena bestehend, unter einem Erzherzog.
5. Toskana fällt an die Herzogin von Parma.
6. Die Legationen werden ein Vizekönigtum.
7. Ein Kongreß zur Reorganisierung Italiens auf den genannten Grundlagen und unter Berücksichtigung der erworbenen Rechte gemäß den Wünschen der Bevölkerungen.

Oesterreich hatte diese Bedingungen, welche die Abtretung nicht nur der Lombardei, sondern auch Venedigs und den gänzlichen Verzicht auf seine Stellung als italienische Macht enthielten, sofort für unannehmbar erklärt. Lord Palmerston hatte um dieselbe Zeit Friedensversuche für verfrüht bezeichnet, da Oesterreich

Digitized by Google

noch nicht genug geschlagen wäre, um das Napoleonische Programm der Freiheit Italiens bis zur Adria anzunehmen.

Da erschien nun am 5. Juli General Fleury im k. k. Hauptquartier zu Verona und überbrachte den nachstehenden Brief seines Herrn an Kaiser Franz Josef:

„Mein Herr Bruder! Man benachrichtigt mich aus Paris, daß eine Großmacht den Kriegführenden den Vorschlag zum Waffenstillstand machen will. Wenn dieser Vorschlag von E. M. angenommen würde, so möchte ich wünschen, dies zu erfahren, weil ich dann der Flotte, die Venedig anzugreifen sich anschickt, den Befehl geben werde, nichts zu unternehmen, denn es ist unsre Pflicht, unnützes Blutvergießen zu vermeiden. — Ich erneuere E. M. die Gefühle der hohen Achtung, mit der ich bin E. M. guter Bruder Napoleon."

Hierauf antwortete Kaiser Franz Josef, daß er zwar seinerseits keine Benachrichtigung über einen bevorstehenden Waffenstillstandsvorschlag seitens einer dritten Macht erhalten habe, jedoch den Wunsch nach Vermeidung weiteren Blutvergießens zu sehr teile, um nicht willig auf eine derartige Verhandlung einzugehen, falls sie in den Absichten Kaiser Napoleons liege. — Er schlage daher vor, nach Villafranca Kommissäre zu entsenden, welche die Dauer und Bedingungen des Waffenstillstandes bestimmen sollten.

Am nächsten Tage erfolgte der Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 15. August, und tags darauf schrieb wieder Kaiser Napoleon an Kaiser Franz Josef:

„M. H. Br.! Wenn ich den ersten Gedanken an eine Waffenruhe aufgriff, um sie E. M. vorzuschlagen, so hoffte ich dabei, es könnte dies vielleicht zu einer direkten Verständigung zwischen uns führen, die einem in so vieler Hinsicht beklagenswerten Konflikt, der im Falle der Fortdauer noch viel Blutvergießen bringen würde, ein Ende machen könnte. Ich nahe darum E. M. mit der loyalen Erklärung, daß, wenn Sie eine Einigung über die allgemeinen Grundlagen eines späteren Abkommens für möglich halten, eine Zusammenkunft in Villafranca die glücklichsten Folgen für den Weltfrieden haben könnte. Wenn aber E. M. die Sache untunlich erscheint, so möchte ich auf ein Zusammentreffen verzichten, denn für mich würde es zu schmerzlich sein, von neuem gegen E. M. zu kämpfen, nachdem ich Sie persönlich kennen und schätzen gelernt hätte."

Infolge dieses Briefes erfolgte zunächst die Sendung des Prinzen Alexander von Hessen in das französische Hauptquartier und am 11. Juli die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Villafranca, welche noch am selben Tage zur Vereinbarung der nachstehenden Friedenspräliminarien führte:

1. Die beiden Souveräne begünstigen die Bildung eines Italienischen Bundes.
2. Ehrenvorsitzender dieses Bundes wird der Hl. Vater.
3. Der Kaiser von Oesterreich tritt seine Rechte auf die Lombardei, die Festungen Mantua und Peschiera ausgenommen, an den Kaiser der Franzosen ab. Dieser übergibt die abgetretenen Gebiete dem König von Sardinien.

Digitized by Google

4. Venetien wird Mitglied des Italienischen Bundes, bleibt jedoch unter der Herrschaft des Kaisers von Oesterreich.
5. Der Großherzog von Toskana und der Herzog von Modena kehren in ihre Staaten zurück, unter Erlaß einer Generalamnestie.
6. Die zwei Kaiser fordern den Hl. Vater auf, in seinen Staaten dringende Reformen einzuführen.
7. Volle und ganze Amnestie wird von beiden Teilen den Persönlichkeiten gewährt, die sich aus Anlaß der letzten Ereignisse in den Territorien der Kriegführenden kompromittiert haben.

Dem Briefe, mit welchem Kaiser Napoleon am Abende des 11. Juli dem Kaiser von Oesterreich die unterzeichneten Präliminarien übersandte, hatte König Viktor Emanuel die folgende Klausel eigenhändig beigefügt: „Je ratifie cette convention en tout ce qui me concerne." Es ist aber bekannt, mit welchen Gefühlen der Enttäuschung und Bestürzung die Nachricht von dem Friedensschlusse im italienischen Lager aufgenommen wurde, und daß König Viktor Emanuel demselben nur beitrat, weil er mußte. In Wirklichkeit standen sich österreichische Rechte und italienische Aspirationen nach Villafranca ebenso unversöhnt gegenüber wie vor dem Kriege, und dieser Gegensatz bildete ein Hindernis nicht nur für die Herstellung der beabsichtigten intimen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich, sondern auch für die Ausführung der vereinbarten Friedenspräliminarien.

Napoleon III. hatte den Krieg für italienische Interessen begonnen, den Frieden aber aus Rücksicht auf seine eignen Interessen geschlossen. Ueber seine diesfälligen Motive hat er sich später dem Fürsten Metternich gegenüber in vertraulicher Konversation dahin ausgelassen: „J'ai arrêté la guerre parce que j'ai eu peur des sacrifices de sang, qu'elle me coûterait encore, parce qu'il me repugnait d'avoir la révolution à mes troupes, Klapka et Kossuth comme auxiliaires, et parce que je prévoyais tôt ou tard une guerre générale." Er war aber kaum in seine Hauptstadt zurückgekehrt, als er an den vereinbarten Punktationen zu rütteln begann und mit neuen Kombinationen hervortrat. In einem aus St. Cloud datierten Briefe vom 24. Juli an Kaiser Franz Josef klagte er über die Schwierigkeiten, welchen die bedungene Restaurierung der Souveräne von Toskana und Modena begegne, und schlug als Auskunftsmittel die Abdankung des Herzogs von Modena, die Einsetzung des jungen Großherzogs von Toskana an dessen Stelle, die der Herzogin von Parma in Florenz, und endlich die Einberufung eines europäischen Kongresses nach Unterzeichnung des Friedens von Zürich vor, um durch denselben die getroffenen Abmachungen und die Lage Italiens regeln zu lassen und so die Verlegenheiten von sich abzuwälzen, welche ihm der siegreiche Krieg bereitet hatte.

Am 6. August trafen die Bevollmächtigten der drei Mächte in Zürich ein. Es waren dies: für Oesterreich Graf Colloredo und Baron Meysenbug, für Frankreich Baron de Bourqueney und Marquis de Banneville, für Sardinien Chevalier des Ambrois de Nevache und Herr Jocteau. Von österreichischer

Digitized by Google

Seite hielt man daran fest, den Frieden in Zürich gleich den Präliminarien von Villafranca ausschließlich mit Frankreich zu verhandeln und den Beitritt Sardiniens durch einen Separatakt vollziehen zu lassen. Baron de Bourqueney schlug daher vor, drei Verträge abzuschließen, einen zwischen Oesterreich und Frankreich, um Frieden zu schließen und die Bedingungen der Abtretung der Lombardei zu regeln, einen zweiten zwischen Frankreich und Sardinien zur Retrozession der Lombardei, und einen dritten zwischen allen drei Mächten, um den Beitritt Sardiniens zum Hauptvertrage zu erlangen und die Erneuerung der erloschenen alten Verträge festzusetzen.

Gleich bei Beratung des ersten Punktes der Präliminarien von Villafranca traten die Schwierigkeiten zutage, welche einem wirklichen Einverständnis Oesterreichs und Frankreichs entgegenstanden.

Das Projekt einer italienischen Konföderation war dem Kopfe Kaiser Napoleons entsprungen und eigentlich totgeboren. In Wien hegte man wohl Zweifel und Bedenken bezüglich der Ausführbarkeit der Sache, doch war man bereit, zu derselben ehrlich die Hand zu bieten, falls es sich um eine wirkliche Konföderation und nicht um eine Etappe auf dem Wege zum italienischen Einheitsstaate handeln würde. Diesem Standpunkt getreu hielt man daran fest, daß der Bundesvertrag nur das Werk der freien Vereinbarung sämtlicher italienischer Regierungen sein könne und daher einer künftigen Versammlung ihrer Bevollmächtigten vorbehalten bleiben müsse. Man war auch ganz geneigt, sich über das dieser Versammlung vorzulegende Projekt vorher mit Frankreich zu verständigen, wollte aber diese Verständigung eignen diplomatischen Verhandlungen vorbehalten und in Zürich auf die Feststellung der allgemeinen Prinzipien sich beschränken. Vor allem aber bestand man darauf, daß die Vereinbarung der künftigen Bundesakte nur unter Mitwirkung der legitimen Souveräne Zentralitaliens und nach deren Restaurierung erfolge.

Sardinien war das Konföderationsprojekt viel unangenehmer, und teils um dasselbe dafür zu gewinnen, teils um bezüglich Venedigs auf diplomatischem Wege zu gewinnen, was mit Waffengewalt nicht erreicht worden war, trat Frankreich in Zürich mit Vorschlägen hervor, welche für Oesterreich sowohl mit Rücksicht auf sein damaliges Verhältnis zu Sardinien als auf seine eigne innere Organisation ganz unannehmbar waren. Baron de Bourqueney verlangte für Venedig nicht nur eine nationale Administration, sondern auch eine nationale Armee sowie die Umwandlung einer oder mehrerer Festungen auf dessen Territorium in italienische Bundesfestungen, und bezeichnete diese Forderungen als das Minimum der Hoffnungen seines kaiserlichen Herrn. Die Kluft zwischen diesen Ansprüchen und dem österreichischen Standpunkte war zu groß, als daß sie in Zürich hätte ausgefüllt werden können, so daß die Unterhandlungen über diesen Punkt sehr bald ins Stocken gerieten.

Kaum minderen Schwierigkeiten begegnete die Regelung der verschiedenen aus der Abtretung der Lombardei sich ergebenden Detailfragen, speziell die Feststellung der neuen Grenze, des von Sardinien zu übernehmenden Anteils an

Digitized by Google

der österreichischen Staatsschuld sowie des Anspruchs auf den noch ausständigen Kaufschilling für das lombardische Bahnnetz. In Valeggio hatte Kaiser Napoleon das Verlangen des Grafen Rechberg, daß die Lombardei nebst ihren Provinzialschulden mit einem pro rata ihrer Bevölkerungsziffer zu bemessenden Anteil an der allgemeinen Staatsschuld Oesterreichs belastet werde, zustimmend aufgenommen. Als es aber in Zürich zur Verhandlung dieser Frage kam, erklärte Bourqueney, nur die Uebernahme von drei Fünfteln der auf dem Monte Lombardo Veneto eingeschriebenen Schulden, d. h. der lombardischen Provinzialschulden und des entsprechenden Anteils an dem Nationalanlehen vom Jahre 1854, zugestehen zu können, und beantwortete die österreichischen Gegenvorstellungen einerseits mit der Erklärung, daß sein Kaiser in Valeggio diesfalls nur versprochen habe, im Geiste der Billigkeit nach bisherigen Gebräuchen und Präzedenzien vorzugehen, anderseits mit dem Hinweis auf das Vorhandensein einer speziellen lombardisch-venezianischen Provinzialschuld. Oesterreich verlangte 235 755 000 Gulden, Frankreich bot 100 000 000 Gulden und erklärte gleichzeitig, daß es sich nicht um eine Berechnungs-, sondern eine Prinzipienfrage handle.

Die Dinge in Zürich gingen nicht vorwärts, und die angestrebte Einigung zwischen Oesterreich und Frankreich schien ernstlich gefährdet. Die Verständigung konnte nur in Paris gesucht werden. Dort war Oesterreich bereits durch den Fürsten Metternich vertreten, welcher, da die regelmäßigen diplomatischen Vertretungen beider Länder noch nicht hergestellt waren, in vertraulicher Mission zu Napoleon III. gesendet war und sich die eifrigste Mühe gab, den Gedanken der intimen Freundschaft, der die Verhandlungen von Villafranca geleitet hatte, zu verwirklichen. Die diesfalls zu bekämpfenden Schwierigkeiten waren jedoch sehr große, sachliche wie persönliche, denn zwischen jenem Gedanken und seiner Ausführung lagen die noch ungelösten Fragen der künftigen Gestaltung Italiens, der Widerstreit der um den Kaiser Napoleon wogenden Interessen und Aspirationen und dessen eigner, schwankender, träumerischer und unzuverlässiger Charakter.

Die größte Schwierigkeit lag in der Restaurierungsfrage, auf welche Oesterreich das Hauptgewicht legte. Es scheint wohl, daß Napoleon es diesfalls zu Anfang aufrichtig gemeint und die Einlösung seiner Oesterreich gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten, wenn sie ohne Anwendung von Waffengewalt erfolgen konnte, tatsächlich gewünscht hat. Wenigstens hat er uns dies zu wiederholten Malen ernstlich versichert. Sein Minister des Aeußern Walewski führte diesfalls die allerbestimmteste Sprache und erklärte Metternich, daß Frankreich die Annexion der Herzogtümer durch Piemont niemals zugeben werde. Auch waren nicht nur die ständigen Gesandten Frankreichs in Florenz und Modena gewiesen, ihren Einfluß für die Wiedereinsetzung der legitimen Souveräne geltend zu machen, sondern es war zu diesem Zwecke auch ein Vertrauensmann des Kaisers, Senator Fürst Poniatowski, dahin gesendet worden. Allein mit solchen Ratschlägen war bei dem damaligen Stande der Dinge in Italien nichts auszurichten, und denselben weiteren Nachdruck zu verleihen oder gar deren Durchführung mit Waffengewalt zu erzwingen oder von Oesterreich erzwingen zu

Digitized by Google

lassen, dazu wollte und konnte Napoleon sich nicht entschließen. Im Gegenteil begann er angesichts der Schwierigkeiten, welchen die Restaurierung der Erzherzöge begegnete, seine Haltung zu ändern und die nationalen Bestrebungen in Mittelitalien, die er offiziell verurteilte, unter der Hand zu ermuntern. Er empfing Deputationen aus den Herzogtümern, welche ihm ihre Wünsche nach Vereinigung mit Piemont vorzutragen kamen, und unterhielt hinter dem Rücken seines Ministers des Aeußern eine Korrespondenz mit König Viktor Emanuel und den Führern der italienischen Nationalpartei. In Wirklichkeit wußte damals niemand, was er eigentlich wollte und wohin er steuerte. Während er den in Paris weilenden Großherzog von Toskana seiner Hoffnung versicherte, wie eine gute Reaktion ihn demnächst auf seinen Thron zurückbringen werde, und Metternich bat, den Kaiser Franz Josef von seiner Freundschaft und vollkommenen Aufrichtigkeit zu überzeugen, riet er gleichzeitig dem König Viktor Emanuel, die Leitung der Dinge in den Herzogtümern in seine Hand zu nehmen, und Garibaldi, eine starke Armee in Zentralitalien zu schaffen, um gegen einen etwaigen Handstreich sich verteidigen zu können. Und zur gleichen Zeit erklärte er Lord Cowley, von der Annexion der Herzogtümer durch Piemont nichts wissen zu wollen. Walewski trug er auf, ein Mittel zu finden, um seine Sympathien für Italien mit seinen Verpflichtungen gegen Oesterreich in Einklang zu bringen. Jedermann aber forderte er auf, nur zu ihm Vertrauen zu haben.

Mittlerweile hatte die legislative Versammlung in Florenz die Entthronung der legitimen Dynastie und den Anschluß des Landes an Piemont ausgesprochen und Garibaldi an die Spitze der Truppen der mittelitalienischen Liga gestellt. Die offiziellen Missionen der Herren de Reizet und Poniatowski schienen damals so lächerlich geworden, die Haltung des Kaisers so sehr im Widerspruch mit den Erklärungen seines Ministers Walewski, und die Stipulationen von Villafranca so sehr in Frage gestellt, daß Walewski um seine Entlassung bat. Napoleon konnte sich aber ebensowenig zu einer entschiedenen und offenen Parteinahme für die italienische Sache entschließen, gewährte daher die erbetene Entlassung nicht, lenkte vielmehr wieder nach der andern Richtung ein und trat mit neuen Kompromißvorschlägen an Oesterreich hervor. Er proponierte dem Kaiser Franz Josef die Venetien im Sinne der Bourqueneyschen Anträge zu gewährenden Konzessionen an die Wiedereinsetzung der Souveräne von Toskana und Modena zu knüpfen und so das nationale Interesse Italiens für die letzteren zu gewinnen. Er empfing Metternich in den ersten Septembertagen in St. Sauveur, betonte von neuem seinen Wunsch nach seiner Allianz mit Oesterreich, klagte über die Schwierigkeiten, welche die italienischen Angelegenheiten der Realisierung derselben bereiteten, wie über die Haltung Englands, welches aus seinen Verlegenheiten Kapital schlage und zum eifrigsten Anwalt der nationalen Sache Italiens geworden war, und verwies uns auf Kompensationen im Orient. Er erging sich über die bevorstehende Liquidation des türkischen Reiches, wobei Oesterreich als Entschädigung für den Verlust seiner italienischen Machtstellung Aegypten nehmen und die Donaufürstentümer als Sekundogenitur für einen Erzherzog einrichten sollte.

Digitized by Google

Auf diesem abenteuerlichen Gebiete war die österreichische Allianz nicht zu haben, auch wenn Napoleon III. ein verläßlicherer Herr gewesen wäre, als er es tatsächlich war. Aber der Wunsch nach einer Verständigung mit ihm war in Wien vorhanden, und den Schwierigkeiten seiner Lage mit Rücksicht auf Italien war man bereit, Rechnung zu tragen. So brachte denn Metternich nach langen und mühevollen Verhandlungen am 27. September 1859 in Biarritz eine neuerliche Vereinbarung zustande, durch welche die Stipulationen von Villafranca nicht unwesentlich modifiziert wurden. Danach sollte Venetien eine autonome Sonderstellung in der österreichischen Monarchie und eine nationale Administration erhalten, italienische Bundesfestungen errichtet und von Oesterreich eventuell ausschließlich mit italienischen Regimentern garnisoniert werden. Der Herzog von Modena sollte den Herzog von Parma nach dessen Verehelichung mit der Erzherzogin Maria Theresia zu seinem Nachfolger erklären, und Piemont Parma und Piacenza erhalten. Alle diese Konzessionen Oesterreichs waren aber von der vorherigen Rückkehr des Großherzogs von Toskana nach Florenz bedingt, und die beiden Kaiser Oesterreichs und Frankreichs sollten diesfalls eine gemeinsame konditionelle Erklärung erlassen. Die Verhandlungen in Zürich sollten nach Tunlichkeit beschleunigt und sofort nach Unterzeichnung des Friedens die acht Mächte, welche die Wiener Verträge von 1815 unterzeichnet hatten, zu einem Kongresse eingeladen werden, um von dem Züricher Vertrage Akt zu nehmen und der Pazifikation Italiens die europäische Sanktion zu verleihen. Auf diesem Kongresse sollten auch der Papst, Sardinien und Neapel vertreten sein, und Napoleon verpflichtete sich überdies, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Viktor Emanuels Mithilfe zu dieser Regelung der italienischen Verhältnisse zu gewinnen.

Ausgeführt wurden diese Vereinbarungen ebensowenig wie jene von Villafranca. Der Kongreß ist niemals zustande gekommen und ebensowenig eine wirklich vertrauensvolle Intimität zwischen Oesterreich und Frankreich. Allein die Vereitlung der Abmachungen von Biarritz gehört einer späteren Epoche an, hier haben wir es nur mit deren Einwirkung auf den Verlauf der Dinge in Zürich zu tun. Dort hatte schon Anfang September die Annäherung an Napoleon die Verhandlungen in ein rascheres Tempo gebracht. Bereits um die Mitte des Monats wurden die Diskussionen über das Konföderationsprojekt und die Stellung Venetiens im italienischen Bunde wieder aufgenommen und die betreffenden Artikel im Sinne der österreichischen Wünsche unter Beschränkung auf die Feststellung der allgemeinen Prinzipien vereinbart. In der Grenzfrage gab Oesterreich bezüglich der Minciolinie nach, und bezüglich der Festungsrayons von Mantua und Peschiera einigte man sich auf ein Kompromiß. Die Berechtigung des österreichischen Anspruchs auf den noch unbezahlten Rest des Kaufschillings für die lombardischen Bahnen wurde anerkannt, und da die andern Detailpunkte der mannigfachen, aus der Abtretung der Lombardei sich ergebenden Fragen schon früher bereinigt waren, so war zu Anfang Oktober der Vertrag fertig mit Ausnahme der Frage nach dem von der Lombardei zu übernehmenden

Digitized by Google

Anteil an der österreichischen Staatsschuld. Ueber diesen Punkt war man sich nicht näher gerückt. Oesterreich hatte seine Ansprüche auf 198 105 000 Gulden ermäßigt, Frankreich und Piemont hielten an ihrem ursprünglichen Angebot von 100 000 000 Gulden mit Zähigkeit fest. Piemont bot zwar die Zahlung der von Oesterreich geforderten Summe an, allein verlangte dagegen die Abtretung der Festungen von Mantua und Peschiera. Da von unsrer Seite auf eine derartige Unterhandlung gar nicht eingegangen wurde, so wiederholte Frankreich später nochmals das Angebot der verlangten 198 Millionen gegen das Zugeständnis einer eignen venetianischen Armee. Auch dieser Antrag wurde sofort zurückgewiesen, und da man den Abschluß des Friedens nicht an der Geldfrage scheitern lassen konnte, erübrigte schließlich nur die Annahme der von Anfang angebotenen 100 Millionen, wovon die Lombardei 60 als ihren Anteil an der Schuld des Lombardo Veneto übernehmen, 40 000 000 Gulden aber an Oesterreich für den lombardischen Anteil am Anlehen vom Jahre 1854 gezahlt werden sollten, und zwar von Frankreich, welches sich wegen des Rückersatzes mit Piemont abzufinden habe.

So weit waren die Dinge gediehen, als Karolyi in Zürich ankam, und es wäre ihm dort außer der Unterzeichnung der zwei Verträge à deux und à trois kaum etwas zu tun übrig geblieben, wenn nicht die Geldfrage durch eine von Frankreich an den Monte Lombardo Veneto erhobene Forderung kompliziert worden wäre.

Dieses Institut war 1805 von Napoleon I. als eine Art von Staatshauptkasse für das Königreich Italien mit einer ziemlich komplexen Organisation gegründet worden. Es hatte eigne Einkünfte angewiesen erhalten, und fungierte zugleich als Hauptrechnungsbuch für die Schulden des Königreiches. Bei dem großen Restaurationswerke von 1815 war der Monte Napoleone in den Monte Lombardo Veneto umgewandelt und die Abwicklung der Aktiva und Passiva mit den andern italienischen Staaten gepflogen worden, zu welchem Behufe eine österreichisch-sardinische Liquidierungskommission eingesetzt worden war, die bis zum Jahre 1848 fungiert hatte. Frankreich hatte an den alten Monte Napoleone noch verschiedene Ansprüche zu stellen, welche teils aus Vorschüssen stammten, die es bei der Annexion Piemonts und bei der Teilung der römischen Provinzen 1809 dem Königreich Italien gemacht, teils aus Dotationen, mit denen Napoleon I. den Monte belastet hatte. Die Liquidierungskommission hatte aber im Jahre 1821 die Forderungen Frankreichs durch Urteilsspruch zurückgewiesen und dessen aus den politischen Transaktionen der napoleonischen Zeit herrührende Ansprüche für erloschen erklärt.

Gleich zu Eröffnung der Züricher Verhandlungen hatte Bourqueney seinem österreichischen Kollegen ein Memorandum überreicht, worin er auf diese Angelegenheit zurückkam, die verschiedenen Forderungen Frankreichs an den Monte detaillierte und deren Anerkennung im Gesamtbetrage von 34 271 470 Franken von Oesterreich und Sardinien im Verhältnis von $^2/_5$ für Venedig und $^3/_5$ für die Lombardei forderte. Die österreichische Regierung war von der Wieder-

Digitized by Google

erweckung dieser längst für abgetan erachteten Frage etwas seltsam berührt, bot aber den Franzosen die Einsetzung einer diplomatischen Kommission zur Prüfung und Entscheidung ihrer Ansprüche an, was aber diese mit der Begründung zurückwiesen, daß die Kommission Res judicata vorfinden würde. Zugleich deutete Bourqueney an, daß es sich hier um hochstehende Privatinteressen in der Umgebung seines Kaisers handle und dieser ein Entgegenkommen Oesterreichs in der aus der Zeit seines Oheims stammenden Frage hoch aufnehmen würde. Er erklärte überdies, daß Frankreich zum Ausgleich seiner Forderung 25 Millionen Franken annehmen wolle, und Oesterreich von den auf sein Teil entfallenden 10 Millionen nur die Zinsen bezahlen sollte. Unter diesen Umständen versuchte die österreichische Regierung, die Sache als Negoziationsobjekt zu verwenden, und bot den Franzosen die Anerkennung und Bezahlung der Forderung an, wenn sie für den von der Lombardei zu übernehmenden Anteil an der österreichischen Staatsschuld 150 Millionen Gulden zugestehen würden. Auf diesen Antrag gingen aber wieder diese nicht ein, und Graf Rechberg war daher nicht wenig überrascht, als Bourqueney gleich nach getroffener Einigung über die obenerwähnten 100 Millionen nochmals und in ziemlich drängender Weise mit seiner Forderung an den Monte herauskam und sogar die Paraphierung des auf die lombardische Schuldfrage bezüglichen Vertragsartikels vor Erledigung der Angelegenheit verweigerte. Da aber der Wunsch nach endlichem Abschluß des Friedens und nach möglichster Pflege der Beziehungen zu Frankreich jede andre Rücksicht überwog, legte Rechberg die Sache schließlich ganz in die Hände Karolys und ermächtigte ihn im voraus zu jedem Uebereinkommen, wodurch die Frage für immer aus der Welt geschafft und den hartbedrängten österreichischen Finanzen wenigstens momentan eine Mehrbelastung erspart würde. Karolyi einigte sich sodann mit Bourqueney dahin, daß Oesterreich für den auf Venedig entfallenden Teil der französischen Ansprüche die Zinsen von 5 Millionen Franken vom 1. Januar 1865 ab bezahlen, Frankreich aber seine Forderung für gänzlich befriedigt und erloschen erklären solle.

Im letzten Augenblick ergab sich noch ein neuer Anstoß. Als es zur Umrechnung der für den lombardischen Anteil am Nationalanlehen vom Jahre 1854 zugestandenen 40 Millionen Gulden in Franken kam, stellte es sich heraus, daß man in Paris Gulden österreichischer Währung, in Wien Gulden C. M. im Auge gehabt hatte, wodurch sich eine Differenz von 5 Millionen Franken ergab. Dieser Punkt wurde durch ein Kompromiß auf 102 500 000 Franken ausgeglichen und der Friedensvertrag endlich am 11. November in Zürich unterzeichnet.

Am 27. November wurden bereits die Ratifikationen ausgewechselt. Mittlerweile war die Ernennung des Grafen Karolyi zum Gesanden in Berlin erfolgt. Damit begann eine neue, und wohl die schwierigste Phase seiner langjährigen Laufbahn.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen
1910/1911

Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten

März 1910. Ich fasse die politischen Ereignisse, die sich seit zwei Jahren im ottomanischen Reich abgespielt haben, in Kürze zusammen.

Die Revolution vom 23. Juli 1908 hat die Türkei mit einem Schlage aus einer absoluten Monarchie in eine konstitutionelle und parlamentarische verwandelt.

Abgesehen von einer kleinen Anzahl Skeptiker, die erstaunt waren, daß die neue Regierungsform für die politische und religiöse Geistesart der Ottomanen in ihren zahllosen Varietäten passen könnte, ist die Revolution von den Liberalen aller Länder mit Beifall und Vertrauen aufgenommen worden. In einigen Ländern ist sie sogar in dithyrambischen Tönen als der Beginn einer neuen Aera begrüßt worden — einer neuen Aera nicht nur für die Türkei, sondern für Europa, dem seit so vielen Jahren die ewige „Orientfrage" ein Gegenstand schwerer Sorge ist und die Revolution möglicherweise eine Lösung dieser Frage bringen konnte, ja für die ganze Welt, denn das Schicksal des ottomanischen Reiches geht die drei Kontinente an, die am Mittelländischen Meer liegen, und ist für den ganzen Islam von Bedeutung, dessen Verzweigungen bis tief in den Sudan und ins Herz von China hineinreichen. Und da der Sturz des autokratischen Regimes in der Türkei sich ohne Blutvergießen vollzogen hatte, da der Despot von gestern nicht nur das Leben und den Thron, sondern auch das politische und religiöse Prestige des Khalifen behielt und sich dem neuen Regime, das die Umstände ihm aufzwangen, anzubequemen schien, nannte ein italienischer Staatsmann diese friedliche Revolution, indem er sie mit der großen, aber blutigen französischen Revolution verglich, „ein 1789 ohne 1793".

Dreiviertel Jahre später versuchte Abd ul Hamid die autokratische Macht, auf die er nur widerwillig verzichtet hatte, wieder an sich zu reißen. Für viele Leute unterliegt es keinem Zweifel, daß die Revolution vom 13. April 1909 im Jildis-Kiosk angezettelt worden ist. Von dort gingen die zweideutigen Agenten, Spione, Polizisten niederen Grades aus, die der Sultan noch zur Verfügung hatte, um im Verein mit Ulemas die unwissenden, fanatischen und unzufriedenen Soldaten zu erkaufen, die mit der Ermordung einiger aus den Schulen gekommener Offiziere anfingen, um die andern zu erschrecken, und nach den Plänen, die man dem roten Sultan zuschreibt, ihr Werk mit Massakers und Plünderung unter den Europäern fortsetzen sollten. Dies zu dem Zweck, den Mächten zu zeigen, daß das neue Regime unfähig sei, die Ordnung aufrecht zu halten, die fanatischen Elemente der muselmanischen Bevölkerung zu zügeln, die Armee in der Gewalt zu behalten, für die Sicherheit der Fremden zu sorgen. Daraufhin

Digitized by Google

würde dann Abd ul Hamid die Zügel des Reiches wieder in die Hand genommen haben. Tatsächlich war die Stadt einige Tage lang der Willkür der Soldateska und des Pöbels preisgegeben. Es bestand keine Autorität mehr, außer dem Sultan dort oben auf dem Hügel über Tschiragan, in den vielteiligen geheimnisvollen Gebäuden des Jildis-Palastes. Die Jungtürken, die eben noch die Macht in Händen gehabt hatten, waren verschwunden, hielten sich bei Freunden versteckt oder hatten sich zu Ausländern geflüchtet. Ebenso war es mit den Offizieren, die von den Truppen mit dem Tode bedroht wurden, weil sie zum größten Teil der Revolutionspartei angehörten oder im Verdacht standen, ihr anzugehören. Die Unteroffiziere, die Ulemas und die Soldaten blieben die Herren der Hauptstadt. Man muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie mißbrauchten ihre vorübergehende Allmacht nicht. Es kam kein Massaker und keine Plünderung vor. Der Sultan hatte es nicht gewagt, formelle Befehle zu erteilen, und seine geheimen Wünsche wurden nicht verstanden, oder vielmehr, es fehlte unten wie oben an Mut. Doch die Gefahr, in der die Europäer schwebten, erklärt das entschlossene und rasche Eingreifen des Generals Mahmud Schefket und der Armee, die er zur Befreiung heranführte. Es mußte um jeden Preis vermieden werden, daß ein Anfang mit dem Blutvergießen gemacht wurde; denn der Pöbel ist wie ein wildes Tier, das der Anblick und der Geruch des Blutes aufregt. Die rasche Unterdrückung der Gegenrevolution diente den Interessen der jungen Türkei, indem sie bewies, daß der bessere Teil der Armee auf ihrer Seite war. Und wiederum verdienten die Jungtürken durch ihre Mäßigung die allgemeinen Sympathien. Sie hätten die Meuterer erschießen können. Die Erinnerung an die Janitscharen, die der Sultan Mahmud niedermachen ließ, hätte wachwerden und das Beispiel nachgeahmt werden können, noch dazu unter gesetzlichen Formen. Sie beschränkten sich darauf, die Schuldigen zu zersprengen, und die ganze Strafe, die sie über sie verhängten, bestand darin, daß sie sie in Sträflingskleidung zum Straßenbau an die vier Enden des Reiches schickten. Was den Sultan betrifft, der seinen allzu zahlreichen vorausgegangenen, allzuoft erbarmungslos grausamen Verbrechen das weitere Verbrechen des Frevels gegen die Verfassung und des Eidbruchs hinzugefügt hatte, so übergaben sie ihn der Justiz des Scheik ül Islam. Das Fetwa, der von dem religiösen Oberhaupt der türkischen Nation gefällte Spruch, ist ein historisches Dokument. Es zählt die Vergehen und die Verbrechen Abd ul Hamids auf und spricht sich schließlich für seine Abdankung oder seine Entthronung aus. Der Beschluß der Nationalversammlung lautete einstimmig auf Entthronung. So lebt der entthronte Sultan heute mit einem Teil seines alten Harems verbannt in einer von Gärten umgebenen Villa, die ein reicher Israelit von Saloniki für sich selbst erbaut hatte. Das abgeschlossene Leben dort, zu dem er verurteilt ist, ist eigentlich nicht schlimmer als die Gefangenschaft auf den Höhen über Tschiragan Seraï, die er aus Furcht sich selbst auferlegt hatte, während er die unumschränkte Macht besaß. Seine einzige Strafe sind die Untätigkeit und das Bedauern — ich wage nicht zu sagen die Reue.

Digitized by Google

Der Sieg der Jungtürken über die Gegenrevolution im April 1909 wird vielleicht als der schönste Augenblick ihrer Geschichte zu gelten haben. Dadurch, daß sie kraft des dynastischen Gesetzes, das man das „Seniorat" nennt, den Bruder des entthronten Sultans auf den Thron erhoben, bekamen sie die volle Macht in die Hand.

Mehmed V., der neue Sultan, ist ein einfacher, gutmütiger und arglofer Mann. Er wird der denkbar konstitutionellste Herrscher sein, da er seiner Natur nach und infolge seiner Unerfahrenheit in keiner Weise der Mann dazu ist, in der Politik einen persönlichen Willen zu haben. Solange der arglistige Abd ul Hamid den Thron innehatte, konnte man über die Festigkeit des neuen Regimes Befürchtungen hegen. Tatsächlich wartete der Sultan nur auf einen günstigen Augenblick, um den Versuch zu machen, die absolute Herrschaft wieder zu gewinnen, und das Land, das noch nicht recht darauf vorbereitet war, neue Einrichtungen zu erhalten, hätte ihm vielleicht im gegebenen Augenblick Hilfe und Beistand geleistet. Er hat sich vielleicht zu sehr beeilt. Aber nach Abd ul Hamids Sturz bekamen die Jungtürken ihre volle Aktionsfreiheit. Sie herrschten und regierten.

Im Innern war kein Wille mehr vorhanden, der dem ihrigen entgegentreten konnte: auf dem Thron ein unerfahrener Herrscher ohne persönlichen Anhang und übrigens ohne Abneigung gegen die neuen Ideen; in der Presse einige gegnerische Stimmen, im Parlament Embryos andersgesinnter Parteien, aber weder eine organische Opposition noch eine, die im Begriff stand, sich zu organisieren; das Volk für Neuerungen wenig zugänglich, aber durchtränkt von jenem resignierten Fatalismus, der eine allmähliche Anpassung ermöglicht; die unterdrückten Nationalitäten von neuer Hoffnung auf Reformen beseelt, die der entthronte Sultan und seine Vorgänger immer versprochen hatten, ohne sie jemals zur Ausführung zu bringen — kurz überall freies Feld, offene Wege, überall die Möglichkeit, zu wirken, zu reformieren, zu schaffen, etwas zu leisten, und zwar etwas Tüchtiges zu leisten.

Im Ausland sehen sich die Feinde der Türkei infolge des Kredits, den man allerseits übereingekommen ist, dem neuen Regime zu gewähren, gezwungen, ihre Pläne aufzuschieben; ihre Freunde fühlen sich ermutigt und sind von neuem Vertrauen erfüllt; die Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches ist mehr denn je als eines der Dogmen der allgemeinen Politik proklamiert oder anerkannt. Die Mächte machen sich um die Wette die Freundschaft der Türkei und die greifbaren Beweise dieser Freundschaft streitig, die eine, um Anleihen für ihre Finanzmänner, die andre, um Aufträge für ihre Industrie, die dritte, um Konzessionen zugunsten ihrer Unternehmer und ihrer Kapitalien zu bekommen; jede der beiden politischen Gruppen, in die sich Europa geteilt hat, sucht die Türkei in ihren Kreis zu ziehen; die Türkei selbst widersteht den Lockungen beider und zieht es vor, ihre Aktionsfreiheit zu bewahren, die ihr gestattet, sich je nach ihren Interessen der einen oder der andern der beiden Gruppen zu nähern, je nach ihren Bedürfnissen und den günstigen Gelegen-

Digitized by Google

heiten des Augenblicks an die eine oder die andre der Mächte um Hilfe zu wenden.

Kurz, im Innern wie nach außen sind die Verhältnisse die denkbar günstigsten. Eine Reaktion ist wegen des starken Hasses, den sich das hamidische Regime bei allen seinen Gegnern zugezogen hat, und des Mißkredits, in den es bei seinen früheren Anhängern gefallen ist, nicht ernstlich zu befürchten. Ein Angriff von außen ist infolge des dem neuen Regime gewährten Gottesfriedens nicht zu besorgen. Wenn also die Jungtürken so günstige Umstände, wie es Frieden und Sicherheit sind, zu benützen wissen, und es ihnen gelingt, die Sympathien, die man ihnen entgegenbringt, und das rückhaltlose Vertrauen, das man auf sie setzt, zu rechtfertigen, so kann das türkische Reich wieder erneuert werden und der kranke Mann seine Kräfte wiedergewinnen.

*

Ja, so sagt man. Aber denkt man auch an die Größe ihrer Aufgabe? Sie ist ungeheuer groß, riesenhaft, diese ihre Aufgabe. Um sie zu einem guten Ende zu führen, bedürfte es der Mithilfe von Männern, wie sie die in der Zivilisation am weitesten vorgeschrittenen Rassen nur in großen Zwischenräumen erzeugen: für die Einigung und die Herstellung des inneren Friedens im türkischen Reiche wäre das kühne Genie eines Richelieu, für die rechte Verwertung ihrer Hilfsmittel der gerade Sinn und der gerechte Geist eines Colbert nicht zuviel. Ich greife absichtlich in die Erinnerungen Frankreichs aus dem siebzehnten Jahrhundert zurück. Ihre Aufgabe, die in allen Ländern und zu allen Zeiten schwer wäre, ist in der Türkei von heutzutage zehnmal, zwanzigmal schwerer infolge der Anziehungskraft und der Lockungen, die die früheren ottomanischen Provinzen der europäischen Türkei, die besondere Nationalitäten geworden sind, auf ihre Brüder, die türkische Untertanen sind, ausüben; dann wegen der Größe des Reiches, der Verschiedenheit der Rassen, die es bevölkern, ihres Mangels an Homogenität und Zusammenhang; wegen alles dessen, was auf allen Gebieten erst zu schaffen ist, denn dieses herrliche Reich ist ein Brachfeld, wenn es kein verwüstetes Land ist, abgesehen von einigen Ressorts, die Ausländern anvertraut sind. Entweder hat man dort nichts getan oder das, was man gemacht hat, schlecht gemacht. Die Verwaltung ist dort erbärmlich; die Finanzen sind in größter Unordnung, und jedes Jahr werden neue Anleihen aufgenommen. Straßen existieren nicht, die Eisenbahnen sind ungenügend; die Marine ist an Personal wie an Material neu zu schaffen. Kurz, es ist beinahe alles erst in Angriff zu nehmen oder neu zu machen.

Haben die Jungtürken die Fähigkeiten, die erforderlich sind, um mit Erfolg den großen und zahlreichen Problemen, die mit einem solchen Zustand der Dinge verbunden sind, die Stirne zu bieten? Sie sind in der Mehrzahl gebildet und intelligent, gute Patrioten und sogar glühende Nationalisten. Aber in der Nation bilden sie nur eine Elite. Werden sie treue und zuverlässige Hilfskräfte finden, die von den nächsten bis zu den entferntesten Provinzen des Reiches

Digitized by Google

ihren Weisungen folgen, ihre Befehle ausführen, ihre Gedanken recht verstehen? Und sie selbst, diese Elite von Intellektuellen, haben sie geistige Fähigkeiten und Kräfte, die im rechten Verhältnis zu ihrem guten Willen und der Größe ihrer Aufgabe stehen? Werden diese Männer, die zum größten Teil Theoretiker, vielleicht Doktrinäre sind, durchdrungen von den Prinzipien, aus denen die große französische Revolution hervorgegangen ist, an der sie sich gerne begeistern — werden sie es verstehen, diese Prinzipien da anzuwenden, wo sie passen (wenn sie überhaupt irgendwo passen!), und anderswo von ihnen abzusehen, um sich an andre, besser für die Verhältnisse passende zu halten? Werden sie es verstehen, in der Praxis die schweren Fehler zu vermeiden, die eine Regierung in Mißkredit bringen? Werden sie es fertig bringen, lange genug zu regieren, um segensreiche Arbeit für das Land leisten, um etwas Festes und Dauerhaftes aufbauen, um das Vertrauen, das Europa in sie gesetzt hat, rechtfertigen zu können?

Wir wollen betrachten, was sie geleistet haben.

*

Zunächst wollen wir darlegen, wie die junge Türkei entstanden ist und sich entwickelt hat.

Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß das hamidische Regime mit den schlimmsten Tyrannenherrschaften von Rom und Byzanz auf gleicher Stufe stand. Alle Verbrechen, die die Furcht und der Argwohn, wenn sie mit der höchsten Gewalt bekleidet sind, begehen können, hat das hamidische Regime vollbracht, das vor nichts zurückschrak, weder vor Einzelmorden, noch vor Massenschlächtereien. Es war die absoluteste, die persönlichste, die blutigste despotische Herrschaft der modernen Zeit; sie arbeitete mit List und Gewalt ohne Schranken und Maß und erhob die Spionage und Angeberei zum fundamentalen Regierungssystem. Ueberall schlichen Sykophanten herum. In jeder Familie suchte man sich einen Angeber. In Konstantinopel hatte jeder Wagen der Straßenbahn oder der Drahtseilbahn einen Spion, wenn nicht mehr als einen. Die schriftlichen Denunziationen — die Dschurnal — strömten von allen Punkten des Reiches nach dem Jildispalast. Die „Dschurnalgis", die durch Belohnungen in ihrer niederträchtigen Tätigkeit ermutigt wurden, vermehrten sich ungeheuerlich. Man hat Massen von Kisten, die mit ihren Mitteilungen gefüllt waren, gefunden. Der Herrscher fürchtete den Charakter, mißtraute der Intelligenz und dem Wissen, schätzte nur die kriechende Niedrigkeit, den unterwürfigen Servilismus, hatte nur zu einigen Günstlingen Vertrauen. Er beseitigte diejenigen, die ihm unbequem waren; diejenigen, die er nicht verschwinden zu lassen wagte, verbannte er. Dieses feige und blutdürstige hamidische Regime hatte allzulang gedauert. Die Unzufriedenheit war allgemein.

Eine Revolution mußte in dieser Stimmung der großen Mehrheit der fortgeschrittenen und denkenden Ottomanen einen günstigen Boden finden. Aber die Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Behörden wußte rasch die geringsten

Digitized by Google

Keime einer Rebellion zu entdecken und zu ersticken. Sicherlich haben zahlreiche Verschwörungsversuche stattgefunden, von denen man nichts weiß oder von denen man nicht spricht, weil sie erfolglos geblieben sind; ihre Urheber sind in größter Heimlichkeit bestraft worden und spurlos verschwunden. Es durfte nämlich von dem, was die Regierung bedrohte, ihr mißfällig oder unbequem war, überhaupt nicht gesprochen werden, weder von Attentaten noch von Komplotten. So mußte für den Sultan die Königin Draga von Serbien im Wochenbett und König Alexander aus Schmerz gestorben sein. So durfte der Präsident Mac Kinley nicht durch das tödliche Blei eines Mörders sein Leben verloren haben. Und wenn man noch eine weitere Steigerung will, so ist zu erwähnen, daß die Automobile und ähnliche Maschinen in der Türkei verboten waren, weil sich Dynamos darin befinden und dieser Name an den gefährlichen Begriff des Dynamits erinnerte. Ein niedriges, grausames, feiges, unwissendes, lächerliches Regime, wie das hamidische, war ein Anachronismus. Auch hier konnte eine Revolution kommen und es beseitigen.

Das erste revolutionäre Komitee, von dem wir Kenntnis haben, wurde im Jahre 1321 der Hedschra (1903) in Damaskus durch einen Dr. Hadschi Mustapha gegründet. Der Name, der Titel Hadschi[1]) scheint ihn als guten Muselman zu bezeichnen, der das Gesetz des Propheten beobachtet. Die Elemente, aus denen er das Komitee zusammensetzte, und seine ersten Anhänger waren junge Offiziere vom V. Armeekorps, das damals in Syrien stationiert war, und einige Zivilbeamte. Beide Kategorien waren nicht sehr zahlreich vertreten, weil der Schrecken, den der Absolutismus einflößte und die Angst vor den Spionen und den agents provocateurs die Energie lähmten. Ihre Versammlungen fanden regelmäßig und in tiefster Heimlichkeit bald bei dem einen, bald bei dem andern der Mitglieder statt.

Doch solange das Komitee sich in Syrien, inmitten einer rückständigen Bevölkerung befand, konnte es keinen Einfluß auf die Geschicke des Reiches ausüben. Deshalb entschloß es sich, seine Tätigkeit anderswo zu entfalten, indem es in der zweiten Stadt der europäischen Türkei, in Saloniki, einen neuen Herd des Liberalismus gründete. Konstantinopel ließ man außer Betracht, weil die Polizei Abd ul Hamids dort mit besonderer Strenge waltete und das Spionentum dort zu sehr entwickelt war. Saloniki bot dagegen der revolutionären Propaganda einen günstigen Boden. Hier stand das III. Armeekorps in Garnison, dessen Offiziere gebildeter, fortschrittlicher, in ihren Ideen reifer waren als ihre Kameraden vom V. Korps. Die Verbindungen mit der Außenwelt waren gut. Außerdem versprach die Bevölkerung Salonikis mit ihrem Ueberwiegen jüdischer Elemente, besonders spanischer Juden, den neuen Ideen zahlreiche Anhänger zuzuführen, da die Juden seit Jahrhunderten stets den

[1]) Hadschi kommt vom Griechischen ἅγιος, was der Heilige oder der Geheiligte bedeutet. Es hat aber im Türkischen einen andern Sinn bekommen und bedeutet Pilger. Hadschi ist der Titel, den derjenige annimmt, der die Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten unternommen, der sich durch die Pilgerschaft geheiligt hat.

Digitized by Google

revolutionären Ideen Freunde geliefert haben. Männer wie Marx, Lassalle und andre Umstürzler konnten unter den „Sephardim" von Saloniki ebensogut geboren sein, wie sie anderswo unter den „Aschkenasim" geboren waren, konnten noch über sich selbst im unklaren sein und durch geschickte und kluge Propagandisten dahin gebracht werden, sich selbst zu entdecken.

Der Regimentsadjutant Mustapha Kemal wurde beauftragt, das neue Komitee zu begründen. Er setzte sich mit Ismail Mahir-Bei, dem späteren Abgeordneten von Brussa, und mit einigen Offizieren in Verbindung. Dieser erste Kern konstituierte sich in aller Form und nahm den Namen konstitutionelles Komitee an. Die Mitglieder verpflichteten sich, jedes für sich, Anhänger zu werben und mit ihnen neue revolutionäre Gruppen zu bilden, die bis auf weitere Order sich gegenseitig ignorieren sollten.

Zu dieser selben Zeit hatte Talaat-Bei, der seitdem Minister des Innern, Vorsitzender der parlamentarischen Partei „Einheit und Fortschritt" und Großmeister der ottomanischen Freimaurerei geworden ist, der aber damals nur ein bescheidener und unbekannter Beamter der ottomanischen Post war — dieser Talaat-Bei, ein Feuergeist, ein begeisterter Patriot, ein energischer und kraftvoller Charakter, hatte damals angesichts der kläglichen Zustände des Reiches den Plan gefaßt, es durch ein freiheitliches Regime zu retten, und ging mit dem Gedanken um, seinerseits eine geheime Gesellschaft zu gründen, zu dem Zweck, den Absolutismus zu stürzen. Er stand mit türkischen Verbannten und Flüchtlingen im Westen, hauptsächlich in Paris und Genf, in Verbindung, die von den gleichen Gefühlen beseelt waren und sich mit denselben Plänen trugen. Dank seinem Amt war er imstande, ihnen Dienste zu erweisen, indem er den Eingang von Korrespondenzen und umstürzlerischen Publikationen erleichterte und den auswärtigen Verschworenen die Briefe ihrer Verwandten und Freunde in der Türkei sicher zukommen ließ. Als Talaat einem intimen Freunde, dem Hauptmann Naki-Bei, und mehreren andern Offizieren den Vorschlag machte, ein Aktionskomitee zu bilden, erfuhr er, was schon in derselben Absicht getan worden war. Die Programme wurden nebeneinander gelegt, verglichen, geprüft und unter Hinzufügung neuer Bestimmungen umgearbeitet. Die neue Form ging über das, was das Komitee von Damaskus ausgearbeitet hatte, weit hinaus. Das Programm des Komitees von Saloniki, das übrigens unabhängig von dem früher in Syrien tätig gewesenen zu Werke ging, war umfassender und kühner, sein Tätigkeitsfeld größer, besser vorbereitet und fruchtbarer. Die Propaganda wurde auf das ganze III. und II. Armeekorps ausgedehnt, deren Truppenteile über Makedonien und Albanien verstreut waren. Der Erfolg war groß. Die jungen Offiziere wurden ihrerseits tätige und vom Glück begünstigte Werkzeuge der Propaganda. Häufig versetzt, machten sie zahlreiche Proselyten in den europäischen Wilajets; und so wie Saloniki wurden auch mehrere Hauptorte Albaniens und Altserbiens, wie Monastir, Uesküb, Janina, Skutari, nacheinander wichtige revolutionäre Zentren und Herde einer lebhaften Propaganda. Die Zivilbevölkerung wurde natürlich nicht außer-

Digitized by Google

halb der Bewegung gelassen, und alle ottomanischen Untertanen, ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse oder der Religion, Griechen, Bulgaren, Serben, Kutzowalachen, wurden in die Komitees und Unterkomitees aufgenommen. Die Juden, die solche geblieben waren, und die islamisierten Juden, die man die „Dünmeh" nennt, lieferten den Komitees ein zahlreiches und intelligentes Kontingent. Das internationale Freimaurertum, besonders das jüdisch-italienische, verhalf einer ottomanischen Freimaurerei in enger Gemeinschaft der Ideen und Anschauungen mit dem Komitee zur Entstehung. So bereitete sich in der Türkei trotz mancher Hindernisse, wie der Verhaftung Talaat-Beis, der sich mehr als zwei Jahre Gefängnis gefallen lassen mußte, und trotz aller Ueberwachung durch die Polizei und die Spione in der Armee und in der Bevölkerung die Revolution gegen das hamidische Regime vor.

Auch die ottomanischen Verbannten und Flüchtlinge im Ausland blieben nicht untätig. Besonders die in Paris hatten ein Komitee unter dem Namen „Einheit und Fortschritt" gebildet. Wenige Monate vor der Revolution vom Juli 1908 schickten sie einen der Ihrigen nach Saloniki, um den Genossen im Reiche darzulegen, welche Vorteile es bieten würde, im Einverständnis miteinander vorzugehen, sich zu vereinigen und alle Bestrebungen auf dasselbe Ziel zu richten. Der Name und das Programm der Revolutionäre von Paris und Saloniki sollten die gleichen sein. Der Name des Pariser Komitees war genau die Synthese ihren gemeinsames Aktionsprogramms: „Einheit und Fortschritt". Er war zweckmäßig und wurde von den türkischen Komitees angenommen.

Das Bestehen der Komitees wurde der Oeffentlichkeit erst nach der Revolution, d. h. im August des Jahres 1908, zur Kenntnis gebracht. Die Bedeutung des Komitees von Saloniki war groß, aber die des Komitees von Monastir hielt ihr die Wage. Saloniki, Monastir und Uesküb streiten sich heute um die Ehre, das Aktionszentrum der Partei „Einheit und Fortschritt" und die Wiege der ottomanischen Revolution gewesen zu sein.

Nach den denkwürdigen Ereignissen des Jahres 1908 hätte das Komitee sich auflösen müssen. Sein Zweck war erfüllt. Die absolute Herrschaft war niedergeworfen. Die Türkei besaß eine Verfassung, ein Parlament, ein verantwortliches Kabinett. Doch das Komitee hielt seine Aufgabe noch nicht für erfüllt. Es glaubte, das Land könne seiner noch bedürfen, und es müsse, nachdem es den ottomanischen Völkern die Freiheit gegeben, noch darüber wachen, daß sie ihm erhalten bleibe. Die Reaktion war noch immer zu fürchten: das sah man im April 1909. Deshalb blieb das Komitee in Tätigkeit. Da aber die Verfassung die politischen Verbindungen zu verbieten schien,[1]) mußte es sich danach einrichten, die wahren Ziele, die es verfolgte, verheimlichen und sich vor der Oeffentlichkeit andre beilegen, die mit dem Buchstaben und dem Geist der

[1]) Artikel 13 der Verfassung lautet: „Den Ottomanen steht es frei, kommerzielle, industrielle oder landwirtschaftliche Vereinigungen in den durch das Gesetz und durch die Reglements bestimmten Formen zu bilden."

Digitized by Google

Verfassungsurkunde im Einklang standen. Das Komitee machte daher zu seinem offiziellen Programm und zu seinem Daseinszweck die Errichtung von Schulen und die Förderung der Bildung der Massen.

Heute (März 1910) ist das Komitee „Einheit und Fortschritt", das sich bei seiner Organisation an die jakobinischen Traditionen gehalten hat, eine politische Macht. Durch Komitees und Unterkomitees und mit Hilfe eines starken, dichten Netzes von Anhängern wird es von allem unterrichtet, was sich in allen Teilen des Reiches zuträgt. Es überwacht und dirigiert, wenn es nötig ist, die Militär- und Zivilbehörden im Verein mit der Regierung. Ein solcher Zustand ist anormal, aber die Regierung, die übrigens eine Schöpfung und ein Ausfluß des Komitees ist, muß ihn dulden und die Nation ihn hinnehmen. Wollte die Regierung Widerstand zu leisten versuchen, so würde sie in dem Kampfe unterliegen; und es besteht in der ottomanischen Nation keine Organisation, die fähig wäre, dem Komitee Trotz zu bieten. Dieses schreibt den Ministern (die, wie ich wiederhole, im allgemeinen aus seinen Reihen hervorgehen) die Wahl der militärischen Befehlshaber und der Zivilbeamten vor; und wenn irgendwo laue, unentschiedene, zweifelhafte Persönlichkeiten vorhanden sind, so zeigt es sie an und läßt sie durch andre ersetzen. Leider sind die Besten in seinen Augen nicht immer diejenigen, die ihre Pflichten am besten erfüllen und für ihr Amt am besten passen, sondern diejenigen, welche ihm selbst am treuesten ergeben sind. Denn für das Komitee geht seine eigne Existenz, sein allmächtiger Einfluß allem andern vor. Ebenso wie es über die Regierung gebietet, die stets bereit ist, sich ihm zu fügen, da es nun einmal nicht anders geht, beherrscht es auch den Hof, an dem es wohlweislich einige hohe Würdenträger des Absolutismus als Bewahrer der Traditionen im Amt gelassen, ihnen jedoch zugleich andre beigegeben hat, die weniger bewandert in den Geheimnissen des Zeremoniells, aber dafür der Sache des Komitees ergeben sind. Es gebietet sogar über das Parlament, denn in der Kammer besteht eine parlamentarische Partei „Einheit und Fortschritt", die ungefähr 150 Mitglieder zählt und dort eine kompakte, wohldisziplinierte Mehrheit bildet. Die Partei, die sich die liberale (Ahrar) nennt und in Wirklichkeit die konservative darstellt, hat nicht den dritten Teil dieser Mitgliederzahl.

Die Gegner von „Einheit und Fortschritt" stellen das Komitee als eine despotische, unverantwortliche und inkonstitutionelle Gewalt, als einen „Wohlfahrtsausschuß" hin. Man beschuldigt es — und zwar, wie wir gesehen haben, mit Recht — daß es über die Regierung und ihre Vertreter, Generalgouverneure, Walis, Kaimakams, Mutessarifs verfüge und alle diejenigen in Händen habe, die irgendeine Autorität ausüben, von der obersten bis zur untersten Stufe der hierarchischen Leiter; daß es erniedrige, wen es wolle, und erhöhe, wen es wolle, und als absoluter Herr befehle, mit einem Wort, an die Stelle der Autokratie eines einzelnen Mannes die Tyrannei einer Oligarchie gesetzt habe. Es ist sicher, daß es die Minister inspiriert, daß es sie vor sich zitiert, um sie anzuhören, damit sie sich rechtfertigen, ihr Programm darlegen, Erklärungen für ihre Handlungen

Digitized by Google

geben. Es ist sicher, daß das Komitee es dahin gebracht hat, eine zweite Regierung, eine geheime, unverantwortliche, aber allmächtige Nebenregierung zu sein.

Das ist nicht in der Ordnung in den Augen von uns Abendländern, die wir von den wahren konstitutionellen Prinzipien durchdrungen sind. Vom diplomatischen Gesichtspunkte aus ist es nahezu unerträglich; denn die Antwort, die ein Minister einem Gesandten gibt, ist selten fest und bestimmt. Es liegt stets ein Hintergedanke darin: „vorbehaltlich der Genehmigung des Komitees". Das ist eine Verschlimmerung eines eingewurzelten und peinlichen Zustands, denn von jeher war nichts schwerer in der Türkei, als zu einem Entschluß zu gelangen. Wenn man aber die Verhältnisse des Landes in Betracht zieht, so sieht man, daß eine starke und gewissenhafte Autorität dort die Macht ausüben muß. Ohne das würde die Anarchie herrschen.

Nur — ist die Tyrannei einer Oligarchie nicht manchmal schlimmer als die eines einzelnen Mannes? Herr v. Voltaire sagte zu einem Commoner: „Ich will lieber einem Löwen aus vornehmem Hause gehorchen als fünfhundert Ratten von Ihrer Art."

Abd ul Hamid war freilich kein Löwe, sondern eine Hyäne.

*

Der Orientexpreß, der mich nach Konstantinopel bringt, hat in der Nacht den Zug gekreuzt, mit dem Zar Ferdinand von Bulgarien in seine Hauptstadt zurückkehrte.

. . . . . .

Die Zeitungen von Konstantinopel sind voll von Details über den jetzt beendigten Aufenthalt des Königs und der Königin von Bulgarien und von Kommentaren über die politische Tragweite dieses Besuchs.

Dieser stellt an sich einen Erfolg für die Türkei dar. Es ist nicht mehr ein Akt der Huldigung, die der frühere Vasall seinem Suzerän dargebracht hätte, sondern ein Akt der Höflichkeit eines Monarchen gegen einen mächtigen Nachbarn. Doch ein skeptischer Ton dominiert. Es ist ein momentaner und rein äußerlicher Erfolg. Der Besuch wird nichts an der Lage ändern. Bulgarien wird keines seiner Ziele aufgeben. Die bulgarischen Agitatoren werden mit ihren Umtrieben in Mazedonien fortfahren. Die Banden werden ihre Tätigkeit fortsetzen. Der alte Haß der aneinandergrenzenden Völkerschaften wird bleiben, wie er durch jahrhundertelange Verfolgungen einerseits, durch Aufstände anderseits geworden ist. An der Grenze werden sich nach wie vor an allen Ecken und Enden die unangenehmen, gefährlichen, bedrohlichen Zwischenfälle wiederholen.

. . . . . .

Es ist gut, daß diese Fürstenbesuche stattfinden. Es ist gut, daß man von Zeit zu Zeit liebenswürdige Aeußerungen und freundliche Worte austauscht, die für einen Augenblick die dauernden Ursachen zur Feindschaft vergessen machen. Es wäre aber ein Beweis großer Naivität, wenn man annehmen wollte, daß sie das Verhalten einer Nation auch nur um eine Linie ändern, ihre Wünsche

Digitized by Google

mäßigen, ihrer Feindschaft ein Ende machen könnten. Kaum sind die für einen Augenblick entfalteten Fahnen wieder in ihr Futteral gesteckt, kaum ist das Echo der abwechselnd gespielten Nationalhymnen verhallt, so kommt unbarmherzig die eigentliche Lage wieder zum Vorschein.

Die Türken sind jedoch sehr erfreut, dem bulgarischen Herrscherpaar die neue Armee, über die sie gebieten, gezeigt zu haben. Die vom Sultan in Gegenwart der königlichen Gäste abgenommene Revue auf dem Freiheitshügel scheint großartig gewesen zu sein. Die tadellose Haltung und die martialische Erscheinung der Truppen ist viel bewundert worden. Die Diplomaten verhehlen ihre Bewunderung für die erzielten Fortschritte nicht. Es waren Regimenter darunter, die aus dem Yemen zurückgekehrt waren, wo sie nicht nur gegen aufständische Araber, sondern auch gegen ein erbarmungsloses Klima, gegen Krankheiten und schlechte Verpflegungsverhältnisse zu kämpfen gehabt haben, und diese Regimenter waren bewunderungswürdig.

In nächster Zeit wird König Peter von Serbien erwartet. Sein Besuch wird zu denselben festlichen Veranstaltungen Anlaß geben, die dem Zaren von Bulgarien zu Ehren stattgefunden haben . . . (Schluß folgt)

Petroleum und Petroleummonopol

Von

Julius Ernst
Prinz zur Lippe

Wer nicht als Geschäftsmann, als Mann der Technik oder Wissenschaft mit Petroleum zu tun hat, der weiß in der Regel von dieser alltäglichen Sache viel weniger, als er zu wissen glaubt. Viele Großstädter sehen weder bei sich zu Hause noch in den Häusern ihrer Bekannten irgendwo eine Petroleumlampe brennen und wundern sich, wenn sie hören, daß in Deutschland jährlich annähernd eine Milliarde Liter Leuchtöl verbrannt werden; ihnen ist Petroleum das Licht ihrer Väter und Großväter. Das ist der zweite Irrtum. Die Großväter und noch viele Väter in ihrer Jugend habe keine Petroleumlampe gekannt, sondern bei Kerzenlicht oder Tranlampen gesessen.

Petroleum war in verschiedenen Gegenden der Erde schon vor Jahrtausenden bekannt, aber wenig anders als es aus der Erde floß. Man verstand es nicht zu zerlegen und zu reinigen, und teils deshalb, teils wegen der gar nicht oder wenig entwickelten Bohrtechnik, bemühte man sich nicht, es in größerem Maße aus der Erde zu gewinnen. Im alten Aegypten wurde es zum Einbalsamieren der Leichen verwendet, im alten Babylon machte man Asphaltmörtel daraus. Später wurde es hauptsächlich als Schmiermittel und für verschiedene Heilzweck

Digitized by Google

benutzt. In Baku in Rußland brannten bis vor wenigen Jahren ununterbrochen seit den Zeiten der alten Perser Petroleumquellen als heilige Feuer.

Erst als man das Erdöl aus größeren Tiefen zu erbohren und zum Brennen auf Lampen zu verwenden gelernt hatte, begann — um 1860 — eine Entwicklung, wie sie in der Geschichte der Industrie kaum ihresgleichen hat. Während man im Jahre 1859 im ganzen erst 260 Tonnen Petroleum gewann, stieg die Weltproduktion sprungweise so, daß sie im Jahre 1900 rund 20 000 000 Tonnen und 1911 rund 44 500 000 Tonnen Rohöl betrug, aus denen nahezu 10 000 000 Tonnen Leuchtöl erzeugt wurden, d. h. 12 500 000 000 Liter. Im ganzen sind seit 1859 an Rohpetroleum gewonnen worden über 570 000 000 Tonnen, und zwar in den vierzig Jahren bis 1899 zusammen rund 190 000 000 und in den zwölf Jahren 1900 bis 1911 gerade das Doppelte: 380 000 000 Tonnen. Rechnet man dazu, daß Unmengen von Petroleum aus Springquellen verloren gegangen oder verbrannt sind, so kann man vielleicht Sorge haben, daß der Petroleumschatz bald erschöpft sein wird. In Wirklichkeit aber macht alles zusammen nur einen verschwindend kleinen Teil des Erdinhalts aus. Nimmt man noch zehn weitere Jahre gleicher Produktion hinzu, so würde das bis dahin gewonnene Petroleum erst einen Rauminhalt von ungefähr einem Kubikkilometer ausfüllen. Da die Erde einen Inhalt von etwas über eine Billion Kubikkilometer hat (1 080 000 000 000 Kubikkilometer), so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wenn man die Verhältnisse auf einen schon recht stattlichen Globus von einem Kubikmeter Inhalt überträgt; dann würde die eben bezeichnete Gesamtpetroleummenge ein Tausendstel Kubikmillimeter betragen, also den tausendsten Teil eines Stecknadelknopfes, und auf dem Globus einen Fettfleck machen, den man mit bloßem Auge nicht erkennen kann. Man könnte danach tausend Jahre lang alljährlich mehr Petroleum schöpfen als in den letzten fünfzig Jahren zusammengenommen, ehe man von unserm Globus die Menge eines Stecknadelknopfes weggenommen hätte. Und wieviel würde gar zu einem Fingerhute voll gehören! Wir können also unbesorgt in die Zukunft blicken.

In der Tat ist ja erst ein winziger Teil der Erdoberfläche zur Petroleumgewinnung angebohrt. Das Petroleum kommt in allen fünf Erdteilen vor, und es gibt nur wenig Gebiete, in denen sein Vorhandensein nicht nachgewiesen wäre. Abgesehen von den Hauptfundstätten in Nordamerika und Rußland, wird das Erdöl bis jetzt in größeren Mengen nur in Rumänien, Galizien und Ostasien gewonnen. Das in Deutschland gewonnene Rohöl, das etwa ein Drittel Prozent der Weltproduktion beträgt, spielt für die Leuchtölerzeugung kaum eine Rolle. Aber da man aus dem Petroleum nicht nur Leuchtöl herstellt, sondern noch andre Produkte, die immer mehr an Wert gewinnen, so wird man sich überall in steigendem Maße der Rohölgewinnung hingeben, und das Leuchtöl, das darin enthalten ist, wird man weiter gewinnen, selbst wenn man es nur als ein Nebenerzeugnis betrachten sollte.

Das Rohöl ist nämlich ein Gemenge recht verschiedener Bestandteile von größerer und geringerer Schwere, von ganz flüchtigen Essenzen, schwerer ver-

Digitized by Google

dampfenden Oelen bis zum kristallisierenden Paraffin, dem zähen Asphalt und dem festen Koks, aus dem man Kohlenstifte für elektrische Bogenlampen macht. Um diese Bestandteile einzeln auszuscheiden, wird das Rohöl durch eine Reihe von Kesseln geleitet, die in verschiedenen Höhen aufgestellt und durch Rohre miteinander verbunden sind, so daß es immer von dem höher gelegenen in den tiefer gelegenen fließt. Jeder Kessel steht unter einer andern Temperatur, und zwar von 40 Grad Celsius bis 300 Grad und darüber. Zuerst verdampft der flüchtigste Bestandteil, das Rhigolin, das als Anästhesierungsmittel sowie zur Kälte- und Eiserzeugung verwendet wird. Dann kommen verschiedene Arten von Petroleumäther, die hauptsächlich als Lösungsmittel für organische Stoffe in der Technik verwendet werden. Darauf verdampft das Benzin, das gegenüber früher, wo es nur als Fleckwasser, als Lösungsmittel, wie Petroleumäther, zu medizinischen Zwecken und zur Leuchtgasbereitung benutzt wurde, eine ungeahnte Bedeutung durch die Explosionsmotoren gewonnen hat, mit denen es die Automobile und die lenkbaren Luftfahrzeuge möglich gemacht hat. Etwas unter und über dem Siedepunkte des Wassers scheiden sich die sog. Leichtöle aus, Ligroine und Petroleumspirit oder künstliches Terpentinöl, die zu verschiedenen Löse- und Putzzwecken gebraucht werden. Erst zwischen 150 und 300 Grad Celsius siedet das Leuchtöl in verschiedenen Sorten über. Bei noch höherer Temperatur werden dann noch Schmieröle, die für die heutige Maschinentechnik von steigender Bedeutung geworden sind, und Paraffinöle gewonnen. Auch die bekannte Vaselinsalbe wird danach aus manchen Petroleumsorten erzeugt. Die in den einzelnen Kesseln entstehenden Oeldämpfe entweichen in Schlangenrohre, in denen sie gekühlt werden. Nach der Kühlung werden sie mit Schwefelsäure, Natronlauge und Wasser gereinigt. Die nach Abschluß der Destillation übrig bleibenden Rückstände werden als Heizöl verwendet, das auf verschiedenen Gebieten immer mehr die Kohle verdrängt.

Die Zusammensetzung der Rohöle, die Beschaffenheit ihrer einzelnen Bestandteile und ihr Wert sind sehr verschieden. Was eben in groben Umrissen von der Verarbeitung erwähnt wurde, läßt natürlich diese für die Industrie und den Handel sehr wichtige Verschiedenheit unberücksichtigt.

Welche Riesenkapitalien in der Gewinnung, der Verarbeitung und dem Handel des Erdöls angelegt sind, was für ein Aufwand an Menschen und Arbeit in dem über die ganze Erde verzweigten Betriebe erforderlich ist, ehe das Oel in der Lampe brennt, der Flieger seinen Motor füllt, der Maler seine Palette, der Buchdrucker seine Lettern, der Tischler seine Möbel reinigt, der Arbeiter seine Maschine schmiert und der Kranke seine Wunden einreibt, davon kann man sich schwer einen Begriff machen.

Zuerst mußten ungezählte Millionen für den Erwerb der ölhaltigen Ländereien ausgegeben werden. Hier ist mancher ahnungslose Besitzer über Nacht ein reicher Mann geworden. Wo sich das Oelvorkommen nicht von selbst verriet, wo man es erst in abgelegenen unwirtlichen Gegenden entdecken wollte, mußten kostspielige Untersuchungsreisen unternommen werden, wie in jüngster

Digitized by Google

Zeit nach Mexiko, Mesopotamien und in das Innere von Afrika. Dann beginnt das Bohren, das oft mehr als tausend Meter tief geht. Eine einzige Bohranlage kann bis zu einer halben Million Mark und darüber kosten, und manches Oelfeld ist mit einem ganzen Wald von Bohrtürmen bedeckt. Die Herstellung, Heranschaffung, Aufstellung und Bedienung dieser Anlagen setzt allein schon ein ganzes Heer von Menschen in Bewegung. Das geförderte Oel muß gesammelt und in die Destillationskessel geleitet werden. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen Brunnen durch ein ganzes Netz von Rohrleitungen mit der Raffinerie verbunden. Ursprünglich wurde von den entfernteren Gruben das Oel in Fässern nach der Raffinerie geschafft, jetzt gibt es nicht nur für die Beförderung des Rohöls, sondern auch der verschiedenen Raffinaden die sog. Pipelines, Rohrleitungen, die oft Hunderte und Tausende von Kilometern weit führen zu den Hafenstädten, wo das Oel in große eiserne Behälter, Tanks, oder unmittelbar in die Schiffe geleitet wird, und zu den Hauptplätzen, von wo es an die Verbrauchsstellen weitergesandt wird. Für den Seetransport von Petroleum werden mächtige Dampf- oder Motorschiffe verwendet, deren Rumpf durch Längs- und Querschotten in einzelne Behälter geteilt ist, die zur Aufnahme des Oeles dienen. Auf den Flüssen wird das Petroleum in kleineren Tankschiffen, auf der Bahn in Eisenbahnkesselwagen verfrachtet. Es wird sodann an den einzelnen Vertriebsstätten, die sich in den Kulturländern an jedem größeren Orte befinden, in Tankanlagen aufbewahrt, von wo es dem Kleinhandel in Straßentankwagen oder in Fässern zugeführt wird. In die weniger kultivierten Länder wird es in kleineren Blechkisten, von denen zwei zu je fünfzehn Liter Inhalt in eine Holzkiste gepackt werden, gebracht, und so bis zum entferntesten Dorfe im Inneren getragen. Diese Versorgung der ganzen Erde mit dem oft aus weiter Entfernung kommenden Lichte setzt Milliarden an Werten in Beförderungsmitteln, Gefäßen, Frachten und Löhnen um.

Es ist klar, daß ein so umfangreiches und kostspieliges Geschäft nur von Gesellschaften mit sehr großen Kapitalien betrieben werden kann. Dabei hat die Notwendigkeit, sich bei kleineren Mitteln auf ein bestimmtes Gebiet zu beschränken, zu einer natürlichen Arbeitsteilung, und die Möglichkeit, das Risiko zu verteilen und um so größeren Gewinn zu machen, je mehr Gebiete beherrscht werden, zu einer weitgehenden Zusammenfassung aller Geschäftszweige geführt. Es gibt Gesellschaften, die sich nur mit der Gewinnung des Rohöls abgeben, andre, die nur raffinieren, ferner Transportgesellschaften, Lagergesellschaften, Gesellschaften des Großhandels und solche des Kleinhandels. Eine zweite Gruppe von Gesellschaften besteht aus solchen, die mehrere Betriebe umfassen, ja für einzelne Länder sogar für alle Betriebe eingerichtet sind. Eine Gruppe für sich bildet die Standard Oil Co., deren Organisation sich über die ganze Erde erstreckt und an allem beteiligt ist, was mit dem Petroleumgeschäft zusammenhängt. In Europa, abgesehen von den Petroleumproduktionsländern, hat diese einen natürlichen Vorsprung vor allen andern Gesellschaften gehabt. Nicht nur, daß in Amerika das Petroleumgeschäft schon kräftig entwickelt war, ehe man es in

Digitized by Google

Rußland und Rumänien in größerem Umfange aufnahm, war auch das amerikanische Oel zuerst besser als das europäische, ein Umstand, der noch nachwirkte, als kein Qualitätsunterschied mehr bestand; denn für das Brennen ist nicht nur das Oel, sondern auch die Lampe von Bedeutung, und die Amerikaner hatten allmählich Lampen eingeführt, die besser für ihr Oel als für andres eingerichtet waren. Da ferner eine größere Geldmacht hinter der amerikanischen Gesellschaft stand, so führte sie mit allen Mitteln amerikanischer Geschäftsübung ihr Oel in den einzelnen Ländern im Kampfe gegen die kleineren Gesellschaften ein, die immer unterliegen mußten, weil sie die Preiskämpfe nicht so lange aushalten konnten wie ihre mächtige Gegnerin. Sie mußten also entweder ihre Geschäfte aufgeben oder in irgendeiner Form einen Bund mit der amerikanischen Gesellschaft schließen. Nach solchem Siege wurden dann die Preise erhöht, so daß nicht nur die Kriegskosten wieder hereingebracht, sondern der Gewinn dauernd gesteigert wurde. War der Wettbewerb im Großhandel beseitigt, so fing man an, sich auch des Kleinhandels zu bemächtigen, um selbst den Verbraucher unmittelbar von sich abhängig zu machen.

Es ist ein märchenhaftes Stück der Entwicklung, der Entdeckungen und Erfindungen, Verbesserungen in der Technik und der Organisation, das sich auf diese Weise in unsern Tagen abgespielt hat. Herr Rockefeller, der Petroleumkönig und Hauptträger der Entwicklung, lebt noch und hatte als zweiundzwanzigjähriger Mann, als er sich dem Petroleum zuwandte, nichts außer Verstand und eine Energie, die vor keinem Mittel zurückschreckte, seine unstillbare Gier nach Geld und Macht zu befriedigen. Beides hat er in ungeahnter Weise gewonnen; er hat die Standard Oil Co. gegründet und zu einem Unternehmen ausgebaut, dessen Aktienkapital jetzt mit nahezu fünf Milliarden Mark bewertet wird, d. h. einer Summe, die größer ist als die von Frankreich an Deutschland gezahlte Kriegsentschädigung. Er gleicht einem Riesen, der sich von den kleineren Sterblichen genährt hat und über die Erde hingeschritten ist, Reichtümer aus dem Boden stampfend, aber auch alles zertretend, was sich ihm in den Weg zu stellen versuchte. Alles sollte ihm gehorchen und ihm tributpflichtig sein. So hat er Land auf Land erobert und die Erde mit einem aus Ketten gewebten Netze überzogen, dessen Maschen er immer enger und enger zieht. Wer freilich nicht nur auf die Erfolge sieht, sondern die Schleichwege betrachtet, auf denen sie erreicht wurden, der wird in dem Riesen keinen gewaltigen Helden erblicken, sondern verstehen, daß man ihn in Amerika allgemein mit einem Octopus (Riesentintenfisch) vergleicht, der ringsum das Wasser trübt und so seine Opfer fängt. Was nutzen ihm gegenüber alle Theorien von Handels- und Gewerbefreiheit! Wenn sein Traum — und es ist nicht der Traum eines vergänglichen Mannes, sondern der Riese lebt in seiner lebendigen Schöpfung weiter — in Erfüllung ginge, durch die Macht seines Geldes und seiner Organisation auf der ganzen Erde der einzige zu sein, der das Oel von der Quelle bis zur Lampe beherrscht, dann kommt ihm kein Kaiser an Macht und Reichtum gleich. Nicht ein Volk nur, die ganze Menschheit muß ihm Steuern zahlen. Selbst sein

Digitized by Google

Heimatland, das sonst so stolz auf diesen Sproß echt amerikanischen Lebens sein kann, hat die Gefahr erkannt und versucht, ihm durch Gesetzesvorschriften die Simsonlocken zu beschneiden. Aber man hat nur die Perücke beschnitten; an die Wurzeln der Kraft ist man nicht herangekommen. Sie haben sich auch in die einzelnen Länder schon so fest gesenkt, daß jedes Volk für sich auf der Hut sein muß.

So will jetzt das Deutsche Reich den Petroleumhandel als Monopol selbst in die Hand nehmen, weil alle Bemühungen von Privatgesellschaften, in einen wirksamen Wettbewerb mit der Standard Oil Co. zu treten, gescheitert sind; diese Frage beschäftigt gegenwärtig ganz Deutschland — aber auch Amerika — in hohem Maße. In der Presse wird das Für und Wider sehr lebhaft besprochen, und dabei wird vielfach übersehen, daß zurzeit schon ein tatsächliches Monopol besteht, allerdings kein deutsches, sondern ein amerikanisches. Statt der amerikanischen soll nun eine deutsche, unter Reichsaufsicht stehende Gesellschaft das Verkaufsmonopol erhalten, und es sollten meines Erachtens, nachdem von maßgebender Seite festgestellt ist, daß Qualität und Quantität des Petroleums ausreicht, um ein Verkaufsmonopol zu etablieren, alle Streitfragen schweigen. Denn wer Gelegenheit gehabt hat, einen Einblick zu tun in den großen Schaden, den das deutsche Volk unter der brutalen Herrschaft der Standard Oil Co. erlitten hat und sicherlich weiter erleiden würde, der kann den Gedanken nicht freudig genug begrüßen, daß nun endlich durch das Vorgehen der Regierung dem jeden freien Handel unterdrückenden Kampf ein Ende gemacht und sogar dem Reiche — anstatt Einbuße — eine schöne Einnahmequelle — ohne irgendwelche Lasten — geschaffen werden soll.

Da in der Presse die Meinung ausgesprochen wurde, daß die ganze Frage am besten aufgehellt werde, wenn in der Oeffentlichkeit die Stimmen Unbeteiligter und nicht derjenigen von Interessenten und Gegeninteressenten zu Worte kämen, so habe auch ich das Wort ergriffen, und glaube mich hierfür aus dem Grunde berechtigt, weil ich während meiner Tätigkeit an der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Bukarest, der ich als Legationsrat angehörte, mich eingehend mit der Petroleumfrage beschäftigt und speziell die deutschen Interessen in der rumänischen Petroleumindustrie bearbeitet habe. Ich habe die Petroleumgebiete besucht und bin dank der liebenswürdigen Führung der Direktoren der verschiedenen Gesellschaften mit allen Einrichtungen bekannt gemacht und mit statistischem Material in ausgiebiger Menge versehen worden.

An der Spitze aller in Rumänien arbeitenden Gesellschaften stehen die deutschen. An erster Stelle die Deutsche Bank, nicht nur hinsichtlich des investierten Kapitals, sondern auch in bezug auf Produktion und Export.

Gerade die Qualität und Quantität des rumänischen Petroleums (es soll dreimal so viel Petroleum vorhanden sein, als verarbeitet werden kann) hat in Verbindung mit den geschäftlichen Beziehungen, welche die der Deutschen Bank unterstellte Europäische Petroleum-Union (die einzige bedeutende, von den Amerikanern unabhängige Verkaufsorganisation für Leuchtöl und Gasöl in West-

Digitized by Google

europa) mit den Oelproduzenten Rußlands, Galiziens und den nicht zur Standard Oil Co. gehörigen amerikanischen Oelproduzenten unterhält, den Gedanken eines Petroleummonopols ermöglicht. Die unter Führung der Deutschen Bank stehende „Steaua Romana" ist das einzige rumänische Petroleumunternehmen, dessen Entwicklung auf dem europäischen Markt einen stets steigenden Einfluß ausübte. Sie ist neben der Standard Oil Co. die einzige geworden und bis jetzt auch geblieben, welche im europäischen Petroleumgeschäft die verzweigtesten und vielseitigsten Interessen genommen hat. Auch als Weltunternehmen verdient sie unmittelbar nach dem großen Konzern der Standard Oil Co. und Koninklijke Nederlandsche Petroleum-Maatschappij genannt zu werden.

Der ununterbrochenen Arbeit und Ausdauer der Deutschen Bank ist es daher in erster Linie zu danken, wenn es heute zu einem Monopol kommen kann, zu dessen Einführung die einschlagenden Verhältnisse geradezu drängen. Die Einführung des Monopols würde erreichen:

1. Befreiung von den Fesseln der Standard Oil Co., und durch Beseitigung dieses eines großen Volkes unwürdigen Zustandes einen großen moralischen Erfolg;
2. Nationalisierung des in fremden Händen befindlichen Monopols;
3. Eröffnung einer neuen Einnahmequelle für das Reich, ohne das deutsche Volk dadurch zu belasten;
4. Schutz des deutschen Kleinhandels, der durch den seitens der Amerikaner in Durchführung begriffenen Kannenbetrieb jetzt ebenso ausgeschaltet werden soll, wie der Großhandel bereits vernichtet worden ist; der Leuchtölverkauf bildete bisher für den Kleinhandel eine Einnahmequelle von rund 20 Millionen Mark.
5. Schutz gegen das Uebergewicht der Standard Oil Co., das sich u. a. daraus ergibt, daß eine Preiserhöhung ihres Leuchtöls nur um 1 Pfennig pro Liter dem deutschen Nationalwohlstand allein jährlich 10 Millionen Mark kosten würde.

Die Regierungsvorlage „Der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl" hat in der dem Reichstage unterbreiteten Form im Herbste vorigen Jahres keine Annahme gefunden; sie ist einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen worden. In der Tatsache der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission liegt aber ein Beweis dafür, daß der Reichstag die hohe Bedeutung des projektierten Gesetzes nicht verkennt und sich mit dem Plane der Regierung im Prinzip einverstanden erklärt. Dieser Gedanke spiegelte sich als Grundton auch in den Reden aller Parteien wider — es war nur die Ausführungsform, an welcher Aussetzungen gemacht wurden.

Ob mit größeren oder kleineren Aenderungen — kurz, in welcher Fassung die Vorlage schließlich Gesetz wird, ist gleichgültig. Hauptsache ist, daß der enorme Vorteil, der ideell und materiell für Deutschland in der geplanten ausschließlichen Verkaufserlaubnis an eine zu bildende Betriebsgesellschaft liegt, bald zu dauerndem Nutzen wahrgenommen und gesetzlich fixiert wird. Vor allem

Digitized by Google

käme es daher darauf an, daß es im weiteren Fortgang der Verhandlungen gelingt, eine Organisationsform zu finden, welche die Durchführung des für die deutsche Volkswirtschaft so überaus wichtigen Planes ermöglicht.

Möchte daher das Gesetz in einer von der Kommission umgeänderten, aber dem Sinne des Entwurfes entsprechenden Form vom Reichstage angenommen werden und dadurch der Plan der Regierung zum Segen der Millionen deutscher Petroleumverbraucher und zum Wohle und Ansehen des deutschen Vaterlandes und der ganzen Kultur ausschlagen.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 und 1853

(Fortsetzung)

Petersburg, den 10. Februar 1853.

Aus Berliner Briefen höre ich, daß Du zwar ein eifriger Spaziergänger, aber immer noch kein Diensttuer bist. Das gibt mir den traurigen Beweis, daß es mit Deiner Herstellung immer noch nicht vorwärts will. Auch in andrer Beziehung ist es für Dich schmerzlich, da bei dem Vergeben so vieler Kavallerieregimenter doch wohl eines oder das andre Dir konveniert haben möchte, sofern Du die Idee, wieder in den praktischen Dienst zu treten, nicht wieder aufgegeben haben solltest? Aufrichtig gestanden, glaube ich, daß Du dazu, und nach dieser langen Hungerkur, fürs erste noch nicht die notwendigen, nachhaltigen Kräfte haben wirst, und daß Dein Körper für die unvermeidlichen Erkältungen noch nicht widerstandsfähig genug sein dürfte. Ueberlege also im Interesse der Deinigen doch recht genau, was Du zu tun beabsichtigst: es ist vielleicht eine Lebensfrage, und da kommt es auf ein Jahr früher oder später Kommandeur zu werden doch nicht an.

Was mich anbelangt, so wird der Zeitpunkt, wenn ich herankomme (sofern ich nicht etwa außer der Reihe befördert werde), auch gleichzeitig den Moment bezeichnen, wo ich einen Antrag zu formulieren beabsichtige, mich hier fortzunehmen, falls man die Absicht hat, der Armee in mir einen praktisch brauchbaren Offizier zu erhalten — es ist dann der letzte Termin.

Rochow kränkelt in Dresden und möchte den hiesigen Posten wohl gern mit Wien oder auch wohl mit Frankfurt a. M. vertauschen. Man schrieb auch bereits einmal hierher, daß man an Bismarck (!) für hier denke, falls R. wirklich nicht hierher zurückkehren wolle oder könne. Jetzt wieder heißt es, es müsse ein Militär sein, und die Großherzogin und Königin nennen sich Schack.[1]) Ich

[1]) General v. Schack, Kommandant von Mainz, später kommandierender General des IV. Armeekorps.

Digitized by Google

kenne ihn wenig; er soll gar kein Französisch sprechen! Das ist aber dann eine Unmöglichkeit. Denn wenn Nesselrode auch ein Deutscher ist, so ist er ein Greis — sein Nachfolger dürfte ein Russe sein. Ueberdem sind die andern Minister, der Hof und die Gesandten Frankreichs und Englands doch alles Personen, mit denen ein preußischer Gesandter in steter sprechender Verbindung bleiben muß. Nimm dazu Paskewitsch, Orloff usw. Schlecht sprechen geht, gar nicht oder zu schlecht, wie etwa Wrangel, geht aber nicht! Ich bin überzeugt, daß wenn man R. keinen andern Posten gibt und er die Wahl zwischen hier und nichts hat, daß er dann wiederkehren wird.

Ich bin zu blasiert über alles Ordenswesen, wenn es sich namentlich auf mich bezieht, daß ich Dich bitte, in der jetzt vorliegenden Johanniterfrage das für mich mitzutun, was Du für geeignet halten magst. Passend wäre es wohl, wenn den wirklichen Rittern zum Unterschied von den Ehrenrittern auch die frühere Dekoration mit der Krone und den goldenen Adlern wieder gegeben würde, statt des Bewußtseins in eigner Brust.

*

Peterhof, 25. Juni 1853.

Recht sehr freue ich mich, daß es Dir wieder besser geht und Du Dich selbst als wieder zusammengeflickt darstellst. Bist Du es auch momentan nur für einige Jahre, so wird der liebe Gott dann schon weiter helfen; vielleicht kräftigt sich Deine Natur während der Zeit auch ohne Kur bei vernünftigem Leben wieder. Nur wünschte ich, daß Du die Idee, Regimentskommandeur zu werden, aufgeben möchtest. Denn um einer solchen Stelle so vorzustehen, wie Du ihr vorstehen würdest, fürchte ich doch, daß Dein Körper, zurzeit wenigstens sicherlich, noch der nötigen Kraft und Widerstandsfähigkeit gegen Fatigen und die Einflüsse der Witterung entbehrt. So sehr ich Deinen Wunsch auch begreife und es Dir nachfühle, daß es Dich drängt, in andre, ja gerade in solche Verhältnisse zu treten, so stehst Du doch nicht allein in der Welt, und die Zukunft von Frau und Kind hängt so viel von Deinem körperlichen Zustande ab, daß ich Dich recht innig bitten möchte, recht reiflich zu überlegen, was Du tust.

Gestern ist hier die abschlägige Antwort auf das der Pforte gestellte Ultimatum angekommen — so wird also der Pruth überschritten und die Donaufürstentümer okkupiert werden.[1]) Die ganze Sache ist traurig. Einmal streitet

[1]) Kaiser Nikolaus hatte im März 1853 den Admiral Fürsten Mentschikoff zur Ueberreichung eines Ultimatums nach Konstantinopel entsandt, in dem gefordert war, daß dem Kaiser das Protektorat über die griechischen Christen in der Türkei eingeräumt und der Ferman zugunsten Frankreichs bezüglich der heiligen Stätten zurückgenommen werde. Die Pforte lehnte das Ultimatum ab. Am 2. Juli überschritten russische Truppen ohne vorherige Kriegserklärung den Pruth und setzten sich in Besitz der Donaufürstentümer. Die Pforte beschränkte sich zunächst, dem Rate der übrigen Großmächte folgend, auf einen Protest, und erst als dieser, mehrfach wiederholt, wirkungslos geblieben, erklärte sie im Oktober an Rußland den Krieg. England hatte von vornherein durch Lord Redcliffe gegen die russischen Forderungen in der Türkei Propaganda gemacht.

Digitized by Google

man sich um des Kaisers Bart, dann hat Rußland die ganze Sache doch vom Zaun gebrochen und sie den Großmächten gegenüber nicht eben recht offen und loyal geführt, England aber sich ganz töricht aventuriert, und so haben sich beide festgefahren und tragen gemeinschaftlich die Verantwortung, wenn daraus ein europäischer Krieg entsteht. Ich glaube zwar noch nicht daran, doch liegt er gar sehr im Bereich der Möglichkeit. Sehr mißtrauisch bin ich in bezug auf L. Napoleon. Ich traue seiner Allianz mit England nicht und möchte glauben, daß er diese Gelegenheit ergreifen wird, um England sich allein in Verlegenheiten stürzen zu lassen, und dann selbst davon gegen England oder Belgien profitieren wird. Oder er versucht einen großen Schlag und bietet dem Kaiser Nikolaus seine Hilfe gegen England an! Nie würde er eine so günstige Gelegenheit finden, sich diesen zu verpflichten und ihn sich zu gewinnen. Ja, der Kaiser würde nicht Legitimist genug sein, um diese Allianz zurückzuweisen. Für Preußen und Oesterreich scheint mir jetzt auch der entscheidende Moment gekommen zu sein, um aufzutreten. Stehen sie jetzt nicht zu Rußland, so dürfte die alte Allianz auch auf ewig zerrissen und eine französisch-russische festgestellt werden, nach der so viele Russen streben, teils um den Kontinent zu beherrschen, teils um Schutz gegen die gefürchteten englischen Flotten zu finden.

Auf Aufforderung Deines Vetters Otto schrieb ich ihm zwei ausführliche Briefe über die Lage der Dinge, wie sie mir hier erscheint — leider aber auf seinen Wunsch auch unter der Hand, so daß Henkel nichts davon weiß!

Heute nachmittag gehe ich zu den dreitägigen Feldmanövern ab, die alljährlich den Beginn des Lagers der Garden eröffnen, werde dabei auch meinen Geburtstag zubringen, worüber meine Damen natürlich sehr empört sind. Wirst Du den ganzen Sommer in Berlin bleiben? Geh ans Meer oder ins Gebirge, das wird Dir gut tun.

Eben bietet sich eine Gelegenheit für diesen Brief dar. Lebe wohl, grüße die Deinigen. Frau und Mutter grüßen bestens. Gott befohlen!

*

Peterhof, den 19. Juli 1853.

... Bereits vor längerer Zeit hatte ich mich an Gerlach mit der Anfrage gewendet, ob der König es mir nicht gestatten werde, zur russischen Operationsarmee abzugehen, sobald es zu einem wirklichen Kriege kommen sollte. Erst auf meine wiederholte Anfrage erhielt ich den hier folgenden Bescheid: „Was Ihre Anfrage anbelangt, ob Sie sich zur Armee begeben dürfen, sowie dieselbe die Donau überschreitet, so hat der König mir auf das bestimmteste befohlen, Ihnen zu sagen, daß er dies nicht gestatten könne. Nur wenn der Kaiser zur Armee geht, dürfen Sie ihn begleiten.“ So die Antwort ohne jegliche Motivierung, trotzdem ich natürlich auseinandergesetzt, warum ich das wünschen müsse.

Die persönlichen Wünsche in dieser Frage treten dabei um so mehr in den Hintergrund, da ich einesteils noch gar nicht an den Krieg glaube und andererseits nebenbei ein solcher Krieg mir viel weniger Gelegenheit zur eignen Auszeichnung bietet, als vielmehr die Aussicht in sich trägt, mit der Mehrzahl der

Digitized by Google

Kombattanten an Fieber u. dgl. liegen zu bleiben. Ich halte mein Erscheinen aber im Interesse meiner Stellung, im Interesse unsrer eignen Armee und in dem der gegenseitigen Beziehungen für nötig, wenn ich dabei natürlich auch gar nicht in Abrede stellen will, daß ich auch persönlich in meinen soldatischen Gefühlen dahin gezogen werde. Ich habe nun an Gerlach abermals geschrieben und lege dir hier eine Abschrift davon bei — unter Bitte um baldige Rückgabe — und bitte um Deine Auffassung in dieser Frage.

In Deinem Briefe sagst Du mir, ich habe meine Ansicht in bezug auf M.s Sendung geändert. Wenn Du Mentschikoff damit meinst, so hast Du ganz recht, und ich gestehe ein, daß ich ebenso wie das ganze hiesige diplomatische Korps, vielleicht wie alle Kabinette, düpiert worden bin. Ich habe geglaubt, wie der Kaiser es mir selbst gesagt, es handle sich nur um die Frage der heiligen Orte. Daß man das Weitere als notwendige und natürliche Folge jener Angelegenheit betrachten und hier so darstellen würde, habe ich allerdings nicht erwartet.

Meiner Ansicht nach ist der Kaiser trotzdem de bonne foi in dieser ganzen Angelegenheit, er hat sich die Sache einmal so eingeredet, glaubt sie nun und kennt die ganze Tragweite derselben ebensowenig genau wie die Vorgänge.[1]) Da er weder an eine Eroberung noch an eine Einmischung in die inneren türkischen Angelegenheiten denkt, so ist er gereizt, daß man seinen ursprünglichen Versicherungen nicht mehr traut und Hintergedanken bei ihm vermutet. Kommt es zum Kriege, so sieht er sich als dazu gezwungen an, und dann ist allerdings nicht abzusehen, was das Endresultat sein wird. Die ganze Geschichte ist vom hiesigen Kabinett schlecht, nicht recht loyal, und an Ort und Stelle von Mentschikoff selbst wohl mittelmäßig behandelt worden, das ist nicht abzuleugnen. Nesselrode hat der Sache wohl anfänglich zu sehr die Zügel schießen lassen, glaubend, er werde sie seinerzeit wohl noch zurechtziehen können, vielleicht auch, um einstweilen M. eine Schlappe erleiden zu lassen, da er gegen dessen Sendung war. Er wie der Kaiser haben sich stets sehr ungern mit orientalischen Fragen beschäftigt, ihren Einfluß in Stambul durch mittelmäßige Gesandten und durch die eigne Lauheit in der Flüchtlingsfrage 1849 eingebüßt. Das fühlte der Kaiser erst, als La Valette in Stambul Erfolge gegen ihn hatte — das sollte nun ebenso rasch wieder gewonnen werden wie bei Graf Leiningens[2]) Sendung —, so ward die ganze Geschichte weitergetrieben als nötig war, und in einzelnen Teilen allerdings sehr vom Zaun gebrauchen. M. konnte vor der Ankunft von Redcliffe die Geschichte nicht bewältigen, verließ das Schlachtfeld, nachdem er sich festgeritten hatte; die gekränkte Eitelkeit des Kaisers tat den Rest.

---

[1]) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten, Band II, Seite 46 ff.

[2]) Oesterreich hatte Ende Januar den Grafen Leiningen als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel geschickt mit der Forderung der Räumung Montenegros, Internierung österreichischer Flüchtlinge und besserer Behandlung der Christen in Bosnien. Die Pforte bewilligte nach anfänglichem Sträuben am 28. Februar alle Forderungen Oesterreichs.

Digitized by Google

Ist das Ganze von hier aus nicht geschickt geführt worden, so geschah dies von Redcliffes Seite noch viel schlechter. Er arbeitete für die Integrität der Türkei und die Autorität des Sultans in seinen Staaten. Durch nichts aber kann beides mehr gefährdet werden als durch einen Krieg mit seinem zweifelhaften Ausgange. Er wird also möglicherweise das Gegenteil von dem erreichen, was er ursprünglich anstrebte; abgesehen von dem, was ein dort unten begonnener Krieg in Europa noch alles nach sich ziehen kann und niemand ungelegener kommt als England selbst, das damit obendrein in eine französische Allianz gedrängt wird. — Hier wird man auch milder werden, wenn ein Teil der Truppen in den Donaufürstentümern erst das Fieber haben haben wird ...

Gott befohlen und wie immer.

*

Krasnoje Selo, den 1. August 1853.

Die Art Deines Briefes vom 19./21. Juli beunruhigt mich etwas über Deine Gesundheit, da er mich wesentlich in die Zeit vor Deiner Krankheit zurückversetzt hat. Ich will Dich um so weniger in eine abermalige Diskussion über denselben Gegenstand verflechten, da meine Auffassung desselben Dir so weh getan hat — nur über einige Punkte mußt du schon eine kleine Erläuterung hinnehmen.

1. Daß meine Stellung eine bedeutende und wichtige sein könnte, ist richtig, wenn die Persönlichkeiten andre wären, wenn die anteriora nicht existierten. So aber, wie die Verhältnisse liegen, hindert meine Anwesenheit in Petersburg nur etwa das gänzliche Zerreißen alter Gewohnheiten einerseits und hält andrerseits die Verbindung mit und das Interesse für unsre Armee — durch sie erst weiter. Das ist allerdings schon wichtig genug, doch liegt der Knoten weit mehr in der militärischen Richtung, als in den direkten Beziehungen beider Monarchen. Deshalb auch meine Bezeichnung „Repräsentant der Armee". Daß ich mich nicht als Abgesandter der Armee betrachten kann, verstand sich wohl von selbst. Ich muß aber dabei bleiben, daß ein mit der russischen Armee gemachter Feldzug hier auf meine Stellung zurückwirken würde. Deine Behauptung: „wenn man sich eine Stellung in drei Jahren nicht gemacht habe, werde man sie sich auch nicht durch einen Feldzug usw. machen," ist doch etwas gewagt, denn Umstände und neue Verhältnisse ändern oder befestigen vieles in der Welt und namentlich derartige Verhältnisse in diesem Lande.

2. Ich sagte, der König befiehlt — und ich gehorche! Das heißt mit andern Worten: Ich werde den Befehl ausführen, bis die Angelegenheit selbst erledigt sein wird, wenn es einmal sein muß! Warum aber soll ich gegen General Gerlach die ganze Frage nicht näher erörtern? Einmal ist er in vielen Dingen die Mittelsperson zwischen dem König und seinen Adjutanten, zweitens ist meine Sendung hierher durch ihn mir angeboten, durch ihn mir bestätigt worden, und drittens stehe ich persönlich so zu ihm, daß ich mit ihm räsonieren kann und darf! Aus diesem letzteren Grunde schien es mir nicht unbillig, wenn ich durch Gerlach auf eine Motivierung rechnete. Ich kann beim besten

Digitized by Google

Willen in meinem Benehmen auch keinen Grund zu einem Vorwurf finden, wenn ich von Gerlach eine Motivierung oder Belehrung meiner, also vielleicht unrichtigen, Auffassung erwartete.

3. Mein Gehorsam reicht so lange wie des Königs Befehl! Eine Bitte um Aenderung eines Befehls an den König zu richten, dessen eigner Adjutant ich doch einmal bin, ist zu keiner Zeit ein Unrecht gewesen! Der Termin, in dem die Bitte um Abberufung ausgesprochen wird, hat nichts gemein mit dem Ausharren in meiner angewiesenen Stellung noch mit dem Gehorsam, den man schuldig ist; denn solange die Entbindung nicht erfolgt, solange ist in den ursprünglichen Verhältnissen eine Aenderung nicht eingetreten. Der Moment kann taktvoll oder taktlos gewählt sein und kann dadurch einen Verweis hervorrufen; darin aber, daß man einer Stelle unter Umständen überhaupt enthoben zu sein wünscht, kann ein Unrecht nicht liegen. Die Allerhöchste Entscheidung wird dem Bittsteller ja auch hierin dann das weitere Verhalten vorschreiben.

4. Der Kaiser hat als Schiedsrichter in dieser ganzen Angelegenheit nichts zu tun; wohl aber liegt es in seiner Macht, zu erlauben oder zu verweigern und dadurch bei der endlichen Ausführung den Ausschlag zu geben. Hat der König erlaubt — und will der Kaiser nicht —, so ist es dann am König und nicht an mir, zu sagen, was weiter geschehen soll. Welche Antwort ich persönlich in einem solchen Moment dem Kaiser geben würde, hängt von der Lage der Dinge ab, keinesfalls aber würde ich der schließlichen Entscheidung meines Herrn irgendwie vorgreifen.

5. Gerlach schrieb in jenem Briefe allerdings ohne Angabe der Motive! Warum glaubst Du nicht, was ich Dir sage? Erst in einem späteren Briefe, den ich seitdem erhielt, sagte er: „Des Königs Gründe können Sie sich wohl denken." In einem noch späteren als Antwort auf den meinigen, Dir mitgeteilten, tritt er sogar meiner Ansicht bei.

6. Mein Verhältnis zum Kaiser hängt nicht von der Anwesenheit des Gesandten ab, es modifiziert sich aber in vieler Beziehung durch die Persönlichkeit des Gesandten, und ich bin deshalb doch keineswegs in der Stellung eines ersten Legationssekretärs. Ob ich am hiesigen Hoflager überhaupt bei Anwesenheit eines Gesandten nötig oder unnötig bin, gehört nicht hierher, weil es sich dabei gar nicht um den Gesandten, sondern um seine Person handelt. Bei Anwesenheit des Generals Rochow — persönlich genommen — verschwinde ich keineswegs, es wird aber über eine Menge von Dingen weniger mit mir gesprochen, als wenn er abwesend ist. Der Gesandte begleitet den Kaiser auch nicht auf Reisen. Der Kaiser, noch mehr die Kaiserin, haben ihn gerne, weil er ein Jabruder ist, sehen ihn viel, es wird also auch viel mit ihm abgesprochen, namentlich in politicis, was mir sonst wohl zufällt; deshalb bin ich auch abkömmlicher, wenn Rochow anwesend, weniger abkömmlich, wenn er abwesend ist.

7. Ich stelle eine sich in unsrer oder der diesseitigen Armee bildende Meinung keineswegs über die Befehle des Königs — ich trachte aber die Wege zu gehen, auf denen ich dem König mittelbar am meisten glaube nützen zu

Digitized by Google

können. Das spreche ich aus, halte es sogar für Pflicht, es zur Erwähnung zu bringen und kann darin, eben weil es nicht gefällt, eher etwas Antikes als etwas Modernes finden. Meine persönlichen „jugendlich chevaleresken Gefühle" stehen dabei erst in zweiter Reihe.

8. Du nennst mich ein Kind des Jahrhunderts — das bin ich allerdings! Du gehst in Deinen Betrachtungen auf F. W. I. und F. II. zurück, so himmelweit beide auch von F. W. IV. entfernt sind; — ich bitte dich, Dir die Handlungsweise von vielen Koryphäen unsrer Armee ins Gedächtnis zu rufen, die keine Kinder des Jahrhunderts waren und höher standen, als ich je stehen werde, und dabei sehr treue Diener ihres Königs und durchaus keine Schwachköpfe waren. Ich will mich damit nicht hinter ihren Fehlern verschanzen, sondern nur zeigen, daß meine Handlungsweise keine moderne ist. Ja, sie kann auch eine unrichtige sein — sie ist aber weder eine unrechte noch eine unmilitärische, so wie die Verhältnisse einmal liegen. Modern ist aber, weder befehlen noch Gehorsam erzwingen zu können, modern ist, nicht zu gehorchen, und modern ist es zum Beispiel, dem General Prittwitz daraus einen Vorwurf zu machen, daß er dem positiven Befehle seines Königs gehorcht hat . . .

Wenn Du vorher gewußt hast, daß aus der Frage der heiligen Orte mehr werden würde, als es anfänglich schien und auch vom hiesigen Kabinett versichert ward, so hast Du allerdings eine Sehergabe; denn damals wußten das Kaiser und Nesselrode wohl selbst kaum. Als in Petersburg die Nachricht von Graf Leiningens Sendung eintraf, war nach Wien über M.s Sendung noch nicht die mindeste Mitteilung gemacht worden, weder offiziell noch privatim, vielmehr, auf die Depesche über Leiningen fußend, sagte das russische Kabinett, es wolle Wien mit gleicher Offenheit entgegenkommen usw. und teilte M.s Aufträge mit. Graf Leiningen fand den russischen Geschäftsträger in Stambul ohne jegliche Instruktion; derselbe erhielt dergleichen auch erst am Tage vor der Abreise Leiningens — mit ihm zu gehen —, als dieser bereits seine Sachen ganz abgemacht hatte. Herr v. Ozeroff kam noch zu Leiningen, erhielt von diesem die Antwort, daß es ihm, trotzdem er fertig sei, ganz recht sein würde, wenn er seine Aufträge doch noch dem Fuad-Efendi mitteilen wolle. Das geschah! Auch dort erhielt Ozeroff die Antwort, daß alles bereits beendet sei, daß es dem Diwan aber lieb sei zu erfahren, wie das russische Kabinett die Frage ansehe. — Wie lange M.s Sendung vorher beschlossen war, kann ich allerdings nicht wissen, ich weiß aber, daß, wie gesagt, nach Wien die ersten Mitteilungen gemacht wurden, als Leiningens Abreise in Petersburg notifiziert ward. Das Resultat seiner Sendung aber war in Petersburg noch nicht bekannt, als M. abreiste. Das stellt aber nicht in Abrede, daß eben dies günstige Resultat für M. ausgedehntere Forderungen usw. nach sich gezogen hat. Er sollte und durfte nicht weniger brillant in Stambul abschließen als jener. Der Kaiser setzte die Wahl von M. gegen Nesselrode und Orloff durch. Eine Privatkorrespondenz zwischen dem Kaiser und M. blieb selbst dem Kanzler ein Geheimnis. Der Kanzler wie Orloff waren ganz gegen die weiteren Forde-

Digitized by Google

rungen über die heiligen Orte hinaus, und sprach sich Orloff in bezug auf das gewisse Protektorat selbst gegen mich sehr mißbilligend aus, als wie etwas ganz Unnötiges. Meyendorf war sehr niedergeschlagen. Genug, Du kannst Dich darauf verlassen, man streitet sich im Grunde genommen um des Kaisers Bart. Rußland ist unwahr gewesen, und England, dadurch gereizt, ebenso töricht wie 1828 gewesen, wo es der Pforte den Krieg durch denselben Redcliffe eingebrockt hat.

Die Verantwortung für einen europäischen Krieg auf sich zu nehmen, bleibt immer eine schwere Sache, wenn Du sie auch übernehmen willst. Ein europäischer Krieg ist allerdings wünschenswert; ebenso aber auch, daß da unten Ruhe ist, wenn es losgeht, und nicht, daß er sich von dort aus verbreite.

Ich danke Dir für Deinen Brief, Bertha für Deinen Glückwunsch, und wir alle grüßen Euch bestens.

Wie immer Dein

*

St. Petersburg, den 23. Dezember 1853.

Gestern erhielt ich Deinen Brief vom 8. d. Mts., danke bestens dafür und freue mich, daß es Dir und den Deinigen gut geht, daß Du Dich in Deinen jetzigen Verhältnissen gefällst.[1]) — Fast glaube ich, daß ich Dir diesmal auch sagen könnte: Du hast mich nicht verstanden, als ich vom Bügel und vom Sattel sprach. Ich stellte das nur fragend hin, weiter nichts. Was Deinen Ehrgeiz anbelangt, sofern er einmal seine Schwingen entfalten sollte, so vergiß dabei nicht zu sehr die Gefühle desjenigen, der nach der Sonne fliegen wollte oder ihr zu nahe kam! Deine Leistungen in der Epoche des 9. November hast Du nie für gut befunden mir näher darzulegen, trotzdem und eben deshalb bedauere ich mit Gerlach Deine Entfernung von Berlin und vermag Deine Ansicht darüber beim besten Willen nicht zu teilen. Doch darüber zu sprechen ist moutarde après dîner; nur bitten möchte ich Dich recht ernstlich, in der Behandlung Deines Regiments die Sachen möglichst einfach aufzufassen und abzuhandeln. Der Stoff ist gut, aber roh — verkenne seine Sphäre nicht.

Von mir ist weiter vorläufig nichts zu sagen als: Der Mohr hat seinen Dienst getan, der Mohr kann gehen!

Nun aber zu etwas Ernsterem.

Gestern bekam Rochow einen eigenhändigen Brief vom Ministerpräsidenten, der, im wesentlichen sehr besorgt über die jetzige Lage der Dinge sprechend, folgende Hauptpunkte enthält:

„1. Wir werden und können uns in der orientalischen Frage nicht von Oesterreich trennen.

2. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Oesterreich bereits ein willenloser Staat ist, aus finanziellen und andern Rücksichten.

---

[1]) Manteuffel war im Oktober 1853 zum Kommandeur des in Düsseldorf stehenden Ulanenregiments Nr. 5 ernannt worden.

Digitized by Google

3. Ich zweifle nicht, daß Oesterreich in der zwölften Stunde, wenn ihm das Messer an die Kehle gesetzt wird, und das wird es, zu den Seemächten halten wird.

4. Es ist wohl kein Zweifel, daß Oesterreichs Agenten, wie Prokesch, Philippsberg und andre, den ganzen Kirchenstreit in Baden hervorriefen — daß uns ähnliches von ihnen bevorsteht."

Ich kann nicht leugnen, daß ich von diesen Auslassungen, die ich glaube größtenteils wörtlich wiedergegeben zu haben, sehr schmerzlich ergriffen bin, wenn ich den Passus ad 3 auch nur als eine Befürchtung betrachten kann. (Denn ich halte es für unmöglich, daß Franz Josef je feindlich gegen den Kaiser Nikolaus auftreten würde, obgleich die Stimmung in Wien ungemein antirussisch ist — Leute wie Buol und selbst Ficquelmont,[1]) der so lange hier war, sind in dieser Richtung sehr laut, höhere Militärs nicht zu vergessen.) Wollen die Seemächte aber die Neutralität der Kontinentalmächte (Oesterreich, Preußen) nicht zugeben, so ist der Krieg allerdings unvermeidlich und, so provoziert, meiner Idee nach auch ganz erwünscht und annehmbar. Die Frage aber, in welchem Lager die deutschen Fahnen wehen sollen oder werden, das ist der Punkt, der mich ängstigt, wenn ich M.s Aeußerungen ad 1 und ad 3 zusammenhalte.

Wie gesagt, ich kann es nicht fassen, daß Franz Josef die heilige Allianz jetzt schon und in dieser Frage verlassen könnte; es ist mir vollends unfaßlich, daß der König mit Oesterreich gemeinschaftlich im Verein mit den Seemächten Front gegen Rußland machen könnte; es betrübt mich tief, daß Manteuffel dies andeuten konnte — anders zu verstehen sind aber seine Aeußerungen nicht.

Es ist wahr, daß der Kaiser N. die Brandfackel angezündet hat, daß er die Gelegenheit vom Zaune gebrochen und, die Tragweite der ganzen Sache von Hause aus nicht übersehend, in die ganze Geschichte weiter hineinging, als er es durfte, als es ihm jetzt lieb ist. Wie England und Frankreich sich in der ganzen Frage benommen haben, liegt klar am Tage. Das sind Dinge, die nicht mehr rückgängig zu machen sind; ebensowenig ist es möglich, daß der Kaiser N. jetzt zurückzieht.

Die letzten Schritte Preußens und Oesterreichs sind bereits wenig verbindlich für Rußland und töricht obenein, da die Kollektivnote der vier Mächte nebst Protokoll und den Instruktionen an die betreffenden Gesandten so ist, daß, wenn die Pforte auch darauf eingehen sollte, Rußland es nicht kann.[2])

---

[1]) Graf Ficquelmont, 1848 österreichischer Ministerpräsident.

[2]) Das von den Vertretern der vier Mächte, England, Frankreich, Oesterreich und Preußen, in Wien unterzeichnete Konferenzprotokoll vom 5. Dezember 1853 erklärte die Existenz der Türkei in den ihr von den Traktaten zugewiesenen Grenzen für eine notwendige Bedingung des europäischen Gleichgewichts, durch den gegenwärtigen Krieg dürfe keinerlei Veränderung des Besitzstandes herbeigeführt werden. Eine Kollektivnote dieses Sinnes wurde an die Pforte und eine gleichlautende Instruktion an die Vertreter der vier Mächte in Konstantinopel erlassen.

Digitized by Google

Preußen und Oesterreich sind aber durch diesen gemeinschaftlichen Schritt mit Frankreich und England bereits mehr oder weniger gebunden; werden sie die Energie haben, sich im entscheidenden Momente wieder los zu machen? — In jenem Protokoll, was in Wien unterzeichnet ward, und in der bezüglichen Instruktion an die Gesandten in Stambul, von denen ich die des Franzosen und Wildenbruchs[1]) las, heißt es unter anderm: „daß man der Pforte dringend zur Unterhandlung mit Rußland raten sollte, vorausgesetzt, daß dieses in religiöser Beziehung nicht Forderungen stellen sollte, die die Pforte bereits abgeschlagen hätte, und daß man über die Räumung der Fürstentümer übereingekommen sei. Ferner, daß die Unterhandlungen an neutraler Stelle im Beisein der Repräsentanten der vier Großmächte geführt werden sollten."

Das aber heißt mit andern Worten: Rußland soll nachgeben und überdem wie ein Staat zweiter Klasse behandelt werden, dessen Angelegenheiten vor dem Forum der vier Großmächte reguliert werden, wie früher etwa die von Portugal, Holland und Dänemark. — Daß Rußland darauf nicht eingehen kann, versteht sich von selbst, deshalb war es mir auch unbegreiflich, wie Preußen und Oesterreich das Zeug mitunterzeichnen konnten, namentlich Preußen, das seit Beginn der ganzen Frage auf der russischen Seite stand. Wozu einen Alliierten verletzen, wenn man sich vorher sagen kann, daß es zu weiter nichts als zu einer feindlichen Gereiztheit führen muß? — Wenn die Oesterreicher sagen, man habe dadurch allein die Seemächte aus einer feindlichen in eine friedlichere Bahn gebracht, so ist das deshalb ganz albern, weil man sich vorher sagen mußte, daß es höchstens auf vier Wochen sein könne. Wenn Preußen sagt, es habe sich hierbei nicht von Oesterreich trennen können, so ist das ein klägliches Argument. Nein, die Angst ist es, die vorzugsweise in Wien und auch in Berlin vor einem Kriege die Köpfe benimmt.

Trotz der friedlicheren Bahn, in die die Seemächte soi-disant geführt worden sind, schreibt der Ministerpräsident gestern in telegraphischer chiffrierter Depesche an Rochow, daß die englisch-französische Flotte infolge des russischen Seesieges von Sinope[2]) Befehl erhalten habe, ins Schwarze Meer einzulaufen behufs einer feindlichen Demonstration gegen Rußland — man müßte also Rußland dringend raten, seine Flotte in die Häfen sofort zurückzuziehen! Solche Dinge glaubt man nur, wenn man sie gelesen hat.

Der Kaiser sagte sehr ruhig: „Ich werde es ihnen überlassen, den ersten Schuß zu tun."

Die Anker der heiligen Allianz liegen nur noch in Rußland. Reißen sich Oesterreich und Preußen davon jetzt los, so ist die Tendenz und die Kraft jener Allianz auch auf ewig gebrochen und nicht wiederherzustellen. Treten Oesterreich und Preußen in eine Allianz mit diesem Frankreich und mit diesem Eng-

[1]) v. Wildenbruch, preußischer Gesandter in Konstantinopel.
[2]) Am 30. November 1853.

Digitized by Google

land, so sind sie prinzipiell verloren, und das ist doch wohl schlimmer als etwa in Aussicht stehender materieller Vorteil, der sich überdem doch nur auf momentane Erhaltung gegen die Revolution ausdehnen würde.

Einen Krieg gegen Frankreich und England halte ich unter den obwaltenden Umständen für Preußen und Oesterreich gar nicht einmal für so gefährlich, jedenfalls für weit ratsamer als eine Allianz mit jenen Ländern.

Ich schrieb Dir das alles, teils um meinem gepreßten Herzen Luft zu machen (die Gelegenheit bis Berlin ist sicher), teils um Dir Daten zu geben, falls Du Dich veranlaßt sehen solltest, Deinem Vetter zu schreiben. Ich fürchte, er steuert in falscher Bahn, und wenn ich in letzter Instanz Rußland gegenüber auch auf den König rechne, so kann doch bis dahin schon so viel verdorben sein, daß Preußen nicht mehr die Glorie hat, unverbrüchlich an der alten Allianz festgehalten zu haben.

Bertha und Elise grüßen Euch bestens, ich schließe mich dem für Deine Frau und die Kinder von ganzem Herzen an.

Wie immer Dein

(Fortsetzung folgt)

Ueber die zeitgenössischen französischen Dichterinnen

Von der

Herzogin v. Rohan (Paris)

Ein Versemacher, den seine maßlose Eitelkeit seelenblind gemacht zu haben schien, sprach eines Abends mit mir über das poetische Talent und sagte schließlich: „Ich bin der einzige Ueberlebende von mehreren Brüdern und Schwestern, und wie die vom Sturm ihrer Zweige und Blätter beraubte Eiche, an der nur noch ein kräftiger Ast sitzt, bin ich um so stärker, als der ganze früher verteilte Saft mich nährt und mir Lebenskraft zuführt; ich verkörpere in meiner Person die ganze Macht, den ganzen Geist, die ganze Intelligenz meines Geschlechtes, es bleibt nichts für die andern."

Dieser stolze Ausspruch machte Eindruck auf mich, und ich wandte ihn sofort an, freilich nicht auf den Sprecher, sondern auf die vergangenen Jahrhunderte, die ebenfalls Genies, Riesen der Poesie hervorbrachten, welche aufrecht stehen geblieben sind und mit einer Handbewegung den Weg durch die Jahrhunderte gewiesen haben.

Die gegenwärtige Zeit schneidet die Seitenäste nicht ab, sie unterstützt die Schwachen; wenn auch die Genies selten sind, so gedeihen doch die Talente, und niemals hat in Frankreich die Poesie üppiger geblüht als im gegenwärtigen Augenblick.

Die Erziehung des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelt wie eine Treibhaus-

Digitized by Google

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

atmosphäre die weiblichen Temperamente und führt sie je nach ihren Fähigkeiten im Gefolge von Madame Curie den Wissenschaften zu oder zur Literatur, aus der sie, wie ich in einem Vortrag in der „Fémina" ausgeführt habe, nach dem Beispiel ihrer berühmten Vorgängerinnen Marceline Desbordes-Valmore und Delphine Gay — um nicht bis zu Clémence Isaure zurückzugehen — eine kräftige Nahrung für die Gaben ihrer Phantasie schöpfen.

„Wir haben in unsern Schubladen ganze Kilometer von lyrischen Gedichten," erzählte eines Tages witzig Herr de Haraucourt, der Konservator des Musée de Cluny und Präsident der Société des poètes français, bei der Eröffnung des „Salon poétique"; nun, unter diesen Kilometern sind viele Meter, die von weiblichen Talenten herrühren, und auf dem Parnaß wachsen betäubende Tuberosen, prächtige Rosen und stämmige Lorbeeren, die aus ihren Beeten hervorsprießen und deren Sträuße Freude, Entzücken, manchmal sogar Unruhe in die Seelen der Leser tragen.

Ich kenne viele den ganzen Tag über mit prosaischen Arbeiten beschäftigte Frauen, die sich am Abend über ihre täglichen Verdrießlichkeiten mit Verseschreiben trösten; sie singen von ihrer Traurigkeit, ihren Schmerzen und ihren Enttäuschungen, aber auch von den schönen goldenen Träumen, die die Seele über die Wirklichkeit hinaustragen und Glück spenden, wo man solches finden will. Ich will heute nur von den Sternen des Parnaß, von den Haupthüterinnen des heiligen Feuers sprechen; sie werden umkreist von Satelliten, die der Gegenstand einer weiteren Studie sein werden; unter diesen letzteren sind mehrere, die ein bemerkenswertes Talent verraten, aber man soll eine Frucht nicht pflücken, ehe sie reif ist, oder sie auch nur berühren, um ihre Frische nicht zu trüben.

Die Société des poètes français zählt sechsunddreißig Dichterinnen zu ihren ordentlichen und einundzwanzig zu ihren außerordentlichen Mitgliedern, darunter Jacques Trèves, die im vergangenen Jahr preisgekrönt wurde; ferner Anna Schneider, Fräulein Seguin, die von der Académie Française preisgekrönt worden ist, Blanche Jahnqué, deren „Chemins Solitaires" so außerordentlich glückliche Gedanken enthalten, Frau Maleteste, Jeannine Vadès, Frau de Villarson, die Verfasserin reizender Theaterstücke, die bei Frau Juliette Adam in ihrer entzückenden Abbaye de Gif im Departement Seine et Oise mit Erfolg aufgeführt worden sind. Dann Marguerite Comert, Fräulein Vignon, die für ein von jugendlicher Anmut erfülltes Buch — eine wahre Rosenknospe mit einem Flaum von Tau — mit dem spiritualistischen Preis ausgezeichnet worden ist.

Die Gräfin de Magallon, Andhrée Corthis, die uns Spanien und seine interessanten Infantinnen so lebensvoll geschildert hat, und Frau Georges de Montgomery pflegen mit Liebe die Kunst der Versdichtung.

Frau J. Birault läßt in einer Reihe von militärischen Gedichten die Etappen der Laufbahn ihres Großvaters, eines der Helden des ersten Kaiserreiches, an uns vorüberziehen; der epische Stoff ist mit Kraft und Begeisterung behandelt.

Emilie Feillet, Marthe Dupuy, Lya Berger, junge, von edler und reiner Begeisterung beseelte Dichterinnen, machen ihrer Kunst Ehre.

Digitized by Google

In früheren Zeiten beschützten in Frankreich der König und die vornehmen Herren die Schriftsteller und die Dichter; Pensionen sicherten ihnen ein sorgenloses Alter, freigebige Schenkungen kamen den Anfängern zu Hilfe und gestatteten dem Talent, vor Not geschützt zu schaffen. Die Stelle dieser Beihilfen vertreten gegenwärtig die Preise der Akademien und Gesellschaften; die Académie Française, das Komitee für den Preis der „Vie Heureuse", die Académie des Goncourt, die Société des gens de lettres, die Société des poètes français, die Kommission für den „Prix spiritualiste" verteilen jedes Jahr ansehnliche Beträge zur Förderung junger Talente.

Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt.

Wir wollen nun im blütenreichen Garten der Dichtkunst die vollerblühten Blumen pflücken und von den Frauen sprechen, die durch ihre Schöpfungen am meisten zu der reichen Ernte in der Welt des Ideals beigetragen haben.

Die Baronin de Baye, die drei Jahre lang Vizepräsidentin der Société des poètes français war, hat unter anderm folgende Werke veröffentlicht: „L'âme brûlante", „Grisailles et Pastels", „Heures Aimées" und „Le Voile Merveilleux".

Diese Sammlungen beweisen den Reichtum der poetischen Ader der Dichterin, die, an den goldnen Gestaden des Bosporus geboren, die Bilder Frankreichs in byzantinisches Kolorit zu tauchen weiß; sie bringt leidenschaftliche Gefühle mit einer vollkommenen Klarheit zum Ausdruck. Die sicherste parnassische Form herrscht in ihren Strophen und ihren Sonetten; eine würdige Schülerin Sully Prudhommes, läßt sie ihre Gedanken in strahlenden Lichtbündeln aufschießen.

Hier einige Verse aus ihrer

Invocation au Soleil.

Soleil, je te salue, ô divine étincelle
Debout, les bras tendus vers ton globe vermeil!
Viens, épands sur mon cœur ton grand cœur qui ruisselle,
Soleil! J'invoquerai ta splendeur, ô Soleil.

Au poète exalté par ta royale flamme,
Prête quelques rayons d'extase, ô Majesté!
Afin qu'un Idéal fier embrase son âme,
Et l'emporte vivant dans l'Immortalité!

. . . . . .

Et quand sur mon front las l'ombre crépusculaire
Posera les frissons du terrible sommeil,
Que ton rouge flambeau me réchauffe et m'éclaire
Jusqu'aux pieds du Soleil éternel, ô soleil!

Die Baronin de Brimont, die würdige Nichte Lamartines, schreibt geschmackvolle Elegien. Alice Clerc ist die Verfasserin eines Buches mit dem Titel „Cendres de Rêve"; auf dem Umschlag ist eine Frau in Trauerkleidung zu sehen, von deren Persönlichkeit eine tiefe Melancholie ausgeht, sie hält die Asche ihres Herzens in den Händen. Die Dichterin hat zwanzig Jahre in der Bretagne

Digitized by Google

gelebt, sie hat sich dort für das Land begeistert, und die Geisterstimmen, das sterbende Jahr, alles, was sich entblättert, bietet ihr Stoff für ihre Dichtungen. Der Woge ruft sie zu:

Si j'étais la vague aux clartés d'opale
Qu'éveille un baiser d'aube frais et pâle,
La vague d'azur,

Qui trace à midi sur la chaude grève
Les grands anneaux bleus de son divine rêve
Où luit le ciel pur,

Je t'enlacerais d'exquises étreintes,
Dont tu garderais les folles empreintes
Sur ton sable fin.

Et je mêlerais aux rives fleuries
Tous les feux changeants de mes pierreries,
Pour te plaire enfin!

Frau Alphonse Daudet sieht die Menschen, die Gegenden, die Dinge sehr eigenartig und reizvoll. Ihre Verse sind kleine Bilder, die zum Herzen dringen, sich darin festsetzen und es entzücken. Sie hat den Geist des Finistère und die Charaktereigenschaften seiner Bewohner vorzüglich erfaßt. In „Ame Simple" sagt sie bei der Schilderung eines in Paris dienenden bretonischen Bauernmädchens:

La pauvre paysanne en place dans Paris
Est entrée dans l'église à l'heure de l'office
Raconter son exil avec son sacrifice
Et cet étrange mal qu'on dit mal du pays,
Qui nous étreint le cœur comme dans un cilice.
Sans chaise ni prie-dieu, les bras tendus et droits
Vers son Sauveur qui l'aime à cause de sa peine,
Tour à tour enviant Marie ou Madeleine,
Elle fait sans fléchir son long chemin de croix,
Les genoux ramassés sous sa jupe de laine.
. . . . . .

France Darget ist ein Wunderkind; mit zwölf Jahren schrieb und veröffentlichte sie ihre ersten Verse und gewann damit den Beifall François Coppées, der ihre entzückende Bilder enthaltenden „Matinales" unter seinen Schutz nahm.

Frau Auguste Dorchain läßt ihre Muse tieflyrische Töne anschlagen; sie hat auch durch die Fühlung mit dem Talent ihres Gatten nichts von ihrer Originalität verloren; jede dieser beiden in einer rührenden Liebe verschmolzenen Seelen hat ihre besondere Eigenart behalten. Frau A. Dorchains Talent zeigt einen ausgesprochenen klassischen Zug. In „Marche" überrascht die Fülle der Gedanken und die männliche Kraft des Ausdrucks. Sie hat den Schreibtisch in Gebrauch, an dem einst Corneille den „Cid" gedichtet; dieses kostbare Möbel

Digitized by Google

war eines ihrer Hochzeitsgeschenke. Sie preist die schützende Liebe, die stolze Liebe, die wächst, statt schwach zu werden, und die Fähigkeiten hebt:

Amour, ô toi l'acier, qui protège et qui blinde,
A toi tout se rapporte, en toi rien ne se scinde,
Garde, exalte, soutiens, conduis tes deux lutteurs!
Nous t'avons appelé de ces saintes hauteurs.

Die Baronin Maurice Fanqueux offenbart sich in einem ihrer Werke, „Le rêve intense", als eine Dichterin von starker Leidenschaft; sie versetzt uns in die Unendlichkeit, indem sie uns mit wechselnden Eindrücken erfüllt.

Judith Gautier hat, nachdem sie viele Werke, eines immer interessanter als das andre, veröffentlicht und Uebertragungen aus den besten chinesischen Dichtern ins Französische unter dem anmutigen Titel „Jade" herausgegeben hat, vor kurzem endlich ihre eignen Gedichte erscheinen lassen und uns mit diesen bewiesen, daß wie bei ihrem berühmten Vater Theophile Gautier ihre Poesie auf der Höhe ihrer Prosa steht.

In ihrer Sammlung der historischen kleinen Stücke über die Hochzeit der Anna von Bretagne, „Diane chez Vénus" usw., die uns so anmutvoll über die mythologischen Gewässer und die mittelalterlichen Teiche dahin trägt, ruft sie den Sohn des Frühlings folgendermaßen an:

Theu Sounu! Fils du Printemps! tes fleurs à peine écloses
S'effeuillèrent au vent d'un orage brutal
Qui brisa d'un seul coup les espoirs et les roses,
Fit crouler les palais de laque et de santal.
Ton pays déchiré, ta race désunie
Le matin de la vie eclaboussé de sang
A tes pieds le dragon tordant son agonie ...

Ainsi s'ouvrit ton règne, O Prince adolescent!

Judith Gautier hat mit Pierre Loti gemeinsam „Le Fils du Ciel" verfaßt; dieses Stück ist kürzlich in der denkbar glänzendsten Ausstattung in Neuyork aufgeführt worden.

Daniel Lesueur erweist sich in der Poesie als vollendete Meisterin. Die Klarheit, die Durchsichtigkeit, der gewählte Ausdruck verleihen jeder ihrer Strophen den Wert eines ganzen Gedichtes. Die Dichterin steht mit ihrer Lyrik in ausgesprochenem Gegensatz zu so vielen Autoren, die dichten, um nichts zu sagen, um lediglich das Ohr in harmonische Töne zu wiegen und jene strenge Kritik eines Prosaschriftstellers zu verdienen: „Die Dichtkunst ist ein Gefüge von zarten oder rauhen Tönen, die unzusammenhängende Gedanken wiedergeben." Die Dichtungen Daniel Lesueurs sagen etwas, und zwar etwas Treffliches.

Rosemonde Gérard, sonst Frau Rostand genannt, ist eine Künstlerin, deren Stück „Bon petit diable" vor zwei Jahren ganz Paris bewunderte. Das Schloß Cambô hallt wider von den Echos ihrer Oden, die von ihrem Sohne und

Digitized by Google

Mitarbeiter Maurice Rostand gesammelt werden, der mit Recht auf das feine lyrische Talent seiner bezaubernden Mutter stolz ist.

Frau Lucie Faure-Goyau, die Tochter des Präsidenten der französischen Republik Felix Faure, weiß uns für Griechenland, Italien und alle Gegenden Frankreichs, die uns ihre Feder schildert, zu begeistern. In „Vie Nuancée“ wirkt jedes Wort, veranlaßt zum Nachdenken, läßt uns verstehen und würdigen; ob sie vom Heimchen zum Meer, von den jungen Mädchen zu den Blumen, von den Abenden in Versailles zur Trauer über Hellas übergeht, ob sie in ihren Liedern bei Lysidia, bei den Basreliefs von Athen oder bei den Grabschriften Theokrits verweilt, überall gibt sie als Gelehrte und als Christin den Empfindungen Ausdruck, die ihr Schönheitsgefühl ihr eingibt, und ihr umfassender, hochstehender religiöser Geist bringt uns die Hoffnung.

Was Frau Fernand Gregh schreibt, ist voll Anmut und Zartheit. Jane Guy ist der lebende Spiegel der Frauenseele mit ihren Wünschen und ihren Bitternissen, das fühlende Wesen, das leidet und das später, wenn die Gleichgültigkeit gekommen ist, sich das entschwundene Leid zurückwünscht. In „Parfums amers“, das einer Perlenschnur gleicht, kommt der Schmerz zum Ausdruck, den das Altern bereitet, nicht wegen des Aeußeren, das runzelig oder welk wird, sondern weil das Herz seine Frische verliert.

Die Gräfin Kapnist stammt von einer ganzen Reihe von Dichtern und Schriftstellern ab. Die von der Insel Zante gebürtige Dichterin hängt am Fuße der Akropolis ihren Phantasien nach, und das Buch ihrer Träume, „Promethée“, enthält kunstvoll gemeißelte, gehaltvolle Stanzen.

Frau Erlanger verbirgt unter dem männlichen Pseudonym Claude Lorrey eine zarte, fein empfindende Frauenseele. Ihr Buch „Stances, Sonnets et Chansons“ liefert einen interessanten Beweis für ein Talent, das sich ernstlich zu bilden sucht und nach Vervollkommnung strebt.

Frau Amélie Mesureur entnimmt ihre Stoffe der Welt des Kindes und läßt in „Les gestes d'enfants“ die Glocken von Venedig ertönen, deren Ton Bébé kennen lernen möchte, erzählt von dem ersten Freund der Kleinen, dem treuen Hunde, von Pierrot als Fischer, von den Zigeunern, den Ostereiern, den Chorknaben usw. Der Jugendhauch, der ihre Verse durchzieht, hat etwas Beruhigendes und Erquickendes; man weint und lacht zu gleicher Zeit, wenn man sich daran erinnert, wie süß alles ist, was sich an die erste Blütezeit des Lebens knüpft, wie viel mehr die Hoffnung bedeutet als die Wirklichkeit.

Frau Lucie Delarue-Mardrus ist eine junge Virtuosin ganz andrer Art. Ihre Werke sind berühmt. Eines davon, „Occident“, ein Meisterwerk, führt uns nach allen Richtungen in die Weite; wir reiten im Gefolge der Verfasserin durch die Welt, wir beugen uns über Abgründe, wir philosophieren und hören den Ruf an den Tod:

O toi la fiancée éternelle, et sans joues
Toi la promise à tous, l'amante qui permets
Que nous sortions enfin de nos infâmes boues
Et vers la vie, O mort, nous portes à jamais.

Digitized by Google

Frau Delarue-Mardrus verbindet mit der vollkommensten Form eine schöne Sprache, und eine ungewöhnlich tiefe Reflexion mit einer bemerkenswerten Kraft; sie besitzt nicht das feurige Ungestüm der Jugend, aber einen wirklichen, erstaunlichen Reichtum.

Unter den Initialen J. R. G. hat die Herzogin de la Roche-Guyon, eine Dichterin von zartem Empfinden, vier Bände veröffentlicht: „La Volière", „La Vie Sombre", eine Sammlung zehnzeiliger Strophen, „Les Langueurs charmées", „Les cœurs en larmes", reizvolle Rondeaus, deren Form wegen ihrer Schwierigkeit in unsrer Zeit wenig angewendet wird.

Allen Werken dieser edeln Dichterin ist eine melancholische Stimmung gemeinsam; das Leid, das sie selbst erfahren, hat ihr Empfinden vertieft und sie mitleidig gemacht. Mit einer Gefühlswärme, die das Herz des Lesers ergreift, betont sie die Gemeinschaft der auserwählten Seelen.

Pax

Ne troublez pas les nids, surtout ne touchez pas
A l'œuf de la couveuse et, lorsque sur sa branche
L'oiseau vient se poser, marchez à petits pas;
Laissez le ver filer dans sa cellule blanche,
Ne faites pas sombrer l'esquif sous le fardeau.
Aux yeux lassés du jour voilez bien le flambeau;
Laissez le cygne fuir vers un ciel sans tempête.
Les bourgeons printaniers ne les brisez jamais;
Saluez tout labeur, enfin vivez en paix
Et respectez toujours les rêves du poète.

Frau Catulle Mendès bringt in ihrem Buche „Les Charmes" alle holden Empfindungen des Lebens zum Ausdruck; diese Sammlung ist in drei Teile geteilt: „L'Attente au Jardin", „Le Bien promis", „Le Rêve alarmé"; ihre sehr lebendige, bilderreiche Darstellung gibt Ausschnitte aus dem Leben vortrefflich nach der Wirklichkeit wieder.

Frau Juana Richard Lesclide ist eine Dichterin, die eine Sonderstellung einnimmt. Sie stellt ihre Kunst sehr hoch; unbekannt mit dem Niedrigen und Kleinlichen im Leben der Menschheit, lernte sie von ihrem Gatten, der dreizehn Jahre lang an der Seite unsers unsterblichen Genies Victor Hugo lebte, daß man sich für das literarische Schaffen in den höchsten Regionen Kraft holen muß. Ihr Buch „Les fleurs sanglantes" flicht einen Kranz; wir geben hier einige Verse über das Heimweh daraus wieder:

Le bonheur a fleuri la maison du poète,
Mais le songe fut court et brutal le réveil!
J'étais l'oiseau joyeux qui chante l'âme en fête,
Un hymne délirant aux rayons du soleil.
Or, les jours radieux ont passé comme un rêve
En laissant derrière eux la ruine et le deuil,
Plus d'aurore en un ciel où le Regret se lève,
Où l'on peut dans la nuit sombrer sur quelque écueil.

Digitized by Google

Car nul n'est sûr d'atteindre à l'étape lointaine,
Le passage en ce monde étant d'un rude effort.
Quel feu peut te guider, ô ma voile incertaine?
Du fond d'un long exil j'ai crié vers la mort.

Die Gräfin Mathieu de Noailles, die die höchsten Gipfel des Erfolges erklommen hat, schreibt mit einer außerordentlichen Leichtigkeit; die Strophen entquellen ihrem Geiste, wie heiße, weiche Tropfen aus einem überkochenden Kessel niederfallen. Die rhythmischen und harmonischen Reime bilden ein glänzendes Kleid ihrer Gedanken. Sie korrigiert niemals etwas in dem, was sie schreibt, da sie ihre Gedankenflüge in ihrer ersten Niederschrift geben will.

Die Dichterin, eine geborene Prinzessin Brancovan, Rumänin von Geburt, aber erzogen an den Ufern der Seine, hat von ihren Vorfahren her etwas reizvoll Orientalisches in ihrem Wesen. „Le cœur innombrable", ihr erstes Buch, ist sehr fesselnd; nach diesem veröffentlichte sie „L'ombre des jours", dann „Eblouissements". Sie besingt die Natur, die Blumen, die Früchte und die Gemüse. Ihr junges, heidnisch empfindendes Herz betet zur Erde, unsrer Mutter, dem Frühling, den sie sehr hübsch „Le sublime dépouillé" nennt — den „Hüllenlosen", der sich bald mit Blütenwundern bekleiden wird und der seinen zahlreichen Verehrern die Hände voll Hoffnung entgegenstreckt.

„Jeunesse" ist eine der schönsten Perlen aus dem Rosenkranz ihrer Poesie und gehört zu den Gedichten, die beim Publikum die größte Beliebtheit genießen:

Pourtant tu t'en iras un jour de moi, Jeunesse!
Tu t'en iras tenant l'amour entre tes bras,
Je souffrirai, je pleurerai, tu t'en iras,
Jusqu'à ce que plus rien de toi ne m'apparaisse.

Hélène Picard ist die große Liebesdichterin unsrer Zeit; ihr „Instant Eternel" ist eine herrliche Anrufung der Liebe; wie eine Priesterin des Altertums läßt sie in bewegten Weisen die Klagelieder der Verlassenen ertönen:

Les femmes à l'amour

Tout nous parle de vous, amour fatal et beau,
Même le saint aspect d'un lis sur un tombeau,
Tout nous parle de vous, la ferveur, la paresse,
Et le printemps mouillé de pluie et de jeunesse.

Les sources qui s'en vont en robe de cristal
Et le visage en pleurs de l'arbre matinal,
La chaude nudité des roses sous les lampes,
Un peu de vent d'été qui reste sur nos tempes ...

Notre miroir, notre chanson, notre pitié,
Une grenade éblouissante en sa moitié,
La note fausse, émue, adorable, chérie
Qu'a dans les vieux faubourgs l'orgue de barbarie ...

C'est insensé! ... toute lumière, tout contour,
Tout silence, tout bruit, nous jette à vous, Amour!

Digitized by Google

Que nous ayons quinze ans ou trente, nous la femme
Nous avons soif et faim de vous par toute l'âme!

Frau de Régnier, geborene Hérédia, läßt ihre Romane unter dem Namen Gérard d'Houville erſcheinen, ihre Gedichte zeichnet ſie mit drei Sternen — eine ſehr glückliche Signatur, denn ihre Verſe ſind leuchtend wie die Himmelskerzen. Dieſe köſtlich ſorgenloſe Kreolin war der Abgott ihres Vaters. Dieſer ſo wundervoll ziſelierende Meiſter des Sonetts hatte für ſeine Tochter eine bewundernde Vorliebe. Als ihr Talent ſich entfaltete, erklärte er im Kreiſe ſeiner Intimen, daß ſie ihn übertreffen werde.

Wir laſſen hier ihre „Psyché“ folgen, ein Kleinod aus einer Sammlung, die bald aus den Schleiern des Geheimniſſes hervor endlich ans Tageslicht treten wird.

Elle passe, sans bruit, dans la maison déserte
Tenant entre ses mains une lampe qui meurt;
Son voile safrané flotte dans la nuit verte
Y laissant le parfum nocturne d'une fleur.

Elle passe, sans bruit, dans la maison de songe
Son visage invisible est sans doute ingénu
Et sa jambe divine et longue et pâle allonge
Un pas prudent et froid, sur le dallage nu.

Parfois, son beau genou brille comme la lune
Ou son ventre entrevu sous le lin transparent
Ou bien, pour relever sa chevelure brune,
S'éclaire et s'arrondit un souple bras d'argent.

Sur l'étroitesse de son épaule polie,
De sa taille mouvante à son col étiré
L'écharpe aérienne enroule ou bien replie
La spirale d'un grand coquillage nacré!

Sa main, en protégeant la lueur faible et rose,
Se colore un moment d'un feu vermeil et pur,
Et comme un papillon sur une sombre rose
Les doigts illuminés cachent son sein obscur.

Elle presse, à présent, sa marche curieuse,
On ne voit plus briller la tremblante clarté
Qu'elle porte, et sa grâce errante et ténébreuse
Disparaît dans la nuit du palais enchanté.

Elle revient sans bruit, quand naît l'aube rosée,
Et son petit visage est pâle et plein d'effroi.
Son voile tremble et luit dans l'aurore irisée,
Et le dallage lisse à ses pieds nus est froid.

C'est qu'elle a vu dormir parmi les peaux de bêtes
Cruel, mystérieux et terrible, l'Amour,
Qui dans son poing crispé tenait ses flèches prêtes
Et semblait tout sanglant sous la lampe et le jour!

Digitized by Google

Elle a vu le sourire inhumain de sa bouche
Et sa fureur divine et son haineux désir
Et soudain a senti debout près de sa couche
Une invisible horreur brusquement la saisir.

Elle fuit en pleurant son étrange démence,
Son voile jaune s'enfle au vent du matin bleu
Et ses yeux sont remplis de la terreur immense
D'avoir vu cet amour ... qu'elle croyait un dieu.

Die Gräfin de la Mornière de la Rochecantin schildert die Anmut der Chinesinnen und die Atmosphäre, in der sie leben; sie sammelt auf ihren Reisen Aehren, und wir schätzen die Garben, die sie von dort mitbringt.

Die verwittwete Herzogin d'Uzès besingt die Haine, die Wälder, die keusche Jeanne d'Arc und das Vaterland.

Unter dem Pseudonym „Vega" läßt Frau de Wisme, eine lyrische Dichterin von großer Begabung, die Welt der Griechen vor uns erstehen, die sie zu ihren Gedichten begeistert. Ihr „Jardin des Hespérides", ein ausgesprochen klassisches Werk, ihre „Légendes et Chansons" und mehrere andre Bücher legten von einer überaus hochstrebenden Sinnesart Zeugnis ab. Es fehlt mir hier der Platz, um die charakteristischen Züge und feinen Qualitäten dieser Dichterin gebührend hervorzuheben.

Ich kann diese Studie nicht beschließen, ohne noch einen Augenblick bei dem Namen Hélène Vacaresco zu verweilen, jener hervorragenden rumänischen Dichterin, von deren Ruhm Paris seinen Anteil fordern darf, da sie die französische Sprache gewählt hat, um ihren leidenschaftlichen Wünschen, den wilden Klagen der Bauern ihrer Heimat, den Liebesempfindungen ihres Herzens Ausdruck zu geben. Sie findet unter uns eifrige Leser, begeisterte Bewunderer und ergebene Freunde und wird sie immer finden.

Volk und Staat[1])

Von

Kurt Riezler

Die Reihe jener überindividuellen Organismen, in welche eingegliedert der einzelne entsteht, sich bewegt und vergeht, führt über die Familie, den Familienverband, den Stamm zum Volk und scheint in ihm einen gewissen Abschluß zu finden.

Ein jeder gebraucht diesen Begriff des Volkes und steht doch, wenn er zu definieren unternimmt, vor einem tiefen Geheimnis. Das Wesen dieser leben-

[1]) Aus einem demnächst im Verlag von Georg Müller in München erscheinenden Buche: Kurt Riezler, „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik."

Digitized by Google

digen Einheit, Volk genannt, ist in dem, was eben diese Einheit ausmacht, rätselhaft wie alles Lebendige. Es ist zunächst nicht die Summe der Volksgenossen, nicht eine quantitative Einheit eines quantitativ Mannigfaltigen. Im politischen Kampfe werden wohl Forderungen erhoben, denen logischerweise eine solche Ansicht zugrunde gelegt werden müßte, aber diese Ansicht selbst kann ernsthaft nicht einmal von den Verfechtern solcher Forderungen aufgestellt werden. Es ist auch nicht nur eine qualitative Gleichheit eines numerisch Verschiedenen. Eine irgendwelche qualitative Gleichheit der Angehörigen desselben Volkes mag immerhin konstatiert werden, sie macht das Wesen des Volkes nicht aus. Auch die Gemeinsamkeit der Sprache, die Gleichheit der Rasse, die Zugehörigkeit zu einem Staate reichen nicht aus, den Begriff des Volkes zu bilden. Sie sind nur Attribute einer Zwecksetzung, und das eine oder das andre kann fehlen, ohne daß wir deshalb aufhören müßten, von einem Volke zu sprechen. Das Wesentliche liegt tiefer. Das Volk ist eine Ganzheit, die durch die Addition der Teile nicht aufgebaut werden kann. Diese Ganzheit ist die innere Gesetzlichkeit eines Organischen, deren Glied, nicht Teil jeder einzelne ist, das in jedem einzelnen mitgegeben, mitgeboren ist und seine Möglichkeiten begrenzt und bestimmt, das durch die Folge der Generationen, sich fortgesetzt entfaltend, hindurchgeht, wie das Leben des Baumes durch die Jahrgänge seiner Blätter. Das Volk ist von der Summe der Volksgenossen so weit verschieden, als der Baum von der Summe seiner Blätter. Es ist auch nicht in allen einzelnen zu gleichen Teilen, der eine kann mehr, der andre weniger Träger des Volkes sein. Nie liegt sein Wesen ganz in einem irgendwie greifbar Vorhandenen, in einer erreichten Erfüllung: es liegt immer in einer Zukunft, die es sucht, es ist in jedem Augenblick und ist doch in keinem ganz. Es gehört zum Wesen dieses Wesens, Ansatz zu sein und Aufgabe, wie der einzelne auch, und seine Ganzheit ist nur die Einheit eines Strebens nach einem Höheren. Es ist wie die rollende Woge, die der göttliche Sturmwind über das unendliche Meer treibt, die stets wachsend und höher sich türmend, kleinere Wellen und das leichte Gekräusel (und in allem stärker oder schwächer das gleiche Pathos des Windes) auf ihrem Rücken trägt, nur als Form durch die Materie hindurchgeht und nie in ihr verharrt, sich, zu hoch getürmt, schäumend überschlägt oder an einer Klippe bricht und doch unter dem Schaum wieder als die gleiche hervorrollt und hinter der Klippe sich wiederfindet. Wie der Sinn der Woge die ewige Sehnsucht, der stets nächste höher getürmte Augenblick ist, so ist auch der Sinn des Volkes das grenzenlose, sich fortpflanzende Streben. Der einzelne mag, eingedenk offenbaren Unvermögens und beschränkter Zeit, sich bescheiden. Wenn Völker nicht ewig sind, so dürfen sie doch glauben, es sein zu können, und alle Bescheidung ist für sie nur Aufschub. Sie kennen nicht, wie der einzelne, jene Notwendigkeit des Todes, die für diesen aus seiner Zugehörigkeit zu einer zeitlichen Reihe folgt, als deren Glied er entsteht und auch vergehen muß. Wenn auch alle Völker zugrunde gehen müssen, so hat diese Notwendigkeit einen andern Sinn und andre Gründe. Das Ziel ist unendlich, und vor ihm sind auch größte Möglichkeiten notwendig

Digitized by Google

begrenzt. Ist die Möglichkeit erfüllt, so ist kein Ziel erreicht und doch versiegt der Quell. Dann bestehen die Völker wohl noch fort, bis sie zerfallen oder aufgesogen werden von andern und in dem Zerfallenden neue Ansätze sich bilden. Der Idee nach aber will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer weiteres sich angliedern, immer höhere Ganzheit werden, bis das All unter seiner Herrschaft ein Organisches geworden. Für jeden einzelnen ist sein Volk ein Weg zu Gott als zum All, den er, der zeitlich Beschränkte, nicht zu Ende gehen kann, der einzig richtige, der allein wahre Weg — und wenn die Völker aufhören, an sich als an diesen einzig wahren Weg zu glauben, so beginnen sie aufzuhören Völker zu sein.

*

Die Frage nach der Entstehung der Staaten ist viel behandelt worden. Wie die Geschichte zeigt, entstehen Staaten auf die verschiedenste Weise. Sie können organisch wachsen oder von außen her durch Gewalt und Zwecksetzung gegründet werden. Da der zweite Fall die Existenz andrer Staaten voraussetzt, kann er als Spezialfall außer acht gelassen werden. Die ersten Anfänge des Staates liegen in dem Augenblicke, als die erste überindividuelle Lebensform, also wohl die ursprünglichste und allgemeinste von allen, die mitgeborene der Familie gemeinsam nach außen zu handeln begann. Nur bildlich kann indes von solchen ersten Anfängen gesprochen werden: die Familie ist nicht später als der einzelne, und sie hat nicht zunächst bloß im Gefühl existiert und dann durch irgendeinen Zufall oder Entschluß gemeinsam zu handeln begonnen. Seiner Entstehung nach ist der Staat die Körperlichkeit der überindividuellen Lebensform und deshalb sind seine Keime überall in der Natur, in jeder Schwalbenfamilie und jedem Löwenpaar. Aber es wäre ein Mißbrauch des Terminus, in jeder Körperlichkeit einer überindividuellen Lebensform nicht nur einen Keim des Staates, sondern einen Staat zu sehen. Die Handbarkeit des Begriffes erfordert eine gewisse Größe und Komplexität dieser äußeren Organisation; wir sprechen von einer Schwalbenfamilie und einem Ameisenstaat, und bei den Menschen können wir den Staat erst bei der gemeinsamen Körperlichkeit von Familienverbänden beginnen lassen. Indes ist auch hier nicht zu entscheiden, ob der Staat früher ist als die betreffende Gemeinschaft. Er entsteht ebenso mit ihr, wie sie mit ihm. Denn diese Gemeinschaft ist ja ihrer Idee nach nichts andres als ein in Aktion und Reaktion gegen eine unendliche Umwelt sich entfaltendes Organisches und setzt mithin eine gewisse Körperlichkeit voraus, welche, wenn noch nicht Staat, doch der Keim eines solchen ist. An und für sich liegen in jeder Körperlichkeit einer überindividuellen Gemeinschaft Ansätze des Staates, wobei es zunächst gleich gilt, ob diese überindividuelle Gemeinschaft durch Bande des Blutes, gemeinsame Interessen oder die Gewalt eines einzelnen, um den sie sich aus Furcht gruppiert, zusammengehalten wird. Der Inhalt dieser Körperlichkeit ist zunächst immer die Gewalt, als Aktionsfähigkeit nach außen und primitivstes Mittel des Zusammenhaltes im Innern. Es scheint, als könne

Digitized by Google

diese Körperlichkeit eines Organischen in einer Größe und Intensität, welche die Benennung Staat rechtfertigt, nur durch Blutvergießen, Grausamkeit und Unterdrückung zustande kommen, indem nämlich in jeder Körperlichkeit eines Ueberindividuellen ein Ansatz zum Staate liegt, und erst nach langem Ringen der verschiedenen Ansätze miteinander einer dieser durch Gewalt die Oberhand erringt und durch Angliederung, Einverleibung, Unterwerfung der andern aus einem Keim des Staates zum Staate wird.

Diese Körperlichkeit erscheint nun in dem Gerippe von Einrichtungen, welche den Kampf nach außen ermöglichen und den Zusammenhalt im Innern sichern. Nach außen ist diese Körperlichkeit wie beim Menschen Apparat und Instrument, nach innen als Recht- oder Machtverteilung, Organisation.

Diese Körperlichkeit, welche Staat heißt, ist ohne Beziehung auf irgendwelche überindividuelle Lebensform nicht denkbar. Ohne diese als ihren lebendigen Inhalt ist sie nicht einmal Körper, sondern schlechterdings nichts. Diese überindividuelle Lebensform nun kann von sehr verschiedener Art und Intensität sein. Sie kann wie in der Tyrannis nur ein einzelner und seine Söldlinge, also nichts weiter als eine durch Gestalt geschaffene und erhaltene Interessengemeinschaft sein oder die innere Gemeinschaft eines im tiefsten Sinn Organischen. Der Staat als eine Körperlichkeit bedarf einer Seele, aber diese Seele kann niedrig und gemein, oder hoch und erhaben sein.

In dieser Beziehung des Staates zum Volk als des Körpers zur Seele wirkt ein gegenüber der wechselnden einzelnen Zwecksetzung ewiges und absolutes Postulat. Wenn das Volk die tiefste überindividuelle Lebensform ist, und als solche hoffnungsvollster Ansatz einer immer höheren Ganzheit, der es durch die Folgen der Geschlechter und Zeiten zustrebt, und die es in den Formen des Geschaffenen, mit denen es sich umgibt, also in seiner Kultur, stufenweise erreicht, dann ist der Staat als äußerer und innerer Halt solcher strebenden Form der Idee seines Zweckes nach dem Volke untertan und um seinetwillen da. Dann ist es Zweck des Staates, der höchsten Seele Körperlichkeit zu leihen und durch solche Körperlichkeit sich erst möglich zu machen. Wird der Begriff des Volkes so gefaßt, dann ist Staatszweck das werdende Volk. Staat und Volk also sind durch ein Soll dergestalt verkettet, daß beide ewig sich suchen müssen, das Volk den Staat als die Möglichkeit seiner eignen Entfaltung und Verwirklichung, der Staat das Volk als seinen Inhalt und den Träger seines Lebens, als Erfüllung und Rechtfertigung seiner für sich allein sinnlosen Formen. Indem beide sich suchen, müssen beide sich steigern: das immer höhere Volk ist Zweck des Staates und der immer vollkommenere Staat dem Volke Zweck, weil Weg zu sich selbst. In dieser Beziehung zwischen Staat und Volk wirkt ein Gegenüber der einzelnen wechselnden Zwecksetzung ewiges und absolutes Postulat. Hier findet der Terminus der Nation seinen prägnanten Sinn. Er bedeutet die höhere Einheit von Volk und Staat und stellt an beide die Forderung, ihr Streben aufeinander einzustellen.

*

Digitized by Google

Dieses aus den Begriffen beider und ihrer Beziehung zu dem höchsten Gut zu folgernde Verhältnis bestätigt eine in tausend Varianten durchgängig gleiche Erfahrung. Wo immer ein Staat ist, da hat er zum Volke gedrängt und zu seinem Körper die Einheit einer Seele gesucht; und wo immer ein Volk war, das sich des eignen Weges bewußt wurde, hat es zum Staate drängen müssen; wo sich beide nicht finden konnten, war solches Entbehren für beide Quelle von Unglück und Schwäche.

Dieses Suchen ist der letzte Inhalt allen politischen Sollens: es enthält ein ewiges Postulat, und keine irgendwelchen Umstände tun seiner absoluten Geltung Eintrag. Wie dieses Postulat im einzelnen am besten erfüllt und angewandt werde, kann aus seiner absoluten Geltung nicht gefolgert werden und bleibt strittig. Aus ihm stammt die Gültigkeit politischer Forderungen, es trennt, wenngleich menschliches Ermessen dem nicht folgen kann, in allem einzelnen gut und böse.

Die ganze Kulturpolitik des Staates, mag sie nun die Sprache, die Rasse, die Kunst, die moralische Erziehung oder die Religion betreffen, ist Suche nach dem immer erst zu schaffenden, immer zukünftigen Volk oder soll es sein, und das letzte Ziel der innern und äußern Politik ist kein andres.

Einer solchen Gegenseitigkeit des sich Suchens aber liegt eine notwendige und nie ganz zu behebende Verschiedenheit der Eigengesetzlichkeit beider zugrunde. Diese Körperlichkeit, Staat genannt, hat ihr eignes Leben, ihre eignen Gesetze und Daseinsbedingungen, welche wohl mit denen der überindividuellen Individualität, als deren Körperlichkeit der Staat entstand, zusammenfallen sollen, aber in der Komplikation des Wirklichen nicht zusammenfallen können. Wenn der Staat auch zu Beginn einer überindividuellen Individualität, als deren Körperlichkeit er entsteht, entsprechend gedacht werden muß, so haben beide doch ihr eignes Wachstum, ihre Möglichkeiten entsprechen sich nicht, und statt ineinander und gemeinsam zu wachsen, müssen sie in der Komplikation des Wirklichen sich da und dort voneinander entfernen und der Zukunft überlassen, sie wieder zu einigen.

Das Volk ist eine unendliche Aufgabe, als solche immer neu, die sich lebend und strebend zu erfüllen sucht und neu stellt und immer über sich selbst hinaus drängt: der Staat, der Idee nach dieser Aufgabe dienstbar, und ein Weg ihrer Verwirklichung, vermag ihr doch nicht überallhin zu folgen, und wo er folgen kann, kann er es nur in Etappen, es haftet ihm als Körperlichem eine gewisse Starrheit der Form an, er kann die alten Formen nicht mit der Entfaltung des Volkes dehnen, er muß sie immer irgendwie brechen und durch neue ersetzen. Er hat seine eignen organischen Entwicklungsnotwendigkeiten, die nicht die der Volksidee sind, ist als Körperliches anders an eine Umwelt gekettet und anders von ihr abhängig als die ideelle Einheit des Volkes, deshalb stets eine Strecke vor der Idee des Volkes voraus oder, was häufiger ist, eine Strecke hinter ihr zurück. Er hat einen andern Rhythmus der Entwicklung als das Volk. Rücksichten seiner Sicherung gegen außen und räumliche Verhältnisse können den Staat zu Eroberungen drängen, welche den organischen Wachstumsmöglichkeiten des Volkes vorauseilen. Dann muß er versuchen, das Volk nachzuziehen; ge-

Digitized by Google

lingt es nicht, dann bleiben seine Eroberungen eine Quelle der Schwäche und schließlich kann er an ihnen zugrunde gehen. Das Volk kann durch Kultur, Religion, Bevölkerungsvermehrung über die Grenzen des Staates hinauswachsen und muß ihn dann nachziehen wollen, und doch können seine eignen Daseinsbedingungen ihn hindern, dem Rufe zu folgen. Es ist als wachse der Körper, durch äußere Erforderlichkeiten getrieben, über die Seele hinaus, die dann nachwachsen soll, oder der tote Körper geht daran zugrunde, daß er die Seele nicht finden kann und er als toter Körper zu schwach bleibt, oder er will, um der Starrheit der eignen Form willen oder aus notwendiger Beschränkung durch die Umwelt, verharren und die wachsende Seele zurückhalten. Die Seele aber drängt vorwärts und will den starren Körper nachziehen und ausdehnen und ihren neuen Zielen anpassen, der ihr dann wohl, Gefahren und Möglichkeiten behutsam wägend, langsam folgt.

*

Der Staat ist wie der äußere Körper des Menschen nur Instrument. Er soll Instrument der überindividuellen Persönlichkeit des Volkes sein, eines innersten und tiefsten Volkes, eingestellt wie dieses auf dessen höchste und letzte Ziele. Das gleiche Soll gilt für den Körper des Menschen. Aber dieser Apparat leiht sich jedem, der sich seiner bemächtigt. Und gleichwie im individuell körperlichen die einzelnen Triebe, ohne Ermächtigung und unter Ueberrumpelung einer Zentralinstanz, welche nicht immer das reflektive Bewußtsein sein muß, sich zu Herrschern des Ganzen aufwerfen und der Leitung des Apparates bemächtigen können, so ist im politischen jeden Augenblick Gefahr, daß irgendein divergierender Einzelwille das Instrument in die Hand bekommt und zu seinen Zwecken mißbraucht. Wie jene Gefahr das ganze Problem des individuellen Ethos ausmacht, so ist diese das schwierigste Problem der Politik. Völker und Individuen sollen dem tiefsten Gesetze ihres Selbst folgen und irren irgendwie, einem Teilwillen folgend, allerorten von ihm ab. Wie die Entfaltung der Individuen, so ist die geschichtliche Entwicklung der Völker und Staaten nicht allein mit dem Irrtum, sondern auch mit diesem Sündenfall dergestalt belastet, daß, wenngleich hinter allem Geschehen irgendein Soll steht, doch durch das gestörte Ineinander der sollsetzenden Subjekte nicht überall geschehen muß, was überall geschehen soll.

Der eigentliche Beruf der Staatsform nun ist es, den staatlichen Apparat der überindividuellen Volkspersönlichkeit zu sichern und eine möglichst große Gewähr gegen Mißbrauch durch den Einzelwillen zu schaffen. Die verschiedenen Verfassungen sind verschiedene Methoden solcher Sicherung. Wenn gleich eine jede, um sich zu festigen, sich als allein richtiges Prinzip gebärden und in einer Weltanschauung verankern muß, so ist doch die beliebte Frage, welche Methode die beste sei, durch keine theoretische Diskussion lösbar. Wie die Geschichte, ist jede von jeder Staatsform gegebene Sicherung gegen den Mißbrauch des Staates relativ und muß es sein, da das innere Ethos der Volkspersönlichkeit, welchem sie den Apparat des Staates in die Hand geben soll, überaus fragwürdig und ungreifbar, sich immer erst in der Zukunft zurecht tastet, und weder in Dynastien

Digitized by Google

mit Gewähr der Sicherheit sich vererben noch gar durch Majoritäten errechnen läßt. Das Ethos des Volkes und das Wissen um sein tiefstes Gesetz ist nicht über alle Volksgenossen gleichmäßig verteilt, es liegt tief unter der bewußten Oberfläche des einzelnen Willens; aus einem einzelnen, der gegen eine Welt von Zeitungen steht, kann das Volk sprechen, und schließlich ist es Sache einer besonderen Gnade, ob das Ethos der überindividuellen Gemeinschaft und das Wissen um deren rechten Weg sich im einzelnen Individuum investiert, einer Gnade Gottes, der die Parlamente nicht minder bedürfen wie die Könige. Schließlich scheint es, als sei eine jede Staatsform gegen die Gefahren der andern gerichtet und habe ihre eignen in sich. Die Völker, welche den Einfluß des Gesamtinteresses auf die Leitung des Staates gegen zur Vertretung von Teilinteressen ausartende Dynastien durch Parlamente schützen wollten, sehen diese selbst zur Beute von Teilinteressen geworden, suchen durch Wahlrechtsänderungen das Teilinteresse, das sich des Parlaments bemächtigt hat, ebenso zu entthronen, wie sie vorher die Dynastien entthront haben, oder mögen, wenn Wahl- und Parteimaschinen ihnen den Glauben an das Repräsentativsystem genommen haben, es mit dem Referendum versuchen; sie wollen auf die eine oder die andre Weise jenen tieferen Volkswillen zur Herrschaft führen, und können ihn doch durch keine Institutionen fassen, wenn er nicht in den Individuen lebendig ist. Die Staatsform allein kann nichts ausrichten und die beste Verfassung gibt keine Gewähr, wenn nicht eine Gesamtgesinnung im einzelnen Individuum lebendig ist: wenn eine solche in allen lebt, dann müssen Könige und Parlamente gleicherweise mit ihr rechnen und kein Mißbrauch kann dauern.

Wenn auch die Verfassungen sich in Theorien zu verankern versuchen, so haben doch die Theorien nie Verfassungen schaffen können, welche nicht nach vielem angerichteten Schaden von der Praxis wären zerbrochen worden. Auch Staatsformen sind ein Lebendiges und als solches irrational, und nie noch hat reflektive Vernunft ein Lebendiges schaffen können.

*

Staat, Volk und Individuum stehen sich in der Komplikation des Wirklichen nie rein gegenüber. Zwischen ihnen wirkt eine bunte Vielgestaltigkeit von Zwischenformen, von denen ihr gegenseitiges Verhältnis auf die mannigfaltigste Weise bestimmt wird. Wie der Staat sich nur schwer direkt an das Individuum wenden kann, so steht das Individuum nicht nur als solches, sondern als Glied irgendeiner der verschiedenen Zwischenformen dem Staat gegenüber. In den Zeiten des Feudalstaates hatte es der Staat nicht mit den Individuen, sondern immer nur mit den Häuptern der Familien oder Familienverbände, und mit dem Individuum nur als einem Glied eines solchen zu tun. Die große Emanzipationsbewegung hat dann die Zwischenglieder ausgeschaltet — durch sie versuchte das Individuum direkt an den Staat oder der Staat direkt an die Individuen zu gelangen. Man kann die großen sozialen Revolutionen gewaltsame Veränderungen der Aggregatzustände nennen, oder etwa mit einer Umwälzung des bestirnten Himmels vergleichen, nach der die kleinen und größeren Monde sich

Digitized by Google

nicht mehr um die Planeten, sondern wie diese um die Sonne drehen wollten. Die Geschichte aber zeigt gleichzeitig, daß alle diese Veränderungen des Aggregatzustandes niemals ihr Ziel, die Ausschaltung der Zwischenformen, erreichen oder auf die Länge festhalten können. Zunächst können diese Revolutionen immer nur einige dieser vielfachen Zwischenformen aufheben, müssen aber andre bestehen lassen, ja sie richten sich zumeist nur gegen einzelne, und zwar gegen diejenigen, welche die organische Harmonie stören, das Individuum vergewaltigen und den Zusammenhang des Volkes überwuchern, oder den staatlichen Apparat in die Hände bekommen haben und den Staatszweck fälschen. Gegen diese sucht der Staat immer wieder auf das Individuum selbst zurückzugreifen, indem er es aus ihren Fesseln zu lösen versucht, ebenso wie die Individuen den Staat wieder an sich zu ziehen und aus deren Umarmung zu befreien trachten. In diesen Zusammenhang gehören, je nachdem man von den Individuen ausgeht, die nach dem Staate, oder dem Staate, der nach den Individuen langt, auf der einen Seite die Kämpfe des Volkes gegen Dynastien, Kasten oder politische Parteien, die, im Besitze der staatlichen Macht, diese nicht im Namen der Volksidee, sondern für eigennützige Zwecke gebrauchen, sich also als Selbstzweck betrachten; auf der anderen Seite die mannigfaltigen Kämpfe des Staates gegen der Volksidee zuwiderlaufende Organisationen, mögen diese nun Vertretungen von wirtschaftlichen Sonderinteressen, internationale Arbeiterorganisationen, Kartellverbände oder Kirchen sein. Alle Zwischenformen, welche den Zusammenhang zwischen Volk und Staat nicht gefährden, wird der Staat bestehen lassen, ja sich ihrer, wie der Gliederung der Stände, der politischen Parteien oder einer nationalen Kirche, vielfach und mit Nutzen bedienen: aber sein Streben wird immer darauf gerichtet sein, sie über die Rolle, welche sie in der Ganzheit des Volkes einnehmen, nicht hinauswachsen zu lassen und also niederzuhalten, was, da alle diese Organisationen die Tendenz haben, sich zu Selbstzwecken auszuwachsen und weiter auszudehnen, zu ständigen Kämpfen führt, in denen der Staat dauernd und zäh mit diesen Organisationen um die Seele des Individuums zu ringen und an die nationale Gesinnung der Individuen zu appellieren hat. Man kann sagen, daß diese Kämpfe den Inhalt des schwierigsten Teils der inneren Politik ausmachen. In Ansehung dieses mannigfaltigen Ineinander der immer neu sich bildenden Ansätze zu überindividuellen Zweckformen, deren jede zwar kein menschliches Vermögen, aber doch einen unendlichen Willen hat, ist eine vollkommene Harmonie nicht denkbar, es handelt sich immer nur um ein bestes Kompromiß, in welchem die tiefsten und weitesten Ansätze zu einer Totalität des Unendlichen als dem höchsten Gut, die von Gott geschaffenen des Individuums, des Volkes und des Staates nicht von den ärmeren und beschränkteren, die der Mensch schuf, erdrückt werden, sondern die Oberhand bewahren. Ein solcher Zustand ist der praktische Inhalt der politischen Freiheit. In Zeiten, da überlebte Bindungen geistiger, wirtschaftlicher oder sozialer Natur das Wachstum hemmen, den Staat überwuchern und das Individuum fesseln, glaubte man immer, indem man die alten Bindungen beseitigte und das In-

Digitized by Google

dividuum aus ihnen löste, nun die Freiheit nicht nur beschlossen, sondern eingeführt zu haben, immer wieder aber ereignet sich dann in den verschiedensten Formen das gleiche; das Individuum, um sich besser zu entfalten, bindet sich von neuem, und diese neuen Bindungen, welche der Freiheit entspringen und ihr anfangs zu dienen scheinen, befestigen sich und werden zu Selbstzwecken; das Individuum, das sie schafft, sieht sich unlösbar in sie verstrickt, bis dann der Druck der Fesseln zu stark wird und irgendeine neue Freiheitsbewegung gegen diese neuen Bindungen wieder auf das Individuum zurückgreift. Man hat gegen die wirtschaftliche Bindung der Zünfte und Privilegien die Freiheit der Konkurrenz und der Vertragsschließung stabiliert und muß aus der Freiheit der Vertragsschließung eine Welt neuer Bindungen entstehen sehen, welche die Freiheit der Konkurrenz erdrosselt. Als Kind der Freiheit, entstand, von dem politischen Willen der Individuen getragen, die politische Partei; heute ist sie in manchen Ländern, als zur festen Institution gewordene Organisation, nicht mehr Ausdruck, sondern Fessel des politischen Willens der Individuen, die nur mehr einer Parteimaschine, auf die sie keinerlei Einfluß haben, zusehen können. Nicht anders ist es mit den Arbeiterorganisationen und in manchen Ländern sogar mit den Zeitungen. Ist das Instrument genügend erstarkt, so treten an die Stelle der Mitglieder die Sekretäre, an die Stelle der freien Meinung von Redakteur und Leser das geschäftliche oder politische Interesse der Verleger.

Diese Tendenz jeder Organisation zu Selbstzweck und Alleinherrschaft findet Grenzen nicht ihres Willens, aber ihrer Expansionsfähigkeit einzig und allein in dem lebendigen Zusammenhalt des Volkes, in der überindividuellen Lebensform der Nation, welche ewig wieder nach Herrschaft drängt, und weil sie mit den Individuen geboren ist, nie ganz aus ihnen verjagt werden kann und deshalb alle erst entstandenen Organisationen zu steter Berücksichtigung gewisser Grenzen zwingen kann.

*

Ob das Individuum für den Staat, der Staat für das Individuum da sei, welche Grenzen der Staat den Ansprüchen des Individuums, ein Recht des Individuums den Ansprüchen des Staates setzen solle und könne, ist ein uralter Streit, der die Jahrhunderte und ihre Anschauungen scheidet. Auch hier wird ein ewiges Soll Geltung behaupten, aber in keiner Erfüllung des Wirklichen rein und restlos gelungen sein. Das Soll in der Beziehung zwischen Staat und Individuum ist auf die Beziehungen zwischen Individuum und Volk und zwischen Volk und Staat als das Produkt der Verkettung beider zu gründen. Da das Ethos des Volkes letzter Staatszweck ist, hat die Rolle, welche das Individuum für dieses Ethos des Volkes spielt, auch das Verhalten des Staates gegenüber dem Individuum zu bestimmen.

Das Volk nun ist, wie der Baum in seinen Blättern, nur in den Individuen lebendig. Es atmet nur in ihnen. Es ist nur in ihnen faßbar, entwickelt, steigert sich nur in ihnen. Der einzelne kann ihm nichts, die einzelnen müssen ihm alles sein. Was Goethe von der Stellung der Natur zu dem In-

Digitized by Google

dividuum sagt, gilt auch vom Volk als dem Werkzeug der Natur: „Die Natur scheint alles auf Individualität angelegt zu haben und macht sich nichts aus den Individuen. Sie baut immer und zerstört immer, und ihre Werkstatt ist unzugänglich." Der Idee nach muß das Ethos des Volkes das Ethos der Individuen in sich begreifen: daß das Individuum sein Gesetz erfülle, muß Zweck des Volkes und daher auch Zweck des Staates sein. Aller Reichtum des Volkes, alle Innigkeit und jede Möglichkeit naher oder ferner Erfüllung liegt in den Individuen. In ihnen allein fließt der Quell, der nie versiegen darf. Durch sie erneut sich das Volk aus dem Schoße des Unendlichen. Anderseits ist das Volk für das Individuum Halt und Dauer, Sicherung und Verewigung des eignen Gesetzes, der Boden, aus dem es alle Kraft schöpft; ohne den Zusammenhang mit ihm sind alle einzelnen irgendwie entwurzelt, und keine Unzufriedenheit mit den Zuständen seines Volkes entbindet das Individuum von den Banden, mit denen es geboren ward. Zu allen Zeiten wird gelten, was Pindars Chor dem König Hieron sang:

„So verloren ist unter den Menschen kein Blut, wie das sich des heimischen schämend
Nach auswärts lungert und greift einen Schein und faßt ein Nichts."

Diese Rolle des Individuums für das Volk nun ist es, welche das Verhalten des Staates zum Individuum bestimmen soll. In der Komplikation des Wirklichen ist eine solche reine Bestimmung nicht möglich: als Postulat hat sie ewige Geltung. Wenn überall da, wo eine Bestimmung nicht aus vorhergegangenen Ursachen als Notwendigkeit, sondern aus einem zu erstrebenden höchsten Gut als Erforderlichkeit fließt, von Freiheit die Rede ist, dann ist dies Postulat das Postulat der Freiheit. Wenn werden können, was man werden soll, frei sein heißt, so ist in solchem Inhalt der individuellen Freiheit das Ethos des Volkes vorgesehen, weil es in dem für das Werden des Individuums geltenden Soll enthalten ist. Deshalb ist dies Postulat der Freiheit nicht nur Quelle von Forderungen des Individuums an den Staat, sondern auch Rechtsgrund für andre Forderungen, welche der Staat als Körperlichkeit des Volkes an das Individuum stellen kann und muß. Der Staat, der den einzelnen der Gegenwart nicht achten braucht, weil die einzelnen der Zukunft ihm Aufgabe sind, behält Recht, wenn er die Grenzen des Nützlichen achtet, und kann gegen alle Klagen ins Feld führen, daß er, eingestellt auf ein unendliches Ziel, nicht nur für die Gegenwart da ist, und die Zukunft nicht gefährden darf, sich immer mit dem heute Möglichen bescheiden muß und Zeit hat, an einer Zukunft zu bauen. Im allgemeinen nun haben die Staaten, wie alle auf äußere Macht gerichteten Organisationen, die Tendenz, alles zu verschlingen, und auch über das Pathos der Volksidee hinaus ganz nach ihren eignen Zwecken zu modeln: und das um so mehr, je härter die äußere Notwendigkeit, der sie gegenüberstehen, oder der Machtwille ist, der sie treibt. Sie haben eine Tendenz zur Nivellierung, zur Züchtung eines für den äußeren Kampf brauchbarsten Typus. Sie gehen mehr auf die möglichste Einheit alles Individuellen als auf seinen möglichsten Reichtum, und verlangen von dem Volke, dessen Ziel die höchste Einheit des größten Mannigfaltigsten ist, den Verzicht auf ein unendliches

Digitized by Google

Pathos. Irgendwann aber wird auch den Staaten die Begrenztheit des so gezüchteten Einheitstypus verhängnisvoll. Wenn sie dem Individuum den unendlich reichen Boden abgraben, aus dem, ewig neu, seine Möglichkeiten und schöpferischen Kräfte fließen: so müssen sie selbst an der Erschöpfung des Typus zugrunde gehen, und reißen in solchem Untergange die innerlich toten Völker mit sich fort.

Hier aber begegnen wir einem tiefen und schmerzlichen Schicksal, dem alles menschliche Mühen unterliegt. Wie in jedem einzelnen tausend Möglichkeiten liegen und kaum eine halbe wirklich wird, so wird auch im Leben der Völker das meiste auf Kosten dessen, das hätte werden können. Jeder Erreichung liegt irgendwie Beschränkung zugrunde. Ahnen und Sehnsucht des Jünglings sucht da und dort Weites und Fernes, als festbegrenzte Form sieht der Mann je nach Temperament mit Verachtung oder Wehmut zurück auf Blütenträume, die nicht reiften. Der einzelne mag, in bewußter Beschränkung stolz auf das Erreichte, sich ohne Bitterkeit beschränken können, weil er, nicht Ring, sondern Glied einer Kette, die neuen Möglichkeiten in den Kindern erstehen sieht oder durch das ewige Volk in das Unendliche drängt — bleibt ihm, wenn er als trotziges Selbst sich Mittelpunkt wähnt, der Trost des Ueberindividuellen fern, so wird er, mit den Göttern rechtend und hoffnungslos mit dem Unmöglichen ringend, verzweifelnd untergehen. Die Völker haben außerhalb des eigenen Selbst keinen Trost. Sie müssen ewige Möglichkeit bleiben. Für sie muß die Erreichung Aufschub und Stufe zu neuen Erreichungen, darf nie aber Verzicht und irgendein Endgültiges sein. Daher ruht denn die tiefere Kraft und Schönheit der Völker immer noch jenseits dessen, was sie sind, in dem, was sie werden können.

Daß aber, was ist, dem, was werden kann, im Wege steht, daß die Geschichte zeigt, mit welchen Opfern an Möglichkeiten die Völker ihre großen Erreichungen bezahlen mußten, das ist vielleicht die tiefste Tragik im Leben der Völker. Die Völker scheinen ein Höchstes zu erreichen, wenn ihnen der Typus gelingt, aber gerade der Typus scheint der Anfang vom Ende. Es gibt Völker, wie die Franzosen, deren Form gleichsam abgeschlossen und ganz Erscheinung geworden, in jedem Minister wie in jeder Kokotte sichtbar wird. Die hohe Kultur, die durch die Furcht vor dem Ridicule ihre einzigartige Einheit und Geschlossenheit sicherte und das andre bannte, hat vielleicht durch dieselbe Furcht eine mögliche Zukunft erdrosselt. Damit Englands Weltherrschaft werden konnte, mußte auf dem Grabe der bunten und reichen Welt Shakespeares jene Mischung von Langeweile und Tüchtigkeit entstehen, welche der Puritaner erzog.

Wie die Notwendigkeit der äußeren Umwelt im Leben der Individuen die fest begrenzte Tüchtigkeit bildet und vielleicht Reicheres und Zarteres zu opfern zwingt, so sind es im Leben der Völker die Staaten, welche den Typus wünschen und erzeugen und um seinetwillen den bunten Reichtum gegenwärtiger und künftiger Individuen zum Opfer bringen. Die großen politischen Zeiten und Völker sind nicht die Zeiten der großen Individuen und der besten Entstehungsmöglichkeit des Genies. Politische und individuelle Kultur sind nicht parallel,

Digitized by Google

und mancher Künste, wie der deutschen Musik, Entstehung und Blüte ist mit politischem Elend eng verkettet.

So steht die Politik, wenn sie eingestellt ist, nicht auf den zum Selbstzweck erhobenen Staat, sondern auf jenen ewigen und tiefsten Willen des Volkes, und ihre Augen in die Unendlichkeit richtet, vor ihrer letzten, schwersten, der Quadratur des Zirkels gleichenden Aufgabe: sie soll die Völker zu immer höheren Erfüllungen führen, durch keine Erfüllung der nächsten den Weg sperren, soll die Form finden und doch den Ansatz auf das Unendliche und den Zusammenhang mit dem kreißenden Chaos wahren, das Unendliche endlich werden und doch unendlich bleiben lassen, ein Ende ewig erstreben und ewig hinausschieben, also die Aufgabe lösen, aus deren Unlösbarkeit alles entsteht und untergeht. Es ist die Aufgabe, die im Reiche des Geistes durch den Mythos des Apollo und Dionysos, der beiden sich ewig suchenden und niemals findenden Götter, bezeichnet wird. Es ist das Geheimnis alles Lebendigen. Und wie die Woge, wenn sie hochgetürmt in ihrem Gischte das Licht faßt, schäumend verrinnen mag, so mögen auch die Völker sterben, wenn sie, nah an das Unmögliche streifend, ihren Sinn erfüllt haben.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Fortsetzung)

III

Das französische Hauptquartier während der Schlacht bei St. Privat

Es war ungefähr 1 Uhr; Marschall Bazaine war wieder allein mit den Offizieren seines besonderen Stabes — Oberst Napoléon Boyer, Hauptmann de Mornay, Leutnant Albert Bazaine — und dem Maler Beaucé, als Leutnant de Bellegarde vom 6. Chasseurregiment zu Pferd an der Tür der Villa Bouteiller erschien und ein Schreiben des Marschalls Canrobert überbrachte, das eine Meldung über den Angriff der Deutschen enthielt und Munition und Verstärkungen erbat.

Der Leutnant de Bellegarde war, wie er uns selbst erzählt hat, in scharfem Trabe von St. Privat auf der Landstraße bis Saulny geritten; hier hatte er sein Tempo verlangsamt und war im Schritt die große, steil abfallende Senkung hinuntergeritten; unten angekommen, wandte er sich nach rechts, setzte sich wieder in raschen Trab und ritt auf der vollkommen leeren Hauptstraße nach Plappeville hinein.

Digitized by Google

Die Sonne brannte herunter, und alles hatte sich in die Häuser zurückgezogen, um dort Kühlung zu suchen. Nicht der geringste Lärm war zu hören; man hätte glauben können, in einem verlassenen Dorf zu sein; von den Schüssen, die auf der andern Seite des Höhenzuges ununterbrochen aufeinanderfolgten, drang nicht der geringste Ton herüber. Durch den großen Torweg des Hauses, in dem das Hauptquartier untergebracht war, ritt Leutnant de Bellegarde in den Hof, stieg vom Pferde und übergab es einigen auf einer Bank sitzenden Husaren. Er ließ sich von ihnen den Weg zeigen, ging in das Vestibül und stieg die Treppe hinauf bis in den ersten Stock. Beim Geräusch seiner Schritte öffnete sich eine auf den Treppenabsatz mündende Tür, in der Hauptmann de Mornay-Soult erschien und ihn fragte, was ihn herführe.

„Eine Depesche des Marschalls Canrobert an den Marschall Bazaine."

„Geben Sie sie her."

„Ich habe Befehl, sie eigenhändig zu übergeben."

Hauptmann de Mornay verlangte trotzdem die Depesche, aber Leutnant de Bellegarde gab nicht nach, und das Gespräch wurde lauter.

„Was gibt es da?" rief eine Stimme aus dem Gemach heraus, dessen Türe halb offen geblieben war.

„Ein Offizier ist da, der eine Depesche von Marschall Canrobert bringt und sie selbst übergeben will."

„Nun gut! Lassen Sie ihn hereinkommen!"

Jetzt öffnete Hauptmann de Mornay die Türe völlig, forderte seinen Kameraden auf, einzutreten, und folgte ihm. Zuerst wußte Leutnant de Bellegarde, der von seinem Ritt stark erhitzt und von der strahlenden Sonne draußen geblendet war, nicht, wo er sich befand, faßte sich aber rasch und sah sich nun in einem großen Salon, in dessen Mitte mehrere Personen an einem großen, mit einer grünen Decke belegten Tisch saßen und schrieben oder ausgebreitete Karten studierten.

Weiter vorn saß der Marschall Bazaine, eine Zigarre rauchend, in einem großen gestickten Lehnsessel. Der Leutnant trat auf ihn zu, grüßte ihn, zog aus seiner Patronentasche die von der Hand des Marschalls Canrobert beschriebenen Blätter heraus und überreichte sie ihm. Marschall Bazaine las sie ruhig und stand dann auf. Die Papiere in seiner linken Hand haltend, tippte er mit der rechten auf den Arm des Leutnants de Bellegarde und sagte achselzuckend zu ihm: „So werden also meine Befehle ausgeführt . . .?" Dann nach einer Pause: „Sie werden dem Marschall Canrobert sagen, daß ich dem General Bourbaki die Weisung zugehen lasse, ihm eine Division der Garde zu schicken, und daß ich ferner dem General Soleille den Befehl erteile, ihm eine Batterie Zwölfpfünder zu senden. Sie werden auch dem Marschall Canrobert sagen, daß er seine Munitionswagen beim Reservepark, der sich hier befindet, wieder füllen lassen soll."

Leutnant de Bellegarde glaubte bei diesen letzten Worten eine Bemerkung machen zu müssen und begann: „Aber, Herr Marschall . . ." —

Digitized by Google

„Was sagen Sie?“ herrschte ihn Marschall Bazaine an, indem er sich umwandte und ihn strengen Blickes maß.

Eingeschüchtert durch diesen Ton des Oberbefehlshabers, verbesserte sich Leutnant de Bellegarde: „Ich wollte einfach das wiederholen, Herr Marschall, was Sie mir gesagt hatten, um sicher zu sein, daß ich keinen Irrtum begehe,“ und nachdem er Wort für Wort die Aufträge des Marschalls nachgesprochen hatte, ging er hinaus.

Sein ganzes Leben lang, bis zu seinem im Jahre 1907 erfolgten Tode, hat General de Bellegarde bedauert, daß er sich damals von dem Marschall Bazaine hatte einschüchtern lassen und das, was er angefangen hatte zu sagen, nicht ganz ausgesprochen hatte:

„Aber, Herr Marschall, die Rückkehr nach St. Privat kostet $^3/_4$ Stunden; die Munitionswagen der im Feuer stehenden und in dem Getümmel einer Schlacht zerstreuten Batterien zu sammeln, sie nach Plappeville zu bringen, sie nach St. Privat zurückzuführen und endlich die Munition zu verteilen, das dauert fünf bis sechs Stunden. Wenn Sie hingegen den Befehl erteilen würden, volle Munitionswagen hinzuschicken, so würde ihre Munition in zwei Stunden eine nutzbringende Verwendung finden. So wie Sie es anbefehlen, wird es vielleicht zu spät sein.“

Das wären sehr richtige Bemerkungen gewesen, und Marschall Bazaine hätte darauf hören müssen.

Drei Viertelstunden, nachdem Leutnant de Bellegarde den Marschall Bazaine verlassen hatte, überbrachte er dem Marschall Canrobert die Meldung von der sofortigen Entsendung der Garde und einer Batterie Zwölfpfünder.

Obwohl Marschall Bazaine seinem Unterführer diese Verstärkungen hatte ankündigen lassen, gab er doch keinen Befehl, sie ihm zu schicken; seine Aufmerksamkeit war in diesem Augenblick des Tages, zwischen $1^1/_4$ und $1^1/_2$ Uhr, durch das Eintreffen einer Flut von Telegrammen in Anspruch genommen, die von der Höhe des Glockenturms der Kathedrale und der Forts von Plappeville oder vom St. Quentin abgesandt worden waren, wo Telegraphenstationen eingerichtet waren, die erste vom Hauptmann Lehagre (vom Geniekorps), die andern von den Beamten des Zentralbureaus Brisson und Eschbacher geleitet.

„1 Uhr 4 Min. nachmittags. Kanonade auf den von unsern Truppen besetzten Höhen.“

„1 Uhr 10 Min. Kanonade wird auf der ganzen Linie stärker; allgemeiner Kampf.“

„1 Uhr 11 Min. Sehr heftige Kanonade: vollständige Schlacht im Gange auf einer von der Straße nach Verdun (Rozérieulles) ausgehenden und quer über die Straße nach Briey (Sainte-Marie-aux-Chênes) laufenden Linie.“

„1 Uhr 20 Min. Kanonade auf den Höhen dauert fort . . .“

Mit diesen Telegrammen wurden dem Marschall zwei Meldungen überbracht. Die eine, die vom Obersten Melchior, dem Stabschef der Gardeartillerie, herrührte, berichtete, daß die Mosel entlang auf dem linken Ufer eine „von Ars

Digitized by Google

kommende", ungefähr ein Regiment starke Kolonne marschiere und über die Dörfer Vaux und Jussy oder über Moulins heraufzukommen suche, „um die Heerstraße nach Metz zu umgehen".

Die andre Meldung, die vom General Le Tellier Blanchard kam, berichtete von der Anwesenheit des Königs von Preußen und des Herrn v. Bismarck im Schlosse Aubigny am 16. August abends und dem „Eintreffen des Herrn v. Moltke mit allen preußischen Reserven: 200000 Mann."

Depeschen, Berichte, Meldungen stellten übereinstimmend den begonnenen Kampf als eine riesige Schlacht dar. Der Marschall schien sich jedoch nicht darauf vorzubereiten, ihr persönlich beizuwohnen, und als ihn General Jarras nochmals fragen ließ, ob er den Stab wieder zu Pferd steigen lassen solle, war seine Antwort immer wieder dieselbe: er habe administrative Befehle zu erteilen und lege großen Wert darauf, daß die Beförderungsliste fertiggestellt werde.

Die dreißig Offiziere des Generalstabes waren damit beschäftigt, sog. „Strafarbeiten" zu machen: während der Schlacht bei St. Privat stellten sie die Veränderungslisten der den nichtregimentierten Offizieren überwiesenen Truppenpferde auf!

„Wir waren alle dem Gähnen nahe," erzählt der Hauptmann Foucher des Generalstabs; „wir wußten, daß eine Schlacht im Gange war, und wir langweilten uns zu Tode, ohne die Kopistenarbeit zu erledigen, die uns zugewiesen worden war. Einige Gefangene wurden gebracht, darunter ein Husarenoffizier von sehr guter Haltung. Wir wollten aufs Schlachtfeld reiten, General Jarras wies uns aber ohne weiteres ab."

Der Major La Veuve und der Hauptmann de France brachten es nach langem Drängen endlich dahin, daß sie die Erlaubnis erhielten, auf Nachrichten fortzureiten, und später erhielten die Oberstleutnants Nugues und Fay, die Hauptleute Guioth und Fix verschiedene Aufträge, aber der größte Teil der Generalstabsoffiziere blieb in dem Arbeitszimmer wie Schüler im Arrest.

So tapfer Marschall Bazaine auch war, so viel Vergnügen es ihm auch bereitete, mit jener Kaltblütigkeit, die die Bewunderung aller hervorrief und ihm Ruhm verschafft hatte, sich im Feuer zu zeigen, er blieb in seinem Hauptquartier und schloß sich ein. Er wollte allein sein und von seinem Generalstabschef nicht gestört werden. Er war in tiefes Nachdenken versunken, und um 2 Uhr setzte er ein Telegramm auf, das er an den Telegraphendirektor in Metz, Petitpas de la Vasselais, richtete:

Plappeville, den 18. August, 2 Uhr nachmittags.

„Fragen Sie in Thionville an, was in der Umgebung vor sich geht, mit dem Ersuchen, mit der Ardennenlinie in Verbindung zu treten und mich über alles, was man erfahren wird, auf dem laufenden zu halten, aber soviel wie möglich nur sichere Nachrichten zu geben."

Endlich also, scheint es, wurde der Marschall besorgt um die über Thionville führende Eisenbahn- und Telegraphenlinie.

Er erteilte formelle Befehle — etwas ganz Anormales bei ihm — ihn

Digitized by Google

„über alles, was man über die Ardennenbahn erfahren werde, auf dem laufenden zu halten" und „nur sichere Nachrichten zu geben". Endlich also, meint man, dachte er an diesen letzten Rettungsweg und schickte sich an, obwohl zu spät, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Er erteilte seiner Kavallerie den Befehl, den Grund von Longeau zu verlassen, um die Eisenbahnlinie zu decken, und wollte seine Reserveartillerie zur Verstärkung seines rechten Flügels schicken, um dessen Umgehung zu verhindern.

In Wirklichkeit waren seine Gedanken ganz andrer Art.

Wenn er genau auf dem laufenden gehalten werden wollte, so verlangte er das nicht, um die Aufrechterhaltung seiner Verbindungen zu sichern, sondern im Gegenteil, weil er es nicht erwarten konnte, zu hören, daß sie aufgehört hatten zu bestehen.

Seit dem 16. August abends, wo er die Bitten des Marschalls de Mac Mahon um Befehle und das Telegramm des Ministers erhalten hatte, das ihn aufforderte, sich wegen eines gemeinsamen Planes mit seinem Unterführer zu verständigen, hatte er die fixe Idee, sich zu isolieren und Mittel und Wege zu finden, um unbehelligt in seinem elfenbeinernen Turm zu bleiben.

Sein Mangel an Ideen und seine Furcht vor jeder Verantwortung hatten ihn unmerklich, aber unwiderruflich dazu getrieben, sich in Metz einschließen zu lassen, wo er keine Erklärungen über seine Pläne mehr abzugeben und keine Befehle mehr zu erteilen haben würde.

Wenn die Eisenbahn und der Telegraph abgeschnitten waren, mußte man ihn endlich in Ruhe lassen; sein stumpfer Geist hatte nicht genug Scharfblick, um ihn vorhersehen zu lassen, daß er sich selbst in die Notwendigkeit versetzte, zu kapitulieren, und sein Herz war nicht hochsinnig genug, wie sein Charakter nicht genug von moralischem Sinn durchdrungen, um ihn erkennen zu lassen, daß er allen seinen Pflichten untreu wurde, daß er seinen Herrscher betrog, sein Land und seine Armee dem Verderben preisgab, indem er das Vertrauen und die Hoffnung, die man auf ihn setzte, mißbrauchte.

Er befand sich im Salon der Villa Bouteiller, dessen auf den Garten hinausgehende Nordfenster weit geöffnet waren, während nach dem Hof die Jalousien und Fensterläden geschlossen waren, denn die Sonne brannte herunter, und die Hitze war sehr groß.

Auf der Hauptstraße von Plappeville erschien der General Arnaud de Saint-Sauveur, Generalprofos der Armee; er ging auf das Hauptquartier zu und traf hier auf einen jungen Pariser Mobilgardisten, der das Amt eines Stabssekretärs bekleidete, einen Herrn Delaire, der jetzt Rat bei der Oberrechnungskammer ist. Sie waren ganz allein in dieser Straße, in der die Hitze vom Boden und den weißen Mauern zurückprallte, und Herrn Delaire ist der Eindruck unvergeßlich geblieben, den er bei diesem Zusammentreffen bekam, als er das Hauptquartier der französischen Armee in einer Stille und Einsamkeit daliegen sah, als ob es verlassen wäre, während die größte Schlacht des Jahrhunderts geschlagen wurde.

Digitized by Google

Im Hofe der Villa schien ebenso alles Leben erstorben zu sein: die Ordonnanzunteroffiziere befanden sich im Innern des Hauses, und das geübteste Ohr vernahm nichts vom Donner der Geschütze, deren Entladungen auf dem Plateau so rasch aufeinanderfolgten, daß sonst nichts zu hören war.

Der Generalprofos der Armee meldete dem Marschall Bazaine, daß man den Prinzen Edmund Radziwill, Feldkaplan bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl, den Pastor Gerlach und den Krankenwärter Jacobstetter vom Roten Kreuz gefangengenommen habe. Diese Herren hatten den Leichnam eines Generals bei sich, den man für den des Generals Montaigu hielt. Der General de Saint-Sauveur war sehr in Verlegenheit, wie er sich diesen Herren gegenüber zu verhalten habe, denn er kannte den Wortlaut der Genfer Konvention nicht, und er schlug vor, sie dem Pfarrer von Plappeville anzuvertrauen, der sie beherbergen und „sie überwachen sollte, ohne sich etwas anmerken zu lassen". Nachdem sich der Marschall, wie gewöhnlich, einverstanden gezeigt hatte, ohne irgendeine Bemerkung zu machen, begab sich General Arnaud de Saint-Sauveur zum Pfarrer von Plappeville, dem Abbé Lennuyeux, einem ebenso ehrenwerten und liebenswürdigen wie gebildeten Geistlichen, teilte ihm die Sache mit und erklärte ihm, daß man den Feldkaplan und seine beiden Begleiter zu bewachen wünsche, weil man fürchte, daß sie Spione seien ... man möchte indes nicht, daß sie sich für Gefangene hielten. Marschall Bazaine wünsche, daß man ihnen so viel Ehren wie möglich erweise, und habe ihnen einen polnischen Dolmetscher, Herrn W., beigegeben.

„Ich erklärte mich einverstanden," schreibt Abbé Lennuyeux, „und machte mich selbst auf den Weg, um sie im Garten der Villa Bouteiller abzuholen, wo ich sie in eifrigem Gespräch mit dem Oberstleutnant Fay fand." Der Abbé führte sie in seinen Pfarrhof, brachte sie dort unter, so gut er konnte, plauderte einen Teil des Tages mit ihnen und ließ ihnen ein Abendessen vorsetzen, das sie mit dem Doktor Marit und mehreren Wundärzten der kaiserlichen Garde zusammen einnahmen.

Es war ungefähr $2^1/_2$ Uhr, als ein zweiter Abgesandter des Marschalls Canrobert, der Artilleriehauptmann de Chalus, den Marschall Bazaine zu sprechen verlangte. Marschall Canrobert hatte ihn beauftragt, den Marschall Bazaine um Beschleunigung der Entsendung der von ihm dem Leutnant de Bellegarde versprochenen Munitionsvorräte und Verstärkungen zu bitten. „Die Munition begann dem VI. Korps auszugehen, und als ich das Schlachtfeld verließ," so erzählt der Hauptmann de Chalus, „wurde die Lage besorgniserregend. Ich zeigte dem Marschall Bazaine auf der Karte unsre Stellungen und legte den bedenklichen Stand der Dinge dar, als ein höherer Offizier des Stabes (Oberst Napoléon Boyer), der mit Schreiben beschäftigt war, den Kopf hob und mich mit den Worten unterbrach: ‚Dieser Offizier hat wahrscheinlich nichts gesehen; er ist ein Pessimist'.

„Der Marschall antwortete mir" — so erzählt Hauptmann de Chalus weiter — „daß die Munitionskolonne schon abgegangen sei, dann fügte er

Digitized by Google

hinzu: ‚Kommen Sie mit mir, ich werde Befehl geben, daß diese Division — die Gardegrenadierdivision — abgeht.‘ Doch als er eben im Begriffe war, hinauszugehen, erhielt er ein Billett von einem Divisionsgeneral, in dem ihm gemeldet wurde, daß es beim VI. Korps gut gehe. Nachdem der Marschall es gelesen hatte, sagte er, indem er sich mir zuwandte: ‚Das ist gut; sehen Sie.‘ Die Division wurde nicht abgesandt, aber der Marschall gab mir schließlich vier Munitionswagen.“

Hauptmann de Chalus hat diese Szene den Seinigen, besonders seinem Bruder, dem Grafen René de Chalus, oft erzählt, und jedesmal sagte er, wie sehr er von der spöttischen Art derjenigen, die ihn empfangen hatten, angeekelt gewesen sei.

Was für eine beruhigende Meldung über die Lage des VI. Korps kann Marschall Bazaine während seines Gespräches mit dem Hauptmann de Chalus erhalten haben? Zwei Depeschen wurden ihm kurz vor 3 Uhr überbracht. Die eine, die vom Marschall Leboeuf kam, war von „Arbre Mort“ datiert und vom Telegraphenposten der Meierei Moscou an den Marschall Bazaine im Fort Plappeville um 2 Uhr 20 Minuten nachmittags ausgefertigt; sie lautete folgendermaßen:

„Angriff auf der ganzen Linie mit zahlreichen Kräften; wir halten gut Stand, ich bin ruhig. Unsre Artillerie schießt zuviel, ich mäßige sie.“

Die zweite Depesche stammte vom Hauptmann Lehagre, dem Chef des Postens auf dem Turm der Kathedrale; sie war um 2 Uhr 15 Minuten aufgegeben und lautete:

„Die Kanonade scheint schwächer zu werden oder wenigstens sich gegen die Höhen hin zu entfernen. Unsre Truppen halten noch immer die gleichen Stellungen besetzt ...“

Dies letzte Telegramm beruhigte den Marschall vollständig: die Truppen hielten sich in ihrer Stellung. Das war ja sein ganzer Wunsch. Die Verstärkungen wurden unnötig. Wären sie rechtzeitig gekommen, um es dem Marschall Canrobert zu ermöglichen, einen Sieg davonzutragen, so wären damit alle seine Berechnungen über den Haufen geworfen worden. Er wünschte nicht — wie seither manche Geschichtschreiber behauptet haben — die Niederlage seines rechten Flügels und des Marschalls Canrobert. Er war weder gehässig noch eifersüchtig ohne Ursache, aber es war ihm nicht gerade sehr darum zu tun, daß sein schon populär gewordener Unterführer sich in einer Schlacht, in der er selbst eine untätige und nichtssagende Rolle spielte, neuen Ruhm erwürbe.

Er mußte hauptsächlich mit aller Macht verhindern, daß seine Armee aus den von ihm gewählten zusammengehaltenen Linien vorbräche, die Offensive ergriffe, ins freie Gelände marschierte und sich von der Stadt entfernte, in die er sich einschließen wollte.

Beim Eintreffen des Hauptmanns de Chalus hatte er noch nicht, obwohl er es versprochen hatte, der Garde und den Reservebatterien den Befehl zugehen lassen, dem Marschall Canrobert zu Hilfe zu eilen. An seine Zusagen erinnert,

Digitized by Google

schickte er sich an, den angekündigten Befehl zu erteilen, da er seinen rechten Flügel in Gefahr glaubte, umgangen und in aufgelöstem Zustande auf Metz zurückgeworfen zu werden, als eine Depesche ihm meldete, daß das Zentrum seiner Armee standhalte; dies genügte ihm, und er hielt die angekündigten, ungeduldig erwarteten, wiederholt verlangten und von Minute zu Minute immer notwendiger werdenden Verstärkungen zurück.

Marschall Bazaine glaubte seinem Ziele nahe zu sein: darum sollte der Hauptmann de Chalus dem Marschall Canrobert mitteilen, daß er nicht mehr auf die Garde zu rechnen habe. Diese Nachricht würde genügen, um Canrobert in der Defensive zu halten, und ihn nötigenfalls bestimmen, den Befehl zum Rückzug zu geben, ohne daß er selbst dies zu tun brauchte.

Falls am Abend der Feind die Eisenbahn- und Telegraphenlinie noch nicht abgeschnitten haben sollte, mußte es am frühen Morgen, wenn die französische Armee sich zurückziehen würde, die erste Sorge der deutschen Plänkler sein, sie zu zerstören. Er war dieser Tatsache so sicher, daß er ihr Eintreten schon im voraus dem Marschall de Mac Mahon durch folgendes, von 2 Uhr nachmittags datiertes Telegramm ankündigte:

„Durch die aufeinanderfolgenden Kämpfe, die ich am 14. und am 16. geliefert habe, ist mein Marsch nach Verdun aufgehalten worden, und ich bin genötigt, in der Gegend nördlich von Metz stehenzubleiben, um mich mit Munition und vor allem mit Lebensmitteln neu zu versorgen.

Seit heute morgen zeigt der Feind starke Truppenmassen, die sich gegen Briey zu wenden scheinen und die die Absicht haben mögen, den Marschall Canrobert anzugreifen, der St. Privat besetzt hält ...

Wir sind wieder in der Defensive, bis ich die wahre Richtung der Truppen, die sich vor uns befinden, und vor allem diejenige der Reservearmee weiß, die, wie es heißt, in Pange auf dem rechten Ufer der Mosel unter dem Befehl des Königs steht, dessen Hauptquartier im Schlosse Aubigny sein soll.

Uebermitteln Sie diese Depesche dem Kaiser und dem Kriegsminister.

Ich bin in Sorge um die Ardennenbahn."

In dieser letzten Depesche von 2 Uhr nachmittags vermeidet er es wie in der vom Vormittag, irgendeine Weisung zu geben, aber er bemerkt, daß „die Preußen die Absicht haben mögen, den Marschall Canrobert anzugreifen", in einem Augenblick, wo er weiß, daß das VI. Korps von überlegenen Kräften angegriffen und mit Umgehung bedroht ist, daß es um Verstärkungen gebeten hat und ihm die Munition knapp wird.

Endlich, in der letzten Zeile, enthüllt er den Kern seines innersten Gedankens: „Ich bin in Sorge um die Ardennenbahn."

Doch weit entfernt, diesen letzten Rettungsweg, um den er in Sorge zu sein erklärt, zu schützen, schickt er keine seiner angehäuften und an seinem linken Flügel nutzlosen Reserven dorthin und unterläßt es sogar, der Gardegrenadierdivision, die er um 1 Uhr dem Marschall Canrobert versprochen hat, die entsprechenden Befehle zu erteilen.

Digitized by Google

Nachdem er das Telegramm an den Marschall de Mac Mahon abgefaßt hatte, diktierte er ein zweites an den Kaiser: einen kurzgehaltenen Bericht über die Schlacht vom 16. August. Doch er ließ es unvollendet und sprach dem Obersten Napoléon Boyer seine Absicht aus, aufs Schlachtfeld zu reiten, um zu sehen, was vorgehe; möglicherweise würde er diesen beiden Telegrammen etwas hinzuzufügen haben.

Herr Debains, der die am vorherigen Tage vom IV. Korps gemachten Gefangenen ausgefragt hatte, bat den Marschall um die Erlaubnis, an den Minister des Innern eine Depesche mit einem beruhigenden, eingehenden Bericht über die Schlacht vom 16. August abzusenden. Der Marschall war damit einverstanden; dieses Telegramm müßte jedoch vor seiner Absendung die Billigung des Obersten Napoléon Boyer gefunden haben.

Hierauf stieg der Marschall zu Pferde und ritt, gefolgt von dem Hauptmann de Mornay, von seinem Feldflaggenträger, einem Unteroffizier und einem halben Zug Husaren, die steile Straße hinauf, die auf das Plateau von St. Quentin führt. Dem General Jarras ließ er durch einen Ordonnanzunteroffizier sagen, er möge ihm fünf Offiziere des Stabes schicken.

Auf halber Höhe begegnete der Marschall dem Major La Veuve und dem Hauptmann Camille de France vom Generalstab. Als der Marschall sie zu Gesicht bekommen hatte, konnten sie nicht umhin, sich ihm anzuschließen.

General Jarras, der, in sein Haus eingeschlossen, auf die Befehle des Marschalls gewartet hatte, war sofort benachrichtigt worden, daß der Marschall zu Pferde steigen und fortreiten wolle. Er eilte über die Straße und ging in die Villa Bouteiller. „Ich ließ dem Marschall sagen," erzählt er, „daß ich mich bereit hielte, ihn zu begleiten; er ließ mir antworten, daß er meiner und aller Offiziere des Stabes nicht bedürfe; ich solle bei der Arbeit an dem Beförderungsvorschlage bleiben und möchte nur fünf Offiziere zu ihm schicken; er würde mich rufen, wenn die Sache ernst würde."

Diese Mitteilung wurde dem General durch einen Offizier überbracht, da Marschall Bazaine es nicht für angezeigt erachtete, sich in einem derartigen Augenblick direkt mit seinem Generalstabschef zu verständigen. General Jarras machte keine Einwendungen, kehrte in sein Quartier zurück, teilte den Offizieren des Stabes mit, „daß der Marschall nach dem St. Quentin fortgeritten sei und fünf Offiziere verlange", und bestimmte, daß der Oberst d'Andlau, der Oberstleutnant de Klein de Kleinenberg, der Major Lepippre, die Hauptleute Jung und Amphoux ihm folgen sollten. Diese Offiziere begaben sich sofort in die Villa Bouteiller und fragten, welchen Weg der Marschall eingeschlagen habe. „Steigen Sie ein bißchen rasch auf, Sie werden ihn bald einholen, er ritt im Schritt." Die Offiziere setzten sich in Galopp und ritten in das Fort Plappeville. Der Marschall, wurde ihnen gesagt, befinde sich vor dem Glacis mit den Generalen Soleille und Canu. Sie begaben sich dorthin. „Der Marschall und die Generale waren alle zu Fuß," erzählt der Oberst d'Andlau; „ich ging auf den Marschall zu und meldete ihm, daß wir zu seiner Verfügung ständen."

Digitized by Google

Bei den beiden Begleiteskadronen blieben Offiziere und Mannschaften ruhig an Ort und Stelle. „Der Marschall hat keine Eskorte verlangt," schrieb der Rittmeister Roy de Vacquières, „und der Dienst der Ordonnanzunteroffiziere ist nicht sehr bedeutend. Wir reiten auf das Plateau hinauf, und als wir mit einigen Offizieren beim Fort Plappeville halten, bemerken wir auf unserm linken Flügel in einer Entfernung von 3 bis 4 Kilometern oberhalb Rozérieulles gegen die Mosel zu das Feuer von zwei oder drei Batterien. Wir waren weit davon entfernt, zu vermuten, daß eine große Schlacht auf der ganzen Linie im Gang war. Unsre Eskadron, deren Biwak wir zu unsern Füßen sehen, hat sich nicht von der Stelle gerührt.

„Wir reiten rasch hinunter, aus Besorgnis, daß wir gebraucht werden. Wir kommen zehn Minuten später im Biwak an und erfahren, daß der Marschall den Augenblick mit einem halben Zug und einem Unteroffizier fortgeritten ist. Es ist ungefähr 4 Uhr."

Ehe Marschall Bazaine das Plateau erreicht, hatte er an der Stelle, die den Namen „Les Abreuvoirs" führt, Herrn Vianson, den Bürgermeister von Plappeville, getroffen und in seiner Gegenwart mit zwei oder drei Offizieren gesprochen, die vom Schlachtfeld zu kommen schienen und sehr aufgeregt aussahen. Als eine Anzahl Lanciers von der Garde dort vorüberkam, hatte der Marschall sie einen Augenblick betrachtet, dann hatte er sich auf das Plateau des St. Quentin begeben.

Der General Soleille, der vom Oberstleutnant Nugues benachrichtigt worden war, daß der Oberbefehlshaber sich auf dem St. Quentin befinde, war in seinem Break dorthin gefahren.

Die Ankunft des Marschalls Bazaine auf dem dominierenden Punkt, auf dem ihn das Personal der ganzen Gardeartillerie und der ganzen Reserveartillerie sehen konnte, ist von dem Leutnant d'Astier de la Vigerie von der Gardeartillerie folgendermaßen geschildert worden:

„Der Marschall Bazaine erscheint, und sofort kommen, als ob er ein Lerchenspiegel wäre, sämtliche höheren Offiziere wie die Lerchen herbei und umschwirren ihn: der General Soleille, der General Pé de Arros, der General Deligny, der General Canu.

Der Marschall steigt vom Pferde und bespricht sich mit dem General Soleille.

Sie sprechen sicherlich von der Bahnlinie nach Thionville. Hat doch der Minister zweimal seit zwölf Stunden dem General Soleille telegraphisch den Befehl erteilt, sie bewachen zu lassen; 7½ Millionen Patronen sind unterwegs, die auf dieser Bahnlinie nach Metz geschickt werden; es ist kaum einige Minuten her, daß der General Soleille nochmals dem Minister versichert hat, die Linie werde bewacht, und auf die dringenden Bedürfnisse der Armee hingewiesen hat: ‚Wir dürfen,' so schloß er dieses Telegramm, ‚uns keine Illusion mehr über die Beihilfe des Arsenals von Metz zur Befriedigung der Bedürfnisse der Armee machen.'

Sie sprechen jedenfalls auch über die kritische Lage des Marschalls Canrobert,

Digitized by Google

dessen Korps, das mehr als die Hälfte seiner Artillerie eingebüßt und fast keine Munition mehr hat, in Gefahr ist, umgangen zu werden."

Da dem Marschall wie dem General Soleille dieselbe Scheu vor jeder Verantwortung eigen war, so läßt sich nicht sagen, ob der Marschall den Befehl zur Entsendung der Batterien gegeben oder ob General Soleille diese Maßnahme vorgeschlagen hat.

Als später in der Voruntersuchung zum Prozeß des Marschalls Bazaine der General Seré de Rivières diesen fragte, welche Befehle er gegeben habe, um dem Marschall Canrobert während des 18. August Verstärkungen zu schicken, antwortete der Marschall: „Der General Soleille hätte dem VI. Korps Verstärkungen schicken sollen, und wenn er mir etwas vorgeschlagen hätte, würde ich zugestimmt haben." Das ist allerdings so ganz seine gewöhnliche Art: Niemals einen Befehl zu erteilen, sondern zu sagen: „Sie wollen das tun; gut, so tun Sie es."

Die zwei Batterien, die verspätet zum rechten Flügel der Armee geschickt wurden, während siebzehn andre untätig auf dem St. Quentin und drei weitere in der Schlucht von Longeau stehen blieben, konnten natürlich keinen entscheidenden Einfluß ausüben. Es hätten alle Reserven: die noch zur Verfügung stehende Kavallerie und Artillerie und die Gardeinfanterie, nach dem rechten Flügel geworfen werden müssen.

„Was mich betrifft," hat Marschall Bazaine später gesagt, „so war es mir infolge meiner Kontusion unmöglich, zu galoppieren; ich war gezwungen, vom Pferd zu steigen." In der Tat ging er auf dem Glacis des Forts St. Quentin in Begleitung der anwesenden Generale auf und ab.

Um ihn herum befanden sich die Lager und die Parks der Batterien der Garde und der Hauptreserve; dahinter standen das 3. und 4. Voltigeurregiment und Abteilungen Chasseurs zu Pferd von der Garde zwischen ihren aufgeschlagenen Zelten und ihren Gewehrpyramiden in Bereitschaft; weiterhin, an der Stelle, wo das Plateau sich zu neigen beginnt, befand sich das Lager der Grenadiere. Einen Augenblick vorher hatten die Offiziere und die Kanoniere von der Reserve die Grenadiere zu den Gewehren greifen und sich entfernen sehen. Sollten sie den Befehl erhalten haben, nach St. Privat zu marschieren?

Der Marschall beobachtete ebenso wie die sämtlichen Offiziere der auf dem Plateau lagernden Truppen das nicht besonders heftige Gewehrfeuer, das sich längs der Mosel gegen Vaux und Ars zu und selbst bei Sainte-Ruffine zeigte.

Auf dem Platz, wo er war, konnte man nichts von der Schlacht sehen, die auf der Frontlinie Rozérieulles—Doncourt im Gang war. Auf dem St. Quentin ist man von dieser 4 Kilometer entfernt und durch die waldige Schlucht bei Châtel, durch welche die Eisenbahn nach Verdun geht, getrennt. Das Geschützfeuer war zu hören, und auf Augenblicke waren Rauchwolken und bisweilen die Explosionen von Geschossen in der Luft wahrzunehmen, aber das war auch alles; man sah keine Truppen und konnte aus dem Kanonendonner keinen Schluß auf den Gang der Schlacht ziehen.

Digitized by Google

„Ich begab mich auf das Plateau von Plappeville," hat Marschall Bazaine später erklärt, „und blieb so, während ich dem Schlachtfeld näherkam, doch erreichbar für die Telegraphenstation des Forts Plappeville, durch die mir die Nachrichten vom Observatorium der Kathedrale zukamen."

Dieser Grund ist nicht stichhaltig. Vor allem war der Marschall hier dem Schlachtfeld nur um 4- bis 500 Meter näher, während er doch 4 Kilometer weit hätte reiten müssen, um etwas vom Kampfe zu sehen. Wenn ihm ferner daran lag, die Telegramme sofort zu erhalten, so hätte er sich auf das Plateau von Moscou im Zentrum seiner Schlachtlinie begeben können, wo sich wie im Fort Plappeville eine Telegraphenstation befand; er wäre dieser dort sogar näher gewesen, als er hier der von Plappeville war, während er auf dem St. Quentin auf und ab ging. Endlich leitete ihn, wenn er Wert darauf legte, in Verbindung mit dem Posten auf der Kathedrale zu bleiben, dabei ganz sicher nicht die Absicht, Nachrichten über die Schlacht zu bekommen, denn von diesem Beobachtungsposten aus konnte man die einzelnen Phasen des Gefechtes ebensowenig verfolgen wie vom St. Quentin.

Während er das Gewehrfeuer in der Richtung nach der Mosel zu beobachtete, meldete sich der Hauptmann Guioth vom Generalstab bei ihm. „Ich fand den Marschall Bazaine," berichtet Hauptmann Guioth, „auf dem St. Quentin, während er die Brigade Lapasset bei Sainte-Ruffine und Jussy beobachtete und sich über die Verschwendung aufhielt, die sie mit ihrer Munition trieb."

Hauptmann Guioth hatte soeben den General Frossard gefragt, ob er wünsche, daß seine Kavalleriedivision das Tal von Châtel-Saint-Germain mit den Divisionen Desvaux und de Forton verlasse. „Ich hatte," berichtete er dem Marschall, „den Kommandanten des II. Korps auf seinem Platze gefunden, seine Truppen waren in Stellung, der Feind führte nur eine Demonstration ihm gegenüber aus; gegen seinen linken Flügel markierte er eine Umgehungsbewegung, aber da die Brigade Lapasset bei Sainte-Ruffine war, verließ sich General Frossard auf sie und beunruhigte sich nicht." Dieselben Ansichten hatte der General schon am Vormittag dem Hauptmann Guioth gegenüber ausgesprochen und sie seinem Stab beim Beginn des Gefechtes wiederholt: seiner Meinung nach sollte der eigentliche Angriff gegen den entgegengesetzten Flügel der Armee gerichtet werden.

Als Hauptmann Guioth, der dem Marschall Leboeuf persönlich bekannt war, den General Frossard verlassen, hatte er sich dem Marschall zur Verfügung gestellt für den Fall, daß er dem Marschall Bazaine Mitteilungen zu machen hätte. Marschall Leboeuf hatte ihm gedankt und ihn beauftragt, dem Oberkommandierenden zu sagen, „daß er soeben einen sehr heftigen Angriff auf seine Front zurückgeschlagen habe, und daß er darauf gefaßt sei, gegen 5 Uhr nochmals angegriffen zu werden; er habe schon eine Brigade Voltigeurs als Verstärkung bekommen; wenn Marschall Bazaine ihm die Grenadierdivision schicken könne, würde ihm das sehr angenehm sein, aber er verlange sie nicht ausdrücklich und würde standhalten. Da Marschall Bazaine nicht antwortete, glaubte ich" — so berichtet Hauptmann Guioth —, „daß er über die Grenadierdivision ver-

Digitized by Google

fügt habe. Ich war auf dem Abhang zwischen Lessy und Châtel einem Voltigeurregiment begegnet; ich machte ihn darauf aufmerksam, daß es weiter vorgeschoben werden könne. Der Marschall ließ sogleich durch einen seiner Offiziere diesem Regiment den Befehl erteilen, in die Wälder bis zum Plateau hinaufzusteigen.

„Der Marschall fragte mich sodann, ob ich wisse, was auf dem rechten Flügel der Armee vorgehe. Als ich verneinte, fragte er mich über die Stärke des Feuers auf dieser Seite aus, und ich sagte ihm, daß das Geschützfeuer vor dem III. Korps so heftig sei, daß es unmöglich sei, zu hören, was fünfzig Schritte davon entfernt vor sich gehe. Ich war sprachlos, daß um 4 Uhr nachmittags Marschall Bazaine keinerlei Nachricht über die Schlacht hatte."

Eine Depesche des Marschalls Leboeuf bestätigte die Mitteilung des Hauptmanns Guioth:

„L'Arbre Sec, 3 Uhr 10 Min.

Kann ich über eine Gardebrigade verfügen, um den General Aymard zu unterstützen, der in einen heftigen Kampf verwickelt ist? Ich glaube, daß gegen Ende des Tages eine starke Offensivbewegung zu erwarten ist. Das Zentrum hält sich gut. Der rechte Flügel macht Fortschritte."

Bald nachher meldete sich der Hauptmann de Locmaria bei dem Marschall Bazaine. General Aymard hatte den General Brincourt gebeten, ihn mit seinen Voltigeurs zu unterstützen; dieser General hatte erwidert, daß er es nur auf einen formellen Befehl hin tun könne. Hiervon benachrichtigt, bat der Marschall Leboeuf den Marschall Bazaine, eines der Voltigeurregimenter der Division Aymard zu Hilfe zu senden.

„Der Marschall, bei dem sich die Generale Canu und Pé de Arros befanden," schreibt der Hauptmann de Locmaria, „hatte, vollkommen gleichgültig die Blicke auf die Mosel gerichtet, zugehört und antwortete, ohne mich nur anzusehen: ‚Holen Sie ein Regiment von der Brigade Garnier und führen Sie es hinter die Division Aymard.'"

Auf diesen Befehl hin marschierte das 3. Voltigeurregiment, das im Fort St. Quentin geblieben war, nach Châtel hinunter und begann die Abhänge des Plateaus von Moscou zu erklimmen.

In dem Augenblick, wo Marschall Bazaine die Depesche des Marschalls Leboeuf von L'Arbre Sec erhielt, brachten die Telegramme im ganzen ziemlich beruhigende, wenn auch wenig bestimmte Angaben über den linken Flügel und das Zentrum der Armee.

„Kathedrale, 3 Uhr 5 Min., ausgefertigt um 3 Uhr 40 Min.

Das Geschützfeuer beginnt wieder ziemlich heftig auf unserm linken Flügel oberhalb Rozérieulles. Unsre Truppen haben noch immer ungefähr dieselben Stellungen."

„Fort St. Quentin, um 3 Uhr 38 Min., ausgefertigt um 3 Uhr 47 Min.

Unsre Truppen halten die Linie St. Privat ... Point du Jour ... besetzt. Wir scheinen kein Terrain gewonnen zu haben. In diesem Augenblick demaskieren die Preußen Batterien im Wald von Vaux ...

Digitized by Google

Der Kampf scheint eine Artillerieschlacht zu sein, ausgenommen einige Scharmützel von Plänklern unterhalb Rozérieulles."

Von der Kathedrale und den Forts aus hatte man Ausblicke auf das Moseltal, in dem Scharmützel oder wenig ernsthafte Scheinangriffe sich abspielten, und wenn die Telegramme schon ziemlich unbestimmt vom linken Flügel der Armee (dem II. Korps) sprachen, so machte keines die geringste Angabe über das Zentrum und den rechten Flügel (III., IV. und VI. Korps). Marschall Bazaine schien es nicht sehr eilig zu haben, Nachrichten über seinen rechten Flügel zu bekommen, denn obwohl er schon drei Eildepeschen vom Marschall Canrobert erhalten hatte, in denen dieser um Verstärkungen und Munition bat, schickte er seinerseits niemand fort, um Erkundigungen einzuziehen.

Einige Minuten nach 4 Uhr empfing er ein Telegramm von dem Telegraphendirektor Petitpas de la Vasselais, das ihm meldete, daß die Preußen in Briey seien und die Telegraphenlinie von Paris nach Metz zerstört hätten. „Die Verbindungen von Metz durch die Ardennen," schloß das Telegramm, „sind aber immer noch gut."

Daraufhin ließ Marschall Bazaine dem Oberst Napoléon Boyer den Befehl zugehen, die beiden Telegramme, die er selbst diktiert hatte, ehe er die Villa Bouteiller verließ, aufzugeben und dem Telegramm an den Kaiser folgende, nach dem neuen Schlüssel übertragene Zeilen anzufügen:

„In diesem Augenblick, um 4 Uhr, wird ein vom König von Preußen persönlich geleiteter Angriff mit bedeutenden Streitkräften auf die ganze Front unsrer Schlachtlinie gerichtet.

„Unsre Truppen halten sich bis jetzt gut, aber einige Batterien sind gezwungen gewesen, das Feuer einzustellen."

Diese beiden Telegramme wurden aufs Zentralbureau in Metz gebracht und um 4 Uhr 5 Minuten und um 4 Uhr 15 Minuten, also in einem Zeitabstand von 10 Minuten, aufgegeben. In dem ersten, an den Marschall de Mac-Mahon gerichteten, meldete Marschall Bazaine, daß er sich in der Defensive halte, bis er, wie er sagte, die wahre Richtung der Truppen kenne, die ihm gegenüberstanden, vor allem der Reservearmee, die, wie es hieß, in Pange auf dem rechten Moselufer unter dem Oberbefehl des Königs stehe; dessen Hauptquartier sollte sich im Schlosse Aubigny befinden.

Seit dem vorhergegangenen Abend hatte Marschall Bazaine Kenntnis davon, daß König Wilhelm sich wahrscheinlich vor Metz befand. Diese Nachricht war ihm im Laufe des Vormittags durch den Bericht des Hauptmanns Danloux und gegen Mittag durch eine Mitteilung des Generals Letellier Blanchard bestätigt worden. Bekam er gegen 4 Uhr Gewißheit über diese Tatsachen? Man wäre versucht, dies anzunehmen, wenn man die Nachschrift seines Telegramms an den Kaiser und vor allem jene Erklärung liest, die er später abgegeben hat — eine Erklärung, die um so interessanter ist, als er darin anerkennt, daß er von 4 Uhr an die Schlacht für verloren hielt und von da an entschlossen war, keine Anstrengung mehr zu machen, um sie zu gewinnen.

Digitized by Google

„Als ich glaubte (um 4½ Uhr), daß alle deutschen Streitkräfte bereits auf dem Plateau seien" — so hat er sich ausgesprochen — „und als ich von der Anwesenheit des Königs von Preußen erfuhr, brauchte ich nicht mehr das Ende des Tages abzuwarten (um den Befehl zum Rückzug zu erteilen), weil ich genau vorhersah, daß wir gezwungen sein würden, unsre Stellungen zu räumen."

Die Ankunft des Marschalls auf dem Plateau von St. Quentin hatte Aufsehen erregt. Die Generale waren um ihn versammelt, und die Kanoniere, Voltigeurs und Jäger in den Lagern blickten von weitem auf diese Gruppe von hohen Offizieren, überzeugt, daß das Zeichen zum Aufbruch ihnen unverzüglich gegeben werden würde. Die Pferde der Batterien kamen von der Tränke zurück: man sah sie die Abhänge des St. Quentin hinaufsteigen, und die beiden Batterien Bellorger und de Reynaud de Villeverd waren bespannt und vollständig bereit aufzubrechen.

War beim Marschall Bazaine ein neuer Abgesandter des Marschalls Canrobert erschienen? Das ist wahrscheinlich; es scheint, daß es der Offizier war, der den Brief von 10 Uhr morgens überbracht hatte, in dem Canrobert angewiesen wurde, sich zurückzuziehen, im Falle er ernstlich angegriffen werde. Marschall Bazaine entschloß sich, den wiederholten Bitten seines Unterführers um Zusendung von Verstärkungen zu entsprechen, und ließ durch den Obersten La Veuve dem General Garnier den Befehl erteilen, das 4. Voltigeurregiment gegen St. Privat zu führen.

„Ich schickte mich an, mich zum 3. Voltigeurregiment zu begeben, das dem General Aymard als Verstärkung geschickt worden war," so schreibt General Garnier, „als ich Schlag auf Schlag den Befehl erhielt, das 4. Voltigeurregiment nach St. Privat zu schicken, hierauf wieder, es auf dem St. Quentin zurückzuhalten, dann schließlich den Befehl, auch das 3. zurückzurufen." Das war eine Gewohnheit des Marschalls Bazaine: einen Befehl zu erteilen und ihn sogleich zu widerrufen.

General Garnier, der solch plötzliche Aenderungen nicht verstand, begab sich selbst zum Marschall, um ihn zu fragen, „ob er nach St. Privat gehen solle oder nicht". Er erhielt zur Antwort, er solle mit allen Truppen an Ort und Stelle bleiben.

Die beiden Batterien der Hauptleute Bellorger und Reynaud de Villeverd brachen auf einen von dem Major Abraham überbrachten Befehl auf, und kurz darauf wurden etwa vierzig gesattelte Pferde nach dem mobilen Park vor dem Fort Plappeville geführt; den siebzehn noch unverwendeten Batterien der Reserve und der Garde aber wurde keine Weisung gegeben.

„Diese Ruhe stand in scharfem Gegensatz zu dem Kanonendonner, den man einige Kilometer entfernt hörte, und dem Rauch, den man über den Höhen aufsteigen sah," so schilderte der Leutnant de Galembert vom 18. Artillerieregiment in seinen Tagebuchaufzeichnungen seine Eindrücke. „Was dachte sich Marschall Bazaine eigentlich, als er einen Teil seiner Streitkräfte unbeweglich festhielt? Schließlich erschien es uns als ein gutes Zeichen: wenn wir nicht gerufen wurden,

Digitized by Google

so brauchte man uns eben nicht. Aber was will der Marschall auf dem Plateau des St. Quentin, während mehrere Kilometer von dort entfernt gekämpft wird? Sein Platz war auf dem Schlachtfeld. Nur dort konnte er die Lage beurteilen."

„Wir sind," so ist ferner in dem Tagebuch des Hauptmanns Brugère von demselben Regiment (18. Artillerieregiment) zu lesen, „sehr erstaunt, den Marschall Bazaine auf dem St. Quentin und nicht auf dem Schlachtfeld zu sehen."

Nach einem Augenblick des Wartens kam die Mehrzahl der Artillerieoffiziere, da sie sahen, daß nichts vorging, näher heran und stellte sich hinter der Gruppe auf, die der Marschall und seine Generale bildeten.

Alle beobachteten das Gewehrfeuer längs des linken Moselufers. „Wir suchen mit unsern Gläsern den Horizont ab ... eine Batterie nimmt Stellung auf dem Bergrücken von Jussy und beschießt Sainte-Ruffine."

Der Marschall rief jetzt den Hauptmann Gouzy zu sich, dessen Batterie am nächsten stand, und befahl ihm, den preußischen Geschützen zu antworten. Ein oder zwei Schüsse wurden abgefeuert, und die Generale, die durch den Feldstecher beobachteten, erklärten sie für zu kurz; dann sagte der Marschall: „Lassen Sie Zwölfpfünder kommen", und General Canu befahl den Hauptleuten Blavier und Leclerc, mehr links Aufstellung zu nehmen, rief dann, als er den Hauptmann Brugère erblickte, diesen an und befahl ihm vor dem Marschall und seiner Gruppe, mit dem Entfernungsmesser den Abstand zu messen, der den Punkt, wo er sich befand, von der deutschen Batterie trennte. „Der Marschall fragte mich über den Entfernungsmesser aus, den ich in der Hand hielt," schreibt Hauptmann Brugère, „er bat mich, ihn vorzuführen. General Deligny sprach dazwischen: ‚Das ist nicht richtig; es ist weiter, als Sie sagen, von hier bis zu jenem Punkt', bemerkte er. Ich antwortete, und der General nahm die Sache sehr gründlich. Es wurde eine Karte gebracht, und ich hatte recht.

„Ich war sprachlos, den Oberbefehlshaber sich mit solchen Kleinigkeiten abgeben zu sehen, während eine furchtbare Schlacht zu hören war, die gleich daneben geschlagen wurde und für die er sich gar nicht interessierte."

Als die Vorführung des Entfernungsmessers beendigt war, ließ der Marschall den Generalen Desvaux und de Forton in der Schlucht bei Châtel sagen, daß sie ihre vier Batterien in den Weinbergen oberhalb Scy aufstellen sollten, um den Angriffen der Deutschen längs des linken Moselufers entgegenzuwirken, und zu gleicher Zeit rief er den General Deligny und befahl ihm, Vorkehrungen zu treffen, um die Abhänge des St. Quentin mit der Brigade Garnier zu decken. Diese Brigade bestand aus dem 3. und 4. Voltigeurregiment, von denen eines kurz vorher sich auf dem Wege nach Point du Jour und das andre auf dem Wege nach St. Privat befand. Sie waren zurückgerufen worden, um in den Weinbergen der Basis des St. Quentin entwickelt zu werden.

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Die Sage von der Ueberlegenheit der französischen Artillerie

Von

v. Deines, General der Artillerie z. D.

Der Krieg auf dem Balkan hat den Streit in Bewaffnungsfragen neu aufleben lassen. Die lautesten Stimmen behaupten, daß sich die Unterlegenheit der aus Deutschland stammenden Geschütze gegenüber den Kanonen französischer Herkunft ganz unbestreitbar erwiesen habe. Freilich ist auch diesmal festzustellen, daß nicht immer recht hat, wer sich am lautesten benimmt.

Zunächst: Nicht die Waffe gibt den Ausschlag, sondern der Mann, der sie führt, und das Verständnis, mit dem sie gebraucht wird. Betrachten wir die beiden Hauptgegner: Auf der einen Seite allgemeines Gehen- und Geschehenlassen, in der Artillerie trotz aller Bemühungen des deutschen Instrukteurs die volle Unmöglichkeit, unter Abd ul Hamid auch nur das Scharfschießen einer einzelnen Batterie zuwege zu bringen, als Folge davon also gänzliches Unverständnis für den Gebrauch der Geschütze im Kriege. Was an der Armee noch Gutes geblieben war, haben dann die jungtürkischen Wirren weiter verdorben, viel gründlicher noch, als es die meisten von uns nach den von dorther bekannt gewordenen Berichten erwartet hatten. Auf der andern Seite ein im Aufstieg begriffenes Volk, in allen seinen Schichten von dem entschlossenen Willen zum Sieg erfüllt, durch tüchtige Offiziere geführt und planmäßig für den Krieg erzogen. Es kann, wie wir die Sache heute übersehen, gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Volk auch dann den Sieg an seine Fahnen gefesselt haben würde, wenn etwa ihm die angeblich schlechten deutschen Geschütze und dafür den Türken die so viel besseren französischen zur Verfügung gestanden hätten.

Von wirklich ausschlaggebenden Unterschieden der beiden Geschützsysteme kann nun aber überhaupt keine Rede sein. Beide hatten das gleiche Kaliber und annähernd gleiche Schußleistungen, beide waren von leistungsfähigen Fabriken hergestellt. Die Bulgaren haben aus ihren französischen Rohren sogar Geschosse deutscher Herkunft verwenden können und zahlreich verwendet. Auch diesen macht man freilich Vorwürfe; sie sollen infolge mangelhafter Zerlegung im Sprengpunkt nur ungenügend gewirkt haben. Die äußeren, zylindrischen Wände der Geschosse seien unzerlegt geblieben, ihre Kugelfüllung sei durch die Sprengladung nur „ausgeblasen" worden. Auf diesen Punkt soll hier noch kurz eingegangen werden, weil er zugleich an einem Beispiel erkennen läßt, welche technischen Schwierigkeiten bei der Herstellung der heutigen Geschütze zu überwinden sind. So einfach am fertigen Geschütz manches auf den ersten Blick erscheinen mag, ist es doch immer das Ergebnis einer ganzen Anzahl von Kompromissen:

Je höher die Kugelzahl des Schrapnells im Interesse der Wirkung gesetzt

Digitized by Google

wird, um so dünner müssen seine Wände gehalten werden, um so geringer bleibt zugleich der Raum für die Sprengladung, die das Geschoß zerreißen soll. Anderseits verlangt die starke Beanspruchung, der das Geschoß im Rohr beim Beginn seiner Bewegung und weiter beim Durchgang durch die Züge ausgesetzt ist, unbedingte Festigkeit der dünnen Wände gegen Stauchung oder sonstige Formveränderungen und volle Sicherheit gegen Zubruchgehen im Rohr, in richtigem Ausmaß also zugleich Härte und Zähigkeit des Werkstoffs, und wiederum soll der Stahl des Geschoßmantels spröde genug sein, um auch bei mäßiger Sprengladung die Zerlegung in eine ausreichende Zahl kleiner Sprengstücke sicherzustellen. Man sieht, es sind zum Teil völlig entgegengesetzte Forderungen, die erfüllt werden sollen, und tatsächlich sind unsre großen, in der Herstellung der mannigfaltigsten Spezialstahle doch zweifellos bewanderten Fabriken nicht ohne anfängliche Mißerfolge zum erwünschten Ziel gelangt. Möglich also, daß bei Massenbestellungen für einen plötzlich eintretenden Krieg in einem oder dem andern Ausnahmefall vorgekommen sein mag, was behauptet wird. Einen weitergehenden Schluß daraus, namentlich auf unsre eignen Verhältnisse, zu ziehen, wäre aber völlig verfehlt.

Um noch ein Beispiel für die verwickelten heutigen Anforderungen zu geben: Das Pulver, „das ein Mönch erfand aus Schwefel, Salz und Kohlen", ist in seiner alten Einfachheit längst dahin. Schon bei ihm, dem ehemaligen Schwarzpulver, war in seinen letzten Entwicklungsgängen, ehe es von den sog. chemischen, rauchschwachen Pulvern abgelöst wurde, vom „pulvis" kaum noch die Spur vorhanden. Von wechselnder Zusammensetzung, verschiedenster durch Pressung erzielter Dichte und äußerer Bearbeitung zeigte es, je nach der Waffe, für die es bestimmt war, Formen vom feinen oder groben Korn zur Kieselgestalt und zum schwarzen oder braunen prismatischen Pulver. Noch mehr spezialisierten sich die Anforderungen bei den rauchschwachen Pulvern, die meist auf der Grundlage der nitrierten Zellulose (Schießwolle u. a.) oder des Nitroglyzerins, also höchst explosibler Stoffe, stehen. Zusammensetzung, Pressung und Bearbeitung sind verschieden, und eine ganze Musterkarte zeigt das Bild dieser Pulverarten, vom Blättchenpulver für Gewehre oder für leichtere Geschütze zum Würfelpulver verschiedenster Seitenlänge für schwerere Geschütze übergehend zum Streifenpulver oder Röhrenpulver für schwerste Geschütze, italienischen Makkaroni oder selbst ziemlich handfesten Spazierstöcken ähnelnd. Auf sorgfältigste und gewissenhafteste Arbeit kommt es bei der Herstellung dieser neuen Pulverarten im höchsten Maße an. Fehler in der Anfertigung oder nicht zweifellose Reinheit der Bestandteile machen sie für die Waffe geradezu gefährlich, und namentlich können durch die ungeheure Gewalt ihrer unter höchsten Hitzegraden auftretenden Stichflammen auch die besten schweren Stahlrohre rasch unbrauchbar werden. Daß durch schlechte Arbeit auch die Lagerbeständigkeit leidet und sehr bedenkliche Zersetzungen eintreten, haben unsre Nachbarn zu ihrem Schaden ja hinreichend erfahren, trotzdem gerade sie die ersten gewesen sind, denen die Herstellung eines waffentechnisch brauchbaren rauchschwachen Pulvers gelungen war.

Digitized by Google

Als gute Artilleristen haben die Franzosen immer gegolten; in manchen Fällen haben sie sich auch selbst bloß dafür gehalten. Unter anderm sind sie den übrigen Staaten in der Einführung gezogener Feldgeschütze vorausgegangen. Ihr System La Hitte war freilich noch eine ziemlich unvollkommene Vorderladekonstruktion mit Spielraumführung und Brandzündern. Es erwarb sich trotzdem im Kriege 1859 so sehr die Zufriedenheit unsrer Nachbarn, daß sie es unverändert noch bei Ausbruch des Krieges 1870/71 besaßen. Ueberholt war es inzwischen schon durch das nach 1859 ausgebildete österreichische gezogene Vorderladesystem und in noch weit höherem Maße durch die 1861 und 1864 fertiggestellten preußischen Hinterladekonstruktionen des Sechs- und Vierpfünders (9 und 8 Zentimeter), denen die spielraumlose Führung der Geschosse in den Zügen eine bis dahin nirgends erreichte Treffähigkeit und ein Aufschlagzünder unmittelbar nach dem Auftreffen der Granate am Ziel starke Wirkung gewährleistete. War der Erfolg der neuen preußischen Batterien im Kriege von 1866 wegen ihrer erst kurz vorher vollzogenen und nur teilweisen Einstellung sowie durch Mängel in der Verwendung noch unbedeutend, so erwiesen sie sich, allgemein im deutschen Heere eingeführt, 1870 der französischen Artillerie derart überlegen, daß dadurch die geringere Leistung des deutschen Infanteriegewehrs gegenüber dem französischen völlig ausgeglichen wurde. Es ist bekannt, wie Napoleon III. nach seiner Gefangennahme sich über die betäubende und vernichtende Wirkung der deutschen Artillerie geäußert hat.

Dagegen hatten die französischen Batterien ihre Geschosse, deren Brennzünder nur Einstellung auf sechs oder vier Entfernungen, je nach der Geschoßart, zuließen, nur dann in unmittelbarer Nähe des Ziels zur Wirkung bringen können, wenn sich der Gegner gerade auf der Entfernung befand, die der Einstellung der Zünder entsprach; im übrigen zersprangen sie irgendwo in der Luft, und Teilnehmer am Kriege werden sich leicht noch erinnern, welche Mißachtung nach einiger Gewöhnung den weißen Wölkchen da oben entgegengebracht wurde.

Einer eigenartigen Verstärkung der französischen Artillerie vor 1870 ist indes noch zu gedenken, auf die große Hoffnungen gesetzt wurden. Das war die Einführung des Canon à balles, mehr bekannt unter dem Namen der Mitrailleuse. Aber auch sie entsprach den Erwartungen und großen Worten nicht. In einzelnen Fällen, beim Bestreichen enger Zugänge zum Schlachtfeld und unter ähnlichen Verhältnissen haben Mitrailleusenbatterien allerdings bedeutende Erfolge erzielt; auch der moralische Eindruck ihres Feuers ist oft recht unbehaglich gewesen; aber in ihrem Wirkungsbereich auf die Schußweiten der Infanterie beschränkt und trotzdem wie Artillerie lafettiert und verwendet, mußten sie den deutschen Batterien rasch zum Opfer fallen, wenn diese ihnen auf immer noch bester Artillerieschußweite, aber außerhalb der Wirkung ihrer fünfundzwanzig Gewehrläufe entgegenstand. Was die französische Infanterie auszeichnete, die außerordentlich geschickte Ausnutzung des Geländes, die sie oft genug dem Blick fast völlig entzog, war diesem Aufbau von Infanteriewirkung auf Artillerielafetten völlig versagt. Mit dem Ende des Krieges sind die Mitrailleusen dieser Tage wieder

Digitized by Google

verschwunden, und erst das heutige Maschinengewehr, das neben außerordentlichen schießtechnischen Verbesserungen noch die Möglichkeit aufweist, es in seinem niedrigen Schießgestell jeder Deckung anzupassen und der Sicht ebenso wie die Schützenlinien selbst zu entziehen, hat die Mitrailleuse in andrer Form wieder aufleben lassen.

Unter den jetzigen Verhältnissen sind diese Maschinengewehre als Hilfswaffe im Infanteriegefecht so gut wie unentbehrlich geworden. Je größer die Reichweite und Wirkung des Infanteriefeuers sich gestaltet hat, desto schwieriger wird es für die Artillerie, die Bewegungen der Infanterie in ihrem Verlauf überall zu erkennen und zu unterstützen. Jedes Vorgehen der Schützenlinien ruft aber mit dem damit mehr oder weniger verbundenen Einstellen ihres Feuers die vollste Entfaltung der Feuerkraft auf feindlicher Seite hervor. Auch die angriffstüchtigste Infanterie kann dann, wenn ihr schweigendes Feuer nicht durch Maschinengewehre einigermaßen ersetzt wird, in bedenkliche Lagen kommen. Im Angriff, ebenso aber auch in der Abwehr, leisten somit die Maschinengewehre der Infanterie heute die allerwichtigsten Dienste, und es ist daher wohl zu verstehen, daß die angebliche Verzögerung in der Bereitstellung neuer Maschinengewehrkompagnien Sorge hervorrufen konnte.

Mit der Einführung der deutschen Geschütze vom Jahre 1873 und der nach dem Kriege fertiggestellten französischen Geschütze des Systems de Bange, deren Erstkonstruktionen während der Einschließung von Paris 1870/71 entstanden sind, war auf deutscher und französischer Seite ein annäherndes Gleichgewicht der Artilleriebewaffnung gegeben. Von neuem entwickelte sich ein Vorteil zugunsten der Franzosen mit der Erfindung des oben schon erwähnten rauchschwachen Pulvers, das ihre Artillerie ebenso wie die Infanterie der leichten Beobachtung durch den Gegner entzog, und ferner aus einer günstigen Lösung der Geschoßfrage durch Vereinigung der Granatwirkung und der Schrapnellwirkung in einem einheitlichen Geschoß, dem Obus à balles.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck war es damals, was nicht überall mehr erinnerlich zu sein scheint, der mit der vollen Macht seiner Persönlichkeit dafür eintrat, daß bei uns sofort nachgeholt wurde, worin die Franzosen uns zuvorgekommen waren. Das Ergebnis entsprach der Energie des Willens, mit der die Forderung gestellt war. Auch die Geschoßfrage wurde bald gelöst und damit das Gleichgewicht in der Bewaffnung wieder erreicht.

Die Weiterarbeit brachte dann auf deutscher Seite das Feldgeschütz des Jahres 1896, das mit bemerkenswert geringem Gewicht des ganzen Systems doch sehr hohe Schußleistungen verband. Der Lafettenrücklauf beim Schuß ließ sich durch einen in den Boden eingreifenden Sporn am Lafettenschwanz und eine gut wirkende Räderbremse einigermaßen einschränken. Wieder kamen jedoch unsre Nachbarn der deutschen Artillerie durch die Einführung des Rohrrücklaufs in gebremster Lafette bei ihrem Feldgeschütz voraus. Die Aufgabe, das mit einer Oberlafette verbundene Geschützrohr auf feststehender Unterlafette zurückgleiten und in seine frühere Stellung sich selbsttätig wieder vorbewegen zu lassen,

Digitized by Google

war in der Schiffs- und Küstenartillerie, ebenso bei Belagerungs- und Festungsgeschützen seit langem gelöst, bei Feldgeschützen bis dahin kaum ernstlich versucht worden, weil die Festlegung der fahrbaren Lafette augenscheinlich auf Schwierigkeiten stoßen mußte. Den Franzosen gelang dieses Festlegen, die sog. „abattage", durch Verankerung von Radschuhen unter den gebremsten Lafettenrädern und durch Sporn unter dem Lafettenschwanz. Auf der nach den ersten Schüssen feststehenden Unterlafette bewegt sich das Rohr mit der Oberlafette, durch eine Flüssigkeitsbremse gehemmt, zurück und durch Preßluft, die sich bei der Rückbewegung bildet, in seine alte Stellung wieder vor, fast ohne im Schuß seine Richtung zu verändern. Erst dadurch und in Verbindung mit einem Schnellladeverschluß, mit Patronenauswerfer und Zünderstellmaschine ist ein eigentliches Geschützschnellfeuer möglich geworden. Ein weiterer Vorteil war zu gleicher Zeit zu erreichen: Das Feststehen des Geschützes erlaubte es, ohne allzu erhebliche Vermehrung des Geschützgewichtes, Stahlschilde zum Schutz der Bedienung an den Lafettenachsen anzubringen; die Mannschaft, die des aufgehobenen Lafettenrücklaufs wegen ohnehin nicht mehr gezwungen war, beim Abfeuern aus dem Gleis zu treten, erhielt dadurch noch Schutz gegen Schrapnellkugeln und Infanteriefeuer und konnte um so ruhiger ihre Aufmerksamkeit auf Bedienung und Ziel richten. Mit unsäglicher Mühe mußten dagegen die nicht mit Rohrrücklauf versehenen Geschütze, die beim Schuß entweder eine ganze Anzahl von Metern weit zurückliefen oder, wenn scharf gebremst, ganz ungeregelt aus der Richtung sprangen, in ihre alten Schußstellungen zurückgebracht und dann von neuem gerichtet werden. Auch ohne Verluste war damit ein baldiges Ermüden der Bedienung zu befürchten.

Es konnte daher auch gar nicht zweifelhaft sein, daß der Vorsprung der Franzosen in kürzester Zeit wieder eingeholt werden mußte. Dies ist geschehen, und zwar, wie meist in technischen Dingen, mit einer Anzahl von Vorteilen zugunsten der späteren Konstruktion. Das deutsche Geschütz, das sein bisheriges vortreffliches Rohr vom Jahre 1896 beibehalten konnte und für den Rohrrücklauf nur einer Neulafettierung bedurfte, steht auch ohne zeitraubende „abattage" nach Umklappen des Sporns und Anziehen der Radbremse mit dem ersten Schuß völlig fest, ist also in kürzerer Zeit feuerbereit und wegen seines weit geringeren Gewichts in der Feuerstellung besser wie das französische befähigt, jede befohlene Richtungsänderung sofort aufzunehmen. Die Schutzschilde decken besser und vollständiger, die Munition und andres ist von mindestens gleicher Güte wie auf französischer Seite. Das große Gewicht des französischen Geschützes als Fahrzeug wie besonders im abgeprotzten Zustand wird durch die nach den Tabellen vorhandenen etwas größeren Leistungen seiner Geschosse nicht aufgewogen. Den hohen Nutzen ausreichender Beweglichkeit wird am besten einschätzen, wer sich aus dem Kriege 1870/71 des in unaufhörlichem Regen zur fast undurchdringlich zähen Masse gewordenen Bodens der Lothringer Höhen oder etwa des schlammbedeckten Schlachtfeldes von St. Quentin erinnert.

Einen gewissen Vorteil besitzt die französische Artillerie heute noch durch

Digitized by Google

die Einteilung der Gesamtgeschützzahl in Batterien zu vier anstatt sechs Geschützen bei uns und durch ihren an Bespannung stärkeren Friedensstand. Die Batterien zu vier haben natürlich infolge ihrer besseren Besetzung mit Offizieren den Vorzug der leichteren Leitung, wir werden sie indes allenfalls auch entbehren können. Sehr erwünscht, wenn nicht dringlich, erscheint dagegen eine Vermehrung des Pferdebestandes. Auch hier ist an die Verhältnisse von 1870 zu erinnern. Was an „Augmentationspferden", wie sie damals hießen, eingestellt wurde, kam meist aus ganz andern Lebensverhältnissen, wie das Militärpferd sie kannte. An Hafer oft kaum gewöhnt und durch Grünfutter oder andres dick und rund, fielen sie rasch ab; ein ewiges Umstellen im Gespann und fortwährendes Umpassen der Sättel und Geschirre war die Folge. Schwere Satteldrücke und Scheuerwunden durch Kumt und sonstige Geschirrteile blieben trotzdem eine häufige Erscheinung. Was an Pferden den langen Regenbiwaks vor Metz zum Opfer fiel, waren fast ausschließlich Augmentationspferde, sehr selten Pferde des alten Dienststandes.

Noch bleiben die Haubitzbatterien der deutschen und französischen Artillerie einer Betrachtung zu unterziehen. Als Ideal hatte bei uns immer gegolten, mit einem einheitlichen Geschütz für die gesamte Feldartillerie auszukommen. Die Vorteile der vereinfachten Ausbildung sowie im besonderen des erleichterten Munitionsaustauschs und Munitionsersatzes liegen auf der Hand. Indes hatte der Russisch-Türkische Krieg 1876/77 mit den Kämpfen um Plewna das bisherige Bild doch stark verändert. Die russischen Kanonen hatten den türkischen Feldbefestigungen nichts anhaben können. Ihre Geschosse, in flachem Bogen ankommend, blieben gegenüber der in tiefen Schützengräben sich verdeckt haltenden türkischen Infanterie wirkungslos, und die zum Sturm antretenden Truppen sahen sich beim Herankommen an die feindlichen Linien dem vollen Gewehrfeuer der türkischen Schützen preisgegeben, vor dem sie unter großen Verlusten zurückweichen mußten. Der Sturm gelang erst, nachdem schwere Geschütze zur Verstärkung herangezogen waren. Die Notwendigkeit, ein Steilfeuergeschütz einzustellen, das gegen Feldbefestigungen unmittelbar zur Hand war, unter Umständen vielleicht schon ihr Entstehen, jedenfalls aber ihre Verstärkung, wie sie den Türken bei Plewna gelungen war, zu verhindern, war kaum noch von der Hand zu weisen. Bei uns kam dementsprechend eine leichte (12 Zentimeter) Haubitze zum Versuch.

Noch einmal schien es indes, als ob der Zwang, dieses zweite, ganz anders wie die Kanone geartete Geschütz in die Feldartillerie einzustellen, umgangen werden könne, und zwar infolge der uns damals gelungenen Verwendung brisanter Sprengstoffe für Geschoßfüllungen. Die Feldkanone konnte ein Geschoß erhalten, das von einem Brennzünder unmittelbar über den Schützengräben oder wenigstens in ihrer Nähe zur Sprengung gebracht, durch die Gewalt der detonierenden Geschoßladung die Granatsplitter in steilem Winkel auch nach unten sandte und somit Wirkung gegen noch so verdeckt in Schützengräben aufgestellte Infanterie versprach. Zur Sicherung gegen etwaige vorzeitige Detonationen von

Digitized by Google

Geschossen im Geschützrohr genügte die Anwendung eines etwas weicheren Kanonenstahls. Da es dabei überdies gelang, die bisherigen Rohre noch bis zu einem gewissen Grad zu erleichtern, konnten die neuen Rohre auch den reitenden Batterien gegeben werden, die bisher ein geringeres Kaliber geführt hatten (8 statt 9 Zentimeter). Das Ideal des Einheitsgeschützes schien somit wirklich erreicht, und um so stärker machte sich in der Folge die Abneigung geltend, auf die Einführung einer leichten Feldhaubitze zurückzukommen. Indes ließ die große Wahrscheinlichkeit, daß wir es in einem neuen Krieg mehr wie je zuvor mit befestigten Stellungen zu tun haben würden, und die Einsicht, daß mit der Sprenggranate der Kanone allein doch nicht auszukommen sei, die Frage nicht zur Ruhe kommen, und es war namentlich der Chef des Generalstabes der Armee, der die Einführung einer leichten Feldhaubitze als unabweisbar forderte. Aus dieser Forderung sind die jetzt einen Teil der Feldartillerie bildenden leichten Feldhaubitzbatterien entstanden. Sie haben, einstmals von der Feldartillerie ohne große Freude aufgenommen, sich heute doch allgemeine Wertschätzung errungen, und zwar sowohl wegen ihrer vortrefflichen Wirkung gegen Ziele in feldmäßigen Befestigungen wie wegen ihrer Brauchbarkeit unter allen sonstigen Verhältnissen, besonders auch im Kampf gegen die schildgeschützten feindlichen Batterien, denen das Schrapnellfeuer der Kanonen nicht mehr so wie einst vernichtend beizukommen vermochte. Das Fahrzeuggewicht der leichten Haubitze liegt noch durchaus innerhalb der für ein Feldgeschütz zulässigen Grenzen. Unsre Nachbarn haben dagegen eine Haubitze von 120 Millimeter Kaliber in die Artilleriereserven ihrer Heeresverbände eingestellt; es muß aber mindestens bezweifelt werden, ob sie der als Glied der deutschen Feldartillerie lebensfähig gewordenen leichten Feldhaubitze auch nur einigermaßen gleichzustellen ist. Dasselbe gilt für die französische schwere (155 Millimeter) Haubitze des Systems Rimailho, die, zwar in allen Tönen gepriesen, doch Bedenken über ihre Brauchbarkeit im Felde zuläßt; sie wird wegen ihrer allzu großen Schwere in Lafette und Rohrwagen getrennt gefahren und muß zum Gebrauch erst besonders zusammengestellt werden, während die deutsche schwere Feldhaubitze ohne weiteres feuerbereit ist und mit verhältnismäßig geringem Gewicht des Fahrzeugs ganz ausgezeichnete und jedenfalls nicht übertroffene Schußleistungen verbindet.

In der Taktik der Artillerie glauben natürlich die Franzosen uns ebenso wie im Gerät überlegen zu sein. Sie haben theoretisch die Folgerungen aus den Eigenschaften des Schnellfeuergeschützes unter bestimmten Umständen richtig gezogen, wenn sie, sparsam in der ersten Verausgabung ihrer Batterien, einen Teil als Batterien de surveillance, einen andern Teil als Infanteriebatterien, denen die unmittelbare Unterstützung der Infanterie zugedacht ist, ausscheiden, die Massen aber in mehr oder minder abwartender Bereitschaft zurückhalten, um dann ihren Gegner durch stärkste Feuerentfaltung am entscheidenden Punkte zu unterdrücken. Ob das Verfahren für alle Fälle paßt, ob es nicht auch zum schädlichen Schema werden kann, mag dahingestellt sein. Strategie und Taktik bleiben einmal ein System der Aushilfen, und der wird immer im Vorteil sein,

Digitized by Google

der sich den Bedürfnissen des Augenblicks am besten anzupassen versteht. Also Verständnis und der Wille, alle Vorteile auszunutzen, die die jeweiligen Gefechtsbedingungen bieten, sind das wesentliche. Auf die Güte unsrer Waffen können wir mit ruhiger Sicherheit vertrauen, immer natürlich vorausgesetzt, daß wir — hier wie in anderm — nicht beharren, sondern im Weiterschreiten bleiben.

Zum Gedächtnis der Erhebung von 1813[1]

Von

Richard Fester

Vor hundert Jahren befahl König Friedrich Wilhelm III. in Breslau die Bildung freiwilliger Jägerkorps. Der Appell an die bis dahin vom Kriegsdienste befreiten Berufsklassen und Stände war der erste Schritt zur Verwirklichung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht. Die Konvention von Tauroggen und die Uebersiedelung des Königs nach Schlesien waren vorausgegangen. Die Aufhebung aller Militärbefreiungen und der Aufruf „An mein Volk" vom 17. März folgten auf dem Fuße. Zwischen der Mannestat Yorcks, die den zögernden König zur Entscheidung zwang, und zwischen der Erhebung des preußischen Volkes steht jene Verordnung an bedeutungsvoller Stelle. Sie hat in dem verstümmelten und mißhandelten Staate Friedrichs des Großen den Sturm entfesselt. Sie hat auch dem kümmerlichen Dasein der Königlich Westfälischen Universität Halle durch Leerung ihrer Hörsäle, schon ein halbes Jahr vor ihrer nominellen Aufhebung, ein sanftes Ende gemacht. Nach rückwärts wie nach vorwärts beleuchtet sie die Tage der Wiedergeburt und der Erhebung.

Wer gewohnt ist, sich über die Wurzeln seines Daseins Rechenschaft zu geben, bedarf nicht solcher festlicher Gedenktage. Für Nationen wie für das Individuum gilt der Satz: Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt. Nichts scheint natürlicher als die neugierige Frage des Enkels, wie es in der Welt wohl ausgesehen hat, als der Großvater die Großmutter nahm. Gesellt sich noch Ahnenstolz und ein starkes Nationalgefühl hinzu, so erwacht wohl der Wunsch, teure Säkularerinnerungen gemeinsam zu begehen. Die ungeheuren Weltveränderungen des Zeitalters Napoleon Bonapartes, eine große Zeit und ein großes Geschlecht haben uns schon seit Jahren in eine Aera der Jahrhundertfeiern hineingestellt. Sie würden dem geschichtlichen Sinn und der Pietät unsres Volkes das ehrendste Zeugnis ausstellen, wenn in ethischen Fragen die Statistik das letzte Wort hätte. Das fühlt wohl jeder, daß wir heute nichts mehr gemein haben mit jener berechtigten sorglosen Feuchtfröhlichkeit der Sieger von 1870, die, in ihre rheinischen Friedensgarnisonen zurückgekehrt, jeden Schlachttag mit noch unverfälschtem

[1] Rede, gehalten am 3. Februar bei der Erinnerungsfeier der Universität Halle.

Digitized by Google

Rheinweine begossen, und wenn der Siegeskalender eine Lücke zeigte, rasch entschlossen Marathon oder die Varusschlacht feierten. Auch die Zeit jener Art von Festberauschung, vor der Gottfried Keller sein Schweizervolk in seinem Martin Salander gewarnt hat, liegt eigentlich hinter uns. Auch unsre Feste laufen gegenwärtig auf jenem Schwungrade des Kampfes ums Dasein, den der heute tonangebende Amerikaner kürzer, aber ehrlicher „business" nennt. Unter der Herrschaft des Götzen Alltag ganz mit der Trivialität des Heute beschäftigt, feiern wir unsre Feste vielfach, um sie rasch abzumachen. In der Jahresbilanz des nationalen Haushaltes findet man sie unter dem Geschäftsgewinn der Wirte, der Verleger und fingerfertiger Schriftsteller. Von allen Kindern Saturns werden sie am schnellsten verschlungen, um neuen Reklamebildern Platz zu machen.

Auf dieser öden Zeitmühle zu mahlen, kann unsern deutschen Hochschulen und kann dem Historiker nicht zugemutet werden. Wenn eine Säkularfeier einen Sinn haben soll, so darf sie sich nicht auf die Erinnerung an gewesenes Sein und vergangene Männertaten beschränken. Die Aufdeckung der Wurzeln unsres eignen Seins muß zur Selbsterkenntnis führen. Selbsterkenntnis aber heißt allemal, daß uns der Weg, den wir gekommen sind, dazu auffordert, uns über die Weiterreise Gedanken zu machen. Wem der historische Enthusiasmus nicht mehr ist als ein Zweckessen mit seinen Trinksprüchen, wer nie danach verlangt hat, den kleinen Ring seines Lebens in unsres Daseins unendliche Kette einzureihen, dem geht gerade das verloren, was uns in dieser ernsten Stunde über den grauen Werkeltag erheben soll.

Als vor sieben Jahren ganz Deutschland sich erinnerte, daß ein Jahrhundert seit Schillers Sterbetag verflossen sei, mußten wir uns gestehen, daß die Säkularfeier seiner Geburt von 1859 schlechterdings nicht zu überbieten sei. Die nationale Bewegung des Jahres 1848 war im Sande verlaufen. Alle Hoffnungen der patriotischen Schwärmer für Deutschlands Einheit und Macht lagen zu Boden. Das Stichwort für den Helden und Führer der Nation war noch nicht gesprochen. Die Erinnerungen an die Paulskirche, von Anfang an getrübt, begannen bereits zu verblassen. Da pflanzte mit einem Male 1859 die Schillerfeier die Standarte des Idealismus auf. So weit die deutsche Zunge klingt, weckte sie einen Widerhall, wohl vergleichbar dem preußischen Echo des Aufrufes „An mein Volk". Die zersplitterte, soeben noch ohnmächtige Nation fand sich selbst wieder in der Erinnerung an den Dichter, der sie so eindringlich wie kein Sänger vor oder nach ihm auf die ewigen und unveräußerlichen Güter und Rechte verwiesen hatte.

Vier Jahre später ist dieses einige Volk von Brüdern nicht wieder zu erkennen, als der Stundenzeiger der Weltgeschichte den Ablauf eines halben Jahrhunderts seit der Erhebung von 1813 ankündigt. Vergebens hatte ein so glaubenswerter Mann wie Ludwig Häusser der Nation ins Gedächtnis zurückgerufen, daß in erster Reihe die Großtaten des preußischen Volkes in Waffen die französische Revolution in ihr altes Strombett zurückgedrängt und uns

Digitized by Google

Deutsche von der Fremdherrschaft befreit hatten. Außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle stieß gerade der preußische Grundcharakter der Feier auch die Anhänger der erbkaiserlichen Partei zurück. In Preußen legte sich der Verfassungskonflikt zwischen Krone und Parlament wie ein Mehltau auf die festlichen Zurüstungen. Wohl begrüßte die Veteranen von 1813 brausender Jubel, als sie, nach den alten Verbänden der Korps von Bülow und Yorck geordnet, an der Spitze die Ritter des Eisernen Kreuzes, geführt von dem alten Wrangel, am 17. März 1863 durch die Linden marschierten. Vor der Schloßrampe aber blieb bei der Grundsteinlegung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. der für die Gewerke freigehaltene Raum leer. Kein Innungszeichen, nur Fahnen und Standarten waren zu sehen, als König Wilhelm die Kampfgenossen seiner Jugend begrüßte und die Reihe der Hammerschläge an den sechsjährigen Enkel des Monarchen, Prinz Wilhelm, unsern Kaiser, und den Konfliktsminister Otto v. Bismarck kamen. Nicht nur das liberale Bürgertum, auch die preußischen Jahrbücher standen grollend zur Seite, weil sie der Regierung vorwarfen, an der Zerstörung der Grundlage der 1813 geborenen Heeresverfassung zu arbeiten. Wohin man in Deutschland blickte, alles schien nur zu bestätigen, was Goethe im Februar 1814, während noch allenthalben die Freudenfeuer flammten, vorausgesagt hatte. Nur durch ein Wunder, hatte Goethe gemeint, wäre unsre politische und religiöse Einigung zu bewirken, „wenn es nämlich Gott gefiele, in Einer Nacht den sämtlichen Gliedern deutscher Nation die Gabe zu verleihen, daß sie am andern Morgen einander nach Verdienst schätzen könnten. Da nun aber dies nicht zu erwarten stehe, so habe er alle Hoffnung aufgegeben und fürchte, daß sie nach wie vor sich verkennen, mißachten, hindern, verspäten, verfolgen und beschädigen würden".

Gilt es also heute recht eigentlich nachzuholen, was unsre Väter 1863 versäumt, getrübt oder verdorben haben, so lösen wir damit nicht nur eine Ehrenschuld gegen die Führer, die sieben Jahre später die Träume von 1848 erfüllen sollten, wir lernen nicht nur unsre Väter und Brüder verstehen, die jenen Führern auf das wiedererweckte Blücherkommando „Vorwärts" gefolgt sind, wir werden uns vor allem selbst darüber klar, welche Mächte sich 1813 wie 1870 zusammenfanden, was sie uns waren, was sie uns sind, und was sie uns sein werden.

Die Frage, was des Deutschen Vaterland sei, konnte vor hundert Jahren ein Dichter leichter beantworten als ein Politiker. Wir nehmen uns heute kaum die Mühe, uns das Kartenbild Deutschlands in der Zeit des ersten Kaiserreiches einzuprägen. Denn wir sagen uns, das konnte nicht Bestand haben. Das Königreich Westfalen und das Großherzogtum Frankfurt erscheinen uns wie eine politische contradictio in adjecto. Man begreift es kaum, daß Napoleon mit der Beseitigung aller nationalen Grenzscheiden und mit der Schaffung leichtgezimmerter Vasallenstaaten etwas Dauerndes zu schaffen wähnte. Nichtsdestoweniger hat ein beträchtlicher Teil der staatlichen Bildungen jenes Zeitalters den Sturz des Imperators überlebt. Unter den süddeutschen Rheinbundstaaten war zum mindesten das neue badische Großherzogtum, der Elefantenrüssel, wie

Digitized by Google

es Bismarck einmal genannt hat, ebenso willkürlich zusammengesetzt, wie das Königreich Westfalen. Wenn auch Jérôme der einzige Napoleonide unter den Rheinbundfürsten blieb, so nistete sich doch die Sippe des Kaisers an den süddeutschen Höfen ein. Durch die Revolution hatte sich Frankreich Elsaß-Lothringen zum zweitenmal erobert. Durch Napoleons Grenzerweiterung war die heutige Rheinprovinz auf dem besten Wege, ein zweites französisches Elsaß zu werden. So gut sich unter dem Zepter der Wittelsbacher Franken, Schwaben und Pfälzer mit den Altbayern im Laufe weniger Jahrzehnte zu einem bayrischen Volk verschmolzen haben, hätte wohl auch Kassel der dauernde Zentralsitz eines nordwestdeutschen Staates werden können. Die staatenbildende Kraft hielt bei Napoleon dem Triebe, einzureißen, völlig die Wage. Das Baufieber hat keineswegs nur den preußischen Staat in der Zeit seiner Wiedergeburt erfaßt. In allen neuen französischen Provinzen und in allen Vasallenstaaten des Imperators ist man kaum minder eifrig an der Arbeit gewesen, mit dem Schutte des Mittelalters aufzuräumen, dem größer gewordenen Staate die größere moderne Basis zu geben, Kleinbetrieb durch Großbetrieb zu ersetzen. So kurz die Realität des Königreichs Westfalen gewesen ist, war sie doch noch 1812 eine Realität, mit der sich zur Entrüstung des Freiherrn v. Stein selbst so hohenzollerntreue Männer wie der Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle, Professor Niemeyer, abfanden. Wie Italien noch von 1815 bis 1859 ein geographischer Begriff geblieben ist, schien 1812 alles darauf hinzudeuten, daß es sich mit Deutschland in absehbarer Zeit nicht anders verhalten würde.

Denn darüber dürfen wir uns keiner Selbsttäuschung hingeben, daß es vor Napoleon eine deutschnationale Politik überhaupt nicht gegeben hat. Solange das Reich seine Glieder äußerlich zusammenhielt, war Deutschland immerhin noch ein politischer Begriff. Aber die Form war längst ohne Inhalt. Jedes Territorium trieb territoriale Politik. Je größer, je waffenmächtiger und geistesmächtiger es war, desto größer war auch im achtzehnten Jahrhundert der in seiner Territorialpolitik enthaltene Bruchteil einer künftigen deutschen Politik gewesen. Der Reichsstädter Goethe hatte das empfunden, als er das Schlagwort der Fritzischen Gesinnung prägte. Die territoriale Reichspolitik Kaiser Josefs II. einigte im Fürstenbunde unter der Führung des alten Fritz Kleindeutschland gegen den dynastischen Völkerstaat Oesterreich-Ungarn. Preußen war auf dem Wege zur deutschen Vormacht gewesen, als es durch die dritte der polnischen Teilungen aus seiner natürlichen Bahn gedrängt wurde. Aus dem reindeutschen Staate Friedrichs des Großen war seit der Erwerbung Südpreußens mit Warschau ein Völkerstaat geworden, wie das Reich der Habsburger. Die Rheinbundstaaten sind nicht die ersten gewesen, die in dem Schiffbruch des alten Europa und des alten Reiches nur für sich selbst sorgten. Das böse Beispiel hatten seit Beginn der Revolutionskriege die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen gegeben. Die Demarkationslinie des Baseler Friedens von 1795 lieferte alle außerhalb der territorialen Einflußzone Preußens gelegenen deutschen Lande den kriegführenden Mächten aus. Deutschland zerfiel in seine Atome.

Digitized by Google

Jenes Bruchteil einer künftigen deutschen Politik war vor 1806 in Berlin ebenso unsichtbar geworden wie in Dresden, Stuttgart oder München.

Der in jenen Jahren erstarkenden gemeindeutschen Kultur fehlte daher der staatliche Rückhalt, den sie früher in der Verkörperung des preußischen Staates durch den König der Könige, durch Friedrich den Großen, besessen hatte. Ihr Vaterland war die Welt der Gedanken. Hier fühlte sie sich stark genug, die Invasion der französischen Aufklärung zurückzuschlagen und ihre eigne milde Herrschaft auszubreiten. In der Welt der Wirklichkeiten lief unsre Kultur Gefahr, von demselben Schicksal ereilt zu werden, das der italienischen Renaissance drei Jahrhunderte früher der Einzug der spanisch-jesuitischen Fremdherrschaft auf der apenninischen Halbinsel bereitet hatte.

Da brachte unserm Volke die Rettung, was man damals als den Anfang vom Ende angesehen hat. Die Jenaer Katastrophe und der Tilsiter Friede verwandelten die preußische Großmacht in einen von der Gnade Napoleons abhängigen Mittelstaat. Das Heer des König-Connetable, die Waffe Friedrichs des Großen war zerschlagen, sein Staat war zertrümmert. In den Stücken des Friedrichsschwertes aber erkannte man die Härte des Stahles wieder, und der von Südpreußen befreite Trümmerrest gewann den verlorengegangenen reindeutschen Charakter dieses Staates zurück.

So kam es, daß die Wiedergeburt Preußens in der Zeit der Stein- und Hardenbergschen Reformen die Wiedergeburt der deutschen Nation vorbereitete. An staatlichen Aufgaben war damals in ganz Deutschland kein Mangel. Ueberall galt es, den Staat dem neuen Zeitalter anzupassen. Ueberall galt es, heterogene Elemente zusammenzufassen, Heer und Finanzen neu zu ordnen. Jedes politische Talent hatte freie Bahn. Wer zu organisieren verstand, wurde durch die außerordentliche Zeit vor lockende außerordentliche Aufgaben gestellt. Welcher Nationalität er selbst angehörte, kam dabei nicht in Betracht. Der Baumeister des Königreichs Bayern ist der Savoyarde Graf Montgelas geworden. Nur in Preußen verlangte die Natur der Aufgabe, daß die Neuordner des Staates Deutsche waren. Ohne daß von Friedrich, dem bei Jena scheinbar geschlagenen, viel die Rede gewesen wäre, begann sein Staat wieder seine alte politische Anziehungskraft auf Gesamtdeutschland auszuüben.

Heute gibt es in Deutschland keine Napoleonhasser mehr. In Süddeutschland und am Rheine, wo er nicht nur Erwecker, sondern auch Neuordner gewesen ist, sind seine Bewunderer niemals ausgestorben. In der Volksvorstellung der Generation von 1870 wurde der Neffe des großen Korsen, Napoleon III., als die geeinigte Nation wieder gegen napoleonische Teufeleien zu Felde zog, mit germanischer Gutmütigkeit zum dummen Teufel degradiert. Den ersten Napoleon hat die deutsche Geschichtsschreibung unsrer Tage vielleicht zu sehr erhöht, als sie in dem Kaiser mit geheimer Sympathie den Organisator des Widerstandes gegen die Meertyrannei Englands entdeckte. Napoleon ist nicht die unsern Voreltern unbegreifliche „Eroberungsbestie“ gewesen. Er hat den Gegensatz gegen England von der Revolution und von der bourbonischen

Digitized by Google

Monarchie geerbt und in ein politisches System von grandioser Folgerichtigkeit gebracht. Den Zwingherren des Weltmeeres auf ihrem Elemente nicht gewachsen, suchte er sich zum Zwingherrn des Kontinents zu machen, um England von den Quellen seines Reichtums auszusperren. Nicht der Größenwahnsinn hat ihn nach Moskau geführt. Der Untergang der großen Armee war an sich kein Titanensturz. Karl XII. von Schweden hat bei seinen abenteuerlichen Zügen nach der Ukraine wie ein Schiffskapitän gehandelt, der sich mit einer Segelbarke ohne Kompaß und ohne Proviant auf die hohe See hinauswagt. Napoleon hatte für seine militärische Operationsbasis in jeder Weise gesorgt. Sein Unternehmen ist nicht an der Maßlosigkeit seiner Entwürfe, sondern an dem damaligen Stande der Technik gescheitert. Im Zeitalter der Eisenbahnen wäre eine ähnliche Katastrophe undenkbar.

Nur in einem hatte es der Kaiser, als er sich seine Operationsbasis gegen Rußland schuf, gründlich versehen. In dem Lehrbuche für Usurpatoren und Eroberer, dem Principe Machiavellis, steht der grausame Satz: Willst du eine eroberte Stadt sicher besitzen, so zerstöre sie. Aus der Sprache des sechzehnten Jahrhunderts in die Sprache der Neuzeit übersetzt, und aus den kleinstaatlichen italienischen Verhältnissen in die große moderne Staatenwelt übertragen, hätte der Satz für den großen Schüler des Florentiners lauten müssen: Wenn du Preußen deinen Zwecken dienstbar machen willst, so vernichte den preußischen Staat. Auch den Rheinbundstaaten war Napoleon ein Unterdrücker, aber er hat sie geschaffen oder ausgebaut, und er hat ihre Dynastien erhöht. Wenn Preußen als Großmacht sich diesem System nicht einordnen ließ, durfte es nicht weiter existieren, durfte es nicht als verstümmelter und mißhandelter Mittelstaat die Vorhut des französischen Rheinbundes gegen Rußland werden. Ludwig XIV. dachte durch Verwüstung der Pfalz zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche eine Wüste zu schaffen. Napoleon glaubte Friedrich Wilhelm III. zur Heeresfolge gegen Rußland zwingen zu können, ohne eine andre sichere Garantie für seine Bundestreue zu haben, als die vorgeschobenen französischen Garnisonen. Für die Erhebung von 1813 hat der Untergang der großen Armee also nur die Bedeutung des Signales. Ihre Wurzel und zugleich die wahre Ursache des Titanensturzes ist der Tilsiter Friede von 1807 gewesen.

Ein Zwingherr darf nur innerhalb seines völlig bezwungenen Herrschaftsgebietes ungestraft denken: oderint, dum metuant. Auf Okkupationsgebiete und Einflußzonen angewandt, wird diese alte Tyrannenmaxime zur Waffe, die sich gegen ihren Träger kehrt. Die erste Welle des Hasses brandete Napoleon in Spanien entgegen. Sie hat seinen englischen Todfeinden den gesperrten Kontinent an seiner Südwestspitze geöffnet. Der zweite Wellenberg erhob sich in Preußen. Die spanische Welle würde sich, ohne Napoleons Reich zu zerstören, an dem Damme der Pyrenäen gebrochen haben. Die preußische Springflut durchbrach seine deutschen Dämme und vermischte sich mit den entgegenflutenden Gewässern.

Schon der Dichter von „Hermann und Dorothea“ hatte die entschlossenen

Digitized by Google

Völker gepriesen, „die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen". Entschlossenere Völker als die Spanier und die Tiroler Bauern hat es nie gegeben. Was die preußische Erhebung kennzeichnet, ist die Vereinigung des Naturwüchsigen, Wurzelhaften, Elementaren mit höchster geistiger Kultur. Der König haßt in Napoleon den Zerstörer seines Staates und den Todfeind seiner Dynastie. Edelmann, Bürger und Bauer hassen den Vernichter ihres Wohlstandes. Allen aber brennt die Schmach der Niederlage des friderizianischen Heeres und der schimpflichen Kapitulationen auf die Seele. Der Aufruf „An mein Volk" wendet sich an Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern. Auch das Königstestament Friedrichs spricht von diesen Stämmen, aber er beschränkt sich auf die Charakteristik des Adels, der Stütze seines Regiments. Der große König weiß am Vorabend des Siebenjährigen Krieges noch nicht, daß er der Schöpfer eines preußischen Volkes werden sollte. Auch seine Nachfolger wissen es nicht. Erst die Zeit der Erhebung macht es weltkundig. Gemeinsames Leiden erzeugt gemeinsamen Haß. Aber dieser Haß ist nicht blind wie in Spanien oder in Tirol. Hinter ihm steht die aufgesparte Schöpferkraft des Volksgeistes. Er verbündet sich mit allem, was dem Deutschen jener Tage heilig ist, mit der Weltbürgerlichkeit, mit dem Idealismus, ja mit der Poesie. Der spanische Haß hat wilde Greueltaten geboren. Heinrich v. Kleist hat die schreckliche Szene der Ermordung und Zerstückelung des geschändeten Cheruskermädchens nur gedichtet.

Nur ein Goethe durfte es wagen, seinen eignen Weg zu gehen. Er ist 1808 in Erfurt dem Imperator als Herr der deutschen Geistesgroßmacht gegenübergetreten. Er hat noch im Sommer 1812 seine Kunst in den Dienst der Diplomatie gestellt, als er in Karlsbad dem Schlachtenkaiser durch seine Gemahlin sagen ließ: „Der alles wollen kann, will auch den Frieden." Das Bekenntnis seines Epimenides: „doch schäm' ich mich der Ruhestunden" trifft doch eigentlich auf ihn nicht zu. An der Erhebung hat er nicht teilgenommen, weil er sich bereits über sie erhoben hatte. Die Weltbürger aber machten, wie der Redner an die deutsche Nation Fichte, jetzt erst die Erfahrung, daß es „so etwas wie deutsche Vaterlandsliebe gibt", während den Reichsfreiherrn v. Stein der aus dem Franzosenhaß genährte, an Justus Möser und den jungen Goethe erinnernde leidenschaftliche Ehrgeiz packte, der Welt zu beweisen, wie ein wurzelechter deutscher Staat für Deutsche aufgebaut werden müßte.

Wer könnte sich unterfangen, den unvergleichlichen Reichtum jener wundervollen Zeit in knappe Worte zu bannen. So viel ist klar. Hier trafen Elemente zum ersten Male zusammen, die sich von Haus aus fremd waren und der Vermischung widerstrebten. Friedrich Wilhelm III. lebte in dem zu eng gewordenen Vorstellungskreise der Territorialpolitik. Stein ist ein Deutscher gewesen, ehe es ein Deutschland gab. Dem hohen Geistesfluge seiner Berater hat der König nicht zu folgen vermocht. Auch ist es seiner trocknen Natur nicht gegeben gewesen, wie sein Sohn Wilhelm I. der Freund seiner genialen Diener zu werden. Was an Schwung in ihm war, ist in dem lichtumflossenen Namen Luise ent-

Digitized by Google

halten. Aber für die Bedürfnisse des friderizianischen Staates hatte er doch den richtigen Instinkt, um zur rechten Zeit zu bremsen. Selbst Steins Scharfblick hat sich über die Wirkungen seiner inneren Politik mehrfach getäuscht. Was damals anders ausfiel, als es gedacht war, wie die Bauernbefreiung, das hat die spätere Zeit bis auf den heutigen Tag nicht zurechtzurücken vermocht. Im ganzen aber ist es doch die letzte große Leistung des preußischen Absolutismus geworden, die im konstitutionellen Staate ohne Revolution nicht durchführbar wäre, daß er im Bunde mit dem deutschen Idealismus eines Stein und der deutschen Weltbürgerlichkeit eines Wilhelm v. Humboldt das preußische Volk auch gesetzlich zu einem Volke gemacht hat.

Ein solches Volk aber kann nicht erliegen, weil seine Erhebung kein wilder Guerillakrieg ist. Die verwegensten Ratschläge sind zwischen 1807 und 1812 an Friedrich Wilhelm III. von nichtpreußischer Seite herangetreten. Deutsch-patriotische Verzweiflung mutete seinem Staate das Unmögliche zu. Zum Handeln gezwungen hat ihn zur rechten Stunde ein Altpreuße. Nicht umsonst hatte Friedrich der Große seinen Nachfolgern empfohlen, den Offiziersstand zu ehren, weil von einem Oberst das Schicksal des Staates abhängen könne. Alle Versuche, Yorck zu dem subalternen Vollstrecker königlicher Befehle herabzudrücken, scheitern an der Tatsache, daß seine Instruktion, „nach den Umständen zu handeln", die Verantwortung, die man in Berlin nicht übernehmen wollte, dem Generale zuschob. Die Konvention von Tauroggen war der erste Schritt zur Lösung der erzwungenen Allianz mit Napoleon. Die Entschlußkraft hat Yorck gefunden, als er sich überzeugte, daß er nur seinen Kopf daran wagte, wenn er in dem Heere den Staat rettete. Bei Wartenburg hat er als Methodiker der alten Schule geknurrt, als ihm Gneisenau den kühnen Elbübergang zumutete. Ein Feldherr im höheren Sinne war er nicht, aber er war ein preußischer Offizier und ein ganzer Mann. In der deutschen Geschichte aber wird er fortleben, nicht als der offizielle Yorck von Wartenburg, sondern als der Held von Tauroggen, der wie Roland Schildträger den Riesen erschlägt, derweil sein Vater schläft.

Das Volk aber folgte dem Beispiele dieses gottesfürchtigen, königstreuen Soldaten. Es wartete ab, handelte selbständig, verzweifelte und verzagte nicht, als die Weltlage, die Kriegslage und die allzu vorsichtige Politik Hardenbergs der ersten Begeisterung eine Zeit der schwersten Prüfungen folgen ließ. Wir sind 1870 von Sieg zu Sieg geführt worden. Landwehr und Linie von 1813 mußten das Siegen erst lernen. Was sie unüberwindlich gemacht hat, war die Hingebung von hoch und niedrig, von arm und reich, von alt und jung, die hinter den Fechtenden stand. Die Ausnahmen, die nicht ihr Letztes opfern wollten, sind zu zählen. Den Kleinmut der Berliner Stadtväter beschämte der Eifer der Landsturmkompagnie der Professoren, unter denen auch zwei ehemalige Zierden Halles, der Homeride Friedrich August Wolff und der Athener Boeckh, ihre Zeit zwischen Klassikern und Waffendienst teilten. Die Dorfkirchen Norddeutschlands sind nüchtern und ärmlich, aber sie besitzen einen Schmuck, wie ihn kein stolzer Dom aufzuweisen hat, in den zerschlissenen Fahnen aus jener Zeit.

Digitized by Google

Wenn ein leiser Luftzug ihre Bänder bewegt, erzählen sie uns von Frauentränen, aber auch von einer Weihe, die aus tiefstem Schmerz die Gemüter aufrichtete und immer wieder hinan und vorwärts führte. Das letzte Wort aber in diesem herrlichsten aller Kriege hat der ehrliche Haß des Preußenvolkes gesprochen, als Napoleon nach Belle-Alliance der wilden, atemlosen Jagd Gneisenaus nur mit Zurücklassung seines Wagens, seines Hutes und Degens entrinnen konnte.

Daß auf einen solchen Aufschwung müdere Zeiten folgen mußten, liegt in der Natur der menschlichen Dinge. Zwei Errungenschaften von 1813 aber blieben unverloren, der Glaube an eine deutsche Mission dieses Preußens und der Glaube an das Volk in Waffen. 1863 ist noch ein Höhepunkt der deutsch-babylonischen Sprachverwirrung. Deutsche Eigenart und die Sünden der vorausgegangenen Regierung Friedrich Wilhelms IV. verschuldeten das Mißverständnis des Verfassungskonfliktes. Die 1813 geborene Zumutung, daß Preußen in Deutschland aufgehen müsse, ging zu weit und war verfrüht, solange das deutsche Volk nicht in dem preußischen Volk in Waffen aufgegangen war. Die außerpreußische Teilnahmlosigkeit bei der ersten Erinnerungsfeier wird uns heute durch die Tatsache erklärt, daß die preußische Landwehr von 1813 nach langem Ringen und kurzer Blutsbrüderschaft mit den schlachtgewohnten Rheinbundsoldaten noch nicht zur militärischen Erzieherin Gesamtdeutschlands geworden war. Das wurde erst das Heer König Wilhelms, die friderizianische Erneuerung der von Scharnhorst und Boyen neugeschaffenen preußischen Waffenmacht. Der Klugheit Bismarcks aber danken wir es, daß zwischen der Lektion von 1866 und der Blutsbrüderschaft von 1870 vier Jahre Atempause waren. Nur so konnte es gelingen, daß die in den vier Friedensjahren begonnene Erziehung zur preußischen Heereszucht vor dem Feinde vollendet wurde.

Seitdem sind über vier Jahrzehnte des Friedens verflossen. Das Deutsche Reich hat gehalten, was die Kaiserproklamation von Versailles versprochen hatte. Wir aber haben uns zu prüfen, ob wir das Erbe der Väter auch innerlich zu dauerndem Besitze erworben haben. Von allen Sorgen, die sich dem Patrioten aufdrängen, lassen Sie mich nur eine berühren. Die 1888 gesprochenen Worte Bismarcks: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“ waren schon damals keine Feststellung, sondern ein Postulat des Reichsgründers. Wenn aber heute, nachdem wir in zweiundvierzig Jahren der Welt doch wahrlich bewiesen haben, daß wir keine Händelsucher sind, bei jeder Gelegenheit ganz überflüssig unsre Friedensliebe beteuert wird, erhebt sich die bange Frage, ob sich dahinter nicht eine des deutschen Volkes gänzlich unwürdige Kriegsfurcht verbirgt. Die Schrecken des Krieges hat das deutsche Volk vor hundert Jahren besser gekannt als wir Epigonen. Goethe hatte dem Dämon des Krieges leibhaft ins Auge geschaut, als er zum Friedensboten wurde. Ist es nur der Einsatz des Lebens, der uns schreckt, oder ist es nicht die Verweichlichung einer in allen materiellen Dingen hochgesteigerten Kultur? Haben wir uns nicht, weil heute kein Hund wie unsre bescheidenen Voreltern leben möchte, allzusehr der Magie

Digitized by Google

der Industrie ergeben? Verstehen wir überhaupt noch die Sprache und das Fühlen unsrer Voreltern? Schätzen wir nicht materielle Genüsse höher als geistige? Verschmachten wir nicht im Genusse vor Begierde? Sind unsre Frauen nicht mehr bereit, Eisen für Gold zu empfangen, wie die Bräute von 1813, als sie ihre Trauringe opferten? Mit einem Worte, trägt unser Zeitalter nicht trotz aller Rastlosigkeit und Erfinderischkeit des Menschengeistes den Stempel der Verfallzeit?

Das Prophezeien ist nicht das Amt des Historikers. Er will in seiner Weise zur Selbsterkenntnis führen, und er scheut sich nicht, den Stachel tief einzusenken in die Seele seiner Hörer. Aber er kennt kein Sodom und Gomorrha. Er hat es mit dem Dichter gemein, daß auch er „im Enkel die ehemals geliebten stillredenden Züge des Ahnherrn" zu entdecken versucht.

Einer der wenigen echten Poeten, die uns Technik und Industrie noch gegönnt haben, läßt in seiner jüngsten Dichtung seinen aus doppeltem Schiffbruch nach Amerika verschlagenen Helden mit verdoppelter Sehnsucht aus dem Lande der Wolkenkratzer und der Trusts in seine Heimat zurückkehren. An der Elbmündung gelandet, hört er andächtig „über den nahen unendlichen Saatfeldern Tausende und aber Tausende von Lerchen trillern". Das ist Deutschland, sagt er.

Lassen wir ihn noch ein Stück weiter landeinwärts wandern. Von weitem ertönt Gesang. Der feste Rhythmus hat uns schon lange, bevor wir die festen Männertritte hörten, verraten, daß es ein Marschlied ist. Das ist unser Volk in Waffen.

Wir bilden uns nicht ein, das Privileg der besten Soldaten zu besitzen. „Mut hat auch der Mameluck." Die russische Ausdauer und der französische Elan sind in ihrer Art konkurrenzlose Nationaltugenden. Das Marschlied aber wie es ist, mit seinem Vorwärtstempo, nicht immer zimmerrein, aber frisch wie Vogelsang, besitzt kein andres Volk. Das ist Deutschland.

Und schon ertönt ein neuer Klang. Querpfeifen und Trommeln scheinen wiederum eine Kompagnie Soldaten anzukündigen. Beim Näherkommen entpuppen sie sich als unsre kleinen Pfadfinder. Das ist der in Erfüllung gegangene Herzenswunsch Gneisenaus. Der militärische Erzieher hat wieder einmal die Schulmeister ausgestochen. Nur ein Philister kann ungerührt bleiben, wenn er die Bengels fröhlich zu ihren Appellplätzen eilen sieht. Hier bedarf es keines Sporns, weil es keine Unlustigen gibt. Hier erinnert auch nichts an das ausländische Gewächs des Sportes. Der greise Feldmarschall, dem vor allem wir das verdanken, hat hier die verdiente Entschädigung für die der Türkenerziehung gebrachten Opfer gefunden. Mit Fug und Recht dürfen wir uns das Wort zu eigen machen, das ein mittelalterlicher deutscher König gesprochen hat, als ihm die Kinder einer Stadt, mit den Reichsfarben geschmückt, entgegengeführt wurden: „Da blüht uns eine neue Welt."

Das Wahrzeichen von 1813, das Eiserne Kreuz, ist 1870 erneuert worden. Auch der Rahmen, den der Reichsbaumeister um Kaiser und Reich gelegt hat,

Digitized by Google

ist von Erz. Was uns heute noch fehlt, das hat uns Goethe schon vor hundert Jahren gewünscht:

„Und so genießt das höchste Glück hinieden,
Nach hartem äußern Kampf den innern Frieden."

Aus Lerchentriller, aus Soldatenlied und dem Anblick Jungdeutschlands wollen wir die Hoffnung schöpfen, daß wir auch das Marschieren auf dem von Goethes Zeitalter gewiesenen Weg zum reinen Menschentume trotz Materialismus, trotz politischem und religiösem Parteihader nicht verlernen.

Dann aber darf jener aus dem Eisen von 1813 geschmiedete Rahmen von 1870 niemals zum Prunkrahmen werden. So wie er 1870 geschmiedet wurde, so soll er bleiben. In ihn legen wir alles hinein, was wir in treuer Erinnerung an unsern eisernen Kanzler in die Worte zusammenfassen: „Deutschland über alles, über alles in der Welt."

Graf Aehrenthal

Ein Gedenkblatt

Von

Dr. Freiherr v. Jettel

Westlich von Leitmeritz, in den fruchtbaren Niederungen, die sich längs des vulkanischen böhmischen Mittelgebirges hinziehen, liegt Doxan, ein weitläufiger, von Mauern umgebener Gebäudekomplex, der um das im reichsten Barockstil gehaltene Schloß und die daran angrenzende Kirche gelagert ist. Gertrudis, die Tochter des Babenbergers Leopold VI., die sich später mit Ladislaus, König von Böhmen und Mähren vermählte, hat an dieser Stelle im Jahre 1144 ein Kloster gestiftet, das zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts von Kaiser Josef II. aufgehoben wurde. In der an das Schloß unmittelbar angrenzenden Gruft, einem ernsten romanischen Bau, wurde vor Jahresfrist der am 17. Februar 1912 verstorbene österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Alois Graf Aehrenthal beigesetzt, an der Seite seiner Eltern und zweier ihm im Tode vorangegangenen Schwestern seines Vaters.

Ungleich seinen unmittelbaren Vorgängern im Amte, die, trotz allen Wandlungen der inneren Politik, durch eine längere Reihe von Jahren die auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie geleitet hatten — Graf Kalnoky war vierzehn Jahre, Graf Goluchowski fast zwölf Jahre Minister —, war es Aehrenthal nur wenig über fünf Jahre gegönnt, dieses Amt zu versehen, aber es waren Jahre ernster Arbeit, folgenschwerer Entschließungen und dauernder Erfolge. Noch ist die Zeit nicht gekommen, sein Wirken und Schaffen eingehender zu würdigen. Allein die erstmalige Wiederkehr des Todestages eines Mannes, dem Oesterreich-Ungarn nicht nur einen Gebietszuwachs, sondern auch ein Wiedererwachen seines Selbstvertrauens und ein erhöhtes Ansehen bei den andern Mächten verdankt, soll nicht vorübergehen, ohne ein Wort des Gedenkens, gar in unsrer schnellebigen Zeit, die selbst große Verdienste bald zu vergessen geneigt ist.

In einem Briefe an einen Wiener Freund schrieb Aehrenthal wenige Tage nach dem Tode des damaligen russischen Botschafters in Wien, Grafen Kapnist (Dezember 1904), er sei peinlich davon berührt, wie schnell man in St. Petersburg über dessen Tod zur Tages-

Digitized by Google

ordnung übergegangen sei. „Ich habe schon öfter beobachtet," heißt es dann wörtlich, „daß wirklich vornehme Naturen, die sich mit der Sache identifizieren und jede Reklame vermeiden, wenn das Sterbeglöcklein erklingt, wie in einer Versenkung verschwinden."

Diese Charakteristik paßt durchaus auf Aehrenthal. Auch er hatte nur die Sache, der er diente, im Auge, nie seine eigne Person. Und diese Sache war das Wohl seines geliebten Vaterlandes. „Groß, mächtig und unabhängig soll Oesterreich-Ungarn sein," sagte er einmal zu einem Freunde auf der Fahrt vom Semmering nach Wien. Und während der Annexionskrise schrieb er an seine vielgeliebte Mutter, die ihm nur vier Monate im Tode verangegangen war: „Von Dir, liebe Mutter, habe ich den unverwüstlichen Glauben an die Lebenskraft und Notwendigkeit Oesterreichs ererbt, und dieses Erbstück hat mich bei den kürzlich getroffenen Entschließungen geleitet." Warme Vaterlandsliebe und festes Vertrauen auf Oesterreich-Ungarns Vitalität waren stets der Leitstern seines Handelns. „Solange ich im Allerhöchsten Dienste stehe, bleibe ich Optimist," heißt es einmal in einem Briefe. Ueber dieses Vertrauen und die volle Hingebung an sein Amt trat die Person Aehrenthals völlig in den Hintergrund; nichts lag ihm ferner als Ehrgeiz oder gar persönliche Eitelkeit. Als infolge des Konfliktes mit Ungarn Gerüchte von der Erschütterung der Stellung des damaligen Ministers des Aeußern, Grafen Goluchowski, auftauchten, schrieb Aehrenthal, zu jener Zeit Botschafter in St. Petersburg, an denselben Wiener Freund, nachdem er die als Nachfolger in Betracht kommenden Persönlichkeiten durchgegangen war: „Hoffentlich werde man an ihn nicht denken; er besitze keinen Ehrgeiz und viel zu wenig von jener Adaptationsfähigkeit, deren man auf diesem Posten nach innen und nach außen bedürfe." Noch an dem Tage, an welchem er, auf telegraphischem Wege nach Wien berufen, vor Seiner Majestät erschien, um das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen, machte er ernste Bedenken gegen seine Ernennung geltend.

Graf Aehrenthal hat keine Memoiren hinterlassen. Aus der Zeit seiner Ministerschaft stammen auch wenige Privatbriefe politischen Inhalts. Ein Mann der Arbeit durch und durch, der von jeher nur für sie gelebt hat, fand er für elegant gedrechselte Stilübungen keine Zeit; noch weniger war er der Mann dazu, der Nachwelt selbst seinen Ruhm zu verkünden. Nach getaner Arbeit wollte er, so äußerte er sich oft, auf dem böhmischen Familienbesitze sich ausruhen; dort dachte er die zahlreichen Werke geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Inhaltes zu lesen, die er im Laufe der Jahre gesammelt, aber nie Zeit gefunden hatte zur Hand zu nehmen, vor allem aber seiner Familie zu leben, seiner Frau und seinen Kindern, die er zärtlich liebte und denen er zu früh entrissen wurde. Sein Traum sollte nicht in Erfüllung gehen; im besten Mannesalter wurde er aus diesem Leben abberufen.

Literarische Berichte

Die Getreidebörse. Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris. Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Der soziale Roman großen Stils, wie ihn Zola mit Titanenhänden formte, hat um die Jahrhundertwende in dem nordamerikanischen Dichter Frank Norris einen Vertreter von glänzender Begabung gehabt, dem leider in der Blüte der Jahre der Tod die Feder aus der Hand nahm, ehe er nach der glücklichen Vollendung der beiden ersten Teile seiner großen Romantrilogie „Das Epos des Weizens" den letzten in Angriff nehmen konnte. So sehr man es zu beklagen hat, daß dieses monumentale Werk nicht zum Abschluß gelangt ist, so dürfen wir uns doch auch des Torsos freuen, um so mehr, als jeder der beiden vorliegenden Teile ein völlig in sich abgeschlossenes Ganzes darstellt und auch ohne den gemeinsamen Rahmen der Trilogie für sich verständlich ist. Norris wollte in dieser eine dichterisch gesehene und gestaltete Geschichte des Weizens von seiner Aussaat in Kalifornien bis zu seinem Verbrauch als Brot in einem Dorf Westeuropas geben. Der erste Teil, „Der Oktopus", ist vor fünf Jahren bereits in deutscher Ueber-

Digitized by Google

setzung erschienen und auch an dieser Stelle kurz gewürdigt worden; jeder, der dieses wahrhaft bedeutende, lebensvolle und im allerbesten Sinne „spannende" Buch gelesen hat, wird sich freuen, nun auch den zweiten Teil in deutscher Ausgabe dargeboten zu sehen. Der Dichter führt uns hier nach Chikago, wo sich an der Getreidebörse ein zweiter gigantischer Kampf um die goldene Frucht des amerikanischen Bodens entspinnt — der Kampf der Spekulation, der hier in allen seinen Phasen mit ungeheurer dramatischer Kraft und packender Anschaulichkeit geschildert wird. Aus diesem furchtbaren Ringen hebt sich als Hauptfigur die Gestalt eines ebenso genialen wie glücklichen Spekulanten heraus, der durch seine unerhörten Erfolge — nicht aus schnöder Gewinnsucht, sondern in dem schrankenlosen Wagemut und elementaren Expansionsdrang der Herrscher- und Eroberernaturen — auf die tollkühne Idee gebracht wird, den gesamten Weizenhandel der Welt in seiner Hand vereinigen zu wollen, aber schließlich von der schwindelnden Höhe seines Glücks jäh herabstürzt und in seinen Sturz unzählige Existenzen mit hineinreißt. Während der „Oktopus" mit dem tragischen, erschütternden Untergang der Weizenbauer oder, wenn man will, mit der furchtbaren „Rache" des Weizens an dem Urheber alles Unglücks schließt, klingt der Roman der Getreidebörse versöhnend aus, indem der Held, durch die treue, aufopfernde Liebe seiner edeln Gattin geläutert und gehalten, sich aus seinem Sturz zu einem neuen Leben erhebt. Auch dieses großartig konzipierte und ausgeführte Werk wird alle Leser mit unvergeßlichen Eindrücken erfüllen und sie zugleich schmerzlich bedauern lassen, daß dem Schaffen seines Urhebers so früh ein Ziel gesetzt worden ist. B—r.

1813—1815. Die deutschen Befreiungskriege in zeitgenössischer Schilderung. Mit Einführungen herausgegeben von Dr. Friedrich Schulze. Gr.-8°. 336 Seiten auf federleichtem Papier, mit 79 Bildern auf 67 Tafeln, 14 farbigen Tafeln und 4 farbigen Karten. R. Voigtländers Verlag in Leipzig. Ungebunden M. 5.—, gebunden M. 6.50.

Die großen Ereignisse des Jahres 1813 läßt der Herausgeber an uns vorüberziehen, nicht in eigner Darstellung, sondern lediglich im Urteil einwandfreier Zeitgenossen, die ihre eignen Erlebnisse erzählen, unter dem unmittelbaren Eindruck der Vorgänge, an denen sie selbst teilgenommen haben. Aeußerungen von Mitstreitern aller Stände und aller Lager, die sonst nur dem Forscher zugänglich und bekannt werden, hat in diesem Werke ein gründlicher Kenner zu einem plastischen Bilde vereinigt, das frisch und lebendig wirkt. Einen besonderen Reiz und echten Zeitcharakter gibt dem Buch auch der treffliche zeitgenössische Bilderschmuck. Es sind Bilder von kulturhistorischer Bedeutung und größter Seltenheit, die sich hier zu einem wertvollen Ganzen vereinigt finden und im Verein mit der übrigen hübschen Ausstattung sowie dem mäßigen Preis dem Buch eine weite Verbreitung sichern werden.

Die englische Verfassung. Von A. Lawrence Lowell, Professor der Staatswissenschaft an der Harvard-Universität. Autorisierte deutsche Ausgabe. Herausgegeben und übersetzt von Regierungsrat Dr. Herr, unter Mithilfe des Regierungsassessors Freiherrn v. Richthofen. Leipzig, Verlag von Veit & Comp.

Auch den Nichtpolitiker und Nichtjuristen wird das Studium der englischen Staatsverfassung stets anziehen und mit Bewunderung erfüllen. Ist es doch der kühnste und gelungenste Versuch — entgegen einem bekannten Bibelwort — auch den neuesten und allerneuesten Wein stets und mit Erfolg in die alten Schläuche zu füllen und so zu zeigen, daß auch die größten Neuerungen unter Aufrechterhaltung der alten Formen und deshalb nach außen kaum merklich möglich sind. Es ist daher ein dankenswertes Unternehmen der Uebersetzer, das in der Ursprache schon in zweiter Auflage vorliegende Werk Lowells nunmehr den deutschen Lesern zugänglich zu machen. Sie beweisen, daß sie sowohl die Sprache des Originals wie auch den Stoff vollständig beherrschen. Nur den Titel hätte man vielleicht im Interesse der Verbreitung des Werkes anders übersetzt gewünscht. Denn Lowell gibt nicht nur eine Darstellung der englischen Verfassung in dem uns geläufigen Sinn, sondern wie der englische Titel „The Government of England" besser erkennen läßt, eine Darstellung des gesamten öffentlichen Rechtes einschließlich des Verwaltungsrechtes, und zwar nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden und, wenn auch abgekürzt, über beide hinausgehend für das Reich. Die Vorzüge des Werkes sind hinlänglich bekannt. Ohne für den englischen Praktiker ein Nachschlagebuch sein zu wollen und zu können, stellt es die schwierige und oft kaum faßbare Materie den gebildeten Lesern aller Nationen in meisterhaft verständlicher Weise dar. Man braucht nur an die Darlegung des so oft verkannten Unterschiedes zwischen Ministerium und Kabinett und die Darstellung der fast verzweifelt verwickelten Gerichtsverfassung zu erinnern. Der Hauptvorzug des Buches ist aber, daß es überall und insbesondere für die Gemeindeverwaltung weit über den Rahmen der Darstellung der Rechtsnormen hinausgeht. Nicht nur wird eine offenbar billig abwägende Kritik der Einrichtungen gegeben, sondern es werden stets deren ge-

Digitized by Google

sellschaftliche und wirtschaftliche Grundlagen und Wirkungen erörtert. Der Leser erhält so einen Einblick in den interessanten gesellschaftlichen Aufbau des großen britischen Staatskörpers, der allein erst seine Gesetze verstehen läßt. Man kann dem Buch weiteste Verbreitung als Lesebuch für alle Gebildeten wünschen. Es wird das Verständnis für englische Verhältnisse und damit naturnotwendig die Ausgleichung der Gegensätze fördern. A. L.

Johannes von Miquels Reden. Herausgegeben von Prof. Dr. W. Schultze und Dr. Friedr. Thimme. Erster Band: 1860 bis 1869. — Von denselben Herausgebern bearbeitet: **Rudolf von Bennigsens Reden.** Erster Band: 1857 bis 1878. Halle a. S., Buchhandlung des Waisenhauses. Jeder Band M. 12.—.

Eine auch in ihrer Ausstattung der Bedeutung dieser großen Staatsmänner und Parlamentarier durchaus entsprechende, mit Sorgfalt und Sachkunde bearbeitete Ausgabe. Sie bringt alle wichtigeren Reden der beiden berühmten Hannoveraner vollständig und in bequem lesbarer Form (durch Beigabe orientierender Einleitungen und erklärender Anmerkungen), so daß sie nicht nur dem Fachmanne, sondern jedem Gebildeten verständlich sind. Ein Verzeichnis enthält dann sämtliche Reden mit kurzer Charakterisierung und Angabe der Stelle, wo sie zu finden sind. Wohlgelungene Bildnisse beider Männer sind beigegeben, ferner dem ersten Bande der Reden Miquels eine biographische Einleitung, während für Bennigsen — nach den Werken A. Kürperts und H. Onckens — den Herausgebern eine kurze Zusammenstellung der äußeren Lebensdaten genügend erschien. Nach der Vollendung beider Werke werden wir auf sie zurückkommen. E. M.

Preußens Geschichte. Von Rudolf Herzog. 8°. 384 Seiten mit 12 farbigen und 11 schwarzen Bildern von Professor Artur Kampf. Buchschmuck und Einband von Professor Georg Belwe. In Originalgeschenkband M. 3.40. Verlag: Quelle und Meyer, Leipzig.

Rudolf Herzog, der viel und gern gelesene Dichter, ist unter die Geschichtschreiber gegangen. Und warum soll einer, der den Leuten schon oft Geschichten erzählt hat, nicht auch einmal von der Zeitgeschichte schreiben? Vor uns liegt der stattliche, reich und schön ausgestattete Band, in dem „Preußens Geschichte" von den grauen Tagen der Völkerwanderung bis zur Jetztzeit in Prosa und Poesie von Rudolf Herzog beschrieben und besungen worden ist. Er selbst sagt in der Einleitung, daß sein Buch ein Buch der Liebe sein soll, der Liebe zur Heimat. Und diese Liebe atmet es von der ersten bis zur letzten Seite, sie gibt den einzelnen Abschnitten Frische und Lebendigkeit, die weit absteht von der trockenen Gelehrsamkeit, der analytischen Kritikertätigkeit, die wir so oft in Werken ähnlichen Genres finden. Alle wichtigen Epochen, alle hervorragenden Herrschergestalten sind hier in der fesselnden Erzählungsweise Herzogs, in seinem feinen Stil geschildert. Man weiß nicht, ob man mehr die packenden, feingemeißelten Porträts der großen Preußenkönige oder die dramatisch bewegten Schilderungen der Schlachten von Fehrbellin, von Torgau, Leuthen, Leipzig, Königgrätz oder Sedan bewundern soll. Wie einen Roman, dessen Handlung wir mit Spannung folgen, lesen wir diese Schilderungen, die uns doch Altbekanntes, aber in ganz neuem Lichte, in neuem Zusammenhang zeigen. Herrliche Balladen unterbrechen zuweilen den Lauf der Darstellung. Gedichte wie „Rheinsberger Tage", „Bei Torgau", „Blücher zieht über den Rhein", „König Wilhelms Heldenschau" und andre mehr werden zu den Perlen patriotischer Dichtung zählen. Aber nicht nur der Inhalt, auch die äußere Ausstattung hebt das Werk aus der Reihe ähnlicher Veröffentlichungen hervor. Professor Kampf, unser bester Historienmaler, hat in schwarzen und farbigen Bildern große Geschehnisse festgehalten. Ein feiner Buchschmuck paßt sich in Initialen und Schlußstücken der Stimmung des Ganzen trefflich an. So wirkt alles zusammen, um dem Buche von vornherein einen kräftigen Erfolg zu sichern, an dem es um so weniger fehlen wird, als ja auch der Preis ein mäßiger und dazu angetan ist, diese Geschichte Preußens zu einem Volksbuch im besten Sinne werden zu lassen. -z-

Nervosität und Weltanschauung. Von Dr. J. Marcinowski. Zweite, verbesserte Auflage. Broschiert M. 3.—. Berlin, O. Salle.

Es sind neue psychotherapeutische Richtlinien, die der Verfasser auf Grund langjähriger ärztlicher Beobachtungen in diesem Buche gibt. Nervosität führt er auf Störung des seelischen Gleichgewichts, auf ein undisziplinierte Gefühls- und Wunschleben zurück. Und solche geistige Schwäche kann nur durch große, gesunde Gedanken in Kraft gewandelt werden. Auf eine moderne Weltanschauung der Freiheit und Größe, aus der wirklich praktische Folgen, Taten resultieren, kommt es an, und der Verfasser ist wie selten einer berufen, die eigne Stellung zu den großen philosophischen Lebensfragen als Beispiel zu entwickeln. Der wundervolle ethische Idealismus, der in allen diesen Gesprächen zum Ausdruck kommt, wird manchem etwas Großes bedeuten. — Einzelnes wünschte man unbedingt geändert (vor allem den unglücklich gewählten Titel); es kann jedoch der warmen

Digitized by Google

Freude über den Inhalt des Buches wahrlich keinen Eintrag tun. Oskar Beyer.

Gold gab ich für Eisen. Deutschlands Schmach und Erhebung in zeitgenössischen Dokumenten, Briefen, Tagebüchern aus den Jahren 1806—1815. Von Ernst Müsebeck, Archivar am Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. Broschiert M. 2.— Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Berlin W. 57.

Dieses Buch ist die erste Erscheinung eines neuen Verlagsunternehmens des rührigen Deutschen Verlagshauses Bong & Co., das als „Schön-Bücherei" eine Bibliothek der schönen Wissenschaften zu billigem Preise dem Publikum vermitteln will. Und man darf sagen, daß mit diesem ersten Band eine treffliche Probe vorgelegt worden ist. — „Gold gab ich für Eisen", jene Inschrift auf den eisernen Trauringen, die für die 1813 auf dem Altar des Vaterlandes geopferten goldenen Ringe eingetauscht wurden, ist hier als Titel eines Buches, welches die Ereignisse der Jahre 1806—1815 auf ganz eigenartige Weise wieder lebendig macht. In zeitgenössischen Dokumenten, Briefen, Tagebüchern, kurz, in den Worten derjenigen, die es miterlebt und miterlitten haben, ziehen die wechselnden Vorgänge an uns vorüber, und Schmach und Erhebung, Hoffnung, Enttäuschung und Erfüllung, Demütigung und Sieg werden noch einmal zu erschütternder Wirkung gebracht. Auf knapp vierhundert Seiten hat Ernst Müsebeck den umfangreichen Stoff mit geschickter Hand zusammengedrängt und das, was nicht in den Dokumenten steht, nämlich die geistig-sittlichen Voraussetzungen der großen Bewegung, in einer tiefsinnigen Einleitung dargelegt. So begrüßen wir dieses Werk als kostbares Erinnerungszeichen der Zeit, deren Jubiläum wir jetzt feiern. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß nicht nur dieses Buch, sondern auch alle folgenden dieser „Schön-Bücherei" sich rasch einen ausgedehnten Liebhaberkreis schaffen werden. Ausstattung und Preis im Verein mit der vorzüglichen Auswahl und Bearbeitung des Stoffes bieten die sicherste Gewähr dafür. -Kz-

Die öffentliche Meinung in Deutschland über das preußische Wehrgesetz von 1814 während der Jahre 1814—1819. Von Adolf Mürmann. — **Fichtes Reden an die deutsche Nation.** Eine Untersuchung ihres aktuell-politischen Gehaltes. Von Dr. phil. Friedrich Janson. (Heft 19 und Heft 33 der Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von G. v. Below, H. Finke und Friedr. Meinecke.) Berlin u. Leipzig Dr. W. Rothschild. Einzelpreis je M. 3.50; Subskriptionspreis je M. 3.—.

Das von A. Mürmann in seiner Abhandlung über das preußische Wehrgesetz von 1814, dem er mit Recht eine weltgeschichtliche Bedeutung zuerkennt, zusammengestellte umfassende Material ermöglicht dem Leser einen klaren Einblick, wie sich die öffentliche Meinung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Gliederung der bewaffneten Macht in stehendes Heer, Landwehr und Landsturm verhielt. Seine Ausführungen und erläuternden Bemerkungen machen die Arbeit auch für die Gegenwart in hohem Grade anregend und interessant. — Dr. Fr. Janson weist in scharfsinnigen, fesselnden Darlegungen nach, daß den in der Zeit vom 13. September 1807 bis 20. März 1808 gehaltenen „Reden" Fichtes der ethische Gehalt ihren bleibenden Wert sichert, nicht der historisch-politische und noch weniger der rein pädagogische. Neben diesen Ewigkeitswerten hat aber auch das rein Historische, das im besten Sinne „Aktuelle" der „Reden" dazu beigetragen, jenen tiefgehenden Eindruck auf die Zeitgenossen zu machen, von dem so mancher Brief, fast jedes Tagebuch und jede Erinnerung aus jenen schweren Tagen zu uns spricht.

E. M.

Die Dressur des Hundes. Anleitung zur Abrichtung der nicht zur Jagd verwendeten Hunde. Von Freiherr A. v. Creytz. Zweite Auflage. Mit vielen Abbildungen. Neudamm, J. Neumann. Geheftet M. 3.—.

In den zehn Jahren, die seit dem Erscheinen der ersten Auflage verflossen sind, haben sich die Verwendungsmöglichkeiten für den Gebrauchshund — auch soweit er nicht zu Jagdzwecken verwandt wird — ganz wesentlich erweitert. Bei der Umarbeitung hat der Verfasser allen diesen neuen Gebieten in weitestgehender Weise Rechnung getragen, so daß sein Buch jetzt für jeden Hundefreund eine ergiebige Quelle der Belehrung und Anregung bietet. E. Sc.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Auerbach, Bertrand, La France et le Saint Empire Romain Germanique. Paris, Librairie Ancienne Honore Champion.

Bartels, Adolf, Shakespeare und das englische Drama im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. München, Georg D. W. Callwey.

Bauer, Arthur, La Conscience Collective et la Morale. Paris, Librairie Félix Alcan. Fr. 2.50.

Benzinger, Ernst August, 50 Balladen und Romanzen. Berlin, Silva-Verlag. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Bode, Wilhelm, Karl August von Weimar. Jugendjahre. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Pappband M. 5.—.

Creyß, A. von, Die Dressur des Hundes. Neudamm, J. Neumann. 2. Auflage. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Dochnahl, Peter, Gedanken und Töne. Gedichte. Augsburg, Theodor Lampart. Brosch. M. 1.50.

Egelhaaf, Dr. Gottlob, Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck. Stuttgart, J. G. Cottasche Buchhandlung. M. 1.80.

Friederich, Rudolf, Die Befreiungskriege 1813 bis 1815. Bd. III.: Der Feldzug 1814. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 5.—.

Gorelik, Sch., Die liebe Provinz. (Vom alten Stamm.) Eine Sammlung jüdischer Bücher. Berlin, Jüdischer Verlag.

Hüffer, Hermann, Lebenserinnerungen. Herausgegeben von E. Singer. Berlin, Georg Reimer. M. 9.—.

Leuchtenberger, Gottlieb, Altklassisches Viaticum aus Homer, Sophokles und Horaz. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 2.20.

Liepmann, Prof. Dr. M., Die Todesstrafe. Ein Gutachten mit einem Nachwort. Berlin, J. Guttentag. M. 4.—.

Lippert, Peter, S. J., Zur Psychologie des Jesuitenordens. Studien. Kempten/München, Jos. Köselsche Buchhandlung. M. 1.80.

Marcinowski, Dr. J., Der Mut zu sich selbst. Das Seelenleben des Nervösen und seine Heilung. Berlin, Otto Salle. M. 6.—.

Marcinowski, Dr. J., Nervosität und Weltanschauung. Studien zur seelischen Behandlung Nervöser. Berlin, Otto Salle. M. 3.—.

Meinhold, Paul, Wilhelm II. 25 Jahre Kaiser und König. Berlin, Ernst Hofmann & Co. M. 4.—.

Scheffel-Kalender auf das Jahr 1913, geleitet von W. A. Hammer. Wien, Karl Prochaska. Geb. M. 4.—.

Schrader, Bruno, Leonardo da Vinci. Berlin, Schlesische Verlagsanstalt (vorm. Schottlaender). Geb. M. 2.—.

Schroll, M. E., Julia Lornau. Roman einer Pianistin. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand.

Spiero, Dr. Heinrich, Gerhart Hauptmann. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Stern, B., Werden und Wesen der Persönlichkeit. Wien, A. Hartlebens Verlag. Geb. M. 3—.

Thorsch, Dr. Berthold, Soziale Entwicklung und Umbildung der Volkswirtschaft. Dresden, Carl Reißner.

Tierschutz-Kalender 1913. Berliner Tierschutz-Verein, Berlin.

Tolstoi, Leo Nikolajewitsch, Das Licht leuchtet in der Finsternis. Drama. Aus dem Russischen übertragen und eingeleitet von Adolf Heß. Leipzig, Philipp Reclam jun. 20 Pf.

Türck, Dr. Hermann, Hat Christus gelebt und lebt er noch heute? Schwerin, Stillersche Hofbuchhandlung. M. 1.50.

Umfrid, O., Völker-Friede. Organ der Deutschen Friedensgesellschaft. Heft 7. 13. Jahrg. Eßlingen a. N., Wilh. Langguth. Jährl. 50 Pf.

Umfrid, O., Vaterlandsliebe und Menschheitsliebe. Eßlingen a. N., Wilh. Langguth.

Voß, Generalmajor z. D. von, Die Völkerschlacht bei Leipzig; als Ueberschrift: Volksbücher der Geschichte. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Welter, Nikolaus, Hohe Sonnentage. Ein Ferienbuch aus Provence und Tunesien. Kempten, Jos. Köselsche Buchhandlung.

Wichert, Ernst, Die Schwestern. Hamburg-Großborstel, Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Geb. M. 1.—.

Wiedenfeld, Kurt, Moderne Wirtschaftsgestaltungen. Heft 1: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag. Brosch. M. 7.50.

Wigant, Curt, Basun. Schwank in 3 Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Zur europäischen Lage

Nachstehendes Schreiben eines ausländischen Diplomaten ging uns zur Veröffentlichung zu. Wir teilen nicht die Ansichten des Verfassers über den Wert der Ententen und Bündnisse.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Das März- und April-Heft der „Deutschen Revue" veröffentlicht von hervorragenden Politikern und Diplomaten Aufklärungen über die europäische Lage. Die genannte Zeitschrift hebt mit Recht hervor, daß „die Völker Europas unter der Unsicherheit und unter starken Beunruhigungen der internationalen Lage, welche immer größere Rüstungen zur Folge haben, leiden. Trotz des Wunsches und Willens aller großen Nationen, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten, wird sich der fast krankhafte politische Zustand Europas nicht ändern, bevor nicht eine Brücke zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente errichtet worden ist".

Daß die gegenwärtige Lage tatsächlich besorgniserregender ist, als sie jemals gewesen, wird auch der nicht bestreiten wollen, der an das Märchen von der guten alten Zeit nie geglaubt hat. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist aber ein sehr wesentlicher. Früher wurden die Perioden eines gesunden Friedens durch die akute Krankheit des Krieges unterbrochen, heute würde sich ein Krieg nur als besonders „kritischer Tag" eines ungesunden Friedens bezeichnen lassen.

Der Bazillus dieser schleichenden Seuche ist der mißverstandene Pazifismus, und der Boden, auf dem er gedeiht, das europäische Bündniswesen. Diesem vor allem, ja ausschließlich ihm, verdanken wir die den freien Ausblick benehmende Unklarheit und die Schmälerung des ruhigen Friedensgenusses. Jeder Staat kann in eine Affäre hineingezogen werden, für die er nicht das geringste Interesse aufzubringen vermag; die Unordnung ist in ein System gebracht.

Walter Rathenau hat unsre Zeit vortrefflich stigmatisiert: sie stünde unter dem Zeichen der „Mechanisierung". Eben der Mechanisierung fielen auch die wechselseitigen Beziehungen der Mächte zum Opfer; wo sie früher offen herzliche oder offen feindliche oder gleichgültige waren, sind sie jetzt in das Prokrustesbett der Wechselverträge und ihres toten Buchstabens gespannt, und man kann,

Digitized by Google

so paradox es klingen mag, sagen, daß heute jede Großmacht gegen jede andre verbündet ist.

Der hausbackene Verstand unsrer Vorfahren war der Ansicht, daß ein Bündnis zu Kriegszwecken geschlossen werden müßte. Es wurde kurz vor Beginn des Kampfes geschlossen und meist kurz nach Beendigung desselben wieder aufgelöst. Die moderne Praxis lehrt ganz andre Maximen, und überall und an allen Orten kann man es in der Presse lesen und bei Toasten hören; die Bündnisse und — da ein Ausdruck für die Vielköpfigkeit des Neugebildes nicht ausreichte — die Entente dienten dem Frieden. Eine derartige Verschleierung mag für den Augenblick, da zwei Großmächte den Allianzvertrag publizieren, recht nützlich sein, um denen, gegen die er sich richten soll, Sand in die Augen zu streuen. Wird sie aber zum Schlusse von der öffentlichen Meinung für bare Münze gehalten, so werden schwächliche, von populären Strömungen inspirierte Regierungen nur allzu leicht dazu gedrängt, zur „Erhaltung des Friedens" mit jedem gegen jeden Abkommen abzuschließen. Dadurch kann wohl der Ausbruch eines Krieges für einige Jahre verhindert werden, bricht er aber dennoch aus, ist gerade das Gegenteil von dem erreicht, was bezweckt war: dem allgemeinen Frieden folgt der allgemeine Krieg. Anderseits wieder könnte auch ein kräftiger Staat, der gewillt wäre, die Verantwortung eines Krieges gegen einen bestimmten Gegner auf sich zu nehmen, zu seinem größten Nachteile gezwungen werden, ein schädliches Kompromiß einzugehen: ein Weltbrand brächte selbst die Früchte eines wahrscheinlichen Sieges in Gefahr. Auf andre Zeiten und auf andre Länder übertragen, könnte das noch ungeeinigte Deutschland als typisches Beispiel gelten, da es den Entscheidungskampf gegen Frankreich zu kämpfen hatte. Würde es selbst ein Bismarck wagen wollen (ähnliche Kräfteverhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich vorausgesetzt), trotz seiner Verbündeten den Strauß auszufechten? Und ist nicht weiter der Fall denkbar, daß gerade der oder die Verbündeten wie ein totes Gewicht am Arme des Vertragsfreundes hängen und ihn entweder dolos oder durch Gleichgültigkeit hindern, sein vitales Interesse zu verfechten, wodurch das Wort „Herr, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selbst schützen" zur traurigen Geltung gelänge?

Die Zerfahrenheit unsrer gegenwärtigen Lage wird durch die Ereignisse der letzten Monate besser ad absurdum geführt, als die beste Dialektik es vermöchte.

Die kleinen Balkanstaaten (die, ihnen zum Heile, außerhalb des Weltbundsystems stehen) führen über die Köpfe der durch die Allianzen und Entente (aber beileibe nicht nur durch diese) geteilten Großmächte hinweg einen Krieg gegen die Türkei. Die stets friedensbereiten Großmächte verhüllen die Scham über ihre Ohnmacht durch das Feigenblatt der Statusquoerklärungen. Nach kaum sechs Wochen wird von denselben Großmächten eine Flottendemonstration, nun aber gegen den ehemaligen Schützling, geplant, um ihn zu zwingen, auch noch Adrianopel, also das letzte Ueberbleibsel des vorher urbi et orbi verkündeten „Statusquo", abzutreten. Die Türkei, die — um des Friedens willen — einige Tage vor Beginn des Krieges, dem Schutze der Mächte vertrauend, ihre besten

Digitized by Google

Truppen entlassen hatte, ließ sich diesmal in der endlichen Erkenntnis der Uneinigkeit der Mächte nicht mehr raten und begann den Krieg, der nun endlich trotz der Großmächte um des Friedens willen beendigt werden dürfte, von neuem.

Noch niemals wurde die Uneinigkeit Europas mit solchem Pomp in Szene gesetzt, denn seit dem Berliner Kongresse hatte man wenigstens der Türkei gegenüber von einem europäischen Konzerte sprechen können. Die letzten Monate haben bewiesen, daß es auch in diesem eingeschränkten Wirkungskreise ausgeklungen hat. Die Verwirrung ist allgemein und zwingt uns, die Aufmerksamkeit auf ein andres Uebel zu lenken, bevor es nicht unberechenbaren Schaden angestiftet hat: nämlich die Gleichgültigkeit der breiten Massen für die auswärtigen Interessen ihrer Staaten, da ihnen die Kompliziertheit des Apparates jede Uebersicht benimmt und benehmen muß. Von ihnen wird im Ernstfalle die höchste Selbstverleugnung, die größten Opfer an Gut und Blut verlangt, und da werden sie, selbst wenn es sich um vitale Interessen ihres Vaterlandes handelt, das Vertrauen in die Führer verloren haben; ferner wird auch die bestgefügte Armee, die sich vom Politisieren pflichtgemäß freihält, wissen wollen, gegen wen und weshalb sie zum Kampfe geführt oder nicht geführt werden soll. Das werden ihnen nun auch die Führer, selbst oft nur die Erben früher abgeschlossener Verträge, nicht sagen können. Unter Umständen wird sich ein Staatsmann der vom Vorgänger eingegangenen Verpflichtung zu entziehen versuchen, vielleicht in der Erkenntnis, daß der Verbündete ein Ziel verfolgt, welches den bisherigen Genossen fremd, ja entgegengesetzt ist; vielleicht auch, weil er von einer unkriegerischen öffentlichen Meinung an der Einlösung seines Wortes gehindert wird; die europäischen Bündnisse unsrer Tage gehen so sehr in die Breite, daß kein Mensch mit Sicherheit sagen kann, ob sie im gegebenen Augenblicke funktionieren werden oder nicht. Auch vor der Erfindung von Allianz und Entente gab es reichlich unsichere Augenblicke, aber doch keine gewissermaßen kodifizierte Unordnung; der führende Staatsmann besaß mehr Ellenbogenfreiheit und war nicht gezwungen, sich mit einem Automaten abzumühen, von welchem er (und die öffentliche Meinung mit ihm) eben nicht weiß und nicht wissen kann, ob er funktionieren werde oder nicht. Das Spielzeug arbeitete bei schönem Wetter zur allgemeinen Zufriedenheit, kommt aber Sturm, ist's nicht mehr zu brauchen.

Anderseits dürfte die oft vernommene Behauptung, daß die letzten langen Friedensjahre wirklich auch auf das Sollkonto des herrschenden Rückversicherungssystems zurückzuführen wären, nur schwer zu beweisen sein; haben sich doch auch mit weniger Schlauheit begabte Geschichtsperioden langer Friedensjahre erfreut, nur wurde dieser glückliche Zustand in geringerem Maße philosophisch und philanthropisch verbrämt (ganz abgesehen davon, daß unsre Zeitgenossen in Spanien mit Amerika, in England mit Transvaal, in Frankreich mit Marokko, in Rußland mit Japan, in Italien mit der Türkei und in der Türkei mit allen Balkanstaaten Krieg geführt haben, von kleineren Expeditionen nicht zu reden). Unsre philosophierende Zeit handelt wie der Vogel Strauß und rechnet Kriege

Digitized by Google

in außerhalb Europas befindlichen Ländern wohl zu den eminent friedlichen Manifestationen.

Vielleicht wird auch in der internationalen Politik der gesunde Menschenverstand von der Vielheit zur einfacheren Einheit zurückkehren. In unserm von Menschen bewohnten Planeten ist der gesunde Egoismus des einzelnen Staates — der die vollkommenste Selbstverleugnung seiner Bürger in sich schließen muß — der produktivste Faktor der Weltkultur gewesen. Möge auch hier jeder vor seiner eignen Tür kehren, andernfalls könnte leicht der Fall eintreten, daß der tote Mechanismus des Bündnissystems einen Staat in der Verfolgung seiner vitalsten Interessen behindert, weil ihm eine Koalition entgegentritt, deren Mitglieder der Mehrzahl nach kein Interesse haben können, ihm in den Weg zu treten. Es entsteht, da aus der Vernunft des alten einfachen Freundschaftsbundes der Unsinn der verzweigten und verzwickten Weltkoalition geworden ist, ein ungesunder Zustand voll ungelöster Situationen.

Qui trop embrasse, mal étreint!

Tripolis und Balkan

Von

Lord Avebury

Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr ich die Kriege der jüngsten Zeit bedaure, in denen Italien und die Balkanstaaten die Angreifer waren.

Werden sie Vorteil davon haben, daß sie zum Schwert gegriffen haben? Oder ist es noch wahr, das Wort des Evangeliums: „Wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen" (Ev. Matth. XXVI, 52)?

Der Herzog von Wellington hat den Ausspruch getan, daß es nichts so Schreckliches gebe wie einen Sieg, ausgenommen allerdings eine Niederlage.

„Was durch den Krieg zustande kommt," sagte Joubert, „wird durch den Krieg wieder zunichte werden; jeder Raub wird wiedergenommen werden; jede Beute wird verstreut werden; alle Sieger werden besiegt werden und jede mit Kriegsbeute gefüllte Stadt wird ihrerseits geplündert werden ... Es scheint, daß die Völker die Gefahren lieben, und wenn sie daran Mangel haben, sie sich welche schaffen."

Die Geschichte beweist die Wahrheit von Jouberts Aussprüchen. Wo sind die großen Militärmonarchien?

Der gegenwärtige Zustand Europas ist eine Schande für uns, nicht nur insofern, als wir Menschen von gesundem Verstand sein wollen, sondern auch, weil er mit jeder Form religiöser Ueberzeugung unverträglich ist.

Doch man sagt uns, daß Italien und die Balkanstaaten sehr erfolgreich

Digitized by Google

gewesen seien; daß sie ihre Reiche vergrößert haben; daß der Krieg höchst glorreich gewesen sei und daß sie eine Reihe ruhmvoller Siege erfochten haben.

In gewissem Sinn ist das wahr, aber wenn Italien und die Balkanstaaten Nutzen davon gehabt, wenn sie einen großartigen Erfolg erzielt haben, so wird das eine Ermutigung für alle starken Staaten sein, ihre schwächeren Nachbarn niederzutreten, wie Italien und die Balkanstaaten selbst eines Tages zu ihrem Schaden finden können.

Wird ihnen aber der Krieg zum Segen gereichen, werden ihnen ihre Siege irgendwelchen wirklichen Vorteil bringen?

Ich denke hier nicht an Mazedonien, sondern einfach an die Erfolge, die die Verbündeten errungen haben. Werden sie von dem Krieg, der anscheinend ruhmvoll und erfolgreich verlaufen ist, Nutzen oder Schaden haben?

Für den Augenblick sind sie vom Glanz des Waffenruhmes geblendet. Aber dieses Phantom des Erfolges, dieser scheinbare Lohn für ihren Angriff ist völlig illusorisch.

Der Italienisch-Türkische Krieg hat Italien, das schon sehr schwer mit Steuern belastet ist, Millionen gekostet, und Tripolis wird auf Jahre hinaus fortwährend Italiens Mittel in Anspruch nehmen und es dadurch schwächen.

Unzweifelhaft wird in Wirklichkeit Italien seiner neuen Provinz Tripolis tributpflichtig sein, nicht Tripolis dem Königreich Italien.

Als Freund und Bewunderer Italiens bedaure ich daher die Aktion, die es unternommen hat.

Wenn ich mich nun zum Balkankrieg wende, so kann ich darüber nur ganz dasselbe sagen. Die Verbündeten haben Tausende und Abertausende von Leben geopfert und sich ungeheure Kosten aufgeladen. Zweifellos waren die Völker von dem edeln Bestreben getrieben, ihren Glaubensgenossen und Verwandten zu helfen, aber die Staatsmänner der Balkanländer scheinen mir ernsten Tadel zu verdienen. Mazedonien hat in den letzten paar Monaten mehr gelitten, als es in vielen Jahren türkischer Herrschaft gelitten haben würde. Ich habe die Ehre gehabt, mit Midhat Pascha persönlich befreundet zu sein; wenn es diesem großen Staatsmann vergönnt gewesen wäre, seine Reformen auszuführen und ein repräsentatives Regierungssystem in der Türkei zu begründen, so wäre das wirklich ein Segen für Osteuropa gewesen.

Jetzt ist ein zweiter Anlauf zu einer Neugestaltung der Dinge genommen worden. Die Briefe, die ich aus Konstantinopel erhalte, versichern mir, daß das türkische Parlament ehrlich bestrebt ist, die Verhältnisse in befriedigender Weise zu ordnen, aber das erfordert natürlich Zeit.

Wir alle müssen ihnen Erfolg wünschen; ich bedaure, daß ihnen nicht Gelegenheit gegeben worden ist, ihre Reformen auszuführen, und kann nicht finden, daß sie schön behandelt worden sind. Die ins Auge gefaßten Ziele hätten ohne das Verbrechen und ohne die Schrecken eines Krieges erreicht werden können. Die Balkanstaaten sind in einer Hinsicht siegreich, und zweifellos hat die Türkei einen Verlust erlitten. Aber das wird nicht notwendigerweise ihren Angreifern

Digitized by Google

Nutzen bringen. Die Türkei wird ein Gebiet verlieren, das für sie eher eine Quelle der Sorge als der Kraft war; aber das Ergebnis des Krieges wird sich auf die Länge der Zeit als ebenso unheilvoll oder vielleicht sogar noch unheilvoller für die Balkanstaaten selbst erweisen.

Sie werden Jahre und Jahre brauchen, um die Schulden, in die sie sich gestürzt haben, abzuzahlen und das Kapital, das sie verbraucht, die Menschenleben, die sie verloren haben, wieder zu ersetzen und sich wirklich von ihrem trügerischen Triumph und ihren verderbenbringenden Siegen zu erholen.

Sie werden Grund haben, ihren Angriff auf die Türkei zu bereuen, und ich kann nur hoffen, daß die Völker der Balkanstaaten, dank der hochherzigen Gesinnung, von der sie beseelt waren, nicht die volle Buße zu zahlen haben werden, die jene verwirkt haben, die „das Schwert nehmen".

England, Deutschland und der Friede Europas

Von

Sir Max Waechter, D. L. J. P.

Der Friede ist das größte Interesse aller Völker. Beseelt von dem Wunsche, zur Befestigung des europäischen Friedens beizutragen, hat der Verfasser die folgenden Zeilen geschrieben. Sie dürften vielleicht dem Leser nicht uninteressant sein, da die Ansichten des Verfassers aus Eindrücken entstanden sind, die er in zahlreichen und langen Unterredungen mit den leitenden Herrschern und Staatsmännern Europas empfangen hat.

Es ist erstaunlich, daß die Erledigung der Balkanfrage nicht zu dem großen europäischen Kriege geführt hat, den viele Staatsmänner vorausgesagt haben und der allgemein für unvermeidlich galt. Die weise Diplomatie der Mächte, und besonders Englands, kann hierfür wohl das Verdienst in Anspruch nehmen.

Die Diplomatie Europas ist von vielen Seiten stark angegriffen worden. Man hat uns erzählt, daß die Diplomaten noch immer nach altmodischer Schablone arbeiten, daß sie mit dem Fortschritt der Zeit nicht Schritt gehalten haben. Man hat uns versichert, der überaus blutige Balkankrieg wäre unnötig gewesen, hätten die Mächte zeitig auf die von der Türkei feierlich versprochenen Reformen gedrungen. Man hat behauptet, die Mächte hätten entweder kurz nach dem Ausbruch des Krieges dessen Beendigung erzwingen oder wenigstens nach dem Waffenstillstande und wochenlangen Friedensverhandlungen in London dessen Erneuerung verhindern sollen. Auf den ersten Blick ist an diesen Behauptungen etwas Wahres. In Wirklichkeit aber liegt die Sache anders. Die Leute, die so laut über die Mißerfolge der Diplomatie schelten, vergessen augenscheinlich, daß die Diplomaten bei jedem Schritt durch die unselige politische Organisation Europas behindert werden.

Digitized by Google

Die Heilige Schrift und die Erfahrung lehrt uns, daß auch das Uebel seinen Segen bringt. Wir verdanken dem Balkankrieg eine heilsame Lehre. Er hat auf die ungesunde und gefährliche Organisation des heutigen Europas ein grelles Licht geworfen. Er hat uns gezeigt, daß die fehlerhafte Organisation Europas viele unnötige Kriege herbeigeführt hat und in der Zukunft noch viele unnötige Kriege herbeiführen wird. Es ist daher der Mühe wert, die politische Organisation Europas zu betrachten und Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu machen.

Die sechs Großmächte Europas bilden zwei Gruppen, den Dreibund, der aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien besteht, und die Entente, zu welcher Frankreich, Rußland und England gehören. Beide Gruppen sind durch das Mißtrauen und die Eifersucht, die zwischen den Mächten bestehen, geschaffen worden. Beide Gruppen bezwecken, einen Angriffskrieg seitens der andern Gruppe zu verhindern und den europäischen Statusquo zu verteidigen. Beide Gruppen beobachten einander mit angespannter Wachsamkeit. Da beide annähernd gleich stark sind, halten sie einander die Wage und bilden zusammen das Gleichgewicht der Mächte Europas.

Man spricht häufig vom Willen Europas, obwohl es klar ist, daß Europa keinen wirklichen Willen haben kann, solange die europäischen Staaten durch das Gleichgewicht der Mächte in zwei Waffenlager geteilt sind, die Gewehr bei Fuß einander fortwährend beobachten und behindern.

Natürlich kommt es dann und wann vor, daß die Mächte des Dreibunds und der Entente gemeinsam politisch wirken. Sobald sie vereint wirken, bilden sie das europäische Konzert. Da nun die beiden Mächtegruppen in allen wichtigen Dingen durch das Mißtrauen, das sie beseelt, voneinander getrennt werden, kommt es gewöhnlich nur zu einem scheinbaren, aber nicht zu einem wirklichen, einheitlichen Vorgehen. Die Einigkeit des europäischen Konzerts findet gewöhnlich nur in farblosen und harmlosen diplomatischen Noten ihren Ausdruck, das heißt in Noten, denen keine Taten folgen. Während dreißig Jahren hat das europäische Konzert die Türkei gedrängt, in Mazedonien und andern Teilen des Reiches Reformen einzuführen. Von diesen gemeinsamen diplomatischen Schritten Europas haben die Türken nicht die geringste Notiz genommen, weil sie wohl wußten, daß das europäische Konzert nicht zu gemeinsamer Intervention schreiten würde, daß die Einigkeit der Mächte fast ganz auf papierene Schritte beschränkt ist.

Während der neulichen Friedensverhandlungen in London war das europäische Konzert durch die Gesandten der sechs Großmächte vertreten, die im Interesse Europas den Gang der Ereignisse verfolgten. Nun muß es vielen Beobachtern klar geworden sein, daß deren Einigkeit höchst künstlich war und nur mit Mühe aufrechterhalten werden konnte. Häufig, wenn sich die Gelegenheit zu gemeinsamem Einschreiten bot, konnte nur ein Einvernehmen, nichts zu unternehmen, erreicht werden, und manchmal war es nicht einmal leicht, ein Uebereinkommen, nichts zu tun, zu erzielen, obwohl der Zusammenbruch der Londoner Konferenz zu einem europäischen Kriege hätte führen können. Die

Digitized by Google

Schwierigkeit, zu irgendeinem Uebereinkommen zu gelangen, war nur natürlich, weil die Vorschläge jeder einzelnen Macht sofort auf den Widerstand andrer Mächte stießen. Die Interessen der Mächte waren eben entgegengesetzt, und so entstand die Möglichkeit, daß die Konferenz erfolglos sein würde. Nur durch die Tüchtigkeit, Geduld und Ausdauer der Diplomaten wurde ein europäischer Krieg vermieden. Ohne deren Dienste hätte die albanische Frage und der bulgarisch-rumänische Streit wohl zu einem Kriege geführt. Der Erfolg der Londoner Konferenz wurde natürlich durch die friedliche Haltung der Mächte sehr erleichtert. Keiner der Staaten schien gewillt, die Verantwortung zu einem europäischen Kriege mit seinen fürchterlichen Opfern und zweifelhaften Ausgang zu übernehmen.

Die gegenwärtige Organisation von Europa hat nicht nur die obenerwähnten Nachteile zur Folge. Sie führt außerdem zu einer wilden Konkurrenz der Heere und Flotten. Jede Macht versucht es, ihre Konkurrenzstaaten mit ihrer Armee und Marine zu übertrumpfen und so das Gleichgewicht der Mächte zu ihrem eignen Vorteile zu verändern. Ihre Gegner vergrößern natürlich ebenfalls ihre Rüstungen. Andre Mächte werden beunruhigt und ergreifen militärische Gegenmaßregeln, und so ist Europa ein riesiges Feldlager geworden. Wie kolossal teuer die Erhaltung des Friedens ist, ist aus den folgenden Zahlen ersichtlich, die dem Verfasser von dem englischen Kriegsministerium und dem englischen Marineministerium zur Verfügung gestellt worden sind:

Ausgaben Europas für das Landheer

Rußland	1 060 000 000	Mark
Deutschland	940 000 000	„
Frankreich	760 000 000	„
England	560 000 000	„
Oesterreich-Ungarn	460 000 000	„
Italien	340 000 000	„
Andre Mächte	700 000 000	„
Zusammen	4 820 000 000	Mark

Ausgaben Europas für die Marine

England	900 000 000	Mark
Deutschland	460 000 000	„
Frankreich	360 000 000	„
Rußland	360 000 000	„
Italien	180 000 000	„
Oesterreich-Ungarn	120 000 000	„
Andre Mächte	120 000 000	„
Zusammen	2 500 000 000	Mark.

Digitized by Google

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß die Staaten Europas gegenwärtig 7 320 000 000 Mark per Jahr für ihre Armeen und Flotten verausgaben. Was bedeutet diese Summe? Der Panamakanal wird, wenn vollendet, ungefähr 1 600 000 000 Mark kosten. Wir sehen daher, daß Europa für seine Kriegsrüstungen jährlich mehr als viermal soviel ausgibt wie die Kosten des Panamakanals, des gewaltigsten und teuersten Ingenieurunternehmens der Welt, betragen. Wenn wir den Wert von Handelsschiffen im Durchschnitt zu 300 Mark per Tonne brutto ansetzen, so beträgt der Wert der ganzen englischen Handelsflotte von 10 000 Schiffen und von 19 000 000 Tonnen brutto 5 700 000 000 Mark, während der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt, die 40 000 000 brutto Tonnen umfassen, 12 000 000 000 Mark beträgt. Die europäischen Staaten geben, wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7 320 000 000 Mark per Jahr oder 600 000 000 Mark per Monat aus. Mithin geben sie alle zehn Monate eine Summe aus, die dem Werte der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und alle zwanzig Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsschiffe der ganzen Welt. Wenn das Meer austrocknen sollte, könnte man leicht eine erstklassige und normalspurige Bahn mit allen nötigen Brücken, Tunnels, Bahnhöfen, Weichen und rollendem Material usw., die den ganzen Erdball umspannt, für 7 320 000 000 Mark bauen, d. h. für dieselbe Summe, die jährlich in Europa für Rüstungszwecke verausgabt wird. Europa verwendet jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke als für Erziehung, Hygiene und alle andern sozialen Zwecke zusammen. Außerdem wachsen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigerter Schnelligkeit.

Die vorstehenden Vergleiche geben ein Bild von der furchtbaren Verschwendung des bewaffneten Friedens. Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht nur zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als 4 000 000 der kräftigsten jungen Leute stehen in den Heeren und Marinen Europas unter Waffen, und mehr als 1 000 000 Zivilisten sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderm Kriegsbedarf beschäftigt. In andern Worten, mehr als 5 000 000 der tüchtigsten Arbeiter, die in Landwirtschaft und Industrie zum Wohle der Volksmassen tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen. Durch die Entziehung von 5 000 000 der besten Arbeiter und von 1 000 000 Armeepferden werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, die mehrere tausend Millionen Mark beträgt.

Ganz Europa seufzt unter der Last von Steuern, mit denen diese enormen Rüstungen bezahlt werden. Infolge der gewaltigen Ausgaben, welche die Heere und Flotten benötigen, müssen viele große und notwendige öffentliche Arbeiten jeder Art wegen Geldmangels unterbleiben, Erziehung und Hygiene können nicht genügend gefördert, die alten Leute, die Armen, die Kranken und die Arbeitsunfähigen können nicht genügend unterstützt werden, und die Industrien können

Digitized by Google

sich nicht genügend ausdehnen, um den Ueberschuß der Bevölkerung zu beschäftigen. Mehr als 1 000 000 der tüchtigsten Leute wandern jedes Jahr von Europa aus, da sie keine Arbeit finden können, und es kann kaum bezweifelt werden, daß sie deshalb keine Arbeit finden können, weil die kolossalen Rüstungsausgaben die Ausdehnung der Industrie behindern. Ein großer Teil der Unwissenheit, der Armut und des Elendes in Europa würde verschwinden, und die Lebensführung der Volksmassen könnte außerordentlich verbessert werden, wenn die ungeheuren Summen, welche jetzt jährlich der Armee und Marine zufließen, zu besseren Zwecken verwendet würden.

Da die Vereinigten Staaten, Argentinien und andre außereuropäische Länder verhältnismäßig nur wenig für Rüstungszwecke ausgeben, und daher nur mit geringen Steuern belastet sind, dehnen sich ihre Industrien überaus schnell aus, und der Ackerbau und die Fabriken Europas leiden arg unter der Konkurrenz der überseeischen Länder, die nicht mit schweren militärischen Bürden belastet sind.

Die Völker Europas wanken geradezu unter ihren enormen militärischen Lasten. Die riesigen stehenden Heere und Flotten sind eine ständige Bedrohung des Friedens. Die Völker Europas leben fortwährend unter der Furcht eines Krieges, und diese Furcht führt periodisch zu großen Krisen, welche Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleich schädlich sind.

Seit 1900 sind die militärischen Ausgaben Europas um 50 Prozent gewachsen. Der Balkankrieg hat die Rüstungskonkurrenz leider sehr verschärft. Deutschland beabsichtigt im Laufe der nächsten vier oder fünf Jahre seine Rüstungsausgaben um beinahe 2 000 000 000 Mark zu vergrößern, und die andern europäischen Mächte werden wohl Deutschlands Beispiel folgen. Die Rüstungsausgaben Europas werden daher bald 10 000 000 000 Mark per Jahr übersteigen. Es ist folglich klar, daß die Steuern im ganzen Europa weiter erhöht werden müssen, und daß in Zukunft Geld für öffentliche Arbeiten, für Erziehung und für andre soziale Zwecke noch knapper sein wird wie bisher. Der finanzielle Druck, unter welchem die Völker leiden, mag ihnen bald unerträglich werden. Niemand kann das Ende voraussehen, aber eine Krisis ist zu befürchten. Falls das tolle Anwachsen der Rüstungsausgaben nicht bald aufhört, wird die militärische und maritime Konkurrenz der Mächte entweder zur Verarmung und zum Bankerott von ganz Europa führen, oder zu dem größten Kriege, den die Welt erlebt hat, oder zu einer allgemeinen Revolution, denn das Volk dürfte schließlich in Verzweiflung versuchen, seine erdrückenden militärischen Lasten mit Gewalt abzuwerfen.

Wie kann man die Gefahren, die Europa bedrohen, abwenden?

Diejenigen, die vorschlagen, die europäischen Rüstungen durch internationale Vereinbarungen zu beschränken, versuchen das Symptom der Krankheit zu behandeln, aber nicht die Wurzel des Uebels auszurotten. Wie ich gezeigt habe, liegt der Grund der selbstmörderischen Rüstungskonkurrenz der Staaten in der Uneinigkeit und Zerrissenheit Europas. Es ist daher klar, daß alle Versuche, die Armeen und Flotten durch internationale Uebereinkommen zu beschränken,

Digitized by Google

erfolglos sein müssen. Die Rüstungen Europas können nur dann beschränkt werden, wenn sie nicht länger nötig sind, und sie werden nur dann nicht länger nötig sein, wenn die Staaten Europas unter sich einig sind. Wir müssen daher die Einigung der europäischen Staaten in einer oder der andern Form erstreben, und wir müssen uns fragen: Ist die Einigung Europas möglich? Falls die Einigung möglich ist, wie kann sie tatsächlich geschaffen werden?

Die Herrscher und Staatsmänner Europas sind bestrebt, das Wohl der Völker zu fördern. Friede und Wohlstand sind die größten Segnungen, die sie den Bürgern verschaffen können. Die Einigung Europas in einer oder der andern Form würde den Völkern nicht nur den Frieden geben, sondern auch die Beschränkung der übergroßen Rüstungen zu Lande und zu Wasser ermöglichen. Infolge der hierdurch gemachten Ersparnisse würde der Wohlstand der Bevölkerung sich sehr vermehren, Beschäftigung und Löhne würden sich bedeutend verbessern, und die Völker würden sich glücklich fühlen. Der Balkankrieg hat das Problem, das den Frieden Europas am stärksten bedrohte, endgültig erledigt. Zurzeit ist der politische Himmel klar und beinahe wolkenlos. Die europäischen Diplomaten sollten die augenblickliche friedliche Stimmung benützen und nicht warten, bis wieder Wolken den politischen Horizont bedecken.

Die Einigung Europas sollte auf staatenbundlicher Basis erfolgen, denn der Staatenbund ist diejenige Form der politischen Organisation, welche die einzelnen Staaten zu einem festen Ganzen verbindet und gleichzeitig allen einzelnen Staaten das vollste Maß der Freiheit läßt und sie befähigt, Regierung und Verwaltung nach eignem Gutdünken zu ordnen. Die Erfahrung lehrt uns, daß staatenbundliche Verbindung bei Staaten möglich ist, die anscheinend von der Natur bestimmt waren, getrennt zu bleiben, die eine ausgeprägte Individualität und einen trotzigen Unabhängigkeitssinn besitzen und die außerdem verschiedenen Religionen angehören und verschiedene Sprachen sprechen. Die Schweiz ist ein Bund von 25 freien Staaten, die Kantone genannt werden. Jeder Kanton hat seine eigne Verfassung, seine eigne Regierung und sein eignes Parlament. Jeder hat seine eigne Geschichte und seine eignen Ueberlieferungen. Jeder Kanton ist ein Staat. Die Schweizer sind nicht nur politisch voneinander getrennt durch das Bestehen von 25 Staaten, die sich selbst regieren, sondern auch dadurch, daß die eine Hälfte der Schweiz protestantisch und die andre katholisch ist, und daß es deutschsprechende, französischsprechende und italienischsprechende Kantone gibt. Dennoch ist die Schweiz ein einiger und stark gefügter Staat. Da es möglich war, die Schweizer mit ihrem so ausgeprägten Partikularismus und ihren so großen sprachlichen und religiösen Gegensätzen zu einem festen Bunde zusammenzuschließen, sollte es doch auch möglich sein, einen europäischen Staatenbund zu schaffen.

Kein Grund spricht für die Aufrechterhaltung der Zerrissenheit Europas. Die Schaffung eines europäischen Staatenbundes sollte das Ideal aller Staatsmänner sein. Sie sollten versuchen, einen geeinten europäischen Staat zu bilden, denn so allein kann Europa seine Stellung gegen die großen außereuropäischen

Digitized by Google

Länder behaupten. Seit den ältesten Zeiten, wo Staaten aus einer kleinen Stadt und deren unmittelbaren Umgebung bestanden, sind die Staaten fortwährend gewachsen. Australien ist ein Staat, der einen ganzen Kontinent umfaßt, und Europa sollte Australiens Beispiel folgen. Wenn Europa einen einzigen Staat bildet, dann wird ein Krieg in Europa ebenso unwahrscheinlich sein, wie ein Krieg in Australien es jetzt ist; die Völker werden imstande sein, ihre Rüstungen zu beschränken, und die Furcht vor Kriegen wird verschwinden.

Die unbeschränkte und alles vernichtende Konkurrenz im Geschäftsleben ist im Verschwinden begriffen durch die Einigung der Konkurrenten, die es vorteilhafter finden, ihre Interessen gegenseitig zu fördern. Die Einigung der Konkurrenz ist zeitgemäß nicht nur im kaufmännischen, sondern auch im politischen Leben. Daher sollte Einigkeit, nicht Befehdung und Zerrissenheit, das Ideal der Staatsmänner und Diplomaten Europas sein.

Die staatenbündliche Einigung Europas ist möglich und ausführbar. Die wohltätige Wirkung eines solchen Schrittes für die Völker ist einfach unberechenbar. Was kann geschehen, um eine solche Einigung zustandezubringen? Die staatenbündliche Einigung Europas ist natürlich unmöglich, solange tiefgehende Gegensätze zwischen leitenden Völkern bestehen. Zurzeit bestehen besonders große Gegensätze zwischen Deutschland und England, obgleich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich bedeutend gebessert haben. Es ist nun klar, daß die staatenbündliche Einigung Europas nicht möglich ist, solange England und Deutschland nicht im Einverständnis leben. Daher muß der erste Schritt zur Einigung Europas in einer endgültigen und dauernden Einigung zwischen England und Deutschland bestehen. Wenn solche endgültige Einigung erreicht worden ist, wenn England und Deutschland miteinander fest verbunden sind, können die beiden Mächte den Punkt bilden, um den sich allmählich die andern Staaten Europas kristallisieren werden. Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Rußland würden dem englisch-deutschen Bunde beitreten, und binnen kurzem würde ein Bund aller europäischen Staaten geschaffen sein. Ich habe die Organisation eines europäischen Staatenbundes in Umrissen im November 1912 in dieser Revue dargestellt.

Da eine gründliche und allumfassende Verständigung zwischen England und Deutschland die erste Bedingung für einen europäischen Staatenbund sein muß, müssen wir uns fragen, ob eine gründliche und dauernde Verständigung zwischen Deutschland und England tatsächlich möglich ist. Meiner Ansicht nach sind die Gründe für ein herzliches Einvernehmen zwischen beiden Völkern einfach überwältigend.

Natur, Ueberlieferung und Geschichte dringen augenscheinlich auf die Einigung Deutschlands und Englands. Engländer und Deutsche gehören derselben Rasse an. Sie haben die gleichen Ahnen. Die Sprachen der beiden Völker ähneln einander, und in den wichtigsten Dingen stimmen die Ansichten von Engländern und Deutschen überein. Die beiden wichtigsten Faktoren im Leben der Völker sind Kirche und Schule. Es ist bemerkenswert, daß in Deutschland

Digitized by Google

und England dieselben religiösen Ideen vorherrschen. Beide Völker haben sich geweigert, ihre Religion und Kirchenordnung von einer autokratischen und im Auslande seßhaften Kirche anzunehmen. Beide haben für das Recht, eine nationale Kirche und eine wirkliche Volkskirche zu besitzen, gekämpft. Beide Länder sind überwiegend protestantisch. Beide sind durchdrungen von der Notwendigkeit einer guten Volkserziehung. Die Engländer haben das deutsche Schulwesen nachgeahmt, und die Deutschen haben von dem englischen Erziehungssystem manches gelernt. Die Engländer haben mit vielen europäischen Völkern Krieg geführt, aber nie mit den Deutschen. Im Gegenteil. Englische und deutsche Soldaten haben während Dezennien, und in zahlreichen Schlachten bis zur englisch-deutschen Schlacht von Waterloo, Schulter an Schulter gefochten. Schließlich sind beide Länder durch die gegenseitigen Handelsinteressen fest miteinander verbunden. Ein Blick auf die offiziellen Handelsstatistiken zeigt, wie notwendig der deutsche und der englische Handel einander sind. Das englische Handelsministerium war so gütig, mir genaue Einzelheiten über den englisch-deutschen Handel zu senden, wonach der gesamte auswärtige Handel von England und seinen Kolonien im Jahre 1911 1837100000 Pfund Sterling betrug. Hiervon waren 183900000 Pfund Sterling oder genau 10 Prozent Handel mit Deutschland. Wie wichtig anderseits der englische Markt für Deutschland ist, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich, die mir ebenfalls vom englischen Handelsministerium zur Verfügung gestellt worden ist.

Deutschlands Handel mit England und seinen Kolonien im Jahre 1911

	Einfuhr nach Deutschland	Ausfuhr von Deutschland
England	39800000 £ = 8,3 %	56000000 £ = 14,1 %
Englische Kolonien .	48100000 „ = 10,1 %	15700000 „ = 3,9 %
England und Kolonien	87900000 £ = 18,4 %	71700000 £ = 18,0 %

Nicht weniger wie 18 Prozent von Deutschlands auswärtigem Handel ist mit England und seinen Kolonien.

Trotz allen hier angeführten Gründen, die England und Deutschland vereinigen sollten, sind die beiden Völker durch des Schicksals Tücke zu einem so hohen Grade gegenseitigen Mißtrauens gelangt, daß vor kurzem ein Krieg zwischen beiden möglich erschien. Ein englisch-deutscher Krieg wäre geradezu ein Verbrechen. Er würde Tausende und aber Tausende von Menschenleben kosten und Millionen von Familien unglücklich machen. Er würde beide Völker so sehr erschöpfen, daß sie vielleicht die Errungenschaften eines ganzen Jahrhunderts einbüßen würden. Er würde beide so sehr schwächen, daß andre Völker sie leicht unterjochen könnten. Und welchen Nutzen kann Deutschland oder England aus einem englisch-deutschen Krieg ziehen? Augenscheinlich keinen.

Viele Deutsche behaupten, daß Deutschland wegen des schnellen Anwachsens seiner Bevölkerung der Kolonien bedarf. Da die deutsche Bevölkerung sich

Digitized by Google

jährlich um 900 000 Seelen vermehrt, wird Deutschland allerdings für seine Bewohner zu klein. Aber wären die erwünschten deutschen Kolonien mit der Feindschaft Englands und dem Verlust von vielleicht 100 000 Menschenleben und vielen Milliarden an Geld nicht zu teuer erkauft? Sobald Deutschland und England dauernd vereinigt sind, sobald der europäische Staatenbund geschaffen ist, wird es keine deutschen, französischen und englischen Kolonien mehr geben, sondern nur europäische Kolonien, die dem europäischen Staatenbunde gehören. Die Kolonien aller Völker werden dann den Bürgern aller anderen Völker gleich offen stehen. Der Wunsch nach nationalen Kolonien wird verschwinden.

Viele Deutsche behaupten, daß England Deutschland stets unfreundlich behandelt, daß es ihm überall Schwierigkeiten bereitet und besonders seine Ausdehnung über See behindert hat. Diese Behauptungen sind größtenteils unbegründet. England hat Preußen in der Zeit Friedrichs des Großen und Napoleons I. vor der Vernichtung bewahrt. Englische Diplomaten haben vielleicht hier und da Fehler begangen — Irren ist menschlich — aber im großen ganzen haben sie sich bemüht, mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben. Das ist aus den zahlreichen englisch-deutschen Verträgen ersichtlich, von denen viele durch Englands Initiative und zum Zwecke, alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen, abgeschlossen worden sind. Ich gebe nachstehend eine Liste dieser Verträge, die ich vom englischen Auswärtigen Amte erhalten habe.

April 1885	New Guinea.
April—Juni 1885 . .	Spheres of action in Africa.
April 1886	Western Pacific, spheres of influence.
April 1886	Western Pacific, reciprocal freedom of trade.
Juli—August 1886 . .	Gulf of Guinea, sphere of influence.
Oktober—November 1886	Zanzibar.
Juli 1887	East Africa, spheres of influence.
Juli 1890	Africa, Zanzibar.
Oktober 1892	East Equatorial Africa.
April 1893	Rio del Rey.
Mai 1893	Gulf of Guinea.
Juli 1893	East African Boundary.
November 1893 . . .	African Boundaries.
April 1898	Wei-hai-wei.
November 1898 . . .	Nyasa-Tanganyika Boundary.
November 1899 . . .	Samoa, West Africa, Zanzibar.
Januar—April 1900 . .	Boundary between British and German territories at Jasin and bend of the Umba River.
Oktober 1900	Policy in China.
Februar 1901	Boundary between British and German spheres, between Lakes Nyasa and Tanganyika.

Digitized by Google

September 1901 . . .	Gold Coast, Togoland Boundary.
Dezember 1902 . . .	Yola-Lake Chad Boundary.
Februar 1904	Ditto Ditto
März–Mai 1904. . .	Western Pacific.
Juni 1904	Gold Coast — Togoland Boundary.
März 1906	Yola-Lake Chad Boundary.
Januar 1909	Southern Boundary Walfish Bay.
Februar—März 1909 .	Boundaries in Africa, Corege, Lake Chad and Uba, Maio Tiel.

Außer den hier aufgezählten Verträgen hat England mit Deutschland einen Schiedsvertrag abgeschlossen, um einen Konflikt zwischen den beiden Ländern unmöglich zu machen.

Der Wunsch, mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben, besteht nicht nur in den englischen Regierungskreisen, sondern in allen Schichten der englischen Gesellschaft. Das ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die gebildeten Kreise in England Deutschland und den Deutschen stets Sympathie und Bewunderung entgegengebracht haben. Carlyle, der Verfasser von „Helden und Heldenverehrung", war der größte Bewunderer Deutschlands und der Deutschen. In dem Wunsche, seinen Landsleuten das Leben eines Helden zu schildern, der ihnen zum Beispiel dienen könnte, schrieb er seine herrliche Geschichte Friederich des Großen. Von Carlyle bis Lord Haldane, dem Uebersetzer von Schopenhauer, haben Hunderte von gebildeten und führenden Engländern Deutschland als ein zweites Vaterland und eine zweite Heimat betrachtet. Nachahmung ist die aufrichtigste Form der Bewunderung. Daß England Deutschland bewundert, ist daraus ersichtlich, daß es die Verwaltung, die Schulerziehung und die soziale Gesetzgebung Deutschlands als mustergültig ansieht und nachzuahmen trachtet.

In England existieren keine tiefgehenden Vorurteile gegen Deutschland. Die Zahl derer, die Deutschland nicht wohl wollen, ist sehr gering, und ihr Uebelwollen entspringt dem Gefühl von Mißtrauen, welches das schnelle Anwachsen der deutschen Flotte hervorgebracht hat. Das schnelle Wachsen der deutschen Flotte hat natürlich eine entsprechende Vergrößerung der englischen Flotte benötigt, die zum Schutze des englischen Inselreiches einfach unentbehrlich ist.

Die häufig gehörte Behauptung, daß der Aufschwung des deutschen Handels in England Eifersucht und Haß gegen Deutschland gezeitigt habe, ist durchaus unrichtig. Der Engländer hat ein Sprichwort, daß die Konkurrenz des Geschäftes Seele ist. Die Konkurrenz Deutschlands ist England von größtem Nutzen gewesen. Sie hat den englischen Handel mächtig angespornt und daher sehr gefördert. Außerdem sind die englischen Kaufleute nicht so kurzsichtig, auf Deutschlands Wohlstand eifersüchtig zu sein, denn sie wissen ganz genau, daß sie mit einem reichen Deutschland bedeutend größere Geschäfte machen können wie mit einem besiegten und verarmten Deutschland. Die in Deutschland häufig

Digitized by Google

gehörte Behauptung, daß England aus Handelsneid die deutsche Flotte zerstören wolle, ist lächerlich.

Es sollte verhältnismäßig leicht sein, die in England bestehenden Vorurteile gegen Deutschland durch freie Besprechung zu zerstören.

In Deutschland liegt die Sache anders. Dort sind weite Kreise der Bevölkerung, und besonders die breiten Massen des Volkes, gegen England arg voreingenommen, und das Uebelwollen gegen England ist so groß, daß die deutschen Volksmassen zur Zeit der Marokkokrisis den Ausbruch eines englisch-deutschen Krieges mit Enthusiasmus begrüßt hätten, ohne sich über die Folgen eines solchen Krieges Rechenschaft zu geben. Das mag übertrieben erscheinen, aber der Verfasser war zur Zeit in Deutschland und hat mit großer Sorge die dort herrschende Erregung wahrgenommen. Glücklicherweise ließ sich die Regierung nicht von den Leidenschaften der Massen fortreißen. Die Gefahr aber liegt darin, daß bei einer andern Gelegenheit die deutsche Regierung vielleicht nicht imstande sein wird, sich dem Volkswillen zu widersetzen, und daß sie einen Krieg mit England beginnt, um ihre Existenz zu retten. Die Vorurteile, die das deutsche Volk gegen England hegt, sind auf künstliche Weise hervorgerufen worden, aber es würde zu weit führen, hier deren Genesis zu besprechen. Wir müssen mit den Tatsachen rechnen, wie sie eben sind. Glücklicherweise sind die gebildeten und kaufmännischen Kreise großenteils England wohlgesinnt.

Es ist vollständig klar, daß ein herzliches Einvernehmen zwischen Deutschland und England nur dann möglich ist, wenn die bestehenden Vorurteile zwischen den beiden Völkern beseitigt sind. Generationen würden vergehen, wollte man die Beseitigung dieser Vorurteile der Zeit überlassen. Sofortiges Eingreifen ist daher notwendig. Die breiten Massen des deutschen Volkes müssen überzeugt werden, daß England Deutschland wohlgesinnt ist. Eine systematische Propaganda der Aufklärung im ganzen Deutschen Reiche ist notwendig. Das deutsche Volk muß belehrt werden, daß seine Gefühle gegen England auf einem Mißverständnisse beruhen. Die rechtlich gesinnten Leute in Deutschland und in England müssen sich zu diesem Zwecke vereinigen, und sie dürfen nicht zögern, da ein Aufschub die schlimmsten Folgen haben könnte. Die Völker könnten sonst vielleicht dem Kriege zutreiben.

Ehe wir einen Versuch machen können, mit Deutschland zu einem innigen Einvernehmen zu gelangen, oder, was besser ist, uns mit Deutschland eng zu verbinden, müssen wir unsrer Verpflichtungen gegen Frankreich und Rußland gedenken. Es ist nun ganz klar, was unsre Pflicht ist. Wir Engländer müssen Frankreich und Rußland offen erklären, daß England bestrebt ist, die englisch-deutschen Beziehungen zu verbessern, um einen Bund aller europäischen Völker zu ermöglichen. Falls Englands Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden sollten, würden Frankreich und Rußland eingeladen werden, dem deutsch-englischen Bunde beizutreten und unsern Erfolg zu teilen. Falls aber Englands Versuche erfolglos bleiben sollten, so würden die Beziehungen zwischen England und Frankreich und zwischen England und Rußland unverändert bleiben, oder sie würden gar noch

Digitized by Google

herzlicher werden wie bisher. Da die tonangebenden Persönlichkeiten in Frankreich und Rußland Leute von Herz und Verstand sind und da die aktiven Minister beider Länder ausnahmslos einen dauernden Frieden herzlich wünschen, dürften sie Englands Vorschläge ohne Zögern gutheißen. Es würde ihnen ja klar sein, daß Frankreich und Rußland den größten Nutzen aus einer Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen ziehen würden.

Die leitenden Männer Frankreichs glauben, daß Elsaß-Lothringen nicht länger ein Hindernis zu einer allgemeinen europäischen Verständigung ist. Daher sollte Frankreich zuerst dem englisch deutschen Bunde beitreten. Frankreichs Beitritt würde den Erfolg des europäischen Staatenbundes besiegeln. Der neue Dreibund, der Dreibund für die Befestigung des europäischen Friedens, der Dreibund zwischen Deutschland, Frankreich und England, würde stark genug sein, um die politische Organisation Europas zu reformieren. Gleichzeitig aber steht zu erwarten, daß alle andern europäischen Mächte, die ja auch einen europäischen Staatenbund, der den Frieden garantiert, herbeiwünschen, dem deutsch-französisch-englischen Bunde beitreten werden.

So lange die politische Organisation Europas bleibt wie sie bisher gewesen, gibt es kein Mittel, sich der tollen Rüstungskonkurrenz der Mächte zu entziehen. Jeder Staat muß mitmachen und muß sich bis zur Erschöpfung seiner Kräfte gegen seine Nachbarn bewaffnen oder muß gewärtig sein, von denselben verschlungen zu werden. Die leitenden Staatsmänner würden in der Tat mit sträflichem Leichtsinne handeln, wenn sie nicht zur äußersten Anspannung der nationalen Kräfte alles zur Verteidigung vorbereiten würden. Aber sobald wirkliche Einigkeit und ein herzliches Einverständnis zwischen den sechs Großmächten herrscht — es ist schließlich gleichgültig, ob Einigkeit durch die Bildung eines Staatenbundes oder auf irgendeine andre Weise erzielt wird — würde sich die politische Atmosphäre völlig verändern. Die übergroßen Rüstungen Europas würden unnötig sein und sich schrittweise verkleinern. Krieg zwischen den Völkern Europas würde unmöglich werden und Europa würde leicht an Geld und Arbeit 10000000000 Mark oder mehr per Jahr zur großen Befriedigung der Bürger ersparen können. Diese ungeheure Summe wird jetzt jedes Jahr verschwendet.

Der Handel und die Industrie Europas würden von der stets gegenwärtigen Kriegsfurcht und von der erdrückenden Steuerlast befreit sein und würden einen außerordentlichen Aufschwung nehmen. Europa ist im Begriff, seine industrielle Vorherrschaft zu verlieren. Die Beschränkung der Rüstungen würde ihm seine Vorherrschaft im industriellen und auch im politischen Gebiete für lange Zeit garantieren.

In den vorstehenden Seiten hat der Verfasser gezeigt, daß die Völker Europas durch die militärischen Lasten erdrückt werden und daß die ungeheuren Kriegsvorbereitungen die Uneinigkeit der europäischen Mächte fortwährend vergrößern. Er hat ferner gezeigt, daß die Kriegsrüstungen nur dann beschränkt werden können, wenn die Völker Europas einig werden, und daß deren Einigkeit nur durch die Begründung eines Staatenbundes geschaffen werden kann. Außer-

Digitized by Google

dem hat er gezeigt, daß die Begründung eines europäischen Staatenbundes nur durch ein inniges Einvernehmen, oder besser noch durch ein Bündnis, zwischen England und Deutschland möglich ist. Solch ein englisch-deutsches Einvernehmen würde gleichzeitig der Grundstein und der Schlußstein eines europäischen Staatenbundes sein. Daher sollten alle, die den Frieden lieben und das Wohlergehen der Völker ernstlich zu befördern wünschen, die größten Anstrengungen machen, um solch ein englisch-deutsches Einverständnis zuwege zu bringen. Der Verfasser schlägt daher vor, daß alle diejenigen, die mit seinen Ansichten übereinstimmen, einer großen Vereinigung zur Betätigung dieses Gedankens beitreten sollten. Der Zweck der geplanten Vereinigung würde in erster Linie der sein, die englisch-deutschen Beziehungen durch eine große Belehrungspropaganda so innig zu gestalten, daß die Begründung eines europäischen Staatenbundes möglich ist.

Es ist aber nicht nur notwendig, ein inniges englisch-deutsches Einvernehmen, das zu einem englisch-deutschen Bündnis führen wird, zu schaffen. Eine große zweckentsprechende Propaganda muß gleichzeitig in allen Ländern Europas unternommen werden. Eine geradezu riesige Anstrengung muß gemacht werden, um den Völkern die Torheit der ungeheuren Kriegsrüstungen und die Notwendigkeit der allmählichen Abrüstung klarzumachen. Man muß jedem individuellen Bürger die Gefahr der Lage klarmachen und ihm zeigen, daß Rettung allein in einem europäischen Staatenbunde zu finden ist.

Alles muß einen Anfang haben. Der Moment scheint äußerst günstig. Daher sollte jetzt ein Anfang gemacht werden. Eine große Propaganda ist notwendig. Durchdrungen von der Notwendigkeit und der Dringlichkeit einer solchen Propaganda bittet der Verfasser alle seine Leser um werktätige Beihilfe. Er hat ein temporäres Bureau dieser internationalen Vereinigung unter dem Namen „European Federation League" in London, 39 St. James's Street, Piccadilly, eröffnet und ladet alle diejenigen, die seine Vorschläge zu fördern wünschen, ein, sich mit dem Ehren-Sekretär Sir Francis Trippel unter obiger Adresse in Verbindung zu setzen. Er bittet alle Leser herzlich, ihn mit Rat und Tat zu unterstützen.

1813

Die Generalprobe von Großgörschen am 2. Mai 1813

Von

Freiherr von der Goltz, Generalfeldmarschall

In letzter Zeit ist der Streit über König Friedrich Wilhelms III. Rolle vor und während der Befreiungskriege lebhaft entbrannt. Auf der einen Seite wird ihm jedes Verdienst um die große Erhebung vom Frühjahr 1813 abgesprochen, auf der andern Seite gerade bei ihm die heimliche treibende Kraft gesucht. Das erste ist höchst ungerecht, das zweite historisch nicht nachweisbar.

Digitized by Google

Des Königs Verdienst um 1813 ist in wenigen Worten genau festzustellen. Es bestand darin, daß Preußen beim Beginn der großen Krisis überhaupt noch als selbständiger Staat existierte, und zwar wunderbarerweise als der augenblicklich schlagfertigste Staat auf dem gesamten Kriegstheater.

Wäre König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809 auf Oesterreichs Seite getreten, wozu alle Patrioten in seiner Umgebung ihn drängten, so würde Preußen unfehlbar zugrunde gegangen und von der Landkarte verschwunden sein. Oesterreich und Preußen zusammen waren noch nicht stark genug, der ganz unerschütterten Macht Napoleons erfolgreich zu widerstehen. Der Feldzug hätte sich in seinem Verlauf geändert, hätte vielleicht länger gedauert, als es in Wirklichkeit geschah, aber das Ende wäre das gleiche geblieben — nämlich die Niederlage der Verbündeten. Napoleons Haß gegen Preußen, eine geheime Ahnung, daß in dieser Macht, trotz ihrer demütigenden Niederlage von 1806 und 1807, doch der Keim für eine kommende Gefahr läge, hätten ihn unzweifelhaft zur völligen Vernichtung gereizt. Im Jahre 1812, wo der König noch lebhafter bestürmt wurde, sich für Rußland zu entscheiden, hätte das jetzt schon allerdings erheblich erstarkte Preußen die volle Wucht der sich heranwälzenden Großen Armee zunächst allein zu ertragen gehabt. Dieser Belastungsprobe wäre es unterlegen. Der König hätte nach rühmlichen Anstrengungen mit einem Rest seiner Truppen über die russische Grenze zurückweichen müssen. Er wäre freilich wiedergekehrt, aber als Gast und Schützling Alexander I. Das wäre für den Herrscher Preußens, den Nachkommen Friedrichs des Großen, wenig würdig, aber für sein Land auch nicht vorteilhaft gewesen. Ob es zu einer Wiederaufrichtung des Königreichs in seinem alten Machtumfange gekommen wäre, hätte im wesentlichen von Rußland abgehangen. Oesterreich würde sich jedenfalls nicht in die Schanze geschlagen haben, um in Norddeutschland wieder einen kräftigen Nebenbuhler erstehen zu lassen. Ferner aber muß man bedenken, daß mit dem ersten Zurückweichen Friedrich Wilhelm III. auf russisches Gebiet der gesamte Militär- und Verwaltungsapparat Preußens 1812 weggewischt worden wäre und er nichts mehr zur Aufrichtung der Befreiungsarmee hätte tun können. Diese konnte dann nur improvisiert werden, und Erfolge ließen sich gegen einen Napoleon am allerwenigsten ohne sorgsame Vorbereitungen erringen.

Nun, da der König sich zunächst klüglich an Napoleons Seite gehalten hatte, so schwer es ihm auch wurde, befand sich, nach dem Untergange der Großen Armee, sein kleines, aber festgefügtes Heer sicher in seiner Hand. Yorck hatte bei der Kapitulation von Tauroggen die von ihm befehligten 15000 Mann — im Augenblick der völligen Auflösung des Gegners eine ansehnliche Macht — der freien Verfügung des Königs vorbehalten. Die günstige Lage, die sich aus diesem Verhältnis um die Jahreswende von 1812 zu 1813 ergab, wurde nun freilich nicht bis zu den äußersten Möglichkeiten ausgenutzt. Unter Erregung der Volksleidenschaft und des in Deutschland gärenden Franzosenhasses hätte die Verfolgung der französischen Heeresträmmer vielleicht bis zum Rhein hin

Digitized by Google

ausgedehnt werden können. Der neue Krieg, der unfehlbar 1813 kam, würde dann dort und nicht an der Elbe begonnen haben.

Man muß sich aber in die damalige Zeit getreu zurückversetzen, um das Zögern zu verstehen. Jeder Geschichtsatlas lehrt, wie winzig der nach dem Tilsiter Frieden von Preußen übrig gebliebene Rest gegen die ungeheure Ausdehnung Frankreichs erscheint. Er bildete einen Staat zweiter Klasse, etwa wie das neugeschaffene Großherzogtum Warschau. Der Rheinbund, der noch fest zu Napoleon hielt, war ihm an Mitteln überlegen. Wie weit Rußland mit Preußen nach Westen vorgehen werde, stand noch nicht fest. Ob Oesterreich, dessen Hof seit kurzem mit Napoleon in nahe Verwandtschaft getreten war, sich überhaupt dazu entschließen würde, konnte niemand mit Sicherheit absehen. Dazu kam die ungeheure Wirkung von Napoleons Genie und der Eindruck seiner Persönlichkeit, die über alle Menschen Macht gewann, mit denen er verkehrte. Unter demselben litt unfehlbar auch Friedrich Wilhelm III. „Bei dem Vordringen nach Westen gegen die letzten französischen Truppenreste hätte sehr wohl, nach einem anfänglichen Erfolge, ein Rückschlag eintreten können, denn jeder Marsch vorwärts führte näher an die Quellen der französischen Macht heran.

Unzweifelhaft spielt auch des Königs Temperament eine große Rolle bei den gefaßten Entschlüssen. Ich folge Clausewitz' Schilderung seines Charakters: „Friedrich Wilhelm III., von Grund auf ausgezeichnet durch Ernst und Strenge der Grundsätze, war zu mißtrauisch in seine eignen Kräfte und in die Kräfte andrer, zu voll von jenem nordischen, kalten Zweiflersinn, der den Unternehmungsgeist untergräbt, den Enthusiasmus befeindet und alles Hervorbringen erschwert. Sein richtiger Verstand und scharfer Beobachtungsgeist werden von jenem unüberwindlichen Hange zum Zweiflergeist nur in die Richtung der menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten getrieben, die er schnell entdeckt und die seinen Mangel an Vertrauen fast bis zur Geringschätzung steigern."

Ein solcher König war freilich wenig geeignet im Volke einen Sturm zu erregen und Deutschland in Brand zu setzen, nur um den verhaßten Eroberer in den Flammen verzehren zu lassen. Von der auflodernden Begeisterung war Friedrich Wilhelm III. lange im Zweifel, ob sie nicht nur ein Strohfeuer bedeute, das bald in sich zusammensinken werde. Er faßte nähergelegene Ziele ins Auge, die für ihn den Vorzug besaßen, daß sie ihm erreichbar erschienen. Er dachte an ein vorteilhaftes Abkommen mit Frankreich, das Napoleon in seiner augenblicklichen schwierigen Lage wohl sicher gewähren mußte. Er wünschte eine Lockerung der Fesseln, in denen Preußen von 1807 bis zum Augenblick geschmachtet hatte, teilweisen Erlaß der Kriegskosten, mehr Freiheit im Militärstaat und eine vorteilhafte Abrundung der Grenzen. An das, was durch die Erhebung erreicht worden ist, oder gar an einen Marsch bis Paris glaubte er nicht. Sicherlich würde er vorteilhafte Anerbietungen Frankreichs nicht ausgeschlagen haben, schon um auch Rußland gegenüber baldmöglichst wieder unabhängig dazustehen.

Zudem hatte sein Zögern auch darin eine natürliche Ursache, daß auf ihm

Digitized by Google

in erster Linie die Verantwortung für die schweren, jetzt zu treffenden Entscheidungen lastete. Schließlich muß man aber anerkennen, daß in dem Zaudern des Königs nur dieselben Eigenschaften zum Vorschein kommen und wirksam werden, denen Preußen auch seine Rettung von 1809 und 1812 verdankte.

Yorcks Tat von Tauroggen hat der König insgeheim durchaus gebilligt, wenngleich er es auch öffentlich noch nicht tun konnte. Erst später verdroß ihn Yorcks selbständiges, energisches Vorgehen bei der Bewaffnung von Ostpreußen. Die dadurch ins Leben gerufene Bewegung erschien ihm bedenklich, weil er die Führung in der Hand zu behalten und die Armee nach seinem Sinn wirklich kriegsbereit zu machen wünschte, ehe er einen weiteren Entschluß faßte. Mit dieser Auffassung ließ sich bis zu einem gewissen Grade wohl rechnen; es kam nicht so sehr darauf an, die von den französischen Generalen über die Elbe geretteten Heerestrümmer vollständig zu zerstören, als darauf, den ersten ernsten Zusammenstoß mit der neuen Heeresmacht Napoleons, wenn auch nicht gleich siegreich, so doch ehrenvoll und ohne Niederlage zu bestehen. Auch gedachte der König in seiner vorsichtigen Art, sich vor dem Bruche mit Frankreich erst politisch mit Oesterreich und Rußland sicherzustellen. Und man kann nicht sagen, daß diese Vorbereitungen, sowie die Sorge für den möglichst guten Zustand der Truppen beim Eintritt in den Feldzug sich nicht bewährt haben.

Der 2. Mai sollte den bündigen Beweis dafür liefern. Der Aufbruch von Breslau, wo sich die preußische Hauptmacht versammelte, wurde dadurch allerdings bis zum 18. März verzögert. Am 30. rückte Blücher in Dresden ein und dann noch bis an die Zwickauer Mulde vor. Dort kam es zu einem Stillstand; denn die russische Hauptarmee war noch weit zurück; sie hielt erst am 24. April ihren feierlichen Einzug in die sächsische Hauptstadt. Nur Wittgensteins Truppen hielten mit den Preußen gleichen Schritt. Schon dieser Hergang erregt Bedenken darüber, wie es mit der sofortigen Verfolgung der Franzosen bis zum Rhein wohl ausgesehen haben würde. Jedenfalls hätte sie eine große Zersplitterung der Streitkräfte herbeigeführt, die einheitliche Leitung von oben her wäre dadurch fast unausführbar geworden. Sie war ohnehin schwierig genug und hätte einen schleppenden Gang der Operationen zur Folge gehabt.

Dem Namen nach führte Wittgenstein den Oberbefehl, tatsächlich Kaiser Alexander, dem als einflußreicher Berater Graf Toll zur Seite stand. Der alte Kutusow war sterbend in Bunzlau zurückgeblieben. König Friedrich Wilhelm III. und seine Umgebung waren natürlich gleichfalls von Einfluß. Man hielt Eile auch nicht für geboten, weil man berechnete, daß Napoleon nicht vor dem 20. Mai aufbrechen könne. Nur Scharnhorsts unendlicher Geduld und überzeugender Beweiskraft gelang es, die Maschine der obersten Heeresleitung in Gang zu halten. Um die inneren Mängel, die der Armee noch anhafteten, zu beseitigen, wurde die neue Fechtweise fleißig geübt, mit den alten Exerzierkünsten vollständig aufgeräumt, das Kriegsmäßige ganz in den Vordergrund gestellt. Die Uebungen wurden von allen Spielereien freigehalten und nur auf den Felddienst gerichtet. Das Reglement von 1812, das sich in Kurland so trefflich be-

Digitized by Google

währt hatte, konnte sich überall einbürgern. Die von den Franzosen angenommene Verbindung des Schützengefechts mit dem Stoße beweglicher Kolonnen wurde Gemeingut der ganzen Armee. Yorcks Jäger hatten vorbildlich in dieser neuen Fechtart gewirkt. Die Dienstzeit der meisten Mannschaften übertraf die der Napoleonischen Truppen, ihre Ausbildung und Mannszucht war der französischen weit überlegen. Das sind die nicht zu unterschätzenden Vorteile, welche die Zögerung mit sich gebracht hatte.

Ein trefflicher Sinn verbreitete sich unter den preußischen Truppen; sie sehnten sich nach dem Kampfe, um die lange mit Ingrimm ertragene Unbill zu rächen und die Schmach der Niederlage von 1806 vollkommen zu tilgen. Das kriegerische Aussehen und ein gutes, ernstes Betragen der Mannschaften erregten überall wohlverdientes Aufsehen. „Nie war eine Armee von besserem Geist beseelt," urteilt Clausewitz. Stilles, aber festes Vertrauen auf sich und den Triumph seiner Sache leuchtete aus jedes Soldaten Mienen. Die bedeutsamste aller Ursachen von Napoleons Niederlage von 1813 war die moralische und physische Ueberlegenheit des Heeres seiner Gegner.

Der Kaiser überraschte diese freilich, wie zuvor so häufig, durch seine Schnelligkeit. Nicht am 20. Mai, sondern schon am 15. April verließ er St. Cloud, war am 17. in Mainz, am 25. in Erfurt und eröffnete unverzüglich die Operationen. Seine Gegner westlich der Elbe schätzte er ziemlich richtig auf 60000 bis 70000 Mann. Soviel betrugen Blüchers und Wittgensteins Truppen zusammengenommen. Auch ohne den Vizekönig Eugen, der die aus Rußland zurückgekehrten Reste der Großen Armee bei Magdeburg gesammelt und bis auf 50000 Mann verstärkt hatte, war er mit dem neu herankommenden Heere jenen um das Doppelte überlegen. Er führte 120000 bis 130000 Mann allerdings nur junger, wenig geübter Truppen heran. Sein Vormarsch ging auf Leipzig, dort wollte er sich über das Weitere entscheiden. Der Vizekönig erhielt das gleiche Ziel und den Befehl, sich mit ihm zu vereinigen. Die Verbündeten zogen sich bei seiner Annäherung südlich von Leipzig um Rötha an der Pleiße zusammen. Nur Kleist mit einem schwachen Korps deckte Leipzig an der großen Heerstraße von Naumburg und Weißenfels. Er wich aber beim Erscheinen der großen französischen Uebermacht am 2. Mai fechtend durch die Stadt nach Wurzen zurück.

Napoleons Vormarsch überflügelte so die Verbündeten in der rechten Flanke. Er konnte nun, wenn er nach Süden einschwenkte, sie von ihren Verbindungen trennen, ihnen den Rückzug rauben, sie ins Erzgebirge oder auf die neutrale österreichische Grenze zurückwerfen. Gefahr war im Verzuge, die Möglichkeit einer Vernichtung nicht ausgeschlossen.

Was wäre früher in solcher Lage erfolgt? Wahrscheinlich ein überstürzter Rückmarsch, um die bedrohten Verbindungen wieder zu gewinnen, Teilgefechte und allmählich eine allgemeine Niederlage. Diesmal kam es anders, die Verbündeten antworteten der Kühnheit Napoleons mit noch größerer Kühnheit ihrerseits. Scharnhorsts Geist fühlt man darin wehen. Sie beschlossen, nicht zurück-

Digitized by Google

zugehen, sondern in die Flanke des vorüberziehenden französischen Heeres vorzustoßen und es zum Stehen zu bringen. Das war mit Rücksicht auf die große numerische Uebermacht der Franzosen ein verwegenes Beginnen, das nur unternommen werden konnte im Vertrauen auf die größere innere Festigkeit und die besseren soldatischen Eigenschaften der Truppen.

Der Vorstoß führte zur Schlacht von Großgörschen. Napoleon wußte, daß die Verbündeten noch südlich von ihm stünden, und er an ihnen vorübermarschierte. Er ließ daher 45000 Mann unter Marschall Ney bei Lützen stehen und blieb am Schlachttage, dem 2. Mai, bis 10 Uhr vormittags persönlich dort. Als bis dahin alles ruhig geblieben war, eilte er in der Richtung auf Leipzig vorwärts, doch bald sollte der beginnende Kanonendonner ihn zurückrufen. Den Entschluß der Verbündeten hatte er augenscheinlich nicht erwartet. Diese waren indessen, durch die freilich nur 17000 Mann zählende russische Hauptarmee — Garden und Grenadiere — verstärkt, unterdes bei Pegau über die Weiße Elster und dann auch noch über den sie von den Franzosen trennenden Floßgraben vorgegangen. Sie befanden sich im Begriff, mit der Front nach Norden aufzumarschieren. Der Aufmarsch dauerte unverhältnismäßig lange, weil man sich mit Förmlichkeiten und Truppenentwicklungen aufhielt, statt ohne Verzug in Kolonnen auf den zu überraschenden Gegner loszugehen. Von Neys Anwesenheit bei Lützen wußte man nichts, aber die langen Staubwolken der sich gegen Leipzig fortbewegenden französischen Armee waren deutlich sichtbar, und man hoffte daher, sie unvermutet von rückwärts fassen zu können. Erst bei näherem Herankommen wurde Neys den Flankenmarsch schützendes Korps entdeckt. Der Kampf entbrannte sogleich mit großer Heftigkeit.

Dort, wo der Floßgraben in der Mitte seines Laufes, südlich von Markranstedt, eine scharfe Biegung nach Westen macht, liegen an seinem linken Ufer die vier Dörfer Groß- und Kleingörschen östlich, Rahna und Caja westlich, nahe beieinander. Eine Viertelmeile von dieser Dörfergruppe, nach Westen entfernt, dehnen sich die langgestreckten Häuserreihen von Starrsiedel inmitten freier Felder aus. Das ist das Hauptschlachtfeld des blutigen Tages.

Nach kurzem Besinnen gab Napoleon seine Befehle. Ney sollte die vier Dörfer verteidigen und die Verbündeten aufhalten, die übrigen französischen Korps ihnen in die rechte und linke Flanke gehen. Auch Vizekönig Eugen mußte sich bereithalten, aufs Schlachtfeld zu eilen. Aber die Verbündeten zögerten ebensowenig. Sie hofften, dem Feinde durch schnellen Vorstoß den Rückzug von Leipzig auf der großen Weißenfelder Straße zu nehmen. So gerieten die beiden Heere in dem Dörferviereck und seinem von blühenden Gärten und Pflanzungen aller Art bedeckten inneren Raume sofort lebhaft aneinander. Die Preußen stürmten Großgörschen, und ihre Reiterei überraschte zur Linken bei Starrsiedel die erscheinenden feindlichen Massen, die sich eben zu entwickeln begannen, jetzt aber schnell in das Dorf zurückwichen. Leider folgte kein entschlossener Angriff auf das Dorf, und Starrsiedel blieb für den weiteren Verlauf der Schlacht in französischen Händen. Ney wurde dort von Marmont

Digitized by Google

unterstützt und ging zum Gegenangriff über. Rahna und Kleingörschen, das die Preußen gleichfalls schon gewonnen, wurde wieder verloren. Hitzig drängten die Franzosen nach, aber Blücher vereinigte bei Großgörschen eine starke Artillerie und wies sie ab, nahm die verlorenen Dörfer zum zweitenmal und ließ seine brave Infanterie sogar in Caja eindringen. Der Sieg schien sich auf die Seite der Verbündeten zu neigen. Aber ihre starke Kavallerie versäumte die kostbare Gelegenheit, durch einen stürmischen Angriff die Franzosen über den Haufen zu werfen.

Bisher hatte nur Neys Korps drüben gefochten, Napoleon ließ nach seiner Art das Gewicht der Schlacht lange auf ihm ruhen. Inzwischen aber versammelte er seine übrigen Kräfte gegen die Flanken der Verbündeten. Die Garde traf hinter Ney ein und zur Linken Macdonald von des Vizekönigs Heer. Caja ging bald verloren, und wie von einer mächtigen Woge wurden die erschöpften preußischen Truppen wieder auf Großgörschen zurückgeschwemmt. Selbst ein Teil dieses Dorfes geriet in feindliche Hände, der andre wurde nur mit Mühe behauptet. Aber voll Zuversicht harrten Blücher und sein getreuer Scharnhorst mitten unter den Kämpfern aus. Bei diesem war das Feuer erwacht, das auf dem Grunde seiner Seele glimmte.

Zur Rechten Napoleons kam jedoch hinter Marschall Marmont auch Bertrand heran; die Lage der Preußen wurde von Stunde zu Stunde bedenklicher, und wir erinnern uns dabei unwillkürlich an Hohenlohes Heer bei Vierzehnheiligen; indessen kam hier die Hilfe noch zur rechten Zeit, und nicht zu spät, wie dort. Um 4 Uhr nachmittags war der Aufmarsch der Russen hinter den Preußen vollendet. Wittgenstein konnte diese verstärken, Rahna und Kleingörschen wurden unter Einsetzung ihrer letzten Reserven nochmals erobert — zum viertenmal in dem hin und her wogenden Kampfe; es schien, als sollte der Tag noch den Verbündeten gehören.

Aber Napoleon hatte nur den Augenblick erwartet, der über Gewinn und Verlust der Schlacht entscheiden sollte und urteilte — es war gegen 6 Uhr nachmittags — daß er gekommen sei. Unter Entwicklung mächtiger Artillerielinien ließ er Mortier mit der jungen Garde gegen das Dörfervierеck antreten. Diesmal ging auch Großgörschen, daß sich bis dahin hartnäckig behauptet hatte, den Preußen verloren. Freilich eroberten sie es unter Aufgebot der letzten Kräfte noch einmal wieder; dann aber trat die Erschlaffung ein. Auf dem engen, von Häusern und Bäumen bedeckten Raume, der zum Kampfplatz diente, war die Truppe arg durcheinander gekommen. Die Dunkelheit ließ den Kampf ersterben, die brennenden Dörfer erleuchteten die Walstatt. Zur Rechten und zur Linken von Blücher hatten die Russen sich mit Mühe der Truppen des Vizekönigs und Bertrands erwehrt. Jetzt mußten die Kämpfer hinter den Dörfern in der Dunkelheit gesammelt und einigermaßen wieder geordnet werden; ein Schlachttag von äußerst dramatischer Bewegung war damit vorüber. Der Rückzug wurde beschlossen. Nur Blücher, der Unerschrockene und Unverdrossene, widersprach und versuchte noch einen letzten Reiterangriff, der in Marmonts

Digitized by Google

Korps große Verwirrung anrichtete, aber doch das Schicksal des Kampfes nicht mehr zu wenden vermochte. Scharnhorst hatte, ernsthaft verwundet, den Kampfplatz verlassen müssen, um nie wieder zu einer fechtenden Truppe zurückzukehren. Das war der schmerzlichste Verlust.

„Die Idee der Schlacht war gut, die Anlage war schlecht." Die Hauptschuld daran trug die Verwirrung in der Befehlsführung. „Es kommandierte in der Schlacht von Großgörschen niemand oder vielmehr jedermann."

Und dennoch war Großgörschen ein Gewinn für die Verbündeten. Der blutige Tag hatte sie einander näher gebracht und die Waffenbrüderschaft fester gekittet. Die Tapferkeit der Preußen erweckte das Staunen und die Achtung der russischen Bundesgenossen; die jungen Truppen hatten an Selbstvertrauen, Heer und Volk an Zuversicht gewonnen. Die den Kampfplatz verlassenden Soldaten waren keineswegs niedergebeugt, sondern trugen die bestimmte Empfindung von ihrer moralischen und physischen Ueberlegenheit über die bisherigen Unterdrücker als Ernte von der Walstatt davon. Die Hoffnung auf den endlichen glücklichen Ausgang des ganzen Krieges schlug selbst in zaghaften Seelen Wurzel. Auch König Friedrich Wilhelm III., der hartnäckige Zweifler, hatte schon am Vormittag beim Anblick der Truppen und ihrer Stimmung ausgesprochen: „Nun mag es in Gottes Namen werden, wie es will; ein Auerstedt wird es nicht!"

Die Franzosen hatten 22000 Mann mit 9 Generalen verloren, die Verbündeten nur 11500 Mann, also etwa die Hälfte, und es ist wohl zu ermessen, daß die Eindrücke davon den Stolz und die Haltung der Truppen gehoben haben. Alles war und blieb auch auf dem Rückzuge in guter Stimmung. „Der Soldat glaubte nicht geschlagen zu sein," und sah vertrauensvoll neuen Kämpfen entgegen. Der alte Blücher aber erklärte zornig einen jeden, der von Rückzug sprach, für einen Hundsfott. Wie anders sah das alles aus, als in der unglückseligen Nacht zum 15. Oktober 1806 nach Jena und Auerstedt.

Großgörschen war die Generalprobe der Verbündeten, die ihre Kräfte an denen der neuen französischen Heere prüfen wollten, ehe das große dreijährige Drama der Befreiungskriege begann, und sie war gut ausgefallen. Die Frage mag offen bleiben, ob das auch eingetreten wäre, wenn das Vorgehen drei Monate früher seinen Anfang genommen hätte? Niemand vermag diese Frage mit Sicherheit zu entscheiden, aber gewiß ist, daß das Zögern gute Früchte getragen hat. Die Generalprobe war sorgfältig vorbereitet worden und darum gelungen — eine gute Vorbedeutung für den Erfolg der kommenden Aufführung.

Digitized by Google

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von

Freiherr v. Hengelmüller

IV

Berlin. — Der Anfang

Am 14. November 1859 wurde Graf Karolyi zum Gesandten in Berlin ernannt. Er war damals vierunddreißig Jahre alt. Gleichzeitig und mit derselben kaiserlichen Entschließung erfolgte die Ernennung des noch um vier Jahre jüngeren Fürsten Metternich zum Botschafter in Paris. Auf seinen beiden wichtigsten Posten war sohin Oesterreich damals durch ungewöhnlich junge Diplomaten vertreten, welche aber beide schon ihre Proben abgelegt hatten und vom ersten bis zum letzten Tage ihrer Missionen reichlich Gelegenheit fanden, das kaiserliche Vertrauen, dem sie ihre Berufung verdankten, zu rechtfertigen.

Die Verhältnisse, unter denen die beiden Herren ihre Posten antraten, waren schwierige und unklare. Was die damalige politische Lage Europas kennzeichnet, ist der Mangel an Allianzen und sicheren Verbindungen sowie das allgemeine Mißtrauen. Mit Ausnahme von Preußen und Rußland, welche durch verläßliche Bande verbunden waren, stand jede Macht für sich allein und isoliert. Ganz besonders so Oesterreich. Zwischen ihm auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite stand die italienische Frage, zwischen ihm und Rußland die Erinnerung an den Krimkrieg und die fortnagende Rancüne des Fürsten Gortschakow. Das im Werden begriffene Italien war ein offener Feind. Im Verhältnisse zu Preußen hatte sich zu den — durch die unter der Asche der Erinnerungen an Olmütz fortglimmende Rivalität in Deutschland bewirkten — inneren Schwierigkeiten die Verschlechterung des psychologischen Momentes durch die Kontroverse über die während des italienischen Krieges eingenommene Haltung gesellt.

Die Geschichte der auf diese Haltung bezüglichen seinerzeitigen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen gehört nicht in den Rahmen dieser Erzählung. Zum klareren Verständnis der durch ihren Ausgang erzeugten, in der öffentlichen Meinung noch lange nach Karolyis Amtsantritt nachvibrierenden Stimmung scheint es indessen angezeigt, sie in ihren Hauptmomenten zu resümieren.

Wie schon früher erwähnt, war Erzherzog Albrecht im April 1859 nach Berlin entsendet worden, um dem Prinzregenten unsre Entschlüsse angesichts der europäischen Situation mitzuteilen und Preußens aktive Teilnahme am Kriege zu erwirken. Seine Mission blieb erfolglos, weil 1. das Terrain für

Digitized by Google

dieselbe nicht vorbereitet war, 2. die preußische Regierung der von uns gewünschten Vorbringung der Frage auf dem Bundestage widerstrebte und dieselbe allein vom Standpunkt ihrer Interessen als Großmacht behandeln wollte, und 3. weil der Prinzregent und seine Regierung unsre Ultimatumstellung und Kongreßablehnung mißbilligten. Die Stimmung, welche diese ablehnende Haltung bei dem kaiserlichen Kabinett hervorrief, findet sich in einer in der Schwüle jener Tage an den Gesandten in Berlin ergangenen vertraulichen Weisung in prägnanter Weise ausgedrückt. Darin heißt es:

„Der politische Gang in Berlin ist ein sehr entmutigender ... Uns selbst abhalten zu wollen, dem Bundestag die einfache Mitteilung zu machen, daß wir mit zwei Mächten im Kriege und von einer dritten bedroht sind, war nichts als ein böses Spiel ... Unerschöpflich in Vermittlungsversuchen, immer bereit, die Schritte unsrer Gegner zu entschuldigen und zu rechtfertigen, verliert man sich in Sophismen ... Immer die eiteln Fragen, wer der Angreifer, wer der Angegriffene? Wo fängt die Pflicht an, wo hört sie auf?

Wir sagen, der Bund soll eine achtunggebietende Stellung einnehmen, und man erwidert, daß Preußen acht Armeekorps aufstellt, als wenn dies dasselbe wäre. Solange Preußen sich nicht offen für unsre Sache ausspricht, kann uns eine achtunggebietende Stellung desselben nicht genügen. Die Idee ist noch immer nicht aufgegeben, auf Kosten Oesterreichs eine Rolle zu spielen.

Uns möchte man von jeder Teilnahme an Deutschlands Entschlüssen ausschließen, Frankfurt annullieren ... So wähnt man vielleicht, Herr der Stellung zu werden, vielleicht selbst im Trüben fischen zu können."

Mittlerweile waren das Manifest Napoleons, „Italien frei bis zur Adria", und der Aufstand in Parma erfolgt. Unter dem Eindruck der dadurch hervorgerufenen Besorgnisse trat die preußische Regierung dem Gedanken aktiver Verbindung mit Oesterreich wieder näher, und Generalleutnant von Willisen wurde Anfang Mai nach Wien gesendet, um, wie es in seinen Instruktionen hieß, vor allem festzustellen, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise und zu welchem Zwecke Preußen dem kaiserlichen Hofe helfend zur Seite zu treten hätte. Zu diesem Ende hätte Oesterreich vor allem bestimmt auszusprechen, bis zu welchem Ziele es den begonnenen Krieg zu führen und unter welchen Bedingungen es Frieden zu machen gedenke.

Graf Rechberg verwies in seiner Antwort auf den Ursprung der Verwicklungen, die damit begonnen hätten, daß ein unveräußerliches Souveränitätsrecht des Kaisers — nämlich das Recht, mit andern unabhängigen Regierungen Verträge wegen gegenseitiger Hilfeleistung zu schließen — angefochten wurde. Hieraus und aus den seitherigen Erklärungen Kaiser Napoleons ergäbe sich für Oesterreich von selbst Natur und Zweck des Krieges. Wir betrachten denselben als einen Defensivkrieg, der seinen Zweck erfüllt haben werde, sobald der auf den Verträgen von 1815 beruhende territoriale Besitzstand sowie die ungestörte Ausübung der Souveränitätsrechte des Kaisers und der italienischen Fürsten sichergestellt sein werde. Als kriegführende Macht und solange nicht die Rück-

Digitized by Google

sicht auf aktive Verbündete einträte, kann die kaiserliche Regierung sich nicht im voraus an irgendwelche Bedingungen binden. Wünsche aber Preußen Frankreich gegenüber die Entscheidung über seine eigne Teilnahme am Kriege von der Annahme von Vorschlägen zur Wahrung der bezeichneten Zwecke abhängig zu machen, so würde das kaiserliche Kabinett einer so befreundeten Macht gegenüber gerne in einen vertraulichen Meinungsaustausch eintreten.

Die Mission des Herrn von Willisen führte gleichfalls zu keinem positiven Ergebnis.

Indessen hatte Preußen, wenn auch langsam und zögernd, militärische Vorbereitungsmaßregeln ergriffen. Gleich nach Erlassung unsers Ultimatums an Sardinien war für das preußische Heer die sogenannte Kriegsbereitschaft angeordnet, nach Magenta zwei Dritteile desselben mobilisiert und sechs Tage nach Solferino ein Observationskorps am Rhein aufgestellt worden. Die österreichischen Niederlagen hatten aber in Preußen entmutigend gewirkt, man hielt an maßgebender Stelle die verfügbaren Streitkräfte zur sofortigen Aufnahme aktiver Beteiligung für unzulänglich und griff zu dem Gedanken bewaffneter Vermittlung. Dieselbe sollte auf für Oesterreich annehmbarer Grundlage, nämlich auf der Basis unveränderten Besitzstandes und Einführung administrativer Reformen in Italien erfolgen. Zu diesem Zwecke setzte sich die preußische Regierung auch mit England und Rußland in Verbindung.

Was aber Oesterreich von Preußen wollte, war nicht Vermittlung, sondern aktive Hilfeleistung, und zu diesem Ende erfolgte in letzter Stunde noch ein Appell an Berlin durch die Entsendung des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz, der am Hofe des Prinzregenten persona gratissima und zu allen Zeiten ein fester Anhänger der Allianz mit Preußen war. Ungern, aber dennoch waren wir auch geneigt, in die schon aus Anlaß der Mission Willisen angeregte Ueberlassung des Oberbefehls über die Bundesarmee an Preußen einzuwilligen.

Windischgrätz kam am 3. Juli in Berlin an, fand den Prinzregenten von aufrichtiger Sympathie für Oesterreich beseelt, in voller Uebereinstimmung der Anschauungen hinsichtlich Frankreichs, aber in schweren Zweifeln über die Möglichkeit sofortigen aktiven Eintretens. Bevor er indessen seine Mission zu einem positiven Ende führen konnte, war der Präliminarfriede in Villafranca unterzeichnet worden.

Dies war in kurzem der Gang der Dinge, der in Oesterreich wie in Preußen ein reiches Maß von Verstimmung und Erbitterung zurückließ. Bei uns hatte man das Gefühl, von dem natürlichen Bundesgenossen im Stich gelassen worden zu sein, und überdies den Argwohn, daß dieser die Gelegenheit benützen wollte, um die eigne Machtstellung in Deutschland auf unsre Kosten zu vergrößern. In Preußen wieder fand man die erhobenen Vorwürfe ungerecht, weil die Hilfeleistung, wenn auch spät, so doch unausweichlich eingetreten wäre, und beschuldigte Oesterreich, lieber einen nachteiligen Frieden geschlossen als dem nachgesuchten Alliierten die Betätigung seiner natürlichen Machtstellung in Deutschland gegönnt zu haben.

Digitized by Google

Die österreichischen Gefühle hatten in dem aus Laxenburg erlassenen kaiserlichen Manifest vom 16. Juli öffentlichen Ausdruck gefunden. Freiherr v. Schleinitz war hiergegen in einem an Baron Werther gerichteten, die preußische Haltung rechtfertigenden Erlasse vorstellig geworden; Graf Rechberg hatte hierauf geantwortet, und die Kontroverse zwischen den beiden Regierungen schließlich einen so gereizten Charakter angenommen, daß Schleinitz unserm Vertreter in Berlin erklärte, sie nicht länger fortsetzen zu wollen, und daß Preußens Ehre selbst dann nicht im Spiele stünde, wenn es tatsächlich den für Oesterreich ungünstigeren, in Villafranca ins Gewicht gefallenen sieben Punkten (vide oben) zugestimmt hätte. In der Presse und andern öffentlichen Erörterungen beider Länder dauerte aber die Fehde noch lange fort.

Ueber der Tagesströmung standen indessen die dauernden Interessen beider Länder, die Sorge vor den sie beide bedrohenden Gefahren, die nicht erloschenen Erinnerungen an die napoleonische Zeit und der hieraus resultierende Wunsch, den Weg zum Anschluß wieder zu finden.

Ein Brief, welchen der Prinzregent um diese Zeit an Kaiser Franz Josef geschrieben hatte, schloß mit den Worten:

„Die schwersten Ereignisse stehen Europa nun bevor. Ein bisheriger Kriegstheoretiker ist ein praktischer Feldherr geworden, und seine Siegestrunkenheit wird er uns alle fühlen lassen. Ich bete zu Gott, daß er mir vergönnen möge, falls Eure kaiserliche Majestät meine Unterstützung noch einmal in Anspruch zu nehmen hätten, ich dieselbe zu leisten imstande sein möge, wie ich im Begriffe war, es zu tun. Aber auch ich darf diese Unterstützung von Hochdenselben mit Zuversicht in Anspruch nehmen, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, wenn er Gelüste auf Preußen und Deutschland äußern sollte, denn nur Einheit schafft Kraft."

Die gleichen Anschauungen waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1859 in Wien zur Geltung gelangt, und tatsächlich war es Oesterreich, welches zur Zeit des Amtsantrittes Karolyis den Gedanken enger Verbindung mit Preußen durch Abschluß einer formellen Defensivallianz zur Verwirklichung bringen wollte.

Unmittelbar nach Villafranca hatte die kaiserliche Regierung eine intimere Annäherung an Frankreich gewünscht und nach den von Napoleon III. erhaltenen Versicherungen dies auch für möglich gehalten. Die Schwierigkeiten, welche den Abschluß des Friedens in Zürich so lange verzögert hatten, dauerten aber auch weiter fort. Das Memorandum von Biarritz wurde ebensowenig ausgeführt wie die früheren Stipulationen, und der Gang der Ereignisse lehrte immer mehr, daß der Punkt, auf welchen das kaiserliche Kabinett das größte Gewicht legte und an welchen es die Gewährung der Sonderstellung Venedigs im Rahmen der Monarchie geknüpft hatte — nämlich die Wiedereinsetzung des Großherzogs von Toskana —, nur mit Waffengewalt erzwungen werden könnte, und Napoleon III. dies nicht zulassen würde. Unter diesen Umständen fiel auch die Vorbedingung des einzuberufenden Kongresses zu Boden, nämlich die Einigung

Digitized by Google

zwischen uns und Frankreich. Uebrigens wollte denselben niemand als eben nur Kaiser Napoleon.

England hatte von Anfang an erklärt, daß es an dem Kongresse nur teilnehmen würde, wenn vorher unzweideutig festgestellt würde, daß man nicht versuchen werde, den italienischen Staaten Souveräne aufzuzwingen, die sie nicht haben wollten (Lord Cowleys Erklärung in Paris, 4. Oktober, und Lord John Russell an Graf Apponyi, 19. Oktober 1859).

Rußland trug dem Kongreßprojekt gegenüber absolute Gleichgültigkeit zur Schau. Gortschakow bemerkte: „Ce n'est pas nous qui avons fait tout ce gâchis". Zugleich erklärte er auch seine Geneigtheit, teilzunehmen, falls Preußen und England es auch tun und die Grundlagen der Beratung sichergestellt sein würden.

Freiherr v. Schleinitz hatte der Kongreßidee zuerst mit Zweifeln und Bedenken entgegengesehen. Seine Haltung war aber eine schwankende, und als Frankreich Ende Dezember die Vertagung des Kongresses ankündigte, war er geneigt, hierin eine Zurücksetzung der andern Mächte zu erblicken.

Die Vertagung war infolge unsrer Haltung erfolgt. Am 13. November waren die Einladungen zum Kongresse angekündigt, am 15. Dezember dessen Aufgabe dahin präzisiert worden: den Mächten, welche die Verträge von 1815 unterzeichnet hatten, die Züricher Abmachungen zur Kenntnis zu bringen und die Mittel und Wege zur Pazifizierung Italiens ausfindig zu machen. Am 23. war sodann in Paris die eingestandenermaßen von Kaiser Napoleon inspirierte Broschüre „Le Pape et le Congrès" erschienen, die zur Demission des Ministers Walewski führte, am 30. hatte dann Metternich den Kongreß für unmöglich und am 3. Januar 1860 das Memorandum von Biarritz wie den Vertrag von Zürich für gebrochen erklärt.

Dies war die europäische Situation, als Graf Karolyi seinen Posten antrat, und aus ihr entsprang der natürliche Wunsch der österreichischen Regierung nach Wiederherstellung möglichst enger Beziehungen zu Preußen. In den Karolyi erteilten Instruktionen wurde ausgeführt, wie die Präliminarien von Villafranca und der Friede von Zürich, so schwere Opfer sie Oesterreich auch auferlegten, doch zugleich eine wertvolle Errungenschaft enthielten, indem ihre loyale Ausführung eine unübersteigliche Schranke zwischen Napoleon III. und der europäischen Revolutionspartei errichtet hätte und ein erträgliches Verhältnis zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Verteidigern der legitimen Ordnung der Dinge herbeizuführen geeignet gewesen wäre. Diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt, vielmehr mehren sich täglich die Zeichen, daß Napoleon III. den Faden der Verbindung mit jener Partei nicht reißen lassen, sondern, von England unterstützt, der italienischen Revolution zum Siege verhelfen will. Frankreich gehe also nur darauf aus, dem europäischen Kongresse die Sanktion der vollzogenen Tatsachen und seines eignen Abfalles von den eingegangenen Verpflichtungen zuzumuten, und unter diesen Umständen mußte das Kabinett des Kaisers Franz Josef zur Ueberzeugung kommen, daß es für Oesterreichs Ehre und Würde am

Digitized by Google

besten sorgen werde, wenn es die Zusage seiner Beteiligung am Kongresse zurückzöge. Wir hegten die Hoffnung und den Wunsch, daß Preußen sich diesfalls mit uns auf den gleichen Standpunkt stellen werde, und bei dem Prinzregenten und seinen Ministern dahin mit aller Vorsicht und Schonung zu wirken, wurde als die erste Aufgabe des neuen Gesandten bezeichnet.

Weiter heißt es in den demselben erteilten Instruktionen:

„Ein übereinstimmendes Verhalten Oesterreichs und Preußens in der gegenwärtigen ernsten Konjunktur müßte ohne Zweifel auch auf die Beziehungen zwischen beiden Mächten auf dem Gebiete der Angelegenheiten Deutschlands den günstigsten Einfluß ausüben.

Graf Karolyi wolle es sich zur Pflicht machen, bei jeder Gelegenheit dem aufrichtigen Wunsche S. M. des Kaisers Ausdruck zu geben im engen Einvernehmen mit Preußen und mit bereitwilligster Anerkennung des großen und gerechten Einflusses, welchen diese Macht in Deutschland auszuüben berufen ist, für die innere Ruhe und Wohlfahrt, wie für die äußere Sicherheit des Deutschen Bundes zu wirken. Daß Oesterreich hierbei das föderative Prinzip und die Grundlagen der bestehenden Bundesverfassung festhalten muß, dies anzuerkennen wird der preußische Hof seinerseits gerecht genug sein, und eine konservativ gesinnte Regierung Preußens wird hierin sicherlich kein Hindernis freundlicher und vertrauensvoller Beziehungen zu Oesterreich erblicken. Die persönlichen Antezedenzien einiger der jetzigen Ratgeber des Regenten werden hoffentlich die Krone Preußens nicht abhalten, mit Kraft und Nachdruck die Einflüsse bundesfeindlicher Politik zurückzuweisen."

Ueberzeugteren und berufeneren Händen als denen Karolyis konnte die Pflege engster Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen nicht anvertraut werden. Es war ihm vergönnt, dieses Ziel am Schlusse seiner zweiten Berliner Mission verwirklicht zu sehen. Aber zwischen dieser Erfüllung und seinem ersten Amtsantritt liegen 18 Jahre reichbewegter Weltgeschichte.

Karolyi traf am Neujahrstag 1860 in Berlin ein, hatte am 3. seine erste Entrevue mit Baron Schleinitz und wurde am 8. vom Prinzregenten zur Ueberreichung seiner Kreditive empfangen. Auf der Tagesordnung stand damals noch die Kongreßfrage, und diese bildete auch das hauptsächliche Thema seiner ersten Unterredungen mit dem preußischen Herrscher und dessen Minister des Aeußern.

Der Prinzregent bemerkte diesfalls, wie ihm der Kongreß zuerst wünschenswert erschienen sei, wie aber seither durch die französische Politik so neue und unerwartete Elemente in die Situation getreten und die Basis für den Aufbau des Friedens, nämlich die Stipulationen von Villafranca und Zürich, so verrückt worden wären, daß die Ratlichkeit des Zusammentrittes sehr fraglich erscheine und das preußische Kabinett die Frage noch reiflich erwägen müsse.

Sein Urteil über die diesfalls empfangenen Eindrücke faßte Karolyi in seiner Berichterstattung nach Wien in den Worten zusammen, daß Preußen sich vielleicht scheuen werde, in erster Linie nach uns gegen den Kongreß aufzutreten, aber den letzten Stein auf sein Grab sehr gerne legen werde.

Digitized by Google

In der Tat ist damals das Kongreßprojekt eines natürlichen Todes gestorben. Aber die französischen Bemühungen, durch Konferenzen oder gemeinsame Beschlüsse der Großmächte die formelle Sanktion der in Italien geschehenen Tatsachen zu erlangen und auf diese Weise den Kaiser Napoleon aus den Verlegenheiten einer Situation zu befreien, in die er uns gegenüber durch die Nichterfüllung seiner Verbindlichkeiten geraten war, hörten darum nicht auf, wurden vielmehr durch das ganze Jahr 1860 fortgesetzt. Das französische Kabinett manövrierte diesfalls mit großer Geschicklichkeit, indem es die Initiative zu den verschiedenen Vorschlägen nicht selbst ergriff, sondern hierfür der Reihe nach eine der nicht beteiligten Großmächte zu gewinnen wußte.

Schon im Januar erhielt die kaiserliche Regierung von England den Vorschlag von vier Punkten, über welche dasselbe mit Frankreich übereingekommen war und welche die Grundlage eines europäischen Einverständnisses bilden sollten. Diese vier Punkte waren:

1. Oesterreich und Frankreich verpflichten sich, in Zukunft in inneren italienischen Angelegenheiten nicht zu intervenieren, außer wenn sie hierzu durch einstimmigen Beschluß aller Großmächte eingeladen würden;

2. Frankreich solle sich mit dem Heiligen Stuhle wegen Evakuation des Kirchenstaates ins Einvernehmen setzen und Norditalien räumen;

3. die Verwaltung Venetiens bliebe dem Ermessen Oesterreichs überlassen (d. h. dieses werde von seinen diesfalls in Villafranca und Biarritz eingegangenen Verbindlichkeiten enthoben);

4. England und Frankreich werden Sardinien einladen, keine Truppen nach Mittelitalien zu senden, bevor die verschiedenen Staaten nach Neuwahlen sich über ihre Zukunft ausgesprochen hätten. Fiele das Votum für die Annexion aus, so solle Sardinien an der Besetzung nicht gehindert werden.

Das kaiserliche Kabinett sah keinen Grund, diese Vorschläge anzunehmen. Es sah in denselben prinzipiell die Verleugnung aller Grundlagen, auf welchen seine Politik seit 1815 geruht hatte, und praktisch nur die Beförderung sardinischer Annexionsgelüste. Karolyi wurde hiervon unter Ausdruck des lebhaften Wunsches verständigt, daß Preußen sich auf den gleichen Standpunkt stellen möge.

Mittlerweile steigerten die aus Paris eingelangten Berichte über die Unberechenbarkeit der Entschließungen Napoleons III. die Besorgnisse der kaiserlichen Regierung und brachten den Entschluß zur Reife, Preußen den Abschluß einer formellen Defensivallianz vorzuschlagen.

Fürst Metternich schrieb unter anderm:

„Seit dem Sturze des Grafen Walewski bin ich ganz desorientiert ... Vielleicht wird mir die für morgen angekündigte Ankunft des Herrn v. Thouvenel erlauben, meinen Ideen eine bestimmte Grundlage zu geben und die Richtung zu erkennen, welche die kaiserliche Politik definitiv verfolgen wird. Ich weiß allerdings, daß hier die offizielle Sprache der Minister nur dazu dient, die Gedanken des Herrn und Meisters zu verbergen ...

Der Kaiser selbst ist für seine Person verlegen ... Seit er mich von

Digitized by Google

Walewski getrennt hat, scheint es, als ob er mich mehr als früher an sich heranzuziehen wünschte. Er hat hierfür gute Gründe. Ich habe hier für ihn eine doppelte Rolle zu spielen. Ich diene ihm als Schild gegen die konservative und kirchliche Partei und als beunruhigendes Rätsel gegen die revolutionäre. Solange er mich als Freund behandeln kann, werden die einen sagen, daß nicht alles verloren, und die andern, daß nicht alles gewonnen ist.

Ich mache mir nicht die geringste Illusion über meine Stellung. Ich werde in der Lage sein, meine Regierung von dem Geschehenen zu benachrichtigen im Maße, als sich die Ereignisse entwickeln werden, nicht aber vorhersehen zu lassen, was morgen geschehen wird ...

Ich habe die Gelegenheit eines intimen Balles bei der Kaiserin benutzt, um den Kaiser um die Gewährung einer kurzen Entrevue zu bitten. Er führte mich in seinen Salon und begann die Konversation mit den Worten: „Ist es wahr, daß Oesterreich den Krieg wieder beginnen will? Dies wird mir von allen Seiten gemeldet."

Ich gestehe, daß ich von dieser Apostrophe, die keinen andern Zweck haben konnte, als die Unterredung mit einer absichtlich erhobenen falschen Anklage zu eröffnen, tief verletzt war, und erwiderte: „Ich weiß, daß Eure Majestät dies nicht glauben, habe daher nichts zu antworten. Uebrigens hat es die „Times" übernommen, diese Behauptung zu widerlegen, wie sie es auch übernommen hat, uns zu belehren, daß Euer Majestät sich entschlossen haben, die in Villafranca und Zürich eingegangenen Verbindlichkeiten zu verleugnen. Eben deswegen habe ich mir erlaubt, Eure Majestät um die Gewährung einer Unterredung zu bitten."

Es folgte nun eine lange Konversation, die aber zu keinem positiven Ergebnisse führte. Napoleon erklärte, daß eine wirkliche Lösung der italienischen Frage nur gemäß seinen uns gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten gefunden werden könnte, kam auf den Kongreß zurück, bedauerte das Erscheinen der von ihm inspirierten Broschüre, bezeichnete die Frage des Kirchenstaates für eine bloße Meinungsverschiedenheit, wich aber der von Metternich gewünschten Erklärung aus, daß Frankreich gegen den Widerstand des Papstes keine Spoliationsbeschlüsse des Kongresses ausführen lassen werde. Metternich schloß seine Berichterstattung mit den Worten, daß Napoleon III. den Moment offenbar noch nicht für gekommen erachte, um die Maske abzuwerfen.

Napoleon III. stand damals auf der Höhe seiner Macht und seines Ansehens. Was er wollte, wußte niemand. Er selbst wußte es auch nicht. Aber dies wußte außer einigen der klarsehendsten und eingeweihtesten seiner Diener (vgl. die im Märzheft S. 282 angeführten Aeußerungen Drouyn de Lhuys) wieder niemand, und Europa erschien er als die mächtige, geheimnisvolle Sphinx.

Das Zustandebringen der gewünschten Allianz bildete während der nächsten Monate das Hauptziel der Bemühungen Karolyis. Er fand den Prinzregenten wie seine ersten Ratgeber nicht ungünstig gestimmt, beurteilte aber das Gelingen der Sache angesichts der inneren und äußeren Schwierigkeiten von Anfang an mit großer Zurückhaltung.

Digitized by Google

Herr v. Schleinitz hatte die erste Eröffnung unsers Wunsches am 28. Januar freundlich und mit Ernst aufgenommen, theoretisch den von uns angeführten Gründen beigestimmt, bezüglich der praktischen Ausführung auf die Oesterreich ungünstige Stimmung der öffentlichen Meinung in Preußen und auf die Bedeutung der Haltung Rußlands hingewiesen. Die erstere werde durch die fortdauernde Polemik über Preußens Haltung während des Krieges wachgehalten und erhalte neue Nahrung durch den Widerstreit auf dem Gebiete deutscher Angelegenheiten. In der zweiten Beziehung wäre der moralische Rückhalt, den man durch Rußlands Einverständnis gewönne, von großer Wichtigkeit.

Günstigere Aussichten eröffnete eine Unterredung Karolyis mit dem Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern. Dieser erklärte, daß der Prinzregent unsern Vorschlag mit großem Interesse entgegengenommen habe, denselben in reifliche Erwägung ziehe, über die von Frankreich und der Revolution drohenden Gefahren sehr besorgt sei, auf gemeinsames Vorgehen mit Oesterreich das größte Gewicht lege, die Schwierigkeit jedoch in der Art und Weise der Erreichung des Zieles läge. Hier wiederholte der Fürst die von Schleinitz geäußerten Bedenken und bemerkte bezüglich der deutschen Angelegenheiten, daß er nicht gemeint habe, die Einigung Oesterreichs und Preußens auf dem großen europäischen Felde von der Gestaltung jener inneren Fragen abhängig zu machen, wohl aber den mächtigen Reflex hervorheben wollte, welchen diese auf die öffentliche Meinung in Preußen und dadurch auf das Zustandekommen des gewünschten Anschlusses ausüben würde.

Im ganzen empfing Karolyi damals den Eindruck, daß sowohl der Regent als sein erster Minister dem Abschluß der Allianz günstig gestimmt seien, es sich aber mit Schleinitz und Auerswald nicht ganz so verhalte. Indessen stünden auch die ersteren auf dem Standpunkt des Strebens nach moralischen Eroberungen Preußens in Deutschland, und die letzteren möchten zwar ein Bündnis mit Oesterreich allein vermeiden, verkannten aber auch ihrerseits nicht die Gefahren der allgemeinen Lage.

In St. Petersburg hatten wir indessen mit vieler Mühe erreicht, daß Fürst Gortschakow sich zu dem Versprechen herbeiließ, in Berlin nichts gegen unsern Vorschlag unternehmen zu wollen. Zugleich gab er jedoch deutlich zu erkennen, daß ihm zwischen Oesterreich und Preußen das bestehende Bundesverhältnis ganz genügend erscheine. In Wahrheit war Rußland die Aufrechthaltung Venetiens als eines verwundbaren Punktes an unserm Körper ganz bequem, und es fühlte sich nicht berufen, zur Herstellung einer vollständigen Solidarität zwischen seinen beiden Nachbarmächten beizutragen.

Ende März, als die Annexion Nizzas und Savoyens an Frankreich in Preußen große Erregung und Besorgnis hervorgerufen hatte, zeigte sich Schleinitz dem Allianzgedanken wärmer gesinnt. Er versicherte damals Karolyi, daß er täglich von den Vorteilen eines engeren Anschlusses an Oesterreich überzeugter werde und bei seinen Kollegen wie in maßgebenden Kreisen in diesem Sinne wirke. Doch kam er auch bei dieser Gelegenheit auf die wenig günstige

Digitized by Google

Stimmung der öffentlichen Meinung zurück und bezeichnete als deren Hauptursache, abgesehen von den liberalen Sympathien für die italienische Einheit, den Zwiespalt in allen Fragen deutscher Politik und das geringe Entgegenkommen Oesterreichs an preußische Wünsche, so speziell im gegebenen Momente in der Angelegenheit der deutschen Bundeskriegsverfassungsreform.

Von jener Strömung der preußischen öffentlichen Meinung hatte Karolyi sehr bald nach seiner Ankunft Gelegenheit, sich zu überzeugen.

Im Januar war der preußische Landtag eröffnet worden, und am 2. März gelangte dort eine Petition von 383 Einwohnern der Stadt Breslau zur Verhandlung, in welcher von der königlichen Regierung die Wahrung des nationalen und konstitutionellen Interesses Italiens auf dem eventuellen Kongresse verlangt wurde. Das kommissionelle Gutachten empfahl unter Betonung seiner Sympathien für die Sache und seiner Abneigung gegen jede Intervention den Uebergang zur Tagesordnung, weil die Kommission die Uebereinstimmung der Regierung mit ihrer Ansicht und der des überwiegenden Teiles des preußischen Volkes nicht bezweifle. Schleinitz erklärte die Petition für unpassend und die auf diese Art genommene Veranlassung zur Erörterung der wichtigsten Fragen auswärtiger Politik gegen die Würde des Hauses, überging aber die Motivierung des Kommissionsantrages und tat, als ob er nicht gehört hätte, daß dieser eigentlich für die Grundsätze der Petition Partei ergriff. Dann folgte eine leidenschaftliche Rede des Parteiführers v. Vincke mit heftigen Ausfällen gegen die vertriebenen italienischen Fürsten, Parteinahme für Sardinien und Rekriminationen gegen das kaiserliche Manifest von Laxenburg.

In Wien hatte schon die Eröffnungsthronrede des Prinzregenten wegen des darin enthaltenen Passus über die Bundesreform und die Betonung des Berufes Preußens, der natürliche Vertreter des Strebens nach Hebung der nationalen Kräfte und Förderung deutscher Gesamtinteressen zu sein, unangenehm berührt. Noch mehr tat dies jetzt die stillschweigende Billigung, welche der Minister des Aeußern den Prinzipien der Petition durch sein Uebersehen der Motivierung des Kommissionsantrages gegeben hatte.

Es erfolgten indessen noch heftigere Ausfälle gegen Oesterreich in den preußischen Kammerdebatten im April und Mai anläßlich der Erörterung der kurhessischen und schleswigschen Frage.

Die innerdeutschen Fragen, welche damals auf der Tagesordnung waren und hinsichtlich derer Oesterreich und Preußen im Gegensatze standen, waren die Kurhessens und der Reform der Bundeskriegsverfassung.

Die Geschichte der kurhessischen Frage ist bekannt und findet sich in Sybels Werk über die Begründung des Deutschen Reiches ausführlich geschildert.[1]) Sie war eben zur Zeit unserer Allianzverhandlungen mit Preußen in eine akute Phase getreten, da der zu ihrer Beratung eingesetzte Bundestagsausschuß im Februar seinen Bericht fertiggestellt hatte und dieser im antipreußischen Sinne

[1]) Die hier in Rede stehende Phase Bd. II S. 344 bis 354.

Digitized by Google

ausgefallen war. Die preußische Regierung hatte bekanntlich das Usedomsche Gutachten genehmigt, wonach der Bundestag im Jahre 1852 durch Aufhebung der hessischen Verfassung vom Jahre 1831 seine Befugnisse überschritten habe, sich auf die Streichung der bundeswidrigen Bestimmungen dieser Verfassung hätte beschränken sollen, daher die ganze Frage neuerlicher Beratung zu überweisen sei. Der Ausschußbericht wollte zwar den hessischen Ständen in ihrem Streite mit dem Kurfürsten einige Zugeständnisse machen, konkludierte aber auf die Rechtsgültigkeit der Bundesbeschlüsse von 1852 und der damals oktroyierten Verfassung, was dem österreichischen Standpunkte entsprach. Die Kontroverse hierüber zwischen den beiden Regierungen dauerte durch die Monate Februar, März und April.

Am 24. März hatte dann der Bundestag im Sinne des Ausschußberichtes entschieden, Preußen diesem Beschlusse seine Anerkennung versagt. Schleinitz hatte Karolyi bemerkt, daß der Widerspruch, in den die preußische Regierung mit ihrem eigenen Verfahren vom Jahre 1852 gerate, kein Grund zum Festhalten an demselben wäre, sie vielmehr an dem Grundsatze der Innehaltung der Bundeskompetenz und der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1831 festhalten müsse, es übrigens in der Hand der österreichischen Regierung gelegen hätte, den Bundesbeschluß abzuwenden und die Frage offen zu halten. Ob derselbe praktische Folgen und welche haben würde, hänge von dem weiteren Vorgehen des Kurfürsten ab. In Wien fand man diesen Anspruch an unsre Nachgiebigkeit zu weitgehend, da das Bundestagsvotum mit unsern Ueberzeugungen vollkommen übereinstimme, und bemerkte, daß Preußen gegen das Lebensprinzip des Bundes handle. Gegen diesen Vorwurf verwahrte sich wieder Schleinitz, da das Lebensprinzip des Bundes in der Innehaltung der Grenzen seiner Kompetenz bestünde, und den Gedanken der preußischen Regierung nichts ferner läge, als sich bundesverfassungsmäßigen Verpflichtungen zu entziehen.

In diesem Stadium befand sich die Frage, als im preußischen Abgeordnetenhause ein Antrag Herrn v. Vinckes zur Debatte gelangte, wonach „das Haus den Schritten der Regierung der kurhessischen Verfassung von 1831 Recht zu verschaffen mit lebhafter Zustimmung folge und das Vertrauen hege, daß dieselbe ihren Standpunkt mit Energie festhalten werde". Der Antrag wurde mit 207 gegen 68 Stimmen angenommen. In der stattgefundenen Debatte hatte Vincke wieder leidenschaftliche Ausfälle gegen Oesterreich gemacht, den rechtlichen Bestand des gegenwärtigen Bundes in Abrede gestellt und die Zustimmung seiner Partei zur Heeresvorlage an die Bedingung geknüpft, daß die Regierung eine deutsche Politik verfolgen werde. Diese aber hatte während der Debatte eine ganz passive Haltung eingenommen, was wieder in Oesterreich peinlich empfunden wurde.

In der Diskussion, welche über diese Episode zwischen Schleinitz und Karolyi stattfand, ereignete sich ein Inzidenzfall, welcher von der vornehmen Art der Geschäftsbehandlung dieser Herren ein charakteristisches Zeugnis gibt.

Rechberg hatte in seiner Antwort auf die letzten Auslassungen Schleinitz'

Digitized by Google

an Karolyi erklärt, auf die Diskussion der Rechtsfrage auch seinerseits nicht mehr eingehen zu wollen, um so mehr als der preußische Minister die Hoffnung ausgesprochen habe, daß bei entsprechender Haltung des Kurfürsten die ganze Frage nur theoretische Bedeutung haben werde und diese Erklärung als Gewähr gegen weitere Verwicklungen erscheine. Am Schlusse seines Schreibens brachte dann Rechberg Karolyi gegenüber die mittlerweile stattgehabte Kammerdebatte zur Sprache und wies auf den Widerspruch hin, der zwischen den bundestreuen Versicherungen des Herrn v. Schleinitz und der Annahme eines von ihren Anhängern in so bundesfeindlicher Weise motivierten Vertrauensvotums läge.

Karolyi hatte sich zu Herrn v. Schleinitz im aufgetragenen Sinne ausgesprochen und diesem über sein Ersuchen Abschrift des Rechbergschen Erlasses zurückgelassen. Hierbei hatte er konstatiert, daß sich sein Auftrag zur Mitteilung nur auf den ersten Teil, welcher die Beantwortung der preußischen Eröffnungen enthalte, beschränke, der zweite auf die Vorgänge im Abgeordnetenhause bezügliche Teil nur an ihn persönlich, und zwar in einer Form gerichtet wäre, welche dessen schriftliche Mitteilung ausschlösse. Nach einigen Tagen bemerkte nun Herr v. Schleinitz, daß zu seinem Bedauern in der Kanzlei des Ministeriums von dem Erlasse Abschrift genommen worden sei. Es läge ihm am Herzen, unangenehme Korrespondenzen zu vermeiden, doch könne er den österreichischen Erlaß unmöglich ohne Erwiderung in den Archiven des Ministeriums niederlegen. Karolyi erwiderte hierauf, daß er bei Zurücklassung des Erlasses ohne Auftrag gehandelt, das kaiserliche Kabinett hierfür keine Verantwortung trage, der Erlaß Privateigentum Schleinitz geworden, der Wunsch nach Vermeidung unangenehmer Erörterungen ein gegenseitiger und der gegenwärtige Anlaß zu dessen Betätigung geeignet sei. Schleinitz ließ hierauf die genommene Abschrift vernichten.

Noch größeren Wert legte die preußische Regierung auf österreichisches Entgegenkommen in der Frage der Reform der Bundesmilitärverfassung, und Schleinitz hatte zu Karolyi diesfalls schon im Januar erwähnt, „wenn wir uns nur über diesen Gegenstand einigen könnten, wäre alles gewonnen". Auch diese Frage ist aus früheren Darstellungen[1]) bekannt und genügt es hier, zu erwähnen, daß uns Preußen im Herbste 1859 den Vorschlag gemacht hatte, die in der bisherigen Bundesverfassung statuierte Einheit des Oberbefehls über die Bundesarmee aufzugeben und als oberstes Prinzip der Reform die doppelte Leitung durch Preußen und Oesterreich anzunehmen. Oesterreich hatte hierauf im Januar 1860 ablehnend geantwortet und das Argument geltend gemacht, daß die Schaffung zweier getrennter Armeen leicht die Spaltung Deutschlands in zwei Teile nach sich ziehen, die Eigenschaft der deutschen Souveräne als Kriegsherrn ihrer Truppen aufheben würde, daß schließlich keine Gleichheit in den Verhältnissen des Nordens und Südens bestünde und Preußen die nördlichen Staatengruppen viel leichter assimilieren könne, als wir die großen Körper im

[1]) Sybel behandelt sie Bd. II, S. 339 bis 344.

Digitized by Google

Süden. Die faktische Zweiteilung könnte Oesterreich im eventuellen Kriegsfalle akzeptieren, die organische Einrichtung derselben nicht.

Der preußische Botschafter in Paris, Graf Pourtales, hatte um diese Zeit mit Fürst Metternich eine vertrauliche Unterredung über das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen gehabt und Baron Werther war dem Grafen Rechberg gegenüber auf dieselbe zurückgekommen. Metternich hatte Pourtales gefragt, welche Wünsche Preußens Oesterreich befriedigen müßte, um endlich aus dem Gebiete unbestimmter Allgemeinheiten herauszukommen, und Pourtales geantwortet, Oesterreich müsse den Einfluß, den es jetzt auf die Mittelstaaten ausübe, an Preußen abtreten. Der Standpunkt, welchen die damalige österreichische Regierung diesem und ähnlichen Ansinnen auf Konzessionen an Preußen auf dem Gebiete innerdeutscher Politik einnahm, ist in einem Schreiben niedergelegt, das Rechberg aus diesem Anlasse an Karolyi richtete.

„Bei Seiner Majestät dem Kaiser und seinem Kabinett," so schrieb Rechberg, „ist es längst feststehende Ueberzeugung, daß auf einer engen und aufrichtigen Allianz zwischen Oesterreich und Preußen das Heil der Gegenwart und Zukunft beruht. Frägt man uns, weshalb die letzten Jahre nicht glücklich waren, weshalb die kommenden sich vielleicht noch unglücklicher ankündigen, so werden wir antworten, weil diese Allianz nicht geschlossen ist. Handelt es sich also um die Erkenntnis der Notwendigkeit der Verständigung, so brauchen wir dem Berliner Hofe nicht erst entgegenzukommen; er findet uns schon wartend.... Unsre Allianz, sobald er sie nur ergreifen will, ist ihm sicher, weit sicherer als ihm aller Voraussicht nach diejenige Rußlands oder Englands jemals sein wird.

Aber wenn unsre Gesinnung in diesem Punkte nicht schwankt, so steht nach unsrer Ansicht ebenso vollkommen fest, daß es gegenseitige Bedürfnisse und gemeinsame Gefahren sind, welche die beiden Mächte auf die engste Verbindung hinweisen. Wir glauben, daß das Uebergewicht Frankreichs und der Sieg einer demokratischen und sozialen Revolution über das monarchische und christliche Europa Gefahren sind, die beide Reiche und beide Dynastien in gleichem Maße bedrohen. Wir glauben, daß es für beide eine Lebensfrage ist, in und mit Deutschland zusammenzustehen, ein Gebot der Selbsterhaltung, einander nicht zu verlassen. Wir glauben, daß es ein müßiges Spiel mit Konjunkturen oder ein verderblicher Wahn ist, berechnen zu wollen, welche der beiden Mächte in einem gegebenen Augenblick der Gefahr mehr ausgesetzt sei, welche von beiden durch die Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit der andern mehr zu verlieren, durch ihre Hilfe mehr zu gewinnen hat. Wir glauben mit einem Worte, daß zwischen Oesterreich und Preußen nichts zu markten ist, daß keine der beiden Mächte den Bund mit der andern zu verkaufen hat.

Was also geschehen muß, damit zu beiderseitigem Heile das Vertrauen sich herstelle und ein festes Bündnis zustande komme, ist nichts andres, als daß Preußen in sich selbst jene störenden Einflüsse und widrigen Strömungen, die sich in den dortigen politischen Kreisen und bis zu den Regionen, wo sich die Ratschlüsse des Prinzregenten bilden, mit Leidenschaft hervorzudrängen suchen,

Digitized by Google

durch den Sieg besserer Einsicht überwinde. Die Basis des Vertrages mit uns ist längst gefunden, sie besteht in der Achtung vor dem Rechte aller, und Preußen braucht diese Basis nur ernstlich wie in der Zeit vor 1848 wieder anzuerkennen, um des Einverständnisses mit uns sicher zu sein. . . .

Was aber insbesondere unsern Einfluß bei den deutschen Kabinetten angeht, so verhehlen wir nicht, daß wir denselben, sofern überhaupt von Einfluß und nicht vielmehr von wohlbegründeter Uebereinstimmung der Ueberzeugungen die Rede sein kann, einzig und allein der preußischen Regierung zu verdanken glauben. Die seitherige Haltung Preußens hat uns diesen Einfluß gegeben, eine Aenderung in dieser Haltung kann ihn uns zu jeder Stunde wieder nehmen. Preußen braucht nur seine deutschen Bundesgenossen darüber zu beruhigen, daß es nicht die Gefahren der äußern und innern Lage Deutschlands auszunützen trachte, um Land oder Herrschaft zu gewinnen, daß Recht und Vertrag ihm höher stehen als die Sympathien des Nationalvereins oder als ungewisse Aspirationen auf die Zukunft, die nur der Vorsehung angehört. . . . Wir unserseits verlangen gar nichts Besseres, als das Vertrauen der deutschen Regierungen wieder mit Preußen zu teilen."

Karolyi hätte gewunschen, mit dem Fürsten von Hohenzollern über den Gegenstand vertrauliche Rücksprache nehmen zu können, da er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse von diesem am meisten erhoffen konnte, daß er unsre Darlegungen im unterstützenden Sinne an den Prinzregenten gelangen lassen werde. Es fand sich aber hierzu keine passende Gelegenheit, und eine solche herbeizuführen wäre mit der dem Freiherrn v. Schleinitz schuldigen Rücksicht unvereinbar gewesen. Die Konversation mit dem letzteren verlief wie immer in der freundlichsten Weise, brachte uns aber dem Ziele nicht näher.

Was den Einfluß auf die Mittelstaaten anbelangt, den Oesterreich an Preußen abtreten solle, gab Schleinitz zu, daß hierin etwas Vages liege. Einfluß sei das Produkt der Verhältnisse, und wie sich diese in Deutschland gestaltet hätten, sei es begreiflich, daß die meisten deutschen Regierungen nach Oesterreich lehnten. Auch er (Schleinitz) sehe das Heil der Zukunft in unsrer Allianz, glaube auch im Namen der maßgebenden Personen sprechen zu können, wenn er versichere, daß Hegemoniebestrebungen oder Einverleibungspläne dem preußischen Kabinett fernlägen. Der Rechtlichkeitssinn des Regenten und seine bekannten Prinzipien könnten als Gewähr für die Achtung der Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten dienen. Wäre dem anders, so hätte der letzte Krieg Gelegenheit geboten. An Verlockungen habe es nicht gefehlt. Preußen werde aber das Recht achten, fühle den Beruf, als größte rein deutsche Macht die Ehre und Interessen Deutschlands dem Ausland gegenüber zu schützen, werde sich niemals in einen Handel mit Frankreich einlassen, müsse aber Stärkung seiner und der deutschen Heeresmacht anstreben, und in dieser Beziehung von Oesterreich unterstützt zu werden, wäre unstreitig, wie schon oft erwähnt, das mächtigste Mittel zur Annäherung. Jetzt handle es sich darum, über die Schwierigkeiten der innern deutschen Angelegenheiten wegzukommen. Wenn hier keine Einigung

Digitized by Google

erzielt werden könne, so würde doch eine gleiche Politik in auswärtigen Fragen eine günstige Einwirkung in diesem Sinne ausüben. Beim ersten Symptom eines Angriffes, sei es am Mincio oder am Rhein, würde aktive Allianz sofort eintreten, bei heutiger Stimmung in Preußen sei deren Abschluß aber unmöglich.

Sein Urteil über die innern Gefühle des Prinzregenten in der Frage faßte Karolyi damals wie folgt zusammen:

„Man geht von der Ansicht aus, daß die diesseitigen Wünsche und Anträge hinsichtlich der Stärkung der preußischen Armee durch den Anschluß andrer deutscher Bundeskontingente — denn daß die preußischen Vorschläge am Bunde und Bestrebungen überhaupt dahin zielen, ist ebenso einleuchtend, als es auch hier als naturgemäße Entwicklung nicht in Abrede gestellt wird — an sich mäßig und durch die gegebenen Machtverhältnisse gerechtfertigt sind. Preußen bedürfe einer stärkeren Heeresmacht, um seine Stellung als Großmacht mit Erfolg zu behaupten, und eine solche könne es trotz der eignen Anstrengungen bloß durch einen ähnlichen Anschluß der norddeutschen Verbündeten erreichen. Die Souveränität der einzelnen Staaten müßte sich daher, jetzt freilich heißt es bloß für den Kriegsfall, der Kriegsherrlichkeit entäußern. Doch darauf wäre die Schmälerung der Rechte der andern deutschen Souveräne zu beschränken. Der Prinz würde über dieses Maß in seinen heißesten Wünschen nicht hinausgehen, und sein Charakter ist Bürge dafür, daß er ein solches Resultat nie anders als durch freie Vereinbarung, niemals auf revolutionärem Wege zu erstreben trachten wird. Der Prinz ist sich bewußt, auf dem deutschen Felde keine andre Anforderungen als solche, welche er für die Kräftigung Deutschlands durch die Stärkung Preußens für wünschenswert erachte, gestellt zu haben oder in der Zukunft anzustreben. Diese Forderungen hält er für mäßig und für die andern Fürsten, deren übrige Rechte er strenge gewahrt wissen möchte, für annehmbar. Indem er meint, daß die deutsche Reformfrage sich auf diesen einen Kardinalpunkt (Bundeskriegsverfassung) beschränken würde, trägt er in sich die Ueberzeugung, daß er bloß redliche, mit der Achtung der Rechte andrer vereinbarliche, zum Besten Deutschlands führende Tendenzen verfolgt, und ist daher verstimmt, überall auf Widerstand zu stoßen. Der Regent übersieht aber, daß ähnliche auf dem militärischen Gebiete sich bewegende Anschlüsse, welche an sich schon eines der mächtigsten Mittel der Herrschaft Preußen in die Hände liefern, politische Annektierungen mit der Zeit herbeiführen müssen. Anderseits verwechselt er seine eignen loyalen Absichten seinen Mitverbündeten gegenüber mit der Haltung seines Kabinetts, welche den gothaischen Tendenzen immer freieren Raum gewährt und daher nicht geeignet ist, Vertrauen in Deutschland für die Uneigennützigkeit Preußens zu erwecken.

Welches immer nun aber die nachteilige Wirkung sei, welche diese aus seiner Individualität entspringende Auffassung der deutschen Verhältnisse auf seine Stimmung hinsichtlich der andern deutschen Staaten und speziell Oesterreich ausübt, so glaube ich doch, daß das innerste Gefühl des Prinzen in bezug auf die Notwendigkeit einer Allianz mit Oesterreich feststeht. Darum ist freilich

Digitized by Google

leider nicht gesagt, daß er eintretendenfalls in Wirklichkeit in Uebereinstimmung mit diesem Gefühle handeln werde, denn schon einmal während des letzten Krieges hat sich der Regent durch die entgegengesetzten Strömungen der hiesigen Machthaber überflügeln lassen. Für den Augenblick scheint mir daher in dieser Hinsicht nichts andres zu tun zu sein, als die guten Dispositionen des Prinzen zu erhalten."

(Fortsetzung folgt)

Ein Mißgeschick der türkischen Armee in den Kämpfen bei Tschataldscha[1]

Von

Generalleutnant Izzet Fuad-Pascha

Die offiziellen Berichte des türkischen Großen Hauptquartiers schweigen über das bedeutungsvollste Ereignis des 18. November 1912.

Dieser unerhörte Vorfall in der Geschichte des gegenwärtigen Feldzugs, der an Seltsamkeit alles übersteigt, was die Phantasie und die Romandichtung auf dem Gebiet des Unwahrscheinlichen erfinden könnten, blieb im Großen Hauptquartier beinahe unbemerkt, das sich begnügt hatte, uns alle zu ermahnen, die Augen offen zu halten, besonders des Nachts, denn man erwartete für den folgenden Tag, auf den unser Fest Kurban-Beiram fiel, einen fanatischen Angriff des Gegners.

Als man mir am nächsten Tage in Hademköj davon erzählte, hatte es den Anschein, als wollte man dem kommandierenden General des III. Armeekorps einen Vorwurf daraus machen, der erhalten hätte, was er verdient habe ...

Wie man erkennen wird, wenn wir den Fall in allen seinen unglaublichen Einzelheiten geschildert haben, war er sehr folgenschwer ...

*

Sonntag den 17. November hatten die Bulgaren am rechten Flügel unsrer Tschataldschastellung zu wiederholten Malen versucht, unsre Linie zu durchbrechen, ohne daß es ihnen gelungen war. Doch hatte der Feind unter Benutzung einer Bodensenkung und eines toten Winkels gegen den Punkt M der beigegebenen Skizze zu dort ein ganzes Infanterieregiment zurückgelassen ...

Auf unsrer Seite ließ am Abend des Kampfes Mahmud Mukthar-Pascha vier Bataillone in den Gräben östlich von Dag-Jenidscheköj Stellung nehmen, und es wurden alle Defensivmaßnahmen getroffen, die die Lage erforderte, sowohl dort wie beim ganzen Armeekorps, das nach dem damaligen Plan in der Defensive bleiben sollte, während sein Kommandeur mit dem ganzen Armeekorps (dem I. gemischten) Ahmed Abuks, das zu diesem Zwecke dem General Mahmud Mukthar-Pascha zur Verfügung gestellt wurde, gegen den linken bulgarischen Flügel marschieren sollte.

[1] Auszug aus einem demnächst im Verlag von Chapelot-Paris (Librairie militaire) erscheinenden Buch über den Krieg 1912.

Digitized by Google

Es lag darin eine Anomalie, die dem Leser auffallen könnte, insofern als Ahmed Abuk Divisionsgeneral ist, während Mahmud Mukthar Brigadegeneral ist. Doch unter den exzeptionellen Umständen, die hier vorlagen, ist das nur nebensächlich, um so mehr als der General Mahmud Mukthar Marineminister gewesen war.

Die geplante Bewegung gegen den linken bulgarischen Flügel war darauf angelegt, den Feind über den Haufen zu rennen und auf Tschataldscha zurückzuwerfen. Ein derartiger Erfolg wäre um so leichter gewesen, als nach einer Bemerkung des Herrn A. de Pennenrun, des Korrespondenten der „Illustration Parisienne", der sich bei den Bulgaren befand, die Bulgaren „erschöpft, schachmatt" waren.

Es war also ganz und gar der psychologische Augenblick.

Da die Armee niemals weiß, wie sie mit dem, was sie tut, bei ihrem Gegner ankommt, so fragte man sich im Großen Hauptquartier, ob diese Bewegung, die Abuk-Pascha weiter ausdehnen wollte und die am 17. November von dem im Stabe Mahmud Mukthars befindlichen deutschen Offizier Lossow entworfen wurde, kein Unsinn sei.

Heute wissen wir, daß es nicht nur kein Unsinn, sondern das einzig Wahre in dieser ganzen Periode des Feldzugs war!

Wir müssen also ohne weiteres sagen, daß es eine großartige — verlorene — Gelegenheit und leider die letzte, die allerletzte war!

Und dieses Manöver, das an jenem und vielleicht auch noch am folgenden Tage (denn es war der psychologische Augenblick) möglich war, war es vier Tage später nicht mehr, denn da wären wir mitten in ein Plewna hineingeraten, das die Bulgaren Zeit gehabt hatten zu schaffen.

*

In der Nacht vom Sonntag den 17. auf Montag den 18. November schickte der kommandierende General des III. Korps seine Generalstabsoffiziere zu der Stellung PPE (s. die beigegebene Skizze) sowie zu seinen Divisionen der ersten Linie, um sich zu überzeugen, ob alle Verteidigungsmaßregeln entsprechend den Befehlen, die er erteilt hatte, getroffen worden seien.

Diese Offiziere kehrten gegen Mitternacht nach Dschebbanelik zurück, wo sich das Hauptquartier befand, und berichteten, daß alles in bester Ordnung sei ... Ohne Zweifel konnten diese Offiziere nicht daran denken, den Truppenbefehlshabern einzuschärfen, daß sie Vorposten ausstellen und Patrouillen gegen den Feind aussenden sollten; sie würden damit ihre Befugnisse überschritten haben, da dies in die unmittelbare Kompetenz der dort befindlichen Truppenführer fiel.

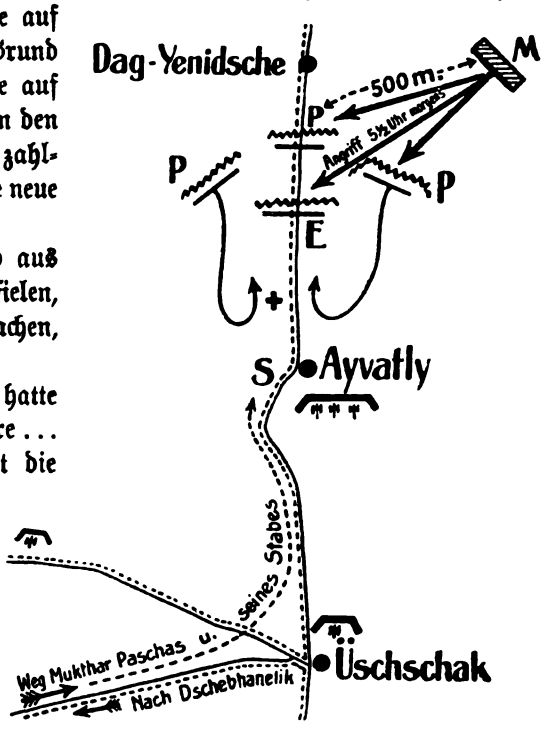
Daraufhin legte sich das ganze Hauptquartier zur Ruhe nieder. Am folgenden Morgen um 6 Uhr 30 Minuten ritten der kommandierende General des Armeekorps und sein Stab auf den Punkt S zu und kamen an Ayvatly vorüber, wo noch in der Nacht drei Batterien aufgestellt worden waren, um die eventuelle Offensive zu unterstützen.

Digitized by Google

Der kommandierende General rief die Artilleristen an, die ihm antworteten, und schon von dort aus sah man, daß sich Truppen bei E befanden, die eben aufgewacht waren.

Etwas weiterhin bot sich den Augen aller ein unerklärliches Schauspiel: von den Punkten PP zogen sich die Truppen durcheinander in ungeordneter Linie zurück! ...

Der kommandierende General, der keine Zeit hatte, sich über die Ursachen davon klar zu werden, galoppierte auf seine Leute zu, fragte sie nach dem Grund dieser Rückwärtsbewegung, hielt sie auf und befahl ihnen, sich wieder gegen den Feind zu wenden. Doch aus den zahlreichen Terrainfalten tauchten viele neue kleine Gruppen auf ...



Bis zu dem Augenblick, wo aus beiden Richtungen Gewehrschüsse fielen, war es unmöglich, sich klarzumachen, was vor sich ging ...

Die zurückgehende Truppe hatte weder Offiziere noch Unteroffiziere ... und am linken Flügel, wo nicht die gleichen Ursachen bestanden, rissen die Soldaten aus, ohne zu wissen warum!

Mahmud Mukthar-Pascha zog den Säbel, ebenso sein Generalstab, und sie zwangen diese Masse von Fliehenden, ihre Stellungen wieder zu besetzen. Sie marschierten mit dem General und dem Generalstab an der Spitze zurück. Oben auf dem Plateau vor Ayvatly bemerkten die Offiziere andre Gruppen von Fliehenden; sie machten es mit ihnen ebenso, und alles marschierte jetzt auf die verlassene Stellung zu. Nur ein paar Augenblicke später begannen diese Truppen und die Soldaten, die man in den Schützengräben bei E sah, Schüsse zu wechseln.

Zweifellos lag hier ein Irrtum vor. Der Generalstabsoffizier Selaheddin, der Chef des Generalstabs, Kemal-Bei, der vortreffliche deutsche Offizier Hoch-

---

Anmerkung zur Kartenskizze. In der Stellung PPPE befanden sich vier Bataillone, was bei einer so schmalen Front einer ganzen Armee gleichkommt. Der linke türkische Flügel wurde vom Feinde nicht angegriffen. Auch die bei Ayvatly aufgestellte Artillerie, die in keiner Verbindung mit der Infanterie stand, hatte keine Ahnung von dem, was ein paar hundert Meter von der Redoute entfernt vor sich ging. Und diese Artillerie ist doch anerkannt vorzüglich.

Digitized by Google

waechter und der ganze Stab des Paschas jagten im Galopp vorwärts mit dem Rufe: „Was tut Ihr? ... Ihr schießt auf unsre eignen Truppen und auf Euern Pascha!“

Indes waren alle diese tapferen Offiziere bis auf zehn Schritte an den Laufgraben herangekommen ... so nahe, daß der bulgarische Offizier, der sich dort befand, Kemal-Bei aufforderte, sich zu ergeben! Alle machten kurz kehrt, und Selaheddin schrie dem General Mahmud Mukthar zu: „Es sind Bulgaren!“ Als der Pascha das hörte, machte er ebenfalls kehrt und galoppierte zurück, aber auf einem völlig kahlen Plateau.

Es regnete Kugeln ... Unter den Offizieren war keiner, der nicht schon von mehreren getroffen war. Doch in der Richtung, die sie eingeschlagen hatten, gelangten sie zu einer Bodenfalte, in der sie sich in Sicherheit bringen konnten, obwohl alle zahlreiche Wunden hatten. Eine Ordonnanz fiel tödlich getroffen. Die Bulgaren hatten gemerkt, mit wem sie es zu tun hatten, und schossen mit wütendem Eifer.

An dem mit einem + bezeichneten Punkt angelangt, wurde auch Mahmud Mukthar-Pascha von einer Kugel getroffen, die ihm das Schienbein durchbohrte ... und ein paar Augenblicke später warf sein tödlich verwundetes Pferd seinen Reiter ab, der durch die Schnelligkeit der Fortbewegung nach vorn geschleudert wurde ... Als der Feind den Pascha 100 Meter von den Laufgräben entfernt stürzen sah, verdoppelte er seine Salven. Der Platz war derartig ungedeckt, daß das Feuer ihn rasant bestrich; kein Baum, kein Stein, nichts war vorhanden, was Schutz bot.

Der Verwundete versuchte sich zu erheben, um eine Deckung zu suchen, fiel aber wieder nieder und brach das Wadenbein. Mit größter Anstrengung schleppte er sich etwa zehn Meter weit hinter einen Busch, den er bemerkte. Hier wurde er abermals von zwei Kugeln leicht verwundet, aber er hatte sich wenigstens den Blicken des Feindes entzogen.

Doch noch immer pfiffen die bulgarischen Kugeln und suchten den gefürchteten türkischen Führer, der fast eine Stunde lang in dieser netten Lage verblieb!

Noch immer kamen Flüchtlinge vorüber ... Der General rief nacheinander etwa fünfzehn von ihnen zu sich her, aber keiner kam! „Ich bin doch euer Führer, euer Kommandeur!“ rief er ihnen zu. Keiner hörte darauf. Wie eine Herde Känguruhs liefen die Redifscharen vorüber ...

Jetzt erschienen aber auch vom linken Flügel der türkischen Stellung her reguläre Truppen vom 23. Nisamregiment,[1]) und ein Soldat namens Ejub, der ganz nahe bei dem General vorüberkam, blieb auf den ihm erteilten Befehl stehen. Der Pascha schlug ihm vor, ihn auf den Rücken zu nehmen und ihn weiter zurückzutragen. Der brave Bursche erwiderte, er sei krank und schwach, aber er blieb bei seinem Kommandeur, den er nicht verlassen wollte. In diesem Augenblick bemerkte ein vorüberkommender Leutnant den General und stellte sich

[1]) Nisam = die Truppen des aktiven Heeres.

Digitized by Google

ihm zur Verfügung. Mahmud Mukthar, der einsah, daß es ihm in seinem Zustande unmöglich sein würde, über das ganze von den bulgarischen Geschossen bestrichene Feld hinüberzukommen, beauftragte den Offizier, zum 87. Regiment[1]) zu eilen und ihm seinen, des Generals Befehl zur Wiedereroberung der von den Unsrigen verlassenen Laufgräben zu überbringen. Um möglichst rasch durch den Kugelregen zu kommen, legte der wackere Leutnant seinen Mantel ab und eilte davon. Bald darauf kam das 87., das treffliche 87. Regiment im Laufschritt daher, nahm, von den drei Batterien unterstützt, die von den Unsern verlassenen Stellungen wieder und richtete ein Blutbad unter den Bulgaren an, die sich darin befanden. Unsre ausgezeichneten „Nisamiés" hatten ihren kommandierenden General gerächt!

Wenn also diese Batterien nicht schon von Anfang an dort aufgestellt gewesen wären, wenn nicht das 87. Regiment in der Nähe der vorbereiteten Verteidigungsstellung gestanden hätte, und wenn endlich der kommandierende General des III. Armeekorps nicht an diesem Morgen zu den vorgeschobenen Linien gekommen wäre, würde die Panik einen derartigen Charakter angenommen haben, daß in dieser für die Verteidigung sehr wenig günstigen Stellung das von den Bulgaren ersehnte Ereignis sicher eingetreten wäre!

Zu erwähnen ist auch, daß alle Artilleriestellungen im voraus bestimmt worden waren und daß sie glücklicherweise von Mahmud Mukthar-Pascha aufgegeben wurden, der die Artillerie in breiter Linie verdeckt aufstellte, so daß während der ganzen Schlacht bei Tschataldscha die Bulgaren sie viel gesucht haben, ohne sie jemals finden zu können (s. die Skizze).

*

Das bulgarische Regiment, das die Nacht bei Punkt M verbracht hatte, befand sich nur ungefähr 500 Meter vor unsern Schützengräben, und niemand bei uns hatte eine Ahnung davon! ... Nun, man muß gleich sagen, daß, wenn in einer Armee die Offiziere nicht wissen, was 500 Meter vor ihrer Front vor sich geht, nichts andres übrigbleibt, als Schluß zu machen! Und wir haben doch so viele gute Offiziere! ...

Der Feind hatte sich gegen $5^1/_2$ Uhr morgens in Marsch gesetzt, hatte die Schläfer aus unsern vordersten Linien herausgeworfen und sich eben bei Punkt E festgesetzt, als ihm der kommandierende General des Armeekorps vertrauensvoll und ohne auch nur das Recht zu haben, eine derartige Nachlässigkeit zu vermuten, in die Arme lief.

In dem ersten vom Feinde angegriffenen Graben lagen die Unsrigen in so tiefem Schlaf, daß vier von unsern armen Offizieren mit Bajonettstichen getötet wurden!

Und die große Folge dieses Ereignisses war, daß die geplante Offensive nicht stattfand und daß wir ohne Zweifel eine gute Gelegenheit verloren, all unser Unglück wieder gutzumachen!

---

[1]) Dieses Regiment gehörte zu meinem XXIV. Korps, ehe es dem III. zugeteilt wurde.

Digitized by Google

Neue Perspektiven im Kampf gegen die Tuberkulose

Von

Professor Edoardo Maragliano,

Direktor der medizinischen Klinik an der Universität Genua,
Senator des Königreichs Italien

I

Der Kampf gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit ist heute wirksam organisiert, und das Verdienst daran gebührt vor allem Deutschland. Es ist jetzt allgemein bekannt, was die Internationale Vereinigung gegen Tuberkulose geleistet hat, deren Existenz, großartige Organisation und fruchtbares Wirken besonders drei Männern: Friedrich Althoff, Bernhard Fränkel und Gotthold Pannwitz, zu verdanken ist. Sie haben den Hauptanteil an ihrer Begründung und ihrer Ausgestaltung, sie erweiterten das Feld ihrer Tätigkeit, und durch das Verdienst und die Kraft dieser Vereinigung ist im Zeitraum von zehn Jahren der Kampf gegen die Tuberkulose bei allen zivilisierten Nationen eine Sache der Ueberzeugung und ein planmäßig verfolgtes Ziel geworden.

Dieser Kampf ist jetzt überall populärisiert, besonders durch die Einfachheit und Klarheit seines Programms, nach dem man den Bazillus der Tuberkulose dadurch vernichten und seine Verbreitung verhindern will, daß man den einzelnen Völkern eine antituberkulöse Bildung und ein antituberkulöses Bewußtsein einpflanzt und unter ihnen ausbreitet.

Doch während eine Legion von Männern der Wissenschaft und Menschenfreunden ihr Bestes für die Ausführung dieses Programms tat, haben die fortgesetzten, mit zähem Fleiß ausgeführten Untersuchungen in den Laboratorien und Kliniken der Abwehr der Tuberkulose für die Zukunft neue Horizonte eröffnet und weisen auf neue Felder für den Kampf gegen sie hin, auf die es jetzt Zeit ist, die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken.

II

Wenn man die Bedeutung der Umstände recht verstehen will, die uns vorhersehen lassen, daß neue und sichere Schutzmittel zu den bereits im Kampf gegen die Tuberkulose angewendeten hinzutreten werden, so ist es notwendig, einige für die Pathologie der Tuberkulose jetzt feststehende Tatsachen zu kennen. Eine Reihe von Beobachtungen hat es jetzt sicher gemacht, daß man zwischen dem Vorhandensein von Tuberkelbazillen in einem Organismus und dem Bestehen tuberkulöser Krankheiten wohl unterscheiden muß.

Die Bazillen der Tuberkulose können in irgendeiner Stelle der organischen Gewebe vorhanden sein und sich finden, ihre Virulenz und ihre pathogene Wirkung behalten, wenn sie in einen andern Organismus gebracht werden, und doch für den Organismus, in dem sie wohnen, vollkommen unschädlich sein.

Digitized by Google

Dies ist der Fall, weil der Organismus gegen die in ihn eingedrungenen Bazillen Schutzstoffe bildet, durch welche die Vermehrung und die Verbreitung derselben Bazillen verhindert wird und er unempfindlich gegen sie wird; mit einem Wort, es findet eine Art Selbstimmunisierung der Organismen statt.

Diese Selbstimmunisierung kann das ganze Leben hindurch dauern; aber es kann vorkommen und kommt nicht selten vor, daß ihre Kraft durch das Eintreten von Ursachen, die den Organismus schwächen, geringer wird, und dann bekommen die Tuberkelbazillen die Oberhand, die Gewebe werden unfähig, sich zu verteidigen, und es entstehen auf diese Weise tuberkulöse Erkrankungen.

Diese jetzt anerkannten Wahrheiten sind direkt durch eine Reihe experimenteller Untersuchungen bewiesen worden, die gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts begonnen und bis zum heutigen Tage fortgeführt und weiter ausgedehnt worden sind.

Im Jahre 1895 sprach ich es zum erstenmal aus, daß der tierische Organismus gegen die tuberkulösen Stoffe Schutzstoffe erzeugt, die von mir experimentell im Blut der Tiere nachgewiesen worden waren, welchen ich die tuberkulösen Stoffe eingeimpft hatte.

Ich habe dies am 2. August 1895 in London auf dem Kongreß der „British Medical Association“ und wenige Tage später, am 12. August 1895, in einem Vortrag ausgesprochen, den ich in Bordeaux auf dem Kongreß der Société de Médecine hielt.

Weiterhin habe ich mich im Jahre 1896 eingehender über die Ergebnisse meiner Untersuchungen verbreitet,[1]) die im Blut der Tiere, welchen aus den Bazillen der Tuberkulose gewonnene Stoffe eingeimpft waren, antituberkulöse Substanzen nachwiesen.

Gegenwärtig werden die Schutzstoffe, die der Organismus gegen die pathogenen Bakterien erzeugt, allgemein als Antikörper bezeichnet; in der damaligen Zeit existierte diese Bezeichnung noch nicht, und ich nannte sie der gebräuchlichen Terminologie entsprechend Antitoxine.

Doch ganz abgesehen von den Bezeichnungen, die nur konventionelle Bedeutung haben — die Tatsache war die, daß der tierische Organismus antituberkulöse Schutzstoffe hervorbringt.

Die Existenz dieser Schutzstoffe wurde in Abrede gestellt, als ich sie behauptete, dann wurde sie nach und nach anerkannt, und heute wird die Existenz tuberkulöser Antikörper, d. h. vom Organismus erzeugter spezifischer Schutzstoffe gegen die Tuberkulose, allgemein zugegeben.

Aus der Kenntnis dieser Tatsache sind alle modernen Kenntnisse über die Schutzmittel des Organismus gegen die Tuberkulose hervorgegangen.

---

[1]) Berliner Klinische Wochenschrift 1896, Nr. 36.

Digitized by Google

III

Die Kenntnis dieser Tatsachen hat die Aufmerksamkeit der Beobachter mit voller Entschiedenheit wieder auf die Wichtigkeit einer Untersuchung der Frage gelenkt, ob es möglich ist, Tiere gegen die tuberkulöse Infektion zu immunisieren, indem man sie gegen die künstliche Einführung eines Quantums von Tuberkelbazillen in ihren Körper, das imstande ist, sie zu töten, unempfindlich macht.

Ich sage: wieder gelenkt, denn diese Immunisierung war schon viele Jahre vorher in Frankreich versucht worden, aber der Mangel an genauen Kenntnissen über die Biologie der Tuberkelbazillen und über die Art und Weise ihrer Wirkung je nach dem eingeführten Quantum hatte damals alle in dieser Richtung unternommenen Forschungen ergebnislos bleiben lassen.

Als man dann aber erfuhr, daß es möglich ist, die Tiere in einen Zustand der Immunität gegen diesen Feind zu versetzen, als man lernte, daß man mit geeigneten Mitteln die Bildung von Antikörpern, das heißt von Stoffen, die imstande sind, die infizierende und toxische Wirkung der Bazillen zu neutralisieren und diese unschädlich zu machen, im Organismus hervorrufen kann, begann man mit Erfolg Experimente in dieser Richtung zu veranstalten.

So konnte ich im Jahre 1895 Hunde, Pferde und Esel unempfindlich gegen die Einführung der Kochschen Bazillen machen, während andre, nicht zum Schutz geimpfte Tiere gleicher Art, die mit denselben Bazillen und in demselben Maß infiziert wurden, daran starben.

Ich teilte diese Tatsache in Bordeaux im Jahre 1895 mit, und so sehr sie auch im Anfang bestritten wurde, so ist doch die Wahrheit einer möglichen Immunisierung der Tiere gegen die Tuberkulose heute anerkannt.

Das erwähnte Resultat ist durch verschiedene Verfahren erzielt worden, doch bestehen diese alle in der Einverleibung wohldosierter tuberkulöser Stoffe in den Organismus der Tiere, die man immunisieren will. Lange Zeit hielt man die Verwendung lebendiger und virulenter Bazillen für notwendig, die völlig imstande seien, sich in dem Organismus zu vermehren; jetzt hat man erkannt, daß man auch mit toten Stoffen in gleicher Weise den Zweck erreicht. Dieser Immunitätszustand gibt sich bei den Tieren dadurch zu erkennen, daß in ihnen spezifische Antikörper, das heißt Stoffe erscheinen, die, wie gesagt, die Wirkung der Bazillen und ihrer Gifte neutralisieren — Stoffe, deren Vorhandensein durch geeignete Verfahren nachgewiesen wird, die es ermöglichen, auch ihre Quantität abzumessen.

Nimmt man eine Reihe von Tieren, die auf solche Weise geschützt sind, und eine Reihe von normalen, das heißt jedes Schutzes entbehrenden Tieren, und injiziert man in die Venen aller eine bestimmte Quantität von lebendigen und aktiven Tuberkelbazillen, so sieht man, daß die nicht geschützten Tiere an tuberkulösen Krankheiten sterben, während die andern am Leben bleiben.

So ist heute die Möglichkeit, die Tiere gegen die Tuberkulose immun zu machen, zu impfen — um einen durch den Gebrauch zur Geltung gelangten Ausdruck anzuwenden — vollkommen erwiesen.

Digitized by Google

IV

Während diese Forschungsergebnisse auf dem experimentellen Gebiet gewonnen wurden, ward auf dem Gebiete der auf die Biologie und die menschliche Pathologie angewandten Statistik eine Reihe andrer Entdeckungen gemacht.

Damit diejenigen, die in diesen Studien nicht bewandert sind, ihre Tragweite verstehen und abschätzen können, halte ich es für zweckmäßig, den Lesern einige genau festgestellte Gesetze der Pathologie der Tuberkulose zur Kenntnis zu bringen.

Wie bekannt, entdeckte Koch, nachdem er den Bazillus der Tuberkulose gefunden hatte, das Tuberkulin, ein aus den Tuberkelbazillen gewonnenes Gift.

Diese Substanz hat die Eigenschaft, in unzweifelhafter Weise das Erscheinen oder das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im tierischen Organismus anzuzeigen, weil sie in diesem Falle eine fiebrige Reaktion hervorruft. Dies ist sowohl beim Menschen wie bei den Tieren der Fall.

Wenn man mit dem Tuberkulin gesunde Individuen aller Altersstufen untersucht, findet man, daß, während im ersten Lebensjahr überhaupt keine Reaktionen eintreten, in den folgenden Jahren deren Prozentsatz progressiv zunimmt und am höchsten bei den dreizehn- und vierzehnjährigen Individuen wird; er erhebt sich in dieser Lebensperiode bis auf 90 Prozent aller Untersuchten und geht sogar noch darüber hinaus. Wohlgemerkt, es handelt sich dabei um völlig gesunde Individuen.

Dieser Befund beweist, daß in den Organismus dieser Individuen Tuberkelbazillen eingedrungen sind, ohne daß sie irgendeine krankhafte Erscheinung hervorgerufen haben, und ihr Vorhandensein oder ihr Eindringen wird durch das Tuberkulin in sicherer Weise angezeigt. Und nicht allein die Tuberkulinprobe liefert einen sicheren Beweis dafür, sondern auch das Vorhandensein von Tuberkuloseantikörpern im Blut dieser Individuen, aus dem hervorgeht, daß ein Eindringen von Bazillen stattgefunden hat, und das Vorhandensein tuberkulöser Stoffe, die die Existenz bazillärer Körper im Organismus dartun.

Man ist daher berechtigt, daraus zu schließen, daß diese Individuen alle in größerem oder geringerem Maße mit Tuberkulose infiziert worden sind; doch außerdem beweist die Tatsache ihrer guten Gesundheitsverhältnisse, daß sie nicht nur einer ersten Infektion, sondern siegreich allen jenen andern widerstanden haben, die tagtäglich eintreten, denn man muß sich überzeugen, daß Tuberkelbazillen fortwährend und auf allen Wegen in den menschlichen Organismus eindringen, welche Vorsichtsmaßregeln man auch dagegen ergreifen mag.

Wenn man dann die hohe Zahl der infizierten Menschen, die sich aus diesen Untersuchungen ergibt, mit der Zahl derer vergleicht, die an tuberkulösen Krankheiten sterben, so springt klar und einleuchtend die große Wahrheit ins Auge:

Daß eine erste zufällig eingetretene tuberkulöse Infektion den Menschen für die ganze Zeit seines Lebens gegen die Infektionen immunisieren kann, denen er in der Umgebung, in der

Digitized by Google

er lebt, nach und nach ausgesetzt bleibt, daß der Mensch, mit einem Wort, automatisch gegen sie geimpft bleibt.

Sehr wahrscheinlich üben die Infektionen, die der Mensch sich im Kindesalter zuzieht, die stärkste Impfwirkung aus.

Dies läßt sich besonders aus einer andern Tatsache folgern, nämlich der, daß die Menschen, die stets in Gegenden gelebt haben, in die die Tuberkulose noch nicht eingedrungen ist, rasch von tuberkulösen Krankheiten befallen werden, wenn sie später in normal infizierte Gegenden kommen.

V

Warum treten bei einer noch absolut großen Zahl von Menschen tuberkulöse Krankheiten auf, die die Ziffer der Opfer dieser Krankheiten noch immer so hoch halten?

Weil bei ihnen entweder eventuell die Selbstimpfung im Kindesalter nicht vor sich gegangen ist; oder weil sich die Quantität der Schutzstoffe, die der Organismus sich gebildet hatte, nach und nach erschöpft hat; oder weil, obwohl der Organismus sich im Zustand der Immunität befindet, diese nicht genügend war einer Quantität von Bazillen gegenüber, die durch ihren gleichzeitigen Angriff die Schranken eines ungenügenden Schutzes durchbrachen.

Man muß nämlich wissen, daß bei allen Infektionen — also auch bei den tuberkulösen — das Auftreten der Krankheitszustände von der Quantität der gleichzeitig in den Organismus eingedrungenen pathogenen Bakterien abhängig ist.

Wenige bazilläre Einheiten können nicht allein unschädlich sein, sondern automatisch die Bildung von Schutzstoffen hervorrufen; große Quantitäten von Bazillen dagegen erzeugen die Krankheit in ungeimpften Organismen und tun dies auch in den immunisierten, wenn die Quantität der Schutzstoffe nicht im richtigen Verhältnis zu der der infektiösen Stoffe steht.

Nach dieser Abschweifung wollen wir wieder zur Tuberkulose zurückkehren. Man kann, wie wir zum Schluß bemerken, heute sagen, daß die tuberkulösen Krankheiten sich im Menschen entwickeln, wenn sein Organismus keine spezifischen Schutzmittel besitzt oder sie nicht in genügendem Maße besitzt, d. h. wenn entweder seine automatische Impfung niemals stattgefunden hat oder wenn sie zwar stattgefunden hat, aber ungenügend war oder später geworden ist.

Und jetzt erhebt sich von selbst die Frage:

Warum soll man es dem Zufall überlassen, die Impfung des Menschen zu besorgen, warum soll man sie von den Bazillen erwarten, die regellos und zufällig in den Organismus eindringen?

Ist es nicht vorzuziehen, am Menschen nach unserem Belieben diese Impfung, diese Immunisierung zu vollziehen, die imstande ist, ihn zu schützen?

Ist es möglich?

Digitized by Google

VI

Die Möglichkeit, den Menschen gegen die Tuberkulose zu impfen, fand ihre Grundlage in der jetzt festgestellten Möglichkeit, die Tiere zu impfen.

Es blieb nur zu untersuchen, welches der vielen Mittel, die bei den Tieren angewendet wurden, beim Menschen anwendbar wäre, mit der Aussicht, ihn immun zu machen und ohne daß man zu befürchten hatte, ihn zu infizieren.

Auf dieses Ziel waren seit mehreren Jahren meine Untersuchungen und die meiner Schüler gerichtet.

Alle lebenden tuberkulösen Stoffe, die Bazillen, die, in den Organismus zum Zwecke der Immunisierung eingeführt, ihn statt dessen auch infizieren könnten, habe ich vollständig beiseite gelassen.

Bei den Tieren wurden zum Zweck der Immunisierung von vielen Forschern, und auch von mir, lebende Bazillen angewandt, aber in den Händen mehrerer veranlaßten diese Impfstoffe gerade infektiöse Erscheinungen. Aus diesem Grunde habe ich der Verwendung abgetöteter Bazillen den Vorzug gegeben, die aus sehr virulenten Kulturen gewonnen waren und die eine Reihe von Experimenten mir als fähig erwiesen hatte, dem Organismus eine besondere Widerstandskraft gegen die Infektion mit virulenten Tuberkelbazillen zu verleihen, die im Verlauf kurzer Zeit die Kontrolltiere töteten.

Die Verwendung abgetöteter Bazillen als immunisierenden Stoffes wurde lange bekämpft, und man behauptete, daß sie nicht imstande seien, Immunität hervorzurufen. Jetzt bestätigen genaue Experimente, daß es möglich ist, mit abgetöteten Bazillen die Tiere gegen die Tuberkulose zu immunisieren; in Deutschland haben es die Forscher der jüngsten Zeit anerkannt; ich nenne unter ihnen nur Rüppel und Much.

Nur in Frankreich erheben sich noch einige abweichende Stimmen aus dem Pasteurschen Institut, aus dem aber bis jetzt noch nichts Bemerkenswertes in bezug auf die Tuberkulose hervorgegangen ist.

Außer dem Impfstoff war es noch notwendig, auch den Weg der Einverleibung zu wählen.

Lange Zeit wurden die zur Immunisierung angewandten Stoffe auf dem Blutwege, durch intravenöse Injektionen eingeführt, und man glaubte, daß man nur auf diesem Wege vorgehen könne, um bei den Tieren Immunität zu erzeugen. Ich verfocht die Ansicht, daß es möglich sei, durch Einspritzungen unter die Haut zu immunisieren, und darüber ist man sich jetzt auch einig.

Auf diese Weise ist es möglich gemacht worden, ein Verfahren festzustellen, das man beim Menschen anwenden kann, um ihn gegen die Tuberkulose zu impfen; es besteht darin, daß auf subkutanem Wege ein Impfstoff eingeführt wird, hergestellt aus abgetöteten Tuberkelbazillen, die aus virulenten Kulturen gewonnen, getrocknet, pulverisiert und mit Glyzerin gemischt sind.

Die Versuchstiere, Meerschweinchen und Kaninchen, die in dieser Weise und mit diesem Impfstoff behandelt worden sind, werden nach zwei Monaten unempfindlich gegen eine künstlich ausgeführte Infektion, bei der dieselben Dosen

Digitized by Google

zur Anwendung kommen, die die gleichzeitig infizierten Kontrolltiere töten. Die Einverleibung der lebenden und virulenten infizierenden Bazillen wird auf intravenösem Wege ausgeführt.

Das Blut der so immunisierten Tiere enthält alle verschiedenen Arten Tuberkuloseantikörpern, die sich mit allen in den Laboratorien angewandten Untersuchungsmitteln nachweisen und abmessen lassen.

Dieser — unschädliche und ungefährliche — Tuberkuloseimpfstoff wird von mir beim Menschen angewandt zu dem Zwecke, ihn zu immunisieren, ihn gegen die zufälligen tuberkulösen Infektionen zu schützen. Man impft ihn am Arm ein, nach derselben Methode, nach der die Schutzpockenimpfung mit dem Jennerschen Impfstoff ausgeführt wird; es entsteht daraufhin eine Pustel, ganz ähnlich derjenigen, die man nach der Schutzpockenimpfung bekommt. Oft ist die Impfung von leichtem Fieber begleitet, das in sehr gelinden Grenzen 24—48 Stunden dauert. Abgesehen von der Pustel und dem Fieber ist keinerlei unangenehme Folge zu bemerken.

Meine Anwendungen wurden besonders an kleinen Kindern und an Knaben gemacht, die kein Anzeichen tuberkulöser Krankheiten aufwiesen, aber aus Familien stammten, in denen die Tuberkulose herrschte.

Im Blut der so geimpften Individuen kann man nach 60—80 Tagen jene nämlichen Tuberkuloseantikörper erscheinen sehen und nachweisen, die sich im Blut der auf gleiche Weise behandelten Tiere finden, jene antituberkulösen Körper, die, wie heute durch die Forschung und die Erfahrung erwiesen ist, Merkmale der Immunität sind, das heißt Zeichen und Beweise dafür, daß der Organismus eine spezifische Resistenz gegen die Tuberkulose erlangt hat.

Die Tiere, die infolge der gleichen Behandlung dieselben Antikörper im Blut haben und dieselben Merkmale der Immunität aufweisen, werden, wie wir gesagt haben, unempfindlich gegen die tuberkulöse Infektion, die durch Einspritzung lebender und virulenter Tuberkelbazillen in ihre Venen ausgeführt ist.

Können wir annehmen, daß der in diese nämlichen Immunitätsverhältnisse versetzte Mensch gleichfalls tuberkelfest wird? Freilich können wir beim Menschen nicht wie beim Tier das „Experimentum crucis“ machen, das heißt, in seine Venen lebende und virulente Bazillen einführen, um uns zu vergewissern, daß Immunität eingetreten ist.

Das ist eine Probe, die wir beim Menschen nicht versuchen dürfen, aber die Identität der Immunitätsmerkmale, wie man sie im menschlichen Organismus findet, mit denen, die man im Organismus der Tiere beobachtet, die der intravenösen tuberkulösen Infektion widerstanden haben, berechtigt uns, es für wahrscheinlich zu halten, daß der menschliche Organismus in gleicher Weise immunisiert ist.

Nach der Feststellung dieser Tatsachen habe ich mich für berechtigt gehalten, von einer Präventivimpfung des Menschen gegen die Tuberkulose zu sprechen. Die erste Mitteilung darüber habe ich im April des Jahres 1893 in Madrid

Digitized by Google

gemacht und dann sukzessive durch eine Reihe Veröffentlichungen von mir und meinen Schülern über alle zu diesem Zwecke ausgeführte Studien und Untersuchungen berichtet.

Ist die Immunität, die sich mit der Impfung erreichen läßt, eine absolute? Gewiß nicht; eine absolute Immunität gibt es beim gegenwärtigen Stande unsrer Kenntnisse nicht, weder gegen die Tuberkulose noch gegen andre Infektionskrankheiten. Die Immunität ist relativ und richtet sich nach der Quantität infektiöser Stoffe, die in einer Zeiteinheit in den Organismus gelangen. Die absolute Immunität ist das Ideal, auf das die Laboratoriumsforschungen gerichtet sind; es ist ein Ideal, das man mit Beharrlichkeit verfolgen muß, das höhere Ziel der menschlichen Tätigkeit. Uns Klinikern genügt einstweilen für die Bedürfnisse der Menschheit die relative Immunität, die Immunität gegen jenes Quantum von Bazillen, das durch zufällige Infektion in den menschlichen Organismus gelangen kann.

Wir dürfen nie vergessen, daß unter den gewöhnlichen Verhältnissen des Lebens die tuberkulöse Infektion beim Menschen in ganz andrer Art und Weise entsteht als die experimentelle Tuberkulose, die wir in den Laboratorien erzeugen. Die Bazillen, die in den Organismus eindringen, sind schwerlich von gleicher Lebenskraft und Virulenz wie die Bazillen, die in den Kulturen gezüchtet und mit allen möglichen künstlichen Mitteln aufgezogen werden; schwerlich gelangen sie auf ein einziges Mal in solcher Menge hinein, wie wir sie in den Laboratorien bei der experimentellen Infektion hineinbringen, und der Organismus, der, wie es unter normalen Verhältnissen der Fall, bereits mit Schutzmitteln versehen ist, genügt entweder an und für sich oder bedarf nur geringer Hilfe, um diese Feinde zu vernichten, die einzeln hineingelangen.

Die Behauptung einiger Bakteriologen, daß in den menschlichen Organismus gewöhnlich große Mengen von Tuberkelbazillen auf einmal hineingelangen, ist irrtümlich und willkürlich.

Wir können uns daher vorläufig mit einem der Stärke des Angriffs entsprechenden Schutz begnügen.

Wie in den Kriegen die kämpfenden Heere eine zur Zahl der Feinde im richtigen Verhältnis stehende Zahl von Menschen in Aktion treten lassen, so müssen wir uns in den Kämpfen, die der menschliche Organismus gegen die Krankheiten verbreitenden Bakterien führt, damit begnügen, Schutzmittel in einem den Angreifern entsprechenden Maß zu besitzen.

Wir glauben, daß sich in diesem Maß der gewöhnliche Schutz gegen die tuberkulösen Krankheiten durch die Impfung, wie wir sie ausführen, erreichen läßt, einerseits wegen der angeführten experimentellen Tatsachen, anderseits wegen der Ergebnisse, die deren praktische Anwendung uns empirisch zu liefern begonnen hat.

Von welcher Dauer werden die wohltätigen Wirkungen einer Impfung des Menschen sein? Ich besitze keine genauen Daten, um bestimmtes darüber sagen zu können; was ich weiß, ist, daß noch nach mehreren Jahren in dem Orga-

Digitized by Google

nismus die Anzeichen der Immunität vorhanden sind. So fanden wir bei einem am 20. April 1904 geimpften jungen Mädchen von sechzehn Jahren, bei dem nach der Impfung im Blut spezifische Schutzstoffe nachgewiesen und gemessen worden waren, nach sechs Jahren, daß diese Stoffe sich in demselben Maße erhalten hatten. Bei drei andern Individuen fand sich nach fünf Jahren, daß die Schutzstoffe noch vorhanden waren, und zwar in hohem Maße, bei einem nach vier Jahren, bei sechs andern nach drei Jahren.

Nur über 465 von den vielen in den Jahren 1903 bis 1910 geimpften Individuen aus tuberkulösen, zum Teil nahezu ausgestorbenen Familien, war bis heute weitere Nachricht zu erlangen; keine dieser Personen ist von irgendeiner tuberkulösen Krankheit befallen worden.

Es wäre wünschenswert, Nachrichten über alle zu besitzen, aber in den großen Städten ist es unmöglich, alle die Personen weiter zu verfolgen, die in unsre Behandlung kommen. Doch von größerem Interesse als die Gesamtziffern sind die einzelnen Familiengruppen. Ich kann sagen, daß in mehreren von der Tuberkulose dezimierten Familien, deren weitere Schicksale wir haben verfolgen können, die Krankheit kein Opfer mehr gefordert hat, nachdem die Impfung ausgeführt worden war.

Diese Tatsachen eröffnen sicherlich denjenigen, die solche Fragen ohne Vorurteile prüfen, neue Ausblicke für die Verteidigung des Menschen gegen die Tuberkulose, eine rationelle Verteidigung, die danach strebt, den organischen Boden unempfänglich gegen die Infektion zu machen — jene Infektion, der trotz aller Anstrengung, die Bazillen außerhalb des Organismus zu zerstören, der Mensch immer ausgesetzt sein wird. Leider werden immer Bazillen in Umlauf sein, solange Menschen auf Erden wandeln, die sie herumtragen und sie in ihrer Umgebung verbreiten. Darüber kann man sich keine Illusionen machen.

Ein deutscher Gelehrter, Much, der in bedeutungsvollen Forschungen viele auf die Tuberkulose bezügliche Fragen in voller Unabhängigkeit studiert hat, hat kürzlich in einer seiner trefflichen Veröffentlichungen folgendes geschrieben:

„Gibt es beim Menschen eine Tuberkuloseimmunität? Noch jetzt glauben einige Untersucher diese Frage verneinen zu müssen. Tut man dies, so ist allerdings schon nötig, daß man sich beide Hände vor die Augen hält und nicht sehen will.

Wir beantworten die Frage mit ‚ja'".

Ja, die Immunität beim Menschen ist möglich. Es ist unsre Aufgabe, sie zu schaffen und ins Leben zu rufen. Man kann sie mit einem einfachen Mittel schaffen, das in allen Laboratorien, in allen Ländern hergestellt werden kann.

Der Weg steht allen Menschen mit gutem Willen offen.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus der Zeit des Krimkrieges

(Fortsetzung)

Peterhof, den 9. Juni 1854.

Deinen Brief vom 23. v. Mts. aus Düsseldorf habe ich mit unserm letzten Feldjäger richtig erhalten und benutze eine ähnliche sichere Gelegenheit, um Dir zu antworten, Dir für Deinen Brief zu danken und Dir meine Freude auszusprechen, daß Du wieder glücklich bei den Deinigen, Familie und Regiment, eingetroffen bist.

Gewiß hast Du vollkommen recht, die Gerlach-Niebuhr-Briefe,[1]) nachdem Du sie gelesen, in die Mappe zu stecken, um sie vielleicht nicht wieder hervorzuholen. Nichtsdestoweniger sind sie aber wichtig, um au courant der Situation in der Heimat zu bleiben (soviel wie möglich), da das Ministerium, wie Du die Erfahrung selbst gemacht hast, einen eben nicht au courant erhält. Wenn man überdem die Briefsteller so genau kennt wie wir, so hat man doch immer einen allgemeinen Maßstab für den Inhalt ihrer Briefe und kann mit Ueberlegung doch auch viel Nützliches und Wichtiges für den Lauf der Dinge, wenn auch nicht eben Offizielles, daraus entnehmen und danach handeln, da ja im schlimmsten Falle nur die eigne Desavouierung die Folge sein kann. Rückfragen kann man leicht aus Wien, schwer von hier machen.

Was nun die Kleine Walachei zum Beispiel anlangt, so sprach mir der Kaiser bereits im November, bevor er sie noch selbst ganz besetzt hatte, davon, wie es eigentlich wohl Sache der Oesterreicher sei, sie zu besetzen, teils wegen Serbien, teils wegen der ihnen so nötig scheinenden Sicherheit in bezug auf dereinstige Evakuation der Donaufürstentümer. — Zur Zeit als N.s Brief kam, war die Lage der Dinge bereits weit schlimmer und schon dahin gekommen, daß man sich hier veranlaßt sah, den ursprünglichen Operationsplan (bei Widdin überzugehen) aufzugeben. Das wußte ich. Der Kaiser klagte über Oesterreichs ewiges Mißtrauen; darauf eingehend sagte ich ihm, er möge doch zu Oesterreichs Beruhigung die Kleine Walachei ihnen zur Besetzung anbieten. Er antwortete: „Je ne demande pas mieux.“ Man machte die Sache aber ungeschickt, räumte überdem zu rasch, und so hatte das Ganze gar keine Folge. Ich sprach gleichzeitig hier mit dem österreichischen Gesandten,[2]) der mir die alberne Antwort gab: „Der Sultan kann uns wohl die Kleine Walachei anbieten, nicht aber der Kaiser.“ Ich antwortete ihm darauf: „Ihr fürchtet zwei Dinge da unten, einmal den Aufstand der Südslawen und die Inkorporation der Donaufürstentümer. Wenn ihr die Kleine Walachei besetzt, so umfaßt ihr

[1]) Niebuhr, Kabinettsrat Friedrich Wilhelms IV.

[2]) Graf Esterhazy, österreichischer Gesandter in Petersburg.

Digitized by Google

Serbien im Norden und Osten und steht hart an der rechten Flanke der Russen, deren Stellung ihr von der Walachei wie von Siebenbürgen aus dann gefährden könnt, sobald es die Donaufürstentümer inkorporieren wollte, woran es nicht denkt. Ueberdem könnt ihr die Kleine Walachei für den Sultan ja besetzen und ihm seine Verteidigungslinie an der Donau verkürzen, jedenfalls ist es ein Pfand für euch." Dagegen hatte Esterhazy keine Einwendung. — Ich aber hoffte, daß die Besetzung der Kleinen Walachei durch Oesterreich der Welt zeigen müßte, daß der Kaiser nicht nach dem politischen Besitz der Länder strebt, oder daß es auch vielleicht Oesterreich mit den Westmächten veruneinigen könnte.

Bei einer andern Gelegenheit aber bat ich Niebuhr, Dir doch von mir darüber einen Wink zukommen zu lassen, daß ein offensiv feindliches Auftreten Oesterreichs gegen Rußland bei der hiesigen Prinzipienlosigkeit unbedingt diesseitige Agitation in Ungarn und in den an die Türkei grenzenden österreichischen Provinzen sowie die Erhebung von Serbien, Montenegro usw. hervorrufen würde. Der Kaiser würde das nicht gerade autorisieren, aber doch geschehen lassen. (Es ist übrigens sehr traurig, daß hier auch mancherlei geschieht, was der Kaiser nicht autorisiert und auch nicht weiß. Dahin gehören namentlich die versteckten Agitationen der russischen Partei, der Slawophilen usw. Konstantin sitzt wohl mit darin.) Du hast ferner ganz recht, wenn Du den Stein auf die Art und Weise wirfst, wie die Geschäfte betrieben werden, namentlich in Berlin und auch hier — von Wien weiß ich es nicht. Da es überall so ist, so gleicht sich das am Ende aus. Das direkte Unterhandeln der Monarchen, was Dir am geeignetsten erscheint, führt bei den Persönlichkeiten auch zu nichts. Ich habe im Oktober daran gearbeitet wie ein Pferd, und wie sie in Warschau glücklich zusammen waren, so war das Resultat gleich Null, d. h. eine große Parade. Als ich dem König in jener Zeit davon sprach, man müßte sich von den Westmächten ganz losmachen, antwortete er mir: „Dann habe ich in acht Tagen die englische Flotte vor Swinemünde und in vierzehn Tagen vor Weichselmünde, und mein ganzer Handel ist auf ewige Zeiten zerstört." Auf meine Erwiderung, England und Frankreich bedürfen selbst des preußischen Handels und würden sich überdem wohl besinnen, sich mutwillig noch einen Feind mehr auf den Hals zu locken, ward ich keiner Antwort weiter gewürdigt. Den Kaiser von Oesterreich kann ich nicht beurteilen, sein jetziges Benehmen aber im Verhältnis zu dem, was er früher dem Kaiser N. gegenüber tat, sagte und schrieb, ist um so unverständlicher, gerade weil er noch so jung ist und darum gefühlvoller sein müßte. Was endlich den hiesigen Kaiser anbelangt, so haben mir die letzten acht Monate, oder lieber das letzte Jahr, eine Illusion nach der andern entrissen. Ich habe ein schweres Jahr durchlebt, viel und meist recht unrecht zu leiden gehabt, so daß der beste Wille und Resignation oft dicht am Ende waren. So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß ich mich in den wiederkehrenden Diskussionen mit dem Kaiser, in der Regel in Gegenwart der Kaiserin und der beiden jüngeren Söhne, auch von Grünwald und Lieven ein-

Digitized by Google

mal, durch einige treffende Funken Wahrheit unangenehm machen mußte, was mir die Kaiserin nicht vergessen hat und erst neulich noch vorwarf, nachdem sie mir bereits ein paarmal gesagt hatte, ich sei unangenehm, doch dies im Tete-a-tete, wo sie selbst mich zum Sprechen aufgefordert hatte. Meyendorf schrieb günstig über Dich, sofort wurdest Du der Held des Tages, man kannte Dich ja überdem lange genug. Ich benutzte das und lobte Dich, soviel ich konnte, Deinetwegen und um für Eventualitäten hier eine Persona grata in Vorrat zu haben. Rochow ward kränker, starb.[1]) Da fing die Kaiserin gleich an zu arbeiten, um Dich zum Gesandten zu haben, Grünwald kam von Wien und stieß in dasselbe Horn. — Mit mir sprach man nicht darüber, weil man glaubte, mich zu verletzen, natürlich aber schrieb ich es an Gerlach, obschon ich es Dir ebensowenig wie mir wünschen konnte und ebenso überzeugt war, daß Du es wie ich nur auf Befehl annehmen würdest. — Geht es den Leuten hier gut, so kann niemand etwas durchsetzen, was ihnen nicht in den Kram paßt, dazu ist des Kaisers gänzlich fehlendes Vertrauen zum König die unüberwindliche Klippe. Geht es ihnen hier schlecht, so kann jeder verlangen, was möglich ist. — Dazu aber bist Du zu schade.

1852 sprach Gerlach vorübergehend mit mir über einen dereinstigen Ersatz für Rochow und sagte mir: „Man könnte dabei auch an Sie denken." Ich bat ihn, diesen Gedanken ja nicht aufkommen zu lassen. Dabei ist es auch wohl geblieben. Zur Zeit der Ernennung Werthers schrieb mir G. auch: „Man hätte auch an Sie denken können, doch möchte ich Sie nicht auf ewig expatriieren." Hier im diplomatischen Korps und wohl auch sonst hat man wohl an mich gedacht, bei Hofe, d. h. bei den Majestäten, meines Wissens aber nicht. Dagegen ließ mich die Großfürstin Helene[2]) rufen, sprach mir von der Kaiserin Wunsch, Dich hier zu haben, und fragte mich über Dich aus. Nachdem wir damit fertig waren, sagte sie mir plötzlich: „Hätten Sie nicht Lust, hier Gesandter zu werden?" Ich: „Nein!" Sie: „So positiv weisen Sie das zurück?" Ich: „Allerdings!" — Es entspann sich ein längeres Gespräch über das „Warum nicht", und wie sie mich nicht weiter brachte, spielte sie den letzten Trumpf aus, indem sie mir proponierte, durch den damals in Berlin anwesenden Herzog für mich arbeiten zu lassen! — Als das erst recht nicht zog, entließ sie mich ziemlich verblüfft und verschnupft. Der Kaiser war kurz vorher bei ihr gewesen; ob sie also ganz auf eigne Faust operiert hat, weiß ich nicht, doch möchte ich es glauben. Rochow hatte als seinen Nachfolger hier immer Schulenburg aufgestellt. Schulenburg wußte das wohl, und machte sich bei Budberg angenehm. Die Frage, ob ein Militär oder Zivilist, wird fast allseitig für ersteren entschieden — ich aber bin gar nicht der Ansicht, weil ich es unter den momentanen Verhältnissen, d. h. bei den Individualitäten der beiden Monarchen, gar nicht einmal für gut halte,

---

[1]) Rochow starb im Frühjahr 1854. Sein Nachfolger als preußischer Gesandter in Petersburg wurde Freiherr v. Werther.

[2]) Großfürstin Helene, eine Schwester des Prinzen August von Württemberg.

Digitized by Google

wenn der preußische Gesandte den Kaiser sehr oft sieht. — Das „Warum" ist hier zu weitläufig zu behandeln. Mir persönlich freilich wäre ein Militär — wenn wir einen hätten — lieber gewesen, weil es mir mehr Freiheit und mehr Aussicht auf Ablösung gegeben hätte, auch ist mein ganzes Zwitterverhältnis mit einem Militär hier doch leichter durchführbar als mit einem Zivilisten.

Noch vergaß ich zu erwähnen, daß eines Abends am Teetisch der Kaiserin wieder von Deiner Herrlichkeit die Rede war und namentlich davon, wie Du dem Kaiser F. J. bei der Abschiedsaudienz noch recht die Wahrheit gesagt hättest. Die Kaiserin benutzte die Gelegenheit, um mir auf Deine Kosten eins auszuwischen, und sagte auf deutsch zur Tiefenhausen, die rechts neben ihr saß, — ich links —: „Ja, Manteuffel hat das Talent, Wahrheiten zu sagen, ohne dabei unangenehm zu werden." Wärst Du es nicht gewesen, so hätte ich eine Antwort losgelassen, die ich bereits auf der Zunge hatte, nämlich: „Es gibt auch wenig Menschen, die Wahrheiten hören können; der Kaiser F. J. scheint eine seltene Ausnahme zu machen." So aber schwieg ich und steckte die Ohrfeige ein. Mit dem Kaiser ist mein Verhältnis so gut, wie ich es nur verlangen kann, und eigentlich mit der Kaiserin auch.

Noch eins. — Im Laufe des Winters kam ein Brief des Königs an den Kaiser und gleichzeitig Depeschen von Manteuffel, beides in sehr verschiedenem Sinn und dabei die Depeschen in der Fassung, namentlich eine französische, recht unmanierlich. Es gab das natürlich großen Aufruhr. Rochow war au bout de son latin. Zu Rückfragen usw. war keine Zeit, es mußte und sollte von hier geantwortet werden. Der Kanzler und Rochow konferierten und wußten nicht, was und wie antworten. Rochow zog mich in seiner Not zu Rat, was ihm in ähnlichen Fällen öfter passierte und wo er dann ein paar Tage später meine Ansicht mit größter Harmlosigkeit, selbst mir gegenüber, als die seinige aufstellte. Genug, ich sagte, der König sei der König, und der Minister des Königs Diener. Man solle die Unmanierlichkeit der Depesche ganz fallen lassen und in der Antwort die entscheidende Stelle aus des Königs Brief als maßgebend zitieren und die ganze Antwort darauf basieren. Rochow wollte nicht heran, während ich der Ansicht war, daß auf die unmanierliche und feindliche Depesche Manteuffels von hier aus nur eine noch bösere, das Ganze noch mehr spannende Antwort kommen müßte, wenn man diesen Ausweg nicht ergriffe; auch konnte doch des Königs positive Aeußerung (ich glaube, es war: „Je garderai toujours une neutralité, mais une neutralité souveraine") nicht in der Luft stehen bleiben. Endlich setzte ich es durch, daß es so geschah, wie ich es geraten. Ja, das sind Dinge, die doch eigentlich auch unerhört sind, die ein Maß von Formlosigkeit von einem Kabinett zum andern, von einem Minister zum andern haben, das doch eigentlich zu weit geht, und doch glaube ich, daß es nicht anders zu machen war, wenn König und Minister über dieselbe Sache so verschieden schreiben, als es geschah. Wie kann man aber bei solcher Zucht im Auslande mit Lust und nur einiger Befriedigung und Erfolg dienen, wenn

Digitized by Google

man dergleichen und Schlimmeres erlebt? — Nun aber leb' wohl, viel Herzliches den Deinen. Meine Frau ist noch in der Stadt. Elise ist wieder krank.

Gott befohlen!

Wie immer Dein

Nachschrift: Mit Meyendorf ist der Kaiser leider gar nicht mehr zufrieden. Ich glaube, daß Fonton ihm bei seiner Anwesenheit im Winter hier eine Grube gegraben hat — vermutlich, um ihn selbst dann zu ersetzen. Auf Deinen Brief hin nahm ich Gelegenheit, dem Kaiser Meyendorf sehr zu loben und zu sagen, wie hoch Du ihn stelltest. Antwort: „Der arme Meyendorf ist durch seine Kränklichkeit so herunter, daß er wenig leisten kann; überhaupt sah er die ganze Frage nicht richtig an und hat sie nicht so geführt, wie er es getan haben würde, wenn er gesund gewesen wäre." Der Kanzler hält ihm nach Kräften die Stange. Die Frau hat ihm einerseits und die russische Partei und Fonton andrerseits viel Schaden getan. Ich glaube nicht, daß er den Posten behält, sondern Gortschakow[1]) ihn bekommt.

*

Peterhof, den 5. August 1854.

Deine Briefe habe ich erhalten, danke bestens dafür und würde bereits früher geantwortet haben, wenn ich gewußt hätte wohin.

Nun schreibt Budberg, daß Du einstweilen noch beim König bleiben würdest; aus den Zeitungen ersehe ich, daß Du S. M. auch bereits nach München begleitet hast. Hoffentlich behält der König Dich auch in Putbus, und Du findest dort Gelegenheit, wieder etwas der Ruhe zu pflegen, mehr als es Dir in Düsseldorf möglich gewesen sein würde. Wie traurig das alles für Deine Stellung als Regimentskommandeur und als Gatte und Vater ist, sehe ich vollkommen ein und fühle es mit Dir, dennoch freut es mich ungemein, Dich in dieser Krisis beim König zu wissen.

Gortschakow und Budberg zitierten Dich in ihren Berichten hierher wie eine Autorität und führten Dich (deutsch) redend ein. Gortschakow schreibt unter jedem Eindruck, deshalb zu viel und auch widersprechend.

Deine Bestellungen an den Kaiser habe ich ausgerichtet. Derselbe schwärmt jetzt für eine preußisch-russisch-dänisch-schwedische Allianz, um den vereinigten Flotten zum diesjährigen Beschluß der Navigation das Loch zuzumachen und gemeinschaftlich über sie herzufallen. Die Idee ist nicht übel, die Ausführung bei der Zaghaftigkeit der russischen Flotte und bei mancher andern Zaghaftigkeit mehr als problematisch.

Neun Zehntel der Welt peroriert gegen die Uebermacht Rußlands und die üblen Folgen, die für Europa daraus erwachsen könnten; ich halte diese für

[1]) Fürst Gortschakow wurde 1854 Meyendorfs Nachfolger als russischer Gesandter in Wien, später Minister des Aeußern und Reichskanzler.

Digitized by Google

kaum vorhanden und, wenn vorhanden, für weit weniger gefährlich und jedenfalls für viel erträglicher als die Uebermacht Englands allein oder mit Frankreich gemeinschaftlich.

Es wäre mir lieb gewesen, wenn Du mir aus Wien ein paar Zeilen geschrieben hättest.[1]) Der Kaiser exagériert so sehr leicht das in der Konversation, was er vorher allein gelesen hat. — Zu seinen frommen Wünschen gehört auch fortwährend, daß der König doch zwei Korps an die österreichische Grenze rücken lassen und dabei nur sagen möchte: „Nicht zu weit."

Also hier bestochen und dort befördert, hier geschätzt und dort anerkannt!

Gratuliere bestens. Dein Ausfall gegen mich ist ungerecht, wenn auch im Scherz getan. Es ist ein großer Unterschied zwischen Verheimlichen und Schweigen, zwischen Ableugnen und Bekanntmachen. Das Auftrumpfen mit der, wenn auch noch gar nicht bezweifelten und darum unnötigen Integrität der eignen Person schadet leicht dem Allgemeinen.

Stehe ich so tief unter Dir, daß ich Dich nicht einmal loben darf — oder auch tadeln, ohne dafür einen Hieb zu bekommen? Hochmut kommt vor dem Fall — denke an mich, wenn du gelegentlich auf dem Exerzierplatz Fiasko machst! — Dergleichen kommt vor.

Hier ist es nicht hübsch, man ist entsetzlich aufgeregt, übertreibt jede Nachricht, legt auf die meisten einen ganz unnötigen Wert und ist kleinlaut trotz aller Redensarten. Geht es nach dem Kanzler, so räumt man die Fürstentümer ohne weiteres! Der Kaiser will an den Gedanken noch nicht recht heran, dürfte es aber doch vielleicht tun und dabei nach einem Stück Märtyrerkrone haschen, wo der Lorbeerzweig des Schlachtenlenkers eben nicht zu haben war.

Mit Werther geht es ganz gut, nur legt er mir auch zu viel Wert auf die materiellen Verluste, die eine englische Blockade für uns haben würde. Es sind das alles kleine Seelen, die prinzipielle Fehler machen wollen, um materiellen Uebeln zu entgehen. Der tiefe Sinn in Franz' I. Worten: j'ai tout perdu fors l'honneur, findet keine Statt in solchen Herzen, wo der Kopf nur Zahlen enthält.

Gott befohlen! Wie immer

Dein

Meine Frau und Elise sind wohl und grüßen. Ich sende Dir diese Zeilen durch G. Gerlach. Grüße Niebuhr, wenn Du ihm irgendwo begegnest.

*

Peterhof, den 10. August 1854, abends.

Tausend Dank für Deine interessanten Zeilen aus Nymphenburg — sie waren mir aus der Seele gesprochen (das darf ich doch sagen?), da ich dem Kaiser zum Ueberdruß gesagt habe, wir könnten auf die Süddeutschen nie rechnen.

Gestern abend erhielt ich Deinen Brief, heute früh ging ich damit zum

[1]) Manteuffel war im Juli 1854 in diplomatischer Sendung in Wien gewesen. Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 181 ff.

Digitized by Google

Kanzler. Er ließ mich ruhig ausreden und antwortete dann: „Das hat Manteuffel auch alles an Budberg gesagt, der es auch gestern schrieb!" So war also hier mit dem ersten Teil Deines Briefes nichts mehr zu machen, mit dem zweiten aber auch nicht, da die Fürstentümer geräumt werden.

Trotz alledem ist es mir sehr lieb, daß und was Du mir mitteilst, von wegen späterer Beurteilung jener Persönlichkeiten.

Deine militärischen Reflexionen sind gewiß sehr richtig, nichtsdestoweniger aber bleibt dieser Rückzug für Rußland doch eine arge Demütigung, ähnlich der unsrigen 1849 und 1850 wegen Schleswig. Was aber wird Oesterreich nun für eine Stellung zu den weiteren Verhandlungen einnehmen? Vermutlich ebenso feindlich wie bisher. Zieht sich das Ganze in die Länge, so wird es wohl abermals zu Gewaltmaßregeln schreiten müssen, weil es den jetzigen Zustand wegen der Finanzen nicht lange wird aushalten können. — Wäre für uns nun aber nicht der Moment gekommen, die Konvention[1]) aufzuheben oder doch wesentlich zu modifizieren und daraus etwa eine bloße Staatengarantie zu machen, ohne Offensive, so daß dieselbe erst in letzter Instanz beim Frieden zur Sprache zu kommen brauchte? Bleibt die Konvention aber so, wie sie ist, dann sitzen wir, wenn der Krieg zwischen Rußland und Oesterreich dennoch ausbrechen sollte, abermals in der Klemme. Mag derselbe auch unwahrscheinlich sein, unmöglich ist er nimmer.

Schreibe mir gelegentlich wieder und laß Dir meinen gleichzeitig an Gerlach abgehenden Brief zeigen.

Gott befohlen!

*

Peterhof, den 15. August 1854.

Gestern abend kam endlich ein Feldjäger an, die erste Kunde, die uns seit Werthers Ankunft ward! Er brachte mir Deine beiden Briefe vom 5. und 9. d. Mts. Den ersteren las ich dem Kanzler vor und erhielt darauf den Bescheid: „Das ist alles sehr richtig und wahr, Manteuffel vergißt dabei nur eins, das ist Buols Politik, die eine so schiefe und unzuverlässige ist, daß sie uns zwingen kann, anders zu handeln, als Manteuffel es sich für zweckmäßig denkt."

Wozu eigentlich noch des Königs Brief?[2]) Wozu darin jetzt noch der

---

[1]) Am 20. April 1854 hatten Preußen und Oesterreich ein Schutz- und Trutzbündnis in Berlin geschlossen, nach dessen II. Artikel sich beide Staaten zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf irgendeinen Teil ihrer Gebiete auch für den Fall verpflichteten, daß der eine Staat im Einverständnis mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorzugehen sich veranlaßt fände. Am 3. Juni richtete Oesterreich, von Preußen unterstützt, an Rußland die Sommation zur Räumung der Donaufürstentümer.

[2]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 189) am 5. August: „Der König arbeitet an einem Briefe für den Kaiser Nikolaus, den ich, Bismarck und Edwin Manteuffel gestern durchsahen und amendierten, worin erst der Kaiser wegen seines Entschlusses, die Fürstentümer zu räumen, gepriesen, dann aber ihm gesagt wird, daß man einen Angriff auf Oesterreich nicht leiden würde. Der König nimmt den Fall an, Rußland räumt

Digitized by Google

Passus, daß und wann wir Oesterreich helfen würden? Es ist das ja schon so oft erzählt worden, und wird es jetzt zu einer Art Drohung. Ich kenne übrigens den Brief des Königs nur durch Briefe des Generals Gerlach. Morgen wird ihn Werther übergeben.

Du mußt mit der Menschlichkeit des Kaisers und der Kaiserin dieselbe Nachsicht haben wie mit der Individualität des Königs anderseits. Könnte man den Kaiser ruhig machen, ihn dahin bringen, nicht stets vor der ganzen Familie alles und oft nicht in der gewähltesten Weise zu sagen, ja den Teetisch und das Diner der Kaiserin zum Schauplatz politischer Erzählungen und Diskussionen zu machen ... ja, dann wäre hier eben alles anders, wie es ist. Der Kaiser kann sich einmal nicht in die Haut eines andern Monarchen versetzen ...

Gott befohlen; grüße Deine Frau bestens von uns. Wie immer Dein

*

Peterhof, den 19. August 1854.

Meinen besten Dank für Deine Briefe, den ich Dir wohl bereits aussprach. Kannst Du dem König und andern nicht begreiflich machen, was Integrität eines Staates heißt, und daß die Erhaltung derselben, sofern sie ein andrer Staat garantiert, wesentlich eine Bedingung beim Friedensschluß ist, und durchaus nicht eine Teilnahme am Kriege für den Garanten erheischt? Nach dem Briefe des Königs scheint er darüber nicht klar zu sein, oder steht er noch immer auf der Basis des 2. April-Vertrages Art. II?

So wie die Sachen jetzt liegen, muß der Rückzug über den Pruth benutzt werden, um die Konvention zu kassieren oder ihr eine andre Form zu geben. — Buol geht denn doch in einer Weise rücksichtslos mit uns um, daß wir nachgerade jeder Verbindlichkeit enthoben sind. Während er die hergesendete Sommation von uns unterstützen ließ, während wir im allgemeinen Interesse hier durch Dich unterhandelten,[1]) verstärkt er seine Truppen mehr und mehr in Rücken und Flanke der Russen, schließt den skandalösen Vertrag mit der Pforte ab[2]) und trigotiert mit Bourqueney[3]) ruhig weiter. — Der Kaiser antwortet,

---

nicht allein die Walachei, sondern auch die Moldau, und Oesterreich besetzt diese Länder, ohne Gewalt zu gebrauchen. Dann wird Rußland sich schwerlich zum Kriege gegen Oesterreich entschließen, und die Drohung des Königs ist alsdann unnütz. Oesterreich vertreibt die Russen aus der Moldau bis über den Pruth, bleibt aber am Pruth stehen; dann ist es doch hart, den Kaiser Nikolaus verhindern zu wollen, den von ihm leicht begonnenen Krieg nicht fortzusetzen. Endlich, Oesterreich geht über den Pruth, so wird man den Kaiser doch nicht verhindern wollen, ebenfalls die österreichische Grenze zu passieren und es anzugreifen. Wozu also der Brief Seiner Majestät? ... Edwin Manteuffel war auch nicht zufrieden mit dem Brief des Königs." Der Brief des Königs ging am 8. August ab.

[1]) Manteuffel war im Juni 1854 in diplomatischer Sendung in Petersburg gewesen, um dem Wunsche Preußens für eine Verkürzung und Einschränkung der beiderseitigen Kriegführung Ausdruck zu geben.

[2]) Am 14. Juni 1854 hatte Graf Buol (ohne vorherige Zustimmung Preußens) mit der Pforte einen Vertrag über die gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer geschlossen.

[3]) Baron Bourqueney, französischer Gesandter in Wien.

Digitized by Google

er tut noch mehr, er räumt. — Der Kaiser F. J. erfüllt weder das, was er dem König in Tetschen versprochen hat, noch was sein Kabinett in der die Sommation begleitenden Note in Aussicht stellte, die Neutralität.

Nachdem Gortschakow die Evakuation bereits in Wien angezeigt,[1]) wo also österreichische und deutsche Interessen befriedigt waren, schickt Buol dennoch solche vier Punkte befürwortend hierher, statt sie Bourqueney um die Ohren zu schlagen.[2]) Ja, er schreibt ihm eine Note, worin er ihm sagt, daß Oesterreich nicht separat mit Rußland unterhandeln werde, sofern es diese Punkte nicht als Basis annähme, und spricht sogar von möglicher Beteiligung an dem weiteren Verlauf des Krieges!!! Von des Kaisers F. J. Versprechungen, nicht über den Pruth zu gehen, und von Preußen, das als dummer Junge ganz übersehen wird, ist dabei abermals gar nicht die Rede. So betrügt man uns bei jeder Gelegenheit; wir glauben aber immer ruhig weiter und werden immer doktrinärer, tun dabei natürlich auch, was wir eigentlich nicht tun wollen. Der König schreibt obenein dem Kaiser vom edlen Herzen Franz Josefs, von dessen Liebe und Verehrung für ihn und davon, wie ganz Deutschland als Reserve gegen Rußland stehen wird, wenn dieses sich einfallen lassen sollte, den lieben Nachbar anzugreifen. Abgesehen davon, daß der Kaiser nicht daran denkt und die Fürstentümer räumte, um den Krieg mit Oesterreich und Deutschland zu vermeiden, sagt der König nicht einmal: greift der liebe Nachbar aber dennoch an, dann bleibe ich mindestens neutral. Nein, er stellt bloß die eine Alternative des russischen Angriffs hin und malt ein großes Bild der Zukunft, von einer deutschen Reservearmee, von Revolution, von Selbsterhaltung und dergleichen, wovon teils nicht die Rede ist, und was anderenteils hier nur Mißmut erregen muß. Der Kaiser N. weiß ja schon zehnmal, daß Deutschland den Untergang Oesterreichs nicht zugeben will, ich selbst bestellte ihm das, Budberg und Benkendorff taten ein Gleiches. Wozu einem Mann wie ihm nun wiederholt drohen und nicht einmal in der andern Hand ein Stück Zucker zeigen? Dazu des Ministers telegraphische Depesche hierher, von der ich noch hoffe, daß sie falsch übersetzt ward, sonst wäre es doch zu naiv.

Die vier Punkte kann denn doch Preußen unmöglich unterstützen — wollte man loyal sein, was man in der Politik leider nicht ist, so mußte man sie von Wien nach der Evakuation gar nicht einmal hersenden, geschweige denn von

[1]) Am 7. August 1854.

[2]) Gemeint ist die Note vom 8. August 1854, in der Oesterreich, Frankreich und England u. a. folgende Forderungen an Rußland stellten: Europäische Garantie für die Rechte der Donaufürstentümer anstatt des früheren russischen Protektorats, freie Schiffahrt auf der Donau bis zum Meere, Förderung der Rechte der türkischen Christen in einer mit den Souveränitätsrechten des Sultans vereinbarten Weise. Am 10. August sandte Graf Buol dieses Programm als gemeinsame Forderung der drei Mächte nach Petersburg. Am 18. August empfahl König Friedrich Wilhelm IV. in einem eigenhändigen Briefe dem Zaren die Annahme der Punkte als Ausgangspunkt für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Dem gleichen Zwecke diente eine Depesche des Ministers v. Manteuffel an den Gesandten v. Werther.

Digitized by Google

Berlin, wenn auch mit einigen Bemerkungen, empfehlen, wie es der König eigenhändig zu tun sich veranlaßt sah.

Ach, ich habe wieder schwere Stunden gehabt! Der Kaiser war gegen mich so ausfallend, wie nie zuvor, und obenein gegen mich persönlich, als ich ihm in zwei Diskussionen bewies, daß er in seinen Behauptungen unrecht hatte. Ich habe das wahrlich nicht um ihn verdient. Um des Allgemeinen willen, und weil ich den Kaiser für krank, für recht krank halte, hielt ich stille, so schwer es mir auch wurde, schreibe auch keine Details darüber. — Papa Paul blickt jetzt oft durch.

Gestern war das Regimentsfest von Preobraschenski. Der Kaiser trank bei großer Galatafel die Gesundheit des Regiments und ließ mir durch den Hoffourier sagen: wenn er die Gesundheit dieses Regiments trinke, so meine er im stillen auch jedesmal unser 1. Garderegiment. Das sollte wohl ein Pflaster für mich sein — ich habe den Teufel vor solchen Pflastern, wenn ich vorher moralisch geohrfeigt ward.

Es war gleichzeitig des Kaisers Franz Josef Geburtstag. Der Kaiser trank still mit dem Thronfolger dessen Gesundheit und sagte: „Que le bon Dieu le rend sage!“

Erzähle die beiden Gesundheiten dem Könige.

Ist es wahr, daß Moustier[1]) jetzt in Berlin anfängt, ebenso impertinent zu werden, als es Bloomfield[2]) längst gewesen? Georg Esterhazy hat in Berlin bereits den Minister Manteuffel als einen sehr schwachen Diplomaten bezeichnet! Das könnte allenfalls ein Lob sein, wenn er ihn gleichzeitig als einen verwegenen Stockpreußen bezeichnet hätte.

Täuscht mich nicht alles, so sind wir in Berlin wieder auf einem Wendepunkt angekommen, ich zittere bei allen solchen Krisen, trotzdem die Ehre den Weg hier so genau vorschreibt, daß er eigentlich gar nicht zu verfehlen ist.

Esterhazy spricht hier auch bereits von Garantien, die Rußland geben solle! Worin könnten die anders bestehen als in der Schleifung Sebastopols und in der Fixierung der dortigen Flotte auf ein Minimum? Niederträchtig! Man mag den Bogen nicht zu straff spannen, denn verliert man hier nicht den Kopf, so ist die innere Widerstandsfähigkeit derartig, daß die Westmächte und auch Oesterreich zuletzt doch darüber erlahmen möchten, namentlich, wenn die Revolution erst mit ins Feld zieht. Gott befohlen! Berta und Elise sind wohl und grüßen. Wie immer.

Laß Dir meine Briefe an Gerlach zeigen!

*

Der nachfolgende Brief Münsters ist an den General v. Gerlach gerichtet. Manteuffel erhielt jedenfalls durch diesen Kenntnis von dem Briefe und las ihn, laut Vermerk, in Putbus am 1. September 1854 dem Könige teilweise vor.

---

[1]) Marquis Moustier, französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Lord Bloomfield, englischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

Peterhof, den 25. August 1854.

Euer Exzellenz

wollen aus dem anliegenden Schreiben an des Königs Majestät ersehen, wie der Kaiser und der Thronfolger über die Lage der Dinge denken, namentlich aber über die letzte Berliner Demarche hinsichtlich der Annahme der vier Punkte.

Werther und ich waren gleich erstaunt über das hierher gestellte Verlangen, namentlich aber darüber, wie es geschah. Ob Preußen überhaupt gut daran getan hat, sich in diese ganze Frage jetzt schon einzumischen, will ich dahingestellt sein lassen. Sicherlich aber ist die Art und Weise, wie es geschehen, weder eine zeitgemäße noch eine taktvolle. Wenn Preußen auch keine positive Verbindlichkeit bisher (?) weder gegen die Westmächte noch gegen Oesterreich eingegangen ist, so dürfte die warme Befürwortung der vier Punkte dennoch eine solche nach sich ziehen müssen. Wozu aber und was dann?

Die französische Depesche sagt unter anderm: „D'ordre du Roi, je vous invite, Monsieur le Baron, à appuyer de tous vos efforts cette démarche de la cour d'Autriche!“[1]) Ist es denn möglich, daß man in Berlin das Verfahren Oesterreichs überhaupt noch billigen und somit sich daran in dieser Weise beteiligen kann? Die Richtung Oesterreichs bleibt, trotz der Evakuation der Donaufürstentümer, eine feindliche; das liegt nicht allein im Benehmen Buols, sondern noch vielmehr darin, daß Oesterreich seines Kaisers früher hierher und dann dem König in Tetschen gegebene Versicherungen der Neutralität gar nicht erfüllt. Ich erlaubte mir, Euer Exzellenz bereits in früheren Briefen auf die immer weitergehende Sprache des hiesigen österreichischen Gesandten aufmerksam zu machen. Der König beabsichtigte durch E. Manteuffels Sendung doch vorzugsweise es dahin zu bringen, erstens die Westmächte zur Aufdeckung ihrer Hintergedanken zu bringen und zweitens dadurch Oesterreich von ihnen zu trennen. Die Reden des Kaisers F. J. in Tetschen berechtigten allerdings zu zu dieser Hoffnung.

Jetzt nun hat der „Moniteur“ gesprochen. — Oesterreich hat, trotzdem seine Forderungen bewilligt und somit seine und die deutschen (?) Interessen befriedigt sind, nicht Wort gehalten, sondern handelt wiederum gemeinschaftlich mit den Westmächten in einer für Rußland mehr als verletzenden Weise, da es, wie der Kaiser auch sehr richtig bemerkt, von dem offiziellen Aktenstück des „Moniteur“ hierher nicht einmal Erwähnung tut.[2])

---

[1]) Wortlaut der vom Minister v. Manteuffel am 13. August 1854 an den Gesandten v. Werther gerichteten Depesche s. Denkwürdigkeiten des Ministers v. Manteuffel, Bd. II, S. 448 ff.

[2]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 194) am 11. August: „Im ‚Moniteur‘ wird die Offensiv- und Defensivallianz mit Oesterreich ausposaunt, während die österreichische Depesche ganz zahm ist, aber allerdings von den neuen, den Protokollen entgegenstehenden Friedensbasen spricht. Während der ‚Moniteur‘ triumphiert, daß die Tripelallianz abgeschlossen, sagen die Wiener Zeitungen, alle nach dem Osten marschierenden österreichischen Truppen hätten Befehl erhalten, zu halten. Spielt Oesterreich mit uns ein

Digitized by Google

Trotzdem heißt es weiter in jener Berliner Depesche: „Sa Majesté ne saurait y trouver des bases incompatibles avec ce que son Auguste Beaufrère s'est déjà déclaré prêt à admettre comme point de départ d'un arrangement pacifique." — Wo bleibt aber bei dieser Argumentation die anglo-französische Arrière-pensée, die bei den beginnen sollenden Unterhandlungen um deshalb von hier aus nicht übersehen werden kann, da sie ein offizielles Organ ohne weiteres publiziert? Unter andern Umständen würde man hier über die Dinge haben sprechen können. Sobald aber das Prinzip der Machtverringerung Rußlands und das Aufstellen späterer Bedingungen je nach den Kriegserfolgen, wenn auch nicht von Oesterreich, so doch von Frankreich ausgesprochen ward und Oesterreich als Vermittler es nicht einmal für sich desavouierte, so konnte man hier nicht darauf eingehen. Abgesehen davon, daß die Argumentation der preußischen Depesche überhaupt eine wenig hinreißende und überzeugende ist, so verlangt man in Punkt 1 doch immer die Abtretung eines Rechtes, an dem russisches Blut und konfessionelle Tendenzen kleben. Wenn Rußland dem Nachbarstaat Oesterreich durch Graf Orlow damals das Mitprotektorat über die Donauländer anbieten ließ, so war das freiwillig und Oesterreich der befreundete Nachbar, dem Rußland eine Garantie geben wollte. Jetzt aber befindet sich Rußland durchaus nicht in der Lage, Konzessionen machen zu müssen; es bleibt nichts weniger als friedliebend, ihm eine derartige Proposition zu machen, die gleichfalls nach Machtverringerung schmeckt. Was haben auch Franzosen, Engländer und Preußen in den Donauländern zu suchen, abgesehen davon, daß diese gemeinsamen Protektorate obenein den Stempel des Unpraktischen tragen, weil sie zu weitläufig?

Die ganze Depesche atmet Parteinahme gegen hier, nachdem eben noch mehr von hier aus geschehen, als wir selbst verlangt haben. Das aber muß erbittern. Die Befürwortung schließt bei loyalem Benehmen eines Kabinetts doch auch die Billigung ein, die Billigung aber wieder die Verpflichtung den gleichgesinnten Kabinetten gegenüber. Es fehlt bloß noch die Konferenz und das bindende Protokoll.

Rußland will nun durch rundes Abweisen zeigen, daß es sich eben nicht in der Lage befindet, irgend Konzessionen machen zu müssen, es will den Schluß der Kampagne abwarten, vom langen Winter profitieren und dann weiterreden. Lasse man sich also in Berlin ja nicht täuschen und binde sich vor allem nicht gegen hier, weil man später auch hier von selbst wieder auf manches Annehmbare zurückkommen wird.

Der Kanzler sagte mir: „Ich bedaure diese Expedition aus Berlin sehr. Es wäre viel einfacher und praktischer gewesen, wenn Manteuffel statt dieser

falsches Spiel? Das ist sehr unwahrscheinlich. Ist Buol ein Verräter, der nur von seinem Kaiser aufgehalten wird? Alles das ist unklar. Soviel steht fest, daß Oesterreich sich bei dieser Gelegenheit eine feste Stellung im Orient schaffen will und daher mit den Westmächten geht, soweit diese ihm dazu helfen können."

Digitized by Google

langen, nicht stichhaltigen Erörterung kurz geschrieben hätte: ‚Hier habt ihr die vier Punkte. Nach dem, was der Moniteur gesprochen hat, können wir sie nicht mehr befürworten, wenn es uns auch lieb wäre, wenn ihr etwas damit machen könntet.‘ — Besser aber, fügte der Alte hinzu, wäre es gewesen, Preußen hätte sich jetzt gar nicht damit befaßt."

Die Depesche an Werther, d. d. 13. August, entschuldigt Buol, „daß der Schritt bereits so weit vorbereitet und festgestellt war, daß er nicht für zulässig hielt, zurückzutreten". — Wie kann man nur so etwas schreiben? Oesterreichs Forderungen waren bewilligt, seine Interessen befriedigt — als ob das nicht genügend gewesen wäre, der Angelegenheit mit Bourqueney keine weitere Folge zu geben, zumal da des eignen Kaisers Versprechungen für solch einen Fall Oesterreichs Neutralität in Aussicht gestellt hatten.

Mit solchen Entschuldigungen diskreditiert sich der Entschuldigende selbst am meisten.

Endlich sucht eine Depesche vom 11. August die Tragweite des Moniteurartikels und des österreichisch-französisch-englischen Notenwechsels zu schwächen (wobei man Preußen ganz links liegen ließ), sie unterstützt die vier Punkte, um „einmütiges Zusammengehen (bis wohin denn eigentlich? — ich sollte glauben, wir wären schon über die Grenze des Möglichen und Weisen längst hinaus) mit Oesterreich zu konstatieren und den Beweis zu liefern, daß es auch in sachlicher Beziehung in der Absicht Preußens liege, sich der Auffassung der Westmächte in geeigneter (?) Weise tunlichst anzuschließen. Dies zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Kenntnis, und um unfreiwilligen (!) Entstellungen, an denen es nicht fehlen wird, entgegenzutreten." —

Dies nebst den andern Depeschen durch die Post!!!

Den Kanzler habe ich dringend gebeten, nach Berlin möglichst mild zu antworten und etwas eingehend, warum man auf die vier Punkte nicht eingehen könnte; hoffentlich erfüllt er sein Versprechen.[1]) — Dabei ist und bleibt aber hier die wahre Absicht die: durch Abwarten und den Winter zu gewinnen. Wird das aber das bankrotte Oesterreich nicht mit Gewalt in die Offensive treiben?

So will es mir — verzeihen Euer Exzellenz die ewige Wiederholung — notwendiger denn je erscheinen, die 20. April-Konvention umzustoßen oder wesentlich zu verändern, vor allem aber Buol zu stürzen.

Euer Exzellenz bitte ich dringend, diesen Brief als rein vertraulich zu betrachten, um Sie über die hiesige Situation au courant zu erhalten. Ich mag mich in die Depeschenfrage nicht mischen, muß das W. überlassen, möchte also auch nicht, daß etwas darüber wieder durchs Ministerium zu ihm zurückgelangte.

---

[1]) Am 26. August lehnte Rußland die Annahme der vier Punkte ab.

Digitized by Google

Nachschrift

Den 26.

Gestern bekam der Kaiser den abermaligen Brief des Königs, nachdem er eben seine Antwort geschlossen hatte. Er wird noch ein Postskriptum machen und war milder als in der letzten Zeit. Da ich jetzt weiß, daß der Kaiser selbst geschrieben hat, so stelle ich ganz gehorsamst anheim, ob Euer Exzellenz es für geeignet halten, nun auch noch meinen Brief an den König abzugeben. Euer Exzellenz Schreiben (ohne Datum) erhielt ich durch denselben Feldjäger, ich sage meinen verbindlichsten Dank für diese, mich über Preußens Haltung beruhigenden Nachrichten. Ich höre, daß Bernstorff[1]) beschwört, sich nicht von Oesterreich zu trennen — recht schön in der Theorie. Vergißt der gute Mann aber auch nicht, daß Preußen eine Ehre hat, daß Rußland getan, was Preußen verlangt hat, daß kein vernünftiger Grund vorliegt, weiter gegen dasselbe aufzutreten, daß Rußland nicht allein der Revolution gegenüber, sondern doch immer unser einziger sicherer Anlehnungspunkt bleibt, und daß, wenn man unsre Neutralität nicht respektieren will, es ein Krieg ehrenvoller Notwehr ist? Einen solchen braucht man aber, so traurig er auch ist, nicht zu fürchten — man muß ihn annehmen, wenn er nicht zu vermeiden. Denn die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates müssen einmal ihr Recht behalten, wenn er geachtet sein will. Geht er darüber zugrunde, nun so ist es Gottes Wille. Das Einrücken der Oesterreicher in die Fürstentümer ist hier kein Casus belli.

Gestern war Graf Esterhazy bei mir hier. Er bemühte sich vergebens, mir Entschuldigungen wegen des Grafen Buols Benehmen vorzubringen, beteuerte aber, daß man in Wien nun gar nicht mehr daran denke, Rußland anzugreifen, denn das wäre ja ein Unsinn! Man sei froh, nun aus der Geschichte heraus zu sein.

Ich erwiderte ihm, daß das momentan wohl die Auffassung in Wien sein möge, daß aber diese neuen Engagements mit den Westmächten Oesterreich leicht ganz andre Wege führen könnten. Wenn außerdem die Krisis noch lange dauere, so werde Oesterreich leicht durch finanzielle Verlegenheiten gezwungen werden, mit Gewalt zur Beendigung der ihm unerträglichen Krisis schreiten zu müssen. Graf Esterhazy verstummte, suchte die Konversation auf ein andres Feld zu bringen und war so verlegen, daß ich sah, wie ich den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Esterhazy sagte auch ganz offen, daß von dem Status quo ante keine Rede mehr sein könne! Warum nicht das Protektorat einer neutralen Macht in den Donaufürstentümern, d. h. Oesterreichs? — Nun glaubt doch auch der König wohl an die Unaufrichtigkeit Oesterreichs. Er sollte doch den Kaiser F. J. geradezu bitten, Buol zu beseitigen! —

Ich fuhr fort und sagte Esterhazy ganz offen heraus, daß der letzte Schritt seines Kabinetts nicht allein mit dem in Widerspruch stehe, was er selbst mir hier noch vor vier Wochen gesagt und was er sogar dem Kanzler in Aussicht

[1]) Graf Bernstorff, preußischer Gesandter in London, früher in Wien.

Digitized by Google

gestellt habe, ja was sein eigner Herr und Kaiser versprochen habe, nämlich die Neutralität gegen die Evakuation. Graf Esterhazy vermochte keine stichhaltige Entschuldigung mehr vorzubringen, aß bei mir und fuhr dann ganz verstimmt nach der Stadt, nachdem er naiv genug gewesen, mich noch zu fragen, wie jetzt bei Hofe die Stimmung gegen Oesterreich sei. —

Wir müssen jetzt eine möglichst unabhängige Stellung ganz offen annehmen und ruhig den Winter abwarten, um zu sehen, was der Schluß der Kampagne und was Spanien für Resultate liefern.

Verzeihen mir Euer Exzellenz gütigst diese vielen langen, breiten Briefe, es ist in dieser Entfernung so schwer, kurz und bündig zu schreiben. Vielleicht hat mich auch des seligen Rochows Schreibdiarrhöe angesteckt. Tausend Grüße an Manteuffel und Niebuhr. Euer Exzellenz ganz gehorsamster usw.

Nachschrift

In des Kaisers Brief liegt auch noch ein andrer ostensibler (für den Kaiser F. Josef), den der Kanzler gemacht hat. Er enthält die Stelle: „Je n'attaquerai pas l'Autriche."

Benkendorff muß ich noch das Zeugnis geben, daß er sich redlich abgemüht hat, des Königs guten Willen und korrekte Ansichten zur Geltung zu bringen. Leider ist die Anerkennung wohl nicht so bedeutend, wie B. es sich wohl selbst einbildet und wie er es somit in Putbus wird glauben machen wollen. Von Hause aus, als noch niemand hier etwas davon hören wollte, sprach er laut für die Evakuation, mit ihm Liewen, Grünwald und Orloff. Er bringt auch wohl einige unklare Projekte für die Zukunft mit, wo ich raten möchte, ihn festzuhalten und zu deutlicher Aussprache zu zwingen.[1])

---

[1]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten Bd. II S. 210) am 27. August: „Benkendorff angekommen mit Depeschen und vier Briefen von Münster an mich, die ich alle Edwin Manteuffel übergab! In Petersburg weist man die vier Punkte ab, schon wegen der Form und wegen der Arrière-pensées. Unsre Empfehlung derselben hat man sehr übel genommen, obschon, wie ich Benkendorff sagte, wir weder die Form gebilligt noch die Arrière-pensées gehabt hätten.... Das wesentlichste, was er mitgebracht, ist die Erklärung des Kaisers: je n'attaquerai pas l'Autriche, mit der einzigen Ausnahme, um eine Diversion zu unsren Gunsten zu machen."

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Grenzschutz

Von

Generalleutnant z. D. v. Zwehl

Bei mehreren der jüngsten Kriege drängte sich die Beobachtung auf, daß gleichzeitig mit, ja vor der Kriegserklärung ein wichtiger Angriff zur See unternommen, die eine Partei fast unvorbereitet, wie im tiefen Frieden, in Niederlagen verwickelt wurde. Die Japaner konnten gleichzeitig mit der Eröffnung des Kriegszustandes bei Port Arthur einen bedeutungsvollen Seesieg erringen, und die Italiener haben bei ihrem Angriff auf Tripolis den Türken, noch ehe diese irgendwelche Gegenmaßregeln treffen konnten, mehrere Schiffe weggenommen oder vernichtet. Wenn die Schädigung der Türken nicht größer war, so lag dies zum Teil an nicht völlig bekannten Zufälligkeiten, außerdem aber daran, daß die Türken nur sehr wenig schwimmende Streitkräfte hatten, und daß die Italiener, in Tripolis gelandet, durch Schwierigkeiten des Kriegsschauplatzes usw. zu einem schleppenden Verfahren sich veranlaßt sahen. Außerdem reichten vermutlich die eignen Kriegsvorbereitungen zur Ueberwindung verschiedener Hemmnisse nicht aus. — Im jüngsten Balkankriege entstand nach der Eröffnung unbedeutender Feindseligkeiten eine mehrwöchige, von beiden Parteien wenig benutzte Pause, die aber in der mangelhaften Vorbereitung der Türken und ihrer Passivität einerseits, in den dürftigen Verkehrsverhältnissen im Gebiete der Serben und Bulgaren anderseits genügende Erklärung findet. — In England ist man nach gelegentlichen Aeußerungen der Presse von der Notwendigkeit durchdrungen, spätestens gleichzeitig mit der Kriegserklärung und ehe die deutsche Flotte gefechtsbereit sein kann, ihr einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Inwieweit dies möglich, wie sich Deutschland in militärisch-technischem Sinn dagegen schützen soll und kann, steht dahin. — Das sicherste Mittel bleibt, daß die deutsche Politik nicht von den Ereignissen getragen wird, sondern sie beherrscht und bestimmt. Aber auch wenn dies möglich, verlangen nicht nur die Schnelligkeit, mit der maritime Streitkräfte in Tätigkeit treten, sondern auch die Vorbereitungen für die Kriegsbereitschaft der Heere besondere Maßnahmen zum Schutz gegen Ueberraschungen bei Beginn der Feindseligkeiten, und zwar um so vielseitigere, je weniger die Staatskunst den Gang der Ereignisse zu bestimmen imstande ist. — Die innere Kraft, welche der Vorhand, der Initiative, innewohnt, macht sich nicht nur auf militärischem, sondern gleichermaßen auf politischem Gebiet geltend. Es war eine besondere Stärke der auswärtigen Politik König Wilhelms I. und seines Ministerpräsidenten, daß sie ganz bestimmte Ziele klar ins Auge fassen und angriffsweise verfolgen konnten: Erwerbung Schleswig-Holsteins, Entfernung Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde, Abrechnung mit Frankreich im geeignet erscheinenden Zeitpunkte und Einigung aller deutschen Stämme unter Preußens Vormacht. — Nachdem diese Ziele erreicht, ist Deutschland — wenn

Digitized by Google

man von seiner bescheidenen Kolonialpolitik absieht — auf eine mehr zuwartende Haltung angewiesen. Unser Bundesverhältnis zu Oesterreich wird uns wahrscheinlich zu einer ähnlichen Rolle verurteilen. Den friedlichen Neigungen Deutschlands und seiner Staatsleitung entsprechend sind wir mehr auf Erhaltung des Erworbenen, den inneren Ausbau unsers Staatswesens, die friedliche Fortentwicklung unsrer wirtschaftlichen Macht hingewiesen. — Sehr oft ist die Umschreibung des Begriffes „Krieg" nach dem Worte Clausewitz' angeführt, er sei die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Auch für Deutschland trifft dies zu: die Politik überweist der Heeresleitung die Aufgabe, im Kriegsfalle zunächst sich damit abzufinden, daß dem Gegner die Vorhand zufällt, daß nicht der deutschen Heeresleitung die Bestimmung des Zeitpunktes für die ersten Waffentaten überlassen sein wird, sondern denjenigen Mächten, die das deutsche Aufblühen und Erstarken mit scheelem Blick verfolgen und den Frankfurter Frieden noch immer nicht als etwas Endgültiges gelten lassen wollen. — Möglich war es bis jetzt, daß eine sorgsam vorbereitete Ueberführung der Truppen vom Friedens- auf den Kriegsfuß, ein glatt verlaufender Aufmarsch, ohne Zwischenfälle auf den Eisenbahnen, den Vorsprung wieder ausgleichen würden, welcher dem Gegner vielleicht zufiele. Dies hing aber von den verschiedensten, nicht zu berechnenden Zufälligkeiten ab, auch vom Verhalten des Gegners, das wechselvoll war, zwang also zu einem planmäßigen Grenzschutz, bei dessen Entwicklung Deutschland wiederum den Maßnahmen seiner westlichen und östlichen Nachbarn folgen mußte.

Frankreich hatte nach dem Kriege 1871 bald mit einer umfassenden Befestigung seiner Ostgrenze begonnen, aber weniger unter dem Gesichtspunkte eines Verteidigungskrieges gegen Deutschland als zum Zwecke einer Sicherung im Falle von Rückschlägen. Die zum Teil vor die Befestigungslinien vorgeschobenen starken Friedensstandorte, mehr noch die nationalen Eigentümlichkeiten der Bevölkerung machen es wahrscheinlich, daß die Heeresleitung Frankreichs von einem etwa bei der ersten Bereitstellung der Truppen gewonnenen Vorsprung durch frühzeitige und überraschende Vorstöße Vorteil zu ziehen versuchen wird. Daß die Theorie diese Unternehmungen als wenig empfehlenswert verurteilt, ist unerheblich; ein kleiner Augenblickserfolg kann auf die leicht entzündliche französische Bevölkerung von großem Einfluß sein.

Noch bedrohlicher erschien von Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an die Aufstellung der russischen Streitkräfte an der Ostgrenze Deutschlands. Die russische Politik hat, wohl nicht immer zum eignen Vorteil, die an sich ganz fehlenden Rivalitäten zwischen Deutschland und dem Zarenreiche mehr künstlich herausgebildet und eine deutschfeindliche Presse alles getan, um die Reibungsflächen zu vermehren. Bismarckischer Staatskunst, dem Ansehen und der Zuverlässigkeit König Wilhelms gelang es aber trotzdem, mit Rußland ein Bündnis aufrechtzuerhalten, das die Rückversicherung im Kriegsfalle mit Frankreich darstellte. Als aber dieses Bündnis aufhörte, hat Rußland umfassende Truppenverstärkungen in Russisch-Polen und an der ostpreußischen Grenze

Digitized by Google

friedensmäßig untergebracht. Für die Ausbildung, die Erhaltung des inneren Wertes der Truppe mag die Unterbringung in den kleinsten polnischen Städtchen, ja elenden Dörfern sehr nachteilig gewesen sein, und man war wohl zu der Annahme berechtigt, so ungünstige Verhältnisse könnten nicht von Dauer sein, sie würden nur vorübergehend zu der nahe bevorstehenden Zweckbestimmung hingenommen. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Es entspricht russischer Eigenart, über manche Ausbildungs- und Unterkunftsmängel hinwegzusehen. Aber der Schluß liegt nahe, daß auf den Schlachtfeldern in der Mandschurei manches von dem geerntet wurde, was die russische Sorglosigkeit in Jahren vorher auch an der Westgrenze des Zarenreiches gesät hat. — Ueber die wirkliche Leistungsfähigkeit der in den russischen Westgouvernements untergebrachten Truppen, die zu einem Vorstoß nach Preußen bestimmt schienen, waren Zweifel wohl berechtigt. Aber die Gefahr, daß vorzeitig die deutsche Mobilmachung und der Aufmarsch gestört würden, lag so nahe, beides wäre so folgenschwer gewesen, daß man sie auf Grund ganz allgemeiner, kaum durch Tatsachen zu stützender Beweise unmöglich übersehen durfte. Die übrigens den Russen zugeschriebene Absicht — auch in der französischen Fachlitteratur begegnet man noch heute solchen Auffassungen —, sie würden durch einen Vorstoß längs der unteren Weichsel nach Norden die Provinz Ostpreußen und einen Teil Westpreußens von der Verbindung mit dem Reiche im Handumdrehen abschneiden können, darf man wohl als eine mehr komische Phantasterei ausschalten, da sie mit einer gänzlichen und andauernden Untätigkeit Deutschlands rechnet.

Die auf Grund dieser allgemeinen Lage von Deutschland kurz vor oder mit Eintritt des Kriegszustandes geplanten Abwehrmaßregeln sind weder bekannt noch würden sie sich zur Erörterung eignen. Dagegen kommt die Betrachtung einiger allgemeiner Gesichtspunkte in Frage, unter ähnlicher Annahme, wie sie der General v. Verdy, der hochverehrte Lehrmeister auf dem Gebiete der Studien nach aplikatorischer Methode, angestellt hat. Die Frage ist vielseitig, auch in einem Zeitraum von anderthalb Jahrzehnten der Wandlung unterworfen, eine Gefahr der Wiederholung liegt also kaum vor.

Die alten Römer haben außer den verschiedensten andern Grenzbefestigungen einen mächtigen Grenzwall, den Limes, zum Schutz gegen Einfälle der kriegstüchtigen alten Germanen errichtet. Von Gröningen am Mittelrhein bis an die Donau war er gleichzeitig Befestigung und Straße, seine Herstellung nur mit der billigen Arbeitskraft der Sklaven und durch den unumschränkten römischen Imperatorenwillen möglich. Aehnliches läßt sich von der Chinesischen Mauer sagen. Oesterreich unterhielt eine Reihe von Jahrhunderten die Militärgrenze mit einzelnen Stützpunkten für die örtliche Verteidigung gegen die vormals noch angriffslustigeren Türken. Bei Deutschland handelt es sich unter den Verhältnissen seiner heutigen Wehrverfassung und seinen modernen Kriegsvorbereitungen nicht mehr um einen eigentlichen Grenzschutz, d. h. eine unbedingte Sicherung seines Landgebiets, sondern um die Deckung bestimmter Anlagen, die wieder bestimmten Zwecken dienen. Deshalb wurde von einer zusammenhängenden Grenz-

Digitized by Google

befestigung abgesehen. Lagerfestungen dienen weniger dem eigentlichen Grenzschutz als vielmehr den großen Operationen. Im besonderen aber verlangen die Ausschiffungspunkte der mit den Eisenbahnen herangeführten Truppen, die leicht verwundbaren andern Kunstbauten der Aufmarschlinien besonderen Schutz, ebenso fordern die Sammlung und der Transport von Pferden, kostbares Staats- und Privateigentum, Gestüte, Bergwerke Sicherung selbst gegen vorübergehende Schädigung, möglichst schon gegen Bedrohung. Diesen allgemeinen Aufgaben schon durch die Friedensunterbringung gerecht zu werden, ist nicht immer möglich, zudem wechseln die entscheidenden Rücksichten oft rasch. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit, die Grenzschutzmaßregeln rechtzeitig, nicht zu spät, aber auch nicht zu früh, ins Werk zu setzen. Je mehr die Politik auf eine zuwartende Haltung hingewiesen, von dem Gegner das Gesetz anzunehmen gezwungen ist, um so schwieriger ist der richtige Augenblick hierfür zu finden: zu früh, bewirkt der Befehl eine unerwünschte Beunruhigung, bietet dem Gegner den Vorwand, ihn als berechtigten Kriegsfall hinzustellen, während das Odium hierfür vielleicht um jeden Preis dem Gegner zugeschoben werden soll; zu spät, kann die ganze Anordnung wertlos werden, einem tatkräftigen Gegner die Gelegenheit zu den empfindlichsten Schädigungen geben, denen gerade vorgebeugt werden sollte. Ein gut vorbereitetes Nachrichtenwesen, das die Stimmung und die Absichten des Gegners mit feinem Instinkt einschätzt, ist erforderlich, um die gegnerischen Kriegsvorbereitungen zu verfolgen, damit man diesen nötigenfalls schrittweise zu folgen imstande ist, aber nicht durch die Ereignisse überrascht wird. Je mehr die politische Leitung des Staates Zurückhaltung um jeden Preis bewahren will oder muß, um so lebhafter wird die Heeresleitung und deren Organe oder Gehilfen die militärisch nötigen Grenzschutzmaßregeln befürworten und auf ihre Durchführung dringen müssen. Auch hier kann nur ungetrübter klarer Blick, sicheres Urteil die richtige Mitte zwischen Schwarzseherei und bedenklicher Leichtfertigkeit finden. Reibungen zwischen der diplomatischen und der militärischen Leitung sind in jedem Kriege unvermeidlich, je wechselvoller der Krieg ist, um so mehr werden Meinungsverschiedenheiten hervortreten, die der Entscheidung bedürfen; schon vor Beginn der Feindseligkeiten werden sie sich bemerkbar machen, wenn es sich um Grenzschußmaßregeln handelt. Je weniger Truppenverschiebungen, Entsendung von Abteilungen, Verstärkung oder Aufstellung von Wachen nötig werden in Zeiten politischer Spannung, je mehr man „bereit" ist, um so besser.

An unsrer Westgrenze sind die Verhältnisse bei einer verhältnismäßig kurzen Grenze mit großen Waffenplätzen und ihrem direkten und mittelbaren Wirkungsbereich, mit dem natürlichen, nur auf einer beschränkten Zahl von Straßen zu überschreitenden Gebirgshindernis einfach, nachdem eine größere Zahl kleiner Grenzgarnisonen errichtet, aus denen die zu deckenden Kunstbauten schnell zu erreichen sind. Der im Frieden lebhafte Grenzverkehr wird allerdings schon in Zeiten politischer Spannung zurückgehen und mehr zum Nutzen unsres Nachbarn als zum eignen dienen. Man muß damit rechnen, daß sich im Reichs-

Digitized by Google

lande manche Personen finden, die mehr bereit sind, Frankreich als Deutschland nützlich zu sein, daß die große Zahl von französischen Grenzbeamten, das Forstpersonal, die Waldhüter und Gendarmen sowohl zur Grenzabsperrung als zur Einbringung von Nachrichten ihrem Lande gute Dienste leisten werden. Für derartige Organisationen und Kleinarbeit hat man in Frankreich stets volles Verständnis gehabt.

Erheblich schwieriger liegen die Dinge aber an unsrer langen Ostgrenze mit ihren starken Krümmungen und Windungen. Rußland hat zwar in den letzten Jahren, namentlich vor und nach dem mandschurischen Feldzuge, seine Grenztruppen vorübergehend geschwächt, die Befestigungen scheinen teilweise veraltet, wenn nicht verfallen, die Geschützausrüstung nicht überall modern — kurz manches deutete bis vor kurzem darauf, daß die Angriffshaltung gegen Deutschland weniger bedrohlich schien. Wie sich in der neuesten Zeit die Dinge gestaltet haben, ist bei der strengen Ueberwachung der Grenze wie der Presse im einzelnen nicht zu beurteilen. Die starke russische Kavallerie mit genügender Artillerie, dazu Schützenbrigaden dicht an der deutschen Grenze untergebracht, ist eine klar erkennbare Bedrohung Deutschlands, sie gleicht einem friedensmäßigen Aufmarsch für den Krieg. Vielfach ist allerdings diese Bedrohung überschätzt worden, auch von sonst einsichtsvollen Männern unter dem Druck der ihnen zufallenden Verantwortung, den feindlichen überraschenden Einfall mit allen seinen Folgen abzuwehren.

Wenn man aber an der Hand der Kriegsgeschichte die Streifzüge selbständiger Kavallerie prüft, wenn man die Tätigkeit der zahlenmäßig stark überlegenen russischen Kavallerie im besonderen im mandschurischen Feldzuge genauer betrachtet, so sieht man, daß diese rücksichtslosen Todesritte sich nur in der Phantasie abspiegeln. Weit ausgreifende Streifzüge setzen eine so ungewöhnliche Leistungsfähigkeit aller Führer wie der Truppe voraus, daß sie sich in die Wirklichkeit noch nicht übertragen ließen. Sie sind mehr eine Theorie des langen Friedens, auf der Karte konstruiert, aus Verhältnissen abgeleitet, die weder mit unsern Wege- und Bebauungs- noch unsern Wehrverhältnissen und allgemeinen Kriegsvorbereitungen sich vereinbaren lassen. Phantastische Auffassungen über die möglichen Leistungen der Kavallerie im Gefecht zu Fuß und zu Pferde haben dann auf fast komische Irrwege geführt, die nur deshalb ein militärisches Publikum fanden, weil sie mit der genügenden Sicherheit vertreten wurden.

Aber wenn man auch den Gedanken von sich weist, daß die russische Kavallerie unsre Grenzprovinzen, modernen Hunnen- oder Mongolenhorden vergleichbar, überschwemmen könnte, so ist doch ihre Ueberlegenheit, namentlich im Falle gleichzeitiger andrer Verwicklungen, groß und bedrohlich, um so mehr als die Gefahr einer Ueberraschung von Osten her näher liegt. Rußland besitzt in seiner starken Grenzwache ein sehr bequemes Mittel der Grenzabsperrung. Mit den Paßplackereien, der strengen Zensur seiner Presse kann es den Ausgang von Nachrichten besser unterbinden, wie irgendein andrer Staat. Schon der Beginn derartiger Maßnahmen des Grenzverkehrs müßte uns mißtrauisch machen, nament-

Digitized by Google

lich wenn es sich gleichzeitig um politische Meinungsverschiedenheiten handeln würde, und zu entsprechenden Gegenmaßregeln veranlassen.

Bei Auswahl der zu deckenden Punkte sollte weise Beschränkung und Maßhalten voranstehen, wichtige Objekte müssen aber auch ausgiebig geschützt werden. Zusammenfassen der Grenzschutzabteilungen in Gruppen unter gemeinsamen Oberbefehl, denen ein aktiver Schutz durch Aufsuchen und Schlagen des in bedrohlicher Nähe erscheinenden Gegners zufällt, wird meist sicherer zum Ziele führen als eine Zersplitterung der Truppen in ein theoretisch schon überall verurteiltes Kordonsystem, das an keiner Stelle den feindlichen Willen brechen kann, von seinen Maßnahmen abhängig wird und an den Entscheidungspunkten verspätet eintrifft. Daneben wird in allen Fällen, wo es sich um die Sicherung von Eisenbahnlinien, Kanälen, Kunstbauten usw. handelt, eine schwächere örtliche Sicherung nicht zu entbehren sein, genügend stark, um feindliche Patrouillen abzuwehren. Dadurch erhalten die stärkeren Grenzschutzabteilungen größere Bewegungsfreiheit und sind ihrerseits in der Lage, eine aktive Verteidigung zu führen. — Inwieweit es nämlich möglich ist, Eisenbahnen, die der Einwirkung, und mag sie noch so gering sein, von feindlichen Patrouillen ausgesetzt sind, in regelmäßigem Plane zu benutzen, ist praktisch noch nicht erprobt, hängt auch wohl von den verschiedensten, schwer zu umschreibenden Nebenumständen ab, von der Tatkraft der feindlichen Kavallerie wie den technischen Eigentümlichkeiten der zu befahrenden Strecke. Sicher ist, daß die Nachrichten über das Erscheinen des Feindes in stark übertriebener Form, aufgebauscht zur Kenntnis des Betriebspersonals kommen und dieses einschüchtern, um sein Leben besorgt machen werden.

Klarheit der Aufträge für die einzelnen Sicherungsabteilungen, Durchsichtigkeit der Zuständigkeits- und der Befehlsverhältnisse sind von Bedeutung. Wenn in einem langen Frieden die für den Grenzschutz vorhandenen Kriegsvorbereitungen von Jahr zu Jahr ergänzt, überarbeitet, wieder abgeändert, einer neuen Friedensunterbringung angepaßt, auf neue Sicherungsobjekte erweitert werden, entstehen häufig Unklarheiten, ein System von Vorschriften, Anweisungen, Ratschlägen, welche die gesunde Entschlußkraft, den Unternehmungsgeist, das Verantwortungsgefühl in den Hintergrund drängen. Und doch sind es diese Führereigenschaften, welche die Lösung schwieriger Aufgaben allein ermöglichen.

Spätestens mit dem Beginn des Kriegszustandes ist die Absperrung der Grenze nötig, um Nachrichtenübermittlung aus dem eignen Lande zum Gegner zu verhindern; nicht immer wird die Besetzung der Wege dazu ausreichen. Daß die telegraphische Verbindung unmittelbar über die Grenze unterbrochen werden muß, ist selbstverständlich, schwieriger und nur von zentraler Stelle aus möglich ist es auch, die Verbindung über das neutrale Ausland und auf weitem Umwege zu unterbinden. Die Luftschiffahrt und die Fliegerkunst haben neue, noch in der Weiterentwicklung befindliche Aufgaben sowohl für die Abwehr der Erkundungen, der Ermittlung von Nachrichten als von ihrer Einbringung im eignen Interesse geschaffen.

Digitized by Google

Regelung der Unterkunft, namentlich für Winter und schlechtes Wetter, Bereitstellung ausgiebiger Verpflegung, Kranken- und Verwundetenversorgung können unter den in Frage kommenden Kriegslagen kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Besonders wichtig ist die Regelung des Munitionsnachschubes, um alle Grenzschutztruppen von jeder unangebrachten Sparsamkeit in dieser Hinsicht frei zu machen. Auch auf einzelne Reiter und Flugzeuge muß unbedenklich ein starkes Feuer eröffnet werden können, selbst wenn die Treffwahrscheinlichkeit sehr gering sein sollte.

Besondere Ueberlegung, allerdings erst dem Verlauf der Ereignisse vorbehalten und sich aus ihm ergebend, erfordern die Befehlsverhältnisse und die Abgrenzung der Aufgaben mit dem Eintreffen der Aufmarschtransporte, also der Uebergang vom Grenzschutz in die Operationen. Eine an sich unerwünschte Ablösung der Grenzschutztruppen durch andre, neu eingetroffene wird sich nicht immer vermeiden lassen, um klare Gliederungen zu schaffen.

In soweit die Staatsgrenze durch das Meer gebildet wird, liegt der Schutz dem Landheer gemeinsam mit den Seestreitkräften ob. Der Generalfeldmarschall Moltke hat, wie zu manchen andern erst allmählich zu ihrer ganzen Bedeutung ausgewachsenen Fragen, auch zur Frage des Küstenschutzes schon lange vor dem Feldzuge 1870/71 Stellung genommen (vgl. Vierteljahrshefte des Großen Generalstabs 1905, viertes Heft: Moltke und die Flotte) und mit Nachdruck darauf hingewiesen, die verfügbaren Mittel lieber zur Verstärkung der schwimmenden Seestreitkräfte als zu einer lediglich der passiven Verteidigung dienenden Küstenbefestigung zu verwenden. Ganz wird man ihrer aber nicht entraten können. Einen starken Schutz gewähren schon die nicht einfachen Wasser- und Wetterverhältnisse, namentlich wenn die Seezeichen entfernt sind, an unsern Küsten, und manche Vorkommnisse der neueren Zeit deuten darauf hin, mit welchem Interesse diese von andern Mächten studiert, mit welchem Eifer sie zu ergründen versucht werden. Wenn dieser natürliche Schutz dann noch durch Sperren und Minen der verschiedensten Art ergänzt werden kann, ist das Herankommen an die Küsten, namentlich großen Kriegsschiffen das Einlaufen in Häfen erschwert. Landungen mit stärkeren feindlichen Kräften sind deshalb, abgesehen von Transportschwierigkeiten, weniger wahrscheinlich. Moltke hat sie vor dem Kriege 1870/71 als erwünscht bezeichnet, weil dadurch eine Schwächung des Gegners auf dem entscheidenden Punkt eintreten würde, und Bismarck hat humorvoll gemeint, solche Landungsabteilungen würden von Schutzleuten festgenommen werden. Sollte trotzdem die Abwehr stärkerer gelandeter Kräfte nötig werden, so handelt es sich nicht um Grenzschutz in dem hier erörterten Sinne, sondern um Operationen größeren Stils, die hier nicht zur Erörterung stehen. Schwächere Abteilungen abzuwehren, die Annäherungshindernisse vor der Beseitigung durch den Feind zu decken, die Beschießung wichtiger Hafenanlagen, Werften, Docks usw. zu erschweren, möglichst zu verhindern, dazu wird man in der Regel stark armierter, gegen Handstreiche gesicherter Küstenbatterien bedürfen.

Digitized by Google

Manche Grenzgebiete sichern sich selbst durch ihre geographische Lage, durch Bündnisse, durch die geringe Offensivkraft schwächerer Nachbarn, durch Bergland oder schwer passierbare Ströme. Der planmäßige Grenzschutz kann nicht alle Möglichkeiten kriegerischer Verwicklungen ins Auge fassen, sondern nur die wahrscheinlichsten, bedeutungsvollsten. Das Fernliegende, wenig Wahrscheinliche muß aus der Lage heraus, wie sie sich allmählich entwickelt, verfügt werden, und alle Beteiligten müssen auch für unerwartete Ereignisse kriegsbereit sein, die entscheidenden Gesichtspunkte rasch ins Auge fassend, ihnen prompt entgegentretend oder folgend. Fehlerhaft wäre es, wenn die Aufgaben des Grenzschutzes in ein verwickeltes System von Vorschriften, Verhaltungsmaßregeln, Erwägung der verschiedensten Möglichkeiten verflochten würden. Es würde dadurch die Lösung schwieriger wie einfacher Aufgaben behindert.

Die Periode des Grenzschutzes wird bisweilen die Periode des Zuwartens sein; sie abzukürzen durch schnelles Erfassen und tatkräftiges Verfolgen der politischen und der militärischen Ziele, durch schnelle Entwicklung der Streitkräfte ist eine wichtige Aufgabe der die Politik und die Operationen leitenden Persönlichkeiten.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Schluß)

Der Marschall, der noch immer auf dem Glacis des St. Quentin umherging, kam zum Standplatz der einige Minuten vorher auf seinen Befehl in Stellung gebrachten ersten Zwölfpfünderbatterie, deren Geschütze jetzt schwiegen. Er fragte den Hauptmann Leclerc in Gegenwart der Leutnants de Maistre und Favarcq, warum er nicht feuere. „Die paar Leute, die da unten im Tal in den Weinbergen verstreut sind, sind keine Zwölfpfündergranaten wert." Der Marschall machte eine zustimmende Gebärde und setzte seinen Spaziergang bis zur zweiten Batterie fort, die unter dem Befehl des Hauptmanns Blavier stand.

„Worauf feuern Sie?" fragte er.

„Auf die paar Schützen, die da unten in den Weinbergen zu sehen sind."

„Das ist recht," antwortete der Marschall, der einen Augenblick stehenblieb, um die Schüsse zu verfolgen.[1])

Sobald er sich von den Geschützen wieder entfernt hatte, gingen die Hauptleute Blavier und Leclerc aufeinander zu und fragten sich gegenseitig: „Was

---

[1]) Erinnerungen des Hauptmanns Leclerc und der Leutnants de Maistre und Favarcq.

Digitized by Google

hat er zu dir gesagt?" — „Es sei recht, daß ich feuere. Und zu dir?" — „Es sei recht, daß ich nicht feuere." Dann gingen die beiden Hauptleute auseinander, um zu ihren Geschützen zurückzukehren, sehr erbaut über den Wert der Worte ihres Oberkommandierenden.

Jetzt erschien der Oberstleutnant Fay, der vom General Jarras auf Erkundigungen ausgesandt worden war. Da er nicht genau wußte, wo der Marschall sich aufhielt, war er über den Sattel von Lessy geritten, wo General Brincourt, der mit dem 1. und 2. Voltigeurregiment auf der Lauer stand, „ihm sein Bedauern aussprach, in einer solchen Schlacht nicht verwendet zu werden". Dies hinterbrachte der Oberstleutnant dem Marschall, bekam aber keine Antwort von ihm.

Bald nach dem Oberstleutnant Fay kam Oberst Lewal. Er hatte die Besichtigung der Stellungen beendet und bei seiner Rückkehr in Plappeville seine Kameraden über die Schlacht ausgefragt; da ihm aber niemand Auskunft geben konnte, war er zu dem General Jarras hinaufgegangen, um ihm über seine Mission Bericht zu erstatten. Der General hatte ihn mit den Worten unterbrochen: „Nein, nein; steigen Sie wieder zu Pferd. Sagen Sie das dem Marschall Bazaine. Reiten Sie ihm sofort nach. Er ist erst vor kurzem fortgeritten, Sie werden ihn sehr bald einholen." Oberst Lewal nahm ein frisches Pferd und ritt zum Sattel von Lessy hinauf, wo die Voltigeurs ihm sagten, daß er den Marschall auf dem St. Quentin finden werde. „Ich berichtete ihm über meine Mission," hat der Oberst Lewal erklärt, „aber er richtete keine Frage an mich. Ich traf mit einer Verspätung von zwei Stunden ein, und ich konnte nicht annehmen, daß es ihm an Nachrichten fehlte."

Es war 5 Uhr. „Als wir die Ruhe des Oberkommandierenden sahen, der uns keinerlei Anweisung gab," so erzählt der Hauptmann Robineau-Bourgneuf vom 18. Artillerieregiment, „trat eine Anzahl von uns zusammen und breitete auf einem improvisierten Tisch eine Karte aus, um die einzelnen Phasen der Schlacht zu besprechen." Einen Augenblick gab es eine kleine Unruhe: „In der Richtung nach Augny" — wir erteilen hier dem Leutnant de Galembert das Wort — „bemerken wir in einer Entfernung von 6 oder 8 Kilometern dichte Staubwolken und Kolonnen, die vormarschieren und in die Ebene herauskommen. Die Preußen wollen den linken Flügel unsrer Stellungen in der Flanke fassen: diese Infanterie besteht aus vier Kolonnen von ungleichmäßiger Stärke, die sich wie eine Schlange windend aufeinanderfolgen. Es mögen zwei oder drei Regimenter sein. Jetzt schlagen sie deutlich die Richtung auf uns zu ein, sie überschreiten die Landstraße, dann die Eisenbahnlinie. Ihre Absicht ist, bei der Furt von La Maison Rouge zu unsern Füßen über die Mosel zu gehen. Sie kommen allmählich in Schußweite; in einer Viertelstunde werden sie an der Mosel sein, und selbst ohne sie zu überschreiten, werden sie unsre Proviantkolonnen beunruhigen können, die auf der Straße von Moulins nach Metz dahinziehen. Die Entfernung ist allerdings etwas groß: 2400 Meter. Dennoch schießen wir.

„Die Deutschen hatten sicher das nicht erwartet; sie waren ruhig gekommen, da sie auf einen leichten Erfolg rechneten. Aber unser Feuer und vor allem

Digitized by Google

das vom St. Quentin veranlaßt sie, rasch kehrtzumachen; sie bringen sich nach Ars zu in Sicherheit und verschwinden. Auch die Batterie bei Jussy stellt bald ihr Feuer ein."

Wahrscheinlich ungefähr in diesem Augenblick brachte dem Marschall Bazaine ein Dragonerunteroffizier ein Schreiben des Generals Bourbaki; es war vom Hauptmann Nègre du Clat geschrieben und vom General unterzeichnet. Es hieß darin, der General hege Besorgnisse wegen der Straßen nach Briey und Thionville, auf denen die Deutschen anscheinend die französische Armee umgehen wollten, und um dieser Gefahr zu begegnen, habe er die Grenadiere bei Gros-Chêne oberhalb Saulny Stellung nehmen lassen.

Auch der vom General Jarras ausgesandte Hauptmann Fix kam, um Erkundigungen einzuziehen. Gegen 6 Uhr sahen die Offiziere eines reitenden Artillerieregiments von der Garde einen Offizier vom Generalstab — den Major de Lantivy — dem Marschall Bazaine ein Schreiben übergeben. Es war dasjenige, in dem der Marschall Canrobert mitteilte, daß sein Feuer beinahe vollständig verstummt sei, das des Feindes stärker und stärker und sein Angriff heftiger werde. Diese in besorgtem Ton gehaltene Mitteilung rief bei dem Marschall keine Bewegung hervor; er dankte dem Major de Lantivy, ohne etwas hinzuzufügen.[1])

Marschall Bazaine hatte außer seinen beiden Ordonnanzoffizieren noch zehn Offiziere des Großen Generalstabs bei sich: die Obersten Lewal und d'Andlau, die Oberstleutnants v. Kleinenberg und Fay, die Majore La Veuve und Le Pippre, die Hauptleute Jung, de France, Amphoux und Gavard. Man nahm an, daß er sich auf das Plateau von Moscou begeben oder wenigstens einige dieser Offiziere dorthin schicken werde. Er hatte mehr als eine Stunde damit verloren, daß er das Feuer einiger Geschütze beobachtete oder sich vom Hauptmann Brugère die Handhabung des Entfernungsmessers erklären ließ, während 5 oder 6 Kilometer entfernt die Entscheidung über das Schicksal Frankreichs fiel!

„Er steigt wieder zu Pferd," berichtet einer der anwesenden Offiziere, der Oberst d'Andlau, „und reitet durch die Biwaks der Artillerieserve, deren Geschütze im Park stehen, deren Pferde nicht einmal aufgezäumt sind; weiter hin findet er die Batterien der Garde, die nicht bespannt sind, und er denkt, während er die Geschütze um sich herum donnern hört, nicht daran, daß er hier 120 Feuerschlünde, darunter ein Drittel schweren Kalibers, hat, die längst auf dem Schlachtfeld sein müßten. Hat er denn sowohl unsre numerische Inferiorität wie das Mißverhältnis unsrer Artillerie, an Kaliber wie an Zahl, vergessen, daß er in dieser Weise das wertvollste unsrer Kampfmittel unbenützt läßt?"

Nachdem der Marschall sich auf dem Plateau von Plappeville im Süden umgesehen hatte, wollte er es auch im Norden in Augenschein nehmen, ehe er

[1]) Aufzeichnungen des Leutnants d'Astier.

Digitized by Google

über den Sattel von Lessy ritt, als ihm folgende von der Kathedrale gekommene Depesche überbracht wurde:

„Ausgefertigt um 5 Uhr 25 Minuten.

Eine Kolonne von einem Infanterieregiment marschiert durch Mercy le Haut und nach Peltre hinunter; sie scheint sich zur Mosel hin zu wenden, um dem rechten preußischen Flügel Verstärkungen gegen unsern linken Flügel zu bringen, der bereits wankt. Seit dem 15. finden große Truppenbewegungen durch die Täler von Ars und Novéant statt, um auf die Plateaus zu gelangen."

Nachdem der Marschall die Depesche gelesen hatte, übergab er sie dem Hauptmann Fix, damit er sie dem General Jarras bringe, der, nachdem er von ihr Kenntnis genommen, sie dem General Deligny übersenden sollte mit dem Befehl, in den Weingärten der Abhänge des St. Quentin zu bleiben, bis der Feind sich zurückgezogen hätte.

Es handelte sich um den Gegenangriff, der, wie wir bereits gesehen haben, durch das Feuer vom St. Quentin vollständig scheiterte.

Nachdem Marschall Bazaine den Sattel von Lessy erreicht hatte und hinübergeritten war, schlug er querfeldein die Richtung auf die Kreuzung der Straßen von Lorry und von Lessy ein. Während er im Schritt dahinritt, überholte ihn ein Rittmeister von den Kaiserindragonern, der im Trab denselben Weg machte. Der Marschall rief ihn an, und als der Offizier sich umwandte, erkannte der Marschall den Rittmeister de Beaumont, der ein Schwager des Marschalls de Mac Mahon war und die Eskorte des Generals Bourbaki befehligte. Befragt, welchen Befehl er habe, erklärte er, daß General Bourbaki sich nach Gros-Chêne begeben und ihn nach dem Fort St. Quentin geschickt habe, „um sich zu erkundigen, ob der Feind an der Mosel (im Süden) Fortschritte mache". „Der Kommandant des Forts und ich," sagte er, „haben nichts Ernstliches in dieser Richtung feststellen können. Ich werde das dem General Bourbaki mitteilen." —

„Gut, sagen Sie ihm auch, er soll den Marschall Canrobert benachrichtigen, daß er mit der ganzen Garde wieder umkehrt." Das war der gleiche Befehl, den er vorhin dem General Garnier gegeben hatte, nachdem er ihn kurz vorher nach St. Privat geschickt hatte. „General Bourbaki," warf der Major de Mornay-Soult ein, „soll den Marschall benachrichtigen, daß er ihn nicht mehr unterstützt."

„Ja, gewiß," fügte Marschall Bazaine zum Schluß hinzu, „die Preußen haben uns nur auf den Zahn fühlen wollen, der Tag ist zu Ende, ich werde nach Hause reiten."

Der Rittmeister de Beaumont ritt im Trab weiter. Kurze Zeit danach traf Marschall Bazaine auf einen Trupp Reiter. „Sind Sie auf dem Wege zu Bourbaki?" rief ihnen der Marschall zu, der in ihnen die Ordonnanzoffiziere des kommandierenden Generals der Garde erkannt hatte; es waren in der Tat der Artilleriehauptmann Jorna de Lacale, der Lancierleutnant de Sancy de Parabère, der Zuavenleutnant Sédillot und der Unteroffizier Paul Frémy, der Standartenträger der Gardechasseurs.

Digitized by Google

„General Bourbaki hat uns soeben durch einen Dragoner von seiner Eskorte sagen lassen," sagte Hauptmann Jorna de Lacale, „wir sollten so rasch als nur möglich zu ihm kommen."

„Das ist unnötig, es ist alles vorbei, Sie können zurückreiten, die Garde wird in ihr Lager zurückkehren."

Die drei Offiziere setzten jedoch, nachdem sie gegrüßt hatten, ihren Weg fort.

Als Marschall Bazaine die Ordonnanzoffiziere des Generals Bourbaki verlassen hatte, schickte er sich an umzukehren, als seine Aufmerksamkeit durch Rauch- und Staubwolken erregt wurde, die sich im Norden erhoben. Das Geschützfeuer wurde so stark, daß der Oberst d'Andlau an den Marschall heranritt und zu ihm sagte: „Sehen Sie nicht, wie das Feuer auf dem rechten Flügel uns nahekommt und wie stark es zunimmt?"

„Die Generale haben gute Stellungen, sie sollen sie verteidigen ... Ich werde zwei Batterien bei Plappeville aufstellen lassen, um das Debouché der Straße nach Briey zu decken."

Er begegnet einigen Offizieren, die ihm Nachrichten geben, die einen reiten mit ihren Munitionswagen im Galopp vorüber; sie wollen im Park Munition für die Batterien des VI. Korps holen, die keine mehr haben ... Er gelangt an einen der höchsten Punkte des Plateaus.

„Von da aus sah man," so berichtet wieder Oberst d'Andlau, „das Feuer, als wenn man dabeistände, aber der Marschall hatte keinen Offizier zu Erkundigungen hingeschickt. Wir waren jedoch alle bereit, hinzureiten."

„Der Marschall verfolgte aufmerksam den Kanonendonner und den Rauch und schien dem große Bedeutung beizulegen," so schreibt der Hauptmann Jung, der ebenfalls Zeuge dieser Vorgänge war. „Es waren unser mehrere Offiziere um ihn. Im Augenblick, wo alles drunter und drüber zu gehen begann, rief er aus: ‚Was soll man mit solchen Truppen machen?'"

Der Marschall und sein Stab hatten das traurige Schauspiel einer Panik vor Augen.

„Der Staub verhindert ihn, die Formen zu unterscheiden, die inmitten dieser dichten Wolken vorüberziehen," sagte ein andrer Zeuge; „man kann an ein großes Unglück, an die völlige Auflösung unsrer Artillerie glauben: er verrät keine Besorgnis" und glaubt für alles vorgesorgt, alles gutgemacht zu haben, indem er die Aufstellung von zwei Batterien auf dem Platz, wo er sich befindet, anordnet.

General Canu war fortgeritten, um sie zu holen, aber da der Marschall sie nicht kommen sah, schickte er den Obersten d'Andlau und den Hauptmann Jung aus, um ihr Eintreffen zu beschleunigen.

Bald darauf kamen sie; es waren die 11. und 12. Batterie des 13. Artillerieregiments, befehligt von den Hauptleuten Audoy und Zoegger und dem Major de Besins. Der Marschall ritt zurück und gab, als er mit dem Major de Besins zusammentraf, diesem den Befehl, einige Geschütze auf die untere Mosel zu richten.

Digitized by Google

Der Major de Vesins ließ die 11. Batterie, die sechs Geschütze in einer Reihe, so Stellung nehmen, daß sie die von Amanvillers kommende Straße bestrichen; von der 12. Batterie wurden zwei Geschütze in dieselbe Richtung gebracht, zwei weitere Geschütze „sollten die Höhen des Waldes von Vigneulles beschießen", die beiden letzten Geschütze wurden auf die Gegend von Saulny gerichtet, um die sich hinter diesem Dorf hinziehende Landstraße von St. Privat nach Metz zu erreichen.

In Begleitung eines ziemlich zahlreichen Stabes ritt Marschall Bazaine im Schritt zur Villa Bouteiller zurück. Er war auf dem Höhenrücken angekommen, der die Einsenkung des Sattels von Lessy beherrscht, als er gegenüber, auf der andern Seite des Sattels, die reitende Artillerie der Garde in scharfem Trabe herankommen sah; eine große Anzahl von Gespannen galoppierte sogar und wirbelte Wolken von Staub auf. Dreihundert Meter voraus ritt Hauptmann Saillard, der Adjutant des Generals Pé de Arros, im gestreckten Galopp.

Als er sich in Rufweite befand, rief ihm der Marschall zu: „Aha! Sie fahren ab, das ist gut." Ebenso sagte er zum General Pé de Arros, der etwas später kam: „Es herrscht Unordnung beim rechten Flügel, Ihre Anwesenheit wird wieder Ordnung in die Situation bringen." Schließlich, als hinter seinen Trompetern der Oberst Clappier an der Spitze seiner Geschütze erschien, gab der Marschall nochmals seine Zustimmung: „Es ist gut, fahren Sie weiter," sagte er.

In der Meinung, daß nach diesem letzten Wort seine Rolle als Oberbefehlshaber für diesen Tag beendigt sei, kehrte er direkt in sein Hauptquartier zurück, wo er gegen 7 Uhr ankam. In demselben Augenblick telegraphierte der Hauptmann Lehagre von der Kathedrale aus an den General Coffinières:

7 Uhr 5 Min.

„Was bedeutet diese Deroute von Pferden und Wagen? Haben Sie Nachrichten? ... Es scheint, daß in der Gegend des Waldes bei Saulny noch heftig gekämpft wird."

Auf diese Frage wurde folgende Antwort gegeben:

Aus der Festung, 7 Uhr 5 M.

„Es scheint eine teilweise Deroute des Korps Canrobert zu sein, die von dem Mangel an Munition herrührt. Der General Coffinières ist im Fort Moselle."

Der Gouverneur von Metz wußte von der Niederlage des rechten Flügels und hatte sich vor die Tore begeben, um die nötigen Maßregeln zu treffen. Wenn sich der Marschall für die einzelnen Phasen des Kampfes interessiert hätte, so wäre er ebenso rasch benachrichtigt worden wie der Gouverneur von Metz.

Kaum war er zurückgekehrt, so wurde ihm vom Obersten Boyer folgende Depesche übergeben:

Digitized by Google

Der Kaiser an den Maschall Bazaine.

Lager von Châlons, 5 Uhr 25 Min. abends, ausgefertigt um 6 Uhr.

„Sollen die großen Vorräte, die in Verdun sind, dort gelassen werden?"

Infolge eines Versehens war in dem Telegramm der Kaiser an Stelle des Marschalls Mac Mahon genannt worden. Einerlei, ob es vom Kaiser oder vom Marschall Mac Mahon war, dieses Telegramm stellte klipp und klar an den Marschall die Frage:

„Rechnen Sie immer noch damit, nach Verdun zu kommen, oder, wenn Sie Ihre Absicht geändert haben, wohin sollen dann die für Ihre Armee in dieser Stadt in Bereitschaft gehaltenen Munitionsvorräte geschickt werden?"

Der Marschall entwarf ungefähr um 7 Uhr abends folgende Antwort:

„Ich weiß nicht, wie bedeutend die Vorräte in Verdun sind. Ich glaube, daß es notwendig ist, nur das dort zu lassen, was ich brauchen werde, wenn es mir gelingt, die Festung zu erreichen.

Ich komme vom Plateau. Der Angriff war sehr heftig. In diesem Augenblick, um 7 Uhr, läßt das Feuer nach. Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben. Ein Regiment, das 60., hat bei der Verteidigung des Pachthofes St. Hubert schwer gelitten."

In dem ersten Absatz vermied es der Marschall, auf die ihm gestellte Frage zu antworten, indem er vorgab, nicht zu wissen, wie bedeutend die Vorräte von Verdun seien. Nun hatte er aber am vorvorigen Tage, am 16. August, ein erstes Telegramm von 2 Uhr 5 Minuten nachmittags vom Minister erhalten, das ihm meldete, daß 600000 Rationen Zwieback, außerdem Brot, Mehl und Hafer vorhanden seien; am vorigen Tage (dem 17. August) hatte ein zweites Telegramm von 7 Uhr 5 Minuten abends gemeldet, daß anderthalb Millionen Patronen und 8000 Vierpfündergranaten vorhanden seien. „In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden, und ich lasse die Sendungen fortsetzen," so schloß dieses Telegramm.

Endlich hatte er am Morgen durch den Waldwärter Scalabrino folgendes vom 16. August (dem vorvorigen Tag) datierte Schreiben des Generals Guérin de Waldersbach, des Gouverneurs von Verdun, erhalten: „Der Hauptpark enthält in Verdun 1200000 Patronen und einige Munition für Zwölf- und Vierpfünder. Ebenso sind in Verdun Lebensmittel für vier Tage für die ganze Armee vorhanden."

Er war also imstande, auf die gestellte Frage eine Antwort zu geben, und wenn er es vermied, sie zu geben, so tat er es nicht aus Unkenntnis, wie er vorgab, sondern weil er entschlossen war, seine Pläne geheimzuhalten.

Wenn man den zweiten Teil dieses Telegramms genauer ins Auge faßt, so kann man nicht verstehen, wie der Marschall in dieser Weise die Wahrheit verhehlen konnte:

„Ich komme vom Plateau; der Angriff war sehr heftig."

Der Kaiser mußte glauben, daß der Marschall auf dem Plateau von Moscou, von Amanvillers oder von St. Privat gewesen sei, wo die Schlacht stattfand,

Digitized by Google

während der Marschall dem Schlachtfeld ferngeblieben war und nichts davon gesehen hatte. Dann sagte er, daß „um 7 Uhr das Feuer nachlasse", während dies doch der Augenblick war, wo es am schrecklichsten war, wo die Deutschen ihre Anstrengungen verdoppelten und nach zehn Minuten den Marschall Canrobert endlich zwangen, St. Privat zu räumen, nachdem sie es mit Granaten aus 284 Geschützen überschüttet hatten!

„Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben. Ein Regiment, das 60., hat bei der Verteidigung des Pachthofes St. Hubert schwer gelitten," so heißt es weiter.

Nach seiner Darstellung war die Schlacht nur ein Scharmützel ohne Bedeutung: er spricht von einem Regiment, das schwer gelitten habe, während 12000 Mann auf französischer Seite getötet oder verwundet waren! Und selbst in der Mitteilung, die er als genau erscheinen lassen will, irrt er sich, denn nicht das 60. Regiment, sondern das 2. Bataillon des 80. Regiments war im Pachthof St. Hubert gewesen.

Dem General Jarras gegenüber, der kam, um Befehle entgegenzunehmen, zeigte er sich ebenso beruhigt wie in seinem Telegramm an den Kaiser: Der Tag sei befriedigend gewesen; der Angriff des Feindes sei gescheitert und die Truppen hätten sich hinter der uneinnehmbaren Linie gehalten, auf der er sie habe Stellung nehmen lassen.

Die Offiziere, die ihn begleitet hatten, bestätigten dem General Jarras, als er sie ausfragte, das, was der Marschall gesagt hatte. Augenscheinlich sei alles gut gegangen. Der Marschall sei nicht einen Augenblick durch die vom Schlachtfeld eingetroffenen Berichte beunruhigt worden und habe seine Reserveartillerie nicht nötig gehabt.

Nach seiner Rückkehr befahl der Marschall dem Obersten Lewal, den Rückzugsbefehl so, wie er ihn tags zuvor hatte abfassen lassen, abzusenden: ein Befehl, dessen Ausführung „unbestreitbar", wie Oberst Lewal sich ausdrückte, das Ergebnis haben mußte, daß die französische Armee ihre Bewegungsfreiheit verlor.

Abschriften des Rückzugsbefehles können im Laufe des Tages an den Marschall Canrobert geschickt worden sein; denn der Wortlaut dieses Befehles beweist unwiderleglich, daß er zum mindesten vor dem Ende der Schlacht und zu einer Zeit, wo man deren verschiedene Phasen noch nicht kannte, abgefaßt worden ist: es wird darin tatsächlich allen Korps befohlen, in ihren Stellungen die Nacht zu verbringen und ihren Rückzug am nächsten Morgen auszuführen, nachdem um 3 Uhr die Bagage fortgeschafft worden sei. „Alle Truppen sollen sich um $4^1/_2$ Uhr in Marsch setzen mit Ausnahme der Artilleriereserve, die bis 11 Uhr zu warten hat."

Wenn die Erinnerungen des Obersten Lewal genau sind, so war es gegen 8 Uhr oder $8^1/_2$ Uhr, als er sieben oder acht Offizieren den Rückzugsbefehl zu diktieren begann. In diesem Augenblick war man im Hauptquartier infolge der Haltung des Marschalls Bazaine noch so zuversichtlich, daß die Offiziere des

Digitized by Google

Stabes, die keinen Dienst hatten, sich schlafen legten, „da alles in Ordnung war".

Ebenso hat der Oberstleutnant Fay berichtet: „Durch die außerordentliche Ruhe des Oberkommandierenden sicher gemacht, zumal niemand von der höllischen Kanonade von Amanvillers etwas gehört noch gesehen hatte, beglückwünschte sich jeder, der sich in der Umgebung des Marschalls Bazaine befand."

Noch merkwürdiger aber ist etwas andres. In einem Hause von Plappeville, nicht weit von dem des Marschalls Bazaine, waren die Bureaus der Armeeintendantur untergebracht, deren Leitung der Unterintendant Gaffiot am Abend des vorhergegangenen Tages übernommen hatte.

Den ganzen Tag hatte er sich im Verein mit den ihm unterstellten Beamten damit beschäftigt, den Verwaltungsdienst, der durch den Befehl über das Fortschicken des Trains vom 15. August in Unordnung geraten war, wieder zu organisieren, der Armee wieder Lebensmittel zu verschaffen.

Da er die Kanonade nicht hörte, war er den ganzen Tag in seine Arbeit vertieft geblieben, war aber um 8 Uhr abends noch nicht damit fertig, als der Verwaltungsbeamte Triballat in einem Zustand heftiger Erregung zu ihm ins Zimmer stürmte.

Der Transport, den er dem VI. Korps zuführte, war bei Saulny in eine Panik hineingeraten, von seinen Führern verlassen und zum Teil von Versprengten geplündert worden; er kam, um über den Vorfall Bericht zu erstatten, und wollte um Personal bitten, um das, was übriggeblieben war, wieder zu holen.

Aus Gleichgültigkeit, aus Vergeßlichkeit oder aus Geheimnistuerei hatte Marschall Bazaine den General Jarras von der Abreise des Intendanten de Préval und von der Uebernahme der Verwaltungsgeschäfte durch den Unterintendanten Gaffiot nicht in Kenntnis gesetzt. Er hatte auch vergessen, neue Lazarette für die Verwundeten herrichten zu lassen, und obgleich er wußte, daß dem VI. Korps der größte Teil seines Sanitätspersonals und -materials fehlte, hatte er der Ambulanz des Hauptquartiers nicht den Befehl erteilt, sich dem Marschall Canrobert zur Verfügung zu stellen. Diese Versäumnisse wären vom General Jarras wieder gutgemacht worden, wenn er über die Handlungen und die Entschlüsse des Marschalls Bazaine unterrichtet gewesen wäre. Die Intendantur traf keinerlei Vorkehrungen für die Ereignisse; die Ambulanz des Hauptquartiers, die geschicktesten ärztlichen Praktiker der Armee und alle ihre Krankenwärter mit ihrem Material blieben den ganzen Tag unbeschäftigt, während dreitausend Verwundete hilflos in St. Privat und in Amanvillers lagen.

Als General Seré de Rivières den Marschall Bazaine später fragte, wie es komme, daß diese beträchtliche Ambulanz sich während der mörderischen Schlacht nicht vom Fleck gerührt habe, konnte er nur die Antwort geben: „Ich weiß es nicht."

Der vom Obersten Lewal diktierte Rückzugsbefehl war noch nicht abgesandt, als Major Caffarel zum Marschall Bazaine geführt wurde.

Digitized by Google

In großer Unruhe, von seinem Ritt erhitzt und vom Kampfe aufgeregt, sagte er: „Der Marschall Canrobert hat mich beauftragt, Ihnen zu melden, daß er, da das VI. Korps seine Munition verbraucht hatte, gezwungen gewesen ist, St. Privat zu räumen, und daß er Befehl gegeben hat, auf der Straße nach Saulny zurückzugehen; er hat mich gebeten, Ihnen zugleich mitzuteilen, daß er seine Vorkehrungen getroffen hat, um den Eingang zur Schlucht von Saulny zu verteidigen."

„Der Marschall schien," so erzählt Major Caffarel selbst, „sich den Mißerfolg, den wir erlitten hatten, nicht sehr zu Herzen zu nehmen, und nachdem er mich nach einigen Einzelheiten über die Schlacht befragt hatte, sagte er zu mir: ‚Sie brauchen über diesen Rückzug nicht betrübt zu sein. Die Bewegung, die in diesem Augenblick vor sich geht, sollte morgen früh ausgeführt werden: wir machen sie also zwölf Stunden früher, und die Preußen werden sich nicht rühmen können, uns zurückgeworfen zu haben. Sagen Sie dem Marschall Canrobert, er soll morgen die Lagerplätze einnehmen, die der Oberst Lewal den einzelnen Untergeneralstabschefs bekanntgegeben haben muß.'"

Diese Worte wirkten auf den Major Caffarel wie ein elektrischer Schlag, und auffahrend, rief er mit vor Zorn bebender Stimme: „Nun, Herr Marschall, dann war es nicht der Mühe wert, eine Menge tapferer Soldaten in den Tod zu schicken und einen Teil Ihrer von einem Marschall von Frankreich kommandierten Armee eine Niederlage erleiden zu lassen!"

Der Marschall, der bis dahin sehr ruhig gewesen war und einen wohlwollenden Gesichtsausdruck gezeigt hatte, fühlte sich durch diese Apostrophe ins Gesicht geschlagen; er richtete sich auf und erwiderte in autoritativem Ton:

„Sie werden sehr anmaßend ... Gehen Sie zum Generalstab, dort werden Ihnen die Befehle übergeben werden."

Der Major Caffarel ging über die Straße und trat in das Haus des Generals Jarras, wo ihn der Oberstleutnant Fay, die Majore La Veuve, Le Pippre, Samuel und der Hauptmann Guioth umringten und ihn mit Fragen bestürmten. Während er so ausgefragt wurde, hörte man Lärm auf der Straße; es war ein Reiter draußen, der laut rief. Hauptmann Guioth, der die Stimme des Hauptmanns de la Tour du Pin erkannte, ging hinaus und brachte ihn herein. Hauptmann de la Tour du Pin war vom General Ladmirault, dessen Adjutant er war, gegen 7 Uhr mit dem Auftrag fortgeschickt worden, den General Bourbaki zu bitten, daß er die Garde heranführe. Bei seiner Rückkehr hatte er den General nicht wieder finden können, und da ihm ein Generalstabsoffizier gesagt hatte, daß er nach L'Arbre Mort geritten sei, um mit dem Marschall Leboeuf zu sprechen, hatte er den Weg dorthin eingeschlagen, sich aber verirrt und war in eine flutende Masse von Dragonern der Division Clérembault hineingeraten, die ihn nach Plappeville mitrissen, ohne daß er es merkte.

„Ich erkannte," berichtet er, „die Stimme eines Freundes, des Hauptmanns Guioth; sofort war ich von Kameraden umringt und begrüßt, wurde zum Großen

Digitized by Google

Hauptquartier gebracht, zum General Jarras und dann — ich wußte nicht, warum — zum Oberkommandierenden geführt.

„Geblendet von den Lichtern auf dem Tisch, an dem der Marschall mit seinen Offizieren diniert hatte, völlig verwirrt setzte ich mich auf den ersten Stuhl, in dessen Nähe ich kam; es war der des Marschalls Bazaine, der sich erhoben hatte. Vom Marschall, der stehenblieb, ausgefragt, zögerte ich, auf die Fragen und die gespannte Erwartung, die ich auf allen Gesichtern sah, zu antworten ... Ich gab sodann folgendermaßen Bericht: ‚Bei Sonnenuntergang hielt sich General de Lorencez noch in Amanvillers, General Pajol in Montigny ... nur das VI. Korps ist verschwunden ... die Garde bildet einen ausreichenden rechten Flügel. Nichts ist verloren, wir können morgen früh den Kampf wieder eröffnen.‘“

„Darum handelt es sich gerade,“ antwortete der Marschall; „wir sollten morgen früh zurückgehen, wir werden es nun heute abend tun.“ Damit verabschiedete der Marschall den Hauptmann.

Hauptmann de Mornay nahm sich mit kameradschaftlicher Liebenswürdigkeit des Hauptmanns de la Tour du Pin an und gab ihm ein Glas Wein und einen Flügel von einem Huhn. Während Hauptmann de la Tour eifrig aß, folgte ihm beim Marschall Bazaine der Major Lonclas.

Die Ordonnanzunteroffiziere hatten ihn zuerst nicht einlassen wollen; von ihnen abgewiesen, hatte er sich an den General Jarras gewandt, der sich von ihm über die Ereignisse berichten ließ und ihn zum Oberkommandierenden führte, indem er den Ordonnanzen erklärte, daß er in seiner Eigenschaft als Generalstabschef das Recht habe, jederzeit einzutreten.

„Ich fand den Marschall beim Abendessen, das er eben in Gesellschaft seines Neffen Albert, Boyers, Wilettes und des Malers Beaucé zu beenden im Begriffe war,“ so berichten die Aufzeichnungen im Tagebuch des Obersten Lonclas; „ich schilderte ihm die Ereignisse und besonders die letzten Augenblicke, in denen die Garde uns so sehr gefehlt hatte und die Munitionsvorräte uns vollständig ausgegangen waren, was uns gezwungen hatte, eine großartig verteidigte Stellung zu verlassen.

„Der Marschall Bazaine, der mich mit der größten Ruhe angehört hatte, schien meinen Bericht für übertrieben zu halten und suchte die Wichtigkeit der Tatsachen, die ich ihm erzählte, abzuschwächen. Er kenne die Ergebnisse des ‚Gefechts‘, sagte er zu mir, wobei er dieses Wort betonte; er habe soeben Befehle zur Konzentration auf Metz erteilt und ich könne sie dem Marschall überbringen.

„Ich ging sodann sehr verstimmt zum Generalstab, wo mir General Jarras etwas zu essen geben ließ, denn ich war vor Ermattung und Erschöpfung dem Umfallen nahe.“

Die Aufregung unter den Offizieren des Generalstabs war groß; sie fragten sorgenvoll die drei vom Schlachtfeld gekommenen Offiziere aus, als noch ein vierter, der Hauptmann Grosjean, hinzukam.

Digitized by Google

Vom Marschall Canrobert auf die Suche nach der Garde ausgeschickt, war er in der Umgegend von Amanvillers überall herumgeritten und in der herrschenden Unordnung und Verwirrung von Ort zu Ort schließlich bis nach Plappeville gekommen.

Die Rückzugsbefehle waren jetzt abgeschrieben, ein Exemplar davon wurde dem Major Lonclas für den Marschall Canrobert, ein andres dem Hauptmann de la Tour du Pin für den General de Ladmirault übergeben.

Ehe die Majore Lonclas und Caffarel wieder fortritten, begaben sie sich abermals zum Marschall Bazaine, um ihn zu fragen, ob er besondere Instruktionen für den Marschall Canrobert habe. Der Marschall erklärte ihnen, daß er nichts weiter habe als den Befehl, den sie mit sich nähmen; da aber die Nacht sehr finster war, forderte er Arnous-Rivière, der von St. Privat zurückgekehrt war, auf, ihnen einen Führer mitzugeben. Nachdem sie noch den Hauptmann Grosjean aufgesucht hatten, ritten sie unter der Führung eines Mannes aus der Gegend fort und trafen um 2 Uhr oder $2^1/_2$ Uhr morgens in Woippy ein, wo sie den Marschall Canrobert wiederfanden.

Der Hauptmann de la Tour du Pin ritt, nachdem er sie kurze Zeit begleitet hatte, auf das Plateau von Gros-Chêne hinauf, wo er vergeblich den General de Ladmirault zu erreichen versuchte. Da er die Hoffnung aufgab, ihn in der Nacht zu finden, öffnete er gegen Mitternacht das Schreiben, das er ihm überbringen sollte, und übergab es dem General Lorencez, der ohne Befehle bis 10 Uhr in Montigny geblieben und schließlich auf seine Lagerplätze vom vorhergegangenen Tage zurückgegangen war, nachdem er zwei Bataillone des 33. Regiments als Feldwache auf dem Schlachtfeld zurückgelassen hatte.

Das Dorf Plappeville füllte sich mit Leuten, die vom Schlachtfeld zurückkehrten: Verwundeten, die sich mühsam fortschleppten oder von Bauern auf Wagen zurückgebracht wurden, Flüchtlingen, Nachzüglern, Begleitmannschaften mit Gepäckfuhrwerken, Kanonieren, die leere Artilleriemunitionswagen zogen und auf der Suche nach ihren Parks waren, Trainkompagnien mit Krankenkörben, Gepäck- und Krankenwagen. Gegen 10 Uhr abends trafen die Gardekürassiere und die Karabiniers von Lessy ein: ihre dichtgedrängten Reihen nahmen die ganze Hauptstraße ein und brachten den ganzen Verkehr ins Stocken.

Die unheimlichsten Gerüchte waren in Umlauf: Marketender, Trainsoldaten, Bauern, Frauen mit Kindern kamen von den Höhen herunter, die einen in der Richtung nach Châtel Saint-Germain, die andern über Lorry und Tignomont; sie schrien: „Die Preußen kommen!“ In der vollständigen Dunkelheit brachten der Lärm der in wilder Eile dahinstürmenden Wagen und die Schreckensrufe, die Angst und Mutlosigkeit verbreiteten, viele Einwohner so aus der Fassung, daß sie ihre Wohnungen verließen und wegliefen, ohne zu wissen wohin.

Nacheinander pochten ungefähr zwanzig Verwundete an der Tür der Villa Bouteiller. Die Ordonnanzen nahmen sie auf und betteten sie in den Ställen und in der Küche auf Heu und Stroh.

Digitized by Google

Der Marschall Bazaine war mit seinem besonderen Stabe allein, seitdem die Majore Lonclas und Caffarel fortgeritten waren. Die von diesen berichteten Tatsachen brachten ihn zum Entschluß, die Armeekorpskommandanten davon benachrichtigen zu lassen, und er diktierte folgende Mitteilung:

„Infolge der Ereignisse des heutigen Tages hat uns Marschall Canrobert mitgeteilt, daß er sich in der Notwendigkeit befinde, sich zurückzuziehen ... Durch diese Bewegung wird unser rechter Flügel entblößt, und ich beeile mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, damit Sie die allergrößte Wachsamkeit in dieser Richtung einschärfen. Ich füge hinzu, daß Sie bald ... meine Befehle bezüglich der Maßnahmen erhalten werden, die zu treffen sind, um Sie in die Verhältnisse zu versetzen, die die gegenwärtige Lage erfordert. Marschall Bazaine."

General Frossard erhielt diesen Brief gegen 9½ Uhr nachts. Den andern Armeekorpskommandanten scheint er nicht zugegangen zu sein.

Gegen 9 Uhr empfing der Marschall folgendes Telegramm des Telegraphendirektors Petitpas de la Vasselais:

Metz, 8 Uhr 50 Minuten abends.

„Alle unsre Verbindungen mit Paris sind unterbrochen. Die Telegraphendrähte sind soeben von den Preußen bei Hagendingen und Kedingen durchschnitten worden.

Die Depeschen Eurer Exzellenz an Seine Majestät und an die Frau Marschallin können nicht befördert werden."

Die Depesche an den Kaiser war jene, die mit den Worten anfing: „Ich weiß nicht, wie bedeutend die Vorräte in Verdun sind" und von der Schlacht als von einer untergeordneten Tatsache sprach: „Ich komme vom Plateau ... Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben ..." Das Telegramm an Frau Marschall Bazaine gab dieser einfach Nachrichten von dem Marschall und seinen Neffen.

Die wichtige Nachricht von der Unterbrechung der Verbindungen mit dem übrigen Land und von der Umzingelung seiner Armee teilte der Marschall seinem Generalstabschef nicht mit.

Die Beziehungen zwischen ihm und dem General Jarras waren seit dem vorhergegangenen Abend wieder gespannt geworden.

General Jarras hatte sich verletzt gefühlt, als er sah, daß der Marschall Bazaine ihm seine Pläne noch sorgfältiger als bisher verheimlichte und sich darüber einem seiner Untergebenen, dem Obersten Lewal, aussprach, dem er direkt die Aufgabe übertrug, seine Befehle zu entwerfen, ohne den Generalstabschef auch nur davon zu benachrichtigen.

Am Abend hatte er durch Zufall von der Mission erfahren, die der Marschall ohne sein Wissen dem Intendanten übertragen hatte. Bis dahin hatte der Marschall nur auf dem Schlachtfelde seinen Generalstabschef zu vermeiden gesucht, aber an diesem Tag hatte er die Maske fallen lassen und ihm den Schimpf

Digitized by Google

angetan, daß er ihm verbot, ihm ins Gelände zu folgen, obwohl er mehrere Generalstabsoffiziere mit sich nahm.

Nach der Rückkehr des Marschalls war ihm die von diesem zur Schau getragene Zuversicht, die durch die Boten des Marschalls Canrobert und des Generals de Ladmirault Lügen gestraft wurde, wieder als eine Berechnung des Marschalls erschienen, dazu bestimmt, ihn über seine Ansichten und seine Pläne irrezuführen. Schließlich hatte die Art, wie ihm die Türe des Marschalls in einer so ernsten Lage verschlossen worden war und er genötigt wurde, sich mit den Ordonnanzen auseinanderzusetzen, um Zutritt zu dem Marschall zu bekommen, seine Erbitterung und seinen Unwillen noch erhöht. So überließ er denn dem Obersten Lewal, den Marschall Bazaine mit seinem Vertrauen beehrte, die Aufgabe, für die Ausführung seiner Befehle, deren Gründe und Zweck er kannte, zu sorgen.

Im Laufe dieses Abends und während der Nacht, wo die Ereignisse die Lage im höchsten Grade ernst machten und wichtige Entschlüsse hätten gefaßt werden müssen, bekamen sich der Oberkommandierende und sein Generalstabschef gar nicht zu Gesicht; sie begegneten sich nicht, denn Marschall Bazaine benachrichtigte den General Jarras nicht einmal von seinem nächtlichen Aufbruch und ließ ihn nicht wissen, wo er sein Hauptquartier aufzuschlagen gedachte.

Der Rückzugsbefehl war am Abend des vorhergegangenen Tages oder am letzten Morgen geschrieben worden. Oberst Lewal hatte im Laufe des Nachmittags zwei oder drei Einschärfungen hinzugefügt und mehrere Angaben genauer gefaßt. Dieser von einem Generalstabsoffizier entworfene Befehl war so ziemlich ausführbar, obwohl sein Verfasser vergessen hatte, die nötigen Zeitangaben zu machen. Er sah wenigstens für jedes Armeekorps eine andre Straße vor. Für das VI. Korps, das im Nordwesten der Mosel Stellung nehmen sollte, die Landstraße von Saulny; für das IV., dessen Mittelpunkt Le Coupillon war, die Straße von Amanvillers nach Lorry; das III. sollte die beiden Straßen einschlagen, die vom Plateau von Moscou nach Châtel Saint-Germain hinunterziehen, um das Plateau von Plappeville zu besetzen, und das II. auf der Straße nach Moulins marschieren, um nach Scy und Longeville zu gelangen.

Der erwähnte Befehl wurde — wahrscheinlich infolge der Erregung des Generals Jarras — weder dem Marschall Leboeuf noch dem General Frossard zugestellt. Marschall Leboeuf, der wissen wollte, wie er daran sei, schickte sogleich nach der Einstellung des Feuers den Major Chatillon nach Plappeville, um Befehle zu erbitten. Um 10 Uhr schickte er, da er den Major nicht zurückkommen sah, den Hauptmann de Vaudrimey-Davout ab, und da er gegen $10^1/_2$ Uhr noch immer keine Nachricht hatte, beauftragte er seinen Adjutanten Major Mojon, zum Marschall Bazaine zu reiten und ihm bestimmte Weisungen zu bringen.

„Ich komme gegen $11^1/_2$ Uhr mitten in einem großen Wirrwarr an," schreibt Major Mojon; „Marschall Bazaine ist mit seinem Neffen Albert und dem Haupt-

Digitized by Google

mann de Mornay bei dem schwachen Licht einer einzigen Lampe über eine Karte gebeugt; er ist sehr ruhig."

„Vor zwei Stunden habe ich an die Armeekorps den Befehl, sich morgen früh zurückzuziehen, abgeschickt."

„Es ist nur eine Straße vorhanden," erwiderte Major Mojon, „und wenn wir nicht die Nacht benutzen, so wird uns der Feind, weil wir nicht gedeckt sind, kurz und klein schlagen können."

„Wieso eine Straße? Es sind zwei vorhanden ..." und der Marschall zeigt auf eine Grenzlinie, die er für eine Landstraße gehalten hatte. Dann fügt er wohlwollend hinzu: „Nun gut, dem Marschall Leboeuf steht es frei, sich zurückzuziehen, wie er will." Dann einen Augenblick später: „Was vor sich gegangen ist, paßt ganz zu meinem Plan. Indem ich meine Armee eine Verteidigungsstellung zwischen dem Schlachtfeld vom 16. August und der Stadt Metz einnehmen ließ, auf die ich immer die Absicht gehabt habe, mich zurückzuziehen, habe ich den Feind gezwungen, die Mosel zu überschreiten und uns anzugreifen.

„Die Preußen haben große Verluste erlitten, was sie zwingen wird, uns für den Augenblick in Ruhe zu lassen."

„Ich werde diese merkwürdige Erklärung niemals vergessen, besonders den Ton, in dem sie gesprochen wurde," schließt der Major Mojon seinen Bericht.

Da der General Frossard um 11 Uhr nachts die durch das Schreiben von 8 Uhr angekündigten Weisungen noch nicht erhalten hatte, beauftragte er den Major de Crény, sie zu reklamieren. Als Major de Crény eben Châtel Saint-Germain verlassen hatte, traf er den Baron de Gargan, schloß sich ihm an und erfuhr aus seinem Munde die Einzelheiten über die Ereignisse auf dem rechten Flügel, deren Zeuge Baron de Gargan gewesen war.

Es war 1 Uhr morgens, als der Major de Crény in den Salon der Villa Bouteiller geführt wurde. Der Marschall saß an dem großen Tisch; er schrieb. Im Hintergrund legte sich der Oberst Napoléon Boyer in Nachtmütze und Unterbeinkleidern auf einem Feldbett zur Ruhe nieder.

Der Marschall war immer noch Herr seiner selbst: er empfing den Major de Crény mit Wohlwollen und teilte ihm in einigen Worten den Rückzugsbefehl mit, dann reichte er ihm eine Depesche hin — jene, die das Abschneiden des Telegraphen und der Eisenbahnlinie nach Thionville bei Hagendingen und Kedingen meldete — und sagte zu ihm: „Wir sind jetzt vollständig umzingelt." Die Ruhe in seinem Ton und in seinem Wesen verblüffte den Ordonnanzoffizier des Generals Frossard: mit gutem Humor, als ob es sich um eine freudige Nachricht handelte, machte er ihm die Mitteilung von diesem Unglück.

Diese unerschütterliche Ruhe, die ihn keinen Augenblick verließ, wurde von seiner Umgebung keineswegs geteilt. Die falschen oder übertriebenen Nachrichten steigerten die Unruhe, und der Rückzugsbefehl trug dazu bei, die unwahrscheinlichsten Nachrichten wie die vom baldigen Eintreffen der Preußen in Plappeville und vor den Toren von Metz wahrscheinlich zu machen.

Digitized by Google

Der Marschall wollte den Tagesanbruch nicht abwarten, um sein Hauptquartier vor den Wällen der Festung aufzuschlagen.

Wenn man dem General Letellier Blanchard glauben darf, schickte der Marschall in der Nacht, gegen 1 Uhr morgens, den einen seiner Neffen, den Leutnant Albert Bazaine, nach Ban Saint-Martin ins Schloß des Herrn Herbin, um die Verlegung seines Hauptquartiers dorthin vorzubereiten.

Der junge Leutnant, der in tiefer Nacht dort ankam, weckte den Hausmeister Maujean und befahl ihm, aufzustehen und ihm die Gemächer des Schlosses zu zeigen.

Als bei dieser Besichtigung der Hausmeister, der eine Laterne in der Hand trug, den Schlüssel zu einer Tür in einem riesigen Schlüsselbund nicht finden konnte, stieß der Leutnant, der ein Ende machen wollte, mit einem Ruck der Schulter die Türe ein.

Nach den Aufzeichnungen des Generals Le Tellier Blanchard, des Kommandanten des Großen Hauptquartiers, die durch die Aufzeichnungen des Hauptmanns Arnous-Rivière bestätigt werden, verließ der Marschall, sobald er von den Annehmlichkeiten, die das Besitztum des Herrn Herbin bot, Kenntnis hatte, die Villa Bouteiller mitten in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr morgens, ohne den General Jarras davon benachrichtigen zu lassen.

Als dieser gegen $3^1/_2$ Uhr von dem Aufbruch des Marschalls benachrichtigt wurde, ließ er seine Leute aufstehen und das Gepäck aufladen; er gab dem Offizier, der es führte, den Befehl, „sich in der Nähe der Wagen des Marschalls niederzulassen, der jedenfalls im Fort Moselle oder im Innern der Stadt zu finden sein werde". Was ihn selbst betraf, so gedachte er sich wie vor dem 14. August in der Umgebung der Präfektur einzuquartieren und traf seine Vorkehrungen für seine Unterbringung in einem der benachbarten Häuser.

Da niemand wußte, wo der Marschall Quartier zu nehmen beschlossen hatte, irrte das Personal der verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers, die Beamten der Intendantur, die Aerzte, die Beamten der Kriegskasse, der Generalstab der Armee und der der Artillerie die ganze Nacht hindurch und in den Morgenstunden im Weichbild und den Straßen der Stadt umher, von einem Ort zum andern, ohne zu wissen, wo sie sich niederlassen sollten. Erst um 8 Uhr morgens fand der Generalstab den Oberkommandierenden wieder und quartierte sich in seiner Nähe ein.

Digitized by Google

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen
1910/1911

(Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten)

(Fortsetzung)

Konstantinopel, April 1910. König Peter von Serbien ist wieder nach Belgrad abgereist. Man hat für ihn das Festprogramm und das Zeremoniell, die für den König und die Königin von Bulgarien aufgestellt waren, neu herausgegeben. Er hat im Jildispalast in den Gemächern gewohnt, die der Sultan Abd ul Hamid für die auswärtigen Monarchen hatte herrichten lassen. Der Sultan hat ihm zu Ehren im Palast Dolma-Bagdsche ein Galadiner (ohne Damen) gegeben. Der König hat einer großen Parade auf dem Freiheitshügel beigewohnt.

Diese war sehr schön, ganz ebenso schön, sagt man mir, wie jene, die vor den Augen des Zaren Ferdinand stattfand; mit derselben Truppenentfaltung und denselben Dispositionen. Der Sultan hatte unter einem aus alten Stoffen aufgeschlagenen, auf kostbaren Teppichen ruhenden Zelte Platz genommen, in gleicher Höhe mit dem Boden, auf dem die Truppen sich aufstellten und dann defilierten. Der Thronfolger Jussuf Izzeddin-Efendi, der Großwesir, die Minister, das Diplomatische Korps, die ottomanischen Großwürdenträger, die Marschälle, die Generale ohne Kommando umgaben Seine Majestät.

Ich freue mich sehr, gleich in den ersten Tagen nach meiner Ankunft das Schauspiel eines solchen militärischen Festes gehabt zu haben. Die Haltung der Truppen war tadellos. Die vom Yemen zurückkommenden Bataillone aus Lasistan mit ihrem ernsten, martialischen Aussehen, ihren hellgrauen Uniformen und Kopfbedeckungen aus kariertem Stoff von gleicher Färbung, der oberhalb des Nackens geknotet wird, sind besonders bewundert worden.

Mit den Truppen in Reih und Glied defilierten einige junge Prinzen des kaiserlichen Hauses, die zur Armee gehören, unter andern zwei Söhne Abd ul Hamids, von denen der eine die Militärschule besucht, der andre noch ein Kind ist. Dieser letztere, der noch nicht hätte mitmarschieren können, hatte ein Pony bestiegen und machte sich sehr gut.

Nach der Revue wurden die Prinzen, die aus den Reihen getreten waren, vom Sultan dem König Peter vorgestellt. Die freundliche Güte und väterliche Liebe, womit Mehmed V. diese jungen Familienglieder behandelte, wurde viel bemerkt.

Wer die Geschichte des ottomanischen Hauses kennt, kann nicht umhin, sich der Vergangenheit zu erinnern und Vergleiche anzustellen. Glücklicherweise sind wir weit von den Zeiten entfernt, wo die Staatsräson verlangte, daß jeder Sultan bei seiner Thronbesteigung seine Brüder, Neffen oder andre nahe Ver-

Digitized by Google

wandte, die seiner Macht hätten gefährlich werden können, ermorden ließ. Dieser barbarische Brauch stammte von Bajesid I. (1389), der, als er die Regierung übernahm, Jakub, seinen Bruder und Nebenbuhler, ermordete. Was für eine Menge von Verbrechen sind seitdem begangen worden! Selim I., der durch Vatermord Sultan geworden war, ließ (1512) seine Brüder und Neffen erwürgen. Soliman der Prächtige verdunkelte seinen Ruhm, indem er seinen Sohn und seinen Enkel töten ließ. Murad III. ließ bei seiner Thronbesteigung (1574) seine fünf Brüder erwürgen. Mehmed III. ließ seine neunzehn Brüder in einem Gemach des Palastes mit Beilhieben niederschlagen (1595). Murad IV. ließ seinen Oheim und seine drei Brüder erdrosseln. Osman III. vergiftete drei seiner Neffen (1754) . . .

*

Der Sultan Mehmed V. ist seinem Bruder Abd ul Hamid kraft des „Seniorats" gefolgt, nach dem das Zepter an das älteste unter den regierungsfähigen männlichen Familienmitgliedern übergeht. Dieses Gesetz regelt die Thronfolge in der osmanischen Familie seit Ahmed 1. (1603). Es war bei den arabischen Kalifen bis zur Eroberung von Damaskus und von Mekka in Kraft gewesen. Mohammed Reschid (das ist der Name, mit dem der gegenwärtige Sultan unter der vorhergegangenen Regierung bezeichnet wurde) war zu gut, zu sanft, zu offenkundig harmlos, um Abd ul Hamid ernstlich mit Mißtrauen zu erfüllen, so argwöhnisch dieser auch war. Er verdankt es vielleicht diesen Eigenschaften, daß er noch auf der Welt und jetzt an der Regierung ist . . .

Mehmed V. ist in der Tat von Grund aus gut. Dies ist der Hauptzug seines Charakters. Man braucht nur in seine Nähe zu kommen, um erstaunt zu sein über die Sanftmut und das Wohlwollen, die von seiner Persönlichkeit ausstrahlen. Diese Eigenschaften machen sich sogar durch die Banalitäten der offiziellen Audienzen hindurch bemerkbar . . .

Dennoch wurde er unter Abd ul Hamid, damit dessen Tyrannei niemals ihre Rechte verliere und Mehmed Reschid nicht, selbst unbewußt, Verschwörern als Werkzeug dienen könne, streng bewacht und beaufsichtigt, und man kann sagen, daß er seine Jugend und seine reifen Jahre in einer Abgeschlossenheit verlebte, die stark einer Gefangenschaft glich. Während der dreiunddreißig Jahre, die die Regierung Abd ul Hamids dauerte, ist er in einem Palast eingesperrt gewesen, den er nur verließ, um sich im Brougham nach seinem Landhause in Balmumdschu zu begeben. Sein Haushalt war höchst einfach und bescheiden, denn die Apanage, die ihm sein erlauchter Bruder zukommen ließ, überstieg nicht 6000 türkische Pfund jährlich. Und da ihm diese Summe sehr unregelmäßig ausbezahlt wurde, so befand er sich, wie erzählt wird, manchmal in peinlichen Geldverlegenheiten. Er war persönlich unnahbar; die Leute, die in seinem Dienste standen, wurden beständig von Spähern beobachtet. Für die Ausländer existierte er nicht, und die diplomatische Welt kannte ihn nicht. Was die Ottomanen betrifft, so wäre es für sie äußerst gefährlich gewesen, zu ihm

Digitized by Google

oder den Seinigen irgendwelche Beziehungen zu haben. Ein Gespräch, ein einfacher Austausch von Grüßen mit irgendeiner Persönlichkeit seines Hauses konnte auf ein geheimes Einverständnis schließen lassen und zu einer Denunziation Anlaß geben, deren Folge, je nach den Umständen, das Exil, die Ausweisung oder ein geheimnisvolles Verschwinden gewesen wäre.

Der Sultan spricht keine europäische Sprache. Dasselbe sagte man von Abd ul Hamid; aber dieser konnte ein bißchen Französisch und verstand es besser, als er merken lassen wollte. Mehmed V. soll mit einigen künstlerischen Talenten, besonders musikalischen, begabt sein. Die vortreffliche Musik, die wir unlängst abends im Palast während des dem König Peter zu Ehren veranstalteten Diners und nachher zu hören bekamen, scheint diese Behauptungen zu bestätigen.

Er ist liberal; das läßt sich leicht verstehen; aber er ist es mehr aus Instinkt als aus Vernunftgründen; denn seine Kenntnisse im konstitutionellen Recht wie in jeder Wissenschaft sind sehr beschränkt.

Er ist sich seiner Unerfahrenheit bewußt, und wenn man ihn auch, als er den Thron besteigen sollte, nicht mit Gewalt hinauftragen mußte, wie es mit Suleiman II. im siebzehnten Jahrhundert und mit Murad V. in unsrer Zeit der Fall war, so zeigte er doch als ehrlicher Mann, der er ist, die Angst, nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zu stehen, und bat die Staatsmänner, die ihn umgaben, ihm ihren Rat nicht vorzuenthalten.

*

April 1910. Der türkische Gesandte am Hofe des Zaren von Bulgarien hat gelegentlich des Besuches des bulgarischen Königspaares einige Tage in Konstantinopel zugebracht. Ich kenne ihn schon lange als einen ausgezeichneten, intelligenten, gebildeten, offenen, loyalen Ottomanen von großen Ideen und dabei religiöser Gesinnung, als einen von Grund der Seele aus überzeugten Muselman. Er ist ein Vetter des Justizministers, der ein „Hodscha" ist und dessen Kostüm trägt. Ich weiß nicht, ob er Alt- oder Jungtürke ist: ich möchte ihn für einen sehr liberalen Alttürken halten.

Wir haben miteinander gesprochen. Er glaubt nicht, daß Bulgarien für den Augenblick aggressive Absichten gegen die Türkei hegt. Der König ist sehr klug und sehr besonnen. Bulgarien hat große Fortschritte gemacht; es ist ein ernst zu nehmendes Land, seine Armee ist ausgezeichnet. Aber in einem Kampf, den es mit der Türkei zu bestehen hätte, würde dieses Kräfte aufbieten können, die Bulgarien nicht besitzt. Die Gesamtstärke der bulgarischen Armee im Kriegsfalle beträgt ungefähr 200000 Mann, die der ottomanischen Armee mehr als anderthalb Millionen. Was für Bedürfnisse auch die andern Teile des Reiches haben mögen, die Türkei wird der bulgarischen Armee in Thrazien immer eine an Zahl überlegene und an Qualität zum mindesten gleiche Armee entgegenstellen können.

Trotzdem verhehlt sich Assim-Bei nicht die Gefahren, denen die Türkei

Digitized by Google

durch ihre jungen, ehrgeizigen, gutbewaffneten Nachbarn ausgesetzt ist, die nach ihren europäischen Besitzungen lüstern sind. Er fürchtet die Bulgaren mehr als die Griechen; denn der letzte Krieg hat keine großartige Vorstellung von der hellenischen Armee zurückgelassen. Er sagte zu mir: „Wenn wir angegriffen werden, werden wir standhaft kämpfen, um das zu erhalten, was uns von den Eroberungen unsrer Väter übriggeblieben ist, und Europa wird sehen, daß wir nicht degeneriert sind. Wir Muselmanen glauben, daß die Beschlüsse Gottes sich auf den Schlachtfeldern offenbaren. Mit Allahs Hilfe werden wir siegen. Sollten wir trotz aller unsrer Anstrengungen unterliegen (man würde sehen, um welchen Preis!), müßten wir das Haupt beugen, weil es der Wille Gottes wäre . . .

„. . . Wir haben uns in den Verlust von Bosnien und der Herzegowina finden können, obwohl unsre Völker sich durch die Boykottierung des österreichisch-ungarischen Handels zu rächen gesucht haben. Seit langer Zeit hatten wir diese beiden Provinzen verloren gegeben. Sie waren keine Länder des Islams mehr. Die Christen bildeten dort die Mehrheit der Bevölkerung. Aber es gibt andre Länder, die uns Europa gezwungen hat, durch Vertrag abzutreten, obwohl wir siegreich gewesen waren. Diese Länder gehören uns noch nach dem Ratschluß Gottes, und wenn die Gelegenheit es erlauben würde, könnten wir sie mit den Waffen in der Hand wieder zurückfordern. Sie gehören uns: wir waren nicht besiegt worden . . ."

*

April 1910. Die Militärattachés erklären einstimmig, daß der Türke einer der besten Soldaten der Welt ist: mäßig, an Manneszucht gewöhnt, stark, widerstandsfähig gegen Strapazen, mutig bis zum Heldentum, gleichgültig gegen Anstrengungen und den Tod. Wenn er glaubt, daß die Befehle, die er erhält, vom Kalifen ausgehen, so gehorcht er blind. Der Tod ist für ihn nur der Uebergang in ein glücklicheres Leben. Vergleicht man ihn mit dem Japaner, so hat dieser bessere Nerven, der Türke stärkere Muskeln.

Bis zur Proklamierung der Verfassung waren die Christen des Reiches vom Militärdienst befreit. Sie zahlten für ihren Loskauf eine jährliche Steuer. Hingegen waren alle „wahren Gläubigen" zum Heeresdienst verpflichtet. In Wirklichkeit waren die Muselmanen von Konstantinopel, die eines Teiles von Albanien und Arabien, die Kurden, die Araber von Kleinasien, die Berber und Beduinen von Tripolis vom obligatorischen Militärdienst befreit. Ueberhaupt wurde jeder Muselman, der fünfzig türkische Pfund bezahlte, der Reserve zugeteilt, und bezahlte er dieselbe Summe zum zweitenmal, so wurde er sogar im Falle der Mobilisierung nicht einberufen.

Heutigestages müßten in Anbetracht des Gleichheitssystems, das die Jungtürken für die Untertanen des Reiches ohne Unterschied der Rasse oder der Religion einführen wollen, die Christen Dienst tun wie die Muselmanen und in der ottomanischen Armee in beträchtlicher Menge figurieren. In Wirklichkeit

Digitized by Google

rekrutierten sich jedoch die Kombattanten fast nur aus den Muselmanen. Die Zahl der Christen, die sich in der Armee befinden, geht nicht über 15 % des Effektivbestandes hinaus, und sie sind beinahe ausschließlich den verschiedenen Zweigen des Verwaltungsdienstes zugeteilt.

Jemand sagte zu mir: „Man darf nicht die ganze ottomanische Armee nach den Truppen beurteilen, die wir in Konstantinopel sehen. Diese sind gut ausgerüstet, gut gekleidet, gut beschuht, gut bewaffnet. Leider ist nicht die ganze Armee in demselben Zustand. Es gibt in den Provinzen Korps, die in bezug auf die Ausrüstung, die Bewaffnung, die Ausbildung, die militärische Erziehung usw. viel zu wünschen übrig lassen. Die Regimenter, die man uns vorzeigt, sind Musterregimenter; sie sind von deutschen oder von ottomanischen Offizieren, die ihre militärische Ausbildung im Ausland, besonders in Deutschland, erhalten haben, ausgebildet und unablässig einexerziert."

Den vortrefflichen Ratschlägen folgend, die ihm von hervorragender sachverständiger Stelle gegeben wurden, hatte der Sultan Abd ul Hamid sich entschlossen, seine Armee zu reformieren. Das war eine Aufgabe, die sich schon mehrere Sultane gestellt hatten. Selim III. zum Beispiel, der von 1789 bis 1807 regierte, wagte sich an dieses große Werk, trotz des beharrlichen Widerstandes der Janitscharen (die damals 400 000 Mann zählten), der Körperschaft der Ulemas und aller fanatischen Anhänger der jahrhundertealten Ueberlieferung, die ihm zuriefen: „Rühre nicht an das Bestehende! Entlehne nichts von den Ungläubigen, denn das Gesetz verbietet es." Ebenso versuchte zum Beispiel noch Mahmud II., der von 1808 bis 1839 Sultan war, beschämt über die Niederlagen seiner Truppen im Krieg gegen die Griechen, seine Armee zu reformieren, und fing damit bei demselben Elitekorps der Janitscharen an; aber diese widersetzten sich ihm ebenso wie seinem Vorgänger Selim, und er konnte ihren Widerstand nur brechen, indem er sie vernichtete (1826). Später, in der Zeit des Kampfes mit seinem mächtigen Vasallen Mehemed Ali, bat er Preußen um Instruktionsoffiziere. Zu der Militärmission, die ihm gesandt wurde, gehörte unter andern auch der spätere Feldmarschall Graf Moltke. Aber da man nach jeder Reform es bei den erzielten Erfolgen bewenden ließ, ohne die nachfolgenden Fortschritte der andern europäischen Armeen mitzumachen, so blieb die türkische Armee, die als erste den europäischen Völkern den Gebrauch der Artillerie gezeigt hatte, die vom vierzehnten bis zum sechzehnten Jahrhundert die gefürchtetste unter den Armeen der Welt war, beinahe immer hinter den andern zurück. Unter Abd ul Hamid kam man auf dem Wege der Reformen nicht sehr weit. Er hatte den deutschen General Kähler an der Seite, ebenso den heutigen Feldmarschall von der Goltz, der mehr als zwölf Jahre lang militärischer Berater, Inspekteur der Armeeschulen und Unterchef des Generalstabes war. Doch der Sultan Abd ul Hamid war der Argwohn und die Furcht in Person. Er glaubte, daß die Armee, sobald sie reorganisiert wäre, ihn entthronen würde, und daß die Reformen, die man bei ihr einführte, keinen andern Zweck hätten. Er hielt Pläne zu Manövern und Uebungen für Verschwörungen. Er erlaubte nicht, daß die

Digitized by Google

Artillerieregimenter der Garnison Konstantinopel Kanonen hatten. Sein Mißtrauen lähmte das geplante und begonnene Reformwerk. Freiherr von der Goltz-Pascha trat im Jahre 1895 aus dem türkischen Dienst aus und ließ das sehr nützliche und sehr einsichtsvoll betriebene Werk, das er unternommen hatte, unvollendet.

Im Jahre 1908 hätten ihn die Jungtürken gern wieder bei sich gehabt und ihn mit der Aufgabe betraut, die Reorganisierung der Armee zum guten Ende zu führen. Er lehnte aber ab. Da indessen die hohen Offiziere der türkischen Armee der Mehrzahl nach seine Schüler und Freunde waren, erklärte er sich bereit, ihnen seine Ratschläge zu erteilen. Er war es, der die Idee zur Veranstaltung der großen Manöver nach europäischem Muster im letzten Jahre (1909) hatte, der ersten, die in der Türkei stattgefunden haben. Sie spielten sich in der Umgebung von Adrianopel ab. Die Truppen hielten sich vortrefflich; die Brücken über die Tundscha wurden rasch und geschickt geschlagen und trotz der sichtbaren, übrigens leicht zu verbessernden Fehler waren die Ergebnisse der ersten großen Manöver zufriedenstellend. Die türkische Armee hat zwar keinen deutschen Oberbefehlshaber, dafür aber eine ziemliche Anzahl von Instrukteuren deutscher Nationalität. Außerdem befinden sich in den hohen Stellen der türkischen Armee mehrere aus deutschen Schulen hervorgegangene Offiziere. Zu ihnen gehört der Generalstabschef Izzet-Pascha. Mahmud Mukthar, Sohn des Ghâsî Mukthar-Pascha, der bereits den Generalsrang erreicht hatte, den aber die Revolution wieder zum Obersten machte, allerdings indem sie ihn als Wali nach Smyrna schickte, hat alle Grade vom einfachen Soldaten bis zum Major in der deutschen Armee durchlaufen. Der Kriegsminister Mahmud Schefket-Pascha hat nahezu zehn Jahre seines Lebens in Deutschland zugebracht, und zwar als Vorsitzender der Kommission für die Abnahme der Waffen und der Munition, die von den deutschen Fabriken geliefert werden.

Der deutsche Einfluß ist also in der Armee vorherrschend, aber er ist es nicht ausschließlich. Es sind auch höhere Offiziere vorhanden, die aus den französischen Schulen hervorgegangen sind, wie Nazim-Pascha, den die Jungtürken in halber Ungnade als General-Gouverneur nach Bagdad geschickt haben und der, wenn ich nicht irre, aus der Schule von Saint-Cyr gekommen ist; sodann Scherif-Pascha, ebenfalls ein Saint-Cyrianer, der in Frankreich lebt und von dort aus einen heftigen oppositionellen Feldzug gegen das Komitee führt.

Was die Armee betrifft, so ist sie — um die Urteile kurz zusammenzufassen, die man über sie fällt — auf dem besten Weg der Reorganisation; sie hat merkliche Fortschritte gemacht; es gibt in ihr Korps, die mit den entsprechenden der besten europäischen Armeen wetteifern können; aber nicht alle sind so weit. Der Rohstoff ist ausgezeichnet, aber in bezug auf die Armee wie auf alle Dinge in der Türkei bekommt man alle Augenblicke zu hören: „Man kann nicht alles auf einmal machen; man braucht Geld und Zeit."

*

Digitized by Google

April 1910. Während des Aufenthaltes des Königs von Serbien fand ein Meinungsaustausch mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch und dem Minister des Auswärtigen Milowanowitsch statt über das Projekt der Eisenbahn von der Donau nach dem Adriatischen Meer, dessen rasche Ausführung von so großer Wichtigkeit für Serbien wäre und für das sich andre Mächte von verschiedenen Gesichtspunkten aus interessieren.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Handelsverkehr durch Albanien entgegenstellen, sind so groß, daß dieser Verkehr niemals sehr lebhaft gewesen ist. Doch es gab früher eine Handelsstraße, die vom Osten nach dem Westen der Balkanhalbinsel führte. Sie folgte zum Adriatischen Meer hinab der Senkung des Drin, des einzigen vorhandenen Ausgangs zum Meer in dem beinahe unzugänglichen Gebirgsmassiv, das sich parallel zur Küste von Dalmatien nach Epirus hinzieht. Der lange Einschnitt des Drin, der im Südosten von Skutari mündet, hat wahrscheinlich eine wirkliche Straße gebildet; man muß das annehmen, denn man findet dort alte bedeutende Bauten, wie die berühmte Brücke der Wesire, eine der großartigsten, die die Türken je erbaut haben; aber heutigestags ist sie nur ein Pfad und sogar stellenweise ungangbar.

Die durch die Beschaffenheit des Bodens vorgezeichnete ursprüngliche Verkehrsstraße, die den Windungen enger, langgestreckter und unwirtlicher Täler folgte, ist also vollständig verschwunden. Infolgedessen kann man jetzt vom Adriatischen Meer aus nur schwer in die Balkanhalbinsel eindringen. Ebenso kann man auch umgekehrt von Südrußland, Rumänien, dem östlichen Ungarn, Bulgarien, Serbien nicht direkt zum Adriatischen Meer gelangen. Der Handelsverkehr geht andre Wege. Die Isolierungspolitik, zu der sich das Reich in bezug auf Albanien genötigt sieht, eine mißtrauische Verwaltung, der wenig entgegenkommende Charakter der Bevölkerung und ihre Rivalitäten haben die natürlichen Hindernisse noch gesteigert. Und am meisten leidet unter diesem Stand der Dinge Serbien.

Nun besteht seit zehn oder zwölf Jahren ein Projekt zu einer Eisenbahn, die sich einerseits an die rumänischen Linien anschließen und anderseits in einem noch zu bestimmenden adriatischen Hafen ausmünden würde. Diese Bahnlinie würde Serbien in der Diagonale von Nordosten nach Südwesten, vom Eisernen Tor über Nisch bis Mrdare durchqueren. Von Mrdare würde die Linie durch Altserbien und Albanien führen; aber ihr Weg ist noch nicht bestimmt. Die Mehrzahl der Interessenten möchte die Bahn den direktesten Weg von der serbischen Grenze zum Meer nehmen, also in San Giovanni di Medua oder in Antivari münden lassen, wenn die Türkei erlaubte, daß sie montenegrinisches Gebiet berührt, was nicht der Fall ist. Die ottomanische Regierung ist dagegen auf die Wahrnehmung ihrer Interessen bedacht. Sie will einen Weg, der gewisse Zentren und eine Anzahl von Ortschaften miteinander verbindet, kurz, einen Weg, der für ihre Interessen am vorteilhaftesten ist. Das ist ihr offizieller Standpunkt. Ist das nun aufrichtig gemeint? Es könnte sehr leicht sein, daß dieses Suchen nach dem vom ottomanischen Standpunkt aus vorteilhaftesten

Digitized by Google

Wege von ihrer Seite nur eine Ausflucht, ein Verzögerungs- oder Hinderungsmittel wäre.

Die am meisten an dieser Angelegenheit interessierten Mächte sind Serbien, Rußland, die Türkei, Italien und Frankreich. Für Serbien, das ins Innere des Landes eingeschlossen ist, keine eignen Absatzwege hat und für die Ausfuhr seiner Landesprodukte vom guten Willen der Mächte und auswärtigen Gesellschaften abhängig ist, handelt es sich um ein wirtschaftliches, moralisches und politisches Interesse erster Ordnung; dasselbe müßte für die Türkei gelten, wenn nicht ihr Mißtrauen gegen die andern interessierten Nationen wäre. Für Rußland besteht nur ein politisches und moralisches Interesse. Für Frankreich würde die Bahn außer dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, das eine neue Absatzwege erschließende Eisenbahnlinie für jede große Industrie- und Handelsnation hat, auch ein direktes und unmittelbares finanzielles und industrielles Interesse haben, da die Régie Générale Française des Chemins de Fer ottomans die Konzession für die Arbeiten bekommen und diese durch ihre Ingenieure und mit Hilfe ihrer Kapitalien ausführen würde. Was Italien betrifft, so scheint es, wie Serbien, an dem Projekt Interessen verschiedener Art zu haben. Würden aber die Vorteile, die es davon haben würde, nicht durch andre Umstände aufgehoben werden? Es ist sicher, daß eine Eisenbahnlinie, die Bari gegenüber auf das Adriatische Meer münden würde, der italienischen Ausbreitung auf der Balkanhalbinsel dienen könnte. Da sie aber zu gleicher Zeit dazu dienen wird, ein slawisches Standquartier im Adriatischen Meer zu schaffen, fragt man sich, ob die paar Handelsvorteile, die Italien daraus ziehen wird, nicht durch einen ethnischen Nachteil von viel längerer Dauer und viel schwereren Folgen zu teuer bezahlt werden. Ist es doch bekannt, daß das Slawentum den italienischen Einfluß im Adriatischen Meer bekämpft und unterdrückt. Triest ist nur noch ein halb italienisches Eiland, auf allen Seiten von slawischen Wogen bespült, die es umschließen und es zu überschwemmen suchen. Beinahe in ganz Dalmatien macht das slawische Element dem italienischen erfolgreich den Platz streitig, und das Slawentum des Balkans verlangt nur danach, sich auf das Adriatische Meer zu stürzen. Eine auf dieses Meer mündende Eisenbahnlinie wird ihrem klugen Instinkt sehr dienlich sein. Das hindert nicht, daß man in Italien, wo man vor allem an die unmittelbaren Vorteile denkt, die Eisenbahn für die italienischen Interessen vorteilhaft findet.

Das Projekt hat, wie seine Anhänger, so auch seine Gegner. Oesterreich-Ungarn kann nur dagegen sein, da das Projekt den Interessen seiner Nebenbuhler dient. Deutschland zeigt sich gleichgültig, eher ablehnend, da die Ausführung des Projektes deutschen Interessen wie den österreichischen schaden muß. Was die Türkei betrifft, die nominell unter den an seiner Ausführung interessierten Mächten figuriert, so muß man sie unter die Gegner rechnen. Umsonst führt man die besten Argumente auf, um auf sie zu wirken: die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens, seinen moralischen Aufschwung, den Wohlstand, der sich für seine Bevölkerung daraus ergeben wird, den Umstand, daß die Bahn es der Regierung erleichtern

Digitized by Google

wird, Truppen hinzuschicken und dort ihre Autorität zur Geltung zu bringen. Sie scheint in dem Bau der Linie mehr Nachteile als Vorteile zu sehen und zeigt durch ihre Unentschlossenheit, durch die Aufschübe, die sie verlangt, und andere dilatorische Hilfsmittel ihrer Diplomatie, daß sie nur widerwillig sich einverstanden erklärt.

Zu erwähnen sind auch die Hindernisse, die von seiten der österreichischen Gesellschaft der Orientbahnen entstehen können, da diese sich in dem Konzessionsvertrag über die Linie Saloniki—Uesküb—Mitrovitza das Vorrecht zum Bau jeder neuen Linie hat geben lassen, die jene schneiden würde; vielleicht auch von seiten der deutschen Gesellschaft für die Linie Monastir—Saloniki. Doch unter Finanzmännern kann immer eine Verständigung erzielt werden. Es wird Sache der französischen Konzessionsgesellschaft sein, mit der österreichischen und der deutschen Gesellschaft durch Kompensationen und Beteiligungen einen Ausgleich herbeizuführen.

Endlich, last, not least, werden Schwierigkeiten auftauchen — sie haben sich schon gezeigt — von seiten Albaniens, dessen Gebiete von der Linie durchquert werden müßten. Das Studium der Trasse durch französische Ingenieure hat schon unterbrochen werden müssen wegen der wilden Feindseligkeit, von der die Albanesen gegen sie erfüllt zu sein schienen. Die Ingenieure wurden mit Flintenschüssen verjagt. Dies wurde Hakki-Pascha mitgeteilt. Der Großwesir antwortete: „Warum tragen sie auch Hüte? Hätten sie den Fes aufgehabt, so würde man sie in Ruhe gelassen haben." Das ist ein Scherz. Aber die Arbeiten sind unterbrochen worden und werden erst wieder aufgenommen werden, wenn die Türkei den Weg, den sie zu wählen gedenkt, und den Hafen des Adriatischen Meeres, in dem die Bahn münden soll, festgestellt hat. Vorderhand hat sie schon jede Konzession von der ersten Bedingung abhängig gemacht, daß die Linie von der serbischen Grenze bis zum Meer ausschließlich auf türkischem Gebiet laufen soll. Das heißt, daß sie das montenegrinische Gebiet nicht berühren soll. Außerdem soll gegen alle Logik und alle Lehren der Praxis dieses Studium der Bahnlinie, wenn es wieder aufgenommen wird, in der Weise ausgeführt werden, daß man vom Meer ausgeht und die Täler aufwärts steigt. Das wird sehr wahrscheinlich zu Irrtümern, gewiß aber zu Stockungen und Verzögerungen Anlaß geben; aber wenn man nur um diesen Preis die Konzession erlangen kann, so wird man sich's gefallen lassen.

*

April 1910. Der Baron Marschall von Bieberstein wird in Konstantinopel erwartet. Er kommt aus Aegypten zurück, nachdem er einen Sohn des Kaisers ins Heilige Land begleitet hatte. Seine Abwesenheit von der Hauptstadt während der Besuche des bulgarischen Königspaares und des serbischen Monarchen deutet darauf hin, daß man in Berlin den Gesprächen, die sich bei diesen Gelegenheiten austauschen ließen, keine große Bedeutung beilegte.

Der Baron von Marschall ist der Doyen und ohne Widerspruch die in

Digitized by Google

jeder Hinsicht bemerkenswerteste Persönlichkeit des Diplomatischen Korps in Konstantinopel, wo er seit dem 18. November 1897, also bald dreizehn Jahre, beglaubigt ist.

Ich fasse kurz zusammen, was ich von ihm weiß. Er ist Badener, ebenso wie seine Gemahlin, die einer der bei Hofe angesehensten Familien im Großherzogtum entstammt.

Er ist aus dem Richterstand hervorgegangen.

Er wurde im Jahre 1890 an die Stelle des Grafen Herbert Bismarck berufen, dessen Nachfolgerschaft dem neuen Kanzler Graf Caprivi lästig war. Das diplomatische Korps bot allerdings Männer wie Hatzfeldt, Münster, Radowitz, aber gegen jeden von diesen waren Einwendungen zu machen: finanzielle Lage, Alter usw. Obwohl der Baron Marschall als ein neuer Mann erschien, wurde er doch von Holstein und Berchem vorgeschlagen, also vom Auswärtigen Amt selbst, das Gelegenheit gehabt haben mußte, ihn seinem Werte nach zu würdigen. Marschall war damals stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat für das Großherzogtum Baden. Er blieb sieben Jahre Staatssekretär des Auswärtigen. Anfangs scheint er sich nicht viel aus diesem Amt gemacht zu haben, wenn es richtig ist, daß er im Jahre 1893 gern die Leitung des Auswärtigen Amtes mit der des Reichsamts des Innern vertauscht hätte.

Seine Ernennung zum Botschafter in Konstantinopel fällt mit dem Beginn der deutschen Expansionspolitik im Orient zusammen, die eingeleitet zu haben mit vollem Recht als das Verdienst des Kaisers angesehen wird, deren Erfolg aber auch zum großen Teil dem geschickten Vertreter zu verdanken ist, den er an die Ufer des Bosporus sandte.

In Konstantinopel errang Marschall unter dem Hamidischen Regime eine bedeutende Stellung. Er allein hatte, wie es hieß, mehr Einfluß als alle andern Botschafter zusammen. Sein Land hat, zum großen Teil durch ihn, beträchtliche Vorteile in der Türkei erlangt. Der wirtschaftliche und politische Einfluß Deutschlands in Konstantinopel hat sich immer mehr befestigt, und Deutschland galt als der treueste Freund der Türkei, der Kaiser als der persönliche Freund des Sultans und als der Beschützer des Islam.

Der Einfluß Frankreichs und Englands ist dagegen im entsprechenden Verhältnis gesunken, besonders der Englands. Die türkische Welt war zu der Erkenntnis gelangt, daß unter den Mächten nächst Rußland England am meisten zur Verkleinerung des Gebiets und zur Herabsetzung der Würde der Ottomanen beigetragen hat. Man machte ihm den durch seine Pressionen herbeigeführten Krieg von 1877 zum Vorwurf; ferner die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, die auf die Initiative Lord Beaconsfields und seine Intrigen mit Oesterreich-Ungarn zurückgeführt wird; die Wegnahme Cyperns; die Besetzung Aegyptens, die die Türkei niemals hat anerkennen wollen; endlich mancherlei separatistische oder sonstige eigennützige Umtriebe in Arabien, Mesopotamien und Armenien.

Die Revolution von 1908 führte einen neuen Umschwung herbei. Der

Digitized by Google

Freiherr von Marschall hatte, wie es schien, mit dem alten Regime zu gut gestanden, um das Vertrauen des neuen genießen zu können. Die Uebernahme der Regierung durch die Jungtürken schien das Ende des Prestiges bedeuten zu müssen, dessen er sich bisher erfreut hatte. Trotzdem wurde — sei es, daß man in Berlin nicht an eine längere Dauer des neuen Regimes glaubte, sei es, daß man den Botschafter für geschickt genug hielt, um bei den neuen Männern den Einfluß wiederzugewinnen, von dem er bei den alten einen so guten Gebrauch gemacht hatte — Marschall auf seinem Posten belassen.

Er regte sich nicht auf und blieb gelassen, als begeisterte Kundgebungen zu Ehren Englands veranstaltet und allerlei Maßregeln aus Haß gegen Deutschland ergriffen wurden: als zum Beispiel das Reichssiegel — das Emblem des Großwesirats — Ferid-Pascha entzogen wurde, damit Deutschland merke, daß es mit seinem Einfluß in der Türkei vorbei sei, und zuerst (im Juli) Saïd-Pascha, dann (im Oktober) Kiamil-Pascha anvertraut wurde, um England eine Garantie zu geben, daß die Sympathien der jungen Türkei sich ihm zuwendeten; als ferner die Blätter des Komitees und andre um die Wette die englischen Einrichtungen, die englischen Freiheiten priesen und zugleich verletzende oder unfreundliche Artikel an die Adresse Deutschlands veröffentlichten ... Das dauerte acht Monate, bis zu dem — übrigens verfassungswidrigen und revolutionären — Sturz Kiamil-Paschas (13. Februar 1909).

Seitdem haben sich die anglophilen Wallungen gelegt. Und der Baron Marschall arbeitet ruhig, geduldig, aber mit Erfolg an der Wiedereroberung des verlorenen Terrains.

*

Ich habe Marschall wiederholt getroffen und lange mit ihm gesprochen.

Physisch ist er ein Riese. Er hat die Statur der beiden ersten Kanzler des Deutschen Reiches, des Fürsten Bismarck und des Grafen Caprivi.

In moralischer und intellektueller Hinsicht offenbart er sich gleich von Anfang an als ein Mann von überlegener Begabung, ja als eine Persönlichkeit ersten Ranges.

Die Kraft und Energie, die er zu zeigen verstanden hat, wenn es die Umstände erforderten, verbergen sich bei ihm unter liebenswürdigen und verbindlichen Manieren. Er kann die Sympathien gewinnen, und er gewinnt sie. Um meine Eindrücke kurz zusammenzufassen: Marschall ist eine große und vornehme staatsmännische und Diplomatengestalt, und ein Monarch muß stolz sein, Diener von solchem Geistesmaß zu haben.

Ich begreife, daß viele Leute sich fragen, warum Marschall nicht Kanzler geworden ist, und ob er es nicht noch werden wird.

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Zur Wehrvorlage

Von

v. Deines, General der Artillerie z. D.

Lange erwartet, ist die neue Wehrvorlage erschienen. Was sie an Verstärkungen des Heeres selbst vorschlägt, für Unterkunft, Bekleidung, Bewaffnung usw. sowie für Festungsbauten verwendet wissen will, darf hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Im ganzen ist die Vorlage besonders von denen dankbar begrüßt worden, die die bisherige Anspannung unsrer Wehrkraft gegenüber allen politischen Möglichkeiten längst nicht mehr für genügend und als die unter noch erträglichen Bedingungen erreichbare höchste Leistung ansahen. Daß diese Auffassung namentlich im Generalstabe vertreten war, kann als sicher gelten. Die neueste politische Entwicklung hat ihm recht gegeben, und es ist hocherfreulich, daß nunmehr der allseitige Wille besteht, die Sache zum guten Ende zu führen.

Mag die Vorlage, wie sie ist, einzelnen Erwartungen mehr, andern weniger gebracht haben, so bleibt das völlig gleichgültig gegenüber der einen und wichtigsten Tatsache, daß wir wieder in die Lage kommen, unsre Wehrkraft voll auszunutzen.

Die Kompetenz des Generalstabs in diesen Dingen abzulehnen, hieße die Notwendigkeit seiner Existenz überhaupt verneinen. Nur an dieser zentralen Stelle läßt sich ein vollständiges Bild von der Zahl und der Leistungsfähigkeit unsrer möglichen Gegner und davon gewinnen, was wir an Unterstützung von unsern Verbündeten zu erwarten haben. Die Forderungen des Generalstabes zu prüfen sowie das wirtschaftlich Mögliche mit den übrigen maßgebenden Stellen des Reichs zu vereinbaren und vor dem Reichstag verantwortlich zu vertreten bleibt denn freilich Sache des Kriegsministeriums.

Ganz selbstverständlich besteht indes auch im Generalstabe vollste Klarheit darüber, daß zur Kriegsbereitschaft nicht nur Heeresverstärkungen, sondern auch gute Finanzen gehören, und daß daher die wirtschaftliche Kraft des Volkes in Friedenszeiten so weit als irgend angängig geschont werden muß. Steht aber schließlich die Sache so, daß wir Gefahr laufen, mit dem, was wir bisher unter Schonung unsers wirtschaftlichen Könnens geleistet haben, zu unterliegen, dann muß, mag es schmerzlich sein oder nicht, diese Schonung fallen. Die beste Gewähr gegen einen Angriff überhaupt und der sicherste Schutz für das Land, falls der Angriff dennoch erfolgt, bleibt immer eine starke und lückenlose Rüstung und die Ueberzeugung auf unsrer wie auf gegnerischer Seite, daß wir jederzeit bereit sind, uns unsrer Haut mit aller Energie und nicht etwa nur defensiv zu wehren. Handel und Wandel werden unter dem Schutz dieser schweren Rüstung vielleicht weniger freudig gedeihen, aber die höhere Sicherheit doch wahrscheinlich als durchaus wohltätig empfinden und bei ihrer lange bewiesenen inneren Tüchtigkeit auch so einstweilen vorwärtskommen.

Digitized by Google

Die geographische Lage des Deutschen Reiches setzt uns Angriffen von fast allen Seiten aus, und neben den großen werden sich, mehr oder weniger gezwungen oder freiwillig, auch die kleineren Gegner zu dem allgemeinen Treiben gegen uns einfinden. Die Feinde zu unterschätzen wäre ein verderblicher Fehler. Wollten wir eine vielleicht straffere und solidere Organisation, bessere Leitung und größere Dauerbarkeit für uns in Anspruch nehmen, so bildet doch zum Beispiel der fast bis zum Fanatismus gesteigerte und völlig einheitliche Wille zum Sieg auf französischer Seite schon allein ein schweres Gegengewicht. Unsre Verbündeten werden, wie natürlich, ihre eignen Sorgen in erste Linie stellen müssen. Es bleibt uns also gar nichts anders übrig, als selbst alles, was wirklich kriegstüchtig ist, auf die Beine zu bringen. Geradezu unhaltbar ist der bisherige Zustand, daß, während wir gegen mindestens zwei Fronten zu kämpfen haben, schon Frankreich, trotz seiner um viele Millionen geringeren Bevölkerungszahl, annähernd gleich starke Armeen wie wir sofort aufzustellen vermochte. Nur was mit Beginn des Krieges kampfbereit dasteht, zählt aber für die ersten, fast immer entscheidenden Schläge; was später wird, kann nicht mehr zurückgewinnen, was schon verloren ist.

Daß die bisher unverwendet gebliebenen Kriegstüchtigen in erster Linie zur Vervollständigung und zur Verstärkung der bestehenden Truppenteile verwendet werden sollen, ist nur zu billigen. Die Regimenter bedürfen infolgedessen geringerer Auffüllungen im Kriegsfall; sie bleiben jünger und leistungsfähiger, ganz besonders, wenn sie ihren Bestand an aktiven Offizieren und Unteroffizieren einigermaßen behalten und starke Abgaben an Reservetruppen, Ersatzbataillone usw. entbehrlich werden, was die Vorlage durch Schaffung der nötigsten Führerstellen für diese Formationen erreichen will. Auch die Reservetruppen werden besser; es kann nicht mehr eintreten, daß alte Jahrgänge ausrücken, während jüngere Kräfte unverwendet in den Standorten bleiben und erst notdürftig ausgebildet werden müssen, ehe sie überhaupt einen Kriegswert erreichen. Die Landwehrtruppen werden im wesentlichen der Verwendung im Lande erhalten bleiben.

Die Verstärkung der Bespannungen der Feldartillerie ist längst und allgemein als notwendig anerkannt. Die Neuaufstellung von Maschinengewehrkompagnien ist von größter Bedeutung. Der Aufklärungsdienst kann ohne Luftschiffahrt und Flieger nicht mehr auskommen, aber auch der Schaffung der heute noch fehlenden Kavallerieregimenter nicht entraten. Die Anforderungen an die Pioniere, Eisenbahn- und sonstigen Verkehrstruppen sind gewachsen, der Train kann, trotz aller Entlastung durch Kraftfahrabteilungen usw., in seiner heutigen Verfassung den unendlich vielseitigen Aufgaben, die er im Kriege zu erfüllen hat, schlechterdings nicht mehr genügen. Erhält die Armee die geforderten Erneuerungen von Grund aus, dann wird auch die Achtung vor den deutschen Waffen ihren alten Punkt wieder erreichen.

Frankreich hat uns mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit geantwortet. Es erreicht damit zwar ebenfalls eine erhöhte Schlagfertigkeit

Digitized by Google

seiner Armee, aber mit weit empfindlicheren Opfern. Die schon angekündigte wohlwollende Rücksichtnahme auf das Urlaubsbedürfnis des dritten Jahrgangs kommt außerdem einer Durchbrechung der dreijährigen Dienstzeit schon wieder nahe. Unsre östlichen Nachbarn werden wohl ebenfalls zu Neuaufstellungen veranlaßt werden; wir dürfen indessen hoffen, daß demgegenüber auch Oesterreich-Ungarn sich vorsehen wird.

Deutscherseits kann sich gegen Osten die Verbesserung der Festungen wohl als nützlich erweisen; sie ist in mehrfacher Hinsicht sogar dringlich. Indessen bleibt zu bedenken, daß sich die Verteidigung unsrer langgestreckten Ostgrenze nicht allerorts durch Festungen stützen läßt. Von mobilen Armeen abgesehen, müssen die Festungen selbst so starke bewegliche Besatzungen erhalten, daß der Gegner gezwungen wird, sie zu berücksichtigen. Diese Verbesserung der Besatzungen ist zunächst sogar als noch wichtiger anzusehen wie die Schaffung neuer Fortifikationen.

Die augenfällige Rolle, die die türkischen „Festungen" im letzten Balkankriege gespielt haben, darf nicht zu falschen Schlüssen führen. Janina und Skutari waren als Ortsbesitz erwünschter Siegespreis für Griechen bzw. Montenegriner; der Kampf um sie hat eine Bedeutung für die Entscheidung im großen überhaupt nicht erlangt. Der Kampf um Adrianopel trat erst in den Vordergrund, nachdem die bulgarische Offensive, die vorerst nur die allernotwendigste Rücksicht auf die Festung genommen hatte, vor den neu eingetroffenen türkischen Kerntruppen an der Tschataldschalinie zum Stehen gekommen war. Auch vor Adrianopel wurde dann lediglich um den Ortsbesitz gekämpft. Die Entscheidung im ganzen hing allein davon ab, ob die türkische Tschataldschaarmee die Offensive zu ergreifen und damit das Glück zu wenden vermochte. Im übrigen waren die der Hauptsache nach aus Erdschanzen und Drahthindernissen entstandenen türkischen Befestigungen weder als Festungen in unserem Sinne anzusehen, noch waren auf seiten der Angreifer die Mittel vorhanden, um wirkliche Festungen zu bezwingen.

Die starken Anforderungen für die Armee lassen es zusammen mit den notwendigen Aufwendungen für die Marine natürlich als völlig gerechtfertigt erscheinen, daß nach Ersparnissen gesucht wird. Maßgebend muß dabei bleiben, daß die Entscheidung im Kriege für uns unter allen Umständen auf dem Lande fällt. Trotzdem können wir aber auch eine schlagfertige und auf voller Höhe stehende Flotte nicht entbehren; sie hat unsere Küsten offen zu halten und muß imstande sein, durch Offensive aus dem für sie geschützten Bereich auch einem sehr überlegenen Feind verderblich zu werden. Vielleicht und hoffentlich hindert sie damit einen weiteren Gegner, sich leichten Herzens auf die uns feindliche Seite zu schlagen. Eine Steigerung der Anforderungen für die Marine über dies Ziel hinaus müßte die Landarmee schädigen.

Auch für die Armee mag jede überflüssige oder nebensächliche Ausgabe, soweit sie als solche nachgewiesen werden kann, fallen, aber immer bleibt zu bedenken, daß es sich im Kriegsfalle um die Erhaltung unsrer staatlichen Existenz

Digitized by Google

überhaupt handeln wird und daß ungerechtfertigte Sparsamkeit zu üblen Folgen führen kann. Gegen jeden Einspruch sollte an der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden. Was sonst als unentbehrlich zu erachten ist, wurde oben schon besprochen. Außer der Verstärkung des Offizierkorps ist besonders auch die Hebung des Unteroffizierstandes von Bedeutung. Je besser u. a. die Aussichten sind, die der Unteroffizier nach beendeter Dienstzeit in bürgerlicher Beamtenstellung findet, um so tüchtigere Kräfte werden wir für die Ausbildung haben.

Daß die Verpflegung des Mannes trotz der erdenklichsten und sinnreichsten Maßnahmen der Truppenteile immer noch durch heimatlichen Nachschub gestützt werden muß und daß darunter, bei aller Kameradschaftlichkeit im Heere, der Minderbemittelte leidet, leuchtet ohne weiteres ein. Daß die Pferde unsrer Kavallerie und Artillerie bei ihren höchst dürftigen Rationen, trotz aller Aufbesserungsversuche, zur Entwicklung ihrer vollen Leistungsfähigkeit kaum kommen, ist ebensowenig zweifelhaft. Ob zur Verminderung der Kosten für die Unterkunft, für Schießstände, Uebungsplätze usw. die Wiederbelegung kleinerer Städte beitragen kann, ist wohl hinreichend erwogen worden.

Als sehr richtig ist es schließlich anzuerkennen, daß die Neubildungen nicht wieder auf eine Reihe von Jahren verteilt werden sollen. Dazu ist die Zeit nicht geeignet.

Nun noch kurz einige Worte über die finanzielle Deckung. Es ist nicht wegzuleugnen, daß gerade die immer wiederholten Klagen über unerträgliche Belastung bei unsern Gegnern den Irrglauben erst hervorgerufen haben, daß wir am Ende unsrer Leistungen seien, daß es nur eines kräftigen Stoßes bedürfe, um dies halb bankrotte und dazu durch politische Unzufriedenheit geschwächte Staatsgebilde kurzerhand über den Haufen zu werfen. Tatsächlich und selbst dem Laien erkennbar hat jedoch der deutsche Markt in den letzten Monaten gegenüber äußerster Inanspruchnahme eine Widerstandsfähigkeit erwiesen, die nur auf allersolidester Grundlage erwachsen konnte. Auch für die neuen Forderungen wird sich daher bei gutem Willen die nötige Deckung noch beschaffen lassen, besonders freilich deshalb, weil sie unter den bestehenden politischen Verhältnissen eben beschafft werden muß. Erweist sich die Belastung auf die Dauer wirklich als zu schwer, so mag in minder kritischen Zeiten darüber entschieden werden, was an Erleichterungen gewährt werden kann. Der Gedanke einer einmaligen kräftigen Besteuerung der größeren Vermögen ist ziemlich allgemein als glücklich empfunden worden; schade nur, daß er durch langes Lagern gar zu sehr in die Breite gegangen ist und an Charakter verloren hat.

Die Behauptung, daß wir die neue Vorlage weniger sachlicher Erwägung wie den Treibereien von Kriegsparteien, dem Wehrverein, alldeutschem Chauvinismus usw. zu verdanken hätten, bedürfen eigentlich kaum ernstlicher Widerlegung. „Deutscher Chauvinismus" ist Phrase und blühender Unsinn zugleich. Was hat der Deutsche mit dem Chauvin oder dem Miles gloriosus zu tun? Tiefer sittlicher Ernst ist es zum Beispiel wie 1813 auch 1870 gewesen, der die Be-

Digitized by Google

wegung des deutschen Volkes trug. Trotz unerhörter Siege keinerlei Ueberhebung und bezeichnend für die Stimmung im ganzen Heere das einfache Wort des Königs: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung." Auch heute wird das nicht anders sein.

Die Pflege der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes, die der Wehrverein will, kann ihm nur gedankt werden; das weichmütige Weltbürgertum des gebildeten Deutschlands hat schon einmal unheilvoll an unserm Niedergang mitgewirkt. Die Schulung des Volkes im Heere, wie wir sie wieder erreichen, wiegt mehr als alle Jungdeutschlandbünde, Pfadfinder usw., die an sich, besonders in Großstädten, Erfreuliches leisten mögen, aber im wesentlichen doch nur die Volksteile erfassen, die dem nationalen Gedanken noch nahestehen. Wir müssen und werden es auch erreichen, daß jeder Mann sich seiner Dienstzeit gern erinnert.

Der äußerste Radikalismus glaubt, durch Verbreitung der ihm innewohnenden Kulturideen den Ausbruch eines Krieges verhindern zu können. Möge ihm die Enttäuschung erspart bleiben, daß er an dem Wahn noch festhält, während seine angeblich gleichdenkenden ausländischen Freunde längst die Muskete auf den Rücken genommen haben werden.

Einführung zweijähriger Dienstzeit in der Marine

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Der Gründer des Reiches, Kaiser Wilhelm I., der Große, erklärte einst als Prinzregent im Dezember 1859 zur Frage, welche Dauer für die Dienstzeit des Soldaten festzusetzen sei:

„Der General Grolmann rühmte sich einst, er wolle einen Rekruten in einem Jahre ausexerzieren. Ich antwortete ihm, dies sei viel zu lange, drei Monate genügten vollkommen; aber einen Soldaten auszubilden, getraute ich mir kaum innerhalb dreier Jahre. Zwei Jahre hindurch würde er durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt, erst im dritten Jahre lerne er sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rockes, für den Ernst des Berufs, und zöge der Standesgeist bei ihm ein, ohne welchen eine Armee nicht bestehen könne."

Ein goldenes Wort, das bestehen bleiben wird, solange die Weltgeschichte den Namen seines Verkünders als eines der größten Soldaten und Heerführers aller Zeiten preisen wird! Und doch, wie bald nach seinem Tode hat es sein Volk vergessen, hat es geglaubt, klüger zu sein als sein Lehrer, als der, der ein Vater des Vaterlandes war im reinsten, im vollkommensten Sinne des Worts, der in einem ungewöhnlich langen und schicksalsreichen Leben Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte wie selten jemand vor oder nach ihm! Schon

Digitized by Google

die Söhne jener Helden, die unter Führung ihres großen Königs in den Schlachten dreier großer Kriege den Beweis von der Wahrheit seines Königsworts geliefert hatten, hielten sich für klüger und rüttelten an der vom Vater ererbten dreijährigen Dienstzeit im Heere, änderten sie für die Fußtruppen in zweijährige; nur für die berittenen, die technischen und die Spezialtruppen wagten auch sie es noch nicht, an der dreijährigen Dienstzeit zu rühren, sahen vielmehr ein, daß überall da, wo es sich außer der Ausbildung mit der Waffe auch noch um Ausbildung auf andern Gebieten, wie im Reiten, in technischen Fertigkeiten u. dgl. mehr, handle, von der dreijährigen Dienstzeit nicht abgegangen werden könne.

Daß bei der Marine, welcher der Kampf auf dem andern Element, dem Wasser, sowie der an der Grenze beider Elemente, an der Küste, zufällt, welche somit eine Spezialtruppe von hervorragend technischem Charakter darstellt, eine kürzere als dreijährige Dienstzeit gar nicht in Frage kommen könne, daran hat weder bei ihrer Gründung noch später irgend jemand gezweifelt. Im Gegenteil war es höchstens fraglich, ob man nicht, wie in andern Ländern, für die Marine längere Dienstzeit, vier- oder fünfjährige, wählen müsse, um sie instand zu setzen, zu erfüllen, was man von ihr erwartet. Doch der Geist der Zweifler und Nörgler ließ auch hier keine Ruhe, hüllte sich in den Mantel der Allwissenheit und wagte es, an der von allen Fachleuten längst als zu kurz erkannten dreijährigen Dienstzeit in der Marine zu rütteln und zunächst mal schüchtern nur für Matrosenartillerie und Marineinfanterie die zweijährige Dienstzeit zu fordern.

„Erst im dritten Jahre lerne der Soldat sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufs, und zöge der Standesgeist bei ihm ein." Diese Eigenschaften, ohne die weder das Heer noch die Marine ehrenvoll vorm Feinde bestehen können, zu erwerben, sagt das Kaiserwort, bildet die Aufgabe des dritten Dienstjahres.

Dieses Wort hat für die Marine im vollsten Sinne Geltung. Denn es bedeutet, daß erst im dritten Dienstjahre sich der Mann die Sicherheit, Ruhe und Würde erwirbt, die ihn in der geschlossenen Panzerbatterie, im Torpedoraum tief unter der Wasserlinie, im Kohlenbunker, vor den Kesselfeuern, an der Minensperre oder dem Signalturm ruhig weiter seine Pflicht erfüllen läßt, wenn auch dicht neben ihm die Granaten, Torpedos oder Minen explodieren, ohne daß er imstande ist, sich zu decken oder auch überhaupt nur etwas vom Feinde zu sehen. Das erfordert Ruhe, Selbstbeherrschung, Aufopferung, wie sie nur derjenige hat, der versteht, wie die verwickelte Kriegsmaschine, an der er nur ein kleines Rad ist, zusammenarbeitet, wie seine so unscheinbare Mitwirkung dabei ebenso notwendig ist wie die des Leiters, wie nur Aushalten und treueste Pflichterfüllung jedes einzelnen zu verhindern vermag, daß die ganze Maschine stillsteht, daß der ersehnte Erfolg ausbleibt. Also Verständnis für den „Ernst des Berufs", „Standesgeist", mithin moralische Stärke ist es, die der Soldat im dritten Dienstjahre lernt, die gewissermaßen der Arbeit der

Digitized by Google

ersten beiden Jahre, die die rohe Arbeit darstellen, erst die Politur, den Schliff verleiht, der für den Wert des ganzen von höchster Bedeutung ist. Im Landkriege gibt es für den Zaghaften vielleicht noch Wege, der feindlichen Kugel zu entgehen: er kann sich drücken, sich verletzt stellen, sich decken, schließlich sogar davonlaufen. Im Seekriege ist das alles unmöglich, da heißt es nichts als ausharren, das kalte, nasse Grab unter, den lieben Gott über sich. Das erfordert die höchste moralische Stärke, die denkbar ist, eine Stärke, wie sie in keinem Friedensberuf, auch nirgends sonst im Kriege erforderlich ist. .

Wenn vorstehend kurz der Nachweis zu führen versucht wurde, daß in der Marine das dritte Dienstjahr nicht entbehrt werden kann, weil es zur Aneignung moralischer Eigenschaften für die große Masse der Mannschaften unbedingt notwendig ist, so bleibt noch zu untersuchen, ob es, um in dem oben gewählten Bilde zu bleiben, überhaupt möglich oder ausführbar wäre, die rohe Arbeit während zweier Dienstjahre so früh zu Ende zu bringen, daß in ihnen auch noch der Schliff des dritten Jahres Platz fände.

Bereits die Tatsache, daß die Marine eine wesentlich technische Truppe und daß die Mehrzahl der Marinemannschaften Spezialisten sind, läßt zwar vermuten, daß das nicht der Fall sei. Es möge dieses aber für die beiden Truppengattungen der Marine, für die jetzt gesetzliche Festlegung zweijähriger Dienstzeit gefordert wird, im einzelnen nachgewiesen werden.

Vorher aber sei noch darauf hingewiesen, was das Kaiserwort als Aufgabe der beiden ersten Dienstjahre bezeichnete; es sagte, daß in ihnen der Soldat durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt würde. Unter Dressur des Soldaten ist hier die körperliche Umbildung zu verstehen, die der Rekrut, roh und ungehobelt, wie er aus der Heimat kommt, erfahren muß, um ihn zu militärischer Verwendung geeignet zu machen, ihn zum Waffendienst zu befähigen und darin zu üben. Daß der Soldat hierdurch und durch Instruktion, was er zu tun und zu lassen hat im Frieden und im Kriege, vollständig übermannt werde, will besagen, daß damit die zwei Jahre gänzlich ausgefüllt wären, daß mithin für die moralische Stärkung, die Abklärung des in den ersten beiden Jahren zusammengeschütteten Gemischs keine Zeit mehr übrig sei. Auch für die Marine trifft dieses vollkommen zu. Nachdem die Rekruten in der ersten infanteristischen Ausbildung die körperliche Umbildung erfahren haben, welche aus dem Baumstamm erst den noch roh geformten Klotz herstellt, aus dem sich der gewünschte Körper herausarbeiten läßt, folgt die Ausbildung in dem Dienstzweig, dem sie zugewiesen werden, dem artilleristischen, Maschinen-, Torpedo-, Minen-, Steuermanns- und Signaldienst usw., was das ganze erste Dienstjahr in Anspruch nimmt. Erst im zweiten Dienstjahr kann dann damit begonnen werden, den einzelnen in die Spezialstelle einzuführen, für die er sich im ersten Jahre als geeignet erwiesen hat, und ihn darin so durchzubilden, daß er sie am Ende des Jahres beherrscht. Im dritten Jahre erfolgt dann die Politur, der Schliff, wie bereits geschildert, womit sich Verwendung als Lehrer und Instrukteur der jüngeren Jahrgänge verbinden läßt. So wird mit dem Abschluß

Digitized by Google

des dritten Jahres ein Grad der Vollkommenheit erreicht, der die Gewähr bietet, daß das in der aktiven Dienstzeit Erlernte auch noch jahrelang im Beurlaubtenstande haften bleibt, so daß, wenn der Tag der Anwendung des Erlernten im Ernstfalle kommt, die Gewähr guter Leistungen vorliegt.

Doch gehen wir nun zur Prüfung über, ob bei Matrosenartillerie und Marineinfanterie sich Erfüllung der jetzt in drei Jahren zu erledigenden Aufgaben in zwei Jahren ermöglichen läßt, ob es ohne Beeinträchtigung der Leistungen und ohne Erhöhung der bisher dafür aufgewendeten Geldmittel geschehen kann.

Vorbemerkt sei hier, daß es sich nur noch um die in der Heimat befindlichen Truppen dieser beiden Waffengattungen handelt, da die Befürworter zweijähriger Dienstzeit bereits belehrt worden sind, daß die in den Kolonien befindlichen Truppen unbedingt dreijährige Dienstzeit behalten müssen, weil infanteristische Ausbildung, Aus- und Heimreise sowie Eingewöhnung in die so verschiedenen kolonialen Verhältnisse allein ein Jahr in Anspruch nehmen, somit bei zweijähriger Dienstzeit unmöglich wäre, einen Stamm ausgebildeter Leute in der Kolonie zu haben, was zur Sicherheit der Kolonie durchaus geboten ist.

Matrosenartillerie

Die Befürworter zweijähriger Dienstzeit bei der Matrosenartillerie haben als Begründung dessen angeführt, daß sich bei den Fußartillerieregimentern, denen die Küstenverteidigung der Festungen Swinemünde, Weichselmünde, Pillau und Borkum obliegt, die daselbst bereits eingeführte zweijährige Dienstzeit bewährt habe, also auch für die den gleichen Aufgaben in Friedrichsort, Kuxhaven, Geestemünde, Wilhelmshaven und Helgoland dienenden Matrosenartillerieabteilungen angebracht sei. Sie haben aber dabei übersehen, daß die Aufgaben tatsächlich nicht die gleichen, sondern höchstens insofern ähnliche sind, als beiden Truppengattungen die Bedienung von Küstengeschützen obliegt. Verschieden aber sind die Aufgaben dadurch, daß die Geschütze nach Zahl, Kaliber und Gattung sehr voneinander abweichen, und daß den Matrosenartillerieabteilungen auch die Verteidigung auf dem Wasser mittels Minen, Sperren und andern Hindernismitteln obliegt. Ist es doch ohne weiteres klar, daß der Schutz von Kiel, der Elbe- und Wesermündung, von Wilhelmshaven und Helgoland ganz andre, ungleich stärkere Verteidigungsmittel erfordert als der von Swinemünde, Weichselmünde und Pillau. Der Wert der zu schützenden Objekte ist eben ein ungleich höherer.

Doch wie beeinflußt die Dauer der Dienstzeit die Dienstzweige der Matrosenartillerie im einzelnen?

a) Der Artilleriedienst

Man unterscheidet in den Befestigungen der einzelnen Küstenplätze zwei Verteidigungslinien: die ihrer Lage und Armierung nach stärksten und wichtigsten Werke und Batterien bilden die erste Verteidigungslinie. Ihnen liegt im Kampf

Digitized by Google

die Hauptarbeit ob, sie müssen gegen Ueberfälle auch im Frieden jederzeit gefechtsbereit sein, erfordern daher bereits im Frieden eine nach Zahl und Ausbildungsstand vollkommene Besatzung, welche mithin nur aus aktiven Mannschaften, und zwar solchen, die das erste Ausbildungsjahr hinter sich haben, bestehen darf. Wenn nun jetzt, bei dreijähriger Dienstzeit, die Zahl der Mannschaften des zweiten und dritten Jahrgangs gerade ausreicht zur Besetzung der ersten Verteidigungslinie, so ist klar, daß dieses bei zweijähriger Dienstzeit nicht mehr der Fall sein würde, wenn die Gesamtzahl in beiden Fällen dieselbe sein müßte.

Dieses trifft aber um so mehr zu, als auch die Werke der zweiten Verteidigungslinie, deren Gefechtsbereitschaft erst bei Ausspruch des Kriegszustandes hergestellt wird, die mithin durch Mannschaften des Beurlaubtenstandes besetzt wird, nicht völlig aktiver Leute entbehren können. Denn die wichtigeren Stellen der Batteriemannschaften, wie Geschützführer und Entfernungsmesser, welche dauernd in Uebung gehalten werden müssen, um ihre Leistungsfähigkeit nicht zu verlieren, müssen ebenfalls den aktiven Mannschaften entnommen werden.

Man sieht, die Zahl der ausgebildeten Mannschaften, also die Summe des zweiten und dritten Jahrgangs bei dreijähriger Dienstzeit, müßte bei Einführung zweijähriger Dienstzeit jeder Jahrgang erhalten. Also Erhöhung der Etatsstärke jeder Matrosenartillerieabteilung um ein Drittel wäre die Folge der Einführung zweijähriger Dienstzeit.

Dabei ist aber noch nicht berücksichtigt, daß die wichtigsten Stellen der Batteriemannschaften, die Geschützführer, Entfernungsmesser usw., erst im dritten Dienstjahre befähigt sind, ihren Posten auszufüllen, daß diese dann also nur Kapitulanten entnommen werden können, also Leuten, die sich am Schluß ihrer Dienstzeit zur Verlängerung derselben freiwillig verpflichten und dafür entsprechend höhere Löhnung erhalten.

Die Mehrkosten, welche mithin Einführung zweijähriger Dienstzeit bei den Matrosenartillerieabteilungen mit sich brächte, würden recht erhebliche sein, zumal dann auch noch für Kasernenbau, vermehrtes Exerziergerät, vermehrte Schießstände usw. sehr hohe einmalige Beträge bereitgestellt werden müßten.

Würden aber diese Mehrkosten nicht bewilligt, würde Einführung zweijähriger Dienstzeit ohne Erhöhung der Etatsstärke der Abteilungen erfolgen, so geschähe es nur auf Kosten der Leistungsfähigkeit. Denn daß eine Batterie, deren Geschütze nicht voll besetzt sind, oder deren Geschützführer und Entfernungsmesser nicht in Uebung sind, weil sie dem Beurlaubtenstande angehören und nicht dauernd in Uebung gehalten werden konnten, schlechter schießt als eine solche, die nur von aktiven Leuten in voller Zahl bedient wird, das bedarf keines weiteren Beweises.

Dazu kommt dann noch, daß, wie bereits erläutert, den Mannschaften bei zweijähriger Dienstzeit das erforderliche Maß moralischer Stärke mehr oder minder abgeht, welches dem Führer die Sicherheit gibt, daß er sich auf seine Leute verlassen kann, das die Truppen zu zähem Ausharren befähigt, auch wenn nicht alles nach Wunsch geht.

Digitized by Google

b) Sperrdienst

Neben der artilleristischen Küstenverteidigung liegt aber den Matrosenartillerieabteilungen noch die Sperrverteidigung des Fahrwassers der Flußmündungen, der Hafeneinfahrten sowie die Reinhaltung des Fahrwassers von feindlichen Minen, also ihre Beseitigung ob.

Dieser Dienstzweig hat die Eigentümlichkeit an sich, daß die Ausbildung in ihm sehr schwierig ist und viel Zeit erfordert, da es sich dabei außer um die Kenntnis und Bedienung der gefährlichen Sprengkörper noch um die Handhabung und Bedienung von Wasserfahrzeugen, also um seemännischen Dienst handelt, daß er ferner nur in den ersten Tagen der Mobilmachung ein großes Personal erfordert, während später, sobald die Sperren gelegt sind, nur noch solches für den Wachtdienst an den Sperren und für gelegentliche Absuchung des Fahrwassers nach feindlichen Minen benötigt wird. Diesen Eigentümlichkeiten konnte bisher bei dreijähriger Dienstzeit dadurch Rechnung getragen werden, daß mehr oder minder alle Matrosenartilleristen auch im Sperrdienst ausgebildet wurden.

Dieses Verfahren wurde aber nur dadurch ermöglicht, daß stets zwei ältere Jahrgänge vorhanden waren, deren Ausbildungsstand dem schwierigen Dienste gewachsen war und deren Zahl dafür ausreichte. Daß bei Einführung zweijähriger Dienstzeit der eine ältere Jahrgang weder nach Ausbildungsstand noch nach Zahl imstande wäre, seine Aufgabe zu erfüllen, leuchtet hiernach wohl ohne weiteres ein. Die schwierige, gefährliche Bedienung von Minen usw., der seemännische Dienst, die Handhabung der Fahrzeuge, und zwar nicht nur von Ruderbooten, sondern auch von kleinen Dampfern und Motorbooten, und dabei in Gewässern, in denen dauernd mit Flut und Ebbe Strom läuft und die bereits bei mäßigen Winden erheblichen Seegang aufweisen, das alles sind Dinge, die von Leuten des Innenlandes — und die Matrosenartillerieabteilungen rekrutieren sich nur aus dem Innenlande, weil die seemännische und Küstenbevölkerung von der Flotte beansprucht wird — in weniger als drei Jahren einigermaßen erfolgreich nicht erlernt werden können. Darüber sind sich alle Fachleute einig, und von andern als Fachleuten kann es nicht beurteilt werden.

Hinzu kommt, daß die Offiziere der Matrosenartillerieabteilungen nicht ständig bei ihnen verbleiben können, weil es Seeoffiziere sind, die von Zeit zu Zeit immer wieder zur Flotte zurückkehren müssen, wenn anders sie nicht in ihrem eigentlichen Beruf zurückgehen sollen.

Aus vorstehendem leuchtet ein, daß der Sperrdienst unweigerlich Personal von dreijähriger Dienstzeit erfordert, und zwar an sich, nicht nur weil das Sperrpersonal gleichzeitig im Artilleriedienst ausgebildet werden muß. Die Hoffnung der Befürworter zweijähriger Dienstzeit, daß mit gänzlicher Trennung der Sperrmannschaften und der Artilleristen es möglich sei, die Hindernisse für den zweijährigen Dienst zu beseitigen, ist eine trügerische. Das würde wegen der Schwierigkeiten der Ausbildung nicht angängig sein. Allerdings würde solche

Digitized by Google

Maßnahme insofern zu begrüßen sein, als die Ausbildung der Sperrmannschaften dadurch noch gründlicher erfolgen könnte als bisher, aber es müßte dabei sehr erhebliche Vermehrung dieses Personals in Kauf genommen werden. Alles in allem würde es also eine sehr wesentliche Kostenvermehrung bedeuten, ohne daß es dabei gelänge, zur zweijährigen Dienstzeit zu kommen.

Zusammenfassend muß als Ergebnis vorstehender Betrachtung über den Artillerie- und Sperrdienst der Matrosenartillerieabteilungen festgestellt werden, daß Einführung zweijähriger Dienstzeit sich hier durchaus verbietet, weil

1. die Aufgaben und der Dienstbetrieb der Matrosenartillerieabteilungen durchaus nicht denjenigen der Küstenfußartillerieregimenter gleichen, vielmehr viel umfangreicher und schwieriger sind,

2. die Matrosenartillerieabteilungen gleich der Flotte ein drittes Dienstjahr nicht entbehren können, da bei der Vielseitigkeit und Schwierigkeit ihres Dienstes ein drittes Jahr zur Abrundung des in den beiden ersten Erlernten, zur Heranbildung von Spezialisten und zur Erlangung moralischer Stärke durchaus notwendig ist.

Marineinfanterie

Die Aufgaben, welche den in der Heimat befindlichen beiden Seebataillonen, dem ersten in Kiel, dem zweiten in Wilhelmshaven, im Kriege obliegen, sind Uebernahme des bei Eintritt des Kriegszustandes in jeder Festung erforderlichen umfangreichen Garnisonswachtdienstes sowie die Strandbewachung im Bereich der Küstenbefestigungen.

Der Garnisonswachtdienst bezweckt, alles, was zur Kriegführung besonderen Schutzes gegen verbrecherische Handlungen, Aufruhr, Feuersgefahr oder sonstige Zerstörung bedarf, zu bewachen und zu schützen. In Kriegshäfen, wo große Werften und Schiffsreparaturwerkstätten, große Munitions-, Bekleidungs- und Proviantdepots bestehen, wo der Hafen mit vielen auch für die Flotte und die Hafenverteidigung wichtigen Schiffahrtseinrichtungen, wie z. B. Festmachebojen, Landebrücken, Seezeichen, Verkehrsmitteln, ausgestattet ist, müssen nicht nur die der Marine gehörenden Einrichtungen, sondern auch viele den Zivilbehörden oder privaten Gesellschaften und Personen gehörenden bewacht und geschützt werden, wozu aber die Polizeibehörde nicht imstande ist. Die Polizei muß daher im weitesten Maße durch die Seebataillone unterstützt oder ganz ersetzt werden. Es leuchtet ein, daß für diesen Dienst nur Seesoldaten geeignet sind, welche, wie es in dem oben angeführten Kaiserwort hieß, die Dressur und Instruktion der beiden ersten Dienstjahre hinter sich haben und denen bereits der Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufs, der Standesgeist mehr oder minder in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Auch die Strandbewachung, welche in Beobachtung der Wasserflächen, rechtzeitiger Alarmierung der Garnison, Abwehr feindlicher Boote, Landungstruppen und Sturmkolonnen besteht, erfordert eine größere Zahl von Leuten, die in längerer Dienstzeit gelernt haben, mit Verständnis und Sachkunde die Ereignisse des Küstenkrieges zu beobachten, die erforderliche Erfahrung, Umsicht und Ent-

Digitized by Google

schlußfähigkeit sich angeeignet haben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei Einführung zweijähriger Dienstzeit die Seebataillone nicht die notwendige Zahl solcher Leute besitzen würden, die z. B. nachts als Wachtposten verwendbar wären, denn feindliche Landungen des Nachts sind erst sehr spät zu erkennen und erfordern Umsicht und schnellen Entschluß der Wachtposten.

Schließlich kommt hinzu, daß auch das erste und zweite Seebataillon jederzeit bereit sein muß, plötzlich in die Kolonien geschickt zu werden, wie das bei den Chinawirren und den Aufständen in Ost- und Südwestafrika geschah, und daß sie dazu doch einen Stamm altgedienter erfahrener, zuverlässiger Leute enthalten müssen, der den Kern der Truppe bildet, der den jüngeren Soldaten mit gutem Beispiele vorangehen kann, auf den unter allen Umständen Verlaß ist.

Schlußergebnis

Der Gedanke, bei der Matrosenartillerie und Marineinfanterie zweijährige Dienstzeit einzuführen, muß nach vorstehenden Betrachtungen als durchaus verfehlt angesehen werden. Denn seine Verwirklichung würde unzweifelhaft die Leistungsfähigkeit dieser Truppen in nicht geringem Maße herabsetzen und würde überhaupt nur möglich sein bei gleichzeitiger erheblicher Erhöhung der Etatsstärken, würde mithin eine wesentliche Mehrbelastung des Marineetats darstellen, der die Gefahr gegenüberstände, daß die Truppen im Ernstfalle nicht das leisten, was von ihnen erwartet wird.

Der Weltwechselgerichtshof

Von

Dr. Felix Meyer, Geheimer Justizrat, Kammergerichtsrat (Berlin)

Das Jahr 1913 wird voraussichtlich einen Markstein der Geschichte der Rechtsausgleichung zwischen einer größeren Zahl der Kulturstaaten bringen. Das von der Haager Wechsel- und Scheckrechtskonferenz im Sommer 1912 entworfene Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts nebst dem die wechselrechtlichen Vorschriften enthaltenden Reglement harrt seiner Ratifizierung. Glücklicher als bei Beginn der Beratungen zu hoffen stand, hat sich ihr Ergebnis gestaltet. Dabei muß zugegeben werden, daß in juristischer Hinsicht dieser definitive Entwurf mehr als das Vorprojekt von 1910 befriedigt. Freilich hat auch er eine Reihe berechtigter Erwartungen in bezug auf seine Anordnung, seinen Inhalt, seine Fassung unerfüllt gelassen. Man kann ihm mehrfach nicht den Vorwurf einer unnötigen Pedanterie, eines allzu starren Festhaltens am geltenden Recht, das auf eine den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechende stetige Weiterentwicklung keine Rücksicht genommen hat, ersparen. Zu groß ist eben immer noch die Zahl derer, denen nach einem treffenden Wort das Neue

Digitized by Google

erst dann annehmbar erscheint, wenn es alt geworden ist. So lag es vielleicht in den Verhältnissen begründet, daß wenn man überhaupt etwas erreichen wollte, dies allein durch eine möglichst strenge Konservierung der bestehenden Normen erzielt werden konnte. Auf der andern Seite hat das Bestreben nach größter Kürze des Gesetzes dazu geführt, eine erhebliche Zahl wichtiger Streitfragen unentschieden zu lassen. Oft ist der Wortlaut dunkel und abweichenden Auslegungen zugänglich. Dazu kommen die zahlreichen Vorbehalte zugunsten der Landesgesetzgebung, welche auch auf dem Gebiet des formalen Wechselrechts der partikularen Legislative einen allzu freien Raum bieten. Endlich wird durch die Vielsprachigkeit der Gesetzestexte in den beteiligten Ländern die Möglichkeit verschiedener Interpretation geschaffen.

So besteht denn in hohem Maße die Gefahr, daß trotz dieser Unifizierung die Rechtsprechung der einzelnen Staaten in vielen, selbst grundlegenden Fragen ihre eignen Wege gehen und die Vereinheitlichung vielfach nur eine äußerliche bleiben wird.

Dieser Erwägung hat sich die internationale Konferenz selbst nicht verschlossen. In zwiefacher Weise will sie solche Folgen zu verhindern suchen. Für die eine von ihr vorgeschlagene Maßnahme bot ihr die Leipziger Wechselrechtskonferenz von 1847, der die deutsche Wechselordnung ihre Entstehung verdankt, das Vorbild. Auch damals mußte man mit einer divergenten Rechtsprechung in den einzelnen deutschen Bundesstaaten rechnen, auch damals fehlte ein höchster Gerichtshof, welcher der Judikatur einheitliche Bahnen hätte weisen können. So empfahlen die Leipziger Delegierten die Einberufung einer neuen Konferenz einige Jahre nach der Geltung des Gesetzes, damit diese die in der Rechtsanwendung hervorgetretenen Unstimmigkeiten und Lücken beseitigen könne. Infolgedessen wurde durch den Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 19. Februar 1857 die in Nürnberg zur Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches versammelte Kommission mit der Lösung einiger besonders wichtiger Kontroversen betraut, die sich bei dem Gebrauch der Wechselordnung herausgestellt hatten. Durch Bundesbeschluß vom 13. April 1861 geschah dann die Verkündung der Nürnberger Novellen.

In gleicher Weise soll nach dem Vorschlag der Haager Konferenz von 1912 die niederländische Regierung fünf Jahre nach der Ratifikation des Vertrages eine neue Konferenz zur Beseitigung der in der Praxis hervorgetretenen Mängel einberufen. Doch soll schon früher auf ein motiviertes Gesuch von mindestens fünf Vertragsstaaten an die niederländische Regierung eine solche Tagung herbeigeführt werden können.

Indessen dieses Mittel vermag dem durch eine verschiedene Rechtsprechung in den Vertragsstaaten bedingten Uebelstand nur in geringem Maße abzuhelfen. Das Gesetz selbst kann immer nur einzelne wenige Fragen lösen, und sein Einfluß wird im vorliegenden Falle um so enger begrenzt sein, als es von Richtern verschiedener Zunge, verschiedener Vorbildung, verschiedener Verkehrs- und Lebensauffassungen auszulegen ist. Dabei kommt in Betracht, daß der für die

Digitized by Google

internationalen Beziehungen maßgebende Gesetzestext französisch, also in einer Sprache abgefaßt ist, welche manchen Organen der Rechtsprechung jedenfalls nicht ausreichend vertraut sein wird. So erklärt sich der von der Internationalen Konferenz in der niederländischen Hauptstadt ausgesprochene Wunsch nach der Errichtung eines höchsten Gerichtshofes für Wechselsachen im Haag. Es versteht sich von selbst, daß dieser auch über Scheckſachen zu entscheiden haben würde, wenn, wie zu hoffen, ein einheitliches Scheckgesetz zustande kommt.

Auf dem internationalen Handelskammerkongreß in Boston wurde vor dem Syndikus der Korporation der Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, Professor Dr. Apt, beantragt, einen Beschluß dahin zu fassen, daß die Begründung eines solchen Tribunals eine notwendige Ergänzung zur Schaffung eines Weltwechsel- und Weltscheckrechts bilde. Dieser Antrag begegnete dem Widerstand der englischen und amerikanischen Delegierten, und auch die deutschen Vertreter waren darüber nicht einer Meinung. Auf Antrag eines Mitglieds des Rates der Londoner Handelskammer wurde die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Materie eingesetzt.

In der Tat stellen sich der Ausführung des Gedankens manche Schwierigkeiten entgegen. Die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes ist bisher nur auf dem Gebiet des Völkerrechtes Gegenstand eingehenderer Erörterung gewesen. Die interparlamentarische Union, das Institut de Droit International, die International Law Association, die Friedenskongresse haben sich mit diesem Gegenstand beschäftigt. Insbesondere aber hat die zweite Haager Friedenskonferenz von 1907 ein Abkommen über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes angenommen, welcher neben dem ständigen Schiedshofe der ersten Friedenskonferenz von 1899 als ein wirklicher ständiger Staatengerichtshof eingesetzt werden soll. Daran schloß sich die Vereinbarung eines Prisenhofes, vor dem auch Private ihre Ansprüche gegen fremde Staaten zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Wegnahme von Kauffahrteischiffen und deren Ladung sollen geltend machen können. Erst in jüngster Zeit hat man allgemein die Schöpfung eines Gerichtshofs für die Aburteilung von Ansprüchen Privater gegen fremde Staaten befürwortet. Eine Reihe von Handelsvertretungen, wie die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, der Handelsvertragsverein daselbst, der Deutsche Handelstag, der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein, der Internationale Handelskammerkongreß in Boston, Männer der Wissenschaft, wie Fischer, Meili, v. Martitz, Mendelssohn-Bartholdy, Nippold, Schücking, Wehberg, Zorn u. a. haben sich für die Errichtung eines solchen Weltgerichtshofes ausgesprochen, und es ist darauf hingewiesen worden, daß es die Aufgabe der dritten Haager Friedenskonferenz bilden werde, dieses Tribunal ins Leben zu rufen. Die zentralamerikanischen Republiken haben bereits im Jahre 1908 einen Gerichtshof zu Cartago in Kostarika errichtet, der über Ansprüche internationalen Charakters zu erkennen hat, die von einem Angehörigen eines der beteiligten Staaten gegen einen andern dieser Staaten erhoben werden. Auch daran hat man schon gedacht, Streitigkeiten über Fragen des internationalen Privatrechts,

Digitized by Google

soweit solche durch die Haager Konferenzen geregelt sind, einem internationalen Gerichtshof zu unterstellen. Aber überall kommen bei diesen Materien völkerrechtliche Elemente mit in Betracht. Im vorliegenden Falle aber soll eine Weltgerichtsbarkeit auf einem beschränkten Gebiete des reinen Privatrechtes zwischen Privatpersonen geschaffen werden.

Schon die Kompetenzfrage ist hier nicht ganz leicht zu regeln. Zwar ist man sich darüber einig, wie es scheint, daß der Gerichtshof in letzter Instanz über Streitigkeiten in Wechselsachen zu befinden hat. (§ 6 des Abkommens über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes.) Allein soll seine Zuständigkeit nur eintreten bei Prozessen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten oder auch von Konnationalen, und wie soll eventuell die Kompetenz gegenüber den höchsten Gerichten der einzelnen Länder abgegrenzt werden?

Wenn man wirklich eine einheitliche Rechtsprechung sichern will, so darf man die Tätigkeit dieses Aeropags nicht auf Konflikte von Untertanen verschiedener Staaten beschränken. Auch die hierher gehörigen Differenzen von Angehörigen des gleichen Staates müßten also der Judikatur des neuen Gerichts unterstellt werden. Es fragt sich nur, ob vollkommen oder nur in beschränktem Maße. In dieser Hinsicht taucht zunächst die Frage auf: Soll die Tätigkeit des Weltgerichtshofes, der in gewisser Hinsicht das höchste Landesgericht ausschaltet, an eine Wertgrenze des Streitobjektes gebunden sein? Eine derartige Beschränkung ist unbedingt zurückzuweisen. Das gedachte Tribunal kann nur als Kassationsgericht in das Leben treten, das sich allein mit der Rechtsfrage zu befassen hat, so daß, wenn das angefochtene Urteil als nichtig aufgehoben wird, die Sache an das betreffende Landesgericht zur weiteren Verhandlung und Entscheidung zurückzuverweisen ist. Infolgedessen ist ohnehin die Wirksamkeit des Weltgerichtshofes eine eng bemessene und die Festsetzung einer Wertgrenze nicht erforderlich. Sie würde auch dem Zweck der Institution nicht entsprechen, welche die Interpretation des Wechsel- und Scheckgesetzes einheitlich regulieren soll.

Natürlich kann allein ein Verstoß gegen die Normen des einheitlichen Gesetzes, d. h. sowohl die unrichtige Auslegung, wie auch die unrichtige Anwendung desselben, als Kassationsmittel zugelassen werden. Freilich wird bei der vielfachen innigen Verquickung des formalen und zivilen Wechselrechts von den Richtern dieses höchsten Gerichtshofes eine genaue Kenntnis des einschlägigen bürgerlichen und Handelsrechtes zu verlangen sein, da beide oft für die Interpretation des Wechselgesetzes herangezogen werden müssen. Konkurriert mit dem Verstoß gegen die Normen des einheitlichen Wechselgesetzes auch ein solcher gegen das bürgerliche Recht, so tritt allerdings das unerwünschte Ergebnis ein, daß neben dem Weltwechselgerichtshof auch der höchste Gerichtshof des betreffenden Staates mit der Sache befaßt werden müßte, soweit eine Anrufung desselben im gegebenen Falle nach dem Prozeßgesetz des Landes statthaft ist. Dadurch würde natürlich die Dauer des Rechtsstreits verlängert und auch der Betrag der Kosten erhöht werden. Dem Interesse der Parteien würde

Digitized by Google

es im konkreten Falle vielleicht mehr entsprechen, wenn unter solchen Umständen die Entscheidung in eine Hand gelegt werden könnte. Allein dann würde sich möglichenfalls eine divergente Judikatur zwischen dem Weltwechselgericht und den höchsten Landesgerichten entwickeln können, die unbedingt vermieden werden muß.

Für das Verfahren wäre eine eigne Prozeßordnung zu schaffen. Dabei sind die Prinzipien festzuhalten, wie sie in dem Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes von der zweiten Friedenskonferenz aufgestellt sind, also Abstimmung per majora, Abfassung der Urteile mit Gründen, Angabe der beteiligten Richter, Unterzeichnung von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber, Oeffentlichkeit der Verhandlungen, geheime Beratung des Gerichtshofes, Bewirkung der Zustellungen auf Ersuchen an die Regierung derjenigen Macht, in deren Gebiet die Zustellung erfolgen soll. Eine unbeschränkte Mündlichkeit des Verfahrens wäre weniger zu empfehlen, als nur eine fakultative Mündlichkeit, da es sich ja allein um Rechtsfragen handelt, deren Erörterung doch immer einer eingehenden schriftlichen Vorbereitung bedarf.

Die Prozeßordnungen der Einzelstaaten müßten entsprechend abgeändert werden, insbesondere eine Bestimmung dahin erhalten, daß die dortigen Gerichte die rechtliche Beurteilung des höchsten Wechselgerichtshofs ihrer weiteren Entscheidung zugrunde zu legen haben.

Nach Art. 23 des erwähnten Projektes der zweiten Haager Friedenskonferenz sowie nach Art. 24 des Abkommens über die Errichtung des internationalen Prisenhofs trifft der Gerichtshof selbst die Entscheidung, welcher Sprache er sich bedienen wird und welche vor ihm gebraucht werden dürfen. Für die hier vorliegenden Privatrechtsstreitigkeiten möchte es geraten sein, die Hauptidiome, nämlich Deutsch, Englisch und Französisch, als gleichwertig nebeneinander zuzulassen; doch müßte es den Parteien anheimgestellt bleiben, Schriftsätze auch in andern Sprachen einzureichen. Falls keine besondere Bestimmung über die anzuwendende Sprache getroffen wird, sollte die französische als Gerichtssprache gelten.

Während zu dem Schiedsgerichtshof der Friedenskonferenz die Richter möglichst aus den Mitgliedern des ständigen Schiedshofes zu wählen sind, muß eine solche Beschränkung hier ebenso wie bei der Besetzung des Prisenhofs fortfallen, da das Arbeitsfeld der Richter des Wechselgerichtshofes ein völlig andres ist. Sonst wird auch hier der Gerichtshof aus Richtern und Hilfsrichtern zusammenzusetzen sein, welche zum höchsten Richteramt in ihrer Heimat qualifiziert sind. Man wird aber auch Rechtsgelehrte von notorischer Sachkenntnis auf dem Gebiet des Wechselrechts zulassen dürfen, wie dies in entsprechender Weise Art. 2 des Projektes eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes vorsieht. Um jedoch zu verhüten, daß eventuell Personen zweifelhafter Sachkunde aus politischen oder persönlichen Rücksichten mit einer solchen Ehre bekleidet werden, könnte man die Anstellung derartiger Persönlichkeiten von der Genehmigung der übrigen Staaten abhängig machen.

Die Amtsdauer der Richter ist auf Lebenszeit oder mindestens doch auf

Digitized by Google

einen Zeitraum von zwölf Jahren unter Vorbehalt der Wiederernennung festzusetzen, damit die Kontinuität der Judikatur gesichert bleibt. Das Abkommen über den internationalen Prisenhof beschränkt die Amtsdauer der Richter auf sechs Jahre.

Gehalt und Rang der Richter müßte dem Einkommen und der Position der Richter des ständigen Schiedsgerichtshofes im wesentlichen gleich sein. Art. 9 des mehrfach erwähnten Entwurfes eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes wirft eine jährliche Entschädigung von 6000 niederländischen Gulden und von täglich 100 Gulden während der Ausübung des Amtes im Laufe der Tagungen oder in den besonders vorgesehenen Fällen aus. Daneben beziehen die Richter das Einkommen aus ihrem heimatlichen Amt fort. Außerdem sind die Reisekosten zu erstatten. Man muß bedenken, daß die Richter in völlig fremde Verhältnisse eintreten, einen neuen Wohnsitz begründen, die ihnen lieb gewordenen heimatlichen Beziehungen aufgeben müssen, und daß eine zu geringe Besoldung auch die Stellung selbst kompromittiert und die besten Elemente abschreckt.

Zweifelhaft ist, wie die Richter auf die einzelnen Nationen zu verteilen sind. Man könnte jedem Staate das Recht zugestehen, mindestens einen Richter zu ernennen, doch könnten sich eventuell mehrere kleinere Staaten, besonders wenn sie dem gleichen Sprachengebiete angehören, darauf beschränken, zusammen einen Richter zu bestellen, während den Großmächten zu gestatten wäre, entsprechend der Zahl ihrer Einwohner mehrere Richter zu entsenden. Auch bei den gemischten Gerichtshöfen in Aegypten stellen die meistinteressierten Staaten, wie Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, die Niederlande und Rußland, mehrere Richter. Bei der zweiten Haager Friedenskonferenz wurde eingehend das Rotationssystem erörtert, nach dem nicht alle Richter die gleiche Zeit hindurch tätig sind, sondern ihre Amtsdauer nach der Bedeutung des betreffenden Staates, dem sie angehören, abgestuft wird, so daß nur die Richter der Großmächte volle zwölf Jahre hintereinander amtieren dürften. So sind nach Art. 15 des Abkommens über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes nur die von Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Rußland bestimmten Richter zu einem ständigen Sitz befugt, während die Richter der übrigen Vertragsmächte auf die einzelnen Jahre der sechsjährigen Amtsdauer nach einer besonderen Liste verteilt sind. Da es sich bei dem Weltwechselgerichtshof um Angelegenheiten rein juristischer Art handelt, für welche die Nationalität der Richter nicht von Belang sein sollte und überdies bei jedem Rechtsstreit doch nur ein geringer Teil dieser Richter mitzuwirken berufen ist, so fällt die politische Bedeutung der einzelnen Staaten für die Ernennung der Richter nicht so ausschlaggebend ins Gewicht wie bei der Besetzung eines auf völkerrechtlichem Gebiete tätigen Tribunals, wofern nur die Rechtskenntnis und Unparteilichkeit der einzelnen Mitglieder des Gerichtshofes gesichert ist.

Ein Kollegium von sieben Richtern würde zur Entscheidung der Rechts-

Digitized by Google

streitigkeiten für genügend erachtet werden können. Eine Besetzung mit acht Richtern, wie sie das gemischte Obergericht in Alexandrien aufweist, erscheint nicht zweckentsprechend, schon wegen der Schwierigkeit der Abstimmung, falls sich für zwei widersprechende Ansichten auf jeder Seite die gleiche Anzahl von Richtern findet. Die eventuelle Nichtbeachtung der Stimme des im Range jüngsten Richters, wie es der Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes vorschlägt,[1]) kann für die regelmäßigen Sitzungen nicht empfohlen werden, da die wissenschaftliche Bedeutung des Richters mit seinem Dienstalter nichts zu tun hat, und vielleicht gerade der jüngste der hervorragendste Jurist ist. Für den Fall, daß ein Senat von einer seiner früheren Entscheidungen oder von der Entscheidung eines andern Senats oder des Plenums abweichen will, müßte eine Entscheidung von sämtlichen Senaten ergehen, für welche dann ausnahmsweise die Abstimmung bei einer geraden Zahl der Anwesenden, entsprechend dem Art. 27 des mehrfach angezogenen Haager Abkommens, angeordnet werden könnte.

Durch eine zu Anfang des Geschäftsjahres seitens des Präsidiums oder des in Art. 49 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle bestimmten Verwaltungsrates aus den im Haag beglaubigten diplomatischen Vertretern der Vertragsmächte und dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten als Vorsitzenden erlassene Geschäftsordnung sind die Geschäfte an die einzelnen Senate zu verteilen und die Richter für die verschiedenen Sitzungen sowie deren Stellvertreter im voraus zu bestimmen. Doch müßte darauf Bedacht genommen werden, daß möglichst bei der Entscheidung des Rechtsstreites mindestens ein Richter von der Nationalität der Parteien mitwirkt. Dies würde jedenfalls dann gar keine Bedenken haben, falls sich der Prozeß zwischen Konnationalen abspielt. Aber auch wenn die streitenden Teile verschiedenen Staaten angehören, hat die Mitwirkung je eines Richters der in Betracht kommenden Staaten keine Gefahr für die Unparteilichkeit der Rechtspflege, da sich eventuell die Stimmen der beiden Richter der betreffenden Nationalitäten gegeneinander aufheben; sie würde aber den großen Vorteil bieten, das Kollegium über die etwa in Frage kommenden Bestimmungen des Zivil- und Handelsrechts und die Rechtsprechung der beiden Staaten zu informieren und die Einholung besonderer Gutachten ersparen. Gute Dienste könnte nach dieser Richtung hin noch ein aus hervorragenden Juristen der verschiedenen Kulturstaaten zu errichtendes Institut für ausländisches Recht leisten, dessen Aufgabe sich natürlich nicht in dieser Auskunftserteilung für den Weltgerichtshof zu erschöpfen hätte.

Die Zahl der Senate richtet sich nach der Bedürfnisfrage. Bei ihrer Zusammensetzung wäre darauf Bedacht zu nehmen, daß möglichst Richter derjenigen Staaten einen Senat bilden, in deren Ländern die gleiche Sprache gesprochen wird und deren Rechtssysteme einander nahestehen. Eine reine Zweck-

[1]) § 139 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

Digitized by Google

mäßigkeitsfrage ist es, ob ein besonderer Senat eingerichtet werden soll, welcher, wie in Frankreich, über die Zulassung der Kassation an einen andern Senat einen Vorbescheid ohne kontradiktorische Verhandlung erläßt (Chambre des requêtes). Nach diesseitigem Erachten erscheint eine solche Institution nicht erforderlich.

Weiter ist zu prüfen, ob Anwaltszwang einzuführen ist und wer als Prozeßbevollmächtigter vor diesem Gerichtshof fungieren darf. Im Interesse der Rechtspflege und der Würde des höchsten Gerichtshofes ist die Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte für erforderlich zu erachten. Eine Unterscheidung zwischen avocats und avoués entbehrt hier der sachlichen Begründung. Die Befugnis zur Ausübung der Anwaltspraxis vor dem höchsten Gerichtshof wird an dieselben Bedingungen zu knüpfen sein, wie sie für die Tätigkeit der Sachwalter vor den höchsten Gerichtshöfen der Vertragsstaaten gestellt werden. Es würde sich aber empfehlen, die Zulassung der Anwälte außerdem noch von dem Beschluß des Präsidiums des höchsten Gerichtshofes oder des mehrfach genannten Verwaltungsrats laut Art. 49 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle abhängig zu machen, um eine Garantie der Befähigung für diese zur Mitwirkung bei der so verantwortungsvollen Judikatur berufenen Personen zu schaffen.

Aus der vorstehenden Skizze ergibt sich, daß die Schwierigkeiten, welche der Schöpfung eines derartigen internationalen Gerichtshofes entgegenstehen, keineswegs unüberwindlich sind. Seine Errichtung ist in hohem Maße erwünscht; denn ihm kommt nicht nur Bedeutung für die Auslegung des uniformen Gesetzes zu, er wird nicht nur die Einheitlichkeit der Rechtsprechung wahren, sondern auch auf die Fortentwicklung des Rechtes selbst den größten Einfluß ausüben, vornehmlich aber ein Bindeglied mehr zwischen den Kulturvölkern schaffen, das Bewußtsein ihrer Solidarität stärken und der großen internationalen Justizorganisation auch auf andern Gebieten die Wege bahnen.

Berichte aus allen Wissenschaften

Mißstände im preußischen Kirchensteuerrecht

Die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Preußen sind berechtigt, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse von ihren Mitgliedern Steuern zu erheben. Die nähere Regelung dieser Befugnis erfolgte für die katholischen Gemeinden durch ein staatliches Gesetz (1905), für die Gemeinden der sieben evangelischen Landeskirchen durch mehrere kirchliche und staatliche Gesetze (1905/06). Das Vorbild dieser inhaltlich fast ganz übereinstimmenden Kirchensteuergesetze bildete das preußische Kommunalabgabengesetz (1893). Nach seinem Muster gestaltete der Gesetzgeber sowohl den Regelfall, daß ein Zensit nur in einer einzigen Kirchengemeinde steuerpflichtig ist, als auch den besonderen Fall, daß ein Zensit in mehreren Kirchengemeinden seiner Konfession Steuern zu zahlen hat. Im letzteren Fall gilt es wie

Digitized by Google

im Gemeinde-, so auch im Kirchensteuerrecht, den Gesamtsteuerbetrag auf die mehreren Gemeinden so zu verteilen, daß jede von ihnen einen angemessenen Anteil empfängt und daß zugleich dem Steuerpflichtigen aus der Verteilung des Gesamtsteuerbetrages keine steuerliche Mehrbelastung erwächst. Während das Gemeindesteuerrecht beiden Erfordernissen in gebührender Weise Rechnung trägt, läßt sich die Art und Weise, wie das Kirchensteuerrecht jenes Problem gelöst hat, nicht als restlos befriedigend bezeichnen. Weder den Interessen der Kirchengemeinden noch denen der Steuerpflichtigen ist der Gesetzgeber vollauf gerecht geworden.

Benachteiligt sind solche Kirchengemeinden, in denen ein Steuerpflichtiger sich längere Zeit aufhält, ohne darin einen Wohnsitz zu begründen. Kirchensteuerpflichtig sind nur diejenigen Glaubensgenossen, welche einer Kirchengemeinde durch ihren Wohnsitz angehören. Durch den bloßen Aufenthalt in einer Kirchengemeinde wird die Steuerpflicht nicht begründet, mag der Aufenthalt noch so lange andauern, mag er sogar seiner Natur nach auf eine gewisse Dauer berechnet sein. Die Kirchengemeinde ist nicht in der Lage, einen solchen Glaubensgenossen, obwohl er ihre kirchlichen Einrichtungen benutzt — z. B. ständig den Gottesdienst besucht, im Krankheitsfalle regelmäßige seelsorgerliche Besuche des Pfarrers erhält, am heiligen Abendmahl teilnimmt —, zur Mittragung der kirchlichen Lasten heranzuziehen. Sie erhält von ihm keinen Gegenwert für das, was sie ihm zur Befriedigung seiner kirchlichen Bedürfnisse bietet. Er genießt die Vorteile der Kirchengemeinde, ohne zu ihren Lasten beizusteuern. Kirchliche Beiträge entrichtet er nur in derjenigen Kirchengemeinde, der er durch Wohnsitz angehört, nicht auch in der Kirchengemeinde, in der er seinen, wenn auch noch so lange währenden Aufenthalt genommen hat. Für eine Verteilung seines steuerpflichtigen Einkommens auf die beiden Kirchengemeinden fehlt die rechtliche Voraussetzung. Anders im Gemeindesteuerrecht. Gemeindesteuerpflichtig ist nicht nur, wer in der Gemeinde wohnt, sondern auch ein Neuanziehender, der sich in der Gemeinde, ohne darin Wohnsitz zu nehmen, länger als drei Monate aufhält. Hat ein solcher Neuangezogener in einer andern Gemeinde einen Wohnsitz, so liegt die Voraussetzung für die Verteilung seines steuerpflichtigen Einkommens auf die beiden Gemeinden vor. Es hat also an dem Steuerbetrage eines solchen Zensiten nicht nur die Wohnsitzgemeinde Genuß, sondern auch die Aufenthaltsgemeinde, deren Einrichtungen der Zensit zu nutzen in der Lage ist. Wird diese Regelung des Gemeindesteuerrechts den Interessen einer Aufenthaltsgemeinde nicht ganz anders gerecht als die gegenwärtige Regelung des Kirchensteuerrechts?

Benachteiligt sind aber auch die Interessen der Steuerpflichtigen. Wie oben bereits bemerkt, soll ihnen aus der Verteilung des Gesamtsteuerbetrages auf eine Mehrheit steuerberechtigter Kirchengemeinden keine steuerliche Mehrbelastung erwachsen. Solches wäre aber der Fall, wenn bei dieser Verteilung einzelne Steuerobjekte eine mehrfache steuerliche Berücksichtigung erführen, wenn in einer Mehrzahl von Gemeinden ein und dasselbe Steuerobjekt jedesmal in vollem Umfange zu kirchlichen Beiträgen herangezogen würde. Der Verhütung einer solchen „Doppelbesteuerung" dienen besondere gesetzliche Vorschriften, die sich jedoch in vereinzelten Fällen als unzulänglich erweisen.

Den Maßstab für die Umlegung der Kirchensteuer auf die einzelnen Pflichtigen bildet die Staatssteuer, in erster Linie die Staatseinkommensteuer. Doch können die Kirchengemeinden auch ältere, von den Vorschriften der Kirchensteuergesetze abweichende Steuerordnungen zugrunde legen. Eine solche ältere Umlageordnung liegt zum Beispiel vor, wenn die Steuerpflicht nicht lediglich auf der kirchlichen Gemeindemitgliedschaft beruht, sondern sich auf außerhalb des kirchlichen Gemeindeverbandes stehende Personen, welche im Kirchspiel keinen Wohnsitz, wohl aber Grundstücke besitzen — Ausmärker oder Forensen —, erstreckt. Wenn daher eine solche Kirchengemeinde von ihrer Befugnis zur Umlegung der Steuer nach der älteren Umlageordnung Gebrauch macht, ist sie in der Lage, nicht nur das Einkommen der ihr angehörenden Glaubensgenossen, sondern auch das Einkommen, welches jene ihr nicht angehörenden Ausmärker aus ihren im Kirchspiel belegenen Grundstücken

Digitized by Google

ziehen, kirchlich zu besteuern. Wird nun ein solcher Ausmärker, der dieses sein sog. Forensaleinkommen bereits in der Belegenheitsgemeinde versteuern muß, in seiner Wohnsitzkirchengemeinde nach der Umlageordnung des neuen Kirchensteuergesetzes zu Kirchensteuern herangezogen, so wird bei dieser Heranziehung jenes Forensaleinkommen als Bestandteil seines Gesamteinkommens zum zweiten Male kirchlich besteuert. Alsdann liegt offenbar eine Doppelbesteuerung vor, indem der Zensit von einem und demselben Steuerobjekt, nämlich dem Forensaleinkommen, zweimal, erstens in seiner Wohnsitzkirchengemeinde — und zwar zu vollem Recht nach der neuen Umlageordnung — und zweitens in der Belegenheitskirchengemeinde — und zwar zu vollem Recht nach der älteren Umlageordnung — zu Kirchensteuern herangezogen worden ist. Einen Schutz gegen diese Doppelbesteuerung bietet das bestehende Kirchensteuerrecht nicht. Denn seine auf Verhütung einer Doppelbesteuerung abzielenden Vorschriften gelten nur für den Fall der Konkurrenz zweier Wohnsitzkirchengemeinden. Die Möglichkeit der Konkurrenz einer Wohnsitzkirchengemeinde mit einer Kirchengemeinde, in der der Zensit, ohne daß er dort Wohnsitz hat, kirchlich besteuert wird, ist vom Gesetzgeber gar nicht berücksichtigt und daher im Gesetz nicht geregelt worden.[1])

Aber selbst da, wo es sich um die Konkurrenz zweier oder mehrerer Wohnsitzkirchengemeinden handelt, versagen die Handhaben, welche das geltende Recht zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung bietet, bisweilen. Nehmen wir zunächst einmal den Fall an, ein Zensit werde von seiner Kirchengemeinde rechtmäßig zur Kirchensteuer herangezogen. Er hat die Steuer bezahlt, die Einspruchsfrist ist verstrichen. Darauf wird er von einer zweiten Kirchengemeinde seiner Landeskirche zur Steuer herangezogen. Alsdann gewährt ihm das Gesetz folgenden Rechtsbehelf, um die bevorstehende Doppelbesteuerung abzuwenden. Es läßt an Stelle des Einspruchs gegen die Heranziehung in jeder einzelnen Gemeinde einen Antrag auf Verteilung des kirchensteuerpflichtigen Einkommens auf die mehreren Gemeinden zu. Dieser Verteilungsantrag muß binnen einer Frist von vier Wochen, welche mit dem ersten Tage nach erfolgter Steuerforderung seitens der zweiten oder weiteren Kirchengemeinde beginnt, von dem Zensiten gestellt werden. Dieser ist also in der Lage, eine Verteilung des Steuerbetrages auch dann noch herbeizuführen, wenn er einen früher erhaltenen Steuerzettel bezahlt hat und die Einspruchsfrist hier längst verstrichen ist. Verändern wir diesen Fall nun aber dahin, daß die zweite Kirchengemeinde, welche den Zensiten nachträglich zur Kirchensteuer heranzieht, einer andern preußischen Landeskirche angehört. Nach dem Gesetzestext würde der Verteilungsantrag auch jetzt noch, und zwar in gleicher Weise wie im vorhin besprochenen Falle, vor der drohenden Doppelbesteuerung schützen. Anders dagegen nach der aus den Ausführungsbestimmungen ersichtlichen Rechtsauffassung der Zentralkirchenbehörden, insbesondere des Oberkirchenrats. Da sich die Praxis der kirchlichen Verwaltungsbehörden nach dieser (wenn auch rechtsirrtümlichen)[2]) Auffassung richten wird, besteht tatsächlich im letzterwähnten Falle für den Zensiten kaum Hoffnung, die Zurückforderung des in der ersten Kirchengemeinde infolge der zweiten Heranziehung zuviel bezahlten Steuerbetrages mit Erfolg geltend zu machen. Er wird vielmehr auf Billigkeitsgesuche und auf das Entgegenkommen jener Kirchengemeinde angewiesen sein.

Wie sind diese Mißstände des preußischen Kirchensteuerrechts abzustellen? Daß Fälle der bezeichneten Art nicht allzu häufig vorkommen werden, ist kein Grund, auf die Forderung nach Abhilfe zu verzichten. Im ersten Falle, bezüglich des fehlenden Besteuerungsrechts einer Aufenthaltskirchengemeinde, bietet sich angesichts der unzweideutigen gesetzlichen Vorschriften kein andrer Ausweg als der der Gesetzesänderung. Ob die zuständigen Faktoren sich dazu bereit finden werden, diese Novelle zu erlassen, erscheint allerdings deshalb etwas fraglich, weil der Grundsatz der Beschränkung der Besteuerungsbefugnis auf Wohnsitzkirchengemeinden nicht ohne reifliche Ueberlegung in die Kirchensteuergesetze aufgenommen worden

[1]) Vgl. Preuß. Pfarrarchiv, Bd. 3, S. 289 ff.
[2]) Nachweis im Preuß. Pfarrarchiv, Bd. 5, S. 10 ff.

Digitized by Google

ist. Dagegen werden sich die gesetzgebenden Faktoren dem Verlangen nach einer Beseitigung der nicht nur theoretisch bestehenden, sondern auch praktisch schon verwirklichten Möglichkeit der doppelten Besteuerung von Forensaleinkommen kaum verschließen können. Auch hier bildet die Abänderung des bestehenden Rechtes das einzige Mittel; der Versuch, diesen Uebelstand auf anderm Wege zu beseitigen, ist von der Rechtsprechung des Königlichen Oberverwaltungsgerichts mit vollem Recht als untauglich zurückgewiesen worden. Daß der Gesetzgeber hier eingreifen wird, ist um so eher zu erwarten, als die bestehende Härte lediglich auf falsche legislatorische Behandlung[1]) des Entwurfes des geltenden Gesetzes zurückzuführen ist. Und endlich wird auch im letzten Falle (der Nichtgewährung des Verteilungsantrages beim Zusammentreffen zweier Kirchengemeinden, die verschiedenen preußischen Landeskirchen angehören) endgültige Abhilfe nur vom Eingreifen des Gesetzgebers zu erwarten sein, es müßten denn die kirchlichen Zentralbehörden aus eigner Initiative oder, nachdem die Rechtsprechung in einem praktischen Falle die irrtümliche Auslegung des Gesetzes richtiggestellt, ihre Ausführungsanweisungen mit dem Gesetzestext in Einklang bringen; als der sicherste und darum zweckmäßigste Weg empfiehlt sich gleichwohl die authentische Interpretation des Gesetzes. Wirksam und dauernd abzuhelfen ist demnach den bis jetzt hervorgetretenen Mißständen im preußischen Kirchensteuerrecht allein durch den Erlaß von Novellen zu den einzelnen Kirchensteuergesetzen.

Professor Dr. jur. Friedrich Giese in Posen.

Literarische Berichte

Dahiel der Konvertit. Roman von Rich. Voß. Neue Ausgabe mit einem Vorwort von Prof. Dr. Fr. v. d. Leyen. Gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Infolge der schroffen Unduldsamkeit, mit der sich der Naturalismus der Literaturperiode von 1870 bis 1890 gegenüberstellte, ist manchem hochbegabten Dichter, manchem poesievollen Werk lange die gebührende Anerkennung vorenthalten geblieben, und man beginnt vielfach erst jetzt dem Schaffen jener mit so viel Unverstand und Uebelwollen kritisierten Zeit gerecht zu werden. Auch Richard Voß, einer der glänzendsten Vertreter ihrer literarischen Ideale und Bestrebungen, hat trotz zahlreicher großer Erfolge im Drama und im Roman bisher bei weitem nicht die Wertschätzung genossen, die sein reiches, feuriges, von einer unerschöpflichen Phantasie befruchtetes Talent verdient, und es durfte daher den Dichter mit doppelter Genugtuung erfüllen, daß unlängst zu seinem sechzigsten Geburtstage ihm und seinem Genius gerade ein ausgesprochen Moderner von bestem Namen, Alfred Walter Heymel, mit besonderer Wärme huldigte. Heymel machte damals u. a. auf den sehr zu Unrecht halb vergessenen „Dahiel" als auf eine seiner merkwürdigsten und vollendetsten Schöpfungen wieder aufmerksam und hat damit augenscheinlich den Anstoß zur Veranstaltung der vorliegenden Neuausgabe gegeben. Es ist in der Tat schwer zu verstehen, daß dieses packende Werk, das Voß auf der Höhe seiner Schaffenskraft zeigt und eine Fülle echter poetischer Werte enthält, nicht längst zu den meistgelesenen Romanen unsrer Zeit zählt. „Die Schönheiten und die Rührung," heißt es treffend in v. d. Leyens Vorwort, „die Liebe, die Macht der Phantasie, die Höhe und Reife der Erzählung, die gerade des Dichters beste Schöpfungen auszeichnen und seiner ganzen Kunst die Form aufprägen, sie alle bringt uns der Dahiel. Er hat Schilderungen der römischen Landschaft von einer Leuchtkraft und einer Anschaulichkeit, einer pittoresken Größe und einem überquellenden Jubel der Schönheit, wie sie in keiner Dichtung von Voß sich vollendeter finden." Vielleicht werden diese notgedrungen kurzen Hinweise auf das nicht neue, aber jugendfrische, gehaltvolle Buch dazu beitragen, ihm Leser zu werben, die es zu würdigen wissen. R. D.

Einführung in die Psychologie. Von W. Wundt. Leipzig, R. Voigtländers Verlag.

Dies Büchlein muß zunächst im Hinblick

[1]) Pfarrarchiv, Bd. 3, S. 297 ff.

Digitized by Google

auf die Person des Verfassers aufrichtige Bewunderung erwecken. Wer möchte glauben, daß ein fast Achtzigjähriger mit solcher Frische schreiben kann, und daß jemand, der ungezählte Male denselben Gegenstand in Vorlesungen behandelt und darüber drei größere, oft aufgelegte und veränderte Bücher verfaßt hat, von neuem mit solcher Entdeckerlust an die Probleme herantritt! Aber auch rein sachlich angesehen, verdient die kleine Schrift unsre Bewunderung. Mit einem ganz einfachen Instrument, nämlich dem Metronom, demonstriert Wundt dem Leser den wesentlichsten Inhalt einer Psychologie des Bewußtseins, er führt ihn dann mit sicherer Hand und auf bequemen Wegen zu richtigen allgemeinen Erkenntnissen, und er entläßt ihn als jemand, der nicht nur Tatsachen gelernt, sondern sie auch wirklich verstanden hat. Wir alle müssen unserm Altmeister für diese Gabe dankbar sein. D.

Moderne Technik. Die wichtigsten Gebiete der Maschinentechnik und Verkehrstechnik allgemeinverständlich dargestellt durch zerlegbare Modelle. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Ingenieur H. Blücher. Mit 1391 Abbildungen im Text und 15 zerlegbaren Modellen. Zwei Bände in Leinen gebunden M. 40.—. Leipzig, Bibliographisches Institut.

In der großen Zahl der in den letzten Jahren erschienenen Werke, die weiteren Kreisen von Gebildeten aller Berufe das Verständnis und den Einblick in die Errungenschaften der modernen Technik vermitteln wollen, wird ohne Zweifel dem Blücherschen Werke die führende Rolle zuerkannt werden müssen. Die einzelnen Abschnitte des Werkes sind von tüchtigen Fachmännern geschrieben und durch gute Bilder illustriert, wobei die Gründlichkeit und Sorgfalt angenehm berühren, die auch dem unscheinbaren Arbeitsgerät seinen Platz gönnt und nicht nur die Schaustücke und Bravourleistungen der modernen Technik berücksichtigt. Freilich verlangt diese Art der Behandlung ernstere Leser als die vielfach so beliebten technischen Bilderwerke, die uns die letzten Jahre gebracht haben. Auf einzelne kleine Wünsche näher einzugehen, die der technisch gebildete Leser vielleicht noch an den Textband stellen mag, ist hier nicht der Platz, da es in erster Linie Zweck dieser Zeilen ist, der Technik Fernerstehende auf das hervorragende Werk aufmerksam zu machen, das besonders auch in seinem Modellatlas einen fast unerschöpflichen Quell der Belehrung bietet. In fünfzehn bis ins einzelne zerlegbaren farbigen Modellen werden hier die wichtigsten Typen der Maschinen- und Verkehrstechnik bis zum lenkbaren Luftschiff und Flugapparat vorgeführt, und es ist für den technisch interessierten Laien ein wahres Vergnügen, an der Hand der Modelle und der dazugehörigen Beschreibungen mühelos in das Verständnis des Aufbaues und des Zusammenwirkens der einzelnen Teile einzudringen. Angesichts der sehr kostspieligen Herstellung der Modelle ist der Preis des Werkes sehr niedrig zu nennen. G. K.

Timoleon und Immanuel. Dokumente einer Freundschaft. Briefwechsel zwischen Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein und Jens Baggesen, herausgegeben von Hans Schulz. Leipzig, S. Hirzel. 464 Seiten. M. 11.50.

Der Briefwechsel, der hier in schön gedrucktem und ausgestattetem Bande vorliegt, gehört zu den hervorragendsten Sammlungen dieser Art, die in den letzten Jahren erschienen sind. Ein Fürst und ein Dichter, dieser ein genialer Flackergeist, jener ausgezeichnet durch edelstes Menschentum, Hochherzigkeit und Zartsinn — es ist derselbe, der Schiller ein Jahresgehalt aussetzte —, beide hochgebildet und an den geistigen Bewegungen ihrer Zeit leidenschaftlich Anteil nehmend. In dreifacher Hinsicht ist dieser Briefwechsel bedeutungsvoll: wir erleben wie in einem spannenden, guten Roman den ganzen Verlauf dieser Freundschaft in ihrem Werden, ihren Höhepunkten und Erschütterungen; zugleich ziehen die großen politischen Ereignisse, insbesondere die der französischen Revolution, an uns vorüber; endlich enthalten diese Briefe eine überquellende Fülle philosophischer und kulturgeschichtlicher Ideen. So lernen wir dieses Werk bewundern und liebgewinnen als Charakterbild, als Beitrag zur Zeitgeschichte, als Weltanschauungsbuch. Der Herausgeber, dem wir für diese Veröffentlichung allen Dank schuldig sind, gibt in der Einleitung wertvolle Fingerzeige zum Verständnis der Briefe; er hätte nur auch mit erläuternden Anmerkungen weniger sparsam sein sollen. Br.

Ueber Ruheübungen und Ruheübungs-Apparate. — Zur Psychologie und Hygiene des Denkens. Zwei Vorträge von Leo Hirschlaff. Berlin, Verlag von Julius Springer.

Der bekannte Nervenarzt, der zugleich ein gründlich durchgebildeter Psychologe ist, geht in dem ersten Vortrag von der Tatsache aus, daß jede ununterbrochene Tätigkeit zur Erschöpfung führt, daß demnach auch die Nerven von Zeit zu Zeit Ruhe brauchen; er prüft nun, wie diese Ruhe für erkrankte Nerven zu erzeugen und durchzuführen ist. Das Prinzip seiner Uebungen und Apparate besteht, wie er selbst sagt, „in einer absichtlichen Entspannung der gesamten willkürlichen Körpermuskulatur, in dem möglichsten Fernhalten von äußeren Sinnesreizen und in einer

Digitized by Google

systematischen geistigen Konzentration". Auch der zweite Vortrag kommt auf diese Dinge zurück, enthält aber außerdem eine Psychologie der Erkenntnistätigkeiten, die der Beachtung wert ist, obwohl sie teilweise zu ausschließlich an einer bestimmten Schulrichtung der neueren Psychologie orientiert ist.

D.

Die Zwölf Propheten. In den Versmaßen der Urschrift übersetzt. Von D. Bernh. Duhm, Basel. Tübingen, Mohr. (XXXIX, 142 S., kl. 8°.) M. 1.60.

Versmaße der Aussprachen der hebräischen Propheten gibt es, von einzelnen Partien abgesehen, wahrscheinlich gar nicht. Der Versuch von Duhm, die angeblichen Versmaße nachzuahmen, bringt viele sprachliche Härten mit sich, wie man zum Beispiel sieht an „Da schwindet dem Schnellen Zuflucht, der Starke strafft seine Kraft nicht, der Bogenschütze steht nicht, der Lenker des Rosses schirmt nicht" (Amos 2, 14 f.). Auch manche überkühne Vermutung betreffs der Zeit einzelner Prophetenschriften macht den Wert des Buches zweifelhaft. Ed. König.

Die englische Verfassung seit 100 Jahren und die gegenwärtige Krisis. Von Professor Dr. Walter Parow. 8°. 234 S. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 4.80.

Das vorliegende Werk kommt dem großen Interesse, welches in Deutschland für die innerpolitischen Verhältnisse Englands immer größer wird, sehr entgegen. Die im vereinigten Königreiche herrschenden eigenartigen Formen des Verfassungslebens erschweren das Verständnis für dasselbe und namentlich für den Kampf, welchen die demokratische Idee gegen die Macht des englischen Oberhauses bereits seit einem Jahrhundert führt. Nach drei Stufen des Fortschrittes in dieser Richtung, welcher sich geschichtlich in den sog. Parlamentsreformen von 1832, 1868 und 1885 ausdrückt, steht gegenwärtig Großbritannien in der aktuellen Krise, welche eine radikale Verkörperung der demokratischen Idee anstrebt. Es ist ein eigenartiges Mittel, das die Form für den Gedanken im politischen Leben des vereinigten Königreiches geben soll: das „Referendum". Für das kontinentale Verfassungsleben ist dieser Ausdruck wohl wenig verständlich. Das Wesen aber, durch welches die Demokratisierung der britischen Verfassung erkämpft werden soll, ist nichts andres als das Plebiszit für Verfassungsänderungen, welches jedoch weder über Anregung der Regierung noch der des Parlaments oder gar einer Partei eingeholt werden könnte, sondern obligatorisch, gleichsam automatisch bei jeder beabsichtigten Verfassungsänderung in die Erscheinung treten müßte. Das vorliegende Werk behandelt die englische Verfassungsgeschichte und namentlich den gegenwärtigen aktuellen Gipfelpunkt des großbritannischen Verfassungslebens in überaus anschaulicher, verständnisvoller und verständlicher Weise; es wird daher viele interessierte Leser finden. Schroeder-Teschen.

Der Ursprung des Menschen oder die gegenwärtigen Anschauungen über die Abstammung des Menschen. Von Professor Dr. Alois Schmitt. Gr.-8° (XII u. 118). Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. M. 2.40.

Der Verfasser ist ein Gegner der Entwicklungslehre, aber einer, der seine Arbeit ernst nimmt und mit seinem Thema gründlich vertraut ist. Schade, daß auch er sich nicht immer frei davon halten kann, seinen Gegnern vorzuwerfen, daß sie ihrer Anschauung wegen die Tatsachen der Wissenschaft vergewaltigten. Kann sich denn der Verfasser gar nicht vorstellen, daß es Forscher gibt, die der Entwicklungslehre allein deshalb anhängen, weil sie eben der Ansicht sind, daß die aufgedeckten Tatsachen unter allen Theorien am meisten für sie sprechen? Man muß doch nicht überall Religionsfeinde wittern! Die Menschheit hat das Recht, von dem augenblicklichen Stand ihrer Wissenschaft zu erfahren. Und wenn man diesen, abgesehen von allen andern Motiven, zu einer Theorie zusammenfassen will, so ist die plausibelste solcher Theorien die Entwicklungslehre. Darum ist der Einwurf, der die Quintessenz des Buches darstellt, die Tatsachen seien nicht beweisend für die Entwicklungslehre, ein Kampf gegen Windmühlen. Das leugnet ja niemand! Jede einzelne Tatsache beweist freilich nichts, wohl aber machen alle zusammen die Entwicklungslehre durchaus wahrscheinlicher als die Schöpfungstheorie, und der gewissenhafte Forscher hat das Wahrscheinlichere anzunehmen, ohne Rücksicht auf andres. K. Guenther.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Blüher, Der Schutz der Arbeitswilligen. Dresden, F. Emil Boden, G. m. b. H.

Bode, Dr. Wilhelm, Stunden mit Goethe. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 1.—.

Bornstein, Paul, Friedrich Hebbels Gesammelte Werke. 1. Bd. Wesselburen. 2. Bd. Hamburg-Heidelberg. München, Georg Müller. Geh. à M. 5.—, geb. à M. 8.—.

Dobsky, Artur, Freude an der Kunst. Das Wissenswerteste aus dem Gebiete der Kunstgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung zur Anregung für die reifere Jugend und für Erwachsene. Stuttgart, Loewes Verlag, Ferdinand Carl.

Fidler, Fritz, Vom Zuge der Menschheit. I. Teil, Hamburg, C. Erich Behrens Verlag. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Goerke, Franz, Leuchtende Stunden. Eine Reihe schöner Bücher. Band III: Fürst, Arthur, Das Reich der Kraft. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus G. m. b. H. Kart. M. 1.75, geb. M. 2.80.

Goldscheid, Rudolf, Internationale Verständigung. Heft 2/3: Friedensbewegung und Menschenökonomie. Berlin, Verlag der Friedens-Warte. M. 1.—.

Harms, Bernhard, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. Jena, Gustav Fischer. M. 14.50.

Hartmann, Dr. Arthur, Ludwig Uhland. Ein Volksbuch. Stuttgart, W. Spemann. M. 2.—.

Jaenicke, Hermann, Von Tilsit bis Leipzig. (1807—1813). Berlin, R. Eisenschmidt. Brosch. M. 3.—, geb. M. 3.75.

Jürgensen, Jürgen, Die große Expedition. Ein Kongoroman. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Kahlenberg, Hans von, Sünde. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.50.

La Revue Roumaine. 1 & 2. Bucarest, 10, Str. Lucan. à Fr. 1.25.

Le Roy, Edouard, Une Philosophie Nouvelle Henri Bergson. Paris, Librairie Félix Algan. Fr. 2.50.

Mederow, Paul Wolfgang, Gottfried August Bürger. Der Roman seines Lebens in seinen Briefen und Gedichten. Berlin, Morawe & Scheffelt.

Mendheim, Dr. Max, Ludwig Uhland. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Molo, Walter von, Ums Menschentum. Ein Schillerroman. Berlin, Schuster & Loeffler. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Moraht-Steger, Geschichte des Feldzuges in Rußland im Jahre 1812. Hamburg, Richard Hermes. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Nationale Jugendvorträge, veranstaltet von der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Ostmarkenvereins. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 1.20.

Neue Bahnen. Illustrierte Monatsschrift für Erziehung und Unterricht. Herausgeber: F. Lindemann und R. Schulze. 24. Jahrgang. Heft 1. Leipzig, R. Voigtländers Verlag.

Oppenheimer, Dr. med. et phil. Franz, Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Jena, Gustav Fischer. M. 1.20.

Perger, Arnulf, System der dramatischen Technik. Weimar, Alexander Duncker. M. 2.50.

Rohn, Gustav, Diderot. Zweite Satire. (Rameaus Neffe.) Wien, J. Eisenstein & Cie.

Rosenberger, W., Lehrgang der praktischen Weltsprache Reform-Neutral. Zürich, Rascher & Cie. M. 2.—.

Saager, Adolf, Blüchers Briefe an seine Frau. Stuttgart, Robert Lutz. Brosch. M. 2.—, geb. M. 3.50.

Salomon, Prof. Dr. Felix, Die deutschen Parteiprogramme. Zwei Hefte. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. à M. 1.80.

Salzer, Professor Dr. Anselm, Illustrierte Geschichte der Deutschen Literatur. 50. Liefg. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H. à M. 1.—.

Thompson, Francis, Ignatius von Loyola. Ein Heiligenleben. Kempten und München, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. M. 3.20.

Treitschke, Heinrich von, Briefe. 1. Band. Herausgegeben von Max Cornicelius. Leipzig, S. Hirzel. M. 10.—.

Wintzer, Richard, Menschen von anderem Schlage. Ein Buch für Kämpfer und Freie. 2 Bände. Leipzig, Otto Wigand m. b. H. Geh. M. 10.—, geb. M. 12.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Oesterreich-Ungarn und Rußland

Von einem österreichischen Politiker

Das Antlitz Europas hat sich verändert. Die Türkei, das alte Schmerzenskind der Kabinette, hat bis auf einen kargen Rest ihren europäischen Besitz verloren, und auf ihren Trümmern beginnen die benachbarten christlichen Staaten sich häuslich einzurichten. Eine Frage, die nicht erst seit Kaiser Nikolaus' Prophezeiung von dem nahen Ende des „kranken Mannes" die Mächte beschäftigt, hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine gewaltsame, aber gewiß ihre natürlichste Lösung gefunden. Daß dieser gewaltige Umsturz trotz der vielfach gegnerischen Interessen der Großmächte sich vollziehen konnte, ohne daß daraus ein europäischer Krieg entstand, ist, abgesehen von dem allgemeinen Friedensbedürfnisse, in erster Linie der Uneigennützigkeit und dem Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns sowie der korrekten Haltung Rußlands zu verdanken.

Diese beiden Mächte waren ja von jeher die Protagonisten auf dem Theater der Balkanhalbinsel. Freilich verfolgt die orientalische Politik der Habsburger und jene der Romanows ganz verschiedene Ziele. Oesterreich befand sich vom Anfang an der Türkei gegenüber in der Defensive; es hatte sich gegen die Einfälle türkischer Horden zu schützen, die sengend und brennend die innerösterreichischen Provinzen durchzogen, wiederholt mit den ungarischen Aufständischen im Bunde waren und zweimal sogar bis vor die Mauern Wiens gelangten, wo sie sich freilich die Köpfe wund schlugen. Nachdem aber die Offensivkraft der Türkei einmal gebrochen war, konnte sich Oesterreich keinen ruhigeren Nachbarn wünschen wie sie, und es hatte nur dafür zu sorgen, daß ihm der Weg zum Aegäischen Meere und die Donau abwärts nicht durch feindselige Nachbarn verlegt werde. Daraus ergab sich für das Habsburgerreich das politische Dogma der Erhaltung der Türkei, des territorialen und politischen Statusquo. Rußlands Politik dagegen war von jeher von expansiven Tendenzen geleitet. Lange bevor Katharina II. daran dachte, ihren Enkel zum Beherrscher des byzantinischen Reiches zu machen, wollte sich Großfürst Iwan durch seine Verheiratung mit der Tochter des letzten Paläologen einen Erbanspruch auf das oströmische Reich erwerben (1472). Alle Pläne einer Teilung des türkischen Reiches gingen auch bis auf die jüngste Zeit von Rußland aus. Je mehr die Widerstandsfähigkeit

Digitized by Google

des Ottomanischen Reiches abnahm und je mehr Rußland den Zeitpunkt herannahen sah, wo seine Träume in Erfüllung gehen sollten, um so mehr wurde ihm klar, daß es dabei mit einer andern Macht zu rechnen habe, die vermöge ihrer geographischen Lage und in Verfolgung defensiver Ziele von der andern Seite her in bedenkliche Nähe gerückt und in der Lage war, seine Wege zu kreuzen. Zur selben Zeit, als Eugen von Savoyen das habsburgische Banner auf den Mauern von Belgrad aufpflanzte, bemächtigte sich Peter der Große Asows und brauchte nur mehr die Hand auszustrecken, um ans Schwarze Meer zu gelangen. Von dieser Zeit her datiert die Rivalität Oesterreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel. So viele Wandlungen die Beziehungen der beiden Mächte in den letzten zwei Jahrhunderten auch durchgemacht haben, waren sie stets durch dieses Motiv veranlaßt. Es gab Zeiten eines intimen, vertrauensvollen Verhältnisses, Zeiten einträchtigen Zusammenwirkens, aber auch Perioden tiefgehender Mißverständnisse, Augenblicke, wo es schien, ein kriegerischer Zusammenstoß sei unvermeidlich, ja er stehe unmittelbar vor der Türe. Immer wieder drang aber die Erkenntnis durch, daß die beiden Nachbarreiche so viele übereinstimmende Interessen, so mannigfaltige Berührungspunkte haben, daß sie notwendig auf ein gutes Einvernehmen angewiesen sind.

Ein kurzer historischer Rückblick möge hier zur Bekräftigung dieses Satzes seinen Platz finden. Die erste Allianz zwischen den beiden Kaiserreichen, die sich auf die Türkei und auf Polen bezog, datiert aus dem Jahre 1726. Peter der Große war durch das siegreiche Vordringen der Habsburger beunruhigt und wollte sie nicht allein die orientalische Frage regeln lassen. Fast ein halbes Jahrhundert verging, bis Rußland mit Oesterreich, das inzwischen durch andre Fragen in Anspruch genommen war, neuerdings wegen eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Türkei in Verbindung trat. Zwischen Josef II., damals noch Mitregenten seiner Mutter, und Katharina II. entwickelte sich in den Jahren 1772 bis 1781 eine lebhafte Korrespondenz über die Teilung des türkischen Reiches. Zweimal, 1780 und 1787, suchte Josef die Zarin in ihrem Reiche auf. Die erste Zusammenkunft fand in Mohilew statt, von wo sich Josef nach Moskau und Petersburg begab, um schließlich einige Wochen in Zarskoje Selo zu verbringen. Maria Theresia schrieb damals an ihre Tochter Marie Antoinette: „Man hat zwar nicht verhandelt, aber er (Josef) scheint das Glück gehabt zu haben, die falschen und tief eingewurzelten Vorurteile gegen uns zu zerstreuen." Schon im folgenden Jahre fand indes eine Verständigung über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele statt. Zum zweiten Male begegneten sich die Herrscher in der Krim. Wie großen Wert Josef II. auf ein gutes Verhältnis zu Rußland legte, bezeugt die Tatsache, daß er noch auf dem Sterbebette Katharina brieflich bat, das vertrauensvolle Verhältnis, das zwischen ihnen bestand, auf seinen Nachfolger zu übertragen.

Nun kamen die Zeiten der Französischen Revolution und der Koalitionskriege. Der Kampf gegen das revolutionäre Frankreich nahm das Interesse und die Mittel Oesterreichs ausschließlich in Anspruch. Nichtsdestoweniger gedachten

Digitized by Google

Frankreich und Rußland im Tilsiter Frieden bei der Verteilung der türkischen Beute auch seiner und wiesen ihm ein Gebiet zwischen den geträumten russischen und französischen Erwerbungen mit Saloniki zu. Auf dem Wiener Kongreß vermied man es, sich mit den Orientfragen zu beschäftigen, und in den österreichisch-russischen Beziehungen, soweit sie damit zusammenhängen, trat ein längerer Stillstand ein. Die offene Begünstigung des griechischen Freiheitskampfes durch Rußland stand in direktem Widerspruch mit der konservativen Politik Metternichs, der überdies mit der Unterdrückung der freiheitlichen Bewegung in Italien, Spanien und Deutschland vollauf beschäftigt war. Erst bei einer Zusammenkunft der Monarchen in Münchengrätz, 1833, wurde die Frage eines einvernehmlichen Vorgehens gegen die Türkei von Kaiser Nikolaus wieder aufgeworfen, ohne aber bei Metternich auf viel Verständnis zu stoßen.

Die fünfziger Jahre brachten eine Reihe von Begegnungen zwischen den beiden Monarchen. Um ihm für seine erfolgreiche Hilfe gegen Ungarn persönlich zu danken, suchte Franz Josef seinen väterlichen Freund, den Zaren Nikolaus, 1850 in Warschau auf, welcher Besuch noch im selben Jahre in Olmütz erwidert wurde. Zwei Jahre später kam der Zar nach Wien, 1853 nochmals nach Olmütz und im selben Jahre Franz Josef nach Warschau. Die Intimität, für welche diese wiederholten Besuche ein beredtes Zeugnis ablegen, sollte aber bald eine empfindliche Abkühlung erfahren. Die Haltung Oesterreichs während des Krimkrieges, die man ihm in Petersburg als schweren Undank anrechnete, warf tiefe Schatten auf dieses Verhältnis. Es bedurfte langer Jahre, bis sich das frühere Vertrauen wieder einstellte. Eine Begegnung der beiden Monarchen in Weimar 1857, ein Besuch Franz Josefs in Warschau 1860 blieben politisch ergebnislos. Erst das Zusammentreffen der drei Kaiser in Berlin 1872 schuf erfreulichen Wandel; sie bot den Leitern der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns und Rußlands, Andrássy und Gortschakow, Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über ihre Haltung in den Fragen der Balkanpolitik. Schon im vorangegangenen Jahre, Ende 1871, war Gortschakow in einem Gespräche mit Bismarck auf dieses Thema zu sprechen gekommen und hatte als Grund des Mißtrauens Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn dessen angebliche Vergrößerungsabsichten in der Richtung gegen Bosnien und Serbien bezeichnet. Kurz danach veröffentlichte der „Pravitelstni Wjestnik" einen offenbar offiziösen Artikel, der für ein Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn und das Abschütteln der panslawistischen Hetzer eintrat. Während der Berliner Entrevue fand nun ein unmittelbarer Meinungsaustausch zwischen Andrássy und Gortschakow statt; sie begegneten sich in dem Gedanken eines beiderseitigen Desinteressements und völlig neutralen Verhaltens für den Fall einer Erhebung der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei. Der Besuch der Wiener Weltausstellung durch Kaiser Alexander 1873 wurde zu neuerlichen Verhandlungen über dieses Thema benutzt; die Ergebnisse waren abermals überwiegend negativer Natur. Selbst für den Fall, als die Interessen ihrer Länder in einzelnen Fragen nicht übereinstimmen sollten, würden sie sich miteinander verständigen. Gegenüber einem die Ruhe Europas

Digitized by Google

bedrohenden Angriffe von dritter Seite wollten sie sofort wegen der zu ergreifenden Mittel miteinander ins Einvernehmen treten. Die Regelung der militärischen Hilfeleistung solle einer späteren Vereinbarung vorbehalten bleiben.

Der Aufstand, der zwei Jahre später in Bosnien und der Herzegowina ausbrach, legte die Notwendigkeit positiver Abmachungen über das beiderseitige Verhalten nahe. Nachdem die Reformnote Andrássys vom 30. Januar 1876 erfolglos geblieben war, einigten sich die drei Kaisermächte über einen gemeinsamen Schritt, der in dem sog. Berliner Memorandum vom Mai 1876 zum Ausdruck kam. Gelegentlich der Entrevue, die bald danach am 8. Juli 1876 in Reichstadt zwischen Kaiser Franz Josef und Alexander II. stattfand, gelang es, für den Fall des Zusammenbruches der Türkei ein volles Einvernehmen über die Teilung ihres europäischen Besitzes zu erzielen. Die Notwendigkeit klarerer und bindenderer Abmachungen über das Schicksal Bosniens und der Herzegowina führte dann noch zu dem Abschlusse des geheimen Abkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, das am 15. Januar 1877 in Budapest unterzeichnet und am 18. März in Wien ergänzt wurde. Einen Monat später brach der Krieg aus.

Die Zerreißung des über alle Abmachungen sich hinwegsetzenden Präliminarfriedens von San Stefano hinterließ in Rußland einen tiefen Groll, sowohl gegen Deutschland als auch gegen Oesterreich-Ungarn, der sich nur allmählich besänftigte. Erst im Jahre 1884 fanden sich die drei Kaiser, von ihren Ministern Bismarck, Giers und Kalnoky begleitet, in Skiernewice wieder zusammen und verbrachten drei Tage (15. bis 17. September) in freundschaftlichem Verkehr miteinander. Aber bald hernach sollten die Vorgänge in Bulgarien, die Vereinigung Ostrumeliens mit dem jungen Fürstentume, das kaum eingeschlummerte Mißtrauen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wieder erwecken und die Gefahr des Zusammenstoßes in bedenkliche Nähe rücken. Glücklicherweise zog die Wolke vorüber, ohne Unheil anzurichten. Um diese Zeit gab Graf Kalnoky in einer Delegationssitzung vom 31. Oktober 1885 seiner Auffassung von dem Verhältnis zu Rußland in folgenden Worten Ausdruck: „Jeder österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wird suchen müssen, sich mit Rußland, unserm wichtigsten und mächtigsten Nachbarn, zu vertragen und zu verständigen, und es hat auch jeder Minister diesem wichtigen politischen Faktor Rechnung getragen. Wenn es gelingt, unsern Beziehungen zu Rußland einen für alle Fälle gesicherten und fest begründeten Charakter zu geben, wird dies für die Monarchie und ohne Zweifel auch für Rußland jederzeit nur ein sehr erfreuliches Ereignis genannt werden können."

Das Jahr 1896 brachte den Besuch Kaiser Nikolaus' II. in Wien, seinen ersten Auslandsbesuch. Im folgenden Jahre erwiderte ihn Franz Josef in St. Petersburg; in seinem Geleite befanden sich der Minister des Aeußern Graf Goluchowski und der Generalstabschef Baron Beck. Der Zar brachte bei der Galatafel einen Trinkspruch aus, in dem er auf die Freundschaft zwischen den beiden Monarchen hinwies, die gefestigt sei durch eine Gemeinsamkeit der An-

Digitized by Google

sichten und Prinzipien, welche dahin zielen, den Völkern die Wohltaten des Friedens zu sichern. In einer Delegationsrede vom November desselben Jahres konnte Graf Goluchowski feststellen, daß gelegentlich dieser Entrevue eine offene Aussprache mit den russischen Staatsmännern stattgefunden habe, aus der man beiderseits die Ueberzeugung schöpfte, daß keine derartigen Differenzen zwischen den beiden Reichen bestehen, die sich bei einigem guten Willen nicht ausgleichen ließen, und noch von Petersburg aus waren nach Bukarest, Sofia, Belgrad und Cetinje identische Mitteilungen ergangen, worin die betreffenden Regierungen für ihr korrektes Verhalten während des türkisch-griechischen Konfliktes belobt und von der festen Absicht der beiden Mächte verständigt wurden, darüber zu wachen, daß der allgemeine Friede aufrechterhalten werde. Die Unruhen in Mazedonien führten die beiden Nachbarmächte in ihren Bemühungen, in den drei Wilajeten geordnete Zustände herzustellen, neuerdings zusammen. Fünf Jahre (1903—1908) hatte die mazedonische Reformaktion, deren Wiege in dem kaiserlichen Jagdschlosse zu Mürzsteg gestanden, ihre segensreichen Wirkungen geübt, da fand das österreichisch-russische Einvernehmen ein jähes Ende infolge der Bewerbung Oesterreich-Ungarns um eine türkische Konzession für den Bau der Sandschakbahn, die bereits einen Teil des Hirschschen Projektes der Orientbahnen gebildet hatte und rein wirtschaftlichen Interessen dienen sollte. In Petersburg brachte man diesen Schritt in Zusammenhang mit der angeblich reservierten Haltung Oesterreichs in der Frage der Justizreform. „Die Sandschakbahn," hieß es in einem offenbar von Iswolski inspirierten Artikel in der „Fortnightly Revue" vom September 1909, „würde nicht nur Oesterreichs Einfluß auf dem Balkan erweitern und verstärken, sondern auch Serbien in zwei Hälften spalten, und Serbien sei doch Rußlands Protégé." Die weiteren Ereignisse folgten nun rasch nacheinander. Die Entrevue in Reval, die auf eine förmliche Sequestration der Türkei abzielte, als Folge davon die jungtürkische Revolution, endlich die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, auf welche Iswolski ja in Buchlau eingestandenermaßen vorbereitet worden war, und jene langwierigen diplomatischen Verhandlungen, die sich daran knüpften und mit einem vollen Siege Oesterreich-Ungarns endeten. Zurück blieb aber eine tiefe Verstimmung Rußlands, die zum eklatanten Ausbruche kam, als Kaiser Nikolaus bei seinem Besuche in Racconigi einen weiten Umweg machte, um ja nicht österreichischen Boden zu betreten. In dieser Zeit war der diplomatische Verkehr zwischen den beiden Kabinetten fast ganz ins Stocken geraten. Erst im Jahre 1910 gelang es, das frühere Verhältnis wenigstens äußerlich wiederherzustellen, und im März desselben Jahres fand die Veröffentlichung des hierüber gepflogenen Schriftwechsels statt, in dem „die vollständige Uebereinstimmung der politischen Prinzipien bezüglich der Balkanangelegenheiten" konstatiert wurde.

Der Ausbruch des Balkankrieges im vorigen Herbst sollte das Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg abermals auf eine gefährliche Probe stellen. Zwar wies Sasonow in einem Interview mit einem deutschen Journalisten auf die vollste Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen hin, und in einem am

Digitized by Google

15. Oktober erschienenen Artikel der offiziösen „Rossija" hieß es, gemeinsame Befürchtungen und der übereinstimmende Wille, den Frieden zu erhalten, hätten den Grund zu einer Annäherung und einem aufrichtigen Meinungsaustausche zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinette gebildet. Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland schlössen die Gefahr eines europäischen Krieges aus. Bald darauf äußerte sich Sasonow in einer Sitzung des russischen Ministerrates im gleichen Sinne; die Befürchtungen hinsichtlich der Wahrung des europäischen Friedens, sagte er, beruhten auf der Annahme, daß Oesterreich-Ungarn, dessen Interessen durch den Balkankrieg am unmittelbarsten berührt würden, aggressiv vorgehen werde; es sei aber festgestellt worden, daß Oesterreich-Ungarn keine aggressiven Absichten habe. Nichtsdestoweniger hatte Rußland schon in den ersten Oktobertagen in den Südwestgouvernements mobilisiert. Man erklärte wohl diese Maßregel in Petersburg als lediglich zum Schutze der Grenzprovinzen bestimmt, und in der österreichischen Delegation erfolgte eine offizielle Erklärung des Inhalts, daß es sich um eine schon vor Monaten beschlossene militärische Verfügung handle; aber sie nötigte doch die österreichisch-ungarische Regierung zur Verstärkung ihrer Garnisonen an der russischen Grenze, und erst als Kaiser Franz Josef im Februar dieses Jahres den Fürsten Hohenlohe mit einem eigenhändigen Schreiben an den Petersburger Hof entsandte, gelang es, eine Detente herbeizuführen und sich über die teilweise Entlassung der beiderseits an der Grenze angesammelten Truppen zu einigen. In einem am 11. März gleichzeitig in Wien und Budapest veröffentlichten Communiqué hieß es, die Ereignisse auf dem Balkan hätten den freundschaftlichen Gefühlen zwischen den beiden Herrschern keinen Eintrag getan; die Erhaltung des Friedens bilde fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen; die Fortdauer gewisser defensiver Maßnahmen sei durch die Umstände nicht mehr geboten.

Wenn in dieser kurzen Darstellung der Peripetien des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Rußland manche alte Wunden aufgerissen werden mußten, so ergibt sich aus alledem doch die Tatsache, daß die beiden benachbarten Großmächte post tot discrimina rerum immer wieder den Weg zueinander fanden. Durch die Lösung der Balkanfrage ist ein Problem, das so oft den Anlaß zu Differenzen zwischen ihnen bot, hoffentlich für alle Zeit aus der Welt geschafft. Von dort her ist eine Gefährdung ihrer freundschaftlichen Beziehungen nicht mehr zu befürchten. Wohl bleibt noch die Frage von Konstantinopel, das nach dem Reichstädter Uebereinkommen eine freie Stadt werden sollte, und jene der freien Passage durch die Meerengen, die ja im engsten Zusammenhange mit dem Gleichgewicht im Mittelmeer steht und einen viel universelleren Charakter an sich trägt als die eigentliche Balkanfrage.

Von großen Welthändeln abgesehen, die zu einem Zusammenstoße der Dreibundmächte und der Tripelentente führen könnten, ist nur noch von nationalen Strebungen eine Trübung unsers Verhältnisses denkbar. Da ist vor allem die panslawistische Agitation in Galizien. Der galizisch-russische Verein hielt am

Digitized by Google

17. Februar d. J. unter dem Vorsitze des Grafen Wladimir Bobrinski im Petersburger Stadthause eine Versammlung ab, in der nach zahlreichen Klagen über die schlechte Behandlung der in Galizien wohnenden Glaubens- und Stammesgenossen eine Resolution beschlossen wurde, welche die Hoffnung aussprach, die russische Regierung werde Mittel und Wege finden, um den Bewohnern des russischen Karpathenlandes die Möglichkeit des Genusses derselben Rechte zu verschaffen, welche die übrigen Völker Oesterreich-Ungarns besitzen. Abermals unter dem Vorsitze Bobrinskis fand am 7. April im Petersburger Adelssaale eine neuerliche panslawistische Kundgebung statt. Der Dumaabgeordnete Sawenko hielt eine Rede, in der es hieß, Rußland müsse für die Lösung der Frage von Konstantinopel bereit sein. Sein Weg führe über die Karpathen. Wie nahe die Balkanstaaten auch sein mögen, die Russen in Oesterreich stünden ihm noch näher. Wenn es schon sonderbar anmutet, solche Worte über nationale Verfolgungen aus dem Munde eines Russen zu hören, so läßt sich die Gefährlichkeit derartiger Aeußerungen nicht verkennen. Bereits gelegentlich einer früher erwähnten Unterredung, die Bismarck 1871 mit Gortschakow hatte und in der sich dieser über angebliche Expansionsabsichten Oesterreichs ausließ, wies der Reichskanzler auf die panslawistischen Hetzereien in Galizien hin, worauf wieder Gortschakow den Bedenken Ausdruck gab, welche die Zugeständnisse an die österreichischen Polen in Petersburg wachrufen mußten. So sehr es einleuchtet, daß der österreichischen Regierung daran gelegen ist, die einzigen nichtpanslawistisch gesinnten Slawen nicht in die Hände der Panslawisten fallen zu lassen, nahm man doch in Wien auf die russischen Empfindlichkeiten alle mögliche Rücksicht, und eine unter dem sog. Bürgerministerium geplante Kaiserreise nach Lemberg wurde bloß aus Gefälligkeit gegen Rußland abgesagt. Daß freilich bei der wohlwollenden Behandlung der Polen in Oesterreich, während ihre Konnationalen in Rußland durch administrative Mittel jeder Art demoralisiert und zersetzt werden, ihre Sympathien sich mehr auf die österreichische Seite neigen, ist begreiflich. Diese Sympathien kamen deutlich zum Ausdruck, als zur Zeit der höchsten Spannung, während des letzten Balkankrieges, die konservativ-polnische Partei den Wunsch aussprach, die gesamte polnische Nation möge sich für den Fall kriegerischer Zusammenstöße unter den Schutz und Befehl des österreichisch-ungarischen Heeres stellen. Man ist in Petersburg gegen diese Erscheinung nicht blind geblieben, und gelegentlich der Beratung des Gesetzes über die Städteverwaltung in Russisch-Polen wies Botschafter Baron Rosen sehr zeitgemäß auf die Notwendigkeit hin, dafür zu sorgen, daß für den Fall eines Zusammenstoßes die Grenzprovinzen auf seiten Rußlands stehen. Nun ist die Gefahr einer großpolnischen Bewegung mit dem Ziele der Wiederherstellung des alten Königreichs so lange nicht drohend, als die Teilungsmächte im guten Einvernehmen miteinander stehen. Aber die Aufrollung der nationalen Fragen in den Grenzprovinzen, das Schlagwort von den unerlösten Völkerschaften, das ja doch nur eine Fabel ist, das Ausspielen der Ruthenen gegen die Polen und eine auswärtige Unterstützung dieser Bewegung wäre gewiß nicht ohne Bedenken und

Digitized by Google

am ehesten geeignet, den polnischen Träumen zur Verwirklichung zu verhelfen. Die russische Regierung handelt nur klug, wenn sie der panslawistischen Agitation in Galizien, der Bukowina und Oberungarn keine Förderung zuteil werden läßt, ja ihr nach Möglichkeit entgegentritt. Rußland, als konservative Macht mit einer keineswegs national-einheitlichen Bevölkerung, hat kein Interesse an der Unterstützung einer nationalistischen Bewegung, gar wenn sie sich revolutionärer Mittel bedienen sollte.

Eine zweite Frage ähnlicher Natur, die für Oesterreich-Ungarn seit jeher von großer Bedeutung war, ist die südslawische. In einem Briefe an König Ludwig II. von Bayern vom 5. Juli 1876, also wenige Tage vor der Entrevue in Reichstadt, sagt Bismarck: „Ich hoffe, daß diese Begegnung gute Früchte zur Befestigung ihrer (der beiden Kaiser) Freundschaft tragen wird. Kaiser Alexander will glücklicherweise den Frieden und erkennt an, daß Oesterreichs Lage der südslawischen Bewegung gegenüber schwieriger und zwingender ist als die Rußlands. Für letzteres seien es auswärtige, für Oesterreich aber innere und vitale Interessen, die auf dem Spiele stehen." Das gibt man mehr oder weniger auch in Rußland zu. In einem Compte rendu des russischen Ministeriums des Aeußern über die Ereignisse der auswärtigen Politik im Jahre 1873 heißt es: „Die österreichisch-ungarische Orientpolitik hat sich wesentlich geändert. Graf Andrássy scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, Oesterreich-Ungarn die Sympathien der benachbarten christlichen Völkerschaften zu erwerben. Angesichts des sicheren Verfalls der Türkei ist es das Interesse Oesterreichs, die Entwicklung der Balkanvölker zu fördern und sich ihre Zuneigung zu erwerben, da ihnen offenbar die Zukunft gehört. Das russische Kabinett würdigt diesen Frontwechsel nach seinem richtigen Werte. Rußland ist die einzige Macht, die berufen ist, auf diese Völkerschaften einen Einfluß auszuüben. Es ist unbestreitbar, daß Oesterreich-Ungarn, das mit einer langen Linie an die Türkei grenzt, suchen muß, mit dem ganzen Gewichte seiner wirtschaftlichen Interessen auf diese Völker zu drücken. Ebenso natürlich ist es, daß dabei die Aussicht auf eine baldige Auflösung des türkischen Reiches eine Rolle spielt ... Wenn Oesterreich in diesen Provinzen, wo wir bisher allein dominierten, seinen Einfluß entwickelt, vermögen wir darin keine Gefahr für die Zukunft des christlichen Orients und keinen Angriff auf unser Prestige und unsre Interessen zu erblicken. Die christlichen Völkerschaften können dabei Mittel finden, ihre Sicherheit zu konsolidieren und ihre nationalen Hilfsquellen zu entwickeln. Wir bleiben unsrer historischen Mission getreu, indem wir sie diesen Weg gehen lassen, selbst mit fremder Hilfe." (Gorjanow, Le Bosphore, S. 309.) Wahrhaft prophetische Worte, die auch heute noch nach vierzig Jahren ihre Bedeutung haben. Der Machtzuwachs, den die Balkanstaaten, zunächst die serbischen Königreiche, infolge ihrer kriegerischen Erfolge erfahren haben, nötigt Oesterreich-Ungarn, der südslawischen Frage ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden und dafür zu sorgen, daß diese Bewegung nicht in einer den inneren und äußeren Frieden gefährdenden Weise um sich greife. Haben die Balkanstaaten bisher hoffen dürfen, bei ihren Unternehmungen für alle Fälle einen Rückhalt in Peters-

Digitized by Google

burg zu finden, so stehen die Dinge heute wohl anders. Rußland, das im fernen Osten mit andern, schwierigeren, aber auch lohnenderen Aufgaben vollauf beschäftigt ist, weiß, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan keine aggressiven Ziele verfolgt; es hat auch, wie das Communiqué vom 10. April besagt, bei den Balkanvölkern keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß „kein Tropfen russischen Blutes vergossen werden wird, wenn es nicht die Interessen des Vaterlandes erheischen". In derselben Veröffentlichung heißt es allerdings auch, Rußland habe es niemals an Hilfe und an Opfern für seine Brüder fehlen lassen; diese hätten aber auch die Pflicht, auf die Ratschläge Rußlands zu hören. Daran scheint es in der letzten Zeit allerdings öfter gefehlt zu haben. Mit ihrer zunehmenden Erstarkung dürften sich die Balkanstaaten immer weniger in der Rolle der armen Verwandten gefallen und es vorziehen, ihre eigne Politik zu machen.

Diese Politik wird aber in Zukunft, nachdem sie sich territorial ausgebreitet und konsolidiert haben werden, und sobald sie die Hilfsquellen der neueroberten Gebiete zu erschließen beginnen, nur eine wirtschaftliche sein können. Mit dem Zusammenbruche der Türkei und der Etablierung moderner Staatswesen auf ihrem Gebiete, wird die Aufnahmsfähigkeit der Balkanländer, aber auch das Bedürfnis nach Verwertung ihrer land- und viehwirtschaftlichen Produkte sich zweifellos rasch in aufsteigender Linie bewegen. Die Fortsetzung einer nationalen Propaganda vermöchte diese Entwicklung nur zu stören. Primum vivere deinde philosophari. Läßt man die nationalen Strebungen beiseite, so wird sich auf handels- und verkehrspolitischem Gebiete leicht ein auf dem Grundsatze des Do ut des aufgebautes Verhältnis zwischen den Balkanstaaten und der Monarchie herstellen lassen. Oesterreich-Ungarn steht ja doch den Balkanländern geographisch und kulturell am nächsten, es nimmt auch in ihrer Aus- und Einfuhr einen hervorragenden Platz ein. Nach den letzten veröffentlichten statistischen Tabellen des Außenhandels der Balkanländer in den Jahren 1906 bis 1910 steht Oesterreich-Ungarn in der serbischen Ausfuhr mit 17 Millionen, ebenso wie in der Einfuhr mit 15 Millionen Kronen an zweiter Stelle. Von der Einfuhr Bulgariens entfallen $26^{5}/_{10}$ Prozent auf Provenienzen auf Oesterreich-Ungarn, das dort an erster Stelle steht, bei Griechenland 13 Prozent, bei Rumänien 7 Prozent. Eine Besserung dieses Verhältnisses ist ohne weiters erreichbar und wird gewiß auch auf die politischen Beziehungen einen günstigen Einfluß ausüben.

Wie immer die Dinge sich auch gestalten mögen, die Lösung der Balkanfrage bedeutet das Zerflattern einer dunkeln Wolke, die so oft das freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland getrübt hat. Vielleicht gelingt es, so wie die drei Kaiser vor hundert Jahren zum Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind sich zusammenfanden, mit ihrer Hilfe nun auch einem viel gefährlicheren Friedensfeinde den Garaus zu machen: dem gegenseitigen Mißtrauen.

Digitized by Google

1813

Bautzen, die Schlacht der Enttäuschung am 20. und 21. Mai 1813

Von

Freiherrn von der Goltz, Generalfeldmarschall

Die Schlacht von Großgörschen war froh und kühn begonnen worden; wir haben sie die Generalprobe für den kommenden Feldzug genannt. So ungefähr empfanden die Verbündeten. Auf Sieg hatten sie gehofft, aber nicht mit Sicherheit gerechnet. König Friedrich Wilhelms Worte: „Nun mag es in Gottes Namen werden wie es will, ein Auerstedt wird es nicht," sind für die herrschende Stimmung bezeichnend. Trotz der Abweisung ihres Angriffs blieben sie in ungebrochener Haltung, und die Nachhutgefechte bei dem nun folgenden Rückzuge stärkten sie noch mehr. Die Truppen begannen ihre qualitative Ueberlegenheit über die Franzosen zu empfinden. Am 8. Mai standen die Verbündeten, zu neuem Widerstande bereit, hinter der Elbe.

Das schnelle Schmelzen der französischen Heere war nicht unbemerkt geblieben. Napoleon verfuhr behutsamer, als es sonst nach einer gewonnenen Schlacht seine Gewohnheit war. Erst zwei Tage nach Großgörschen, also am 4. Mai, traf er zu Borna, nahe bei Leipzig, seine Anordnungen, und es geschah Ungewöhnliches. Während es doch sein Grundsatz war, den er oft ausgesprochen hatte: „stets in Masse vorzugehen", trennte er hier seine Kräfte. Marschall Ney, der Tapferste der Tapferen, sollte mit seinen und des Vizekönigs Streitkräften die Richtung auf Torgau einschlagen, die dort stehenden Sachsen an sich ziehen und dann gegen Berlin vorgehen, also in einer ganz exzentrischen Richtung. Der Kaiser schlug mit dem übrigen Heere den Weg nach Dresden ein. Die Absicht bei diesem Manöver war es augenscheinlich, die Verbündeten voneinander zu trennen. Durch die Bedrohung Berlins sollten die Preußen bewogen werden, nach Norden abzumarschieren. Mit den Russen hoffte der Kaiser wohl, sich leichter abfinden, möglicherweise verständigen zu können.

In der Tat begannen sich Zweifel im Großen Hauptquartier der Verbündeten zu regen. Die Preußen wendeten sich von Meißen, wo sie den Elbeübergang bewerkstelligt hatten, zunächst nordwärts auf Großenhain, die Russen von Dresden östlich nach Radeberg.

Manche Gründe sprachen überhaupt für einen weiteren Rückzug nach Osten, und dann wäre die Trennung nicht unzweckmäßig gewesen. Setzten die Heere den Marsch über die Oder zur Weichsel fort, so näherten sie sich den Quellen ihrer Kraft. Von dort kamen die Verstärkungen heran. Einschließungstruppen, die vor den noch von den Franzosen besetzten Festungen standen, konnten sich mit dem Feldheere vereinigen. An der Weichsel war mittlerweile Thorn

Digitized by Google

gefallen, so daß sich dort zwei Festungen — Thorn und Graudenz — jetzt in der Gewalt der Bundesgenossen befanden. Die ostpreußischen Landwehrtruppen wurden inzwischen fertig und konnten am Kampfe teilnehmen. Bei einer so weiten Fortsetzung der Operationen mußte Napoleons Angriff sich naturgemäß schwächen, sein junges Heer durch Marschverluste und Krankheiten sich noch erheblich mindern, die Offensive endlich zum Stehen kommen. Dann war der Augenblick für Oesterreich da, in seinem Rücken loszubrechen und ihn zu verderben. Solche Gedanken erschienen recht verlockend, aber gewichtige Bedenken standen ihnen entgegen. Die Entscheidung hing bei dem ganzen Plane am Ende von Oesterreich ab. Dieses aber hätte unter Umständen verfahren können, wie Preußen es 1805 und 1809 getan. Das eigne Beispiel wurde zur Warnung. Geschah es so, dann wäre der Feldzug am Ende doch wieder verloren gegangen und eine neue Erhebung schwerlich zu bewirken gewesen. Es siegte daher die näherliegende und einfachere Absicht, mit den Russen vereint und Oesterreich nahe zu bleiben. Man entschloß sich zum gemeinsamen Rückzug hinter die obere Spree in der Richtung auf Bautzen. Die Preußen wendeten sich daher wieder ostwärts nach Königsbrück, die Russen erreichten Bischofswerda. Von da ging es weiter nach Bautzen, wohin Barclay de Tolly mit beträchtlichen Verstärkungen im Anmarsch war.

In deren Erwartung wurde der Beschluß gefaßt, nicht weiter zurückzuweichen, sondern eine zweite Schlacht zu wagen. Diesmal sollte in derselben mit Bewußtsein die Entscheidung gesucht werden. Man hatte auch ernste Aussicht auf einen Erfolg. Neys Entsendung war bekannt geworden. Die Verbündeten rechneten darauf, es bei Bautzen nur mit der Heereshälfte zu tun zu haben, die der Kaiser selbst befehligte. Dessen Vorgehen verzögerte sich eigentümlich und gewährte die Zeit zu Vorbereitungen. Für die 125 Kilometer vom Schlachtfelde von Großgörschen bis zur Elbe hatte er neun Tage gebraucht, also fast ebensoviel wie 1806 von der Saale bis vor die Tore Berlins. Der Zustand seiner Streitkräfte zwang ihn dazu. Es fehlte ihnen noch die hinreichende Marschfähigkeit. Viele Nachzügler blieben zurück; die Erkrankungen mehrten sich. Ney hatte vor Torgau Aufenthalt, weil die Sachsen sich erst nach einem Ultimatum des Kaisers an ihren König zum Uebertritt bereit erklärten. Die Reiterei war wenig leistungsfähig, der Verbleib der Verbündeten unaufgeklärt. Napoleon nahm an, daß die Preußen tatsächlich in der erst eingeschlagenen nördlichen Richtung weiterziehen würden; dann kam in der Nacht zum 14. die Kunde, daß sie mit den Russen zusammen nach Bautzen zurückgegangen wären.

Auch Verstärkungen erwartete der Kaiser noch an der Elbe. Sein bei Dresden versammeltes Heer bestand aus der Garde und den Korps von Bertrand, Marmont, Macdonald und Oudinot sowie aus dem I. Kavalleriekorps. Es zählte um diese Zeit 92000 Mann Infanterie, 14000 Pferde, 360 Geschütze. Ney bei Torgau hatte außer dem eignen Korps noch diejenigen von Lauriston, Reynier und Victor sowie das II. Kavalleriekorps, 73000 Mann Infanterie, 5600 Reiter und 200 Geschütze unter sich. Man erkennt, daß, wenn Ney fern-

Digitized by Google

blieb, die Verbündeten bei Bautzen sehr wohl auf einen Sieg hätten rechnen können, denn ihre Stärke wuchs dort auf 100 000 Mann mit 600 Kanonen.

Wurde Napoleon geschlagen, so ließ sich voraussehen, daß ein weiter Rückzug für ihn notwendig wurde. Die zahlreichen Zuzüge, die er vorbereitet hatte, waren noch nicht fertig. Möglicherweise mußte er also das Land bis zum Rheine räumen; dann erschien Oesterreichs Anschluß als selbstverständlich. Alles sprach dafür, jetzt sein Glück zu versuchen.

Die Monarchen eilten nach Bautzen voraus, um das Gelände in Augenschein zu nehmen. Anfänglich war man dafür, die Schlacht an der Spree selbst zu schlagen, aber nähere Untersuchung ergab, daß der gewundene Flußlauf schwer zu verteidigen sein würde, weil er an vielen Stellen zu durchwaten war und das linke Ufer überhöhte. Die Furten und Krümmungen ließen sich schlecht überwachen und die Bewegungsfreiheit war im Tale für die Verteidiger sehr beengt. Man entschloß sich also für die Höhen rückwärts der Stadt, während an der Spree nur eine leichte Vorverteidigung geführt werden sollte. Als Anlehnung für den rechten Flügel wurde die 6 Kilometer nördlich von Bautzen am rechten Ufer gelegene Zone der Plieskowitzer Teiche gewählt, für den linken das Lausitzer Grenzgebirge. Hier traten die zur Schlachtlinie ausersehenen Höhen etwa eine halbe Meile von der Spree zurück. Nach rechts hin näherten sie sich dem Flusse, so daß auf dem rechten Flügel, den Kreckwitzer Bergen, Hauptstellung und Vorverteidigung zusammenfielen.

Der schwache Punkt lag trotz der schützenden Teiche dort. Kaiser Alexander von Rußland glaubte aber nicht von Norden, sondern südlich am Gebirgsfuße den Hauptangriff der Franzosen erwarten zu sollen. Diese vorgefaßte Meinung beeinflußte die Leitung der Schlacht. So wurden auch die Kreckwitzer Höhen nicht verschanzt, sondern die künstliche Verstärkung der Schlachtlinie erst weiter südlich begonnen.

Am 15. Mai traf Macdonald mit der französischen Vorhut bei Bautzen ein, aber die übrigen, dem Kaiser folgenden Truppenzüge reichten noch bis Dresden zurück. Ney stand zwischen Luckau und Wittenberg, also weit entfernt. Napoleon schien die von ihm selbst betonte Regel, daß man sich an jedem Tage vorstellen solle, vom Feinde angegriffen zu werden, diesmal selbst außer acht gelassen zu haben. Würden die Verbündeten nach Barclay de Tollys Eintreffen, schnell entschlossen, in der Richtung gegen Dresden über ihn hergefallen sein, so konnte ein bedeutender Erfolg ihnen nicht entgehen. Ihre Truppen waren an Zahl denen des Kaisers — ohne Ney — nahezu gleich stark und an Tüchtigkeit erheblich überlegen. Aber so kühne Entschlüsse konnten im Hauptquartier schon deshalb nicht aufkommen, weil im Oberbefehl noch immer die alte Unklarheit herrschte. Wittgenstein kommandierte die Armee, hing aber vom Zaren ab. Dieser mischte sich in die Führung, übernahm aber nicht die volle Verantwortung. Barclay, Miloradowitsch und andre Generale noch standen, dem Dienstalter nach, vor Wittgenstein. Es war wieder wie bei Großgörschen eine Art Kongreß, der die Armee leitete. Alle Entscheidungen gingen aus einem

Digitized by Google

längeren Meinungsstreit hervor. Schon darum blieb die Armee in ihrer Stellung an der Spree stehen; die Schlacht sollte gewagt, jedoch der Angriff des Feindes abgewartet werden. Mehr als dies traute man sich einem Napoleon gegenüber noch nicht zu.

Der Kaiser behielt daher Zeit genug, seine Truppen von rückwärts herankommen zu lassen, aber auch, den Verbündeten zur Ueberraschung, Ney herbeizurufen. Er beabsichtigte einen Angriff aus zwei Richtungen mit getrennten Heeren, die sich auf dem Schlachtfelde selbst vereinigen sollten, wie es, dreiundfünfzig Jahre später, bei Königgrätz am 3. Juli 1866 geschah. Das war eine neue Erscheinung in der Kriegführung und für den Kaiser eine Ausnahme, die den Verlauf der Schlacht bei Bautzen besonders merkwürdig machte. Auch hier sollte der Verteidiger vernichtet werden.

Die Verbündeten rechneten nur auf den frontalen und auf keinen umfassenden Angriff. Leicht hätte dies zu ihrem Verderben gereichen können. Am 18. Mai erfuhren sie, daß auch Neys Angriff von rechts her ihnen drohe, und daß sie in Gefahr wären, ihre rückwärtige Verbindung zu verlieren. Napoleons Ueberlegenheit an Zahl wuchs mit dessen Eintreffen um 65000 Mann. Es wäre jetzt also Zeit gewesen, die Entschlüsse zu ändern und in eine rückwärtige Stellung abzuziehen, in der die Bedrohung von Flanke und Rücken aufhörte; aber vielfache Bedenken sprachen dagegen. Die bisher mutige und vertrauensvolle Stimmung in Heer und Volk hätte durch den weiteren Rückzug einen argen Stoß erlitten; Oesterreichs Beitritt wäre zweifelhafter geworden. Der Abmarsch hätte zudem sehr schnelle Entschlüsse und pünktliche Ausführung erfordert, wie sie bei den innern Verhältnissen des Oberbefehls nicht erwartet werden konnten.

Man blieb also stehen und hoffte, Ney noch durch einen Vorstoß aufhalten zu können. Diesen unternahm am 19. Mai Barclay de Tolly auf dem äußersten rechten Flügel. Er führte zu den blutigen Gefechten von Königswartha und Weissig, bei denen eine von Napoleon zur Verbindung mit Ney abgeschickte Division eine völlige Niederlage erlitt, während die vordersten Truppen Neys durch Yorck aufgehalten wurden. 10 Geschütze und 1000 Gefangene fielen den Verbündeten in die Hand; sie selbst verloren indessen an 3000 Mann, und Barclay rückte nach Beendigung des blutigen Treffens in der Dunkelheit wieder an den rechten Flügel der Armee heran. Gewonnen war, von dem unmittelbaren taktischen Vorteil abgesehen, nichts. Wirksamer wäre es gewesen, hinter dem rechten Flügel eine starke Truppenstaffel zu bilden, die die Umfassung am nächsten Tage abwehren konnte. Aber man übersah im verbündeten Hauptquartier noch nicht, worauf es Napoleon ankam. Dem Erscheinen Neys wurde überhaupt zu wenig Beachtung geschenkt.

In der Front hatte Napoleon sein Heer mittlerweile aufschließen lassen. Am 20. Mai mittags begann sein Angriff gegen die Spreelinie als Einleitung der großen Schlacht. Oberhalb Bautzen drangen die Franzosen lebhaft gegen den linken Flügel der Verbündeten vor und drängten die Russen zurück. Sie bestärkten damit den Kaiser Alexander in seiner Meinung, daß dort der Haupt-

Digitized by Google

angriff erfolgen werde, und verursachten so, daß bei den Verbündeten nichts für die Verstärkung des bedrohten rechten Flügels geschah. Bis 7 Uhr abends war die Spreelinie bis Bautzen abwärts von den Angreifern genommen. Napoleon hatte seinen Zweck erreicht, ihn aber mit viel größeren Opfern erkauft, als er es erwartete. 5600 Mann lagen tot oder verwundet auf dem Gefechtsfelde. Unterhalb Bautzen blieb die Spree noch in der Gewalt seiner Gegner.

Der zweite Schlachttag, der 21. Mai, sollte die Entscheidung bringen. Zunächst drangen die Franzosen wieder lebhaft am Gebirgsfuße entlang vor, wurden aber am Ende, als ihre Kräfte sich dort erschöpften, von den überlegenen Russen abgewiesen, die dann zum erfolgreichen Gegenangriff schritten. Marschall Oudinot, der die äußerste Rechte der Franzosen befehligte, bat den Kaiser einmal über das andre um Unterstützung. Aber der Kaiser blieb seinen Plänen und seinem System treu. Auf dem rechten Flügel sollte nichts entschieden werden, dort sparte er also mit Truppen aufs äußerste und blieb für Oudinots Hilferufe taub. Die Wucht seines Stoßes sollte die Rechte der Verbündeten treffen. In der Front wurde dort am Vormittage die Spree überschritten, um Blücher auf den Kreckwitzer Höhen festzuhalten. Ney erhielt Befehl, mit allen Kräften ebenfalls über den Fluß zu gehen, um 11 Uhr vormittags das in der Flanke der Verbündeten gelegene Dorf Preititz zu erreichen und von dort aus unaufhaltsam gegen den weithin sichtbaren Turm von Hochkirch, 6 Kilometer im Rücken der Verbündeten, vorzudringen. Durch einen abgesandten Generalstabsoffizier wurde ihm dies Ziel genau bezeichnet. Das war, wenn es gelang, die völlige Umfassung des rechten Flügels, ja sogar die Unterbrechung der Rückzugslinie des Feindes, während die Hauptkräfte die Front angriffen. So dachte sich Napoleon die völlige Vernichtung von Preußen und Russen.

Beide Parteien erfuhren an diesem Tage eine schwere Enttäuschung.

Langsam wich Barclay, der noch vom Abend vorher Ney dicht gegenüberstand, vor diesem zurück, ohne ernsten Widerstand zu leisten. So kam es, daß Ney statt um 11 Uhr schon um $9^1/_2$ Uhr bei Preititz eintraf und das zu seinem Armeeflügel gehörige Korps Lauriston noch weiter östlich, also in wirksamerer Richtung herumgriff. Aber Ney war seinem Kaiser gegenüber der Mann pünktlichen Gehorsams; er wußte nicht, was der Kaiser mit der Bestimmung von 11 Uhr beabsichtigt hatte und glaubte sich daran gebunden. Daher unterbrach er seine, den Verbündeten so gefährliche Bewegung, zog seine Truppen zusammen und rief sogar Lauriston an sich heran. Hiermit wurden die Gegner aus der schlimmsten Gefahr befreit. Auf den Kreckwitzer Höhen schlug sich indessen Blücher mit seinen 23000 Preußen erbittert gegen die französische Uebermacht. Er sah wohl die umfassende Bewegung Neys sich vollziehen, wich aber nicht. Zu seiner Linken standen Kleist und Yorck mit nahe an 10000 Mann, die seinem Befehl unterstellt sein sollten, aber von Kaiser Alexander, der die Entscheidung noch immer auf dem andern Flügel suchte, lange festgehalten wurden. Preititz wurde noch einmal wiedergewonnen, aber von neuem verloren. Dann setzte sich Ney in Bewegung; aber noch stand Blücher, dessen Kräfte er

Digitized by Google

weit überschätzte, in seiner rechten Flanke. Er glaubte zunächst den Frontalangriff unterstützen zu müssen. So kam es, daß er sein Ziel Hochkirch aus dem Auge verlor und mit umständlichen Bewegungen gegen Blücher einschwenkte. „Blücher hielt mit Gneisenau und den Offizieren des Hauptquartiers da, wo das Kanonenfeuer am wirksamsten war, und übersah ruhig, was wir nicht hindern konnten, daß wir allmählich umringt wurden." Alle Reserven waren bereits eingesetzt. Sein Korps glich einem Viereck mit einem einzigen offenen Ausgange in südöstlicher Richtung. Endlich wurde Yorck zu seiner Unterstützung freigegeben; es war aber schon zu spät. Um 3½ Uhr nachmittags hatte Blücher schweren Herzens den Rückzugsbefehl geben müssen; es war im letzten Augenblick, der für die Rettung noch blieb.

Auch Kaiser Alexander stimmte jetzt zu, obwohl der linke Flügel in siegreichem Vordringen war. Er sah ein, daß durch diesen nichts entschieden werden konnte, und begriff die schwere Enttäuschung, die den Verbündeten durch Napoleons überraschende Maßnahmen bereitet worden war.

Blüchers sehr gefährdeter Rückzug gelang, obschon seine Truppen in beiden Flanken heftig kanoniert wurden. Hinter ihm erstieg Ney die Kreckwitzer Höhen gerade in demselben Augenblick, als auch Soults Truppen von der Spree her dort erschienen.

Würde Ney unverwandt mit seinen starken Kräften auf den Turm von Hochkirch losgegangen sein, so wären die Preußen verloren gewesen und auch der russische Flügel zum größten Teil zertrümmert worden. Aber wie so oft, ist auch hier der umfassende Angriff zu nahe und zu eng ausgeführt worden und mit dem frontalen zusammengefallen. Daher entkam nicht nur Blücher, sondern die ganze verbündete Armee. Sie konnte ihren Rückzug in guter Haltung bewerkstelligen. Dieser ging in zwei großen Kolonnen über Weißenberg und Löbau gegen Görlitz und dann nach Schlesien hinein.

Blücher hatte am Albrechtsbach, der hinter dem Schlachtfeld mit der Spree in etwa gleicher Richtung läuft, noch einmal Widerstand leisten wollen. Aber er fand das Gelände zu ungünstig und mußte auch diesen letzten heroischen Entschluß aufgeben. In niedergeschlagener Stimmung setzte er sich zur kurzen Rast auf einen Stein nieder, bis der Befehl zum allgemeinen Weitermarsch ihn erreichte. Ein Gewitterregen und die starke Kavallerie der Verbündeten, aber auch die großen Verluste und die Ermattung der Truppen hinderten Napoleon an einer kräftigen Verfolgung. Er kam mit seinem Heere nur wenig über das Schlachtfeld hinaus. So hatte er wohl einen Sieg errungen, aber nicht den entscheidenden, den er brauchte. Die Vernichtung der Verbündeten, auf die er gehofft und auf die er nach seinen Anordnungen hoffen durfte, war ausgeblieben. Auch ihn hatte die Schlacht von Bautzen schwer enttäuscht. Die Verluste seines Heeres beliefen sich im ganzen auf nicht weniger als 25000 Mann. 3000 Flüchtlinge wurden an der Elbe aufgegriffen, ein übles Zeichen für die Mannszucht der Truppen. Drei Generale waren tot, zwei schwer und sieben leicht verwundet. Die Einbuße der Verbündeten erreichte nicht ganz 11000 Mann, wovon fast 3000 auf Blüchers Korps entfielen.

Digitized by Google

Fragt man, wodurch Napoleons der Zeit vorauseilender Plan der Vereinigung getrennter Heere auf dem Schlachtfelde zum Scheitern gebracht war, so ist die Antwort: Neys Versagen. Er war ein tapferer General, jedoch kein selbständiger Führer geworden. Das aber waren die Früchte der Erziehung des Kaisers selbst, der bis dahin für seine Untergebenen gedacht und gehandelt hatte und nur Gehorsam, doch keine Selbständigkeit von ihnen verlangte.

Die Fehler der Verbündeten hatten das Werk der Zerstörung erleichtert. Ihr starres Festhalten an der Verteidigung ließ sie erst die kostbare Gelegenheit zum Gegenstoß versäumen und dann auch den Augenblick zum rechtzeitigen Ausweichen vor der Umfassung. Dazu kam noch der Mangel an Tatkraft in der Abweisung Neys und der Irrtum über den Punkt, wo die Entscheidung lag.

*

Schwer war der Entschluß für die Verbündeten, was weiter geschehen sollte. Barclay, der jetzt den Oberbefehl erhielt, ein Mann von festem und vornehmem Charakter, aber sehr methodischen Ansichten, wollte die russische Armee zunächst in Ordnung bringen und sie dazu nach Polen zurückführen. Dem widersetzten sich die preußischen Generale aufs äußerste. Sie wären am liebsten schon hinter Görlitz stehengeblieben; denn Napoleon stellte die Verfolgung dort bereits ein.

Im preußischen Hauptquartier war man stark verstimmt, daß weitermarschiert wurde, und der stets übellaunige Yorck gab vor, vollkommen düster in die Zukunft zu blicken. Man verlangte nach Ruhe, nicht nach unaufhörlichen Rückmärschen, wollte sich nötigenfalls von den Russen trennen und den heimischen Boden nicht verlassen.

„Im unglücklichsten Falle wird es ehrenvoller sein, in unsern Provinzen umzukommen, wie als Flüchtlinge mit einem unbedeutenden Truppenreste umherzuirren," schrieb Gneisenau an Stein — ein Wort, das ganz auf die Lage der Preußen gepaßt hätte, wenn sie sich 1812 den Russen angeschlossen hätten. Zar Alexander, den die Seinen zum Weitermarsch, die preußischen Freunde zum Bleiben drängten, entschied sich für dieses. Er erkannte die politische Bedeutung des Zusammenhaltens mit seinem Bundesgenossen und entschloß sich, in Schlesien zu bleiben.

Blücher, der die nördliche der beiden abziehenden Kolonnen — die preußische — befehligte, bekam den Auftrag, an der Katzbach dem Feinde Aufenthalt zu bereiten, damit die südliche Kolonne — die russische — Zeit gewönne. Mit Freuden ergriff der Alte die Gelegenheit zum neuen Kampfe und führte schon weiter vorwärts bei Hainau an der Schnellen Deichsel am 26. Mai einen glänzenden Streich. Nach dem Durchmarsch durch das Städtchen legte er mit seiner Reiterei den nachfolgenden Franzosen einen Hinterhalt. Während er seine Nachhut langsam an der Liegnitzer Straße vor der französischen Avantgardendivision Maison zurückgehen ließ, stellten sich 22 preußische Schwadronen unter dem Obersten v. Dolffs seitwärts derselben auf, um dann über-

Digitized by Google

raschend gegen die rechte Flanke der ahnungslos vorüberziehenden Gegner vorzubrechen. Beinahe die ganze Division Maison wurde im ersten Anprall gesprengt. Die Sieger machten 500 Mann zu Gefangenen, erbeuteten fünf Geschütze, vernagelten eine Anzahl andre, die stehengeblieben waren, und trieben den Feind in wilder Verwirrung wieder nach Hainau hinein. Dort blieb dieser den Tag über stehen, der für die Verbündeten gewonnen war. Der Gesamtverlust betrug 1350 Mann. Blüchers Name kam durch diesen ersten bedeutenden Erfolg in aller Leute Mund. Die Siegeszuversicht hob sich in der ganzen verbündeten Armee. Ueberall wurde die Nachricht von dem kühnen Reiterstück mit Jubel empfangen. Die Verluste waren nicht groß, leider war der brave Oberst Dolffs gefallen.

Langsam folgte Napoleon in den nächsten Tagen dem Abmarsch des Gegners mit dem ganzen Heere. Er ließ Glogau entsetzen und Breslau nehmen. Die Verbündeten wichen vor ihm bis Strehlen zurück, wo General v. Sacken mit neuen Verstärkungen bei ihnen eintraf. Ihre Lage war kritisch, aber sie löste sich günstig in unerwarteter Weise. Eine Waffenruhe trat ein, der bald ein Waffenstillstand folgte.

Schon vor der Schlacht von Bautzen hatte Napoleon seinen Vertrauten Caulaincourt zum Zaren Alexander gesandt. Er hoffte auf einen Sonderfrieden mit Rußland, doch kam es nicht zur Aufnahme ernster Verhandlungen. Politische Erwägungen, die Trennung seiner Gegner und die Beeinflussung Oesterreichs waren vorerst für ihn maßgebend gewesen. Nach der Schlacht traten die militärischen Gründe in den Vordergrund. Trotz der großen Verluste hatte er noch die Ueberlegenheit der Zahl für sich, wenn er alle Kräfte heranzog. Aber er hatte sehen müssen, wie diese zusammenschmolzen, gleich dem jungen Schnee in der Frühjahrssonne. Die Befürchtung stieg in ihm auf, daß das soeben erst geschaffene Kriegswerkzeug bei einer ununterbrochenen Fortsetzung der Märsche und Gefechte der inneren Auflösung verfallen werde. Noch aber konnte er es durch kein andres ersetzen. Verheerende Krankheiten breiteten sich gerade beim Eintritt der Waffenruhe unter den jungen, der Strapazen ungewohnten Soldaten in erschreckendem Maße aus. Das war der Beweis für die Ueberanspannung der Kräfte, die nur noch durch die Bewegung aufrechterhalten worden waren. Die kurze, matte Verfolgung nach der Bautzener Schlacht hatte wieder einen Abgang von nahezu 11000 Mann verursacht. Das durfte so nicht weiter gehen. Es mußte eine Aenderung, Ruhe und Erholung eintreten. Der Widerstand, den die Verbündeten geleistet, verleitete den Kaiser zudem, den Zustand ihrer Heere zu überschätzen. Unwillig beugte er sich, wie einst im Dezember 1806 am Narew, den Umständen, die stärker zu sein schienen als er. Er schloß den Waffenstillstand und machte sich daran, seine Truppen wieder herzustellen, sie zu verstärken und zu kräftigen, ehe er an die endgültige Entscheidung ging.

Und doch ist es fraglich, ob er recht getan. Den größeren Vorteil haben aus dem Stillstande tatsächlich die Verbündeten gezogen. Sie hatten aus den Versäumnissen früherer Zeit gelernt und arbeiteten mit erstaunlicher Energie an

Digitized by Google

der Vollendung ihrer Kriegsrüstungen. Das trat vor allen Dingen in Preußen ein, das um seine Existenz kämpfte und sich dessen bewußt war.

Napoleons Entschluß, der sich mit vielen wichtigen Gründen rechtfertigen läßt, schlug am Ende zu seinem Nachteil aus. Er selbst hat ihn später als den größten Fehler seines Lebens bezeichnet.

Wo liegt die Gefahr für den europäischen Frieden?

Der deutsche Reichskanzler hat, ebenso wie seine Vorgänger, bei mehr als einer Gelegenheit betont, daß heute keine Kabinettskriege mehr gemacht werden und daß die Gefahr für den Frieden heute von unverantwortlichen Seiten ausgeht, die, wenn sie auch Minderheiten repräsentieren, doch in manchen Ländern einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben vermögen. Es entbehrt nun gewiß nicht des Interesses, daß neuerdings der Versuch gemacht worden ist, auf gesetzgeberischem Wege gegen solche Friedensgefährdungen einzuschreiten. Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs, der von der österreichischen Regierung dem Herrenhaus vorgelegt worden ist, handelt in einem besonderen Abschnitt „Von der Gefährdung des Friedens" und bestimmt dort in § 115: „Wer durch eine Druckschrift eine unwahre oder entstellte Nachricht verbreitet, durch welche die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden, wird mit Gefängnis oder Haft von einer Woche bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 50 bis zu 4000 Kronen bestraft."

In dem Kommissionsbericht ist zu diesem Paragraphen folgende Begründung gegeben: „Es ist wiederholt durch Aeußerungen der hervorragendsten Staatsmänner verschiedener Staaten anerkannt worden, daß die Gefahr für den Frieden heute meist nicht mehr wie früher von den Regierungen und ihrer Diplomatie ausgeht, deren Tätigkeit vielmehr vorwiegend in den Dienst der Friedensbewahrung gestellt ist, sondern von unverantwortlichen Elementen, die aus den verschiedensten Motiven, aus nationalem Fanatismus, aus volkswirtschaftlichen Gründen, zum Teil aber auch aus gemeinster Gewinnsucht oder aus journalistischer Sensationslust die Völker und Staaten gegeneinander verhetzen und die Versuche friedlicher Beilegung internationaler Differenzen durch Erregung der Leidenschaften, durch Entstellungen von Nachrichten, durch Verbreiten erlogener Nachrichten stören. Dieser Gefahr sucht § 115 durch eine Strafdrohung gegen diese Art der Gefährdung des Friedens entgegenzuwirken, indem er es als Vergehen erklärt, in einer Druckschrift unwahre oder entstellte Nachrichten zu verbreiten, durch die die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden."

Es ist angeregt worden, daß ähnlich lautende Bestimmungen auch in andern Ländern eingeführt werden sollten und daß man hierauf vielleicht durch ein

Digitized by Google

internationales Abkommen hinwirken könne, das von der dritten Haager Konferenz zu beschließen wäre. Diese Anregung ist in der Tat erwägenswert, da man heute wohl in allen Ländern unter den Folgen der Hetzarbeit unverantwortlicher Kreise zu leiden hat und man zugeben muß, daß die oben wiedergegebenen Ausführungen durchaus den Kern der Sache treffen.

Die Diplomatie der Großmächte arbeitet heute im Sinne der Friedensbewahrung. Diese Tatsache ist gerade während der Balkankrisis deutlicher als je zutage getreten. Die Kabinette sind heute sämtlich friedliebend. Kein an verantwortlicher Stelle stehender Staatsmann würde heute ohne die ernsteste Veranlassung die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören. Auch die österreichische Regierung, von der man in der Oeffentlichkeit zeitweise annahm, daß sie Neigung zu einem Kriege empfinde, hat durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie durchaus friedliebend ist. Es gibt eben heute für keine europäische Großmacht ein Interesse, das groß genug wäre, um dafür einen Weltkrieg zu provozieren. Die Arbeit, die die europäische Diplomatie gerade in den letzten Jahren geleistet hat, ist also nicht so schlimm, wie ihre Kritiker meinen. Die politischen Parteiführer, die sich im deutschen Reichstage zu einer Kritik unsrer Diplomaten berufen gefühlt haben, würden die Geschäfte wohl schwerlich besser besorgen.

Während die Diplomatie aber ernstlich bemüht ist, in kritischen Zeiten die Einigkeit zwischen den Großmächten aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck heute namentlich eine gegenseitige Fühlungnahme zwischen den Mächten des Dreibundes und der Tripelentente erstrebt, sind es immer wieder die Unverantwortlichen, die diese beiden Mächtegruppen gegeneinander ausspielen und die Kluft zwischen ihnen als unverändert fortbestehend schildern. So glaubt die öffentliche Meinung vielfach an bestehende bedenkliche Gegensätze, die in Wirklichkeit gar nicht so überaus schlimm sind.

Die Regierungen, die ernsthaft auf Erhaltung des Friedens bedacht sind, sind sich auch durchaus bewußt, daß sie damit im Sinne der Völker handeln, die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit heute in allen Ländern zweifellos friedlich gesinnt sind. Wenn es trotzdem manchmal den Anschein hat, als ob Kriegsstimmungen vorhanden seien, so liegt dies eben lediglich an den schon erwähnten unverantwortlichen Kreisen, die in mehr oder weniger systematischer Weise der öffentlichen Meinung die Gefahr, ja sogar die Notwendigkeit oder Wünschbarkeit eines Krieges zu suggerieren suchen und damit in politisch aufgeregten Zeiten leider nur zu sehr das Ohr der in der auswärtigen Politik ungeschulten Massen finden.

Diese unverantwortlichen Kreise sind es also in Wirklichkeit, und nicht einzelne Regierungen, die eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. Sie setzen sich zu einem großen Teil aus Leuten zusammen, die ganz ausgezeichnete Patrioten sein mögen, die aber der Führung der Geschäfte der auswärtigen Politik durchaus fernstehen und eines Einblickes in deren Erfordernisse naturgemäß ermangeln. Diese sind aber meist nur die Irregeleiteten.

Die eigentliche Hetzarbeit, die entgegen allen Bemühungen der Diplomatie

Digitized by Google

in der internationalen Politik immer Gegenströmungen zu erzeugen sucht, die die Ereignisse immer im unfreundlichen Sinne aufbauscht und dadurch immer neue Aufregungen hervorruft, wird durch die Presse vermittelt. Und man muß leider sagen, daß es verhältnismäßig nur sehr wenige vornehme Blätter gibt, die über diesem Treiben stehen. Gewiß ist die Tonart der einzelnen Blätter eine sehr verschiedene, in ihrer extrem fanatischen Färbung stehen einzelne Zeitungen zweifellos unerreicht da. Aber es ist charakteristisch, daß sich auch sonst durchaus neutrale Blätter nicht enthalten können, die internationale politische Lage ihren Lesern immer in möglichst pessimistischem Lichte erscheinen zu lassen. Das macht eben die leidige Sensationslust.

Es darf natürlich nicht übersehen werden, daß hinter manchen dieser Preßorgane auch Hintermänner stehen, die aus den verschiedensten Motiven heraus die auswärtige Politik in der einen oder andern Richtung zu beeinflussen suchen. Es kann hier nicht auf diese Motive eingegangen werden, die an sich keineswegs immer verwerfliche sind. Tatsache bleibt, daß die Einmischung in die auswärtige Politik von seiten Unverantwortlicher bisher derselben keinerlei Vorteil gebracht, wohl aber durch ihre Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Friedensstörung außerordentlich viel Schaden angerichtet hat.

Und zwar darf man ohne weiteres sagen, daß dieser Schaden sich auf alle Länder so ziemlich gleichmäßig verteilt. Es gibt überall friedenstörende Elemente, die auf einen Krieg spekulieren, ebenso wie es überall Leute gibt, die jedem Sensationsartikel, der in ihrer Zeitung steht, ohne weiteres Glauben schenken. Wir sind uns durchaus bewußt, daß es in Deutschland in dieser Beziehung keineswegs viel besser steht als in andern Ländern. Was in Frankreich die Chauvinisten und in Rußland die Panslawisten, das leisten in Deutschland die Alldeutschen. In allen Ländern sind es immer wieder gleichgesinnte Minoritäten, die gegenüber den Regierungen und den Völkern durch agitatorische Machenschaften der öffentlichen Meinung ihren Willen zu suggerieren suchen.

Diese Kreise befinden sich durchaus im Irrtum, wenn sie geglaubt haben, jetzt die deutsche Heeresvorlage für ihre Zwecke mißbrauchen zu können. Denn diese Vorlage ist gerade umgekehrt von der Ueberzeugung eingegeben worden, daß man keine Opfer scheuen dürfe, um den Frieden zu erhalten. Die deutsche Reichsregierung wird an ihrer mehr als vierzigjährigen bewährten Friedenspolitik auch in Zukunft festhalten und sie ist überzeugt, daß auch die andern Großmächte von demselben Bestreben wie sie geleitet werden und sich ebenso wie sie bewußt sind, daß die Erhaltung des europäischen Friedens die Opfer, die ihr gebracht werden, wohl verlohnt.

Bringt man jetzt einmal diese Opfer, so wird man sich auf der andern Seite aber auch der Ueberzeugung heute nicht mehr verschließen dürfen, daß es in der Tat an der Zeit ist, auch der Frage, wie man gegen die Machenschaften Unverantwortlicher, die Unfrieden zu stiften suchen, ankämpfen kann, jetzt ernstlich näherzutreten. Das Beispiel, das wir aus der österreichischen Gesetzgebung hier angeführt haben, ist für den einzuschlagenden Weg vielleicht ein Wegweiser. Es

Digitized by Google

muß geprüft werden, ob man es nicht in andern Ländern nachahmen und in der Bekämpfung der friedenstörenden Elemente überall einigermaßen gleichmäßig vorgehen kann.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von

Freiherr v. Hengelmüller

(Fortsetzung)

Im April hatte es geschienen, als ob Schleinitz' Stellung erschüttert wäre und sein Rücktritt in naher Zeit bevorstünde. Mit Beziehung hierauf schrieb Karolyi, daß Schleinitz seinen Eintritt in das Ministerium von Anfang an als unausweichliches, aber schweres persönliches Opfer betrachtet habe, sich durch den Druck der Geschäfte und die parlamentarischen Aufgaben mehr und mehr überlastet fühle und durch seinen Charakter überhaupt nicht für Zeiten geschaffen sei, welche sich durch Konziliation allein nicht beherrschen lassen. Nichtsdestoweniger wäre sein Rücktritt zu bedauern, da er bezüglich der preußischen Politik in deutschen Fragen als das milde und zurückhaltende Element betrachtet werden könne, während sein eventueller Nachfolger dieser wohl lebendigere Färbung geben würde. Als solche wurden damals genannt die Botschafter Graf Pourtales, von der Goltz und v. Bismarck.

Einige Wochen später gelangten von nichtoffizieller, aber beachtenswerter Seite über die am Berliner Hofe kämpfenden Strömungen Mitteilungen nach Wien, welche die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung im hohen Grade zu erregen geeignet waren. Es hieß in dem ersten dieser Schreiben, daß die Dinge in Preußen auf dem Entscheidungspunkte ständen und es sich um die Frage handle: Preußen mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland, oder Preußen mit Rußland und Frankreich gegen seine Bundesgenossen. Als Personenfrage: Schleinitz oder Bismarck. Letzterer habe dem Regenten bereits ein Programm à la Cavour vorgelegt. Das zweite Schreiben meldete, daß der russisch-französische Sturm abgeschlagen, Schleinitz bleibe, Bismarck nach St. Petersburg zurückgekehrt sei, übrigens es als Verleumdung zurückgewiesen habe, wenn seiner Befürwortung der russischen Verbindung auch Frankreich angehängt werde. Nach der Ansicht des Berichterstatters ständen aber die Dinge so, daß, wer mit Rußland zusammengehen wolle, auch Frankreich in den Kauf nehmen müsse.

Die diesfalls aus Wien erhaltenen Mitteilungen gaben Karolyi Anlaß, seine eignen Anschauungen mit noch größerer Bestimmtheit und Ausführlichkeit zu wiederholen. Er schrieb:

„Die Informationen stimmen in mancher wesentlichen Hinsicht mit meinen eignen Wahrnehmungen überein, deren Färbung ist aber doch zu hoch aufgetragen

Digitized by Google

und nach den betreffenden Richtungen hin übertrieben. Daß Bismarck als eifriger Vertreter der ausschließlichen Allianz mit Rußland und Frankreich in letzter Zeit ziemlich tätig gewesen sein soll, scheint nicht unwahrscheinlich, obwohl mir von andrer Seite zukommt, daß er sich vor seiner Abreise weit mäßiger als sonst über die Verhältnisse Preußens zu dem übrigen Deutschland und speziell zum Kaiserstaat ausgesprochen hat — und auch nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg ruhig aufgetreten sei.

... Das über Schleinitz gefällte Urteil, wonach er im Gegensatz zu Bismarck eine definitive Verständigung mit Oesterreich anstrebe, ist der Wirklichkeit entsprechend. Zur vollständigen Richtigkeit des Urteils muß aber leider seine Schwäche und der Mangel an Autorität in Rechnung gebracht werden, und diese abschwächenden Elemente seiner Wirksamkeit haben deren Früchte auf ein sehr geringes Maß beschränkt.

Der ausgesprochenen Ansicht, daß der Fürst von Hohenzollern auf Bismarcks Seite gestanden und einem Zusammengehen mit uns abhold gewesen sei, kann ich keinesfalls beipflichten. Im Gegenteil setze ich in die persönlichen Gesinnungen des Fürsten volles Vertrauen, und an seine Einwirkung knüpfe ich die besten Hoffnungen zur Bekämpfung der feindlichen Bestrebungen.

Die sich gegenseitig anfeindenden Strömungen haben, soweit ich die geheimen Triebfedern der preußischen Politik zu durchblicken imstande bin, keine so bestimmt ausgeprägte Gestalt angenommen. Es hat sich meines Wissens niemals gehandelt um die Wahl zwischen sich entschieden entgegengesetzten Richtungen — entweder Allianz mit Frankreich und Rußland oder mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland. Es fehlten die objektiven und subjektiven Bestandteile einer solchen Situation. Daß sich Stimmen hören ließen, welche darauf hinwirkten, daß einer dieser Wege mit Vorzug zu betreten sei, während sie den andern anschwärzten, läßt sich nicht bezweifeln, doch waren diese von keiner Seite stark genug, wie auch die unmittelbare politische Veranlassung abging, um das Kabinett zu einem entscheidenden Eingreifen nach einer der beiden Richtungen zu bestimmen. Die Halbheit und Unentschlossenheit kann an sich schon als Gewähr gegen einen offenen Sieg der einer Verständigung mit Oesterreich feindlichen Partei gelten ... Dieses Hauptmerkmal erscheint besonders beachtenswert, wenn man es mit dem persönlichen Charakter des Prinzregenten in Verbindung bringt. Abgesehen von seinen loyalen Instinkten und Gesinnungen kommt indirekt seine Unentschlossenheit der Erhaltung der deutschen Föderativverhältnisse zugute. Zu einem energischen Auftreten zugunsten der gothaischen Tendenzen, welche die preußische Hegemonie durch mehr oder minder offen ausgesprochene Annektierungen zu ihrem Ziel aufstecken und, ohne die Rechte andrer deutschen Staaten mit Füßen zu treten, nicht zu verwirklichen sind, würde es eines außerordentlichen Entschlusses und seltener Kraftentwicklung bedürfen ... Daher befürchte ich nicht, solange der Regent, ein durch und durch edler Fürst, die Geschicke Preußens leitet, ein positives Verlassen der rechtlichen Grundlagen des deutschen Bundesverhältnisses, noch viel weniger das Eingehen in eine Tripelallianz — Frankreich, Rußland,

Digitized by Google

Preußen ... Das allgemeine deutsche Nationalgefühl hat sich in letzterer Hinsicht namentlich mit bezug auf Frankreich auch schon mit Deutlichkeit zu erkennen gegeben, und wenn auch einzelne den verderblichen Weg eines Handels mit Frankreich zur Erreichung preußischer Vergrößerung anraten, so läßt sich hieraus keineswegs ein Schluß auf die große Masse des preußischen Volkes ziehen ..."

Evidente Bestätigung erhielt die Richtigkeit dieser Beurteilung durch den Verlauf der Entrevue zwischen dem Prinzregenten und Napoleon III., welche im Juni in Baden-Baden stattfand. Die Initiative hierzu war ausschließlich von Frankreich erfolgt und hatte auf preußischer Seite reservierter Aufnahme begegnet. Schon im Herbste 1859 hatte Marquis de Moustier die Sache in Berlin angeregt. Im April war dann Kaiser Napoleon dem Grafen Pourtales gegenüber selbst auf dieselbe zurückgekommen und hatte die Begegnung mit dem Prinzregenten unter den gegenwärtig herrschenden Stimmungen und Umständen geradezu als eine Notwendigkeit bezeichnet. Schleinitz hatte hierauf in einem Erlasse vom 9. Mai mit Offenheit und Schärfe die Gesichtspunkte dargelegt, welche dem preußischen Kabinett nicht erlaubten, von der beabsichtigten Zusammenkunft eine ebenso günstige Wirkung zu erwarten, wie Kaiser Napoleon es täte. Die Besorgnis läge nahe, daß Preußens Gesinnungen verkannt werden und die in Deutschland herrschenden Gefühle der Unsicherheit neue Nahrung erhalten könnten. Der Prinzregent sei fest entschlossen, Deutschlands Territorialbestand nicht zum Gegenstand von Transaktionen zu machen, und es könne daher eine persönliche Begegnung mit dem französischen Kaiser nur dann in seinen Wünschen liegen, wenn schon im voraus der Ausschluß jeder derartigen Anregung festgestellt würde. Von französischer Seite wurden hierauf die gewünschten Erklärungen in Berlin abgegeben, und unter diesen Umständen wäre das weitere Hinausschieben einer positiven Antwort einer definitiven Ablehnung gleichgekommen, die wieder eine Spannung zwischen Berlin und Paris hätte herbeiführen können. Der Prinzregent, welcher schon früher eine Reise nach Trier und Saarbrücken festgestellt hatte, ließ sohin dem Kaiser Napoleon mitteilen, daß er bei dieser Gelegenheit einen längeren Aufenthalt in Baden nehmen und dort der angeregten Zusammenkunft sehr gerne entgegensehen würde. Als Zeitpunkt für dieselbe wurde dann der 15. Juni verabredet.

Von diesem ganzen Hergang hatte Herr v. Schleinitz das österreichische Kabinett durch Baron Werther unterrichten lassen und sich auch Karolyi gegenüber offen und rückhaltlos ausgesprochen. Zugleich gab er die Erklärung, daß Oesterreich sich auf den unwandelbaren Entschluß des Prinzregenten verlassen könne, keinerlei Abmachungen zur eignen Vergrößerung auf Kosten von Territorialopfern oder zum Schaden seiner Bundesgenossen einzugehen.

Die kaiserliche Regierung nahm diese Eröffnungen mit aufrichtiger Befriedigung entgegen, und Karolyi erhielt den Auftrag, den Dank für dieselben in Berlin auszusprechen. Wir bemerkten noch, daß es angesichts der in Italien immer noch vorhandenen Kriegsgefahr wohl im Interesse Napoleons III. liegen

Digitized by Google

könne, die Ausführung etwaiger Pläne zum Nachteile Deutschlands aufzuschieben, bis die Würfel über Venedig gefallen wären.

Bei der Entrevue in Baden waren auch die vier Könige von Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen anwesend, wodurch dieselbe, wie Karolyi damals hervorhob, auch der Form nach einen deutschen und nicht bloß preußischen Charakter erhielt. Die Begegnung der beiden erstgenannten Souveräne mit dem Prinzregenten in Baden war schon früher, ganz unabhängig von dem Besuche Kaiser Napoleons, anberaumt gewesen. Sobald aber dieser festgesetzt war, ließ der Regent seinen Wunsch, daß sie an der Entrevue teilnehmen mögen, den beiden Königen ausdrücken. Der König von Hannover war am 13. Juni ganz unvermutet nach Berlin gekommen und hatte sich dort entschlossen, an der Entrevue teilzunehmen, und der Regent hatte hierauf den König von Sachsen zur gleichen Beteiligung eingeladen.

Die Monarchen waren in Baden von ihren Ministern nicht begleitet. Selbstverständlich war Karolyi dort nicht anwesend. Wohl aber war es Graf Trautmannsdorff, unser damaliger Gesandter am badischen Hofe, der vom Prinzregenten und den übrigen deutschen Souveränen mit besonderer Courtoisie und Auszeichnung behandelt und über die Unterredungen mit Kaiser Napoleon unterrichtet wurde. Seine Berichte über den Verlauf der Entrevue stimmen mit der im Sybelschen Werke gegebenen Darstellung überein. Bekanntlich war das Resultat in positiver Beziehung Null. Fürst Metternich schrieb auch nach der Rückkehr Napoleons am 23. Juni: „L'empereur me parut peu enchanté du résultat de son entrevue."

Indirekt führte indessen die Badener Entrevue zur Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser Franz Josef in Teplitz.

Noch in Berlin hatte der König von Hannover Oesterreichs Beteiligung an der Badener Entrevue angeregt und es dem Prinzregenten anheimgegeben, ob es sich nicht empfehlen würde, diesfalls eine direkte Benachrichtigung und Einladung an Kaiser Franz Josef zu richten. Die Sache kam vor den preußischen Ministerrat, indessen erhielt Karolyi über dieselbe keine weitere Mitteilung. In Baden kam sie unter den anwesenden deutschen Souveränen neuerdings zur Sprache, und der Prinzregent äußerte sich zu einem derselben, daß er sich sehr gerne mit dem Kaiser von Oesterreich zu vertraulichem Gedankenaustausch begegnen würde, nach den Geschehnissen des vorigen Jahres aber sich abgehalten fühle, diesfalls die Initiative zu ergreifen. Sollte sich aber der Kaiser hierzu bewogen fühlen, so würde er hierin ein Zeichen versöhnlichen Entgegenkommens erblicken und die dargebotene Freundeshand mit Freude ergreifen. Dies geschah denn auch. Der Prinz hatte über den Verlauf der Badener Zusammenkunft an den Kaiser ein eigenhändiges Schreiben gerichtet, und dieser schlug in seiner Antwort die persönliche Begegnung vor. Graf Pejacsevics, der den kaiserlichen Brief nach Wildbad überbracht hatte, kam mit der Antwort zurück, daß der Prinz die Einladung mit freudigster Zustimmung annehme und am 25. Juli nach Teplitz kommen werde. Der Kaiser war wieder von der Wahl dieses

Digitized by Google

Ortes, an welchen sich Erinnerungen früheren engen Einvernehmens knüpften, besonders angenehm berührt.

*

Mittlerweile war der Armeebefehl des Prinzregenten erschienen, womit die Einteilung der neuen Formationen in Regimentsverbände verfügt und die Armeereorganisation als vollendet bezeichnet wurde. Der Keim zu dem im nächsten Jahre ausbrechenden Konflikte zwischen Regierung und Landtag war in diesem Befehl enthalten; welche Dimensionen und welchen Verlauf derselbe nehmen würde, ließ sich damals nicht vorhersehen. Im Hinblick auf die späteren Geschehnisse erscheint das im Moment gefaßte Urteil eines so gewissenhaften und objektiven Beobachters wie Karolyi besonders interessant.

Bekanntlich war dem preußischen Landtag im Februar ein auf die Reorganisation der Armee bezüglicher Gesetzvorschlag vorgelegt, im Mai aber wegen der dagegen erhobenen Opposition zurückgezogen und an dessen Stelle ein einmaliger außerordentlicher Kredit von 9 Millionen Talern als Provisorium verlangt worden. Nach dessen Bewilligung schrieb Karolyi:

„Wenn das Zurückziehen des ursprünglichen Gesetzentwurfes für die neue Heeresorganisation dessen Vertagung auf die nächste Session und zeitweilige Ersetzung durch den Kredit von 9 Millionen in bezug auf die Form als ein Kompromiß zwischen der Regierung und dem sich sträubenden Abgeordnetenhause angesehen werden kann, so unterliegt es keinem Zweifel, daß, was immer für Gewissensreserven seitens der Landesvertretung zur Wahrung ihrer konstitutionellen Einwirkung auch niedergelegt worden sein mögen, die Bewilligung der Geldmittel für Erhaltung des Heeres in seiner jetzigen Stärke der Kriegsbereitschaft der Regierung tatsächlich freien Spielraum gewährt, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Das einjährige Provisorium wird zur Anbahnung einer definitiven Organisation benutzt werden, und die solcherart erzielten Resultate dürften nächstes Jahr in einer Weise als vollzogene Umbildung hingestellt werden, daß die derselben feindliche Partei im Abgeordnetenhause wohl nicht einen fruchtlosen Versuch machen wird, diese Organisation zu vereiteln."

Und jetzt im Juli nach Erlassung des Armeebefehls:

„Während der letzten acht Monate hat, unbeeinflußt durch die verschiedenen diesen Gegenstand betreffenden legislatorischen Vorkommnisse, die tatsächliche Durchführung der Heeresreform energisch und unbeirrt stattgefunden, und es wird nunmehr durch diesen höchsten Erlaß konstatiert, daß das erstrebte Resultat zu faktischem Bestehen gebracht sei.

Nachdem zur Erreichung dieses Zweckes zuerst Mitte Februar der wegen dagegen erhobener Opposition später zurückgezogene Gesetzvorschlag eingebracht, hierauf die Entwürfe der außerordentlichen Geldbewilligung mit dem Versprechen deren provisorischen Charakters vorgelegt wurden, ist nun diese Organisation im wenn auch nicht formellen, so doch virtuellen Gegensatz zu der erwähnten

Digitized by Google

Zusage und allen dagegen ankämpfenden Widerspruch zum Trotz in eine definitive übergegangen . . .

Dieses eher die Wahrung der Rechte der Krone und der wirklichen Interessen des Landes als einen sehr gewissenhaften Konstitutionalismus an den Tag legende Vorgehen wird dem Regenten gewiß die Billigung aller Einsichtigen in Preußen und Deutschland sichern, dürfte aber die Bande des Vertrauens, welche das derzeitige preußische Kabinett — als den Hort verfassungsmäßiger Theorien — mit der liberalen Partei vereinten, lockern und so die königliche Regierung ihren kleindeutschen Freunden für die nächste Zeit beträchtlich entfremden.

Ein eventueller Konflikt, welcher infolge der Order vom 4. Juli zwischen dem Regenten, dem Kabinett und der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses entstehen könnte, dürfte nach dem, was man hier diesfalls vernimmt, entweder mit dem Austritt des Finanzministers v. Patow endigen oder vielleicht zur Sprengung der Partei Vincke führen . . ."

Im markanten Gegensatze zu Baden waren in Teplitz beide Monarchen von ihren Ministern und Gesandten begleitet. Im Gefolge des Kaisers von Oesterreich befanden sich die Grafen Rechberg und Karolyi, in dem des Prinzregenten Fürst v. Hohenzollern, Freiherr v. Schleinitz und Werther.

Der Begegnung wurde sohin auch nach außen die volle Bedeutung eines politischen Ereignisses aufgeprägt; dem von uns gewünschten Ziele des Abschlusses einer formellen Allianz kamen wir indessen nicht näher.

Nach der von Schleinitz ausgesprochenen Auffassung sollte der Zweck der Zusammenkunft darin bestehen: 1. allen Rekriminationen wegen der jüngsten Vergangenheit ein Ende zu machen und so das psychologische Element zwischen den beiden Mächten zu verbessern, 2. die Basis für eine gemeinsame Haltung in allen Fragen europäischer Politik zu finden. Das erstere Ziel wurde erreicht, das zweite nur im beschränkten Maße, nämlich insofern es sich um Frankreich handelte.

Sämtliche zwischen den beiden Monarchen besprochene Fragen wurden nach der Entrevue in einer schriftlichen Punktation niedergelegt. Die Punkte, über welche ein volles Einverständnis erzielt wurde, waren die folgenden:

1. Als Basis der beiderseitigen Politik solle der Grundsatz dienen, daß Oesterreich und Preußen den gemeinschaftlich drohenden Gefahren gemeinschaftlich entgegentreten werden.

2. Oesterreich und Preußen werden einem eventuellen Angriff Frankreichs auf ihre Staaten gemeinschaftlichen Widerstand leisten.

3. Sollte Frankreich durch Gewalt oder Anwendung eines Plebiszits den Versuch machen, Belgien, Holland oder Teile der Schweiz sich einzuverleiben, so würden Oesterreich und Preußen einem solchen Unternehmen vereint, nötigenfalls mit gewaffneter Hand, entgegentreten.

4. Im Falle eines sardinischen Angriffes auf Venetien wird Preußen die bestimmte Erklärung abgeben, daß eine Verletzung deutschen Bundesgebietes einer Kriegserklärung gleichkäme, wovon der Bundestag sofort Kenntnis erhalten werde.

Digitized by Google

Von österreichischer Seite war diesfalls mehr gewünscht und zuerst die Aufstellung von Bundestruppen im angeregten Falle oder mindestens die Aufstellung eines Observationskorps verlangt worden. Preußen aber erklärte die Entsendung deutscher Truppen zur Sicherung unsrer italienischen Grenze für untunlich, weil dies Frankreich auf den Plan bringen würde, wo dann eine Abtrennung deutscher Truppen nachteilig wäre.

5. Die Verständigung über im Kriegsfall zu ergreifende strategische Maßregeln bleibt künftiger Verabredung auf Grund der Stipulationen vom Jahre 1840 vorbehalten.

Ein Vertrag kam aber auch über diese Punkte nicht zustande, und hier kam man auf den eigentlichen Stein des Anstoßes zwischen den beiden Mächten, nämlich die innerdeutsche Frage. Der Prinzregent wie seine Staatsmänner erklärten diesfalls, daß bindende Stipulationen bei der in ihrem Lande gegenwärtig gegen Oesterreich herrschenden Stimmung unmöglich seien, weil der Landtag die zu ihrer Ausführung nötigen Geldmittel nicht bewilligen werde, falls Oesterreich für dieselben keine Gegenleistungen gewähre. Als solche wurden bezeichnet:

1. Das gegenseitige Versprechen, sich über alle Fragen von Wichtigkeit im voraus zu verständigen, bevor sie an den Bundestag gebracht würden, und dann dort die gemeinschaftlichen Absichten offen und fest durchzusetzen,

2. die Gewährung des Alternates im Bundespräsidium.

Mit dem ersteren Punkte erklärte man sich auf österreichischer Seite einverstanden unter der Voraussetzung, daß beide Mächte in dem Bestreben, den Bund zu erhalten und dessen verfassungsmäßige Tätigkeit zu fördern, einig sein werden. Das Zugeständnis des Alternates lehnte man aber ab und wies darauf hin, daß dies keine Macht-, sondern eine bloße Ehrenfrage sei, aber ebendeshalb ihr Aufgeben auf die öffentliche Meinung im eignen Lande, welche auch gegen Preußen gereizt sei, einen niederschlagenden Eindruck machen würde.

Die österreichische Regierung stand eben nach wie vor auf dem in dem oben wiedergegebenen Erlasse des Grafen Rechberg[1]) dargelegten Standpunkte, daß das von ihr angestrebte Verhältnis dem gegenseitigen Bedürfnisse entspringe, war daher nicht gewillt, dessen Herstellung durch Opfer an ihrer Machtstellung in Deutschland zu erkaufen. In Preußen wiederum waren der Prinzregent wie seine Ratgeber der Ansicht, daß die allgemeine Lage der Verhältnisse Oesterreich stärker und unmittelbarer bedrohe als Preußen, daher das letztere für die einer Politik der Gemeinsamkeit zu bringenden Opfer die Erfüllung seiner durch die Natur der Dinge gerechtfertigten Wünsche nach Erhöhung seiner Machtstellung in Deutschland erwarten dürfe. Ueber diesen inneren Widerspruch war auch in Teplitz nicht hinwegzukommen. Der Prinzregent hatte zwar aus der Alternatsfrage kein Sine qua non des Einverständnisses gemacht, wofür ihm Kaiser Franz Josef besonders dankte. In einem späteren Schreiben war der erstere indessen noch einmal auf die Frage zurückgekommen und hatte die Hoffnung ausgesprochen,

[1]) Mai-Heft S. 166 und 167.

Digitized by Google

daß es den beiden Regierungen gelingen würde eine Lösung derselben zu finden, welche, ohne der Würde Oesterreichs nahezutreten, die gerechtfertigten Wünsche Preußens berücksichtigen würde.

In Teplitz waren auch die inneren Zustände Oesterreichs zur Sprache gekommen, und von preußischer Seite auf die Notwendigkeit, zur eigenen Kräftigung dieselben verfassungsmäßig zu gestalten, hingewiesen worden. In die schriftlichen Punktationen wurde indessen dieser Gegenstand nicht aufgenommen. Wohl aber hatte Kaiser Franz Josef dem Prinzregenten die mündliche Versicherung gegeben, daß er die betretene Bahn zeitgemäßer Reformen weiterverfolgen werde. Ebenso hatte der Kaiser seinem hohen Besucher mit Beziehung auf die hervorgehobene, einem Vertragsabschlusse ungünstige Stimmung in Preußen erklärt, daß ihm dessen ausgesprochener Wille und Wort ebenso lieb sei als jeder Vertrag.

Als praktische Folge von Teplitz traten dann im Dezember in Berlin die Militärbevollmächtigten beider Staaten zu der im Punkt 5 der Verabredungen vorgesehenen Verständigung zusammen. Noch eine dritte Monarchenbegegnung fand im Jahre 1860 statt. Am 21. Oktober trafen die Kaiser von Oesterreich und Rußland und der Prinzregent von Preußen in Warschau zusammen. In ihrer Begleitung befanden sich die Minister Fürst Hohenzollern, Gortschakow, Graf Rechberg, ebenso die Gesandten Graf Thun und Herr v. Bismarck. Zur Besprechung kam dort die italienische Frage; es zeigte sich indessen, daß hinsichtlich derselben keinerlei Grundlage für ein Einverständnis vorhanden war.

Das ganze Jahr 1860 stand unter der Einwirkung der italienischen Entwicklung. Sie bildete den Gegenstand fortwährender Verhandlungen unter den Großmächten, von denen aber keine zwei vollkommen eines Sinnes waren.

Oesterreich hat in seiner Geschichte seinen Willen und seine Fähigkeit, die Resultate unglücklicher Kriege loyal zu akzeptieren und dieselben zur Grundlage seiner Politik zu machen, oft bewiesen, am meisten so nach 1866. Nach dem Kriege von 1859 standen aber die Dinge anders. Was nachher in Italien geschah, beruhte nicht auf dem infolge des Schlachtenglücks geschlossenen Frieden, sondern stand mit dessen Bestimmungen im offenen Widerspruch, bedrohte überdies den österreichischen Territorialbesitz von Venedig. Die kaiserliche Regierung verharrte daher den geschehenen Tatsachen gegenüber auf dem Standpunkt der Nichtanerkennung und lehnte es ab, an Kongressen oder Konferenzen teilzunehmen, wenn nicht dieselben 1. auf der Grundlage der Stipulationen von Villafranca und Zürich zusammenträten, und 2. eine Gewähr für die Ausführung ihrer Beschlüsse gegeben würde. Wie dem englischen Vorschlag vom Januar hatte sich die kaiserliche Regierung auch einer später (Ende Februar) von Preußen und Rußland angeregten Konferenz gegenüber ablehnend verhalten, und als Ende März Sardinien den Mächten die Einverleibung von Toskana, Parma, Modena und der Romagna notifizierte, hiergegen feierlichen Protest erhoben.

Der Prinzregent und seine Regierung standen gleich Oesterreich auf dem Prinzip der Legitimität. Schleinitz hatte dies Karolyi öfter mit Bestimmtheit und Offenheit erklärt, zugleich aber bemerkt, daß die italienische Frage Preußen

Digitized by Google

nicht nahe genug läge, um sich anders als einfach negativ zu verhalten. Karolyi hatte sein Urteil über die diesfalls zu erwartende Haltung schon im Februar dahin präzisiert, daß die preußische Regierung ihrem prinzipiellen, mit uns übereinstimmenden Standpunkt nur so lange treu bleiben werde, als sie sich bloß Annexionstendenzen und nicht vollbrachten Tatsachen gegenübersehen wird. Diese Voraussicht wurde bestätigt, denn als Sardinien sechs Wochen später die Annexionen notifizierte, begnügte sich Herr v. Schleinitz, dem Grafen Launay gegenüber auf die Rechte der depossedierten Fürsten und das von Preußen hochgehaltene Legitimitätsprinzip mündlich hinzuweisen. Schriftliche Antwort erfolgte weder auf die italienische Notifikation, noch auf den österreichischen Protest.

England begünstigte offen die italienischen Einheitsbestrebungen. Die Sympathien der Bevölkerung für dieselben waren dort noch stärker als in Preußen, und ebenso die Ueberzeugung, daß, je mehr Italien erstarke, es sich um so mehr von Frankreich unabhängig machen werde.

Als aber dann die Annexion Savoyens an Frankreich erfolgte, regte man sich darüber in England und Preußen mehr auf als in Oesterreich. Neue Anregungen über nach Paris zu richtende Abmahnungen, Verwahrungen und Vorbehalte für die Zukunft, Vorschläge zur Wahrung der Aufrechthaltung der Neutralität der durch die Verträge von 1815 neutralisierten, jetzt an Frankreich abgetretenen savoyardischen Distrikte tauchten auf, wurden erwogen und verhandelt, führten auch zu Noten, aber zu keinem praktischen Resultat.

Die russische Regierung war der italienischen Frage mit Gleichmut und Kühle gegenübergestanden, hatte auch die Annexion Savoyens als Transaktion zwischen zwei berechtigten Souveränen als vollkommen legitim betrachten zu müssen erklärt. Als aber im Mai Garibaldis Zug gegen Neapel erfolgte und das Schicksal der bourbonischen Dynastie in Neapel in Frage kam, änderte sie ihre Haltung und ging später bis zum Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen mit Piemont.

Frankreich ließ in seinen Bemühungen, eine Konferenz der Großmächte zusammenzubringen und auf diese Weise die europäische Sanktion für die geschehenen Tatsachen zu erhalten, nicht nach. Der preußisch-russische Vorschlag im Februar war über französische Anregung gestellt worden, und der den Kaiser Napoleon hierbei leitende Gedanke erhellt aus seinem damals ausgesprochenen Wunsche, daß die beiden die Anregung vermittelnden Mächte die Aufrichtigkeit, zugleich aber die Fruchtlosigkeit der Bemühungen des Kaisers, die legitimen Fürsten in Italien wieder einzusetzen, vorerst anerkennen mögen. — In Warschau tat ihm nun Rußland den Gefallen, auf die Sache zurückzukommen.

Begegnungen zwischen dem Prinzregenten und dem Zaren Alexander II. gehörten zu den regelmäßig wiederkehrenden Ereignissen. Im Jahre 1859 hatte ihre Zusammenkunft in Breslau stattgefunden, für das jetzt in Rede stehende Jahr war dieselbe nach Warschau verabredet. Es lag im Wunsche des Kaisers von Oesterreich, an derselben teilzunehmen; zum Ausdruck gelangte indessen dieser Wunsch erst, nachdem die österreichische Regierung durch die Berichte ihres Ge-

Digitized by Google

sandten in St. Petersburg benachrichtigt worden war, daß man dasselbe auf russischer Seite wünsche und Kaiser Alexander bereits im vorigen Jahre auf ein Zusammentreffen mit Kaiser Franz Josef gerechnet habe.

Ein politisches Programm war für die Warschauer Entrevue nicht entworfen worden. In Wien erwartete man indessen, daß dort zwischen den Souveränen und ihren Ministern alle politischen Tagesfragen zur Besprechung gelangen würden, und in dieser Annahme war für den eignen Gebrauch ein umfassendes Memoire ausgearbeitet worden, welches die Haltung Oesterreichs zur allgemeinen Lage, den italienischen, deutschen und orientalischen Fragen klarzulegen bestimmt war.

In Warschau übermittelte nun Fürst Gortschakow dem Grafen Rechberg und dem Fürsten von Hohenzollern ein neues Kongreßprojekt, als dessen Grundlage die folgenden, von Frankreich vorgeschlagenen Punkte dienen sollten:

1. Wenn Sardinien Oesterreich in Venetien angreifen sollte, würde Frankreich es nicht unterstützen, unter der Bedingung, daß auch die deutschen Bundesstaaten sich jeder Intervention enthielten.

2. Der Zustand vor dem Kriege von 1859 solle nicht mehr wiederhergestellt werden, sondern die Stipulationen von Villafranka für alle Fälle aufrecht bleiben. Würde also Piemont geschlagen, so müsse ihm doch die Lombardei verbleiben und die italienische Konföderation eintreten.

3. Alle die Abgrenzung der italienischen Staaten betreffenden Fragen, wie auch die der Art ihrer Regierung, sollen auf dem Kongreß geordnet werden unter dem doppelten Gesichtspunkte des Rechtes der legitimen Souveräne und der notwendigen Konzessionen an die Realität der Dinge.

4. Die Annexion Savoyens und Nizzas solle auf dem Kongresse nicht besprochen werden, dagegen verpflichtet sich Frankreich zur Uebernahme der sardinischen Verpflichtungen bezüglich der neutralisierten Bezirke.

Der letzte Punkt war uns gleichgültig, bezüglich des vorletzten bemerkten wir, daß die beiden angeführten Gesichtspunkte miteinander in Widerspruch stünden und die Sicherung der Durchführung der Kongreßbeschlüsse und als unerläßliche Vorbedingung für dessen Zusammentritt erscheine. Die beiden ersten Punkte fanden wir unannehmbar.

Graf Rechberg antwortete daher dem Fürsten Gortschakow, daß Oesterreich keinen Krieg beabsichtige, denselben nicht als unabwendbar ansehe, für den Fall des Angegriffenwerdens seine Aktionsfreiheit nicht binden, noch auch zugeben könne, daß der Deutsche Bund dies im verlangten Sinne tue. Auf Basis der letzten Friedensstipulationen werde die österreichische Regierung gerne an einem Kongresse teilnehmen, sonst nicht, wünsche daher jetzt die vier Punkte nicht weiter zu diskutieren.

Rechberg hätte gewünscht, daß Oesterreich und Preußen noch in Warschau eine erschöpfende, zur Mitteilung an Frankreich bestimmte Antwort an Gortschakow richten sollten, Fürst von Hohenzollern wollte dieselbe aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß Schleinitz infolge seiner Erkrankung nicht nach Warschau ge-

Digitized by Google

kommen war, bis nach seiner Rückkehr nach Berlin aufschieben. Dies geschah denn auch, und die preußische Antwort erfolgte in einem Erlasse an Herrn v. Bismarck, worin das französische Enthaltungsversprechen unter der Bedingung gleicher deutscher Haltung akzeptiert, zugleich aber bemerkt wurde, daß sich letztere nicht auf Aufstellung eines Observationskorps oder sonstiger bloßer Vorsichtsmaßregeln beziehen könne.

Die politischen Verhandlungen in Warschau hatten sich demnach auf die russische Uebermittlung eines neuen französischen Vorschlages beschränkt. Für Oesterreich war dieses Resultat enttäuschend. Auch der Fürst von Hohenzollern war von demselben wenig befriedigt. Schleinitz erklärte Karolyi, daß die vier Punkte für Oesterreich unbillig wären, es aber doch angezeigt scheinen würde, die Diskussion fortzuspinnen, schon um Frankreich zu bestimmten Erklärungen zu bewegen.

Dies geschah auch, aber ohne zu einem Einverständnis oder zur Klärung der Lage zu führen. Das Jahr 1860 schloß, wie es begonnen — Unsicherheit und Vereinzelung nach allen Seiten.

Publikum und Krankenhaus

Von

Dr. J. Grober,

a. o. Universitätsprofessor der Innern Medizin in Jena

In den weitesten Kreisen des großen Publikums begegnet man fast stets einer sehr deutlich zur Schau gebrachten und starken Abneigung gegen alles, was mit dem Krankenhaus im Zusammenhang steht. Jeder, der längere Zeit hindurch Gelegenheit hatte, in einem Krankenhaus tätig zu sein, weiß davon und oft wenig Erbauliches zu erzählen. Am meisten können die Aerzte der Krankenanstalten von solchen Erfahrungen berichten, da sie durch ihren Beruf nicht nur mit dem Krankenhaus und seinen kranken wie gesunden Insassen, sondern auch mit dem Publikum, insonderheit mit Kranken außerhalb des Krankenhauses und deren Angehörigen in tägliche Berührung kommen. Diese Abneigung gegen die Krankenanstalten ist um so merkwürdiger, als doch der Sinn für soziale Betätigung in ungeahnter Weise gefördert worden ist und humanitäre Bestrebungen eine erhebliche Steigerung ihrer öffentlichen Anerkennung erfahren haben. Damit hat aber die Wertschätzung der Krankenhäuser nicht Schritt gehalten, trotzdem alle Sachkenner wissen, daß die Krankenanstalten der Neuzeit, insbesondere die deutschen, in ihrer Entwicklung gegenüber den alten Häusern sehr große Fortschritte gemacht haben. Es müssen also Umstände wirksam sein, die durch ihr Dazwischentreten verhindern, daß die Abneigung des Publikums sich vermindere. Denn daß sie tatsächlich vorhanden ist, läßt sich nicht nur durch das immerhin

Digitized by Google

subjektive Urteil einzelner Beteiligter, sondern auch ganz objektiv feststellen. Die Durchsicht der Tageszeitungen, namentlich in den Großstädten, die Unterhaltungen der Kranken in den Anstalten mit ihren Angehörigen oder der letzteren allein, wenn sie unter sich zu sein glauben, zeigt, daß sie geneigt sind, alles, was in den Krankenanstalten geschieht und was von dort aus in die Oeffentlichkeit gelangt, ablehnend zu besprechen, darzulegen und zu verbreiten, vielem einen unerfreulichen, ja gehässigen Unterton zu geben. Dabei soll jede Aeußerung der Undankbarkeit ehemaliger Kranken gegenüber der Anstalt, wie sie öfter gehört wird, als zu subjektiv noch außer acht gelassen werden. Am deutlichsten prägt sich die Abneigung des Publikums aus, wenn es sich darum handelt, schwereren oder leichteren Kranken den Rat zu erteilen, eine Krankenanstalt, sei es, welche es wolle und welcher Art auch immer, aufzusuchen. Da hört man, oft schon bevor überhaupt das Wort Krankenhaus gefallen ist, den Abscheu davor in recht unzweideutiger Weise ausdrücken. Es gibt Städte und Gegenden, auch in Deutschland, in denen nur im äußersten Fall ein Kranker sich entschließt, in eine Anstalt einzutreten, andre, in denen bestimmte, und zwar jeweils verschiedene Klassen der Bevölkerung es ablehnen, ein Krankenhaus aufzusuchen.

Die Krankenanstalten sind heute so in unsern Staats- und Gemeindeorganismus eingepaßt, sie haben so wesentliche Aufgaben zu erfüllen, daß diese Abneigung sie an ihrem Zweck und Ziel stark behindern kann. Es ist deshalb von Wichtigkeit, daß der Finger der Wissenden einmal mahnend an diese wunde Stelle gelegt und daß einmal untersucht und freimütig erörtert werde, welche Umstände im allgemeinen und im speziellen denn die Abneigung des Publikums gegen die Krankenanstalten hervorbringen. Einsichtige Erläuterung und sachverständige Prüfung der Gründe dieser Abneigung vor der breiten Oeffentlichkeit mag vielleicht dazu beitragen, sie zu verringern und damit die Aufgabe der Krankenanstalten zu erleichtern. Daran wird sich ohne weiteres und ganz selbstverständlich eine Darlegung des Wertes der öffentlichen Krankenhäuser für das Publikum und ihrer Bedeutung für den sozialen Organismus anschließen, aus dem das Verlangen nach lebhafterem Interesse, ja nach Förderung der Anstalten durch das Publikum, hervorgeht.

Vorweg aber bedarf eines der Festlegung. Es liegt mir, der ich mich sehr viel und eingehend mit den verschiedensten Fragen des Krankenhauswesens beschäftigt habe, ganz fern, etwa behaupten zu wollen, daß alle Schuld bei dieser Abneigung und Mißachtung auf seiten des Publikums liege. Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, daß in allen etwa fünf- bis sechstausend deutschen Krankenanstalten so ideale Zustände herrschen, daß sie nirgends und gar keinen berechtigten Grund zur Klage und Beschwerde geben könnten. Auch die Krankenhäuser werden von Menschen betrieben. Ich glaube auf Grund vieler Erfahrungen nur dafür einstehen zu können, daß wenigstens in Deutschland die ärztlichen Krankenhausleiter und die Krankenhausärzte überhaupt bei ihrer täglichen Arbeit den dringenden Wunsch haben, alles aufzuwenden, was diese Abneigung des Volkes gegen ihre Arbeitsstätte und damit auch oft gegen ihre Lebensarbeit zu

Digitized by Google

beseitigen imstande ist. Es wird jene Abneigung von dieser Seite her auf das lebhafteste bedauert, und das Bestreben, sie zu beseitigen, geht wohl von jedem einzelnen aus, soweit sein eigner Wirkungskreis reicht.

Wir können also die Abneigung des Publikums gegen die Krankenanstalten als zweifellos vorhanden annehmen und wollen die Gründe dafür ausführlich darzulegen versuchen. Daraus wird sich für den Verfasser selbst die erwünschte Prüfung ergeben, ob die Gründe stichhaltig sind und nach welcher Richtung hin sie etwa Veranlassung sein können, Einrichtungen der Krankenanstalten zu ändern und damit den Entscheidungen und Wünschen des Publikums entgegenzukommen. Unzweifelhaft bedeuten die Krankenhäuser für die Gegenwart einen ganz besonders wichtigen Faktor. Nicht nur deshalb, weil in ihnen sehr große Kapitalien des öffentlichen Vermögens festgelegt sind, sondern vor allem, weil sie für den einzelnen in zwar bestimmten, aber schließlich gar nicht so seltenen Fällen des täglichen Lebens eine von ihm freilich nicht immer anerkannte Unterstützung, Hilfe und Sicherheit bieten; dabei sehen wir von der schützenden Aufgabe der Krankenanstalten, die in der Unterbringung der Kranken und Siechen und namentlich in der für die Umgebung ungefährlichen Versorgung der ansteckenden Kranken besteht, hier zunächst ab. Aber gerade weil der Wert der Krankenanstalten für das Publikum ein außerordentlich großer ist, darf auf der andern Seite auch verlangt werden, daß sie in ihrer Organisation, in ihren Bestrebungen und in ihren Einrichtungen vom Publikum anerkannt und gefördert werden. Wir dürfen es uns also angelegen sein lassen, das Interesse der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung überhaupt für die Krankenanstalten zu erwarten, und es wäre zu hoffen, daß die genauere Darlegung der vorliegenden Verhältnisse den einsichtigen Teil des Publikums veranlassen möchte, die bisher bestehende Abneigung gegen die Anstalten in Anteilnahme und Förderung umzuwandeln.

Wir hängen alle am Althergebrachten. Aus dem Mittelalter, ja aus der Periode des Verfalles des römischen Kaiserreiches her stammt die Anschauung, daß das Krankenhaus den öffentlichen, sagen wir einmal Zwangsanstalten des Staates und der Gemeinde an die Seite zu setzen sei. Diese Anschauung hat eine sehr gute historische Berechtigung. Krankenanstalten im neueren Sinne gibt es erst seit dem achtzehnten Jahrhundert. Vorher wurden die Krankenanstalten benutzt, um Siechе und unheilbare Kranke unterzubringen und mehr oder minder gut zu versorgen. Noch vorher, und das ist der Ursprung der mittelalterlichen Spitäler, wurden sie verwendet, um ansteckende Krankheiten, namentlich am Aussatz (Lepra) Leidende, aber auch diejenigen, die an Pest, am sog. Kriegstyphus, der Ruhr, dem Englischen Schweiß und wie die ansteckenden Krankheiten des Mittelalters noch heißen, erkrankten, aufzunehmen, zu verpflegen und vor allem zu isolieren. Die Isolation in den Pestspitälern und ebenso in den Leproserien war schon im Mittelalter eine außerordentlich strenge. Es handelte sich um eine rein mechanische Abschließung; Desinfektion gab es damals noch nicht, wenigstens wurde sie nicht bewußt angewendet.

Digitized by Google

Wenn wir heutzutage einen ansteckenden Kranken isolieren wollen, so läßt sich das auch noch mit rein mechanischer Abschließung durchführen. Aber dieser mechanische Abschluß ist doch kein vollkommener und kann es auch nicht sein. Die Forderung, die sich für uns daraus ergibt, ist die, daß wir zur chemischen Isolierung die Desinfektionsmittel der verschiedensten Art anwenden, um die Verbreitung der Krankheitserreger zu unterbrechen, indem wir sie abtöten. Die mechanische Abschließung braucht deshalb heute nicht so streng zu sein, wie sie es im Mittelalter sein mußte, wenn man Erfolg haben wollte. Das mittelalterliche Krankenhaus, das häufig den Heiligen der Pest und des Aussatzes geweiht war, bildete ein viel mehr nach außen hin abgeschlossenes Ganzes, als wir es heutzutage von einem Krankenhause gewohnt sind. Wer einmal dort verschwand, d. h. aufgenommen wurde, war für die übrige Bevölkerung tatsächlich völlig abgeschlossen und befand sich in dem eng umgrenzten Bezirk unter dauernder Aufsicht, etwa so wie heutzutage in einem Gefängnis. Daher stammt die Neigung auch unsrer heutigen Bevölkerung noch, das Krankenhaus dem Gefängnis an die Seite zu stellen. Die bis in das Ende des achtzehnten Jahrhunderts autokratische Art der Staatsleitung erstreckte sich auch auf die Nachfolger jener Pestspitäler, die Siechenhäuser der großen Städte, die auch weiter die Bezeichnung „Spitäler" beibehalten haben. Auch in ihnen lagen die Verhältnisse, wenn wir die Berichte zum Beispiel aus Paris, aus Straßburg und Berlin durchsehen, für die armen Kranken nicht viel anders, als wenn sie in einem Gefängnis interniert gewesen wären. Der Ausgang war ihnen verwehrt, sie waren gezwungen, eine bestimmte Tageseinteilung einzuhalten, die Unterkunft war schlecht. Wird uns doch noch aus dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts aus dem Hotel Dieu mitgeteilt, daß fünf bis sechs Menschen in einem Bett untergebracht wurden. Die Todeszahl unter diesen unzulänglich Verpflegten — denn auch die Ernährung war schlecht — war sehr groß. Das Heer der ansteckenden Krankheiten fand in diesen unhygienisch eingerichteten und betriebenen Anstalten zahlreiche Opfer. Auch wissen wir heute, daß bei bestimmten Infektionen, z. B. bei Typhus, gerade Anstalten, in denen chronische Kranke untergebracht werden, durch Vermittlung derjenigen Personen, die, ohne krank zu sein, die Bakterien bei sich tragen und dauernd ausscheiden, zum fortwährenden Sitze solcher Erkrankungen (Endemien) werden können. Das war früher natürlich noch weit mehr der Fall als heute, wo wir durch die entsprechenden Einrichtungen, durch dauernde bakteriologische Kontrolle, durch den möglichst sauberen und einwandfreien hygienischen Betrieb die Weiterverbreitung von Infektionen einzuschränken gelernt haben. Nicht umsonst führte die Blutvergiftung in früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten den Namen des „Hospitalbrandes", weil jeder mit frischer Wunde Behaftete oder etwa Operierte Gefahr lief, von ihm befallen zu werden und tatsächlich auch meist befallen wurde. Noch aus neuerer Zeit wird uns aus Wiener Hospitälern berichtet, daß kein Kranker länger als zwei Jahre sich in ihnen aufhalten konnte, ohne daß er an der Lungenschwindsucht, die offenbar in diesen Spitälern außerordentlich häufig war, erkrankte.

Digitized by Google

Die alte Zeit hatte ein großes Verständnis für den gemeinsamen Zusammenschluß der in gleichen Lebenslagen befindlichen Menschen. Die Innungen, die Ritterorden, die Orden der Mönche legen dafür Zeugnis ab. Auch die Insassen eines Spitals fühlten sich untereinander verbunden und dadurch ihren Angehörigen mehr entfremdet. Man war in bestimmten Fällen gewöhnt, das Familiengefühl gegenüber einem freiwillig gesuchten Bande zurückzustellen; das kennt unser Volk heutzutage nicht mehr. Noch unbekannter aber war damals die heute weitverbreitete Neigung, das Recht der einzelnen Person auf alle möglichen Dinge des materiellen und ideellen Lebens zu betonen. Der Individualismus des klassischen Altertums lebte im Mittelalter in einzelnen Persönlichkeiten wieder auf; es hat auch im Laufe der Jahrhunderte nie an Vertretern desselben gefehlt; aber die ob scheinbare, ob tatsächliche Hervorkehrung des Individualismus, wie wir sie heute gewohnt sind, eigentlich in allen Bevölkerungsklassen zu erleben, war damals ungewohnt und wurde, wenn sie auftrat, als staatsfeindlich, wir würden heute sagen, unsozial, bekämpft und zurückgedrängt. Das Recht auf die Bedeutung und die Hervorkehrung des Individuums, so allgemein, wie wir sie heute überall von den höchsten bis zu den niedrigsten Ständen hervortreten sehen, war damals noch nicht bekannt. Es ist verständlich, daß deshalb im Mittelalter der Zwang des Hospitals eher gelitten, ja vielleicht zum Teil sogar wohltätig empfunden wurde, den wir heute mit unsern individualistischen Neigungen so schlecht vertragen können. Auf die Notwendigkeit und auf die innere Berechtigung dieses Zwanges werden wir weiter unten noch eingehender zu sprechen kommen.

Der Gesunde hat gegen Kranke an und für sich eine Abneigung. Das ist ein höchst natürliches Gefühl, das uns auch die Tierpsychologie von mancherlei höherstehenden Tierarten berichtet. Auch die am wenigsten gebildeten Völkerschaften des Erdballes besitzen dieses Gefühl, das erst bei den kultivierteren durch jenes andre, als dessen Inbegriff wir die christliche Caritas bezeichnen, beiseitegeschoben wird. Aber die natürliche Vorstellung auch des gesunden Menschen bei der Möglichkeit der Berührung mit Kranken ist die der Abwehr, der Flucht oder der Beseitigung des Erkrankten, und je individualistischer wir im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden, um so mehr treten diese „Abwehrgefühle“ wieder hervor. Der Kranke in der eignen Familie bildet davon eine natürliche Ausnahme, denn ihm sind wir durch die Bande des Blutes oder der Zuneigung nahe verbunden und damit befähigt, das Unlustgefühl, von dem eben gesprochen wurde, zu überwinden. Die Krankenanstalt ist nun für die meisten Menschen eine Sammlung von fremden Kranken, und er überträgt daher seine Unlust bei Anblick, Berührung und Bedenken von Kranken auf das Haus und die Einrichtung, denen diese Kranken übergeben sind. Es ist keine Frage, daß man hierin eine vielleicht nicht ganz unberechtigte, jedenfalls verbreitete Ursache der heute vorhandenen Abneigung gegen die Anstalt zu sehen hat. Stellt sich doch der Durchschnittsmensch auch jetzt, und vielleicht jetzt mehr als vor zwei oder drei Jahrzehnten, unter Kranken im allgemeinen vorwiegend ansteckende

Digitized by Google

Kranke vor. Es kommt nun noch hinzu, daß persönliche Erfahrungen oder solche in der eigenen Umgebung bei der Vorstellung des Begriffs „Krankenhaus" den meisten Menschen andere unerbetene und ihm unerfreuliche Begriffe ins Gedächtnis rufen, als da sind schwere Krankheit, die er selbst, etwa mit Gefahr des Lebens oder wenigstens Furcht davor, durchgemacht hat. Ferner ergibt sich für sehr viele Menschen aus dem Begriffe Krankenhaus die Vorstellungsreihe an allerhand, namentlich auch blutige Eingriffe am lebenden menschlichen Körper. Die Operationsfurcht ist weit genug verbreitet und man wird es niemand verübeln, wenn er nach dieser Richtung Bedenken für seine eigene Person hegt; unwillkürlich erfolgt dann die weitere Uebertragung dieser Bedenken auch auf die Anstalt, in der gewohnheitsmäßig und bekanntermeise derartige Eingriffe, die ja zweifellos nicht immer ungefährlich für Körper und Leben sind, vorgenommen werden.

Endlich ist naturgemäß die Sterbeziffer der Krankenanstalten derjenigen der allgemeinen Bevölkerung bei weitem überlegen. Todesfälle, Beerdigungsfeierlichkeiten, der Transport der Toten findet natürlich in der Umgebung des Krankenhauses häufiger statt als an anderen Teilen der Umgebung. Auch diese Vorstellung wird regelmäßig und unmittelbar aus der Anschauung heraus mit den Krankenanstalten verknüpft.

Ich habe vielfach Gelegenheit genommen, mit Personen verschiedener Stände und sehr verschiedener Bildung über die Gründe der Abneigung des Publikums gegen das Krankenhaus zu sprechen und bin in den verschiedensten Gegenden Deutschlands dabei auf einen weit verbreiteten Aberglauben getroffen, der offenbar mit den letzterwähnten Vorstellungen, halb freiwillig, halb zwangsweise, verbunden wird. Es ist der Glaube weit verbreitet, daß, wenn einmal jemand das Krankenhaus aufgesucht habe, das allein für ihn ein schlimmes Zeichen bedeute und daß er darin eine Vorausahnung sehen könne, daß sein Leiden ihm das Verlassen des Krankenhauses bei lebendigem Leibe nicht mehr gestatte. Offenbar handelt es sich hier um Uebertragung persönlicher Erfahrungen oder Mitteilung von anderen auf die jedem schließlich mögliche Eventualität, einmal in ein Krankenhaus eintreten zu müssen. Dabei ist zu bedenken, daß in Deutschland, aber wohl in anderen mitteleuropäischen Ländern auch, die Krankenanstalten im allgemeinen nur dann aufgesucht zu werden pflegen, wenn es sich um besonders schwere Krankheitszustände handelt. Bei Beratungen erkrankter Personen erlebt man es gar nicht selten, daß dem Ratschlag des Arztes, in ein Krankenhaus zur Behandlung einzutreten, ein sehr energischer Widerstand sowohl von seiten des Kranken wie auch seiner Angehörigen, und manchmal von diesen allein, entgegengesetzt wird. Hier spielen eben schlechte Erfahrungen aus eigenem Erlebnis oder der Umgebung, die ausgeführten Anschauungen über das Krankenhaus älterer Zeit und Einrichtung und endlich der aufgeführte Aberglaube eine wesentliche Rolle. Wir werden gleich sehen, daß auch Umstände, die im Wesen des Krankenhauses selbst liegen, bei diesem Widerstand der Kranken, die Anstalten aufzusuchen, mitspielen.

Digitized by Google

Fragen wir uns nun, inwieweit die bisher aufgeführten Gründe für die Abneigung des Publikums gegen die Krankenhäuser berechtigt sind und wie weit sie im öffentlichen Interesse ihrer Bekämpfung und Widerlegung zugängig gemacht werden können. Die Anschauung, die die Krankenhäuser den Gefängnissen gleichstellt, ist veraltet und beruht auf Verhältnissen, die heutzutage nicht mehr existieren. Um das Publikum davon zu überzeugen, daß seine Anschauung falsch ist, halte ich es für das beste, ihm eine möglichst tiefe und reiche Einsicht in die Anlagen und den Betrieb von Krankenanstalten zu gewähren, es über die Vorgänge, die sich hier mit den Kranken abspielen, und zwar, soweit möglich, mit Angebung von Gründen dafür, aufzuklären. Ich habe zu diesem Zwecke mehrfach Gelegenheit genommen, in öffentlichen Vorlesungen ein größeres Publikum in das Krankenhauswesen einzuführen und sowohl durch mündliche wie bildliche Darstellung, vor allem aber durch Führung, durch örtliche Besichtigung über die Zustände in den Krankenhäusern aufzuklären. Auf diese Weise scheint mir am besten dahin zu wirken zu sein, daß die Anschauung, Krankenanstalten seien den Gefängnissen, Zwangsanstalten der verschiedensten Art gleichzustellen, beseitigt wird. Es ist zweifellos recht bequem und mit weniger Mühe verknüpft, wenn man diktatorisch das Publikum von der Kenntnisnahme der Krankenhauseinrichtung abschließt und erklärt, daß dies eine rein innere Angelegenheit der Insassen selbst sei. Zweckmäßig ist es aber in höherem Sinne auch für die Erleichterung des Verkehrs zwischen Krankenanstalt und Publikum, wenn man sich der Mühe unterzieht, falsche Anschauungen zu verbessern und richtige an ihre Stelle zu setzen, und es wäre wünschenswert, wenn das an möglichst vielen Stellen geschehen könnte.

Der zweite Grund für die Abneigung des Publikums für die Krankenanstalten, die Abneigung gegen Leiden, Krankheit und Tod und ähnliches, das unangenehme sogenannte Unlustgefühl, wird sich nur außerordentlich schwer bekämpfen lassen. Je mehr aber bekannt wird, daß die Anstalten nicht nur Schwerkranke aufnehmen, daß mit dem Fortschritt der Wissenschaft und der ärztlichen Kunst viele Kranke, die früher ihren Leiden erliegen mußten, nunmehr gerettet und den ihrigen wieder genesen zurückgegeben werden können, um so weniger offen wird diese Anschauung auftreten, um so weniger wird der Eintritt ins Krankenhaus überhaupt schon als ein Zeichen einer schlechten Vorahnung aufgefaßt werden dürfen.

Was den Aberglauben, von dem die Rede war, anlangt, so wird nur die fortschreitende Bildung des Volkes im allgemeinen ihn zu beseitigen imstande sein. Auch hier aber sollte die Aufklärung des Publikums nicht unterschätzt werden, für den einzelnen Fall in dem häufigen Hinweis bestehend, daß die Vorgänge, wie sie sich im Krankenhause abspielen, im ganzen und im einzelnen nur von der Rücksicht auf die zu erreichende Genesung des Kranken abhängen und auf den Schutz des nichtkranken Teiles der Bevölkerung abzielen.

Die Besprechung der allgemeinen Gründe für die Abneigung des Publikums vor den Krankenanstalten hat uns bereits mehrfach mit solchen Umständen be-

Digitized by Google

kannt gemacht, die speziell im Krankenhauswesen und -Betrieb enthalten sind, Umständen, die nun einmal, so wie die Verhältnisse liegen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade unvermeidbar sind und die nicht an die besonderen Verhältnisse gerade eines Krankenhauses anknüpfen. Diese bedürfen, wie leicht verständlich ist, einer besonders eingehenden Besprechung.

Es ist hier zunächst die Furcht vor der Ansteckung im Krankenhause zu erwähnen. Man hört oft, wenn Angehörige ihre Kranken besuchen, der Furcht Ausdruck geben, daß man bei dieser Gelegenheit „eine Krankheit auflesen könne". Damit soll doch wohl gesagt sein, daß man annimmt, daß innerhalb der Krankenanstalt die Gefahr einer Krankheitsübertragung viel größer sei als anderswo. Diese Furcht vor Ansteckung geht so weit, daß mir wiederholt die Verwunderung ausgesprochen wurde, wieso die Aerzte in den Krankenanstalten so wenig an Infektionskrankheiten leiden. Man hat sogar geglaubt, daß wir im Besitz von Geheimmitteln oder geheimnisvollen Praktiken seien, mit denen wir eine Ansteckung vermeiden könnten, die anscheinend als unerläßlich angesehen wurde. Leider Gottes ist die Zahl der Aerzte, die an Infektionskrankheiten leiden und sterben, die sie sich im Dienst und bei ihrem Berufe zugezogen haben, durchaus nicht so klein, wie das Publikum anzunehmen scheint; dabei ist aber zu bedenken, daß der Arzt insofern am gefährdetsten im Betriebe der ganzen Krankenanstalt ist, als er einmal mit dem Kranken in eine sehr nahe und gefährliche Berührung kommt, und zweitens verschiedene Kranke nacheinander sehen muß, häufig sogar sehr zahlreiche. Wenn trotzdem das Publikum meint, daß die Ansteckung der Aerzte nur in sehr geringer Zahl erfolgte, so spricht das jedenfalls dafür, daß alle diejenigen, die sich dieser Gefahr nicht aussetzen, sich vor der der Ansteckung im Krankenhause nicht zu fürchten brauchen. Diese Furcht liegt auch wohl darin begründet, daß viele Menschen über den Vorgang bei der Uebertragung von Krankheiten so gut wie keine, oder wenn schon, eine unrichtige Auffassung haben.

Die Einrichtung unserer Krankenanstalten in bezug auf übertragbare Krankheiten ist so, wie heutzutage die Dinge in Deutschland liegen, eine derartige, daß für das Publikum, das zum Besuch der Kranken die Anstalt betritt, eine Gefahr nicht anerkannt werden kann. Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß diejenigen Vorschriften, die bezüglich dieser Besuche erlassen sind, auch vom Publikum beachtet werden. Die ganzen geheimnisvollen Mittel, mit denen der Arzt sich vor Ansteckung zu schützen imstande sein soll, bestehen in genau den gleichen Dingen, die den Angehörigen beim Besuch der Kranken in der Anstalt vorgeschrieben werden. Der Hergang der Infektion ist uns bekannt und wir wissen, wo wir, wenn wir von ihm betroffen werden, ihn unterbrechen müssen. Wir tragen besondere Kleider, wenn wir zu den Kranken gehen, wir sorgen dafür, daß die Bakterien, die etwa an unsere Hand, an unsere ärztlichen Geräte gelangt sind, durch Abtötung beseitigt werden, wir haben uns auch der mancherlei unhygienischen Unarten, die im Publikum noch keine solche Bekämpfung erfahren haben, entwöhnt, wir verlangen von unsern Krankenschwestern, daß sie keine Röcke tragen, die bis auf den Fußboden reichen und die Bakterien zusammen-

Digitized by Google

kehren und verbreiten, wir erlauben ihnen auch nicht, ebensowenig wie uns selbst, ohne sorgfältig desinfiziert zu sein, die einzelnen Infektionskrankheiten zu verlassen und andere Kranke aufzusuchen. Wir schützen uns auch selbst, indem wir gelegentlich eingetretene Pforten der Ansteckung, wie zum Beispiel Wunden in der Haut, verschließen und andre, wie den Mund, den Rachen und die Nase nicht mit den gefährlichen Krankheitserregern, die unsre Hand berührt haben, in Berührung gelangen lassen.

Die Furcht vor der Ansteckung darf also als eine grundlose bezeichnet werden. Auch über sie wird man das Publikum aufzuklären haben, namentlich darin, daß die ansteckenden Kranken, die im Krankenhause untergebracht werden, sich in besonders abgeschlossenen und dem allgemeinen Verkehr, auch dem der Angehörigen, nicht ohne weiteres zugänglichen Räumlichkeiten oder Gebäuden befinden. Bei den allgemeinen Abteilungen der Krankenhäuser findet man überhaupt keine ansteckenden Kranken mehr, und selbst da, wo ansteckende Kranke an derselben Stelle wie die anderen in das Krankenhaus aufgenommen werden, soll nach Möglichkeit — und wie wir glauben, geschieht dies auch stets — dafür gesorgt werden, daß die Gefahr der Weiterübertragung durch sorgfältige Desinfektion beseitigt oder verhindert wird.

Die Furcht vor Ansteckung in Krankenanstalten ist dadurch gesteigert worden, daß das Publikum mit den Erregern der Krankheiten allmählich mehr und mehr bekannt geworden ist. Auch hier fehlt ihm aber die genauere Kenntnis, denn es haben sorgfältige bakteriologische Untersuchungen wiederholt gezeigt, daß in gut gebauten und gut geleiteten Krankenanstalten die Zahl der etwa vorhandenen Bakterien eine viel geringere ist wie diejenige, deren Infektionsmöglichkeit sich der normale Mensch dauernd auf der Straße, in seiner Wohnung, in allen möglichen Verkehrseinrichtungen aussetzt. Das liegt daran, daß die bauliche und Inneneinrichtung der Krankenanstalten von vornherein auf eine möglichst vollständige Beseitigung des Schmutzes angelegt ist. Ein Hauptgrundsatz des Krankenhauswesens geht dahin, daß überall da, wo Schmutz sich ansammeln kann, er möglichst sofort bemerkt werden muß; daher die reichliche Verwendung der hellen, vor allen Dingen der weißen Farbe im Krankenhaus. Ferner sollen unnötige Gelegenheiten zur Ansammlung von Schmutz und Staub möglichst vermieden werden. Wir machen deshalb die Wände glatt, lassen die Decke rund in die Wand übergehen, ebenso die Wand in den Fußboden. Der Fußboden selbst wird mit glatter Oberfläche (Terrazzo, Linoleum, Fliesen) versehen. Vorhänge, namentlich solche aus Wolle, werden nicht verwendet; alles Gewebe wird so hergestellt, daß es leicht gereinigt, vor allem gewaschen und gekocht werden kann, so zum Beispiel die Fenstervorhänge. Nirgends dürfen Gewebe den Fußboden berühren. Teppiche, diese Sammler von Schmutz, sind im Krankenhause fast ganz verpönt, dazu kommen die zahlreichen Einrichtungen zur dauernden Sauberhaltung, Glättung und Schmutzbeseitigung in Gestalt von Staubsaugern, zahlreichen Wasserhähnen zur Entnahme von Aufwaschwasser, und endlich die gesetzmäßig verlangten großen Fensterflächen der Krankenanstalten, da wir in

Digitized by Google

der Sonne den stärksten Feind der Bakterien zu sehen haben. Das gebrochene, gleichmäßige Tageslicht, das für unsere Breiten ja vorwiegend in Betracht kommt, ist freilich der direkten strahlenden Sonne an bakterientötender Kraft unterlegen, trotzdem wirkt es in gleichem Sinne, daneben aber auch insofern, als es erkennen läßt, wo denn Schmutz und Unrat sich angesammelt hat. Die Beseitigung des Schmutzes muß in den Anstalten gewissermaßen von vornherein ein körperliches Bedürfnis der darin arbeitenden Personen sein. Eine der Hauptaufgaben der Leiter der Krankenanstalt ist es, nach dieser Richtung hin jede mögliche Vorsorge zu treffen.

Von diesen Einrichtungen pflegt nun das Publikum im allgemeinen recht wenig zu wissen. Auch das Verständnis für sie ist vorläufig noch nicht sehr groß und ich komme deshalb noch einmal auf die Forderung zurück, daß, etwa in Form öffentlicher Vorträge, durch die Presse oder in anderer Weise der Bevölkerung die Kenntnis dieser Dinge vermittelt werden sollte. Die wichtigsten derartigen Einrichtungen sind die, die auf die Verhütung der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten abzielen. Man wird deshalb den Zuhörern solcher Vorlesungen vor allen Dingen hierüber Aufklärung verschaffen müssen. Das wirksamste Schutzmittel gegen diese Gefahr ist die Desinfektion und die dafür bestimmten Einrichtungen der Krankenanstalt; diese sollten möglichst bekanntgegeben werden. Es begegnet das nach meinen Erfahrungen dem größten Interesse, hat ferner deshalb besonderen Wert, weil hierbei erst das Verständnis der Bevölkerung bei Fällen von ansteckender Erkrankung in der eignen Familie für die notwendige Desinfektion auch hier geweckt wird. Diese hat jetzt häufig mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn dem Laien klargemacht wird, mi welchen komplizierten technischen Einrichtungen und wie energisch den Krankheitserregern zu Leibe gerückt wird, welche Sicherheit wir haben, daß die Erreger abgetötet werden, welche Versuche nach dieser Richtung angestellt wurden und noch angestellt werden, so müssen die Vorstellungen von der Gefahr des Betretens einer Krankenanstalt allmählich geringer werden.

Mehr und mehr macht sich das Bestreben geltend, auch die letzte der Infektionskrankheiten, die wir wenigstens bis zu einem gewissen Grade erkennen können, zu isolieren, die offene Lungentuberkulose und die Tuberkulose der Haut und der Gelenke. In fast allen größeren Anstalten sind diese Kranken bereits in besonderen Gebäuden untergebracht, und es steht zu erwarten, daß allmählich diese Trennung auch in den übrigen Anstalten durchgeführt werden wird, zum Nutzen der Kranken sowohl, als auch der übrigen Insassen der Anstalt.

Die Bazillenfurcht ist eine natürliche Folge der Entwicklung der Bakteriologie. Nachdem wir gelernt hatten, daß der Typhusbazillus den Typhus beim Menschen erzeugen kann, war der Schluß gerechtfertigt und jedenfalls verständlich, daß überall da, wo solche Krankheitserreger in den Menschen hineingelangen, nun auch die Krankheit entstehen müsse. Der Tierversuch schien uns im Anfang nach dieser Richtung hin auch durchaus zu bestärken. Die bakteriologische Anschauung ging zuerst dahin, daß schon die Anwesenheit von einzelnen Bazillen,

Digitized by Google

etwa von Cholera oder Pest, genügen, um bei dem betreffenden Individuum die Krankheit hervorzurufen. Diese Anschauung ist falsch, und auch die Bakteriologen haben allmählich gelernt, sich der von den Klinikern von Anfang an vertretenen Anschauung anzuschließen, daß die Krankheit nicht die Folge der Anwesenheit der Krankheitserreger sei, sondern daß wir in ihr den Ausdruck eines Kampfes zu sehen haben, den der eingedrungene Krankheitserreger und seine Nachkommen mit dem Körper und seinen Zellen und Geweben führt. Manchmal ist dieser Kampf schon von vornherein zugunsten des Körpers entschieden; wir sprechen dann davon, daß der betreffende Körper für die Krankheit nicht disponiert sei; in andern Fällen ist eine solche Disposition vorhanden, die Krankheit greift unter Vermehrung der Erreger weiter um sich, aber der Körper sammelt seine Streitkräfte, beseitigt die Bazillen, tötet sie ab und scheidet sie aus. In neuerer Zeit haben wir gelernt, daß auch ein andrer Ausgang, abgesehen von dem Sieg der Krankheitserreger selbst, möglich ist, der darin besteht, daß die Krankheitserreger ihre Lebensweise ändern, sie werden — und das ist schon bei vielen Arten nachgewiesen — aus Krankheitserregern zu harmlosen Bewohnern des menschlichen Körpers, indem sie sich an diesen einen Körper anpassen, der sie mit seinen Widerstandskräften gewissermaßen im Schach hält. Deshalb verlieren sie aber leider nicht die Eigenschaft, in einem andern Körper wieder als Krankheitserreger aufzutreten. Wir bezeichnen solche Menschen als Bazillenträger; sie sind uns namentlich vom Typhus, von der Cholera und von der Diphtherie bekannt. Wahrscheinlich kommen sie auch sonst häufig vor, auch da, wo wir die Infektionserreger noch nicht genau kennen. Ihre gefährliche Bedeutung ist namentlich dann ohne weiteres klar, wenn sie als Bazillenträger nicht bekannt sind und nicht überwacht werden können. Aber auch die von diesen Bazillenträgern verbreiteten Krankheitserreger unterliegen der Voraussetzung, daß sie nur dann die Krankheit hervorrufen können, wenn sie auf einen Organismus treffen, der nicht imstande ist, sie mit seinen sofort verfügbaren und später beweglich gemachten Streitkräften zu besiegen. Zur Krankheit und ihrer Entstehung gehören also zwei Faktoren; der Krankheitserreger und der befallene Körper. Von dem Verhältnis dieser beiden zueinander hängt es ab, ob eine Erkrankung wirklich zustande kommt. Das beste Beispiel dafür bietet die Lungentuberkulose. Fast 96 Prozent aller Menschen zeigen bei genauer anatomischer Untersuchung tuberkulöse Veränderungen irgendwo im Körper. Wir bezeichnen aber deshalb nicht diese 96 Prozent, also fast alle Menschen als tuberkulös, sondern schließen nur daraus, daß sie auf Grund ihrer körperlichen Widerstandskräfte in der Lage gewesen sind, diese Ansteckung oder Infektion zu überwinden, zu beseitigen oder zu lokalisieren, jedenfalls unschädlich zu machen. Das gleiche spielt sich auch bei andern ansteckenden Krankheiten ab, ohne daß wir es immer im einzelnen feststellen können. Manche Mandelentzündung, die nicht wie Diphtherie aussieht, ergibt sich bei bakteriologischer Untersuchung als durch den Diphtheriebazillus hervorgerufen, so mancher Darmkatarrh, der ganz harmlos zu sein scheint und es auch ist, verdankt seine Entstehung dem Typhusbazillus.

Digitized by Google

Der menschliche Körper ist eben in der Lage, seine Feinde anzugreifen und zu überwinden. Die Bazillenfurcht ist also ungerechtfertigt, sie ist um so weniger gerechtfertigt, je geringer die Verwundbarkeit, die Empfänglichkeit, die Disposition des betreffenden Menschen ist. Diese im einzelnen im voraus zu bestimmen, ist natürlich nicht möglich, aber wohl geht es an, den Satz auszusprechen, daß Menschen, die über eine gute Gesundheit verfügen, auch widerstandsfähig gegen ansteckende Krankheiten sind. Ist man in der Lage, diese auf einwandfreien naturwissenschaftlichen Beobachtungen beruhenden Ueberlegungen und Schlüsse der Bevölkerung klarzumachen, so wird die Furcht vor Ansteckung überall, namentlich aber in der Krankenanstalt, eine erwünschte und sehr erfreuliche Verringerung erfahren. (Schluß folgt)

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen

1910/1911

(Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten)

(Fortsetzung)

Albanien

April 1910. Es wird von einer drohenden Gärung in Albanien berichtet. Wegen einer neuen Steuer sind die Bewohner einiger Ortschaften (Ipek, Pristina usw.) in die Berge gezogen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Aufstand wieder aufflackern. Indessen scheint sich die Mehrzahl meiner Kollegen keine übermäßigen Sorgen deswegen zu machen. Die Regierung auch nicht. Hakki-Pascha hat gestern (8. April) dem Sultan Informationen mitgeteilt, die er vom Wali von Kossowo über die Lage in Ipek und Umgebung erhalten hat. Der Großwesir hat dem Monarchen erklärt, daß dank den vom Ministerium beschlossenen und in Ausführung begriffenen energischen Maßregeln die Ruhe bald wieder hergestellt sein wird.

Das ist jedoch nicht die Meinung aller. Der „Tanin", der das Organ des Komitees „Einheit und Fortschritt" in Konstantinopel ist, glaubt im Gegenteil, daß die Ereignisse von Ipek und Pristina nur ein Anfang sind und daß der Aufstand um sich greifen und bedenklich werden wird. Er sieht darin eine reaktionäre Bewegung ähnlich derjenigen, die am 31. März des vergangenen Jahres in der Hauptstadt entstand. Man habe es wie damals mit einem Volk in Waffen zu tun, das verführt, getäuscht und in seinen religiösen Gefühlen überreizt sei.

Um das neue Regime verhaßt und lächerlich zu machen, verbreitet man unter den Arnauten das absurde Gerücht, daß die Jungtürken eine Steuer auf die Eier und den Bart legen wollen! . . .

Es ist merkwürdig, daß die Albaner, die im Jahre 1908 den Sturz des

Digitized by Google

alten Regimes entschieden, nachdem sie dessen einzige wirkliche Stütze in Europa gewesen waren, die ersten gewesen sind, die sich gegen das jungtürkische Regime der jungen Türkei erhoben haben. Die Ursache davon ist, daß zwischen Albanern und Jungtürken ein Mißverständnis herrschte. Sie faßten die Revolution, an der beide teilnahmen, nicht in derselben Weise auf. Oder vielleicht haben die Jungtürken die Einfalt der Arnauten ein wenig getäuscht ...

Die Jungtürken hatten darauf hingearbeitet, sie vom hamidischen Regime loszulösen, in der Absicht, dieses, dessen treueste Verteidiger die Albaner waren, zu schwächen. Ihre in Albanien verstreuten Mitglieder hatten sogar einen dem Absolutismus feindlichen und den konstitutionellen Ideen günstigen propagandistischen Feldzug geführt. Die meisten Albaner wußten gar nicht, was eine Verfassung ist. Man weckte aber bei den verschiedenen albanesischen Völkerschaften die Hoffnung, daß das liberale Regime die Uebel, an denen sie litten, heilen, den Mißbräuchen ein Ende machen und sie in ihren Wünschen, ihren Rechten und ihren Freiheiten unter Respektierung ihrer Nationalität zufriedenstellen würde. Eine sehr elementare Schlußfolgerung ließ sie glauben, daß sie, wenn das despotische Regime ihnen erlaubt hatte, manche Freiheiten zu genießen, unter einem liberalen Regime nur größere Freiheiten genießen könnten.

Von solchen falschen Vorstellungen und Illusionen beherrscht, versammelten sich am 15. Juli 1908 zehntausend aus allen Gegenden, hauptsächlich aber aus Oberalbanien gekommene Albaner in Ferisovick, einer Ortschaft im Wilajet Kossowo, am Eingang zu der Schlucht von Keparnik, einem ihrer beliebtesten Versammlungsorte. Der Zweck der imposanten Veranstaltung war, gegen die schlechte hamidische Verwaltung zu protestieren, über die sich die Albaner trotz der Gunstbezeugungen des Sultans, wie alle Untertanen des Reiches, zu beklagen hatten, und zugleich die Wiederinkraftsetzung der Verfassung zu verlangen.[1]) In ihrer Loyalität wollten sie auf alle Fälle dem Sultan Abd ul Hamid Leben und Thron erhalten; denn in ihren Augen besaß er noch sein ganzes Prestige. Für sie war nicht Abd ul Hamid der Urheber der Uebelstände, unter denen sie litten; die wahren Schuldigen waren die Mitglieder der Kamarilla, die ihn umgab, ihn beherrschte und gewissermaßen in Gefangenschaft hielt. Die Verfassung würde, abgesehen von den andern Wohltaten, die sie dem Lande bringen würde, mit dieser schädlichen Clique aufräumen ...

Sie schworen nach den Riten der „Bessa", des feierlichen Eides, den der Albaner niemals bricht, nicht mit ihren Bemühungen aufzuhören, bis der Sultan ihren Forderungen stattgegeben habe.

Kurz darauf marschierte an einem Freitag, dem religiösen Tage der Moham-

[1]) Die Verfassung, die als die Verfassung Midhat-Paschas bezeichnet wird, weil sie das Werk dieses Staatsmannes ist, wurde von Abd ul Hamid am 23. Dezember 1876, fünf Tage nach der Uebernahme des Großwesirats durch Midhat-Pascha, gewährt. Am 5. Februar 1877 wurde Midhat-Pascha verbannt und begab sich nach Westeuropa. Ein Jahr später, am 14. Februar 1878, wurde die Verfassung auf unbestimmte Zeit suspendiert.

Digitized by Google

medaner, der Major Niazi-Bei,[1]) ein Albaner aus Rezna, begleitet von Ejub Sabir-Bei, gleichfalls einem Albaner, und Dschemal-Efendi, dem Vorsteher der Gemeinde Okhri in Albanien, an der Spitze von zweihundert albanischen Soldaten seines Bataillons in die Berge seines Heimatlandes. Von dort aus telegraphierte er an den Sultan und verlangte von Seiner Majestät die Gewährung einer Verfassung.

Der Sultan, der bereits durch den Beschluß der Versammlung von Ferisovick beunruhigt war, wurde durch diese Aufforderung eines albanischen Offiziers in helle Wut versetzt. Er sandte Schemsi-Pascha gegen das rebellische Bataillon, aber Schemsi-Pascha wurde unterwegs getötet. An seine Stelle trat der Marschall Osman-Pascha; aber dieser wurde in Monastir gefangen genommen und als Geisel fortgeführt und konnte somit seine Aufgabe nicht erfüllen.

Das ist der Augenblick, in dem der Regimentsadjutant Enver-Bei auf den Schauplatz tritt und das jungtürkische Komitee „Einheit und Fortschritt", das seine Sitzungen bald in Saloniki, bald in Monastir hält, seine Existenz und seine Organisation offenbart.

Der Sultan bekommt Angst, um so mehr, als fast überall im Reich Sympathien für die liberale Bewegung zutage treten. Er beruft einen außerordentlichen Ministerrat, um die Lage zu untersuchen. An dieser Beratung nehmen unter andern Said-Pascha und Kiamil-Pascha teil, die es durchsetzen, daß die Verfassung wieder eingeführt und das Parlament einberufen wird. Der Sultan entschließt sich, nachzugeben, in der Erwägung, daß es sich nur darum handelt, etwas wieder in Kraft zu setzen, was schon einmal aufgehoben war und wieder aufgehoben werden kann, sobald die Umstände es erlauben.

Man kann also sagen, daß anfangs die Revolution vom Juli 1908 einen mehr albanischen als türkischen Charakter gehabt hat, da ihre Anstifter Albaner waren, sich auf albanische Völker und Truppen stützten und den Zweck verfolgten, ein besseres Regime in Albanien herbeizuführen. Das Komitee „Einheit und Fortschritt", das in der Bewegung die Führung übernahm, hatte das große Verdienst, sie auf andre Teile des Reiches auszudehnen und ihr einen nationalen Charakter zu geben. Doch damit fälschte es vom albanischen Gesichtspunkt aus ihren Geist und enttäuschte die Hoffnungen, die Albanien daran geknüpft hatte.

In der Tat gingen die Männer, die mit der Wiedereinführung der Verfassung an die Spitze der Regierung gelangt waren, sofort daran, das Reich durch die Zentralisierung, durch eine allgemeine Assimilierung der Elemente, aus denen es zusammengesetzt ist, und durch eine einheitliche Anwendung von Maßregeln, durch die alle Völkerelemente der Türkei unter dieselben Vorschriften gestellt werden, zu konsolidieren. Diese Zentralisation, diese Assimilation der

[1]) April 1913. Ein Telegramm meldet, daß Niazi-Bei kürzlich in Vallona an Bord eines italienischen Schiffes, auf dem er übergefahren war, ermordet worden ist. Sein Ordonnanzoffizier hat dasselbe Schicksal erlitten. Der Mörder, sagt man, würde derselbe patriotische Bandit Issa Boletinatz sein, von dem in den hier veröffentlichten Aufzeichnungen weiter unten die Rede ist.

Digitized by Google

verschiedenen Rassen und Nationalitäten, diese legislative und administrative Vereinheitlichung hatte zur Folge, daß alle Elemente, die unter dem autokratischen Regime sich besonderer Privilegien erfreut hatten, ernstlich unzufrieden gemacht wurden. Diese Elemente waren im allgemeinen die Muselmanen nichttürkischer Abstammung: die Araber Syriens und des Yemen, die Kurden, die Drusen. Es waren hauptsächlich die muselmanischen und nichtmuselmanischen Albaner (denn beide hatten sich ungefähr derselben Vergünstigungen erfreut). Während früher in Albanien die Autorität der Vertreter der Zentralgewalt durch die feudale Organisation der Beis oder Ortsgewaltigen mit ihrer Klientel von Vasallen und Pächtern, durch Volksversammlungen, durch die beratenden Körperschaften der einzelnen Stämme gemäßigt wurde, hob das neue Regime diese alten, angesehenen Institutionen auf, und Albanien fühlte die schwere Hand des doktrinären und anspruchsvollen jungtürkischen Beamten, dem es an Prestige und Erfahrung fehlte, direkt auf sich lasten. Während ehemals der Zehnte nur mit Zustimmung der beratenden Körperschaften der einzelnen Stämme gezahlt wurde, drohte das neue Regime mit rücksichtsloser Eintreibung alter und neuer Steuern. Während früher die Albaner keine andern Gesetze als das Scheriat (religiöses und bürgerliches Gesetz der Muselmanen) und das Gesetzbuch (Kanun) Lek Dukagins[1]) kannten, unterstellte man sie jetzt denselben Gesetzen und Vorschriften wie die andern Nationalitäten des Reiches.

Besonders aber erbitterten drei Maßregeln die albanischen Völker:

1. Die Einführung der militärischen Konskription;
2. Der Befehl zur allgemeinen Entwaffnung;
3. Der obligatorische Gebrauch des arabischen Alphabets.

Was den ersten Punkt betrifft, so bemerkten die Albaner, die ein kriegerisches Volk sind, daß sie ihr Blut niemals an die Türkei verhandelt hätten, daß der Sultan im Gegenteil jederzeit auf ihre guten und treuen Dienste unter den Fahnen des Reiches habe rechnen können. Früher aber wurden sie nur ausgehoben, um in der Leibgarde des Großherrn zu dienen, und wenn sie in die regulären Armeen eintraten, so geschah es freiwillig und um in Elitekorps eingereiht zu werden, die von Offizieren ihrer Nationalität befehligt wurden, ungefähr wie die Schweizersöldlinge früherer Zeiten. Es kränkte sie also tief, in Masse ausgehoben, mit Ottomanen andrer Rassen und Nationalitäten inkorporiert, unbekannten oder sogar fremden Offizieren unterstellt und unter solchen Umständen weit fortgeschickt, zu einer methodischen Disziplin und ermüdenden Uebungen gezwungen zu werden, die sich von ihrer freien Art, in ihren Bergen zu kämpfen, bedeutend unterscheiden . . .

Die zweite Maßregel, die allgemeine Entwaffnung, die nicht nur das

---

[1]) Die Albaner besaßen früher ein Korpus juris, das von Skanderbeg zusammengestellt („Kanun Skanderbegut"), aber jetzt wenig bekannt, wenn nicht vollständig vergessen ist. Der „Kanun Lek Dukaginut" hingegen war in Kraft geblieben. Er ist nach seinem Verfasser, Lek Dukagin, einem obskuren, beinahe mythischen Zeitgenossen Kastriotas, genannt.

Digitized by Google

Verbot, Waffen zu tragen, sondern auch die Verpflichtung, sie der Behörde abzuliefern, umfaßte, bedeutet für jeden von ihnen eine Beraubung und eine persönliche Beleidigung. Der Albaner betrachtet tatsächlich seine Waffen gleichsam als einen Teil seines Nationalkostüms, als ein traditionelles und notwendiges Zubehör seiner Person. Er ist nicht „er", wenn er nicht seinen Dolch und seine Pistole in seinem Gürtel stecken, sein Gewehr über die Schulter geworfen hat. Ihm seine Waffen nehmen, die oft Familienerinnerungen sind und manchmal einen gewissen Handelswert darstellen, heißt ihn des Besitzes für ihn wertvoller Dinge berauben und ihn in den Augen der andern und den seinigen erniedrigen.

Was die dritte Auflage betrifft, die offenbarte, daß das albanische Volk geistig nicht so rückständig ist, wie man glaubt, so erschien sie vielleicht als ebenso schwer wie die beiden ersten, denn sie ließ den bestimmten Entschluß zur Osmanlisierung erkennen, der die Albaner in einer nationalen Charaktereigentümlichkeit bedroht, an der sie am meisten hängen: ihrer nationalen Sprache. Sie traf außerdem den gebildetsten und geistig am höchsten stehenden Teil der Bevölkerung. Das hatte Abd ul Hamid niemals gewagt. Im Gegenteil, unter seiner Regierung war in Konstantinopel von 1877 bis 1879 ein albanischer Kongreß abgehalten worden, der, ohne daß man etwas dagegen einzuwenden fand, das gegenwärtig angewendete albanische Alphabet, d. h. das lateinische Alphabet, mit Hinzufügung einiger neuer Zeichen, die einigen in der lateinischen Sprache fehlenden Lauten entsprechen, angenommen hatte.

Die Enttäuschung und der Zorn zeigten sich bei den Albanern sofort, und die Jungtürken erschienen in ihren Augen als Verräter an ihren Versprechungen. Weit davon entfernt, ihre Hoffnungen zu verwirklichen, weit davon entfernt, die Anerkennung ihrer Freiheiten zu bedeuten, brachten die Verfassung und das liberale Regime die Erniedrigung ihrer Nationalität, die Assimilierung ihrer Rasse mit andern Rassen mit sich, die von ihnen als inferiore angesehen und verachtet oder gehaßt werden. Ehe das Jahr um war, stand ein Teil Albaniens in Waffen. Dschawid-Pascha, der gegen die Rebellen mit einem kleinen Expeditionskorps ausgesandt wurde, durchzog die aufständischen Täler, wobei er hauptsächlich ihre festen Burgen oder befestigten Gutshöfe (Kule) angriff. Im Winter 1908/09 wurden die Operationen eingestellt; mit dem Frühjahr begannen sie wieder. Dschawid fing sein Zerstörungswerk wieder an und besetzte mehrere bedeutende Städte wie Ipek und Dschakowa. Sein rasches und energisches Vorgehen brachte die Albaner so sehr aus der Fassung, daß er im Juni 1909 der Regierung mitteilen zu können glaubte, daß die Ordnung und die Gesetzmäßigkeit wiederhergestellt seien. Es war eine Täuschung. Im Herbst begann der Aufstand aufs neue, und Dschawid verfolgte die Aufständischen nach Prizren und in das Gebirgsmassiv von Liuma; der Bedeutendste von ihnen, Issa Boletinatz, flüchtete sich nach Montenegro. Der Aufstand, der abermals durch die schlechte Jahreszeit unterbrochen wurde, wird, wie gesagt, aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst wieder ausbrechen. Aber Dschawid-Pascha wird nicht wieder berufen werden, ihn zu

Digitized by Google

unterdrücken. Er hat sich zu hart gezeigt, er hat zu viel zerstört; er ist zu sehr Soldat gewesen und nicht genug Politiker und Diplomat. Als sein Nachfolger wird General Schefket Torgut-Pascha genannt, der in Adrianopel eine Division des sehr treuen III. Armeekorps befehligt. Vierzig neue Bataillone sollen nach Albanien geschickt werden; einige von diesen, die in Skutari (Asien) kaserniert sind, sind dieser Tage bereits in Feldausrüstung nach Saloniki abgegangen, von wo sie auf den voraussichtlichen Schauplatz des drohenden Aufstandes abgesandt werden sollen. Der Vorsicht halber werden die nichtmuselmanischen Rekruten, die kürzlich in die für die Expedition bestimmten Bataillone eingestellt worden sind, in andre Regimenter eingereiht werden, ein Beweis dafür, daß man heutzutage wie früher es vorzieht, die Feldarmee ausschließlich aus Mohammedanern zusammenzusetzen.

Was auch der „Tanin" darüber sagen mag, der Aufstand, der sich ankündigt, wird ebensowenig wie der des letzten Jahres oder der vom Herbst 1908 den Charakter eines reaktionären Verrats haben. Wenn es unter den Albanern Leute gibt, die die Wiedereinführung des Scheriat verlangen, so ist das, weil sie unter der Herrschaft des muselmanischen religiösen und bürgerlichen Gesetzes Privilegien und Freiheiten genossen haben, die die Verfassung ihnen entzieht oder bestreitet. Scheriat oder Verfassung — darauf kommt ihnen wenig an, wenn man nur ihre Prärogativen nicht antastet. Man sorge dafür, daß die Erhaltung ihrer Freiheiten mit dem Text der Verfassung in Einklang gebracht werden, und sie werden mit dem neuen Regime in Frieden leben.

Was der Sache und den Erfolgen der Albaner stets geschadet hat, das sind ihre Zwiespältigkeiten, Eifersüchteleien, Rivalitäten und Zänkereien. Niemals ist ein albanischer Aufstand allgemein gewesen. Es gibt bei ihnen keine höchste und einheitliche Leitung. Selbst einer Gefahr und einem gemeinsamen Feinde gegenüber fehlt es den verschiedenen Stämmen an Zusammenhalt. Sie verbinden sich nicht solidarisch miteinander. Diejenigen, die sich durch die drückenden Maßregeln der ottomanischen Behörden am unmittelbarsten betroffen fühlen, reagieren mit einer Revolte, aber die andern warten, bis man ihnen selbst zu nahe tritt. Und die Türken, die einen allgemeinen Aufstand fürchten würden, die aber wissen, daß sie mit den Waffen oder durch die Politik eines partiellen Aufstandes stets Herr werden können, hüten sich wohl, sie alle auf einmal unzufrieden zu machen. Als im vergangenen Jahr Ipek und Pristina und die Täler der Sibnitza und des Oberen Weißen Drin im Aufstand waren, haben sich die malissorischen und mirditischen Bergvölker gar nicht gerührt. Hier, wie anderswo, wie überall in ihrem weiten Reiche herrschen die Türken, indem sie trennen oder die bestehenden Zwistigkeiten benutzen.

Diese Zwistigkeiten erklären auch, wie es kommt, daß, ebenso wie die Türken die Albaner niemals vollständig bändigen und unterwerfen konnten, diese ihrerseits sich unfähig gezeigt haben, sich vom ottomanischen Joch ganz zu befreien. Die verschiedenen Versuche, die sie im Laufe der Jahrhunderte gemacht, haben nur mit Mißerfolgen geendet. Weder ihr Nationalheld Skanderbeg im fünf-

Digitized by Google

zehnten Jahrhundert, den die Türken als einen Verräter und Renegaten ansehen, weil er, obwohl beim Sultan wie das eigne Kind des Großherrn erzogen, sich später gegen diesen gewendet hat, noch Mohammed der Schwarze von Skodra (Skutari) am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, noch auch Ali Tepedelenli, Pascha von Janina, der im neunzehnten Jahrhundert die albanische und auch die griechische Unabhängigkeit den Türken gegenüber verfocht, brachten es fertig, alle Albaner zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen. Unter diesen Umständen muß man bezweifeln, ob ihre Zwistigkeiten, ihr gegenseitiger Groll, ihre Rivalitäten ihnen jemals gestatten werden, sich zu einem unabhängigen Staat zu vereinigen und ein einziges Oberhaupt anzuerkennen, besonders wenn dieses Oberhaupt aus ihrer Mitte genommen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre die einzige politische Form, die für die Albaner passen könnte, die eines Föderativstaates, der jedem einzelnen der großen Stämme (Mirditen, Malissoren, Liumoten usw.) seine eigne Individualität ließe und sie nur in bezug auf ihre allgemeinen und gemeinsamen Interessen und dem Ausland gegenüber zu einem Ganzen zusammenfassen würde.

*

Obwohl nur einige Stunden von zivilisierten Ländern entfernt gelegen, ist Albanien zum großen Teil undurchdringlich und der übrigen Welt unbekannt geblieben. Das Volk, das hier wohnt, besitzt einen Namen, der ihm von alters her gehört (Skipetaren, was bedeutet: „Bewohner der steilen Berge" oder „Krieger der Berge"), eine eigne Sprache, das Skipte, eine allerdings sehr arme Literatur (hauptsächlich aus Volksliedern bestehend). Es bildet eine volkliche Einheit und hat ein Nationalbewußtsein.

Die Grenzen Albaniens sind nicht genau bestimmt, da es nach den einen sich vom Adriatischen zum Aegäischen[1]) Meer ausdehnen soll, während andre es auf die Gebirgsgruppe zwischen dem Schwarzen Drin und dem Adriatischen Meer beschränken. In jener Gebirgsgruppe ist das Klima rauh, das Land zum großen Teil wild und unkultiviert mit seinen schroffen Bergen und seinen engen, tiefen Tälern. Weil seine Berge und seine Täler nicht geeignet sind, ihn zu ernähren, wandert der Albaner aus, steigt in die benachbarten Gegenden hinunter, überschwemmt Altserbien, Epirus, Mazedonien und trägt durch seine Anwesenheit zur Durcheinandermengung und Verwirrung der Rassen, die diese Gegenden bevölkern, und zur Unbestimmtheit der Grenzen, die sie charakterisieren, bei.[2]) Wirklich

[1]) Es ist vielleicht heute (Mai 1913) zu erwähnen, daß die größte Ausdehnung diejenige ist, die man ihm in Italien zuweist: „von Dulcigno nach Prevesa, von Griechenland nach Saloniki, Serbien und Bulgarien". (Salvatore Barzilai, Vita Internazionale, Seite 417.) Albanien würde also einen Teil von Thessalien, ganz Epirus, ganz Altserbien und Mazedonien umfassen!

[2]) Der Albaner hat angefangen, in weitentlegene Länder auszuwandern. Es gibt albanische Gruppen in Nordamerika. In Boston erscheint eine albanische Zeitung. In Italien bestehen albanische Kolonien, besonders in Sizilien und in Kalabrien. Obwohl sie sehr alt sind, haben sie ihren volklichen Charakter beibehalten.

Digitized by Google

haben die Albaner ihren Nachbarn, den Griechen, Serben, Bulgaren, vielfach Abbruch getan, indem sie sie manchmal zurückdrängten und sich an ihre Stelle setzten; hierbei wurden sie von der Zentralgewalt begünstigt, die sie, die Getreuen, der Mehrzahl nach Muselmanen, den andern, slawischen und christlichen Nationalitäten, denen sie nicht traute, vorzog.

Der Albaner ist kein großer Arbeiter. Bei sich zu Hause ist er hauptsächlich Krieger und Hirte; in die Fremde gewandert, wählt er die Berufsarten und Beschäftigungen, die ihn zu keiner anhaltenden Arbeit zwingen. Uebrigens verläßt er seine Berge, an denen er mit so großer Liebe hängt, nur, wenn die Not ihn dazu zwingt, und kehrt gern wieder zurück, wenn er das kleine Kapital zusammengebracht hat, das ihm erlaubt, dort zu leben.

Von den Zwistigkeiten und Spaltungen, die unter den Albanen herrschen, entspringen manche zufälligen, vorübergehenden Umständen, andre haben ihre Ursachen in dauernden Verhältnissen. Der Diebstahl einer Herde, der Raub eines jungen Mädchens, ein Mord haben oft Feindschaften und blutige Kämpfe mit einer lange sich fortsetzenden Blutrache zwischen dem einen und dem andern Stamm herbeigeführt. Denn so wenig die einzelnen Stämme miteinander zusammenhängen, so eng sind die Mitglieder eines und desselben Stammes untereinander solidarisch verbunden. In jedem einzelnen Stamm wird das Eigentum im Verhältnis zu dem andrer Stämme als Kollektivbesitz angesehen, und ebenso ist die Ehre eine kollektive. Wer den einen verletzt, verletzt alle; wer den einen beleidigt, beleidigt alle. In ihrem gegenseitigen Verhältnis bekennen sich die Stämme nur allzuoft zu dem Grundsatz: „Jeder für sich"; aber die Leute eines und desselben Stammes bekennen sich stets zu dem andern: „Einer für alle, alle für einen." Außer den gelegentlichen Ursachen zu Streitigkeiten gibt es auch dauernde, z. B. die Religion. Die Albaner sind Katholiken, Orthodoxe oder Muselmanen. Wiewohl niemals in Albanien eine ernstliche Volkszählung stattgefunden hat, schätzt man die Zahl der Katholiken auf etwa 200000, die der Orthodoxen auf 5—600000, die der Muselmanen auf 1 Million bis 1200000. Ihre volkliche Einheit ist nicht derart, daß sie nicht einige Unterscheidungen zuließe. Die Nordalbaner unterscheiden sich von den Südalbanern, die Ghegen von den Tosken, und oft hat von den aneinander grenzenden und sich zu demselben religiösen Glauben bekennenden Völkerschaften jede eine besondere Physiognomie: die Mirditen unterscheiden sich von den Malissoren, die Hasi von den Lumioten, die Kastrati von den Hotti, die Hotti von den Pulati usw. Es sind jedoch bei allen gemeinsame Eigenschaften und gemeinsame Fehler vorhanden: alle haben eine hohe Auffassung von der Familienmoral, alle eine tiefe Anhänglichkeit an ihren Stamm und an den heimatlichen Boden, alle eine hohe Achtung vor dem Ehrenwort, vor dem Gast, der Zutritt in ihr Heim gefunden hat; aber auf der andern Seite sind alle mißtrauisch und fremdenfeindlich; in ihrer aller Augen hat das menschliche Leben sehr wenig Wert, weniger, hat man gesagt, als das einer Ziege; das Eigentum andrer wird von allen wenig respektiert, und alle sind unbequeme Nachbarn, nicht bloß

Digitized by Google

den Fremden gegenüber, die sie verachten und hassen, sondern selbst denen gegenüber, die zu ihrer eignen Rasse, aber zu einem andern Stamm gehören.

Durch ihre Spaltungen, ihre ethnischen und religiösen Unterschiede, die eine gewisse moralische und nationale Einheit nicht hindern und ihr gemeinsames nationales Bewußtsein nicht schwächen, durch ihren Charakter und durch mehrere gemeinsame Züge erinnern die Albaner sehr an die Schweizer des Mittelalters. Es herrscht unter ihnen dieselbe Anarchie, die zu dem Ausspruch über die Schweizer Anlaß gegeben hatte: Confusione hominum et providentia Dei Helvetii reguntur. Manche ihrer Einrichtungen erinnern an die „Landgemeinden" der alten schweizerischen Kantone. Als wilde, kriegerische Gebirgsbewohner, rauhe, derbe Hirten, mutige, treue Soldaten und Diener, die sie sind, haben die Albaner denselben Wunsch, sich frei zu erhalten und nach ihren jahrhundertealten Gesetzen und ihren traditionellen Gewohnheiten zu leben. Sie wandern, durch ihre Armut vertrieben, ebenso aus und nehmen Kriegsdienste in den ottomanischen Armeen, wie es die Schweizer bei den Mächten taten, die sie bezahlten; sie wenden sich ähnlichen Berufen zu. Endlich sind sie ebenfalls geographisch von der Zentralgewalt weit entfernt und befinden sich so der Türkei gegenüber ungefähr in derselben Lage wie die alten Schweizer dem Reich gegenüber, dessen treue und gehorsame Untertanen diese waren, solange das Reich ihre Freiheiten, Immunitäten und Privilegien respektierte, gegen das sie aber unversöhnlich rebellisch wurden, sobald die kaiserlichen Behörden das, was sie als ihr Recht ansahen, antasteten. Die große Entfernung zwingt das türkische Reich in solchen Fällen stets zu den größten Opfern, wenn es ihrem Widerstand ein Ende machen will, da die Albaner wie die Schweizer ihre Berge haben, die ihnen als natürliche Festungen dienen.

Die Sultane hatten die Schwierigkeiten, um nicht zu sagen die Nutzlosigkeit der gegen die Albaner aufzubietenden Bemühungen erkannt. Wie man gesehen hat, bezahlten die Albaner die Zehnten, wann sie wollten, stellten an regulären Soldaten nur diejenigen, die die Garde des Sultans bildeten, und traten im Kriegsfalle nur als Freiwillige in die Armee ein. Sie kannten ihre Stärke und brachten sie zur Geltung. Bei ihren Streitigkeiten mit den ottomanischen Ortsbehörden konnten sie stets eine Zuflucht im Palais des Sultans suchen, wo man ihnen zumeist recht gab, indem man den Kaimakam oder den militärischen Befehlshaber, über den sie sich mit Recht oder Unrecht beklagten, versetzte. Ihre Verbrechen blieben jederzeit unbestraft ...

*

Mai 1910. Ich mache einen Besuch bei Kiamil Pascha, dem ehemaligen Großwesir, den das Komitee plötzlich abgesetzt hat, der aber trotzdem eine wichtige Persönlichkeit bleibt und vielleicht der Mann ist, der die größte politische Erfahrung in der Türkei besitzt.

Der greise Staatsmann wohnt in Stambul in einem Stadtviertel, das vor einigen Jahren durch einen Brand zerstört worden und noch nicht aus seinen

Digitized by Google

Ruinen wieder erstanden ist. Sein von einem Garten umgebener Konak liegt auf einem Hügel, von dessen Höhe aus, wie ich mir vorstelle, man das Goldene Horn und den Bosporus überblicken muß. Der Weg dorthin führt durch Haufen des noch nicht weggeräumten Brandschuttes. Durch ein großes, offenstehendes Tor in der hohen Umfassungsmauer fährt unser Wagen auf das nicht besonders ansehnliche Wohnhaus zu und am Fuße einer einfachen Treppe vor, wo uns ein Bedienter in Stambuline und Fes empfängt.

Wir werden in einen Salon ohne ausgesprochenen Charakter geführt, und sofort erscheint Kiamil.

Er ist über achtzig Jahre alt, man könnte ihn aber für sechzig bis fünfundsechzig halten. Seine Bewegungen sind rasch, seine Augen lebhaft und durchdringend; seine Sprechweise kurz abgerissen, stoßend. Ein nervöses Zucken geht über seine Lippen.

Nach den üblichen Höflichkeitsphrasen wenden wir uns dem Tagesgespräch, der albanischen Frage, zu. Kiamil äußert sich darüber folgendermaßen:

1. Der Aufstand ist durch den Beschluß der Hohen Pforte entstanden, in den albanischen Provinzen alle im türkischen Reich geltenden Gesetze einzuführen, noch mehr durch die militärischen Maßnahmen, die Hals über Kopf ergriffen wurden, um die Gärung zu unterdrücken.

2. Das konstitutionelle Regime hätte es sich zur Aufgabe machen sollen, die Albaner moralisch zu erobern, ihr geistiges Niveau zu heben und durch geeignete administrative Maßregeln ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Es hat nichts Derartiges getan. Es hat sich sogar in Gegensatz zu dem Nationalgefühl der Albaner gesetzt und sie zu dem Glauben gebracht, daß die neue Regierung nicht von wohlwollenden Gefühlen gegen sie beseelt sei.

3. Die militärischen Expeditionen gegen Albanien mußten notwendigerweise schwere Folgen haben. Angenommen, daß es der Regierung gelingt, den gegenwärtigen Aufstand im Wilajet Kossowo zu unterdrücken, so werden die Albaner doch nicht auf ihre Forderungen verzichten; sie werden ihre Toten und die Zerstörung ihrer Dörfer nicht vergessen. Der durch Aufbietung ansehnlicher Streitkräfte niedergeworfene Aufstand wird wieder beginnen, sobald die Truppen für die eine oder andre Jahreszeit die strategischen Stellungen verlassen werden, die sie gegenwärtig einnehmen, oder ins Innere der Wilajets eindringen wollen.

Es geht übrigens aus bestimmt lautenden Nachrichten hervor, daß die Albaner der Wilajets Skutari und Monastir zum Widerstand gegen jeden Versuch der kaiserlichen Regierung, mit Waffengewalt die Durchführung der Maßregeln zu erzwingen, die den Aufstand im Wilajet Kossowo hervorgerufen haben, oder in ihre Gebiete einzumarschieren, entschlossen sind.

Ebenso geht daraus hervor, daß einige Albaner sich nächstens nach Westeuropa begeben werden, um den Mächten ihre Beschwerden gegen die ottomanische Regierung vorzutragen.

4. In wirtschaftlicher Hinsicht ist zu bemerken, daß bereits beträchtliche Summen für die militärischen Expeditionen ausgegeben worden sind und daß

Digitized by Google

die Unterdrückung der Unruhen, wenn neue Kontingente unter die Waffen gerufen würden, eine wahre Katastrophe in den Staatsfinanzen herbeiführen könnte.

5. In moralischer Hinsicht wird die gewaltsame Unterdrückung die Folge haben, daß jedes Band und jede Solidarität zwischen Albanern und Türken zerrissen wird — während in der Vergangenheit die Albaner und die Türken stets gegen die Feinde der Türken verbündet waren — und daß das albanische Element zugunsten der Slawen geschwächt wird.

6. Die Verantwortung für den Aufstand und für seine Unterdrückung um jeden Preis fällt auf das Komitee „Einheit und Fortschritt", besonders auf das Komitee von Saloniki, das einen Druck auf die Regierung ausgeübt hat, um sie zur Anwendung von Gewalt zu veranlassen.

Der Einfluß der russischen Botschaft wurde und wird noch immer zugunsten der Unterdrückung eingesetzt.

7. Die mit der Türkei befreundeten und an der Erhaltung ihrer Integrität sowie ihrer wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung interessierten Mächte sollten der Hohen Pforte zur Vorsicht und Mäßigung raten.

Das gesonderte Vorgehen einer einzelnen Macht würde nicht genügen. Es wäre eine loyale und uneigennützige Verständigung zwischen drei oder vier Mächten notwendig, die durch ihre Botschafter in Konstantinopel zu verstehen geben müßten, daß ihr Verfahren sich von dem Ziel, das sie im Auge hat, entfernt und daß die Herstellung der Ruhe sich ohne Blutvergießen erreichen läßt . . .

*

April 1911. Ein Jahr später . . .

Ein Albaner aus vornehmer Familie, ein naher Verwandter des vormaligen Großwesirs Ferid-Pascha und des Agitators Ismail Kemal-Bei, sagte kürzlich:

„Der Aufstand vom vorigen Jahre hat nicht zum Ziele geführt, weil er nicht organisiert war. Der diesjährige hat größere Aussichten, zu gelingen. Es hat sich ein leitendes Komitee mit Verzweigungen gebildet. Es fehlt den Albanern weder an Waffen noch an Munition. Leider ist die Bewegung der Malissoren, die die Aufständischen von heute sind, übereilt worden. Sie hätten warten sollen, bis der Aufstand bei andern Stämmen vorbereitet gewesen wäre. Aber die Umstände haben anders darüber entschieden. Eine Anzahl von ihnen, ungefähr 1200 Mann aus dem Sandschak Berane, hatten den Winter in Montenegro verbracht und von der montenegrinischen Regierung die Lebensmittel, die sie brauchten, und Geldunterstützungen erhalten. Als die Mittel Montenegros erschöpft waren, zogen sie wieder in ihre Berge. Da sie sich jedoch nicht entwaffnen lassen wollen und infolgedessen sich nicht wieder an ihrem häuslichen Herd niederlassen können, sind sie in den Wäldern und auf den Höhen geblieben . . . Die Fahne des Aufstands ist diesmal die der albanischen Nation, rot, mit dem zweiköpfigen, die Flügel ausbreitenden schwarzen Adler . . .

Digitized by Google

Würde der Aufstand in diesem Jahre noch erstickt, so würden die Albaner ihn im nächsten Jahre wieder beginnen, und so fort von Jahr zu Jahr, bis zu ihrem endlichen Siege, und jedesmal würden ihre Organisation besser, ihre Erfahrung größer, ihre Mittel sicherer, ihre Hilfsquellen ergiebiger und der Aufstand weiter ausgebreitet sein ...

In diesem Jahre scheinen die muselmanischen Albaner der Landbezirke gemeinsame Sache mit den aufständischen christlichen Albanern machen zu wollen. Die muselmanischen Albaner in den Städten, besonders die von Skutari, stehen auf der Seite der Regierung, und da die Behörden ihnen Waffen geliefert haben, hat man sich im Ausland darüber beunruhigt und fürchtet irgendeinen Ausbruch von Fanatismus von ihrer Seite ...

Was die Aufständischen wollen, ist die Erhaltung und die Gewährleistung ihrer alten Freiheiten. Mit der Zeit werden sie möglicherweise eine vollständigere Autonomie verlangen, vielleicht sogar die Unabhängigkeit fordern. Solange aber die Türkei besteht, wollen sie, vielleicht im Bewußtsein der Schwierigkeit, sich unter sich zu organisieren, lieber Ottomanen sein. Was sie vor allem fürchten, ist, eines Tages zerstückelt zu werden, wenn die Türkei Albanien verlieren würde. Um diese Gefahr zu beschwören, um nicht eines Tages unter den Serben, den Griechen und den Montenegrinern aufgeteilt zu werden, verlangen sie schon heute, daß die Pforte aus den vier Wilajets, in die Albanien administrativ eingeteilt ist (Monastir, Kossowo, Skutari, Janina) ein einziges macht. Diese Vereinigung wäre gleichsam die Anerkennung, die offizielle Weihe der nationalen Einheit und der politischen Grenzen Albaniens (des „größeren" Albanien). Damit würden sie zufriedengestellt werden und gute Ottomanen bleiben, wie sie es bisher gewesen sind. Doch ebenso wie sie nicht hellenisiert oder slawisiert werden wollen, lehnen sie sich auch dagegen auf, sich osmanlisieren zu lassen. Sie sind ottomanische Untertanen, bleiben aber hauptsächlich und vor allem Albaner. Sie werden als solche eine bewaffnete Nation und das Bollwerk des Reiches in Europa bleiben. Zur Entschädigung für den ständigen Militärdienst, den sie ohne zeitliche Beschränkung leisten werden, wünschen sie in ihrer Gegend belassen, nicht nach dem Yemen, nach Hauran oder in entfernte Garnisonen geschickt zu werden.

Einer der Vorwürfe, den sie dem jungtürkischen Regime machen, ist der, daß es den Bulgaren, den Griechen, den Serben in Mazedonien gestattet hat, die Rechte der albanischen Nation mit Füßen zu treten. (Diese verschiedenen Nationalitäten geben ihnen denselben Vorwurf zurück.) Albaner zu bleiben im Dienste der Türkei, wie bisher, mit allen alten Freiheiten, das ist der Inbegriff ihrer Wünsche. Unter dieser Bedingung werden sie dem neuen Regime treu sein, wie sie es dem alten gewesen sind ...

Wenn wir," fährt der erwähnte Gewährsmann fort, „das nicht erreichen sollten, würden wir uns Oesterreich zuwenden. Unter diesem haben Bosnien und die Herzegowina große moralische, wirtschaftliche und sonstige Fortschritte gemacht. Dasselbe würde mit Albanien der Fall sein, dem Oesterreich Schulen, Straßen,

Digitized by Google

Brücken, Eisenbahnen, tüchtige Beamte geben würde, wobei es den Albanern ihre Religion, ihre Sprache, ihr Alphabet lassen würde, wie es dies allen den zahlreichen Völkern gegenüber tut, über die es herrscht ..."

*

Mit den folgenden Worten haben sich die albanischen Flüchtlinge in Montenegro an den Sultan gewendet, um ihre Begnadigung zu erflehen:

„Mit Eisen und Feuer von unsern Heimstätten verjagt, als Flüchtlinge in fremden Ländern lebend, eilen Deine allzeit getreuen Untertanen herbei, sich Dir zu Füßen zu werfen, um Deine Gnade, Deine Verzeihung und Deine väterliche Güte zu erflehen, damit Du uns wieder in die Zahl Deiner unzähligen und glücklichen Untertanen aufnehmest, damit wir mit ihnen für Deine kostbare Gesundheit und den Ruhm Deiner Krone zum Herrn beten können. Unsre Schuld ist groß, aber mache Du, daß Deine Gnade noch größer sei und uns als reuige Sünder in Deine Staaten aufnehme, wo wir stets Deine treuen und gehorsamen Untertanen sein werden."

Dieses demütige, inbrünstige, ganz von Zerknirschung und Loyalität durchdrungene Bittgesuch war von neun der bedeutendsten Führer der Stämme Hotti, Kastrati, Skreli unterschrieben ... Ein gleichlautendes Gesuch ist von einigen Notabeln von Berane, die ebenfalls als Flüchtlinge im Ausland weilten, an den Sultan gerichtet worden. Auf diese Gesuche ist keine Antwort erfolgt. Wahrscheinlich sind sie niemals an ihren Adressaten gelangt.

*

29. April 1911. Ich erhalte die Proklamation, die das albanische Komitee in Sofia „an die öffentliche Meinung und an die jungtürkische Regierung" richtet.

„Fünf Jahrhunderte sind vergangen seit dem Tage, an dem Albanien unter die türkische Herrschaft gefallen ist. Während dieser Zeit der Kriege und des Unglücks haben die Albaner die größte Loyalität bewiesen und durch Aufopferung ihrer selbst das ruhmreiche türkische Banner von einem Siege zum andern getragen. Wir haben stets am Glück und an allem Unglück des ottomanischen Reiches teilgenommen, selbst in der Zeit, wo seine Existenz nur von unserm Schwert, von unserm Mut und von unsrer Treue abhing! Wir haben niemals besondere Vorrechte fordern wollen, und haben in voller Eintracht unter den Auspizien eines patriarchalischen Regimes leben können — vielleicht allzuwenig unsrer Existenz und unsrer Nationalität bewußt. Doch eine für das Reich unheilvolle Periode dreißigjähriger Tyrannei hat uns gezwungen, den Weg der nationalen Entwicklung einzuschlagen, auf dem unsre Nachbarn seit langer Zeit fortgeschritten waren. Wir haben tapfer den Despotismus bekämpft, wir haben der jungtürkischen Bewegung unsern Beistand geliehen und wir haben ihr zu ihren Erfolgen verholfen. Doch statt uns eine wohlverdiente Dankbarkeit zu beweisen, statt uns die Rechte zu gewähren, die die andern ottomanischen Völker

Digitized by Google

bereits besitzen, haben sie unsre heiligsten Rechte mit brutaler Hand und einer unmenschlichen Politik angegriffen.

Gebrochen vom Unglück, an der Gegenwart und Zukunft verzweifelnd, erklären wir unsre Forderungen. Wir verlangen: 1. daß Albanien zu einem Wilajet vereinigt wird; 2. daß unsre albanischen Schulen vom Staate erhalten werden; 3. daß unsre Soldaten ihren Dienst in Friedenszeiten auf dem albanischen Gebiet tun.

Angesichts der schwierigen Lage in Albanien, der aufeinanderfolgenden Revolutionen, der geringen Zahl des türkischen Elements in Europa und der ungerechten fremden Propaganda in unserm Lande, bestehen wir, um unsre nationale Existenz zu erhalten, auf der Gewährung der angegebenen Vorrechte. Im Namen aller muselmanischen und christlichen Albaner, im Namen des Blutes der Unschuldigen, das im Kampf für die Erlangung des Rechtes des albanischen Volkes fließt, wenden wir uns an die öffentliche Meinung und an die Menschheit mit der Bitte, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen."

Albanien, den 1. Mai 1911.

Das albanische Zentralkomitee.

Dieses Manifest, das in fünf Sprachen gedruckt und verteilt wird, enthält einige Unklarheiten und einen gewissen revolutionären Wortschwall, aber man findet darin auch ein recht treues Resümee der Ursachen und der Ziele der albanischen Bewegung.

*

4. Mai 1911. Die Militärbehörde hat mit Unterbrechung des Verkehrs auf der anatolischen Eisenbahn zwölf Bataillone von Angora nach Konstantinopel kommen lassen, von wo sie nach Saloniki gebracht werden sollen. Man wird bald 25- bis 30 000 Mann in Albanien haben, genug, wie man glaubt, um den Aufstand zu ersticken. Der General Schefket Torgut-Pascha hat die Aufständischen durch eine Proklamation aufgefordert, sich zu unterwerfen.

Noch immer stehen nur die Malissoren im Felde. Die Mirditen sind noch ruhig. Die muselmanischen Stämme von Dibra und Liuma ebenfalls. Südalbanien scheint sich um den im Norden geführten Kampf nicht zu kümmern, und von dieser Seite haben die Jungtürken nichts zu fürchten. Hingegen sind sie nicht ohne Besorgnis in bezug auf Montenegro, das aus der Neutralität herauszutreten scheint. Montenegrinische Soldaten sollen auf seiten der Aufständischen kämpfend gesehen worden sein. Man hat bei Leichen von Feinden Waffen montenegrinischer Herkunft gefunden.

*

August 1911. Nach mühevollen Verhandlungen ist es am 2. August zu einer Verständigung auf folgenden Grundlagen gekommen: die Malissoren werden den Militärdienst entweder im Wilajet Skutari oder in Konstantinopel ableisten. Als Gegenleistung gewährt die Pforte eine allgemeine Amnestie, die Autonomie in

Digitized by Google

der Verwaltung, zeitweilige Steuerfreiheit, die Erlaubnis, Waffen zu tragen, ausgenommen in den Städten, die Zulassung der albanischen Sprache als Unterrichtssprache in den Schulen und als Geschäftssprache bei den Ortsverwaltungen usw. Diese Zugeständnisse, die von dem Wunsche der Jungtürken, zu einem Ende zu kommen, Zeugnis ablegen, sind ebensosehr auf den Widerstand der Malissoren, mit denen die Mirditen schließlich zusammenzugehen drohten, wie auf die internationalen Besorgnisse zurückzuführen, die durch die Haltung einiger Mächte entstanden. Rußland hat Schritte zugunsten Montenegros getan, das von den durch die ottomanische Regierung an seinen Grenzen versammelten 50 000 Mann bedroht wurde; Oesterreich-Ungarn hat zugunsten der Katholiken von Albanien gesprochen, deren Schutz ihm durch alte Verträge übertragen ist . . . Die Jungtürken haben einer doppelten Pression, einer innern und einer äußern, nachgegeben. Sie hatten sich ins Unrecht gesetzt, indem sie die Albaner durch barbarische Brutalität „osmanlisieren" oder „turkifizieren" wollten . . .

Das Schlimme ist jetzt, daß die den katholischen Malissoren gewährten Zugeständnisse auch von den muselmanischen Albanern werden gefordert werden. Man kann sich zum Beispiel nicht vorstellen, daß das Waffentragen den einen erlaubt und den andern verboten sein soll. Und so riskieren die Jungtürken, aus den Zentralisatoren um jeden Preis, die sie anfangs waren, Dezentralisatoren werden zu müssen, um den Forderungen der verschiedenen Gemeinwesen des Reiches zu genügen, deren Vereinheitlichung viel schwieriger ist als sie gedacht hatten.

(Schluß folgt)

Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich?

Für die bevorstehende internationale Afrikakonferenz im Haag wird es von Interesse sein, die Ansichten hervorragender Kolonialpolitiker über obige Frage kennen zu lernen, auch wenn dieselben in ihren Anschauungen voneinander abweichen.

Wir behalten uns weitere Veröffentlichungen über dieses Thema vor.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Diese Frage zu beantworten, und zwar in bejahendem Sinne, bedarf es eigentlich nur eines Blickes auf die politische Karte Afrikas.

Das von Frankreich mit Beschlag belegte Marokko und die jüngst von Italien besetzte Cyrenaika waren — abgesehen von Abessinien und Liberia — die letzten afrikanischen Gebiete, die noch im Besitze ihrer ursprünglichen nichteuropäischen Herren gestanden hatten.

Denn auch die Türkei darf man wohl mit Fug und Recht unter diese Bezeichnung mitinbegreifen. Sie war und ist ein Fremdkörper im europäischen

Digitized by Google

Staatengefüge. Christentum und Islam sind und bleiben in religiöser und kultureller Hinsicht zwei getrennte Welten; und der Versuch der Jungtürken, eine Verschmelzung oder einen Kompromiß zwischen beiden herzustellen, scheiterte und mußte scheitern. Darin liegt, nebenbei bemerkt, die innerste Ursache der, äußerlich betrachtet, so überraschenden Mißerfolge der türkischen Waffen. Und von diesem dualistischen Standpunkt aus angesehen, wäre die Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia des alten Byzanz einerseits nichts andres als ein von der waltenden Nemesis der Weltgeschichte zum vergeltenden Abschluß gebrachter Zeitabschnitt, anderseits die dem mohammedanischen Kalifat gebotene Möglichkeit, ein neues, achtunggebietendes und damit erst recht Bündnisse wertes Reich zu werden; auf dem ihm allein Kraft gebenden Boden des eigentlichen Orients.

Doch wieder zu Afrika.

Längst haben sich aus den kleinen Pünktchen in den verschiedenen Farben der europäischen Staaten, da und dort an der afrikanischen Küste verstreut, immer größere Gebilde entwickelt, dem Tropfen auf dem Löschpapier gleich. Entdeckertrieb und Auswanderungslust, Verlangen nach Gold oder Weizen, blinder Zufall und merkantiler Wagemut waren der Anstoß zu ihrem Entstehen. Primitiv privatrechtlichen Charakter trugen anfänglich alle diese Gebilde. Verhältnismäßig lange währte es, bis sie sich auf die Stufe nationaler Führung und Entwicklung erhoben, bis sie *Kolonien* wurden. Und noch viel später erst wurden sie nicht nur *ein*, sondern geradezu *der* integrierende Faktor der Weltmachtstellung, der Weltpolitik des betreffenden, selbst erst Weltmacht werdenden europäischen Staates. Diese Phase der Entwicklung fällt beinahe mit der Gegenwart zusammen. England hat auch hier den ersten Schritt getan: mit dem von Gladstone in den siebziger Jahren ausgesprochenen großartig kühnen Gedanken einer Nordafrika, d. h. Aegypten, mit Südafrika verbindenden Länderbrücke unter dem Union Jack. Dann folgte Frankreich mit dem Plane eines von Algier bis zum Kongo reichenden transsaharischen Kolonialreiches. In Deutschlands Politik finden sich die ersten Ansätze eigentlich erst in dem durch das Marokkoabkommen vom vergangenen Jahre dekouvrierten Expansionsgedanken.

Ich werde auf diese „*interkoloniale* Politik", wie man diese Entwicklungsphase auch nennen kann, noch zu sprechen kommen.

Die Aufteilung Afrikas unter die europäischen Mächte ist aber bereits in der *kolonialen Epoche* eine vollendete Tatsache.

Damit läßt sich die Frage: Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich? auch anders formulieren: Wird ein Staat, um ein einem andern Staate gehörendes Stück afrikanischen Landes zu annektieren, einen Krieg beginnen? In dieser Fassung ist vielleicht das, worum es sich im Grunde bei der Sache handelt, schärfer hervorgehoben; und wird zugleich offensichtlicher, daß die Antwort vernünftigerweise nur ein glattes Nein, also die auf die Aufschrift dieser Betrachtung nur ein glattes Ja sein kann.

Digitized by Google

In praxi haben bereits zwei europäische Großmachtstaaten gegebenenfalls in diesem Sinne geantwortet; ich erinnere an Faschoda und an Agadir.

Heutzutage einen Krieg zu entfesseln, bedarf es schon ganz andrer Gründe. Ja, wenn wir noch Agrarstaaten wären. (Dann wären wir allerdings auch keine Kolonialmächte.) Aber in einem Industrie-Handelsstaat! „Wo ein Tritt tausend Fäden regt, die Spulen herüber-, hinüberschießen, die Fäden ungesehen fließen; ein Schlag tausend Verbindungen schlägt." Es ist schon etwas Wahres an dem, was jüngst Karl Leuthner in den „Sozialistischen Monatsheften" sagt: „... Ein in die Weltwirtschaft eingeflochtener, für den Weltmarkt tätiger Staat darf keine Niederlage erleiden. Er ist kein Ackergut, gegründet in der ewigen Erde und sich nährend aus den Kräften der Erde; er ist ein Großhandlungshaus, weithin glänzend im Schein seiner Größe, das jedoch, bricht es in einem Bankrott zusammen, sich und alle seine Mittätigen in der Nacht des Elends begräbt." Und der Sieger? Er ist nicht viel besser dran als der Besiegte. Auch ihm droht der Bankrott, droht das Gespenst des Hungers.

Man kann sich heutzutage schlechterdings keine andre Veranlassung dazu, das Gewehr sprechen zu lassen, denken als drohendste Gefährdung nationaler Lebensinteressen, als Abwehr eines (allerdings auch kaum mehr anzunehmenden) unmittelbaren Angriffs. Les extrêmes se touchent: der zur höchsten Subtilität der Kultur entwickelte und verfeinerte Staat der Gegenwart, die Horde des prähistorischen Menschen — beide kämpfen nur, wenn sie sich in ihren direkten Lebensmöglichkeiten bedroht sehen, wenn sie sich in Notwehr befinden.

Was eine Neutralisierung Afrikas erreichen soll: Ausschaltung der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes, hat also de facto bereits statt. Um so leichter kann eine solche auch stipuliert und formuliert werden in der Form, daß der derzeitige koloniale Besitzstand aller Mächte auf afrikanischem Boden in einer Schutzgarantie gewährleistet wird.

Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, warum irgendeiner der beteiligten europäischen Staaten — das sind also alle mit Ausnahme Oesterreichs, der nordischen Mächte und Rußlands — einem solchen Garantievertrag nicht ohne weiteres beitreten sollte.

Vom nationalpolitischen, i. e. wirtschaftlichen Standpunkte aus, also die afrikanischen Gebiete als Kolonien des respektiven Mutterlandes betrachtet, mal schon gleich gar nicht. Präzisieren wir einmal, was das Mutterland von einer Kolonie will. Es will neue Absatz- und Umsatzgebiete für Industrie und Handel; es will Produktenländer zur Befriedigung der steigenden heimatlichen Bedürfnisse des Lebens nicht minder wie zur Beschaffung von Rohmaterialien für die verschiedensten Zweige der Industrie und der Gewerbe unter gleichzeitiger Unabhängigkeitmachung von andern Ländern; es will die zu diesen Zwecken hinausgegangenen Landeskinder nicht zu fremd gewordenen Konkurrenten der eignen Heimat werden lassen; es will endlich einem Bevölkerungsüberschuß

Digitized by Google

Entwicklungsmöglichkeit in Neuland geben, ohne daß dieser Menschenabfluß aufhört, dem Vaterlande zu gehören, und will auf diese Weise zu der Lösung der sozialen Frage beitragen.

Nun denn: all das kann jede europäische Kolonialmacht aus ihren resp. afrikanischen Kolonien herausholen — nur die Lösung der letzten Aufgabe, die Abgabe des Bevölkerungsüberschusses in der für die Lösung der sozialen Frage in Betracht kommenden Quantität ist versagt. Ist aber jeder Kolonialmacht in Afrika versagt, auch wenn die betreffenden Kolonien in Nord- oder Südafrika jenseits der Wendekreise liegen. Alles übrige — ich wiederhole — kann jedes Mutterland aus seiner oder seinen afrikanischen Kolonien herausholen. Je weiter die wirtschaftliche Erschließung und Erforschung Afrikas fortschreitet, desto hinfälliger werden die einstigen alten Phrasen von „den Perlen" afrikanischer Landstriche, die sich England geholt haben, von dem „Abhub von der Tafel", der Deutschland zugefallen sein soll, und ähnliches. Ich kann mir nicht helfen; wenn man immer wieder zu lesen bekommt: in diesem Gebiet sind reiche Erzlager, aber dieses Land gehört Frankreich, das müßten eigentlich wir Deutschen bekommen; in jenem unerschöpfliche Gummischätze, aber das ist leider deutsch, das sollten eigentlich wir Franzosen haben usw. — dann muß ich stets (Verzeihung ob des derben Vergleiches) an einen Hundezwinger denken, in den ein paar Knochen, gleich gut oder gleich schlecht, hineingeworfen werden; jeder Hund mit seinem erschnappten Knochen im Maule neidet den andern an, weil sicherlich dessen Knochen der bessere ist.

Darüber wird nur allzuviel und ist namentlich allzulange der intensive wirtschaftliche Ausbau des kolonialen Besitzstandes versäumt worden. In dieser Hinsicht ist in allen afrikanischen Kolonien aller Kolonialstaaten noch fast alles zu tun; Generationen haben daran zu schaffen. Nicht zum letzten aus diesem Grunde war seinerzeit jeder vernünftige Kolonialkenner gegen unsern „run zum Tsadsee", habe ich im vergangenen Jahre anläßlich der Marokkogeschichte in diesen Blättern gegen neuen Landerwerb in Nordafrika, für Landabtretung in Kamerun geschrieben. Jetzt, nachdem die kolonialen Besitze in Afrika fast ausnahmslos fest umzirkt sind, heißt die Losung: Non multa, sed multum. Wendet sich jeder in Afrika Kolonien besitzende europäische Staat dieser wirtschaftlich-kulturellen Aufgabe im eignen Hause zu, so hat er wahrlich keine Zeit und auch bald keine Lust mehr, seine Blicke begehrlich nach fremdem Eigentum umherschweifen zu lassen.

Ein Garantievertrag des Besitzstandes wird auf diese Weise ein gewichtiger wirtschaftlich-kultureller Faktor!

Anders liegt die Sache unter dem Gesichtswinkel der Weltmachtfrage; also die überseeischen Besitzungen in Afrika vom interkolonialpolitischen Standpunkt aus betrachtet. Hier stehen wir einem bereits angedeuteten Entwicklungsgesetz gegenüber.

Dieses Entwicklungsgesetz bewegt sich in der Richtung des Zusammen-

Digitized by Google

fassens der einzelnen lokalen Gebietsteile in Afrika zu größeren Verbänden — „dominions“ nennt sie der Brite —, die eben durch ihre Größe ein weites Wirkungsfeld schaffen. Der eng umzirkte Begriff „Kolonie“ verschwindet; es handelt sich nicht so fast mehr um Ableitung des Menschenüberschusses aus der Heimat, um Produktenländer usw. lediglich als Versorgungsgebiet für das Mutterland, sondern um Gebilde von immer mehr großstaatähnlichem Gepräge, um Verwirklichung des imperialen Gedankens der Herrschaft der weißen Zivilisation. Daß diese „Kolonien im höheren, weiteren Sinne“ gewichtige Weltmachtfaktoren für das Mutterland sind und werden, liegt auf der Hand.

Dieser Entwicklungsgang verlangt naturnotwendig Zusammenfassung der einzelnen derzeit noch über den ganzen schwarzen Erdteil verstreuten „Kolonien im engern Sinne“, verlangt Aufsaugung jener Kolonien jener Staaten, die nicht die Kraft und die Fähigkeit haben, die gewaltigen in ihren überseeischen Gebieten liegenden Energiequellen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Zweifelsohne können und werden bei diesem Prozeß auch europäische Staaten, die diese Kraft und Fähigkeit besitzen, in Interessenkonflikt geraten. Ich habe da insbesondere Deutschland und England im Auge, deren diesbezügliche Entwicklung und Ausbau ihrer kolonialen Besitzungen in Afrika diagonal zueinander sich vollziehen muß: Deutschland in der Richtung der Ostwest-, England in der der Nordsüdachse des dunklen Kontinents.

Sowenig wie ein andres, läßt sich auch dieses Entwicklungsgesetz nicht aufhalten. Durch einen papiernen Vertrag schon gleich gar nicht. Statt einen Konflikt der Interessenten hintanzuhalten, würde ein Sichdagegenstemmenwollen einen solchen erst recht heraufbeschwören. Deshalb muß ein Neutralitätsabkommen über Afrika den Zusatz erhalten: *Jeder einzelnen Macht bleibt es überlassen, durch Verständigung, Kauf und Tausch ihren kolonialen Besitzstand in Afrika zu verändern.*

Ein friedlicher Ausgleich auf dieser Basis ist um so sicherer gewährleistet, als ja sogar auch bei einem etwa drohenden Konflikt *ohne* Neutralitätsvertrag ein kriegerischer Austrag fast ausgeschlossen ist; stehen ja doch weder *nationale Lebensinteressen* auf dem Spiele, noch ist der Fall einer Notwehr gegeben.

Letzten Endes freilich handelt es sich auch um nationales *Lebensinteresse* nicht nur, sondern um nationales *Leben selbst*, um die Existenz als Nation. In der Besitzergreifung des ersten winzigsten Pünktchens fremder Erde lag bereits die Keimzelle dieser immer greifbarer sich gestaltenden neuen Staatengebilde. Und diese Staatengebilde werden dereinst an Stelle der alten, abgelebten Völker Europas treten? — Wir haben aber dann durch eine heutige Neutralisierung Afrikas das Unsrige getan: ein Stückchen Weg der langen Zukunftsentwicklungsreihe friedlich zu gestalten. *Ueber* der Nation steht die Weltgeschichte und ihr eherner Gang.

Hauptmann a. D. F. *Hutter*.

*

Digitized by Google

Die Redaktion der „Deutschen Revue“ hat mich aufgefordert, mich zu dieser Frage zu äußern, und zwar im Anschluß an die vorangehende, von Herrn Hauptmann a. D. F. Hutter gegebene Beantwortung.

Wie meine Leser wissen, meint Hutter, daß es eigentlich nur eines Blickes auf die politische Karte Afrikas bedarf, um sie in bejahendem Sinne zu beantworten. Dies verstehe ich nicht ganz.

Für Herrn Hutter ist die Frage: „Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich?“ identisch mit der andern: „Wird ein Staat, um ein einem andern Staate gehörendes Stück afrikanischen Landes zu annektieren, einen Krieg beginnen?“ Diese Definierung ist aber zu eng, denn die Neutralisierung Afrikas würde ebensosehr einschließen, daß zwei Staaten, welche aus irgendeinem andern Grunde in Krieg miteinander geraten, unter keinen Umständen ein ihren Feinden gehörendes Stück afrikanischen Gebietes angreifen dürfen: mit andern Worten, daß sich alle in Afrika interessierten Mächte den afrikanischen Statusquo, komme, was kommen mag, garantieren sollen. Dies ist nun absolut nicht so selbstverständlich zu bejahen, wie Hauptmann Hutter will.

Ich gebe einige Fälle vom Gegenteil. Aegypten mit dem Suezkanal ist, wie schon Napoleon I. wußte, der Schlüssel zur britischen Stellung in Ostindien. Falls der anglo-deutsche Krieg heraufziehen sollte, wäre Deutschland mehr als töricht, die Neutralität Aegyptens zu garantieren. Denn hier würde es die Engländer an ihrer verwundbarsten Stelle treffen können.

Die Franzosen haben hier in Algier mit großer Ausdauer und Geschicklichkeit ein wirkliches Neufrankreich geschaffen; sie sind im Begriff, Tunis und hinterher Marokko ebenso zu entwickeln. Aus diesem Neufrankreich wollen sie ganze Truppenkörper für den deutschen Revanchekrieg herausziehen. Welcher deutsche Staatsmann könnte wohl einwilligen, für den Kriegsfall diese weiten Gebiete als tabu zu erklären?

Ein jeder, der südafrikanische Verhältnisse intimer kennt, weiß, daß sich viele verlangende Blicke in der südafrikanischen Union auf Deutsch-Südwest und Portugiesisch-Südost mit Delagoabai und Beira richten. Sie denken sicherlich nicht daran, sich ein- für allemal die Hände zu binden, nie, und unter keinen Umständen diese Strecken der Union anzugliedern. „Afrika britisch vom Tafelberg bis zum Sambesi“ bleibt als Schlagwort für die letzten Ziele dieser Staatsmänner in vollem Umfang bestehen.

Für Zentral- und Mittelafrika liegt die Sache etwas anders. Es ist ausgesprochenes „Schwarzen-Mannes-Land“, und ich würde es aufs tiefste beklagen, wenn europäische Völker den Eingeborenen das Schauspiel geben würden, sich vor ihren Augen gegenseitig niederzumachen. Auch wird der Ausgang des Krieges in Europa, wie immer er sein mag, über das Schicksal dieser Kolonien endgültig entscheiden, nicht die Ereignisse in den Kolonien. Deutschland, wenn es in Europa siegreich wäre, würde in Afrika von seinem geschlagenen Feinde verlangen können, was es nur will, auch wenn es während des Krieges seine eignen afrikanischen Besitzungen zeitweilig verloren hätte. Umgekehrt, sollte es

Digitized by Google

in Europa geschlagen werden, würde es seine überseeischen Besitzungen unrettbar verlieren, ebenso wie es seine Flotte aufgeben müßte, gleichviel, ob es inzwischen auf dem kolonialen Kriegsschauplatz einzelne Erfolge gehabt hätte oder nicht. Ein in Europa siegreicher Staat würde sich durch einen Neutralisierungsakt sicherlich nicht binden lassen, einem geschlagenen Gegner afrikanische und andre Kolonialgebiete abzunehmen, falls solche ihm nur rentabel und wertvoll erscheinen. Wozu dann überhaupt eine solche Neutralisierung? Es ist mir überhaupt nicht klar, weshalb Afrika in dieser Beziehung anders zu behandeln ist als andre Landgebiete, z. B. die Molukken oder die Antillen? In Afrika sind die Abgrenzungslinien alle noch so frisch, daß niemand, der sich stark fühlt, gerade geneigt sein wird, sie als endgültigen Statusquo anzuerkennen. Ich wenigstens würde es bedauern, wenn das Deutsche Reich, welches bislang überall zu kurz gekommen ist, dies tun wollte. Laßt uns den Statusquo friedlich dulden, aber laßt uns unsre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft nicht voreilig für ein Linsengericht fortwerfen!

Ich finde, daß in sonst einsichtigen und patriotischen deutschen Kreisen immer noch die alte Idee spukt, Deutschland müsse sich ängstlich hüten, sich in Kolonien neue „Reibungsflächen" über See zu schaffen, bis der „große Entscheidungskampf" in Europa ausgefochten sei. Ich kann mitteilen, daß mir das Gespenst desselben Argumentes schon 1883 in Deutschland entgegentrat. Ich habe es stets für sehr kurzsichtig gehalten, und für nichts weiter als ein Symptom der überlieferten deutschen Zaghaftigkeit. Weshalb sollten wir denn ängstlicher bemüht sein, Reibungsflächen über See zu vermeiden als Franzosen, Italiener, Holländer, Belgier — von den Briten ganz zu schweigen! Oder sind wir nicht mehr, was wir zu sein glaubten, die mächtigste Nation auf dem Kontinent von Europa? Seit 1883 ist kein Entscheidungskampf gekommen. Wie, wenn er ganz ausbleibt? Sollen wir dann bei der Aufteilung der Erde endgültig beiseite stehen? Wann wird unser Volk in seinen Tiefen von einem Geist kühnerer Initiative erfüllt werden?

Herrn Hutter bitte ich um die Erlaubnis, noch auf zwei Irrtümer aufmerksam machen zu dürfen. Er sagt: „In praxi haben bereits zwei europäische Großmachtstaaten gegebenenfalls in diesem Sinne geantwortet" (nämlich, daß man um Afrika keine Kriege führt); „ich erinnere an Faschoda und an Agadir." Faschoda und Agadir waren mit nichten eine solche Beantwortung, sondern beides stellten diplomatische Schlappen gegenüber britischem Bluff dar, und zwar Faschoda die schlimmere seitens der französischen Republik. Großbritannien repräsentierte in beiden Fällen den Sieg des Vergewaltigungsprinzips gegenüber politischer Gleichberechtigung. Wenn in dieser Richtung die Nutzanwendung der Neutralisierung Afrikas gedacht ist, so würde dieselbe nur einen weiteren Schutz der britischen Monopolstellung auf der Erde bedeuten.

Hutter sagt weiter: „Ja, wenn wir noch Agrarstaaten wären, (dann wären wir allerdings auch keine Kolonialmächte). Aber in einem Industriehandelsstaat!" Er meint augenscheinlich, daß Agrarstaaten keine Kolonien annektierten. Aber

Digitized by Google

Rom, während der ganzen Epoche seiner italienischen Kolonisierung, war Agrarstaat, und rein agrarisch war die Kolonialpolitik der Gracchen. Die Gier nach Neuland lag allen Eroberungszügen der germanischen Stämme in der Völkerwanderung zugrunde, und in neuerer Zeit der Besiedelung Nordamerikas vom Osten bis zum Westen, welche zur vollständigen Ausrottung der Rothäute führte. Ich nenne hier nur einige wenige Beispiele, welche ich leicht verzehnfachen könnte. Ein Irrtum ist es auch, zu meinen, daß Industriehandelsstaaten keine Kriege für ihre speziellen Interessen führten. Der Kampf um die Handelsmärkte zieht sich durch die antike wie die neuere Geschichte. Dahin gehören zum Beispiel alle drei Punischen Kriege. Am drastischsten tritt die egoistische Politik der römischen Kaufmannschaft hervor, welche in einem Jahre (146 v. Chr.) ihre drei Hauptkonkurrenten im Weltmarkt, Karthago, Syrakus und Korinth, verbrennen ließ. Es ist, als ob die City von London in einem Jahr Hamburg, Neuyork und Marseille dem Erdboden gleichmachen ließe!

Aus handelspolitischen Gründen wurden wesentlich auch die Kriege zwischen Portugal und Holland, zwischen England, Spanien, Frankreich und Holland im sechzehnten und siebzehnten sowie im achtzehnten Jahrhundert geführt. Auch das Napoleonische Ringen mit Großbritannien fällt in dieselbe Rubrik. Welche Rolle die „offene Tür“ in den politischen Krisen des letzten Jahrzehnts gespielt hat, weiß jeder, welcher die Zeitgeschichte auch nur oberflächlich verfolgt. Der Bedarf an Neuland sowie an Absatzmärkten für die heimische Industrie sind heute die Ausgangspunkte für Völkerkonflikte, wie sie es vor Jahrtausenden gewesen sind. Und sie werden es immerfort bleiben, ob es sich nun um Afrika oder andre Erdgebiete handelt.

Sollte es zu einer internationalen Konferenz über die angeregte Frage kommen, so kann ich nur hoffen, daß das Deutsche Reich außerordentlich skeptisch und zurückhaltend ihr gegenübertritt. Das eigentliche politische Interesse an derartigen Neutralisierungen und Garantien hat zurzeit naturgemäß Großbritannien, welches im Augenblick ein Viertel der gesamten in Frage kommenden Erdoberfläche und nebenbei weitaus die besten Stücke Afrikas besitzt. Ich kann mich leider auch der Hutterschen Anschauung nicht anschließen, daß der afrikanische Kontinent an allen Stellen gleichwertig sei. Der Wert der Wüste Sahara ist ein ganz andrer als der etwa Ugandas oder Aegyptens. Das Wertbildende im dunkeln Erdteil ist überall das Wasser, und es ist nicht zufällig, daß die Briten mit Ausnahme des Kongos sämtliche große Stromläufe des Erdteils: den Nil, den Sambesi, den Niger-Benuë kontrollieren. England ist das, was Bismarck „saturiert“ nannte. Deutschland gehört auf der ganzen Linie zu den „hungrigen Völkern“; muß demnach für die heraufziehende Weltepoche in der politischen Offensive bleiben.

Karl Peters (Algier).

Digitized by Google

„Decadence"

Von

Otto Harnack

Vor fünfzig Jahren war es üblich, die Literatur der letzten Jahrzehnte, seit Goethes Tod, als Epigonenliteratur zu bezeichnen. Die Dichter selbst sträubten sich nicht gegen diesen Namen, weil sie das Berechtigte, das in ihm lag, erkannten. Geibel läßt, mit unverkennbarer Beziehung auf sich und seine Dichtergenossen, den „Bildhauer des Hadrian" ausrufen:

„Was schön ist, ist schon dagewesen,
Und nachgeahmt ist, was uns glückt."

Aber bald nachher änderten sich die Zeiten vollständig. Das Selbstgefühl eines neuen Dichtergeschlechts empfand den Namen der „Epigonen" als schlimmste Kränkung; es war erfüllt vom Bewußtsein des eignen Wertes und der Bedeutung dessen, was es zu geben hatte; selbst die Wissenschaft beeiferte sich nachzuweisen, daß jener Begriff des „Epigonentums" tatsächlich zu keiner Zeit imstande gewesen sei, der Fülle und Vielgestaltigkeit des literarischen Lebens gerecht zu werden.

Heute aber sehen wir mit Ueberraschung, daß ein anderes Wort, das dem unbefangenen Ohr weit schlimmer klingt als das vorige, anstandslos angewendet wird, ja sogar von Menschen, auf die es gemünzt ist, wohlgefällig als eine Art eigentümlicher Auszeichnung betrachtet und empfunden wird: das Wort Decadence. Wenn mit dem Epigonentum nur die Abhängigkeit von großen Vorgängern bezeichnet wurde, so mit dem heutigen Wort das zweifellose Hinabgleiten unter die Höhe, die sie eingenommen hatten.

Es ist nicht wertlos, die eigentümlichen Merkmale einer solchen Erscheinung festzustellen, und zu betrachten, wodurch sich diese dem ursprünglichen Empfinden so widersprechende Schätzung der Decadence erklärt.

Der ganze Begriff, der hier zugrunde liegt, stammt her von der Betrachtung des allmählich seine Macht einbüßenden römischen Reichs. Gibbon hat in seiner berühmten „History of the decline and fall of the Roman empire" eine ganze Reihe von Jahrhunderten unter den Gesichtspunkt des Verfalls gestellt, und die Kulturgeschichtschreibung ist dann darauf ausgegangen, in allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens diesen immer fortschreitenden Prozeß des Hinabsinkens und der Zersetzung nachzuweisen. Daß der Verehrer des klassischen Altertums diese Vorgänge mit bitterer Kritik und schmerzlicher Empfindung betrachtet, ist selbstverständlich; trotzdem ist die ausschließliche Beurteilung dieses langen Zeitraums als einer Verfallperiode ungerechtfertigt; denn in diesem Verfall liegen zugleich die Keime einer neuen Zeit: die Zersetzung ist zugleich eine Gärung, die einen neuen Zustand vorbereitet.

Wenn nun heute von Decadence gesprochen wird, so entsteht zunächst die

Digitized by Google

Frage, ob die moderne Kultur, und besonders die Deutschlands, tatsächlich Züge des Verfalls, der Zersetzung zeigt, so daß eine Literatur und Kunst der Decadence sich als eine naturgemäße Folge dieses Allgemeinzustandes darstellen würde. Den Höhepunkt unserer neueren deutschen Kultur wird man wohl unwidersprochen in dem Zeitalter Goethes erblicken; auf das Jahrhundert, das seitdem verflossen ist, würde sich die Frage beziehen, die wir gestellt haben. Im Laufe dieses Jahrhunderts hat nun aber ein so gewaltiger politischer und wirtschaftlicher Aufschwung stattgefunden, daß es fast widersinnig scheint, hier noch Decadence zu suchen.

Doch andrerseits sehen wir, daß dieser Aufschwung bei einem großen Teil der eignen Bevölkerung eine feindselige Beurteilung findet, daß ein Riß durch unser Volkstum geht, der eine innere Unsicherheit bedingt. Dieselbe Unsicherheit des Denkens und Empfindens nehmen wir auf den verschiedensten Gebieten wahr. Die Geschlossenheit und selbstsichere Bodenständigkeit, die in Zeiten der Gesundheit und Kraft das Kennzeichen einer einheitlichen, Leben und Geist des Volkstums ausfüllenden Kultur bilden, sind heute sehr selten geworden. Der Angehörige der herrschenden Klassen, der mit Behagen die Verspottung jener Klassen in Witzblättern betrachtet, der Geistliche, der sich in Widerspruch setzt zu der kirchlichen Autorität, an der er selbst Anteil hat, der Mann, der für das Aufhören der Vorherrschaft des männlichen Geschlechts eintritt, der Kapitalist, der sich sozialistischen Ideen hingibt, sie alle sind tatsächlich Decadenceerscheinungen. Am wenigsten finden sich diese Erscheinungen in der militärischen Welt, zum deutlichen Zeichen dafür, daß unsere heutige Kulturform hauptsächlich durch die militärische Macht noch aufrechterhalten wird.

Nun liegt aber zugleich offen zutage, daß in all diesen Erscheinungen auch die Keime des Fortschritts, die Keime zu neuen Gestaltungen unserer Kultur enthalten sind, und es zeigt sich auch hier, daß in dem Gärungs- und Zersetzungsprozeß neue organische Kräfte sich entwickeln.

Wenden wir uns nun zurück zu Goethe und fragen wir, wie er sich zu den Erschütterungen und Zweifelsschwächen des Daseins verhalten hat, so finden wir ihn stets für die geschlossene, in sich selbst ruhende, ihrer selbst bewußte Kraft eintreten. Er zeigt zwar überall das größte Interesse für die Werther-, Tasso-, Faustnaturen, aber er betrachtet sie und schildert sie als krankhaft. Was er bewundert, ist dagegen die unerschütterte Gesundheit des Wesens. So rühmt er von den Engländern, daß sie die Courage haben, das zu sein, wozu sie die Natur gemacht habe. „Es sind an ihnen keine Halbheiten und Schiefheiten, sondern wie sie auch sind, es sind immer durchaus komplette Menschen.“ So schildert er begeistert das über alles verehrte Hellenentum: „Alle hielten sich am Nächsten, Wahren, Wirklichen fest, und selbst ihre Phantasiebilder haben Knochen und Mark ... Noch fand sich das Gefühl, die Betrachtung nicht zerstückelt, noch war jene kaum heilbare Trennung in der gesunden Menschenkraft nicht vorgegangen.“ An diesem Maßstab gemessen, erschien er selbst sich freilich schon in gewissem Sinn als unter ungesunden Lebensbedingungen erwachsen. Man

Digitized by Google

lese darüber seinen Aufsatz: „Antik und Modern." Er verlangte aber von sich und von seinen dichterischen Zeitgenossen und Nachfolgern, daß alles Unklare, Schwächliche, Problematische, das sie in sich selbst hätten, aus ihrer Dichtung verschwinde und die innere Festigkeit und Klarheit, die Einheit von Form und Gehalt aus dem Dichtwerk spreche.

Es läßt sich leicht erkennen, wie sehr hiermit der tatsächliche Charakter der Goetheschen Dichtung übereinstimmt. Gerade die Art, wie er problematische Charaktere, unklare, dämmerhafte und zwiespältige Gemütszustände darstellt, zeigt die vollkommene Ueberwindung derselben im eignen Innern, die schrankenlose Souveränität, die über ihnen steht, die unangreifbare Objektivität, die sich aufs eingehendste mit ihnen beschäftigen, sich in sie vertiefen kann, ohne sich an sie zu verlieren. Hiermit ist auch innerlich verbunden die unerschütterliche Sicherheit in Beherrschung der Form, die untrügliche, sei es bewußte, sei es auch unbewußte Empfindung für die künstlerisch und gedanklich notwendige, unlösliche Verbindung von Form und Inhalt, jene Eigenschaften, die wir als die entscheidenden Merkmale der klassischen Kunst betrachten.

Nicht etwa in jedem Augenblick hat Goethe sie in dieser vollkommenen Stärke in sich gefühlt und gemeistert. Auch er ließ sich, besonders im Alter, bisweilen gehen, behandelte manches „läßlich", manches auch schrullenhaft; aber er war in jedem Augenblick imstande, sich wieder auf die volle Höhe zu erheben; sein Nachlassen war nicht Decadence, sondern Ablegen einer Rüstung, Aufatmen, Erholung; denn Kunst und Poesie in dem Sinn, wie Goethe sie fordert, ist kein ergötzliches Spiel, sondern ein ernster und strenger Dienst. Und die bewundernswerte Kraft und Willensenergie in diesem Dienst ist ihm bis in seine letzten Lebenstage treu geblieben.

Wenigen war es gegeben, auf derselben Höhe zu verweilen; wenige aber haben es auch nur gewollt. Diese robuste Gesundheit dichterischen Verlangens schien manchen unpoetisch, anderen gemütlos. Der alternde Herder fand bei Goethe mißmutig eine teilnahmlose, genaue Schilderung der Sichtbarkeit. Die überragende Kraft dieses lebensvollen Schaffens forderte förmlich eine Opposition der Decadence heraus. Die ersten Decadents in der deutschen Literatur waren die Romantiker.

Sie erblickten ihre Aufgabe darin, die feste Kunstform durch die Willkür des Individuums zu zerschlagen, den Ernst des künstlerischen Schaffens durch „Ironie" aufzulösen, die Einheit der Weltbetrachtung durch geistreiche Reflexion zu zersetzen. Wenn den Zeitgenossen diese Bedeutung der Romantik zum Teil nicht klar zum Bewußtsein kam, so lag das darin, daß sie zugleich einen mächtigen neuen Stoffreichtum darbot, der ein lebensvolles neues Interesse mit sich brachte, und sodann daran, daß im Laufe der Zeit die Romantik selbst vor ihrer souveränen Willkürlichkeit Besorgnis zu empfinden anfing und sich in den rettenden Hafen des Katholizismus flüchtete.

Eine neue Richtung der Decadence tat sich in der Poesie des Weltschmerzes auf. Der geniale Führer dieser Richtung, Lord Byron, war zwar ein Dichter

Digitized by Google

von solcher Urkraft poetischer Begabung, daß da, wo einzig und allein sein unmittelbares Empfinden und sein künstlerisches Schaffen zu uns spricht, wir die Wirkung einer unverlierbaren, ewigen Lebensmacht an uns erfahren; aber auf seine Bewunderer und Nachfolger wirkte mehr seine Lebensanschauung und Lebensführung ein, die den ausgeprägtesten Typus des Decadenten darstellte. Byron affektierte im Leben durchweg das gering zu schätzen, was ihm innerlich das wertvollste war, und das vor allem zu erheben, was er innerlich verachtete; dadurch ergab sich zwischen seinem Leben und seiner Dichtung ein beständiger Zwiespalt, der darin gipfelte, daß er selbst seine Poesie, das Lebensblut seines ganzen Organismus, mit gespielter Gleichgültigkeit behandelte. Diese Selbstironie ging zuerst als Pose in das Gebaren der Weltschmerzdichter über, verband sich aber dort mit der tatsächlichen inneren Unsicherheit von Persönlichkeiten, die den gewaltigen Anforderungen, welche die vorwärtsdrängende Zeit an die Selbstbeherrschung und Lebensbeherrschung des Individuums stellte, nicht gewachsen waren. Für Deutschland ist bekanntlich Heinrich Heine die typische Erscheinung des Decadencedichters geworden; hier wurde eine natürliche Anlage und eine literarische Beeinflussung noch gesteigert durch die nationale Zwiespältigkeit, in der sich der Dichter zeitlebens bewegte. Wie sehr aber dieser Dichtertypus dem Charakter der Zeit entgegenkam, läßt sich daraus erkennen, daß Heine mehr als irgendein anderer Lyriker — Goethes unberechenbare Wirkung ausgenommen —, auf die weitere Entwicklung der lyrischen Poesie Einfluß geübt hat, nicht zu reden von seiner Bedeutung für die feuilletonistische Prosa, die durch ihn eigentlich erst geschaffen wurde. Sehr charakteristisch ist, daß auch die Schriftsteller, welche sich mit Aplomb als Propheten eines neuen Zeitalters ankündigten, wie zum Beispiel Gutzkow, doch zugleich entschiedene Züge der Decadence zeigten.

Ein Gegengewicht gegen diesen Zug, der übermächtig zu werden drohte, begann etwa seit 1840 der Realismus, besonders der volkstümliche, zu bilden. Immermann hatte zuerst neben die äußerste Verzerrung des Decadententums, die sein „Münchhausen“ zeigte, die gesunde Urpoesie des „Oberhof“ gestellt. Freilich zeigte das wenigste von der massenhaften ländlichen Gefolgschaft, die dem „Oberhof“ nachtrat, dieselbe Wahrheit der Naturkraft und Naturpoesie; aber die Kraft des Realismus offenbarte sich nun bald auch auf andern Gebieten, die dem dichterischen Können neue Aufgaben stellten und von ihm eine Beherrschung der Weltverhältnisse in mannigfachster Richtung verlangten. Bezeichnend aber war freilich, daß gerade die nächsten Verhältnisse, die der bürgerlichen arbeitenden Sphäre, am wenigsten dargestellt wurden — Hebbels „Maria Magdalena“ blieb vereinzelt —, und daß man mit Vorliebe die Realität eines möglichst fremdartigen oder exotischen Lebens darstellte. Gustav Freytag rechnete es sich demgegenüber bekanntlich als besonderes Verdienst an, in seinen Romanen „das deutsche Volk bei der Arbeit“ aufgesucht zu haben. Eine andre Richtung gesund-kräftiger realistischer Poesie schlug Gottfried Kellers eigenartig schweizerische Individualität ein, ohne aber damals die Verständnislosigkeit des breiteren

Digitized by Google

Lesepublikums überwinden zu können. Auf die immer schattenhafter und leblöser werdende Poesie der nächstfolgenden Zeit einzugehen, ist hier nicht erforderlich; die formalen Vorzüge, die jene im vollen Wortsinn epigonenhafte Poesie besessen hat und die auch ihr einen eignen Wert verleihen, kommen für unsern Gedankengang nicht in Betracht.

Als sich dann zu Ende der achtziger Jahre die berühmte und berüchtigte „Revolution" in der Literatur erhob, da war man anfangs für Decadencegedanken und -verlangen sicherlich vollkommen unzugänglich und die Streitrufer, besonders die Gebrüder Hart, stürzten sich mit wahrhaft jugendlichem Ueberschwang und Wagemut in den Kampf, in der festen Ueberzeugung, einem neuen großen Literaturzeitalter die Bahn freizumachen. Daß dem Realismus in dieser neuen Epoche eine besonders bedeutende Aufgabe zufallen müsse, lag auf der Hand; daß aber die Vorherrschaft eines zum Teil krassen und der künstlerischen Formung entbehrenden Naturalismus eintreten werde, war bei den ersten Kraftäußerungen durchaus noch nicht vorauszusehen. Wenn nun dieser Naturalismus in „Vor Sonnenaufgang" noch als Ausdruck eines überstarken Wahrheitsstrebens erscheinen konnte, so machten sich doch bald in ihm Züge der Decadence geltend, indem nur die trübsten Strömungen des Menschentums in hoffnungslosem Niedergang dargestellt und vor allem die Sprungfeder der Willensbetätigung aus dem mechanischen Lebensgetriebe ganz ausgeschaltet wurde. Wenn man sogar soweit ging, im Drama, das seinem Wesen nach auf Kampf gestellt ist, es als einen Vorzug zu rühmen, daß es in seiner modernen Form der entschiedenen Willensakte entbehrte, so sprach sich darin unzweifelhaft die Herrschaft der Decadence aus. Diese setzte sich fort, als im schärfsten Gegensatz zum Naturalismus die Neuromantik von einem sensitiven Aesthetentum zuerst in einsamer Stille hervorgezaubert, dann auf den offenen Markt gestellt, endlich sogar mit den Effektmitteln des Theaters ausgestattet wurde. Hier erhob man eine Empfindungsweise zur Beherrscherin der Kunst, die überhaupt nicht mehr nach Lebenswerten fragt, auch nicht nach positiven schöpferischen Kunstwerten, sondern die einzig und allein in der vollkommensten Selbstkonzentration, in dem Ausschöpfen und Auskosten der eignen Reizungen ihre Befriedigung findet. Die Ereignisse der Wirklichkeit, die Erzeugnisse der Phantasie, die Darstellungen auf der Bühne sind für diese Kunstweise nur von Bedeutung, insofern sie Nervenerregung auslösen oder selbst als eine Abspiegelung und symbolische Verleiblichung der eignen Gefühlszustände aufgefaßt werden können. In dieser Dichtersphäre, die auch Verwandtschaft mit bestimmten Gruppen der bildenden Künstler aufweist, hat sich vor allem dann jene Stimmung herausgebildet, die das Wort Decadence gern als Charakteristik akzeptiert und nicht den Ehrgeiz zeigt, durch eine kräftige Willensbetätigung sich als eine beherrschende Macht im Weltgetriebe zu erweisen. Es liegt nahe, hierin bloß die Aeußerung eines krankhaften Zustandes zu finden. Aber auch hier verbindet sich mit dem Niedergang schon das Aufgehen eines neuen Lebens. Der rein ästhetisch gerichtete Mensch fühlt sich heute deshalb als Decadent, weil er an der Art von Willenskraft, die heute

Digitized by Google

die Welt beherrscht, keinen Anteil haben kann und haben will, und indem er sich von diesem Weltzustand abwendet und sich in die Welt des eignen Empfindens einspinnt, wirkt er in der Stille seines Wesens und Webens für das Aufgehen einer neuen Kultur, die das Leben nicht mehr als bloßes mechanisches Getriebe auffassen, die den ästhetischen Lebenstrieben eine höhere Bedeutung zusprechen wird. Er selbst hat freilich nicht die Kraft, für dies ästhetische Zeitalter zu arbeiten; er kann sich nur dafür unverfälscht erhalten, und wenn er es nicht mehr erlebt, der Folgezeit ein Beispiel der ästhetischen Persönlichkeit aufstellen.

In diesem Sinne ist mancher unserer großen Lyriker ein Decadent gewesen. In keiner Hinsicht war Eduard Mörike dem realen Weltgetriebe gewachsen; die Existenz, die er führte, war kümmerlich, nicht nur wegen materieller Dürftigkeit. Er verstand es nicht, auf das literarische Leben, auf die Geschmacksrichtung seiner Zeit irgendwelchen Einfluß zu nehmen; er war nur er selbst — ein schwacher Mensch — aber ein großer Dichter. Damals schätzten das nur wenige, heute schätzt es die Welt.

Nun liegt es freilich uns ganz fern, jedem Dichter oder Künstler, der sich in der Pose des Decadenten gefällt, die gleiche Bedeutung beizulegen. Von Pose haben wir hier überhaupt nicht sprechen wollen, sondern im Gegenteil von historischer Notwendigkeit und Tatsächlichkeit. Und es ist von Wert, auch die seltsamen und vom äußeren großen Gang der Zeit abstehenden Erscheinungen in ihrer Eigenart zu betrachten. Unsre Zeit ist von unendlicher Vielgestaltigkeit und Fülle der Entwicklungen; absterbende und aufstrebende Gebilde drängen sich nebeneinander, und für den Betrachter ist es oft schwer, im Drange des Augenblicks die Lebenskraft und den Zukunftswert der einzelnen Individualität richtig zu schätzen. Dies aber kann gesagt werden: daß gegenwärtig zahlreiche dichterische und künstlerische Begabungen vorhanden sind, die in ihrer eignen Sphäre schaffenskräftig sind, aber nicht imstande, auf die Welt und ihren Gang einzuwirken. Der Typus des großen Künstlers, der, wie Michelangelo, von der Mitwelt als „uomo terribile“ empfunden wird, muß erst neu wieder erstehen. Und wenn er entstanden ist, dann wird die Decadence eine überwundene Erscheinung der Literatur und Kunstgeschichte sein.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus der Zeit des Krimkrieges

(Schluß)

Gatschina, den 16. September 1854.

Recht herzlichen Dank für Deinen Brief vom 2. ds. Mts. ebenso schon vorläufig für die mir in Aussicht stehenden guten Lehren, die Du mir aus Düsseldorf senden willst. Du meinst sie gut — ich bin empfänglich dafür, also vorwärts.

Es war mir in den letzten Tagen nicht möglich, Dir zu schreiben, heute soll der Feldjäger aus der Stadt abgehen, so will ich versuchen, ihm hier auflauern zu lassen und diesen Brief noch aufzuhängen.

Dein Brief war mir sehr wertvoll, weil er mir ein zusammenhängendes Bild gibt, wie der König wünscht, daß man seine Politik ansehen möchte. Ob man das aber auch kann, das ist freilich eine andre Frage. Du selbst sagst, es sei nicht Deine Politik (meine ist es auch nicht), dennoch aber suchst Du die Konsequenzen jener Politik, vom Standpunkt des Königs aus, zu vertreten. Auf diesem Punkte will ich Dich attackieren. —

Der Kaiser soll mehr auf das Gewissen und die dereinstige Verantwortung des Königs als auf Deklarationen und Verträge bauen! —

Rekapituliere die Regierungszeit des Königs und vergiß nicht, daß der König mit seiner lebendigen Phantasie sich gern und leicht die Sachen zurechtlegt, wie sie ihm passen, daß er nicht logisch ist, und daß vor allem sein moralischer Mut nicht seinem persönlichen und seinen Intentionen das Gleichgewicht hält. Darin liegt der hiesige und auch nicht eben unbillige Wunsch, etwas schwarz auf weiß zu haben.

Ich ließ Dich bereits durch Gerlach bitten, nicht immer großartige Auffassungen von den unvollkommenen Menschenkindern dieser Welt zu verlangen. Darum würde die Empfehlung der vier Punkte nicht verletzt haben, wenn das „wie" anders gewesen wäre. Lies des Königs bezügliche Briefe und die erbärmlichen begleitenden drei Depeschen an Werther, halte die hiesigen Individualitäten dagegen, und Du wirst zugeben müssen, daß das ganze nicht füglich ungeschickter eingerichtet werden konnte. Man verlangt in Berlin fortwährend, man solle sich hier in die dortige Lage versetzen — wer tut das aber umgekehrt in Berlin in bezug auf hier? — Wenn in Alexandrie harte Urteile gefällt werden und „gros mots" zutage kommen, so ist das traurig, sehr verletzend und schmerzlich für mich, ändern aber tut es wenig, denn sie werden durch andere wegplaziert, wie der Wind und die Laune eben gehen. Benkendorff hat ganz recht, wenn er sagt, „es sei bei dem Kaiser bereits zur alten Gewohnheit geworden, über alles zu schimpfen, was aus Berlin kommt". Der König ringt auch die Hände und schilt, wenn ein Brief des Kaisers kommt; ich habe das

Digitized by Google

selbst mehrfach erlebt, und wenn es nicht am Teetisch oder vor versammelter Familie ist, und wenn man in diesen Dingen in Berlin überhaupt mehr Takt hat, so ist das ein Vorzug, dessen wir uns erfreuen, der aber hauptsächlich darin wurzelt, daß man in Berlin liebt und vertrauen kann — daß man hier nicht liebt und auch nicht vertraut. Es ist das vielleicht unrecht, es ist aber Gefühlssache und obenein zu entschuldigen.

Ob wir die vier Punkte befürworten mußten, darüber will ich nicht weiter viel streiten; ist das aber der Fall, so sind wir bereits kein unabhängiger Staat mehr, denn nur ein abhängiger befürwortet, was er nicht billigen kann, und billigen können wir weder die vier Punkte an sich noch unter den Umständen, wie sie zutage kamen. Die Depesche an W. sagt: das Ensemble derselben stimme mit dem überein, was von hier aus bereits bewilligt worden sei — das ist falsch! Es ist meines Wissens hier nie von Abtretung des Protektorats der Fürstentümer an die fünf Mächte und nie von Revision des Vertrages von 1841 die Rede gewesen.

Ich verlange nicht, daß Preußen den Krieg jetzt schon und im Interesse Rußlands machen solle, ich verlange aber, daß es nicht Dinge tun soll, die es nicht billigen kann, weil das nicht würdig ist, weil es bindet, wenn auch nur moralisch. Wollte man uns darüber den Handschuh hinwerfen, so könnten wir ihn ebensogut aufnehmen, als wenn man uns zum Kriege drängen will.

Deine Folgerung, daß der König die vier Punkte empfehlen mußte, um seiner Politik nicht untreu zu werden, ist mir zu kühn, um sie zu fassen. Wäre sie aber auch richtig und läge in jener Empfehlung eine Konsequenz früherer Schritte — was ich aber nicht zugebe —, so ist es immer ein böses Ding, früher begangene Fehler bis in die äußersten Konsequenzen zu verfolgen, statt sie lieber bei passender Gelegenheit wieder gutzumachen.

Es tut mir leid, daß Du Deinen Brief dem König vorgelesen, gerade wegen des „untreu" werden an der bisherigen Politik, weil das mit Leidenschaft ergriffen und festgehalten werden wird.[1])

Was der König mit seiner Politik bezwecken will, weiß ich, und schilderst Du es auch gewiß sehr richtig. Wo aber ist für ihn die Grenze, um mit den Westmächten in Widerspruch zu treten; wann der Moment, gegen den unglückseligen Einfluß eines österreichischen Ministers, dem sein Kaiser Schritt vor Schritt folgt, entschieden aufzutreten und ein Band zu zerreißen oder ein andres zu knüpfen, was allerdings bös genug und fest genug ist, uns in die allerübelste Lage zu bringen?

Der richtige Moment dazu ist meiner Ansicht nach vorbei — und zwar

[1]) Gerlach notiert am 6. November (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 235): „Der König will Oesterreich vom Kriege abhalten, und es ist unrecht, hier von Inkonsequenz zu sprechen, da man stets dasselbe Ziel fest im Auge hat. Daß man, wenn eins nicht ausreicht, noch einen Versuch auf die russische Nachgiebigkeit macht, ist richtig und gewiß zu entschuldigen, wenn man nur das Ziel nicht drangibt. Münsters stete Vorwürfe nach dieser Richtung halte ich daher für falsch."

Digitized by Google

durch die Art der Befürwortung, durch diese selbst, durch die Entschuldigung der letzten österreichischen Schritte.

Will der König den Krieg zwischen Oesterreich und Rußland in loyaler Weise hindern, so müßte er sich auch gegen beide gleich stellen — bisher und auch jetzt noch, ist seine bezügliche Stellung keine unparteiische, sondern eine Rußland wesentlich feindlichere, trotzdem er Oesterreich unrecht geben muß. — Trotzdem ist es möglich, daß er auch so den Krieg hindert, er wird aber den Dank von keiner Seite haben, und das Ressentiment von Rußland kann ihm natürlich nicht fehlen. Rußland ist dabei in seinem Recht, und in Preußens Interesse liegt es wahrlich nicht, es zu kränken; was wir hier verlieren, macht das vielleicht gerettete Oesterreich nimmer gut, auch nicht der Gewinn der doch nur momentan beschworenen Revolution.

Menschen, die sich nicht retten lassen wollen, die sind nicht zu retten, so ist es auch mit Regierungen, hier mit Oesterreich; erst wenn es begriffen haben wird, daß es nicht auf der Höhe seiner Stellung steht, oder wenn es Buol, Bach und Grünne abgeschafft haben wird, oder wenn es so in der Patsche sitzen wird, daß es selbst das Bedürfnis der Rettung haben wird, ist ihm zu helfen. Solange das aber nicht ist, ertrinken die Rettungsbeflissenen gleichzeitig mit dem zu rettenden Individuum.

Du sprichst immer noch von der heiligen Allianz — ich legte sie längst zu den Toten. Sie wieder heraufbeschwören zu wollen, ist ein unfruchtbares Totengräberhandwerk. 1830 ward die erste Bresche geschossen, 1848 die zweite, 1850 die dritte. 1853 in Warschau war der letzte Moment, um sie wieder auszuflicken und widerstandsfähig zu machen — die Architekten entbehrten einer höheren Auffassung, die moralische Kraft fehlte obenein. So brach 1854 das Ganze zusammen. Hin ist hin! Nehmen wir die noch vorhandenen Bausteine und richten wir damit ein neues Gebäude auf, denn mit dem alten ist es nichts mehr. In Preußen fehlt es an der energischen Persönlichkeit, in Wien am Willen, hier sagt man in sich zurückgezogen: George Dandin, tu l'as voulu, und das nicht mit Unrecht.

Man soll hier gemäßigt bleiben, wenn Buol den Kaiser F. J. auch noch zu zehn falschen diplomatischen Schritten verleitet! — Sehr gut! Diplomatische falsche Schritte binden den Kaiser F. J. aber und ändern wesentlich an der Position. Erheischt diese dann die militärischen Konsequenzen der diplomatischen Fehler, dann ist man abermals auf dem Punkte angekommen, wo hier Konzessionen gemacht werden sollen. — Das rettet Oesterreich nicht, es muß erst in der Patsche sitzen, man muß es fallen lassen, daß die Wellen über ihm zusammenschlagen, dann erst wird es wieder zur Besinnung kommen. Alles mit Liebe führt uns nicht zum Ende.

Wenn Preußen seit der von Dir gebrachten russischen Antwort so viel geleistet hat, in Wien, in Frankfurt, gegen die Westmächte, wenn man hier nicht weiß, was der König dem Kaiser F. J. geschrieben, und wie die Westmächte gedroht haben usw. — warum wird denn das hier nicht geltend gemacht? Das

Digitized by Google

Berliner Kabinett glänzt doch sonst nicht durch Bescheidenheit, und warum basiert man nicht auch darauf Befürwortungen und Forderungen, wenn diese Punkte doch so ins Gewicht fallend sind, wie Du sie mir darstellst? —

Die Bestellung des Königs an den Kaiser habe ich diesem vorgelesen — ich schrieb darüber bereits gestern an Gerlach und wiederhole es hier für den Fall, daß Dir jener Brief nicht zu Gesicht kommen sollte.

Der Kaiser nahm die Sache gut auf, ebenso wie meine dringenden Bitten, die Schwierigkeiten doch ja nicht übersehen zu wollen, die Preußen aus einem Bruch mit England erwachsen müßten. Ich wies auf die Jugend des Kaisers und daher Vernachlässigung der Geschäfte usw. hin. Dies machte Eindruck und erweckte den Ausspruch: „Nun dann ist ja Hoffnung, daß es gelegentlich wieder besser wird."

Von dem Vereinigtbleiben der drei nordischen Mächte wollte der Kaiser nichts hören und sagte mir: „Der König schreibt mir auch vom Kaiser ‚il vous rendra son amitié'. — Bien merci je n'en veux plus, je n'ai plus besoin d'un cadeau pareil. Nous sommes maintenant à deux, à moins que l'Empereur ne revienne à nos principes — usw. Dazu aber ist wenig Aussicht, und da hoffe ich immer noch, daß im äußersten Fall mein Freund Lindheim und der alte Ziethen in meiner rechten Flanke aufmarschieren werden."

Du begreifst, daß ich diese Richtung der Unterhaltung fallen lassen mußte, denn sonst hätte die Phantasie und Rache uns wer weiß wohin geführt.

Der Kanzler war sehr entzückt von Deinem Briefe — gib dem Mann noch zehn Jahre Leben und nimm dann den hiesigen Gesandtenposten.

Nochmals meinen besten Dank für Deinen langen, interessanten Brief. Sei nicht empfindlich, wenn ich nicht überall Deiner Ansicht sein und nicht Dein Vertrauen teilen konnte. Ich leide selbst genug darunter und habe deshalb hier doppelt schwere Tage. Ich sehne mich nach einfacheren Verhältnissen.

Du sagst gar nichts von Deiner Gesundheit, so geht es Dir hoffentlich gut. — Grüße Frau und Kind. Ich bin sehr beleidigt, daß Hans Carl mir auf meinen Brief nicht geantwortet hat.

Wie immer Dein

Nachschrift

Berta und Elise sind wohl.

Der Marsch der Garden ist sehr albern und hauptsächlich Schuld des Thronfolgers. Kanzler, Kriegsminister konnten es nicht hindern, Liewen war weggeschickt. Uebrigens ist das Ganze nichts als Bereitschaftswut, weiter nichts.

*

Es seien hier aus Gerlachs Denkwürdigkeiten[1]) Bruchstücke von Briefen des Grafen Münster an den König vom 24. und 28. September 1854 ein-

[1]) Bd. II S. 217 ff.

Digitized by Google

geschaltet, die im Zusammenhange mit den in der Manteuffel-Korrespondenz berührten Fragen stehen.

Am 6. Oktober notiert Gerlach:

„Der Kaiser von Rußland sagte, nach einem Briefe von Münster vom 24. September, also vor der Nachricht von der Schlacht an der Alma:

Nach den Erfahrungen, die ich im Laufe des letzten Jahres gemacht habe, bin ich der Ueberzeugung, daß ich dem Kaiser von Oesterreich nicht mehr helfen kann, weil er sich nicht helfen lassen will. Mein Herz leidet nicht mehr, seitdem ich weiß, daß ich meine Liebe, meine Freundschaft und meine Hilfe weggeworfen habe. Eine Herstellung der heiligen Allianz ist unmöglich ci moins qu'un miracle se fasse. Der Kaiser Alexander gründete sie auf den Boden des Christentums, der Kaiser von Oesterreich steht nicht mehr auf diesem Boden. Mit dem Könige bin ich bereit, durch dick und dünn zu gehen, wenn er es will. Wir sind stark genug, den Freunden des Halbmonds zu widerstehen, und mit Gottes Hilfe würden wir den Sieg davontragen. Meine Schuld ist es wahrlich nicht, daß die alte Allianz sich nach und nach gelockert und daß sie jetzt auseinandergefallen ist. Ich habe an dem Prinzip der Legitimität nicht gerüttelt, der Volkssouveränität auch nicht gehuldigt. Kommen jetzt wieder revolutionäre Bewegungen zum Vorschein, so bedauert das niemand mehr als ich. Ich habe dem Fürsten Gortschakow befohlen, die Posten an der Grenze schießen zu lassen, wo sich Türken zeigen, aber präsentieren zu lassen, wo sich Oesterreicher zeigen usw." Dann über die Räumung der Fürstentümer, daß dies in Voraussetzung geschehen, Oesterreich würde sich vor die Türken stellen. „Ja, allerdings ist der Krieg entstanden zur Sicherung der Lage der Christen. Für den Glauben habe ich mein Volk aufgerufen, für den Glauben sind meine Armeen marschiert, das soll auch der König festhalten und vor allem von mir nie Friedensbedingungen begehren, die dem widerstreiten, was ich für den Glauben verlangt habe. Ich habe bereits Opfer gebracht, und schwere Schläge können mich treffen, davon aber kann ich nicht abgehen, denn das bin ich dem Volk schuldig, das mit einer wahrhaft christlichen und imposanten Hingebung zu mir steht."

Eine andre Notiz Gerlachs vom 5. Oktober lautet:

„Heut mittag ein Brief von Münster an den König vom 28. September. Der Kaiser hat zu ihm gesagt:

Ich habe Ihnen heute sehr traurige Nachrichten zur Mitteilung an den König zu geben. Ich muß nach allem, was ich höre — detaillierte Berichte habe ich nicht, da die Kommunikation nicht mehr sicher, ja zurzeit vielleicht bereits ganz abgeschnitten ist — den Fürsten Mentschikow in dem Gefecht an der Alma am 20. August als geschlagen betrachten. Er erwartete den Angriff auf Zentrum und rechten Flügel und hatte deshalb den linken Flügel nicht allein zu weit vorgeschoben, sondern auch wohl nicht auf die Mitwirkung der feindlichen Flotte gehörig gerechnet. Der Fürst ward mit sehr überlegenen

Digitized by Google

Kräften angegriffen, sein linker Flügel litt sehr von dem Feuer der Flotte, so trat er den Rückzug an und glaubte unter den obwaltenden Umständen bis Sebastopol keine haltbare Stellung mehr zu haben. So zog sich Mentschikow über die Katscha des Belbeck durch das Tal von Inkerman um die Meeresbucht auf Sebastopol zurück und stellte sich rechts davon hinter dem Abschnitt von Inkerman und hinter der Bucht auf. Auf der nördlichen Seite blieb eine Arrieregarde unter Fürst Peter Gortschakow zurück. Gelingt es nicht, den Feind vom nördlichen Ufer der Bucht abzuhalten, was ich nicht hoffen kann, wenn mir auch Mentschikow schreibt, er glaube in einigen Tagen wieder zur Offensive übergehen zu können, so ist meine Flotte unbedingt und Sebastopol wahrscheinlich auch verloren. Es kann sich daran füglich der Verlust der ganzen Krim anreihen, wenn es so Gottes Wille ist, all' das Unglück über mich zu verhängen. Sagen Sie aber dem Könige, daß dies alles und selbst noch weit größere Verluste mich nicht schwach finden werden und daß ich deshalb auch nicht um das Geringste von dem abweichen werde, was ich für den Frieden verlangt habe und verlangen muß. Verliere ich die Flotte und Sebastopol, worauf ich ganz vorbereitet bin, so bin ich auch ganz darauf gefaßt, daß Oesterreich, von meiner Lage profitierend, mir den Coup de pied de l'âne versetzen wird, da ich aus Bessarabien natürlich Truppen wegnehmen muß, um die Krim wieder zu nehmen, falls die Feinde dort etwa bleiben wollten. Sagen Sie dem König, daß ich auf ihn rechne, daß er Oesterreich wenigstens von dieser Infamie abhalten würde. Von einer Allianz der drei Mächte ist leider nicht mehr die Rede, hoffentlich läßt mich aber der König hierbei nicht im Stich und hält mir Oesterreich vom Leibe."

Und schließlich zeichnet Gerlach am 10. November 1854 auf:

„Ein Brief von Münster, den ich bei meiner Rückkehr von Berlin 9 Uhr morgens hier fand, hat mich ganz melancholisch gemacht. Der König schreibt an Werther: „Einem Angriff Oesterreichs, Englands und Frankreichs widerstehen zu wollen, wäre Tollheit, und jeder gewissenhafte Regent muß sich da fragen: Warum? Das Minimum, was ich in diesem Fall tun könnte, wäre les dehors d'une brouille avec la Russie, Abberufung der Gesandten, Grenzsperre usw." Der Kaiser hat darauf geantwortet: „Wenn der König schon von einer brouille mit mir spricht, so wird er auch dabei nicht stehen bleiben, sondern mir auch den Krieg machen." (Das ist aber nicht richtig.) „Ich hatte gehofft, wir würden zusammenstehen oder fallen wie 1813 und 1814. Wie mein Bruder damals würde ich auch jetzt gehandelt haben, und ich bin überzeugt, wir würden stark genug sein. Wenn aber der König anders denkt, und wenn ihm spezielle Verluste und die Kriegskalamität höher gehen als die Unabhängigkeit und die Ehre Preußens, so habe ich darüber kein Urteil weiter, weil darin bereits meines Erachtens eine Art von Abdikation als unabhängiger Staat liegt. Für mich ist es aber ein tiefer Schmerz und, ich verhehle es nicht, ein neues Unglück." Münster hat diese Reden des Kaisers ohne eigne Ueber-

Digitized by Google

zeugung widerlegt und appelliert von der Staatsklugheit an das gute Gewissen, das gute Recht und den alten Gott. Die Kaiserin war auch sehr betrübt und außerdem unwohl. Aus einem vertraulichen Zettel Münsters erfahre ich noch, daß von einer Entrevue des Königs mit Bonaparte die Rede gewesen. „Der Ministerpräsident schreibt an Werther, daß Nr. 3 vielerlei Demarchen mache, um eine Zusammenkunft mit dem Könige zu haben. Der König wolle nicht, er halte es aber doch des Bedenkens wert, weil dadurch England argwöhnisch und Oesterreich ängstlich werden würde, wenn es dies erlebe, und wenn man aus diesen Stimmungen dann dem Frieden vielleicht nähertreten könnte." Münster ist prinzipiell gegen eine solche Zusammenkunft, hält sie aber doch relativ für gut, wenn sie das englisch-französische Bündnis sprengt. Ich lief diesen Brief in den wenigen Minuten durch, die mir bis zum Vortrage blieben ... und kam noch vor 10 Uhr in dem Grünen Zimmer zum Vortrage. Ich las Münsters Briefe fast ganz vor und sprach mich offen aus über die Unmöglichkeit der französischen Allianz und über Manteuffels Bonapartismus. Der König schalt auf die russische Politik als hochmütig einerseits und zur unrechten Zeit nachgiebig auf der andern Seite, sagte, der Kaiser Nikolaus müsse sich direkt an Oesterreich wenden, entgegnete mir aber, die Antwort auf sein „Warum?" in dem Briefe an Werther sei die: Wenn man ihn zu einem Kriege zwingen wolle. Von der Zusammenkunft mit Bonaparte habe er nur obiter gehört. Ich bat um Vollmacht, dies, wie Seine Majestät es gesagt, nach Petersburg schreiben zu dürfen, die ich erhielt. Nun meldete ich sofort an Münster diese beiden Aeußerungen des Königs, d. h. die über das „Warum" und die über die Zusammenkunft mit Bonaparte. „Es ist kein Glück, wenn es Rußland und Preußen gelingt, Bonaparte von der englischen Allianz zu trennen," schrieb ich, „das führt zur Allianz mit Rußland, und die russisch-französische Allianz ist schlimmer als die englisch-französische." ... Von Münster kam noch ein Brief vom 4. November, daß die vier Punkte als objets de negotiation angenommen wären, obschon er, Münster, nachdem man gesagt, sie seien inadmissibles pour notre honneur, diese Nachgiebigkeit jetzt nicht für möglich gehalten hätte. Ich schrieb an Münster nun noch einen dritten Brief ... Als ich den letzten Brief von Münster inklusive einem militärischen Bericht Seiner Majestät vorlas, bemerkten Sie, Münsters Politik wäre eine Wachtparadenpolitik, worauf ich, daß die Wachtparadenpolitik schon öfter viel besser als die Diplomatenpolitik gewesen sei, und daß ich diese Politik im gegebenen Falle teilte. Ich schrieb noch an Münster, die Nachricht, die der Kaiser Nikolaus über die Zusammenkunft des Königs mit Nr. 3 aus Frankfurt hätte, beruhte gewiß auf Bismarcks Reden, womit er Oesterreich schrecken wollte, nannte aber Bismarck nicht. Dann sprach ich auch mein Bedauern aus, daß selbst der Kaiser eine Zusammenkunft mit Bonaparte für möglich hielte."

Soweit die Aufzeichnungen Gerlachs.

*

Digitized by Google

Gatschina, den 30. Dezember 1854.

Herzlichen Dank für Deine Zeilen nebst Glückwunsch zum neuen Jahre, den wir hiermit bestens erwidern. Berta dankt sehr für das Buch. Elise hat Deinen Brief auch erhalten und ist wohl.

Es tut mir leid, daß Du mir nicht ausführlicher schreiben konntest; auch von Gerlach und Niebuhr hörte ich seit den letzten Begebenheiten nichts, und der offizielle Verkehr des Ministeriums mit der Gesandtschaft ist eben nicht erhebend. Der Schriftwechsel mit Berlin hat von dort aus insofern einen traurigen Charakter angenommen, daß man hauptsächlich Depeschen schreibt, um sich damit den Rücken gegen die Westmächte zu decken, indem man sie drucken läßt. Die Politik ist auf diese Weise nur noch dem Namen nach ein Verkehr zwischen den Kabinetten, während dem Wesen nach die Depeschen für das Publikum und für die Kabinette geschrieben werden, an die sie eben nicht gerichtet sind. Das ist recht kleinlich.

Man schreibt von hier, man nähme die vier Punkte hauptsächlich an, um einen Bruch in Deutschland zu vermeiden. Das nahm man in Berlin entsetzlich übel, fand es kompromittierend, remonstrierte dagegen hierher und ließ es drucken. Gut! Preußen verlangt immer, man solle sich hier doch nur in seine Lage denken usw. Hat denn Rußland nicht seinem Volke gegenüber auch nötig, Motive aufzustellen, wenn es das annimmt, was es vorher als „inadmissible pour son honneur" bezeichnete? Warum setzt man sich nun nicht auch einmal in seine Lage? — Bald darauf schreibt man von hier eine sehr anerkennende dankende Depesche nach Berlin und beansprucht des Königs Unterstützung in den Konferenzen in einer für Rußland annehmbaren Interpretation der vier Punkte. Auch diese Depesche mit ihrem verbindlichen Inhalt weist man zurück, und dürfte die Antwort wohl auch nächstens in den Zeitungen stehen. Die russische Depesche war derart, daß der Ministerpräsident sie gar nicht in die Kanzleien zu geben brauchte, wenn er, leider mit Recht, deren Indiskretionen fürchtete. Genug, man scheint in Berlin nicht vertragen zu können, daß man von hier aus Preußen anders und anerkennender behandelt als die drei andern Mächte und namentlich als Oesterreich, während man sich hier doch sagen muß, daß Preußen sich doch wesentlich anders gegen Rußland benommen hat, man mit ihm also auch auf einem anderen Fuße steht als mit Oesterreich. Die Depesche an Bernstorff und Hatzfeldt, durch die man den Beitritt zum Vertrage vom 2. Dezember[1]) ablehnt, wirst Du selbst gelesen haben. Auch die Piece ist feindlich gegen hier gehalten und mindestens nichts weniger als neutral. Man fährt fort, sich trotz allem mit den Westmächten zu assoziieren, Hand in Hand zu gehen. Behufs Erreichung des Friedens spricht man von „Position menaçante de la

[1]) Am 2. Dezember 1854 hatte Oesterreich (ohne Vorwissen Preußens) mit den Westmächten einen Vertrag geschlossen, der hauptsächlich ein Schutz- und Trutzbündnis für den Fall, daß Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Rußland ausbrechen sollten, darstellte. Preußen lehnte den ihm von den drei Mächten angebotenen Beitritt zu diesem Vertrage am 19. Dezember ab.

Digitized by Google

Russie", während Oesterreich mehr als 200000 Mann an seinen Grenzen anhäufte. Genug, man ist und bleibt nichts weniger als neutral, trotzdem Rußland alles und weit mehr getan, als was wir von ihm verlangten.

Hier nun ist man ungemein friedlich und wird auf alles eingehen, was irgend möglich ist, doch auf keine Gebietsverringerung, auf keine Limitierung der Macht, wo es auch sei, und auf keine Kriegskostenzahlung. — Nach Gortschakows Meldung ist Frankreich traitabler als England; ist das wahr, so ist es vielleicht möglich, die Allianz zu sprengen?

So liegt die Sache hier in diesem Augenblick. Vor Preußens Schritten ist man natürlich sehr besorgt, namentlich wenn es Agenten wie Usedom braucht; auch verhehlt man sich nicht, daß mit Preußen auch Schweden ins feindliche Lager gehen würde.

Unsre Lage finde ich recht ernst, aber nicht gefährlich, weil ich überzeugt bin, daß man unsre sogenannte Neutralität respektieren wird, wenn wir das nur mit Nachdruck und dem Degen in der Hand verlangen. Gehörte ich zu den Räten des Königs, so würde ich der Meinung gewesen sein, nach dem 2. Dezember den Aprilvertrag usw. als gelöst zu betrachten und Oesterreich anzukündigen, daß das erste Blockadeschiff vor den Ostseehäfen für Oesterreich, seitens Preußens, ein Casus belli sein würde.

Es geht mir wieder besser als zu der Zeit, wo ich Dir das letztemal schrieb, weil ich meine Rechnung gemacht habe. Meine Schiffe betrachte ich als verbrannt, doch fechte ich weiter, solange ich nur noch den schlüpfrigen hiesigen Boden unter den Füßen habe. Hättest Du des Königs Briefe an W. mit dem „Minimum", was er tun könne, falls England, Frankreich und Oesterreich gegen ihn aufträten, gelesen, sowie Deines Vetters Privatbriefe an W., kenntest Du die Indisziplin und Verräterei im Auswärtigen Ministerium, wolltest Du Dich erinnern, was der König mich hier nach und nach sagen hieß, was Du mir selbst in Deinem von ihm sanktionierten Briefe schriebst, und dagegen halten, was bisher geschehen ist, so würdest Du mich auch begreifen.

„Werther ist gut." — Werther ist es nicht, weil er kurzsichtig und fremdem Urteil, bei eigner Ueberhebung, doch zu zugänglich ist, wo er es gerade aus einem klugen Kopfe entsprungen wähnt. — Mit der Kaiserin geht es langsam besser, doch sind wir wohl noch nicht über den Berg. Gott unterstütze Dich in Wien!

Wie immer Dein

(Nachschrift.) Das vorgestern publizierte Manifest fiel in einen ungünstigen Moment. Es sollte die Nation auf eine bloße Defensive und auf einen mindestens nicht glänzenden Frieden vorbereiten. Der Feind wird es anders ausbeuten, darum war es dumm, es jetzt loszulassen, da man vielleicht bald wieder eins geben muß.

*

Aus dem Jahre 1855, dem Todesjahre des Kaisers Nikolaus, sind Briefe Münsters an Manteuffel nicht vorhanden, aus dem Jahre 1856 auch nur der nachfolgende.

Digitized by Google

Petersburg, den 30. Juli 1856.

Du willst meine Ansicht über den Ersatz in meiner hiesigen Stellung hören. Ich kann nur darauf zurückkommen, was ich stets behauptet habe, daß mir unter den obwaltenden Verhältnissen der Major Freiherr v. Bergh als der geeignetste Offizier für hier erscheint, wenn es sich darum handelt, gute Berichte über die Armee, innere Zustände, über den Hof, wie er öffentlich erscheint und was er hinter den Kulissen treibt, zu haben.

Handelt es sich mehr darum, den Kaiser im Lauf des Winters auf einige Jagden zu begleiten, mit ihm zu spielen, Witze an der Tafel zu machen und mit den Leuten hier zu kneipen, so mag General v. R. wohl an seinem Platze sein. Nie aber wird er so mühsam und zuverlässig in den Nachrichten sein, die er gibt, eben weil es anfänglich mühsam ist und man sich manchen Gang, manche langweilige Bekanntschaft, manche Höflichkeit, Gefälligkeit, Kommission im Auslande usw. nicht darf verdrießen lassen.

Bergh wird nie etwas verderben, R. aber sehr leicht, Bergh wird mehr erfahren. Dazu kennt Bergh die russische Armee sehr genau in ihrer Organisation usw. und viele Leute hier — R. weiß nichts und kennt wohl niemand. Bergh weiß mehr von den beiden Höfen, namentlich auch aus früherer Zeit als R., kann also auch mehr Auskunft an die Kaiserin-Mutter und den Kaiser geben. R. wird vielleicht amüsieren, wenn er nicht fatiguiert — Bergh wird man langweilig finden, er wird sich aber nützlich machen durch allerhand literarische und künstlerische Kenntnisse, Bilder-, Bücherbesorgen, bestellen, proponieren usw. Dazu steht er gut mit Werther und dürfte von Budberg und Benkendorff als Russenfreund empfohlen werden. —

Notwendig ist unbedingt die Kenntnis der französischen Sprache in Rede und Schrift, da die schriftlichen Geschäfte in den letzten Jahren mit dem Kriegsminister und Graf Adlerberg sehr zugenommen haben.

Im allgemeinen ist die Stellung nicht mehr das, was sie war, wird es auch nie wieder werden und mit meinem Abtritt noch weniger intim sein, als sie es durch die Persönlichkeit dieses Kaisers ohnehin bereits geworden ist. Außer bei Revuen sieht man ihn sehr selten, und wenn er einladet, so ist es ihm kaum angenehm — bequem gewiß nicht; es ist also ziemlich gleichgültig, ob der Eingeladene etwas mehr oder weniger unterhaltend ist, wesentlich aber, wenn er nicht geläufig französisch spricht.

Genug, ich würde Bergh hersenden und bedauere, daß er nicht zu dem Gefolge des Prinzen[1]) gehört, damit ich ihn hier gleich hätte bekannt machen und introduzieren können, wenn auch nur unter der Hand. Vielleicht könnte er noch mitkommen, da es nun wohl nicht mehr darauf ankommt, ob noch einer mehr auftritt. Vielleicht könnte er als Adjutant bei Graf Redern fungieren, da ich zu meiner Verwunderung aus der Liste ersehen habe, daß weder Redern

[1]) Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen stattete im Sommer 1856 dem Zarenhofe einen Besuch ab.

Digitized by Google

seine Tochter, noch Plötz seine Mutter mitbringt, die ja obenein eine Schwester des hiesigen Polizeiministers ist.

Wie kommt es nur, daß nicht auch der Hofrat Louis Schneider bei dieser preußisch-polnisch-napoleonischen Gesandtschaft ist?

Was meine Abberufung anbelangt, so hoffe ich, daß ich dieselbe hier zuerst erfahren werde oder noch besser der Kaiser zuerst. Daß nur keine Nachrichten seitens der russischen Gesandtschaft oder Schneiders durch Briefe oder den Telegraphen hier vorher anlangen. Jetzt kann die Bombe überhaupt bald platzen. Der Kaiser bleibt bis 15. September in Moskau — geht dann nach Kiew, das würde für mich wohl der Moment des Abschiedes sein, ich würde dann etwa Mitte Oktober in Berlin sein können, also am 1. Oktober noch hier auf meinem Posten sein. Dies wegen der Geldfrage.

Daß der König in dem bezüglichen Briefe an den Kaiser ganz auf „Sich-bewogen-finden" bezug nimmt, ist recht gut, weil es königlich-preußisch ist. Hoffentlich bleibt es dabei und kommt weiter kein Annex dazu.

Wie steht le jeune Hohenzollern zum König? Rechnet er als Cousin du Roi? Es wird das bei etwaigen Ordensverleihungen Schwierigkeiten machen, da man dergleichen Princillons hier nicht als solche, sondern wie in Oesterreich als Leutnants behandelt, und namentlich Anton Radziwill nicht anders behandelt werden würde. Besser ist es bestimmt, wenn er ohne preußischen Orden hierher kommt. Mache Moltke vorher doch ja zum General — es ist meinetwegen besser, auch ist er nah heran, sonst habe ich stets den Rang vor ihm. Das wäre nicht gut und gar nicht nötig, könnte ihn auch verdrießen. In bezug auf den Ersatz für Benkendorff schwankt der Kaiser noch; doch ist nur von Personen aus der Suite die Rede, ich denke, es wird Nikolaus Adlerberg, der Mann der Krüdener, werden. Sollte letzterer auch etwa von den Majestäten nicht beliebt werden, so gebe ich zu bedenken, daß zurzeit hier niemand so en faveur ist als die Familie Adlerberg, daß die Adlerberg-Krüdener und dann auch ihr Mann die Berliner Stelle wünschen. Man würde also in ein Wespennest stechen, wenn man diese Wahl verwirken wollte, obschon sie mir nicht gefallen will. Ich würde Oberst Graf Alexander Stroganow vorgezogen haben. Auch von ihm ist die Rede, sogar von Emil Wittgenstein, doch sind das alles Geheimnisse. — Ganz gesund bin ich noch immer nicht. —

*

Am 18. September 1856 wurde Graf Münster seiner Stellung als Militärbevollmächtigter enthoben und zum Kommandeur des Regiments Gardedukorps ernannt. Ueber seinen Abgang aus Petersburg heißt es in einem Briefe (Potsdam, 11. Dezember 1856) an Manteuffel:

Mein Abzug aus Rußland war schwerer und peinlicher, als ich es mir gedacht, weil ich vielfach auf mehr Wohlwollen und Anhänglichkeit stieß, als ich erwartet hatte, namentlich bei Personen, wo ich am wenigsten darauf

Digitized by Google

gerechnet. Der Kaiser selbst war gut, teilnehmend und sichtlich schmerzlich durch meinen Abgang berührt — er, wie namentlich die Adlerberge und Dolgorucki wenig befriedigt von meinem Nachfolger. Ob sich das mit der Zeit besser machen wird, weiß ich nicht, doch glaube ich es kaum, da R. hier wie dort zuviel von seinem Verdruß über diese Sendung spricht...

Einige Bemerkungen zu den Wirren auf der Balkanhalbinsel

Von einem österreichischen Staatsmann a. D.

An einem der ersten Februartage des Jahres 1904 hatte der japanische Minister des Aeußern Baron Komura den russischen Gesandten in Tokio, Herrn v. Rosin, zu sich bitten lassen, um ihm mitzuteilen, daß die Regierung, in Erkenntnis der Fruchtlosigkeit weiterer Verhandlungen über die damals zwischen beiden Staaten schwebende Streitfrage wegen Korea, beschlossen habe, weiterhin nach freiem Ermessen vorzugehen und die diplomatischen Beziehungen mit dem Zarenhof abzubrechen; der japanische Vertreter in Petersburg sei beauftragt, in derselben Stunde, unter Berücksichtigung des Zeitunterschiedes, dem Grafen Lamsdorff gegenüber die gleiche Erklärung abzugeben und sohin seinen Posten zu verlassen.

Monatelange Verhandlungen waren diesem entscheidenden Schritt vorausgegangen. Während die offiziellen Kreise in Petersburg einem billigen Vergleich mit Japan augenscheinlich zuneigten, machte sich neben oder über der Regierung der Einfluß unverantwortlicher, im Hintergrund wirkender Persönlichkeiten geltend, die, sei es von Ehrgeiz und Machtdünkel, sei es von eigennützigen Absichten mißleitet, Politik auf eigne Faust trieben und den Absichten der Regierung entgegenarbeiteten. Diese Zwiespältigkeit äußerte sich in der russischerseits angewendeten Methode bei den mit Japan geführten Verhandlungen; bald sollten sie in Petersburg, bald wieder in Port Arthur bei dem dort residierenden Generalgouverneur des „fernen Ostens", Admiral Alexejew, stattfinden; die Instruktionen der russischen Vertreter waren häufig widerspruchsvoll und verzögerten sich, so sehr Japan auch drängte, über Gebühr, wenn sie nicht ganz ausblieben. So geschah es, daß die Regierung des Mikado das Spiel endlich satt bekam und sich entschloß, das, was sie mit der Feder nicht erreicht hatte, durch das Schwert zu erkämpfen.

In der ernsten Lage, der Europa infolge der bisherigen Entwicklung der Balkankrise preisgegeben ist, drängt sich die Erinnerung an die Umtriebe auf, welche vor neun Jahren den Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges mitverschuldet hatten. Denn wenn auch die gegenwärtig auftretenden Faktoren ebenso wie die politischen Ziele gewechselt haben, so ist doch eine gewisse Analogie

Digitized by Google

der von gewissen russischen Faktoren jetzt befolgten Taktik mit der damaligen nicht zu verkennen. Wieder macht sich der Einfluß außenstehender Kreise auf die offizielle Geschäftsführung deutlich geltend, wieder sehen wir das amtliche Rußland in entscheidenden Momenten zögern, wo rasches Handeln die auftauchenden Schwierigkeiten leicht im Keim erstickt hätte, wieder haben wir bis zum Ueberdruß von der Anwendung kleinlicher Verlegenheitsmittel, wie Ausbleiben der Instruktionen u. dgl. m., zu hören.

Die nächsten Tage oder Stunden können für die Geschicke Oesterreich-Ungarns von historischer Bedeutung sein. Unser sehnlicher Wunsch, daß die Balkankrise sich nicht zu noch weit größeren Komplikationen erweitere, darf und wird uns nicht abhalten, diese ruhig an uns herantreten zu lassen und ihnen, wenn es sein muß, mit männlicher Entschlossenheit ins Auge zu blicken.

Angesichts der Opfer, welche die Monarchie seit Beginn der Krise im Interesse des Friedens schon gebracht, der wiederholten Herausforderungen, die sie mit äußerster Geduld ertragen hat, fällt es dem Oesterreicher, der sein Vaterland trotzdem im Begriff sieht, in den Wirbel des Balkankriegs hineingezogen zu werden, schwer, ruhiges Blut zu bewahren; dennoch mögen in aller Objektivität und ohne Voreingenommenheit die Verhältnisse in Betracht gezogen werden, welche die in Europa jetzt vorwaltende Beunruhigung herbeigeführt haben.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse seit dem Ausbruch der Balkankrise spielten sich für den Außenstehenden und wohl auch für so manchen zünftigen Politiker als eine Serie von Ueberraschungen ab.

Zunächst gilt dies schon von dem unmittelbaren Ausgangspunkt jener Wirren, dem Abschluß einer Offensivallianz der vier christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei. Im gegenseitigen Verhältnis Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros war, nach deren Entwicklungsgeschichte, das trennende Moment stets mehr hervorgetreten als das einigende. Die mit den Namen Slivnica und Pirot verknüpften Erinnerungen schienen, was die serbisch-bulgarischen Beziehungen betrifft, zu frisch, die nationalen, konfessionellen und dynastischen Rivalitäten, welche die Beziehungen der vier Königreiche so häufig verbittert hatten, zu tief gewurzelt, als daß die Ueberbrückung dieser Gegensätze oder gar das Zustandekommen eines Bündnisses in Kombination zu ziehen gewesen wären.

Völlig unerwartet, wie dies von berufenster Stelle im deutschen Reichstag offen zugestanden ward, kamen dann die rasch aufeinanderfolgenden Niederlagen der türkischen Feldarmeen, welche, statt wie allgemein geglaubt wurde, ihren Gegnern mindestens gewachsen zu sein, ihnen nirgends standhalten konnten; das Zusammenbrechen fast des ganzen europäischen Besitzes der Türkei war militärisch schon nach den ersten Wochen des Feldzuges als besiegelt anzusehen.

Mag die Schaffung der Tripelentente, dieser als Gegengewicht gegenüber dem Dreibund gedachten politischen Konzeption König Eduards, auf andern Gebieten die Erwartungen ihrer Teilnehmer erfüllt haben, so erwies sich die

Digitized by Google

Gruppierung der Großmächte in zwei Lager, und die aus deren Meinungsverschiedenheiten und gegenseitigem Mißtrauen resultierenden Aktionsunfähigkeit im Verlauf der jetzigen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel als höchst unheilvoll, insofern auch die gewaltigen Machtmittel der Großstaaten nicht verhindern konnten, daß die Autorität des europäischen Konzerts sukzessive immer weiter sank. Ein energischer Einspruch der Mächte hätte den Ausbruch des Kriegs überhaupt unmöglich gemacht; sie begnügten sich aber bei Beginn der Feindseligkeiten, den kriegführenden Parteien zu verkünden, daß, wie immer das Ergebnis des Kampfes auch sein möge, der territoriale Statusquo unverändert bleiben werde: demungeachtet genügten schon die ersten Erfolge der Verbündeten den Großstaaten, um dieses Prinzip fallen zu lassen, und als die Türken, bis hinter die Linien von Tschataldscha und in die Festungen Adrianopel, Janina und Skutari zurückgedrängt, die Mediation der Mächte erbaten, stellten diese noch das Verlangen, die Pforte möge auf das tapfer verteidigte thrazische Bollwerk zugunsten der Bulgaren Verzicht leisten. Nach Ablauf des Waffenstillstandes wurde auch diese Festung, ebenso wie Janina, von den Verbündeten erobert; was die seit sechs Monaten belagerte Stadt Skutari betrifft, lag ein einstimmig gefaßter, durch die internationale Flottendemonstration bekräftigter Beschluß der Großstaaten vor, demzufolge diese Stadt dem Gebiet zugewiesen wurde, dem sie nach ihrer Lage und der Nationalität ihrer Einwohnerschaft angehört, nämlich dem neu zu schaffenden Staat Albanien. Anderseits zeigte sich Bulgarien geneigt, den Einspruch der Mächte gegen das bulgarische Vordringen an die Küste des Marmarameeres zu berücksichtigen. So schien also das Feuer des verheerenden Kriegszuges, in sich zusammengebrannt, im Begriffe zu erlöschen, der endliche Friedensschluß in greifbare Nähe gerückt.

Da ergab sich nun als neue, die ganze Situation in bedenklicher Weise komplizierende Ueberraschung, die Besitzergreifung von Skutari durch die montenegrinischen Truppen auf Grund einer durch politische Machenschaften herbeigeführten Kapitulation, ein Akt, der enthusiastische Freudenausbrüche in panslawistischen Kreisen hervorrief und an dem König Nikolaus trotz des vorausgegangenen Einspruchs der Mächte festzuhalten entschlossen scheint. Wie hoch immer der Wagemut und die Eroberungslust des Herrn der Schwarzen Berge eingeschätzt werden mag, so ist er doch ein zu erfahrener, der Geringfügigkeit seiner Machtmittel zu genau bewußter Politiker, als daß er, diese allein in Berechnung ziehend, es wagen könnte, dem Willen Europas Trotz zu bieten. Er weiß aber — und wüßte er es nicht, so müßte ihn der Verlauf der Balkankrise darüber belehren —, daß die Einigkeit der Mächte sich bisher in äußerem Formelkram erschöpft und sich daher ungeeignet erwiesen hat, selbst einem so kleinen Land wie Montenegro gegenüber mit Autorität aufzutreten. Ueberdies umschmeicheln ihn die Stimmen panslawistischer Agitatoren, denen der in der Pose eines Helden sich gefallende Herrscher natürlich lieber sein Ohr leiht als den zur Mäßigung ratenden großmächtlichen Vertretern, soweit sie überhaupt eine einheitliche Sprache führen.

Digitized by Google

Von einer durch die Balkanwirren veranlaßten allgemeinen wirtschaftlichen Depression heimgesucht, sieht der Bürger der Monarchie deren südliche Nachbarn — in Serbien ist die Stimmung für uns nicht anders als in Montenegro — von Feindseligkeit gegen Oesterreich-Ungarn erfüllt, und vielleicht ist der Moment nahe, wo unser ehrwürdiger, als Friedensfürst bewährter Herrscher sich zu dem Opfer entschließen muß, die Wehrmacht des Reiches für die Verteidigung des Ansehens und der Lebensinteressen des Vaterlandes aufzubieten. Zu lange Zeit schon wurde auf unsre schier unerschöpfliche Geduld gesündigt, als daß nicht jetzt endlich die Entrüstung gegen unsre offenen wie versteckten Widersacher in allen Gauen des weiten Reiches mit elementarer Gewalt aufschäumte, dem Ruf zu den Waffen nicht allgemein bereitwilligst Folge geleistet werden würde.

Die Donaumonarchie hat sich weit gewaltigerer Gegner zu erwehren gewußt, als es jene sind, die heute an den Reichsgrenzen lauern, und der Ausgang eines uns aufgenötigten Waffenganges, so beklagenswert er an sich auch wäre, bietet keinerlei Anlaß zu bangem Zweifel. Indessen über diesen die Gegenwart beherrschenden Gesichtspunkt hinaus lenken wir den Blick auf die Zukunft unsers Verhältnisses zu Montenegro und Serbien; das Oderint dum metuant soll diesen Ländern gegenüber nur dann unsre Devise sein, wenn sie uns aufgezwungen wird. Die verbissenen Gegner von heute mögen erkennen, daß das Kraftbewußtsein der Monarchie sie ebenso wie zur siegreichen Abwehr aller gegen sie gerichteten Anschläge, auch zu großmütigem Vergessen, ja zur Betätigung wohlwollenden Empfindens befähigt, vorausgesetzt, daß der Weg hierzu erschlossen wird.

Gerade die durch den letzten Krieg herbeigeführte Umwälzung, welche der türkischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel definitiv ein Ende machte, könnte hierzu Anlaß geben. Der welthistorische Prozeß der Befreiung der christlichen Balkanvölker von dem durch ein halbes Jahrtausend auf ihnen lastenden Joch des Islams ist vollendet, sie stehen vor einer neuen Epoche ihrer Geschichte und sind, nach Erreichung der legitimen Ziele ihrer nationalen Expansion, vollwertige Mitglieder der europäischen Staatenfamilie geworden mit allen deren Rechten und Pflichten. Die Zeiten, wo die ehemaligen türkischen Rajahs sich gegen ihre Herren erhoben, wo mit auswärtiger Unterstützung die Vasallenfürstentümer entstanden, welche dann um die Patronanz bald der einen, bald der andern Großmacht buhlten, gehören der Vergangenheit an. Die Fortdauer eines solchen Klientelverhältnisses wäre ein Anachronismus und mit der Würde von Staaten, die in sich selbst die Bedingungen ihrer selbständigen Existenz finden, unvereinbar.

Griechenland, das älteste der vier Balkankönigreiche, ist schon längst gewohnt, seinen eignen Weg zu gehen; Bulgarien schüttelte die russische Patronanz, welche bald zur Bevormundung ausartete, ab, als zur Zeit Kaiser Alexanders III. das Land in Gefahr stand, zu einem Departement des Zarenreichs — Zabunaiska Gubernia — herabzusinken; aber auch nach der Episode Stambuloff wußte der kraftvollste Balkanstaat seine absolute Unabhängigkeit der Befreier-

Digitized by Google

macht gegenüber eifersüchtig zu wahren. Um so zugänglicher erweisen sich Serbien und Montenegro den Lockungen slawophiler Kreise; es ist zu bedauern, daß die herbe Enttäuschung, mit der schon einmal, im Verlauf der bosnischen Annexionskampagne, die großgezogenen Illusionen endeten, den beiden Ländern nicht als Lehre gedient hat, so daß sie sich neuerlich mißbrauchen ließen, um eine Politik einzuschlagen, welche sie in Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn bringen und eine scharfe Abwehr unsrerseits zur Folge haben müßte. Gegenüber dem seinerzeit der Monarchie angebotenen Projekt der Teilung der Einflußgebiete auf dem Balkan, ein Projekt, dessen Annahme Serbien wie Montenegro unter österreichische Suprematie gebracht hätte, verblieb Oesterreich-Ungarn unabänderlich bei seinem Programm: der Balkan den Balkanvölkern, und befestigte auf diese Weise die staatliche Unabhängigkeit wie die aller Balkanländer, so speziell auch jene der uns unmittelbar benachbarten.

Anstatt mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und praktische Politik zu treiben, zu der in erster Linie die Pflege guter Beziehungen zur angrenzenden Großmacht gehört, überließen sich auch die leitenden Kreise in Belgrad und Cetinje den Einflüssen der von außen her angefachten Illusionen. Die leicht erregbare südslawische Phantasie unsrer Nachbarn spiegelte ihnen Gaukelbilder vor, die in der rauhen Wirklichkeit zerflattern müssen. Hätten solche Einflüsse das Urteil der dortigen Staatsmänner nicht getrübt, so wäre eine Politik, die sich in direktem Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn befindet und die wichtigsten Interessen Serbiens wie Montenegros aufs Spiel setzt, undenkbar gewesen. Wie wenig die Politik dieser Staaten sachlich gerechtfertigt ist, wie selbstlos und deren Empfindlichkeiten schonend unsre eigne Haltung seit Beginn der Balkankrise war, wurde in einem Aufsatz darzulegen versucht, der unter dem Titel „Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen" im Januarheft dieser Revue Aufnahme fand. Mit Genugtuung sei konstatiert, daß eine im ganzen damit übereinstimmende Auffassung in einer der letzten Reden des Herrn v. Bethmann-Hollweg vor dem Deutschen Reichstag seither zum Ausdruck gekommen ist.

In den „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck findet sich folgende Bemerkung: „Kaiser Alexander erkennt an, daß Oesterreichs Lage der südslawischen Bewegung gegenüber schwieriger und zwingender ist als die Rußlands. Für letzteres sind es auswärtige, für Oesterreich aber innere und vitale Interessen, die auf dem Spiele stehen."

Diese Worte niederschreibend, konnte auch ein staatsmännisches Genie wie der erste deutsche Reichskanzler schwerlich voraussehen, daß kaum ein Menschenalter später die Balkanstaaten praktisch der ganzen türkischen Herrschaft in Europa ein Ende machen und das Erbe unter sich aufteilen würden. Das Programm: der Balkan den Balkanvölkern, ist somit verwirklicht, das Problem des europäischen Orients, dessen gefährlichste Seite bisher die Rivalität Oesterreich-Ungarns und Rußlands gewesen ist, für die beiden Großmächte als dauernd gelöst zu erachten. Nach der vollzogenen Emanzipation der Balkan-

Digitized by Google

völker hat die südslawische Frage ihren bisherigen Charakter völlig verloren, aus einer den Weltteil in Atem haltenden Frage erscheint sie — wenn anders die weitere Zukunft nicht von Sentimenten, sondern nur von geschichtlich geschaffenen Tatsachen bestimmt wird — auf den bescheideneren Rang einer, je nach den Dispositionen unsrer südlichen Nachbarn, sei es im Guten, sei es — was die Vorsehung verhüten wolle — im Schlimmen, mit ihnen allein auszutragenden Angelegenheit reduziert.

Anfang Mai 1913.

Gespräche über die auswärtige Politik mit dem früheren russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte[1]

Von

Josef Melnik

In der russischen auswärtigen Politik nimmt die Wirksamkeit Wittes einen breiten Raum ein. Sein arbeitsreiches Leben („Seit meinen Studentenjahren," sagte mir einst Witte, „habe ich immer sechzehn Stunden täglich gearbeitet") umfaßt viele wichtige Aktionen und Entscheidungen der Auslandspolitik, von denen der Friedensschluß von Portsmouth ihm die Sympathien der ganzen Kulturwelt und internationalen Ruhm einbrachte. Wäre sein Einfluß auf die russische auswärtige Politik bestimmender gewesen, Rußland hätte nie das Entsetzen und die Schmach des Japanischen Krieges auf sich geladen und stünde heute als tonangebende Macht in Ostasien da. Aber die russische Auslandspolitik, die sprunghaft und inkonsequent war, wurde von Spekulanten und Dunkelmännern („eine Politik, die nie verdaut, weil sie siebenmal am Tag zu Mittag essen will," bemerkte einmal Witte im Gespräch) in Abenteuer gestürzt. Bereits zu Beginn 1903, als Witte von seiner Dienstreise zur Besichtigung der sibirischen und ostchinesischen Eisenbahnen zurückgekehrt war, d. h. ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, warf er in seinem Bericht über die Reise die Frage über die Beziehungen zu Japan, die das Ministerium des Aeußern freundschaftlich zu gestalten nicht verstanden hatte, in vollkommen klarer und unzweideutiger Weise auf. Er wies auf die Gefahr hin, in die sich das Petersburger Kabinett begeben hatte, als es die Vorschläge Itos zurückwies und somit den japanisch-englischen Vertrag, der zum Krieg führen mußte, möglich machte. Witte sah schon damals die Unvermeidlichkeit eines Zusammen-

---

[1]) Dieser Aufsatz ist einer Studie über den Grafen S. J. Witte entnommen, die Melnik seiner autorisierten Uebersetzung des Witteschen Werkes „Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft" vorangestellt hat. Der erste Band der deutschen Ausgabe dieses Werkes erscheint in den nächsten Tagen bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin.

Digitized by Google

stoßes zwischen Japan und Rußland wegen der koreanischen und mandschurischen Fragen voraus und bestand auf der Notwendigkeit, diesen Konflikt wenigstens hinauszuschieben. „Nach meiner Meinung," schrieb Witte in seinem Bericht an den Zaren, „wäre ein Krieg mit Japan in den allernächsten Jahren ein pures Unglück für uns ... Es wäre für Rußland, wenn es einen Krieg mit einem relativ starken Gegner beginnen würde, wesentlich wichtig, sich in strategischer Hinsicht besser vorzubereiten. Von diesem Standpunkt aus gesehen, wäre es notwendig, bis zu einem Zusammenstoß mit Japan die ostchinesische Eisenbahnlinie endgültig fertigzustellen, ihre Ausbeutung zu regeln, eine russische Verwaltung einzuführen und überhaupt eine Menge von Fragen, die mit dieser Eisenbahnlinie verknüpft sind, zu lösen. Ferner wäre es notwendig, die mittelsibirische Linie zu verstärken und die Baikal-Ringbahnlinie zu Ende zu bauen, die Befestigung Port Arthurs, die vom Marineministerium für zehn Jahre berechnet wurde, zu vollenden und Wladiwostok in militärischer Beziehung zu verbessern, weil im entgegengesetzten Falle unsre Flotte einer der wichtigsten Bedingungen des Erfolges im Kriege beraubt sein wird, der Möglichkeit einer raschen Reparatur beschädigter Schiffe." Witte betrachtete einen Krieg mit Japan nicht nur als ein Unglück an und für sich, sondern auch als eine unheilvolle Katastrophe für die näherliegenden Aufgaben der traditionellen russischen auswärtigen Politik.

Unverantwortliche Einflüsse, Plehwe, der durch einen Krieg den Ausbruch einer Revolution abzuleiten hoffte, die korrupte „Nowoje Wremja" und andre Blätter gleichen Schlages mit ihrer Losung: „Wir werden die gelben Affen mit Mützen bedecken," gewannen die Oberhand. Was mußte Witte, der sein Vaterland nicht bureaukratisch liebt, bei den Hiobsnachrichten aus der Mandschurei empfinden! Er kannte Rußland und wußte, welchen Ausgang der Krieg nehmen würde. Deshalb empfahl er mit allem Nachdruck, so rasch als möglich die kriegerischen Feindseligkeiten einzustellen und einen annehmbaren Frieden zu schließen. In dieser Hinsicht ist ein von ihm an eine hochstehende Persönlichkeit der russischen Regierung gerichteter Brief für seine Würdigung als Mensch äußerst interessant. Er schreibt darin, nachdem er den prinzipiellen Gegensatz seiner Anschauungen in der Kriegsfrage hervorgehoben hat, u. a.: „Zunächst würde ich nicht wagen, von unsrer Armee zu sagen — wie Sie das tun —, daß sie geschlagen sei und nicht als geschlagen zurückkehren dürfe. Unsre Armee ist nicht geschlagen — und dies weiß alle Welt. Geschlagen sind unsre Zustände, wie dies auch aller Welt bekannt ist. Zu glauben, daß man den Ruf unsrer Zustände durch den Tod und durch die Verstümmelung neuer Hunderttausende von russischen Menschen auf den Feldern der Mandschurei wiederherstellen könne, kommt, nach meiner bescheidenen Ansicht, der Meinung gleich (und im Altertum wurde eine solche Meinung von einigen Völkern in Wirklichkeit durchgeführt), als ob man seine Sünden durch das Vergießen des Blutes unschuldiger Säuglinge büßen könnte." Nach weiteren kräftigen und genial vorausschauenden Ausführungen setzt Witte fort: „Auf

Digitized by Google

eins aber möchte ich besonders Ihre Aufmerksamkeit lenken. Sie schreiben mir: „Die Ukraine, die Fremdvölker — kurz, die nicht echtrussischen Leute —, die kein Bürgerbewußtsein und kein Zusammengehörigkeitsgefühl zu dem russischen Staatskörper haben, wünschen den Frieden, um welchen Preis es auch sei." Wissen Sie, lieber Graf, solche Gründe anzuführen ist nicht gut. Erstens sind sie bis zum Ueberdruß wiederholt worden, weil sie täglich von den Gringmuths[1]) und von Leuten ähnlichen Schlages angeführt werden, und zweitens, woher wissen Sie, was eigentlich nicht die „echtrussischen", sondern einfach die gewöhnlichen russischen Leute denken, namentlich jene Russen, die nicht wie wir in physischem Behagen leben, sondern diejenigen, die ihr Blut vergießen, ihre Verwandten verlieren, hungern und dieses entsetzlichen Krieges wegen ruiniert werden?"

Ich muß hier auf weitere Zitate aus diesem herrlichen Briefe, der Witte als Staatsmann und Menschen in ein helles Licht rückt, verzichten. Könnten diese Sätze nicht von Tolstoi herrühren? Hier ist der Abgrund, der zwischen Witte und der russischen Bureaukratie gähnt.

Es war nur natürlich, daß Witte trotz seiner starken, einflußreichen Gegnerschaft zum Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen vom Zaren ernannt wurde. Auch die öffentliche Meinung fühlte, daß er der einzige große Staatsmann sei, der der schwierigen Aufgabe gewachsen wäre. Der liberale, vornehme „Europäische Bote" („Wjestnik Jewropy") schrieb im August 1905 zur Ernennung Wittes: „S. J. Witte ist nicht aus den Reihen der Bureaukratie hervorgegangen, und deshalb behielten seine persönlichen Talente und Eigenschaften Frische und Produktivität. Er verfügt über die Fähigkeit der Initiative und über organisatorische Schöpferkraft, er ist frei vom Geist der Routine und vermag seine selbständigen Anschauungen unabhängig von den mächtigen herrschenden Einflüssen, mit denen er zeitweilig Kompromisse zur Erlangung gewisser Zwecke einging, zu verteidigen. Einen autoritativeren und charaktervolleren offiziellen Vertreter könnten wir den japanischen Bevollmächtigten nicht gegenüberstellen, und von diesem Standpunkt aus muß die Wahl nicht nur als gelungen, sondern als die einzig mögliche bezeichnet werden. S. J. Witte ist mit den Verhältnissen des fernen Ostens und mit den verschiedenartigen Interessen, die mit der Lage Rußlands am Stillen Ozean verknüpft sind, aufs engste vertraut. Da er nicht berufsmäßiger Diplomat ist, mißt er konventionellen Formeln und schablonenhaften Phrasen keine Bedeutung bei, sondern beurteilt die Ereignisse nüchtern, als ein Realpolitiker, der gewöhnt ist, mit den Tatsachen zu rechnen und aus ihnen gewisse praktische Schlüsse zu ziehen."

Der Friedensschluß von Portsmouth war diplomatisch eine geniale Leistung, für die das russische Volk Witte dankbar sein muß. Der Zar drückte seine Zufriedenheit dadurch aus, daß er Witte den Grafentitel verlieh. Aber bis auf den heutigen Tag noch versuchen die „echten Russen" und die chauvi-

[1]) Gringmuth war Redakteur der reaktionären „Moskowskija Wjedomosti".

Digitized by Google

nistische Presse, die mit ihren „Mützen" und ihrem Hurragebrüll die Welt erobern wollen, während Rußland sich von Tag zu Tag von dem Begriffe eines Rechtsstaates weiter entfernt, Witte des bei den Verhandlungen in Portsmouth begangenen „Verrates" zu beschuldigen. Welche Lügen und Verleumdungen werden dabei mit scheinheiliger „patriotischer" Miene in die Welt gesetzt!

Wer, der je Großes gewollt, kann in unsrer besten aller Welten von absolutem Erfolg sprechen? War Napoleon erfolgreich? Ist Bismarck innerlich befriedigt nach Friedrichsruh gezogen? Aber vom Hintergrund des Lebenswerkes eines jeden bedeutenden Menschen, der für die Allgemeinheit neuformend gewirkt hat, hebt sich eine seine Zeit überdauernde Vision seiner selbst ab, die kommende Geschlechter über sich schweben fühlen. Der dreiundsechzigjährige Witte, der größte lebende russische Staatsmann, kann mit der von ihm ausgestreuten Saat zufrieden sein. Die Vision seiner menschlich und politisch überragenden Gestalt wird in der kommenden Geschichte und im Bewußtsein der kommenden Generationen seines großen Vaterlandes nicht verblassen. Noch ist sein Werk nicht vollendet. Aber durch alle Greuel und Willkür der gegenwärtigen Lage Rußlands hindurch empfindet alles, was in Rußland von Knechtschaft und Servilismus nicht zerfressen und von abstrakten Doktrinen nicht denkunfähig gemacht worden ist, daß in ihm der gesunde staatsmännische Sinn des russischen Reiches verkörpert ist. „Ein Staatsmann muß von der Voraussetzung ausgehen," bemerkte Witte einmal im Gespräch mit mir, „daß der von ihm verwaltete Staat ewig sei; er muß mit Jahrhunderten rechnen, während der Bürger nur mit Jahren und Jahrfünften rechnet." Witte richtete immer seine Blicke in die Zukunft, wobei ihm bei all seinen Reformen die breite feste Basis eines gebildeten Mittelstandes fehlte. Anton Tschechow, ein Zeitgenosse Wittes und der letzte große russische Dichter nach Tolstoi, dessen Werk alles, was zwischen dem russischen Himmel und der russischen Erde unsrer Tage lebt und vegetiert, umfaßt, schreibt in einem Briefe aus dem Jahre 1899: „Solange die Leute noch Studenten und Kursistinnen sind, sind sie ehrliche, brave Menschen, sind sie unsre Hoffnung und die Zukunft Rußlands; aber die Studenten und Kursistinnen brauchen nur selbständige, erwachsene Leute zu werden, und unsre Hoffnung und die Zukunft Rußlands verwandelt sich in Rauch, und es bleiben im Filter nur Aerzte und Villenbesitzer, hungrige Beamte und diebische Ingenieure zurück. . . . Ich glaube nicht an unsre Intelligenz, diese heuchlerische, unwahre, hysterische, unerzogene, träge Intelligenz, ich glaube ihr auch nicht, wenn sie sich über ihre Leiden beklagt, denn ihre Bedrücker sind ja aus ihrer Mitte hervorgegangen. Ich glaube an einzelne Persönlichkeiten, ich sehe Rettung in einzelnen Persönlichkeiten, die über ganz Rußland hier und da zerstreut sind, ob sie nun Gebildete oder Bauern sein mögen — sie sind das Heil, wenn es auch nur wenige von ihnen gibt. Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande; und die einzelnen Persönlichkeiten, von denen ich spreche, spielen in der Gesellschaft zwar eine unmerkliche Rolle, sie dominieren nicht, aber ihre Arbeit bleibt nicht verborgen. Die

Digitized by Google

Wissenschaft schreitet trotz allem doch immer weiter fort, das soziale Selbstbewußtsein wächst, moralische Fragen fangen an, die Menschen in Unruhe zu versetzen usw. — und alles das geschieht ohne Zutun der Staatsanwälte, der Ingenieure, der Gouverneure, ohne die Intelligenz en masse und trotz aller äußeren Hindernisse." In diesem von Tschechow nach seinen besten Vertretern so charakterisierten Rußland hatte Witte sein Werk zu vollbringen. Unter einem Polizeiregime und dem Mißtrauen einer doktrinären Intelligenz. Sein antinihilistisches, schöpferisches Wesen wurde durch den Widerstand nur gestählt. Unter einer dem Volke fremden und feindlich gesinnten Bureaukratie („Der Polizeimensch ist kein Russe; er ist ganz frei von Nationalgefühl; er ist nur Unterdrücker, nur Detektiv," äußerte sich einmal Witte) war er der einzige, der das russische Volk und sein Vaterland, die russische Literatur und ihre Meister liebte. In einer Zeit, in der die Knechtung und die Unterdrückung, die Rechtlosigkeit und die Verfolgung der „Fremdvölker" zum alleinigen Prinzip der inneren Politik erhoben wurde, arbeitete er an der Schaffung eines russischen Reiches, das die Völker und die Menschen als ihr Vaterland betrachten könnten.

... Ich sehe auf dem Schloßplatz in Petersburg, mitten zwischen dem Winterpalais und dem Riesengebäude des Finanzministeriums, das Denkmal Wittes aus der Hand eines kommenden russischen Falconet — trotzig und aufrecht, mit in die Weite gerichtetem Blick.

König Georg von Griechenland

Von einem in Athen tätig gewesenen österreichisch-ungarischen Diplomaten

König Georg von Griechenland ist in einer Apotheose gestorben. Die Ideale seiner fast fünfzigjährigen Regierung waren nahezu verwirklicht, die Stellung der Dynastie war neu gefestigt, alle Bitterkeit früherer Jahre vergessen, der König im Glanze der Popularität, der Kronprinz umjubelt von einem siegreichen Heere und von der Begeisterung des ganzen Volkes, als das ruchlose Verbrechen in Saloniki verübt wurde.

In seinen letzten Lebenstagen war König Georg nach dem Zeugnisse seiner ganzen Umgebung von einem vollen Glücksgefühle beseligt. Die Einnahme von Janina, diese schwierigste von den Griechen zu lösende militärische Aufgabe, hatte die erfolgreichen Operationen der Armee zum Abschlusse gebracht, und die Freude über diese Nachricht wirkte so überwältigend auf den König, daß er sich an den Hals der ehrwürdigen Königin Olga warf und mit ihr durch das Zimmer tanzte.

Der tödlich getroffene König hatte keine Zeit gehabt zu leiden, und dies war ein trostvoller Gedanke für alle, die in Schaudern vor dem sinnlosen Attentat erbebten. Wenn aber seine lange Regierungszeit in blitzartigem Ueberblicke vor dem geistigen Auge des Sterbenden noch aufleuchten konnte, so mußte

Digitized by Google

der auf dem Schauplatze seines Triumphes hinsinkende Herrscher das verklärende Bewußtsein in die Ewigkeit hinübergenommen haben, daß er seinen schwierigen Lebensberuf voll erfaßt und unter den widrigsten Verhältnissen richtig durchgeführt habe.

Auf manches, was während mehrerer Dezennien dieser epochalen Regierungszeit schwer verständlich war und dieselbe vielfach unrichtig beurteilen ließ, gaben erst die Umwälzungen der letzten vier Jahre die zutreffende Aufklärung, und die Kriegsereignisse brachten die abschließende Einsicht.

Kompetentere Darsteller werden das umfassende Lebensbild des verewigten Königs gestalten. Doch können vielleicht Erinnerungen aus mehrjähriger persönlicher Berührung diejenigen Charakterzüge dieses bedeutenden Herrschers erblicken lassen, die es ermöglichten, daß der ehrliche gute Wille des Fürstensohnes aus dem Norden der zahllosen Schwierigkeiten Herr werden konnte, die sich ihm entgegentürmten.

Was dem Ausländer bei König Georg schnell auffiel, war, wie sehr er Grieche geworden war. Ein genauer Kenner der Vorzüge und der Fehler seines Volkes, hatte er von den letzteren viel zu ertragen, ohne je ein hartes Urteil vernehmen zu lassen oder zu verabsäumen, alles zu einer milderen Auffassung Dienliche vorzubringen. Er vertrat den Standpunkt, daß dieses temperamentvolle südliche Volk in seinen Manifestationen anders einzuschätzen und anders zu behandeln sei als Nordländer.

Die Uebelstände des hergebrachten griechischen Konstitutionalismus mit der Wechselwirtschaft von zwei bis drei kaum je nach prinzipiellen Standpunkten, sondern meist nur nach persönlicher Gefolgschaft geschiedenen Parteien sah und empfand niemand lebhafter als König Georg. Allein diesen Zustand, der tief in den politischen Volkssitten eingewurzelt war, zu ertragen, war ein weit geringeres Uebel, als jeder durchgreifende Versuch gewesen wäre, den jeweiligen Regierungswechsel auf sachliche Grundlagen zu stellen.

Außerdem trug dieses System die Remedur eines Teiles seiner ärgsten Schäden insofern in sich, als jede neue Regierung die meisten Impulse und Einleitungen ihrer Vorgänger, die guten ebenso wie die unzweckmäßigen, zu beseitigen sich befliß. War dadurch auch jeder stetige Fortschritt gehemmt, so war doch einer allzu einschneidenden Festlegung der Verhältnisse zu Parteizwecken ein Riegel vorgeschoben.

König Georg brachte diesen innern Wandlungen in peinlich konstitutioneller Haltung Geduld und Nachgiebigkeit entgegen, stets bedacht, durch seine Ratschläge aufklärend zu wirken und durch die der königlichen Prärogative zustehenden Hemmungen den tunlichsten Zeitgewinn zur Ueberlegung zu sichern. Dabei verstand er es in kritischen Momenten, an denen seine Regierung reich war, die Interessen seines Landes vor wirklicher Schädigung zu schützen, und jede Gelegenheit, jede günstige Stimmung zu benützen, um irgendeinen Schritt nach vorwärts, sei es in kultureller, sei es in politischer Hinsicht, zu fördern.

Alle griechischen Parteigruppen sind von glühendem, wenn auch nicht gleich-

Digitized by Google

mäßig erleuchtetem Patriotismus beseelt. So waren sie denn eigentlich bezüglich des Endzieles, der äußeren Ausgestaltung ihres Vaterlandes, mit dem Könige stets eines Sinnes, wenngleich letzterer mit seinem auf die gesamteuropäische Politik gerichteten Blick und der durch seine weitverzweigten Familienverbindungen gewonnenen Orientiertheit häufig, aber nicht immer mit Erfolg, andre Methoden des Arbeitens als zweckmäßiger zu empfehlen in die Lage kam.

Die eigentümlichen innern politischen Verhältnisse mußten sich aber bis zu ihren äußersten Konsequenzen ausleben, bis ihre verderblichen Wirkungen ins allgemeine Bewußtsein eindrangen und es dem Könige, dessen Stellung selbst aufs gefährlichste bedroht war, endlich möglich wurde, nachdem der Kelch der Bitterkeit durch die Entfernung der Prinzen aus der Armee bis auf die Neige geleert war, das, was er stets als unabweislich bezeichnet, aber vergebens angestrebt hatte, mit Hilfe der zur Besinnung gekommenen politischen Kreise und unter Führung eines providentiellen Staatsmannes, den Kreta als wertvolle Gegengabe für seine Befreiung dem Mutterlande überlassen hatte, in kurzer Zeit zu verwirklichen.

Für Kreta war Griechenland im Jahre 1897 in den Krieg gegangen, wohl ohne jede Aussicht, denselben gegen die noch starke Türkei, gegen den Willen der Mächte, erfolgreich zu bestehen.

Die Fehler des „Systems" rächten sich schon in dem Feldzuge bitter genug. Und doch war mit den Niederlagen auf den thessalischen Schlachtfeldern das Maß noch nicht voll. Selbst unter dem Eindrucke der türkischen Siege hatten die Führer der Armee, mit dem König und dem Kronprinzen an der Spitze, in ihren Bemühungen, endlich die Reorganisation des Heerwesens in die Wege zu leiten, zunächst gar keinen Erfolg. Für das Vergangene wollte jeder die Verantwortung auf die andern, hauptsächlich aber auf den Kronprinzen und Höchstkommandierenden werfen. Für eine bessere Zukunft mochte aber niemand selbst arbeiten oder jemand andern arbeiten lassen. Sogar die Auffassung wurde laut, daß Griechenland überhaupt nicht berufen sei, seine nationalen Ziele durch militärische Mittel zu erreichen, sondern ausschließlich durch die ethnische Kraft seines Volkstums und durch politische Arbeit zum Erfolge gelangen werde. Für die Armee aber geschah nichts. Die Offiziere befaßten sich mehr denn je mit Politik und kümmerten sich viel mehr um die Wahllokale als um die Kasernen, die hauptsächlich den Unteroffizieren überlassen waren.

Aus diesem Uebermaß des Uebels sollte die Heilung kommen. Das reife Geschwür brach auf.

Es ist hier nicht der Ort, die bekannten Ereignisse, die sich vor vier Jahren in Griechenland abgespielt haben, zu rekapitulieren. Den Ausgangspunkt derselben bildeten eben die Zustände in der Armee, die allgemeine Besorgnis einzuflößen begannen, denen aber niemand beizukommen vermochte. Jahre vergingen, bis es dem König und dem Kronprinzen-Oberkommandanten gelang, in der dringenden Frage der Neubewaffnung der nach dem Kriege fast wehrlosen Truppen nur um einen Schritt weiterzukommen. Als man gar ernstlich daran

Digitized by Google

gehen wollte, die Offiziere von der Politik zu entfernen und sie von der Wählbarkeit in die Kammer auszuschließen, begegnete man dem nachhaltigsten Widerstande. Mit den legislativen Anläufen dazu wurde nur erreicht, daß sich des Offizierkorps die größte Erregung bemächtigte und dieses die Verteidigung seiner angeblichen Interessen selbst in die Hand nahm. In gänzlicher Verwechslung von Ursachen und Folgen bekam die Betätigung der nun gegründeten Militärliga einen stark antidynastischen Einschlag. Man wollte die Rechtssphäre des Königs, als obersten Befehlshaber der Armee, einschränken und den Kronprinzen, der die Niederlagen von 1897 hauptsächlich verschuldet haben sollte, sowie die andern Prinzen in der Armee nicht mehr dulden und übersah dabei, daß eben dieses Gehaben der Offiziere am klarsten zeigte, warum die Niederlagen kommen mußten.

Es schien der allerschwerste Augenblick für König Georg gekommen, der als Souverän und als Vater eine gleich schmerzliche Prüfung über sich ergehen lassen mußte.

Es kam noch schlimmer. Der König wollte alle Mittel der verfassungsmäßigen Abhilfe erschöpfen und wandte sich der Reihe nach an die Parteiführer. Alle versagten in ihren mehr oder minder wohlgemeinten Versuchen, die Situation in die Bahnen der Gesetzlichkeit zurückzubringen.

Dem Könige blieb nur mehr zu erwägen, ob er, vor den überwältigenden Schwierigkeiten zurückweichend, bloß seiner persönlichen Würde eingedenk sein und den Platz räumen oder trotz allem ausharren sollte.

Es siegte die dem Monarchen innewohnende tiefe Kenntnis des griechischen Volkscharakters und die richtige Erfassung der zum Reißen gespannten Situation, innerhalb welcher der König allein die Keime des Klärungsprozesses erkannt hatte — und vielleicht noch einer, der bald auf den Schauplatz treten sollte.

Die Höhe der Krise war durch ihren Exzeß und durch das opfermutige Ausharren des Königs überschritten. Die Verwüstungen, die sie angerichtet, waren nun allen erkenntlich und wirkten wie ein kalter Wasserstrahl auf die kampferhitzten Gemüter. Wer sollte aber nun die Schaufel in die Hand nehmen, um den Schutt wegzuräumen, und die Kelle, um den Wiederaufbau zu beginnen?

Die alten Parteien waren aufgerieben, ihre Führer hatten sich durch ihre Hilflosigkeit in der öffentlichen Meinung um alles Ansehen gebracht. Dem Könige stand es frei, auf sie keine weitere Rücksicht zu nehmen, denn seine Autorität stand nun allein aufrecht.

Während der Krise hatte die Volksstimme, wie instinktiv, einen Mann aus Kreta als Deputierten in die Kammer gebracht, dem sowohl die Geisteskraft innewohnte, den Sitz des großen Uebels in Griechenland und das richtige Heilmittel zu erkennen, wie auch die Tatkraft, das Regenerierungswerk in die Hand zu nehmen.

Veniselos kam nach Athen, um seiner engeren Heimat Kreta zu nützen, der er schon große Dienste geleistet hatte. Sein weiter Blick erfaßte aber die gänzliche Verfahrenheit der Zustände in Griechenland, denen er nun kräftig an den Leib rückte.

Digitized by Google

Venizelos drang nicht deshalb durch, weil er ein bedeutender Mensch war. Das Unterfangen des kleinen Advokaten aus Kanea hätte einige Jahre früher nur Hohn und Spott geerntet. Er konnte eingreifen, weil Griechenland das Glück hatte, daß er im richtigen Augenblick kam.

König Georg gebührt das hohe Verdienst, Venizelos schnell erkannt, ihn angenommen und ihm mit Nachdruck die Wege geebnet zu haben. Es ging dies nicht ohne eine gewisse Selbstverleugnung. Gute Beziehungen zur Dynastie brachte Venizelos nicht auf seinem Weg mit. Er hatte sich mit Prinz Georg, als dieser Kommissär der Mächte in Kreta war, gar nicht verstanden und schließlich von den Regierungsgeschäften gänzlich zurückgezogen. Das war keine gute Einführung bei König Georg, der allen seinen Kindern auf das zärtlichste anhing.

Venizelos hatte die Gabe, auf alle Einsichtigen, selbst auf die anfangs Widerstrebenden, politisch überzeugend zu wirken. Der König übergab ihm vertrauensvoll die Zügel der Regierung, welcher Entschließung bald der Beifall des ganzen Landes folgte.

Nun kam eine Zeit fruchtbarer Arbeit, wie sie das moderne Griechenland vielleicht nie gekannt hat. Die alten Parteiführer, die den Boden unter den Füßen verloren hatten, mußten diesem ungewohnten Schauspiel ohnmächtig zusehen, wenn sie nicht in patriotischer Selbstverleugnung mithelfen wollten. Im Besitze des königlichen Vertrauens und seiner wachsenden Popularität konnte der neue Ministerpräsident sein Werk tun.

Die größten Leistungen der kurzen Zeit, über welche die griechische Regierung bis zum Ausbruch der Balkankrise verfügte, waren die Ordnung der Landesfinanzen und die Reorganisierung des Heeres. Beide Reformen setzten eben noch rechtzeitig ein, damit Griechenland sich instand gesetzt fände, die ihm im Balkanbunde zufallende Rolle überhaupt durchzuführen.

Die Konsolidierung der Finanzen gelang dank der Energie der Regierung, der sehr klugen Währungspolitik der Nationalbank und den reichen Goldzuflüssen aus den Geldsendungen der Auswanderer, die es gestatteten, das früher chronische hohe Goldagio so gründlich zu beseitigen, daß es selbst während des Krieges nicht mehr in Erscheinung trat.

Erstaunliches aber geschah bei der Reorganisierung der Armee, für welche eine französische Militärmission von vierzehn ausgewählten Fachkräften und eine englische Flottenmission von vier Marineoffizieren angeworben worden war. Unter regster Aneiferung seitens des Königs und des Kronprinzen, welcher endlich sich militärisch frei betätigen konnte, erfaßte das ganze Offizierkorps ein ernstes Streben, seinen Obliegenheiten voll nachzukommen. Venizelos hatte aus Vorsicht das Kriegsportefeuille selbst in Händen behalten und sorgte dafür, daß der Tätigkeit der fremden Militärmissionen von keiner Seite Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Der Geist der Truppen war bald wie verwandelt, und kaum zwei Jahre mußten genügen, damit sie den Leistungen gewachsen seien, vor die sie durch den Krieg mit der Türkei plötzlich gestellt wurden.

Digitized by Google

König Georg aber erfuhr die hohe Genugtuung, daß seine Ausdauer, seine Geduld, sein ruhiges Urteil sich bewährt hatten. Als alles verzweifelte, hatte er die Hoffnung auf einen von innen heraus als kräftige Reaktion kommenden Umschwung der politischen Verhältnisse seines Landes nicht aufgegeben, und der Gang der Ereignisse rechtfertigte durchaus die Methode, die er in der Führung der Geschicke Griechenlands durch Jahrzehnte befolgt hat.

Der Glorienschein des Erfolges einer Lebensarbeit umgab das Haupt des Königs. Er hatte seinem Lande die Jonischen Inseln als Morgengabe gebracht. Sein Vermächtnis sind Kreta, Epirus, die Inseln und Mazedonien, nachdem er früher schon sein Königreich auf friedlichem Wege durch Thessalien vergrößert hatte. Nach vielen Erschütterungen sah er seine Dynastie wieder in der warmen Empfindung der Dankbarkeit seines Volkes festgewurzelt, seinen Sohn, den ersten Porphyrogeneten, durch den Sieg erlöst von dem Banne, der seit 1897 auf ihm gelastet hatte und sein Erbe nun in Sicherheit erwartend, die nationale Ausgestaltung vollzogen.

Auf der Höhe des Lebens, in fast jugendlicher Rüstigkeit, in ungetrübtem Glücksgefühle traf ihn das Schicksal und ließ ihn schmerzlos aus dem Leben scheiden.

In die allgemeine Wehmut und Trauer um den auf dem Schauplatze seiner Erfolge dahingegangenen Mehrer des Reiches klang der einhellige und versöhnende Ausdruck der pietätvollen Dankesgefühle einer ganzen Nation hinein für den König, der das Land in unermüdlicher, zuversichtlicher Fürsorge aus bösen Wirren befreit und ihm die Wege zu vermehrter Geltung und erhöhtem Ansehen gewiesen hat.

Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl v. Horn

1863 bis 1869

Vorwort

Am 24. Januar 1913 kehrte zum fünfzigsten Male der Tag wieder, an dem mein Vater Carl v. Horn sein Amt als Oberpräsident der Provinz Posen antrat. Aus diesem Anlaß habe ich Aufzeichnungen von seiner Hand und an ihn gerichtete Briefe zusammengestellt, um ein Bild seines amtlichen Wirkens in der Provinz zu geben.

Während seiner Dienstzeit fehlte ihm die Muße zur Führung eines ausführlichen Tagebuches, und auch die von ihm meist erst in späteren Jahren niedergeschriebenen Erinnerungen an seine Verwaltung sind nicht erschöpfend. Die nachstehende Skizze gibt deshalb keine vollständige Auskunft über die wichtigsten Einzelheiten seiner amtlichen Tätigkeit in Posen. Anderseits ist auch weniger Erhebliches von mir aufgenommen, um zu zeigen, wie vielseitig seine

Digitized by Google

Bemühungen waren, und wie er nichts, was die Provinz in irgendeiner Hinsicht fördern konnte, für zu gering erachtete, um sich ihm persönlich zu widmen. Soweit als möglich ist ihm selbst das Wort gegeben, auch da, wo seine Aufzeichnungen nicht ausdrücklich angeführt sind.

Die Arbeit war ursprünglich nur für Angehörige und Freunde der Familie bestimmt. Ich veröffentliche sie, weil vielleicht auch Fernerstehende gern die Anschauungen und Erfahrungen eines Mannes kennen lernen, der sechs Jahre an der Spitze der Provinz gestanden und dessen Verwaltungsweise die Anerkennung Wilhelms I., Bismarcks und der deutschen Bevölkerung der Provinz gefunden hat.

Mögen diese Blätter der Erinnerung an einen Beamten, der ein leuchtendes Vorbild in den alten preußischen Beamtentugenden war, in hingebender Liebe für König und Vaterland und in aufrichtigem und aufrechtem Wesen, mit dazu beitragen, daß die bitteren Erfahrungen nicht vergessen werden, die die Staatsregierung machen mußte, weil sie seine dringende Warnung vor dem Grafen Ledochowski unbeachtet ließ.

Potsdam, den 30. Oktober 1912.

E. v. Horn,
Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.

*

Carl v. Horn war am 26. Oktober 1807 als Sohn des Universitätsprofessors Geheimen Medizinalrats Dr. Ernst Horn in Berlin geboren. Nachdem er das Gymnasium zum Grauen Kloster daselbst verlassen hatte, widmete er sich dort und in Heidelberg dem Studium der Rechte. Gleichzeitig hörte er Vorlesungen aus andern wissenschaftlichen Gebieten, besonders solche über Nationalökonomie, Physik, Chemie und Logik. Von dem Wunsche geleitet, seine allgemeine Bildung noch mehr zu erweitern und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der wichtigsten Kulturländer Europas kennen zu lernen, unternahm er bald nach Ablegung der großen juristischen Staatsprüfung eine fast zwei Jahre dauernde Reise durch Belgien, England, Schottland, Irland, Frankreich und die Schweiz. Nach seiner Rückkehr wurde er dem Ober-Appellationsgerichtssenat des Kammergerichts überwiesen, in dem er, voller Freude an dem gewählten Beruf, unter dem würdigen, von ihm aufs höchste verehrten Präsidenten v. Grolmann, ehemaligem Landwehrmajor, „mit besonderer Auszeichnung" arbeitete.

Die Absicht, sich der Verwaltungslaufbahn zuzuwenden, lag ihm ursprünglich fern. Er war so leidenschaftlicher Jurist, daß er als Referendar die an ihn bei einem Besuche in Posen gerichtete Aufforderung Flottwells, zur Verwaltung überzutreten, ablehnte. Im Jahre 1839 entschloß er sich aber doch hierzu, worauf er zunächst als Justitiar bei dem Polizeipräsidium in Berlin beschäftigt wurde. Ein merkwürdiger Zufall war es, daß er als junger Verwaltungsbeamter in nähere dienstliche Beziehungen zu mehreren Männern trat, die das Amt des Oberpräsidenten in Posen bekleidet, und daß zwei von ihnen einen entscheidenden Einfluß auf seine Laufbahn ausgeübt haben. Der günstigen Be-

Digitized by Google

urteilung des späteren Oberpräsidenten, damaligen Polizeipräsidenten in Berlin, v. Puttkamer, verdankte er seine 1843 erfolgte Einberufung als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern, dem seinerzeit Graf v. Arnim-Boytzenburg, der frühere Oberpräsident von Posen, vorstand, und dessen Vorgänger in Posen, Flottwell, war es, der ihn in das Finanzministerium zog, als er an die Spitze desselben gestellt wurde. Hierdurch wurde Horn ein weites Feld vielseitiger Tätigkeit eröffnet und Gelegenheit geboten, in langjähriger, überaus schwieriger Arbeit seine reiche Begabung und außergewöhnliche Leistungsfähigkeit zu zeigen.

Vom 1. Juli 1844 bis Ende 1862 gehörte er dem Finanzministerium an, zunächst als Hilfsarbeiter und vortragender Rat, dann fast vierzehn Jahre als Direktor der Abteilung für das Etats- und Kassenwesen. In der ersteren Stellung hatte er als Justitiar zu fungieren, die Personalien der Regierungen zu bearbeiten, sämtliche vom Finanzministerium mitzuzeichnenden Etats zu prüfen und den Hauptetat aufzustellen.

Als Leiter der Etatsabteilung übte er großen Einfluß aus, weil die Finanzminister schnell wechselten und die Abteilung überall mitzuwirken hatte, wo es sich um eine neue Ausgabe oder um eine Etatsveränderung handelte. So hatte er denn auch erheblichen Anteil an dem Verdienst, daß an der bis dahin in der preußischen Verwaltung geübten großen Sparsamkeit festgehalten wurde, der Stand der Finanzen günstig blieb und die Durchführung der Reorganisation des Heeres in den Finanzkräften des Landes kein Hindernis fand.

Da er die ihm durch seine dienstliche Stellung gezogenen Grenzen nie überschritt und damals wie auch später keine Beziehungen zur Presse oder zu politischen Parteien unterhielt, so wurde sein weitreichender Einfluß nicht bekannt. Einzelne Minister schoben ihn aber vor, wenn sie eine Mehrforderung abschlugen. „Und das geschah" — so heißt es in einer Aufzeichnung von ihm — „am meisten von dem Finanzminister, der zu zwei verschiedenen Malen und, die zwei Perioden zusammengenommen, am längsten mein Chef war, von Bodelschwingh. Unter seinem Regiment wurde ich zu einer Art bête noire gestempelt und selbst in den höchsten Kreisen als strenger Mann verschrien. Mit welchem Recht, ergibt u. a. folgender Fall. Zu Anfang der fünfziger Jahre beantragte der damalige Kriegsminister bei dem Finanzminister die Uebernahme einer Summe von jährlich 50 000 Talern auf den Etat zur Bildung eines Trainkorps oder des Anfanges dazu. Ein Kind konnte das Zutreffende dieser Forderung begreifen, da die früheren Zustände, betreffend den Transport von Militärbedürfnissen, ebenso drückend für das Land als bedenklich für die Kriegführung waren. Der Finanzminister wollte aber auf die Forderung nicht eingehen; er hielt sich als Landwehrmajor für kompetent, die Sache besser als der Kriegsminister zu beurteilen. Dieser bat um eine mündliche Besprechung. Sie fand eines Abends spät im Kriegsministerium statt. Mit der größten Geduld setzte der Kriegsminister seine Gründe auseinander; ich saß wie auf Kohlen, beschämt und wütend dabei, da ich schweigen mußte und eigentlich ganz unnützerweise zugezogen worden war; der Finanzminister blieb bei seinem Satze."

Digitized by Google

Daß er oft ganz zu unrecht als Sündenbock hingestellt wurde, trug Horn im allgemeinen mit Gleichmut. Noch in viel späteren Jahren beklagte er aber, daß auch bei dem Prinzen, nachmaligen König Wilhelm, ein gewisses Vorurteil gegen ihn in bezug auf militärische Angelegenheiten wachgerufen war, und daß er nie Gelegenheit gefunden hatte, ihn aufzuklären.

In seiner königstreuen und vaterländischen Gesinnung wurde er auch durch die Vorgänge des Jahres 1848 schmerzlich berührt. Lebhaft bedauerte er, daß der übelberatene König den Abzug der Truppen befahl, obwohl er am 19. März die Macht wieder ganz in Händen hatte. Er sah voraus, wohin das führen mußte, zunächst zur Demütigung des Königs, dann zur Anarchie, welche acht Monate, bis zur Bildung des Ministeriums Brandenburg, dauern sollte.

Gleich nach Bildung der Nationalgarde trat er in dieselbe ein. Er machte Wachen am Leipziger Tor und Patrouillen bis zur großen Pappel in der Tiergartenstraße mit und achtete nachts auf den Alarm des Generalmarsches. Die Wertlosigkeit der ganzen Einrichtung wurde ihm aber bald klar, und als in Frankfurt a. M. der Erzherzog Johann zum deutschen Reichsverweser ernannt worden war, ergriff ihn solcher Ekel vor den politischen Zuständen, daß er aus der Nationalgarde austrat.

Einer politischen Partei hat er sich nie verschrieben. „Ich hatte dazu niemals Neigung, weil Parteirücksichten die Freiheit des Handelns und Denkens beschränken, zum andern auch insofern keinen Anlaß, als ich nie einem Parlament angehört habe. Es ist mir nicht leicht geworden, auf jede parlamentarische Tätigkeit zu verzichten, und ich hätte keine große Schwierigkeit gehabt, mich wählen zu lassen, da mir als Ministerialdirektor wie später als Oberpräsident wiederholt Mandate angetragen wurden; ich habe sie stets abgelehnt, und zwar aus zwei Gründen. Einmal konnte ich mich nicht vorweg binden, immer so, wie das jeweilige Ministerium gebietet, zu stimmen, wie leider nach unsern noch unreifen konstitutionellen Zuständen erwartet wird. Fürs andre konnte ich mich nie auf längere Zeit von meinem Amte trennen, in welchem ich nützlicher wirken zu können glaubte als in einem Parlament."

Die Hauptschuld an den ungesunden politischen Zuständen trugen seines Erachtens die Zerrissenheit des Landes in zahlreiche Parteien und die Verblendung besonders der extremen Parteien. Von der Fortschrittspartei schreibt er: „Mag ihre Entstehung berechtigt gewesen sein, seit Jahren hat sie sich überlebt und wirkt nachteilig durch ihren abstrakten Doktrinarismus, durch Mangel an praktischem Blick, an Berücksichtigung der Umstände und Tatsachen, durch zu häufiges Negieren und durch unerträgliche Formen. Ihr größter Fehler war die dem Könige in der Frage der Reorganisation und Vermehrung des Heeres gemachte Opposition. Es war klar, daß mit einem stehenden Heer von 150000 Mann (soviel nur hatten wir 1860) Preußen seine Stellung nicht behaupten, keine große Politik treiben konnte. Dies sagte ich dem Finanzminister v. Patow, als er von der Konseilsitzung, in welcher zum erstenmal die Sache zur Sprache gekommen war, zurückkehrte und mir Mitteilung machte. Ich fügte

Digitized by Google

hinzu, er dürfe sich meines Erachtens keinen Augenblick der Absicht des Königs widersetzen, wenngleich zu wünschen sei, daß die Sache nicht auf einmal, sondern womöglich allmählich gemacht werde. Ich bin stets der Meinung gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben, daß König Wilhelm durch die Schaffung unsers Heeres, wie es dasteht, einzig in seiner Art und kaum in irgendeinem Stück zu übertreffen, sich das denkbar größte Verdienst erworben hat. Unbegreiflich, unverantwortlich bleibt es und ein Beweis größter Kurzsichtigkeit, daß die Fortschrittspartei dem Könige in seinem Vorhaben, das Land wirklich wehrfähig zu machen, Widerstand leistete, woraus der Konflikt und die Reaktion der ersten sechziger Jahre hervorging. Aber auch in manchen andern Fällen hat die Opposition unnötiger- und ungerechtfertigterweise Widerstand geleistet."

Von je an war er „durch und durch deutsch". „Die Geschichte Deutschlands seit dem sechzehnten Jahrhundert erfüllt mich mit Trauer, mit Scham, Widerwillen und Ekel; die größte Erniedrigung und Zerrissenheit Deutschlands fällt in meine Jugendzeit, und durch Ueberlieferung und Lektüre habe ich genug von ihr erfahren; ein kurzer glorreicher Aufschwung; dann wieder fast zwei Menschenalter hindurch Zeiten der Schwäche, der Schmach, der Demütigungen mit kurzen Unterbrechungen. Endlich in den sechziger Jahren ging Deutschlands Stern auf von Preußen her. Glücklich der, welcher die Jahre 1866, 1870, 1871 in Preußen erlebt hat, ewiger Ruhm und Dank dem großen Staatsmanne, der um die Herstellung des Deutschen Reiches und Kaisertums von allen, die dazu mitgewirkt haben, doch das größte Verdienst hat, um so mehr, als im Jahre 1866 auch der starke Widerstand seiner eignen Parteigenossen überwunden werden mußte. Aus dem Munde des Grafen Eulenburg I habe ich, daß der Finanzminister v. Bodelschwingh bei seinen Ministerkollegen agitierend herumging und Bismarck für verrückt erklärte, weil er mit Oesterreich Krieg anfangen wolle."

Bald nachdem der Prinz von Preußen die Regentschaft übernommen hatte, wurde Horn, als der Kultusminister v. Bethmann-Hollweg sich bestimmt fand, sein Amt niederzulegen, von dem Finanzminister befragt, ob er dessen Nachfolger werden wolle; der Minister des Innern Graf v. Schwerin sei mit seiner Wahl einverstanden und die Genehmigung des Königs nicht zu bezweifeln. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Verwaltung des Kultusministeriums bot, lehnte er indes sofort ab. Er weigerte sich auch, das Finanzministerium zu übernehmen, als es ihm von dem mit der Umbildung des Ministeriums beauftragten Handelsminister v. d Heydt angetragen wurde.

Von streberhaftem Ehrgeiz frei und von Jugend auf gewohnt, in stiller Weise ohne Rücksicht auf äußere Anerkennung oder Vorteile seine Pflicht zu erfüllen, dachte er nicht daran, daß ihm noch eine Aenderung seiner amtlichen Stellung beschieden sein könnte. Da brachte ihm das Jahr 1862 ganz unerwartet Erlösung von dem ermüdenden Dienste bei dem Finanzministerium.

„Ich hatte für den Monat Oktober 1862 Urlaub erbeten und erhalten, um mein geliebtes England wiederzusehen und die in London veranstaltete inter-

Digitized by Google

nationale Gewerbeausstellung zu besuchen ... Während meines Aufenthalts in London empfing ich von dem Minister v. Bodelschwingh einen Brief, der für mein Schicksal entscheidend sein sollte. Es war infolge des Konfliktes mit der Landesvertretung ein Staatshaushaltsetat nicht zustande gekommen, und v. Bodelschwingh forderte brieflich meine Zustimmung zu dem Satze, daß deshalb der alte Etat in Geltung geblieben sei. Ich erwiderte ihm, daß ich dieser Ansicht nicht sein könne; daß die Staatsregierung das Recht und die Pflicht habe, an Stelle des gesetzlich vorgesehenen Etats, der nicht zustande gekommen sei, auf ihre Verantwortung einen Staatshaushaltsetat, ohne welchen nicht gewirtschaftet werden könne, im Verordnungswege aufzustellen, daß aber der bisherige Etat als solcher mit Ablauf des Zeitraums, für den er aufgestellt worden, seine Geltung verloren habe.

Diese Aeußerung, obwohl sie nur eine formelle, für die Sache gar nicht erhebliche Differenz ergab, verstimmte Bodelschwingh dergestalt, daß er meine Entfernung beschloß; vielleicht auch deshalb, weil meine Freundschaft mit seinem Vorgänger v. Patow mich ihm mißliebig machte. Man suchte eine andre Stelle für mich. Das Direktorium in der Hauptverwaltung der Staatsschulden lehnte ich ab. Darauf bot Bodelschwingh mir in höherem Auftrage das Oberpräsidium der Provinz Posen an, welches damals Bonin bekleidete. Auf meine Frage nach den Gründen, aus welchen dessen Abgang erfolge, erwiderte Bodelschwingh, daß er das nicht mit mir zu erörtern habe. Ich erfuhr nachher, daß Bonin sich dadurch das Mißfallen des Königs zugezogen habe, daß er zuviel von Posen abwesend gewesen sei und zu wenig über die dortigen Verhältnisse dem Könige berichtet habe."

Am 14. Dezember 1862 erfolgte dann Horns Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Posen, wovon ihn die beiden Ressortminister mit folgendem Bemerken benachrichtigten:

„Wir können uns nicht versagen, Ew. Hochwohlgeboren es auszusprechen, daß, so ungern wir Sie aus Ihrer bisherigen Stellung scheiden sehen, in welcher Sie mit der treuesten und ausdauerndsten Hingebung dem Staate wichtige Dienste geleistet haben, es uns zur Genugtuung gereicht, daß des Königs Majestät Ew. Hochwohlgeboren zur Verwaltung eines der schwierigsten Aemter zu berufen geruht und dadurch Ihre bisherigen Dienstleistungen eine hohe Anerkennung gefunden haben."

Die Bekanntmachung seiner Ernennung verzögerte sich, weil Bonin an Gesichtsrose schwer erkrankt war und deshalb einstweilen geschont werden sollte. Mit Ende 1862 legte Horn seine Geschäfte bei dem Finanzministerium nieder, welches achtzehn Jahre die Stätte seiner Wirksamkeit gewesen war. „Unzählige Erinnerungen knüpften sich an das Haus und die Menschen, denen ich in ihm begegnet war; täglich, gewöhnlich zweimal, hatte ich dasselbe betreten; das Eckzimmer parterre nach der Zeughausseite war mir zur zweiten Wohnung geworden, in welcher im Laufe der Zeit unzählige Menschen mit mir verkehrt, meine Frau mich öfters besucht hatte ...

Digitized by Google

Der Monat Januar 1863 war zur Ordnung meiner Privatangelegenheiten, zu Abschiedsbesuchen usw. bestimmt. In diesem Monat oder im Dezember 1862 hatte ich Audienz bei dem Könige und Gelegenheit, ihm mein politisches Glaubensbekenntnis vorzutragen, was ihn wohl nicht voll befriedigte, aber auch keinen direkten Anlaß zur Unzufriedenheit bot. Irgendeine bestimmte Anweisung wegen der von mir zu verfolgenden Verwaltungsmaximen erhielt ich von dem Könige nicht. Ebensowenig von einem der Minister. Ich blieb daher ganz auf mich angewiesen, was mir auch ganz recht war.

Nachdem meine Ernennung veröffentlicht worden war, erhielt ich eines Tages auch den Besuch des älteren der Gebrüder Radziwill, des Fürsten Wilhelm, der mir ein Promemoria, die Provinz betreffend, zur Durchsicht und Beachtung übergab . . . Noch ein andrer vornehmer Pole, der Kammerherr Thaddeus v. Morawski, mit dem ich auch später in freundlichen Beziehungen geblieben bin, machte mir schon in Berlin seinen Besuch."

Am Morgen des 24. Januar 1863 verließ Horn Berlin. Am Abend desselben Tages wurde er auf dem Bahnhofe in Posen von den ihn erwartenden Herren mit der Nachricht empfangen, daß in Warschau eine Insurrektion ausgebrochen sei. War er frischen Mutes abgereist, so hatte er doch gehofft, in Ruhe an das neue Werk gehen zu können. Jetzt wurde er plötzlich vor eine unerwartete schwierige Aufgabe gestellt, denn die Ereignisse im Königreich Polen mußten die lebhafteste Rückwirkung auf das Großherzogtum äußern und auf dem diesseitigen Staatsgebiet Maßregeln verschiedenster Art erfordern. Bei voller Dunkelheit im Oberpräsidium angelangt, hatte er nach flüchtiger staunender Betrachtung der schönen Räume sofort Depeschen zu empfangen und zu erledigen.

Wie die Sache verlaufen werde, war damals nicht abzusehen. Es erschien ihm jedoch von vornherein ausgeschlossen, daß es auch in der Provinz zu einem Aufstand kommen werde.

„Eintretendenfalls war ich entschlossen, schnell und rücksichtslos vorzugehen, und der kräftigsten Hilfe des Militärs sicher. Aber wiewohl eine äußere Störung der Ruhe nicht eintrat und nicht zu besorgen war, das ganze Unternehmen auch von der Mehrzahl des Adels gemißbilligt wurde, so gab sich doch, namentlich in der ersten Zeit, große Aufregung und große Sympathie für die Aufständischen kund.

Es war daher meine erste Sorge, durch eine in unzähligen Exemplaren verbreitete Proklamation die Bewohner der Provinz vor einer Teilnahme an der Insurrektion unter Hinweis auf die gesetzlichen Strafen zu warnen. Diese Proklamation erschien unter dem 1. Februar 1863 und war von dem kommandierenden General Grafen Waldersee, weil derselbe mit den in andern Provinzen unbekannten Funktionen eines Militärgouverneurs bekleidet war, mitunterzeichnet. Da man diese Partikularität in Berlin nicht kannte, wurde ich im Abgeordnetenhause wegen Beteiligung des kommandierenden Generals an der Proklamation heftig angegriffen und von dem mir bis dahin stets freundlich gegenübergetretenen Abgeordneten v. Bonin, meinem Amtsvorgänger, damit verteidigt, daß man die Sache meiner Neuheit und Unerfahrenheit zugute halten müsse."

Digitized by Google

Die Proklamation hatte wenig Erfolg. Daß durch Zuzüge aus dem diesseitigen Gebiete der Insurrektion im Königreiche Vorschub geleistet wurde, war klar, seitdem es ungeachtet der sorgfältigen Ueberwachung durch Militär- und Zivilbehörden einer mehrere hundert Köpfe starken Bande gelungen war, in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März die Grenze zu überschreiten. Die seitdem eingetretene Verstärkung der militärischen Kräfte in der Provinz machte es möglich, die Ueberwachung noch strenger zu handhaben. Es gelang, einige Banden aufzuheben, welche sich nächtlicherweile zusammengefunden hatten, um die Grenze zu überschreiten. Seitdem schienen die Polen ein andres System zu befolgen, um die Insurrektion vom diesseitigen Gebiet aus zu verstärken. Einzeln oder in ganz kleinen Trupps zu zwei bis drei Köpfen gingen die Zuzügler über die Grenze, um im jenseitigen Gebiet sich zu sammeln und bewaffnet zu werden. Es fehlte an positiven Andeutungen, daß man Zuzüge im größeren Maßstabe vorbereite. Da indes die Nachricht nach Posen gelangte, daß die nach Galizien übertretenden polnischen Insurgenten versuchen würden, sich in die Provinz Posen zu begeben, um von hier aus wieder in das Nachbarland zur Beteiligung an der Insurrektion zurückzukehren, und da das Erscheinen dieser Personen Anlaß geben konnte, von dem Großherzogtum aus wieder größere Zuzüge zu organisieren, so wurden die Landräte, in deren Kreisen das polnische Element stark vertreten war, angewiesen, wiederholte, umfassende und genaue Revisionen des Personenstandes auf allen Gütern vorzunehmen, deren Besitzer für verdächtig gehalten würden, den revolutionären Umtrieben irgendwie Vorschub zu leisten. Man durfte erwarten, daß, wenn auf diese Weise die Sicherheitsorgane sich häufig da blicken ließen, wo neue Fäden zu einem Unternehmen angesponnen wurden, entweder die beabsichtigten Zuzüge unterbleiben oder aber die polizeilichen Organe leicht Kenntnis von den Vorbereitungen erhalten könnten, um dann durch weitere Recherchen die Teilnehmer zu ermitteln ...

„So wirksam für die gesteigerte polizeiliche Tätigkeit das Gendarmeriekorps sich erwies, so wenig war auf alle Polizeidistriktskommissarien voller Verlaß. Denn unter ihnen befanden sich auch Polen, die, sonst und an sich sehr tüchtig und bewährt, jetzt gegenüber dem Andringen und den Versuchungen ihrer Landsleute sich nicht vollkommen zuverlässig erwiesen. Ich war genötigt, einige derselben, deren Untreue hatte erwiesen werden können, zu entlassen. Wiederholt bin ich von Gutsbesitzern polnischer Nationalität angegangen worden, Gendarmen auf ihr Gut zu legen, um sie gegen das Andringen polnischer Emissäre zu schützen.

Vielfach aber gab sich große Sympathie für den Aufstand kund. Von dem Gymnasium in Tremessen entwichen so viel Schüler nach Polen, daß der Direktor Szostakowski, ein Mann polnischer Nationalität, selbst den Antrag stellte, das Gymnasium zu schließen, was denn auch geschah, dem Mann aber in den Augen seiner Landsleute unendlich geschadet und unsägliche Verfolgung und Kummer eingebracht hat. In der Stadt Posen war die Aufregung in der ersten Zeit nach Ausbruch der Insurrektion sehr groß. Ich hatte veranlaßt, daß im

Digitized by Google

Hofe des Regierungsgebäudes vor das Lokal der Hauptkasse ein Militärposten gestellt wurde, um gegen alle Eventualität gesichert zu sein; dies hatte eine Zusammenrottung des Volkes zur Folge, welches die Entfernung des Postens verlangte. Ich begab mich auf die erste Meldung davon unter die Menge, erklärte laut, daß der Posten nun erst recht bleiben würde, hieß die Menge auseinandergehen und erlangte auch, daß sie sich langsam zerstreute.

Eines Tages wurde mir hinterbracht, daß einer meiner beiden Diener, ein Pole, gedungen sei, mich zu observieren, und daß er den Polen zutrage, was bei mir vorgehe. Da der Mensch, Wilhelm Domaniewski mit Namen, um die Pflege meines Vorgängers v. Puttkamer, der monatelang krank war und täglich gebadet werden mußte, sich verdient gemacht hatte, da er außerdem ein ganz vortrefflicher Bedienter war, wie ich vorher und nachher nie einen ähnlichen gehabt habe, und seine angebliche Spionage ihm gar nichts helfen konnte, indem er nach den lokalen Einrichtungen Gespräche nicht überhören konnte und Papiere ihm nicht zugänglich waren, so beschränkte ich mich darauf, ihn zu verwarnen.

Hin und wieder brachte ein gewisser Uebereifer von Beamten in jener Zeit auch Komisches zutage. So wurde ich in einer Nacht durch ein Telegramm aus Braunsberg in Ostpreußen geweckt, welches mir meldete, daß daselbst fünf oder sechs Revolver in Beschlag genommen worden seien! Ein andermal ging als höchst wichtig die Nachricht ein, daß auf den Hof eines Klosters nächtlicherweile einige schwer beladene Wagen gefahren worden seien und ohne Zweifel Waffen enthielten. Es wurden also schleunigst die nötigen Sicherheitsmaßregeln getroffen, und es ergab sich dann, daß die Wagen Kartoffeln enthielten!

Für die militärische Aktion war in der Person des Kommandierenden Generals des I. Armeekorps, General der Infanterie v. Werder, ein „Oberbefehlshaber" ernannt. Auf die erste Nachricht hiervon bekam ich einen Schreck, indem ich besorgte, daß die Duplizität des Militärkommandos Reibungen zwischen den beiden militärischen Befehlshabern herbeiführen und meine Wirkungssphäre unangenehm einschränken könnte. Denn ich bin immer, bei schicklicher Unterordnung gegen die Vorgesetzten, bei voller Achtung fremder Wirkungskreise und dabei für guten Rat empfänglich, oft seiner bedürftig, stets eifersüchtig bemüht gewesen, jeden Eingriff in meine Attributionen abzuwehren.

Keine der beiden Befürchtungen trat ein, und ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne beiden Generalen v. Werder und Graf v. Waldersee hier den Tribut meiner Dankbarkeit darzubringen; sie haben in der Art, wie sie ihre Aufgaben erfaßten und ausführten, mir mein Amt erleichtert und durch ihr freundliches Entgegenkommen den Verkehr in dienstlicher und geselliger Beziehung sehr angenehm gemacht. Beide, Veteranen aus den Befreiungskriegen, waren geistig und körperlich noch recht frisch, dabei furchtlos, gelassen, nichts weniger als nervös und von feinen und gefälligen Formen, Liebhaber der Geselligkeit und dabei selbst gastfrei, Graf Waldersee scherzhaft, Freund von Anekdoten und Geschichten, die er in „verheiratete" und „unverheiratete" zu teilen pflegte.

Während der Dauer der polnischen Insurrektion nahm auch ein russischer

Digitized by Google

Militärbevollmächtigter, Oberst v. Weymarn, ein Deutscher von Geburt, in Posen, als dem Sitz des Oberbefehlshabers, seine Residenz. Auch er hat mir mein Amt nicht schwer gemacht, sich sehr diskret betragen, die Sache überhaupt sehr ruhig genommen. Er verkehrte auch in meinem Hause und sah es gern, wenn er mit einer dramatischen Künstlerin, die er auch nachher geheiratet hat, in Gesellschaften zusammentraf.

Die lange Dauer der Insurrektion hatte eine große Belästigung der an die Grenze dislozierten Truppen und der dortigen Quartiergeber zur Folge. Wiederholt bin ich von letzteren, darunter gut und patriotisch gesinnten deutschen Gutsbesitzern, mit Klagen, daß ihre Vorräte fast aufgezehrt seien, angegangen worden und habe dann um einen Quartierwechsel mich bemüht. Indes war die militärische Besetzung der Grenze die einzige Art, der Ueberführung von Menschen und Waffen zu den Insurgenten einigermassen wirksam zu begegnen ...

Obwohl die äußere Ruhe in der Provinz nicht gestört war, wurde ich gedrängt, darauf anzutragen, daß die Provinz in Belagerungszustand erklärt werde. Da das Gesetz von 1851 dazu keinen Anhalt bot, so weigerte ich mich, es zu tun. Ich hatte die beiden Generale v. Werder und Graf Waldersee auf meiner Seite, im übrigen aber waren viele einflußreiche Männer gegen mich. Einmal oder öfter wurde im Abgeordnetenhause getadelt, daß ungerechtfertigte Haussuchungen und Verhaftungen vorkämen und statt dessen lieber der Belagerungszustand eingeführt werden sollte. Meine Lage wurde immer schwieriger. Man schickte mir den General v. Treskow, um mit mir zu verhandeln. Ich blieb standhaft, da ich das von ihm vorgebrachte Argument, es sei doch „in den Gemütern" Aufregung, nicht für durchgreifend nach dem Gesetz erachten konnte. Etwas später kam der Kommandierende General des II. Armeekorps v. Steinmetz, dem der Bezirk Bromberg militärisch untergeordnet ist, mit militärischem Gefolge unangemeldet bei mir an, um mich zur Beantragung des Belagerungszustandes zu bestimmen, was ich in aller Höflichkeit wiederum ablehnte. Endlich als der Aufstand bis ins Jahr 1864 sich verlängerte, erschien, um sich an Ort und Stelle von der Sachlage zu unterrichten, in Posen der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg. Diesmal wurde meine Position noch schwieriger, weil die mich umgebenden Räte, die ich mit dem hinzugezogenen Landrat v. Madai zu einer Konferenz vereinigt hatte, dazu rieten, nach Maßgabe des Gesetzes von 1851 wenigstens einige Artikel der Verfassungsurkunde außer Kraft zu setzen. Ich sprach mich auch dagegen aus, Graf Eulenburg trat mir auch nicht entgegen, entschied sich nicht und reiste wieder ab. Die Sache blieb auf sich beruhen. Aus Berlin erfolgte nichts weiter. Endlich war die Insurrektion zu Ende und damit die Frage erledigt.

Mir aber war die abgelaufene Zeit wegen der immer wiederkehrenden Diskussion des Belagerungszustandes äußerst peinlich geworden, da ich ganz allein die Verantwortung zu tragen hatte. Ich blieb aber fest und erklärte, mich eher wegschicken zu lassen als etwas Ungesetzliches zu tun. Es ist noch heute meine Ansicht, daß das Gesetz von 1851 einem Antrage auf Einführung des

Digitized by Google

Belagerungszustandes nicht zur Seite gestanden hätte. Allerdings hätte ich schwerlich Nachteile erfahren, wenn ich dem Andrängen nachgegeben haben würde. Ich hätte damit der russischen Regierung einen Dienst erwiesen, den Beifall der Militär- und Hofpartei mir erworben und mir Ruhe verschafft. Aber ich hätte damit meines Erachtens dem Lande und der Provinz geschadet, indem mit dem Belagerungszustande anerkannt worden wäre, daß man in der Provinz mit den gewöhnlichen Gesetzen nicht auskommen könne. Ob mit der Erklärung des Belagerungszustandes in der Provinz Posen der Aufstand im Königreiche früher beendet worden wäre, ist zweifelhaft. Erreicht aber wäre damit das, was ich auch auf das Aeußerste vermeiden wollte, daß das Regiment in der Provinz von den Zivilbehörden auf das Militär überging.

Zu großer Genugtuung hat es mir gereicht, daß, als ich nach beendigtem Aufstande eine Audienz beim Könige hatte, er mir wegen meines Verhaltens bezüglich der Frage nach dem Belagerungszustande schließlich recht gegeben hat."

Schon vorher aber hatte der Ministerpräsident in einem eigenhändigen Schreiben Horns Haltung gebilligt.

Berlin, 25. Mai 1863.

„Hochgeehrter Herr Oberpräsident!

In der Voraussetzung, daß die Andeutungen öffentlicher Blätter über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Ew. Hochwohlgeboren und dem Staatsministerium zu Ihrer Kenntnis gelangt sind, kann ich nicht umhin, Ihnen in dieser ganz außeramtlichen Form die Versicherung auszusprechen, daß seit dem Beginn Ihrer Tätigkeit als Oberpräsident ich weder von Seiner Majestät dem Könige noch von einem Mitgliede des Staatsministeriums jemals anders als mit der rückhaltlosesten und wärmsten Anerkennung von der ebenso umsichtigen als energischen Haltung habe reden hören, in welcher Ew. Hochwohlgeboren den so schwierigen Verhältnissen Ihrer Provinz gegenübergetreten sind. Es fehlt also an den bezeichneten Stellen auch jeder Schatten eines Vorwandes zur Erfindung solcher Gerüchte, wie die öffentlichen Blätter sie gebracht haben. Seine Majestät der König hat sie mit Befremden gelesen und dabei Seiner Zufriedenheit mit der amtlichen Tätigkeit Ew. Hochwohlgeboren lebhaften Ausdruck gegeben.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetesten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck."

Eine Anerkennung der von Horn getroffenen Maßregeln lag auch darin, daß auf Anweisung des Ministers des Innern der Regierungsrat Raffel im März 1864 von Posen nach Marienwerder geschickt wurde, um nicht nur das Vorgehen in Westpreußen mit dem in der Provinz Posen in Uebereinstimmung zu bringen, sondern um vor allem den beteiligten Beamten der Regierung in Marienwerder darzulegen, wie im Posenschen mit Erfolg verfahren worden war.

Digitized by Google

„Neben der polizeilichen und militärischen Aktion gegen den polnischen Aufstand gingen gerichtliche Schritte gegen diejenigen, welche verdächtig waren, die Insurrektion zu fördern und im Inlande vorzubereiten. An diesen Schritten bin ich in einer Richtung auf eine mir denkwürdige Weise beteiligt gewesen. Eines Morgens nämlich meldete mir mündlich der Polizeipräsident v. Bärensprung, daß bei dem Grafen Dzialynski, der im Verdacht stand, bei der Vorbereitung einer künftigen Insurrektion als Hauptorganisator beteiligt zu sein, eine Haussuchung abgehalten worden sei, aber ohne Erfolg. Auf meine Frage, ob alle bewohnten Räume durchsucht worden seien, erhielt ich die Antwort, daß die Polizeibeamten geglaubt hätten, das Schlafzimmer des Grafen nicht betreten zu sollen. Ich ordnete die sofortige Wiederholung der Haussuchung an, welche einen unerwarteten Erfolg hatte. Nachdem der betreffende Polizeibeamte das Schlafzimmer betreten hatte, bemerkte er in einem Spiegel, daß der Graf D., der ihm abgewendet war, ein aus einem Schubfach genommenes Notizbuch zu verbergen suchte. Er nötigte den Grafen, das Notizbuch herauszugeben, und darin fanden sich, nach den einzelnen Kreisen geordnet, die Namen der für die künftige Insurrektion designierten Führer in einer den Grafen bestimmt gravierenden Weise. Es hätte nun der Graf sofort in Haft genommen werden können. Der Oberstaatsanwalt aber war der Meinung, daß Graf D., der Abgeordneter war, nicht verhaftet werden dürfe, weil er nicht in flagranti betroffen worden sei. Die Verhaftung unterblieb also, und Graf D. begab sich eilends nach Paris. Später stellte er sich freiwillig und wurde, soviel ich mich erinnere, zu zweijähriger Gefängnis- oder Festungsstrafe verurteilt."

Für das Amt des Oberpräsidenten war Horn insofern besonders gut vorbereitet, als er durch die Beschäftigung bei dem Polizeipräsidium in Berlin, im Ministerium des Innern, dessen Zuständigkeit damals erheblich weiter ging als jetzt, und im Finanzministerium Einblick in fast alle Zweige der Verwaltung erhalten hatte. Der von ihm verwalteten Provinz kam zu statten, daß er durch seine Tätigkeit im Finanzministerium über die Zweckbestimmung der verschiedenen Fonds und die Voraussetzungen, unter denen daraus Mittel flüssig gemacht werden konnten, genau unterrichtet war. Auch die guten Beziehungen, die er in Berlin zu vielen einflußreichen Beamten in fast allen Ministerien angeknüpft hatte, wußte er für die Provinz nutzbar zu machen. In Berlin war er auch, wie bereits bemerkt, mit verschiedenen früheren Oberpräsidenten von Posen bekannt geworden, wodurch ihm das Verständnis ihrer Verwaltungsweisen erleichtert wurde. Von größter Bedeutung für ihn waren seine Beziehungen zu Flottwell. Er hatte ihn schon in seiner Jugend kennen gelernt und anfangs der dreißiger Jahre auf einer Reise nach Wien in Posen aufgesucht. Im Finanzministerium traten die beiden Männer einander auch dienstlich näher. Für Horn galt die Verwaltung des Oberpräsidiums von Posen durch Flottwell als „die glänzendste Periode der langen Laufbahn dieses mit Recht viel gepriesenen Staatsmannes" und bei jeder sich bietenden Gelegenheit hob er hervor, wieviel Gutes Flottwell, „ein im seltenen Grade trefflicher Mann, lebhaften Geistes und edler Denkungs-

Digitized by Google

art" vermöge seiner unermüdlichen Tätigkeit und seines kräftigen Vorgehens in der Provinz geschaffen habe.

Ohne jede Anweisung nach der Provinz entsandt, hatte Horn sich ein Verwaltungssystem selbst zu bilden. „Gerecht und wohlwollend gegen alle ohne Unterschied" war und blieb sein oberster Verwaltungsgrundsatz. Danach zu handeln, ist ihm nicht schwer geworden, auch nicht den Polen gegenüber, zumal er für diese eine gewisse Sympathie mitbrachte und die guten Eigenschaften besonders des niederen Volkes zu schätzen wußte. Er verkannte nicht, daß die Teilung Polens und der Verlust der politischen Selbständigkeit die Polen schmerzen muß. Es galt aber auch für ihn als selbstverständlich, daß am wenigsten Preußen von dem, was ihm von dem ehemaligen Polen nach 1815 geblieben, jemals freiwillig auch nur ein Dorf abtreten dürfe. Seines Erachtens war deshalb „jedem Versuche zu einer Umwälzung auf das Entschiedenste entgegenzutreten, anderseits aber das polnische Volk schonend und rücksichtsvoll zu behandeln. Ich habe daher," so schreibt er, „jederzeit den Polen gegenüber erklärt, daß sie preußische Untertanen seien und bleiben müßten, dem Könige Treue, Ehrerbietung und Dankbarkeit zu erweisen hätten, aber ihre Sprache, Sitte und Konfession behalten sollten ... Wenn ich mich bestrebt habe, ihre Nationalität zu schonen, so habe ich doch allezeit proklamiert, daß die Polen neben ihrer Muttersprache auch das Deutsche lernen müßten". Hierauf legte er das größte Gewicht.

An andrer Stelle äußert er sich über die Grundsätze, nach denen er als Oberpräsident von Posen verwaltet habe, wie folgt: „Die größte Festigkeit und Entschiedenheit, demgemäß auch unabläßige Wachsamkeit gegenüber allen Bestrebungen und Agitationen für Insurrektion und Sezession. Daneben aber gleiche Behandlung des einen wie des andern. Soviel Nützliches schaffen als möglich. Offenheit und Ehrlichkeit im Reden und Handeln. Für jedermann zugänglich sein und billige Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Teilung Polens läßt sich nicht rückgängig machen und wird von den Besten der Nation stets schmerzlich empfunden werden. Aber man muß das preußische Regiment ihnen nicht nur erträglich, sondern wert machen. Und wenn dann noch Menschenalter vergehen, ehe die Provinz völlig assimiliert wird, so hat doch Preußen inzwischen seine Schuldigkeit getan und kann das Weitere und Endliche Gott und der Zukunft anheimstellen." Dabei leitete ihn die Ueberzeugung, daß dem Deutschtum schon wegen seiner höheren kulturellen Bedeutung der Sieg im Ringen mit dem Polentum zufallen müsse; doch wollte er der Entwicklung der nationalpolitischen Verhältnisse in der Provinz nicht untätig zusehen; vielmehr war er eifrig bemüht, das Deutschtum soweit als möglich zu fördern und so die allmähliche Verschmelzung der beiden Nationalitäten, die auch für ihn das letzte Ziel der Polenpolitik war, zu beschleunigen. Hierauf soll später näher eingegangen werden.

Im übrigen ließ er sich in seiner Stellung als Oberpräsident von folgenden Gesichtspunkten leiten. „Ich hatte mein Amt mit dem Entschlusse angetreten,

Digitized by Google

es nicht bloß im Sinne der Dienstanweisung für die Oberpräsidenten zu verwalten, sondern frisches Leben in die Verwaltung zu bringen, Gutes und Nützliches, wo sich Anlaß bot, anzuregen, zu schaffen oder zu fördern, also nicht bloß auf Anträge, die an mich gebracht wurden, zu warten und zu entscheiden, sondern nach Umständen selbständig einzugreifen oder wenigstens die Tätigkeit der untergeordneten Behörden anzufeuern. Ich konnte dabei andre Oberpräsidenten, mit welchen ich sonst nicht übereinstimmte, zum Muster nehmen und allerdings auf Tadel und Anklagen wegen Uebergreifens in fremde Ressorts mich gefaßt halten. Freilich fassen manche Oberpräsidenten ihre Stellung anders auf; sie beschränken sich darauf, ihre Aktion eintreten zu lassen, wenn sie angerufen wird, führen dabei ein viel gemächlicheres Leben, als ich geführt habe, sind ungeachtet ihres zurückhaltenden Wesens nicht unbeliebt und in Berlin voll gewürdigt und anerkannt. Ich konnte mich aber mit einer gewissen Passivität in meiner Stellung als Oberpräsident nicht befreunden. Es ist mit derselben soviel Autorität und, wenn die Behörden und das Publikum redlichen Willen bekunden, so viel Einfluß verbunden, dabei hat ein Oberpräsident so viel Gelegenheit, sich zu informieren, Mängel und Schäden wahrzunehmen, daß meines Erachtens eine ganz ungerechtfertigte Selbstbeherrschung dazu gehört, wenn der Oberpräsident sich auf die ihm offiziell zugebrachten Sachen beschränkt und nicht häufig eine selbsttätige Initiative ergreift.

Allerdings sind die Oberpräsidenten lange das nicht mehr, was sie vor 1848 waren. Sie mußten bis dahin alle Jahre in Berlin sich einfinden, um über den Zustand und die Bedürfnisse der Provinz Auskunft zu erteilen. Auf ihre Auffassung und Anträge kam alles an. Selten bereiste ein Minister die Provinzen; die Presse unterlag der Zensur; ein Abgeordnetenhaus gab es nicht. Aber wie verändert immer die Stellung des Oberpräsidenten gegen früher ist, sie bleibt wegen der Vielseitigkeit und Bedeutung der ihnen anvertrauten Interessen eine sehr wichtige. Auch in den Augen des Publikums, welches immer seinen Blick auf den Oberpräsidenten gerichtet hat. Besonders hoffen alle Bedrängten auf ihn. Wer überall abgewiesen worden ist, glaubt vielleicht noch bei dem Oberpräsidenten Hilfe zu finden. Dabei gilt es dann allerdings, einen Unterschied zu machen; man kann nicht jedem helfen. Deshalb habe ich mich beispielsweise in Begnadigungssachen nur selten eingemischt. Dagegen bin ich stets zu bestimmten Tagesstunden für jedermann zugänglich gewesen und habe nach dem Vorbilde des Kabinetts Seiner Majestät des Königs jeden Brief beantwortet. In einem Punkte bin ich vielleicht zu weit gegangen, nämlich in eingehender Erledigung von Unterstützungsgesuchen."

Ein wesentliches Erfordernis für ein gedeihliches Wirken als Oberpräsident war seines Erachtens ein gutes Einvernehmen mit den Behörden der Provinz und deren Chefs. „Denn es arbeitet sich viel besser, man erreicht viel mehr, wenn Anordnungen und Anweisungen sich nicht bloß auf amtliche Autorität gründen, mit welchen man allerdings Notwendiges durchsetzen kann, sondern wenn man bei den andern Behörden und Beamten, mit welchen zusammen oder

Digitized by Google

durch welche man die Verwaltung zu leiten hat, ein auf Wohlwollen und Vertrauen gegründetes bereitwilliges Entgegenkommen findet. Dies ist bei mir — und ich kann dafür meinem Geschick nicht dankbar genug sein — in großem Maße der Fall gewesen, wenn ich auch in einzelnen Fällen auf eine feindselige Opposition gestoßen bin, welche sich auf eine persönliche, mir unerwartete Abneigung gründete ... Sehr zu statten kam mir für meine Stellung als Oberpräsident, daß ich während meiner Beschäftigung bei dem Finanzministerium so vielen Regierungsmitgliedern persönlich bekannt geworden war, und zwar von der Seite, daß, wenn ich auch nicht allen Wünschen hatte entgegenkommen können, ich immer Offenheit, Gerechtigkeit und Wohlwollen gezeigt hatte."

In seinem rastlosen Eifer stellte er sehr hohe Anforderungen an die ihm untergeordneten und beigegebenen Beamten. Trotzdem brachten sie ihm — mit verschwindenden Ausnahmen — Verehrung und Zuneigung entgegen, weil er in hingebender Erfüllung amtlicher Pflichten allen mit leuchtendem Beispiel voranging und bei großer Strenge im Dienst rein menschlichen Anteil an ihrem persönlichen Ergehen nahm. „Sein Fürwort" — so schrieb 1867 ein hoher Beamter in Berlin — „ist sicher von weitreichendem Einfluß. Dabei ist er ein Mann des wahrhaftigsten Wohlwollens und besitzt die seltene Eigenheit, für andre stets mehr zu tun, als er ihnen zu erkennen gibt. Auch ich bin mehr als einmal durch seine ungeahnte Fürsorge überrascht worden." So haben ihm denn auch viele Beamte über die Zeit ihres dienstlichen Verhältnisses zu ihm hinaus treue Anhänglichkeit bewahrt.

Aber auch mit den Organen andrer staatlicher Verwaltungen verstand er vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten und einmütig für die gemeinsame Aufgabe, das Beste der Provinz, zu wirken. Dies wurde ihm bei seinem Scheiden aus der Provinz von verschiedenen Seiten bezeugt. Das Kollegium der Generalkommission schrieb an ihn:

„Wir danken Ew. Exzellenz für die wohlwollende Anerkenntnis des einträchtigen Verhältnisses und der befriedigenden Beziehungen zu uns, indem wir versichern, daß es stets unser eifrigstes Bestreben gewesen ist, dem Vorbilde, mit dem Ew. Exzellenz allen Behörden vorangeleuchtet haben, nachzueifern."

Und aus demselben Anlaß richtete der Provinzialsteuerdirektor folgende Worte an ihn:

„Der segensreiche Einfluß von Ew. Exzellenz Verwaltung der Provinz hat sich auch über die meiner speziellen Leitung anvertraute Verwaltung erstreckt, und es ist mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, Hochdenenselben zugleich im Namen der Mitglieder der mir untergebenen Behörde bei Ihrem Scheiden aus der hiesigen Provinz den Dank für das Wohlwollen und die kräftige und erfolgreiche Unterstützung auszusprechen, welche Sie meinem Amtsvorgänger und auch mir während der leider nur kurzen Zeit unsres Zusammenwirkens in dem Bestreben stets geschenkt haben, das Beste der Provinz innerhalb unsres amtlichen Wirkungskreises zu fördern."

Er war aber auch mit Erfolg bemüht, zu den Organen nicht staatlicher

Digitized by Google

Verwaltungen in der Provinz gute Beziehungen zu unterhalten und zugleich anregend auf ihre Tätigkeit zu wirken. Dies glückte ihm besonders in bezug auf den Provinziallandtag. (Fortsetzung folgt)

England, Deutschland und der Friede Europas[1])

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

„Der Friede ist das größte Interesse aller Völker," sagt Sir Max Waechter im Anfang seines im Mai-Heft der „Deutschen Revue" erschienenen Artikels mit obiger Ueberschrift.

Ist das richtig? Ist das ein Ergebnis weltgeschichtlicher Forschung, oder lehrt das die Heilige Schrift? Sir M. Waechter äußert sich darüber nicht. Aber wenige Zeilen später, als er vom Balkankriege spricht, sagt er: „Die Heilige Schrift und die Erfahrung lehrt uns, daß auch das Uebel seinen Segen bringt."

Mir scheint, der Verfasser beider Sätze widerspricht sich in ihnen. Die im zweiten Satz enthaltene Berichtigung des ersten läßt erkennen, daß der Verfasser wohl selbst nicht glaubt, daß alle Völker jederzeit als ihr größtes Interesse den Frieden angesehen haben oder ansehen werden. Weiß er doch wohl beispielsweise aus der englischen Geschichte, daß England oft genug Interesse daran hatte, Kriege zu führen. Wie hätte es sich sonst sein großes Kolonialreich schaffen, wie hätte das winzige Inselreich sich sonst zu einer Weltmacht ersten Ranges aufschwingen können!

Die Geschichte beweist aber sogar das Gegenteil jenes Satzes. Sie zeigt, daß manche Völker nicht zu ihrem Nutzen den Frieden für ihr größtes Interesse hielten; sie lehrt, daß solche Völker, weil sie im Frieden verweichlichten, weil sie es im Frieden verlernten, sich zu zielbewußter, energischer Wehr aufzuraffen, herabstiegen von früherer Macht und Größe, und aufhörten, im Rate der Völker eine Rolle zu spielen.

Also nicht das größte Interesse der Völker ist der Friede. Wohl aber haben alle Völker ein großes Interesse an ihm. Denn nur in Friedenszeiten können sie sich im Innern entwickeln, können sie die Aufgaben lösen, die sie sich zur Erlangung menschlichen Glückes, nationaler Wohlfahrt und Gesittung gestellt haben.

Darum kann man den Bestrebungen, welche Sir M. Waechter mit seinen Ausführungen verfolgt, Herstellung friedlicher Verhältnisse durch Begründung eines europäischen Staatenbundes anzubahnen, wohl beitreten, wenngleich auch

[1]) Anmerkung der Redaktion. Wir behalten Sir Max Waechter eine Entgegnung auf obigen Artikel vor.

Digitized by Google

dadurch ewiger Völkerfriede nicht geschaffen werden wird, auch nicht geschaffen werden kann, weil jeder Organismus, auch der solchen Staatenbundes, von Zeit zu Zeit des Aderlasses, der Probe aufs Exempel bedürfen wird, um lebensfähig zu bleiben. Immerhin aber kann ein solcher Staatenbund viele Reibungsflächen beseitigen, viel Grund zum Krieg aus der Welt schaffen, und vielleicht auch dazu beitragen, die schwere Belastung der Völker durch Rüstungen zu vermindern. Sir M. Waechter hat daher recht, wenn er sagt: „Einigkeit, nicht Befehdung und Zerrissenheit sollte das Ideal der Staatsmänner und Diplomaten Europas sein."

Er hat auch darin recht, daß er die staatenbündliche Einigung Europas für möglich hält, solange tiefgehende Gegensätze zwischen leitenden Völkern bestehen, und daher als ersten Schritt zur Einigung Europas die Einigung Englands und Deutschlands fordert. Er hat aber nicht recht, wenn er des weiteren ausführt, daß England solcher Einigung nicht entgegenstehe, daß nur Deutschland unbegründetes Vorurteil gegen England hege, daß mithin Deutschland davon ablassen, sich ändern, sich bessern müsse.

Hier vergißt Sir M. Waechter, daß Einigung zwischen Großstaaten nur auf einer Grundlage erfolgen kann, auf der einzigen Grundlage des Gleichgewichts, und daß Gleichgewicht nur da vorhanden ist, wo auf keiner Seite ein Uebergewicht, ein Vorrecht, Privileg in die Wagschale fällt. Schmoller sagt in seinen „Charakterbildern" in dem Aufsatz, dessen Titel „Fürst Bülow und die preußisch-deutsche Politik im Frühjahr 1907" lautet:

„Ein solches Privileg aber sei es, wenn England die andern Mächte am Bau, an der Vergrößerung ihrer Flotte hindern will, weil es die Welthandelsherrschaft in allen Meeren behalten müsse. Das sei eine Negation des Gleichgewichtsgedankens, auf dem allein sich eine friedliche Staatenwelt aufbauen könne. Es müsse der Gedanke des Gleichgewichts der Staaten über die Tendenzen einer Welthandelsherrschaft siegen; es dürfe nicht ein Staat sagen, er habe das Privileg dieser Herrschaft, er verbiete allen andern die Vermehrung ihrer Flotte, er wolle allein mit seiner übermächtigen Flotte alle Meere beherrschen, d. h. wolle die Macht haben, im Welthandel alle Türen auf- und zuzumachen. Der Fortschritt der Menschheit hänge davon ab, daß heute endlich eine friedliche Staatengesellschaft Gleicher ermöglicht werde, daß die Welthandelsherrschaft eines einzigen Staates sich nicht mehr wie im Altertum realisiere."

Wenn Sir M. Waechter die Einigung Englands und Deutschlands anbahnen will, so soll er dazu nicht eine großzügige Propaganda in Deutschland vorschlagen. Deren bedarf es gar nicht. Aber er soll seine Landsleute auffordern, den Anspruch Englands auf die Welthandelsherrschaft, das ist die Vorherrschaft auf dem Meere, fallen zu lassen. Davon hat er bisher kein Wort gesagt, hat keine Miene dazu gemacht, vielmehr so getan, als ob es Deutschland sei, das jenes Privileg für sich in Anspruch nähme, das seine Flotte nur zu dem Zweck baue, sich die Vorherrschaft auf dem Meere zu sichern. Er vergißt dabei ganz und gar, daß Englands Flotte mehr als doppelt so stark ist wie die deutsche,

Digitized by Google

daß Deutschland mit Schaffung seiner Flotte nichts andres will, als seine Häfen, seinen Handel vor gänzlicher Zerstörung durch überlegene Feinde bewahren, als sich auf dem Meere und über das Meer hin einen Platz an der Sonne, nicht den besten, sondern überhaupt nur einen, sichern.

Nicht richtig ist es auch, wenn Sir M. Waechter das „schnelle Anwachsen der deutschen Flotte als berechtigten Grund zu Englands Mißtrauen gegenüber Deutschland bezeichnet. Ist denn die deutsche Flotte im Handumdrehen so stark geworden, daß Englands doppelt und dreifach stärkere Flotte sich vor ihr fürchten zu müssen glaubt? Ist nicht Deutschlands Flotte kaum stark genug, um Wache zu halten vor den Toren des eignen Landes? Würde denn ein englischer Admiral — und sei es ein Nelson — es wagen, mit einer so schwachen Flotte wie es die deutsche tatsächlich ist, Englands Küsten anzugreifen? Wäre das nicht ein an Wahnsinn grenzendes Unternehmen?

Und wie sieht es mit der Stimmung Englands gegen Deutschland aus? Darauf mag die Antwort Mr. Churchill geben, der Deutschland mit seinem Vorschlag von 16 zu 10 und dem einer Rüstungspause hinters Licht zu führen, to bluff, versuchte. War das ehrlich, war das die Offenheit, mit der die deutschen Flottengesetze aller Welt klar und deutlich vor Augen führen, wie stark die deutsche Flotte werden soll, wie schwach sie der unendlich stärkeren englischen gegenüber stets bleiben wird? Nein, Sir M. Waechter verwechselt die Tatsachen, wenn er behauptet, daß das Anwachsen der deutschen Flotte die maß- und grenzenlose Vergrößerung der englischen veranlaßt habe. Die englische Flotte war stets mehr als doppelt so stark wie die deutsche, und heute ist sie es dreifach. Was aber England bisher stets bewogen hat, seine Flotte so unverhältnismäßig viel stärker zu machen, als es die Flotten der übrigen Staaten Europas sind, das ist Englands Weigerung, auf dem Meere das Gleichgewicht herzustellen, das auf dem europäischen Festlande längst besteht. England will eben sein hundert Jahre genossenes Privileg nicht aufgeben, will der König des Meeres bleiben, und zwar womöglich, ohne daß es dadurch zu großen Kosten gezwungen wird. Darum schiebt es die Schuld stets von sich ab, wenn es, um seinen hohen Flottenstandard aufrecht zu erhalten, in die Taschen seiner Steuerzahler greifen muß. Augenblicklich ist es Deutschland, der als Sündenbock den englischen Steuerzahlern vorgehalten wird; vielleicht ist es später ein andrer Staat, Frankreich, Rußland oder auch die Vereinigten Staaten Amerikas. Tempora mutantur!

Sir M. Waechter sagt, in Deutschland sei die breite Masse des Volkes gegen England voreingenommen, das Uebelwollen gegen England so groß, daß mit der Gefahr zu rechnen sei, die deutsche Regierung sei gelegentlich nicht imstande, sich dem Volkswillen zu widersetzen, und müsse mit England Krieg anfangen. Wie wenig kennt die deutsche Volksseele, wer so schreiben kann!

Was zunächst die Voreingenommenheit betrifft, so kann doch nur da davon die Rede sein, wo kein Grund zur Beschwerde vorliegt. Trifft das hier zu? Hat Deutschland nicht auf Marokko verzichtet, weil England dazwischen trat? Hat England nicht das Privileg der Welthandelsvorherrschaft oft genug zum

Digitized by Google

Schaden Deutschlands ausgeübt? Hat nicht Englands Politik oft genug Deutschland gehindert, die Früchte seiner Anstrengungen, beispielsweise auf kolonialem Gebiet, zu ernten? Also voreingenommen braucht der Deutsche nicht gegen England zu sein, weil er Grund zur Klage hat. Oft genug ist er von England angeärgert worden, schlecht und unfreundlich behandelt; und das hat er sich gemerkt, ist mißtrauisch geworden: er fürchtet die Danaer, selbst wenn sie Geschenke bringen nach Churchillscher Art!

Was sodann die Gefahr betrifft, daß die deutsche Regierung durch die Volksstimmung sich zu einem Kriege gegen England treiben lassen könnte, so gibt es wohl keinen einzigen Deutschen, der das für möglich hält. Auch ist das nach der Verfassung des Deutschen Reichs gänzlich ausgeschlossen, weil nur der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats Krieg zu erklären vermag. Davor ist England also durchaus sicher.

Anderseits aber würde ganz Deutschland aufatmen und es aufs lebhafteste begrüßen, wenn sich die Möglichkeit böte, mit England zu einem Einvernehmen zu kommen. Denn außer, daß jedermann in Deutschland die großen Verdienste anerkennt, die England sich um die Menschheit überhaupt und die Mitwelt im besonderen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung erworben hat, herrscht hier die allergrößte Sympathie nicht nur für den einzelnen Engländer, den Repräsentanten des Begriffs Gentleman, sondern auch für englische Erzeugnisse, Sitten, Lebensweise, ja die ganze englische Nation. Es ist eine Tatsache, daß nicht nur die deutsche Marine, sondern auch sonst überall, wo in Deutschland Vertrautheit mit englischen Verhältnissen vorhanden ist, die Engländer als das dem deutschen am nächsten stehende Volk angesehen werden. Dazu kommt die Stammes-, vielfach Bluts- und Sprachenverwandtschaft, die nicht wenig dazu beitragen, gute Beziehungen zu England in Deutschland so populär zu machen, wie für kein andres Land.

Also tatsächlich ist Deutschland nicht minder reif wie England für ein inniges Bündnis beider Länder. Aber um der Selbstachtung und der Gewähr für die Dauerhaftigkeit des Bündnisses willen muß Deutschland die eine Bedingung stellen, daß Gleichgewicht zwischen beiden Ländern herrschen muß auf allen Gebieten, besonders da, wo es bisher nicht der Fall war, auf dem Meere. Wenn England das ernstlich will, wenn es bereit ist, Deutschland im Welthandel — und dazu gehört koloniale Ausdehnung — überall dieselben Rechte zuzugestehen, die es selbst in Anspruch nimmt, dann wird es nicht schwer sein, für einen deutsch-englischen Bund eine Fassung zu finden, die dem natürlichen Empfinden der Herzen und der Gemüter auf beiden Seiten entspricht.

Digitized by Google

Zentraleuropa[1])

Von

Prof. Dr. Robert Piloty (Würzburg)

Die politische Hochspannung, welche durch die Krisis der Türkei hervorgerufen worden ist, nötigte die gesamte politische Welt zu erhöhter Besonnenheit. Die Größe und Bedeutung des wankenden Reiches prägten schon der Aufteilung der türkischen Länder Nordafrikas und mehr noch den Ereignissen und Machtverschiebungen auf dem Balkan den Stempel des weltgeschichtlichen Geschehens auf. Zumal Umfang und Wert der mannigfachen dort verflochtenen wirtschaftlichen Interessen und die Rückwirkung der dortigen Verschiebungen auf die künftige Gestaltung der gesamteuropäischen Machtordnung beschäftigen auch gegenwärtig noch die politischen Köpfe.

Wie auch immer die letzte Entscheidung auf dem Balkan ausfallen mag, eine Tatsache überragt schon jetzt an Bedeutung alle andern. Die Vertragsmächte des Berliner Kongresses von 1878 haben das Gesamtinteresse Europas an der Lösung der Balkanfrage erkannt und dieser Erkenntnis auf der Tagung der Londoner Botschafterkonferenzen und in der Leitung der Friedensverhandlungen wirksamen Ausdruck gegeben.

Damit war ein höherer Standpunkt für die Beurteilung der Dinge gewonnen. Dieselben Mächte, welche der Pforte angesonnen haben, den siegreichen Balkanstaaten gegenüber weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, blieben entschlossen, auch nach Wiederbeginn der Feindseligkeiten ihre neutrale Haltung zu behaupten.

Nicht was das Ende dieses Krieges zwischen den Kriegführenden unmittelbar zeitigt, auch nicht wie die verschiedenen Spannungen zwischen Bulgarien und Rumänien, Oesterreich und Serbien, Rußland und Oesterreich sich endgültig lösen werden, nicht dies oder andres einzelne, so brennend im Augenblick jede dieser Fragen sein mochte, war und ist das Wesentliche. Worauf jetzt und in fernerer Zukunft alles ankommen wird, und zwar nicht nur für uns, sondern für ganz Europa und für die ganze politische Welt, das ist das Verhalten der Mächte Zentraleuropas zueinander.

Ich begreife unter Zentraleuropa England, Frankreich und Deutschland, also die drei Mächte, welche, geographisch und geschichtlich betrachtet, zusammen das Herz und der Kopf Europas sind, die drei Mächte, die zusammen mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien im Berliner Vertrage der Pforte gegenübergestanden sind und die sich seither in der großen europäischen Mächtegruppierung England, Dreibund und Zweibund als die Führenden unter den Mächten Europas behauptet haben.

---

[1]) Nach einem Vortrag, gehalten am 1. Februar 1913 in der Straßburger Ortsgruppe des Verbandes für internationale Verständigung.

Digitized by Google

Heute schon dürfen wir sagen, daß eine Zeit höchster europäischer Krisis hinter uns liegt. Es ist die Zeit der durch die Marokkoangelegenheit ins Leben gerufenen Tripelentente. Sie darf nunmehr als überwunden gelten, denn die den Frieden Europas auf das gefährlichste bedrohende Tripelentente, in welcher England seine geschichtliche Neutralität gegenüber Dreibund und Zweibund vorübergehend aufgegeben hatte, um eine befürchtete Störung dieses Friedens durch Deutschland zu verhüten, besteht nicht mehr, seitdem die Marokkoangelegenheit durch den deutsch-französischen und den französisch-spanischen Vertrag erledigt ist. Die Tatsache der Londoner Konferenz, die Rolle, welche England bisher dort gespielt hat, die Dundeerede des Lord Churchill, die Rede, welche der neue deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, gehalten hat, sowie die Rede Asquiths bei der letzten Parlamentseröffnung und manches andre sind ausreichende Zeichen dafür, daß die vormarokkanischen guten Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder hergestellt sind.

Es gibt keine Tripelentente mehr, sondern nur einen Dreibund und einen Zweibund und neben ihnen ein den defensiven Charakter dieser Mächtegruppierung sicherndes, neutrales England.

Diese Tatsache ist die notwendige Voraussetzung einer geordneten und von unabsehbaren Wirrungen freien künftigen Entwicklung der europäischen Machtordnung.

Deutschland, Frankreich und England — eine Zusammenstellung, die vor einigen Monaten noch vielen nicht anders als im Sinne sicherer und naher Konflikte denkbar erschien, gewährt im gegenwärtigen Zeitpunkte Ausblicke auf eine Entwicklung der Dinge, die weit über die Balkanangelegenheiten hinaus für Gesamteuropa und für die gesamte zivilisierte Welt bedeutsam zu werden verspricht.

So unzeitgemäß es wäre, heute schon von einer Entspannung des Gegensätzlichen zwischen den Mächten Zentraleuropas zu reden, so kurzsichtig und den Tatsachen widersprechend wäre doch die Annahme, als handle es sich noch immer um ein Ueberwiegen der offensiven Tendenzen zwischen ihnen. Ja vielleicht wird schon die nächste Zukunft es lehren, daß das, was Deutschland, England und Frankreich verbindet, nichts Geringeres ist, als die weltgeschichtliche Aufgabe des gemeinsamen Eintretens für die Vormacht der Kultur der alten europäischen Welt.

Wir sind so sehr gewöhnt, durch die politische Betrachtung des Tages alles Gegensätzliche in nationaler Art, Sprache, Sitte, Recht, religiöse Anschauungen und Gemeinschaften betont und alle Erinnerungen an gewaltsame Auseinandersetzungen lebendig erhalten zu sehen, daß es bisher nur den selbständig Denkenden möglich ist, klar und sicher auch diejenigen Momente zu erkennen, welche im gesamten Weltbilde dieser nachbarlichen Mächte als eine höhere Form gemeinsamer Interessenwahrung zu gelten haben. Und doch liegt diese Anschauungsweise so greifbar nahe, nicht nur für diejenigen, welche ausschließlich die drängenden Bedürfnisse der Gegenwart und der nächsten Zukunft entscheiden lassen, sondern

Digitized by Google

auch für die einer geschichtlichen Betrachtung der Dinge geneigten politischen Köpfe.

Was Zentraleuropa im Gesamtbilde der Welt geschichtlich bestimmt, das ist unendlich viel mehr Großes, Gemeinsames als Trennendes, es ist der neuen amerikanischen Welt gegenüber das Bewußtsein einer unauslöschlichen, auch für diese neue Welt bestimmenden zweitausendjährigen Kulturarbeit, und es ist der asiatischen Welt gegenüber die Behauptung einer notwendigen, von gemeinsamen Grundsätzen und Anschauungen getragenen Vorherrschaft.

Die großen Gegensätze der germanischen und romanischen Art, der protestantischen und katholischen, religiösen Weltanschauung haben in Zentraleuropa trotz aller in ihnen geborgenen Motive der Anfeindung doch das Bewußtsein einer höheren, in ihnen lebendig und führend gewordenen Kulturgemeinschaft nicht zu ersticken vermocht.

Wie die Gegensätze, so haben auch die Elemente der Gemeinsamkeit in keinem der vielen kleineren selbständigen Gemeinwesen so stark und zeitweise so gebieterisch ihr Recht auf Anerkennung geltend gemacht, wie dies der gegenwärtigen Weltlage entsprechend zwischen England, Deutschland und Frankreich der Fall ist. Gemeinsam war ihnen die Ueberwindung der alten römischen Herrschaftsformen und der Kampf um die christliche Kultur, gemeinsam waren ihnen die fördernden und hemmenden Formen mittelalterlicher Kultur, der Kampf um den Ausgleich zwischen Kirche und Staat in den Zeiten des Humanismus, der Renaissance und der Reformation, gemeinsam auch die Ausbildung des Nationalstaates und in ihm die Ausbildung und Ueberwindung der absoluten Herrschaftsformen bis zu dem Grade neuzeitlicher verfassungsrechtlicher und sozialer Ordnung, deren Satzungen, Regeln und Gebräuche die Grundlagen der öffentlichen Lebensordnung der Welt bilden. Und was europäischer Geist und europäische Tatkraft in den übrigen Weltteilen geleistet und zum dauernden Gemeingut gemacht haben, das ist dort trotz aller inzwischen geleisteten selbständigen Arbeit doch ohne Zweifel in allem Wesentlichen das Erbe zentraleuropäischer Arbeit und Bildung.

Afrika ist — freilich noch in den Anfängen begriffen, doch weit überwiegend — das koloniale Kulturgebiet Zentraleuropas.

Dem in selbständiger wirtschaftlicher Kulturarbeit mächtig voranschreitenden Amerika gegenüber und im Hinblick auf die großen, in Asien noch zu lösenden Aufgaben ist Zentraleuropa in der Gegenwart mehr als je auf die dringende Notwendigkeit der Erkenntnis der gemeinsamen Elemente seiner Kultur hingewiesen; denn nur aus dieser Erkenntnis vermag es die Energie zu sammeln, durch welche die zerreibenden und auflösenden Elemente innerer Gegensätze und äußerer Widerstände überwunden werden können, und nur durch bewußte Pflege ihrer besonderen und gemeinsamen Interessen gegenüber der übrigen Welt vermögen die Mächte Mitteleuropas die hohe Aufgabe der Zivilisation zu erfüllen, die ihnen durch ihre Geschichte und durch die in ihnen aufgesammelten und überlieferten Kulturkräfte zufällt.

Unter Völkern und Mächten gibt es keinen rechtlich gesicherten Vorrang.

Digitized by Google

Die Weltgeschichte lehrt, daß die größten Reiche, gerade wenn sie auf hoher Kulturstufe angelangt sind, den Gefahren barbarischer Ueberfälle ausgesetzt sind und für immer zusammenbrechen.

Angesichts der gegenwärtigen Weltlage ist Mitteleuropa besonders dringend darauf hingewiesen, die vorhandenen Kräfte zur Erhaltung der vorhandenen Werte zusammenzufassen und nicht in einer kurzsichtigen Politik des Mißtrauens und der gegenseitigen Schwächung zu beharren.

Lange Zeit hat England allein die Arbeit in der Welt getan, die geschichtlich dem gesamten Mitteleuropa zufällt. Es hat in allen Weltteilen auf großen Strecken festen Fuß gefaßt, während die kontinentalen Mächte sich bekriegten und das riesige Slawenreich sich immer weiter ausdehnte. Es ist höchste Zeit, daß die kontinentalen Mächte Mitteleuropas die Notwendigkeit und den Gemeinnutzen der englischen Vormachtstellung als eine dem Ansehen europäischer Kultur in der Welt förderliche Tatsache anerkennen.

Gewiß hat England bei allen seinen kolonialen Gründungen überall zuerst seinen eignen Gewinn an Macht und wirtschaftlichen Vorteilen im Auge gehabt. Aber es hat doch, indem es Meere eröffnete, Länder zugänglich machte, freie Verfassungsgrundsätze, den Schutz des Eigentums und der Person sicherte und die Politik der offenen Türen verfolgte, überallhin europäische Zivilisation getragen und damit die Sache ganz Europas vertreten. Gegenüber dieser Tatsache wiegen die gelegentlichen Härten, die es bei Ueberwindung von Widerständen walten ließ, geringer. Und wenn England dem europäischen Kontinent gegenüber zuzeiten Vorteil zog aus Nachbarkriegen und Bruderzwisten, so ist ihm aus diesem natürlichen Verhalten sicherlich weniger ein Vorwurf zu machen als denjenigen Staaten, die, uneins unter sich, die Vorteile des Zusammenwirkens nicht erkannten, aus ihrer eignen Politik der Zwietracht und der Selbstschwächung Nachteile erwachsen sind. Worauf eine europäische Politik der mittleren Mächte jetzt ihr ganzes Augenmerk zu richten hätte, das ist nicht eine kleinliche und ohnmächtige Politik des Neides, sondern eine zielbewußte Politik der gemeinsamen Arbeit. Jeder Gedanke an gegenseitige Ueberfälle, wo immer er in die Erscheinung tritt, ist zu bekämpfen. Zivilisationen zu zerstören ist keine Aufgabe der Zivilisation. Der Vorteil fiele auch nicht Europa zu, sondern Amerika, Rußland, Asien. Die stark ausgeprägte Eigenkultur der mitteleuropäischen Völker und Staaten läßt zwar die Idee eines europäischen Staatenbundes in jeder Form vorerst als reine Illusion erscheinen, aber um so mehr ist es nötig, die Einheit der starken Teile auf politisch diplomatischem Weg zu erhalten und, wo sie fehlt, neu zu bilden und zu festigen.

Nicht eine Vormundschaft Englands über Frankreich und Deutschland ist es, was wir brauchen, sondern ein selbständiges Zusammenwirken aus freier Einsicht. Jede Art feindseliger Abschließung, jede Form von Kontinentalsperre bedeutet Selbstmord.

In gesunder Wehrhaftigkeit sollen die mitteleuropäischen Mächte zusammenstehen, nicht um sich einander zu entfremden und dadurch jenes ungesunde Element

Digitized by Google

des Wettrüstens ins Ungemessene zu steigern, sondern um einen starken Bund Selbständiger in der Welt darzustellen und um das, was keine dieser Mächte für sich allein in der Welt zu leisten vermöchte, auch England nicht, gemeinsam zu bewirken und zu behaupten.

Durch ein gutes Verhältnis Deutschlands und Frankreichs zu England und durch eine ehrliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wird der Mächtegruppierung des Dreibundes und des Zweibundes jenes offensive Element entzogen, welches die große Gefahr für die Vorherrschaft europäischer Kultur in der Welt ist. Nur dadurch kann auch das rechte Verhältnis zwischen der germanisch-romanischen Kulturwelt einerseits und der großen slawischen Welt anderseits das rechte Maß finden. Frankreich muß sich als der führende Genius im Zweibunde behaupten und zugleich seine tieferen kulturellen Beziehungen zu Deutschland zu pflegen wissen. Deutschland muß die Gefahren erkennen, die ihm von einem asiatisch fühlenden Rußland her drohen, und die Vorzüge wieder zu schätzen lernen, die ihm ehrliche Konkurrenz mit der romanischen Kultur bietet.

Um eine Politik der Annäherung zwischen England, Deutschland und Frankreich zu pflegen, bedarf es nur der Ueberwindung gewisser Vorurteile und der Befestigung gewisser Vorsätze.

Nicht überschäumende Herzlichkeit führt zum Ziele. Berauschende Freundschaftsfeste sind nicht angezeigt, sie könnten nicht von Dauer sein. Erkenntnis der wahren eignen wirtschaftlichen und sonstigen realen Interessen wird das rechte Maß der Annäherung am sichersten bestimmen.

Einmischung in die inneren Angelegenheiten des andern, wozu die Versuchung stets gegeben ist, könnte nur trennend und verstimmend wirken. Wohl gab es eine Zeit, in der es die Ueberwindung der alten, unhaltbaren absoluten Herrschaftsformen, der ständischen und der fürstlichen, galt und in welcher es überall galt, eine wissenschaftliche und politische Propaganda für Grundsätze des Verfassungslebens einsetzen, um die Völker aus ihrem politischen Schlaf zu freiem Urteil und politischem Fühlen zu erwecken. Diese Aufgabe ist längst in allem Wesentlichen erfüllt. Ueberall in Zentraleuropa ist der Grundsatz der Verantwortlichkeit der Regierungen in das Verfassungsrecht der Staaten übergegangen. Was noch an Härten und Ungleichheiten abzuschleifen ist, das zu zeigen ist entweder eine rein wissenschaftliche Aufgabe oder es ist innere, politische Angelegenheit jedes Staates. Die Verschiedenheiten im Verfassungsleben der zentraleuropäischen Mächte bedeuten keine Gegensätze, keinen die Annäherung hindernden Zuschnitt.

Eher ist es zu rechtfertigen, wenn die Mächte im Sinne einer Angleichung ihrer Wirtschaftssysteme aufeinander einzuwirken suchen. Dazu sind sie deshalb innerlich berechtigt, weil sie in ihren Wirtschaftssystemen als gegenseitige Abnehmer ihrer Waren aufeinander wirken und weil sie dadurch auf den Vertragsweg hingewiesen sind.

Zu wünschen ist, daß in der die Annäherung so mächtig bestimmenden Sprachenfrage mehr noch als bisher fortgeschritten werde. Nur zunehmende

Digitized by Google

Bildung kann die Vielsprachigkeit fördern, die ein unersetzliches Mittel der Verständigung ist. Es ist keine von den Sprachen der drei zentraleuropäischen Mächte bestimmt, die alleinige Weltsprache zu sein. Jedes der drei Völker muß von den beiden andern die Anerkennung und Erlernung seiner Sprache fordern.

Von der Presse ist zu hoffen, daß sie sich mehr und mehr der großen Aufgabe der Aufklärung und Bildung der Menschheit bewußt werde und weniger der Aufregung und Verfeindung diene, als vielfach noch der Fall ist.

Auf diesen Wegen könnte das Beste geschehen, um den so notwendigen Einklang im Herzen und Haupte Europas herzustellen. In welchem Nachteile befinden sich die nicht vereinigten Staaten Europas der übrigen Welt gegenüber im Vergleiche zu den vereinigten Staaten Amerikas! Es ist wahrhaftig nicht Mangel an vaterländischem Sinn für alles Eigenartige und Einzigartige der Heimat, wenn stets mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, wie nötig die Ueberwindung der Elemente der Trennung und Entfremdung ist, damit zentraleuropäische Kultur in der Welt als Einheit zu Geltung und Sieg gelange.

Daß es sich hierbei nicht um unpraktische Illusionen handelt, weiß jeder, der über seinen Kirchturm hinauszuschauen gewohnt ist und dem internationale Politik mehr bedeutet als bloßes Hineingucken in die Töpfe des Nachbarn.

Der Boden praktischer gemeinsamer Arbeit liegt uns nicht fern. Ohne Schwertstreich unter sich sind die drei Großmächte Zentraleuropas die größten Kolonialmächte in Afrika geworden. Auf dem Vertragswege haben sie dort ihre Interessensphären gegeneinander abgegrenzt und so den Geist der Verständigung im andern Weltteil gleichsam räumlich projiziert. Ein Schritt weiter wäre die mit gutem Willen ohne Zweifel erreichbare, wechselseitige und vertragsmäßige Garantie ihres kolonialen Besitzstandes. Ein solcher Schritt wäre aufs entschiedenste zu begrüßen, weil durch ihn ein großer Bestand peinlicher Reibungsflächen schmerzlos beseitigt und ein beständiger Grund des Mißtrauens dauernd überwunden würde.

Aber auch in den andern Weltteilen gäbe es große Gebiete gemeinsamer Arbeit. Gegenüber der für europäische Interessen nicht unbedenklichen Monroedoktrin der Vereinigten Staaten haben die europäischen Mächte sich bisher nur durch theoretische Ablehnung der Anerkennung aus der Verlegenheit zu helfen gewußt. Würde Zentraleuropa darin einig gehen, so könnte dieser den amerikanischen Kulturkreis willkürlich gegen Europa abschließenden Doktrin gegenüber auch positiv Wirksames geleistet werden. Es müßte den mittel- und südamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit auch gegenüber etwaigen Eroberungstendenzen der Vereinigten Staaten Garantie geleistet werden, und dies könnte geschehen durch einfachen Beitritt zur Monroedoktrin. Die Zukunft, vielleicht schon die nächste, muß es lehren, wie viel eine einige Politik der zentraleuropäischen Mächte im Orient vermag, wenn es sich um die künftige Gestaltung der asiatischen Türkei handelt. Aber darüber hinaus müßten die zentraleuropäischen Mächte den asiatischen Kontinent analog der amerikanischen Monroedoktrin in eine Doktrin einschließen, durch welche sie, etwa in Gemeinschaft mit Japan und

Digitized by Google

den Vereinigten Staaten, diesen Kontinent als ein Zubehör Europas vor Ueberfällen sicherstellten. Wie dem auch sei, wie viel einige zentraleuropäische Macht und Wirtschaftspolitik in der Welt positiv vermag, das bleibe dahingestellt, sicher aber ist, daß sie mehr vermag als eine Politik der Nachbarzwiste und der gegenseitigen Schädigung und Schwächung.

Von allem Guten, was in der Welt besteht, zu lernen, es in sich aufzunehmen und daraus das Beste mit eigner Kraft zu entwickeln und für die Welt nutzbar zu machen, dies muß die große Richtung der Zukunft sein. Daß wir nicht untergehen an unsern sozialen Kämpfen, daß wir uns an unsern nationalen und konfessionellen Gegensätzen nicht zerreiben, daß wir den Blick frei und offen halten für die großen Interessen unsers Volkes in der ganzen Welt, dies sollte unsre erste Sorge sein. Und darin müssen wir uns in Deutschland einig wissen mit unsern germanischen und romanischen Nachbarn, vor allem mit England und Frankreich. Ein ernster Konflikt zwischen den drei mitteleuropäischen Mächten bedeutete das Ende der großen Geschichte Europas und eine Aufteilung der Welt zwischen Rußland und Amerika, eine Slawisierung Europas und eine Amerikanisierung Asiens.

Literarische Berichte

Die sibirischen Forschungsreisen des Grafen Karl Waldburg-Zeil. Nach seinen hinterlassenen Tagebüchern bearbeitet von Oskar Canstatt, Kolonialdirektor. Kartoniert M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Graf Karl von Waldburg-Zeil (später Graf Waldburg-Syrgenstein), dem zweiundzwanzig Jahre nach seinem Tode mit diesem Buche ein publizistisches Denkmal gesetzt wird, war ein eifriger, tatkräftiger und verdienstvoller Polarforscher. Fachkreisen wurde der Graf, der von der militärischen Laufbahn ausgegangen war, zuerst durch seine erfolgreiche Teilnahme an Heuglins Spitzbergenreise im Sommer 1870 bekannt, von der er gerade rechtzeitig zurückkehrte, um noch den Deutsch-Französischen Krieg mitmachen zu können, in dem er sich hervorragend auszeichnete. Dann nahm er im Jahre 1876 an der von der Geographischen Gesellschaft in Bremen entsandten westsibirischen Expedition als freiwilliges Mitglied teil und trug in jeder Weise höchst wirksam zu ihren wertvollen Ergebnissen bei. Endlich beteiligte er sich im Jahre 1881 an einer von dem Baron v. Knoop veranstalteten Seereise durch das Karische Meer nach dem Jenissei. Die Aufzeichnungen des Grafen Waldburg über diese Expeditionen sind leider zum Teil verlorengegangen; die erhalten gebliebenen, die sich der Hauptsache nach auf seine zweite, zum kleineren Teile auf die dritte Reise beziehen, werden hier im Rahmen einer zusammenfassenden Darstellung und gelegentlich aus Briefen und andern Quellen vervollständigt, zum erstenmal veröffentlicht. Sie zeigen den Grafen als scharfen Beobachter, als gründlichen, kenntnisreichen Forscher, als einen Mann von echter Herzensbildung und ungemein bescheidenem Wesen. Das ansehnliche naturwissenschaftliche, geographische und ethnographische Material, das sie enthalten, stellt einen wertvollen Beitrag zu der reichen Literatur über das nördliche Polargebiet dar und liefert insbesondere eine höchst schätzbare Ergänzung zu den wissenschaftlichen Publikationen über die westsibirische Expedition.

B—r.

Im Namen der Jugend. Jugenderziehung und Schundliteratur in ihrem innern Zusammenhang. Von Dr. Heinz Paul. (Sammlung Kupferschmid, Band 6.) München, Melchior Kupferschmid. M. 1.40.

Ohne im einzelnen allen Sätzen zustimmen zu müssen, kann man diese Schrift einen interessanten und beachtenswerten Beitrag zur Frage der Schundliteratur nennen. Ihre Hauptbedeutung liegt darin, daß sie das Problem von allen Seiten anpackt, der forensischen, ästhetischen, ethischen, hygienischen

Digitized by Google

und nationalökonomischen. Und auch hier leuchtet der gesunde Gedanke durch, daß die schlechte Literatur nur durch die gute bekämpft werden kann; dem kritischen Teil verbindet sich ein positiver: kurze, aber recht brauchbare Angaben über empfehlenswerte Jugendlektüre.

Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Lukas Langkofler. Das Verbrechen der Elise Geitler. Zwei Erzählungen. Von Hermann Kesser. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50. Frankfurt a. M., Rütten & Löning.

Die erste Novelle ist durch die Kunst, mit wenigen Mitteln eine Fülle des Lebens erstehen zu lassen, ein kleines Kabinettstück reiner Erzählung. Die Unklarheit und manierierte Sprache der zweiten Erzählung lassen aber die Frage auftauchen, wieviel zum Gelingen des „Lukas Langkofler" der dankbare Stoff der Bartholomäusnacht und die Vorbilder beitrugen. Sft.

Geschichte des Italienisch-Türkischen Krieges. Von G. v. Graevenitz. 1. Lieferung: Vom Beginn des Krieges bis zu den Gefechten von Sciara-Scirt (23. Oktober) und Sidi Messri (26. Oktober). Berlin, R. Eisenschmidt. M. 2.—.

Nach einer kurzen Schilderung der beiderseitigen Streitmittel und des Kriegsschauplatzes werden in übersichtlicher und klarer Darstellung die einleitenden Operationen zur See, die Kämpfe zur Besetzung der Küstenpunkte durch die Italiener und der mit dramatischer Wucht wirkende Umschlag für sie Ende Oktober bei Tripolis vorgeführt. Der Verfasser spendet den Leistungen der italienischen Armee und Marine hohes Lob, läßt mit voller Unparteilichkeit aber auch den Türken volle Gerechtigkeit widerfahren. Hoffentlich läßt die Vollendung der empfehlenswerten Arbeit nicht zu lange auf sich warten. Fr. R.

Shakespeare und Rembrandt. Hamlet. Von Paul Schubring. Berlin, Karl Curtius. Kultur und Leben, Band 22. 66 Seiten. M. 1.—.

In ungemein fesselnder Weise, wenn auch nicht ohne Einseitigkeit, stellt der Verfasser Rembrandt und Shakespeare zusammen: er versucht die Uebereinstimmung in ihrer innern Entwicklung zu zeigen, ihren gemeinsamen Gegensatz gegen die klare Ordnung und das „heroische Pathos" der romanischen Kunst wie gegen die Renaissancekultur (die doch wohl von Shakespeare nicht ganz abgelehnt wird), ihre Vorliebe für „sparsame Lichtführung", ihre Innerlichkeit; er kennzeichnet die beiden Großen als Miterschaffer einer neuen, nordischen, protestantischen Kultur. Die zweite Abhandlung, die eine geistvolle, aber auch nicht ganz überzeugende Würdigung des Hamletdramas enthält, fußt besonders auf den Vorträgen von Karl Werder und will vor allem den Satz erweisen, daß Hamlet kein Zauberer, kein Träumer sei. Br.

Lebenshöhen. Von Alice Freiin v. Gaudy. Neue Balladen und Lieder. Leipzig, G. Wigand. M. 2.50.

Die Verfasserin zählt zu den bedeutendsten modernen Dichterinnen. Auch ihre neue Sammlung bietet viel Schönes. Etwas Markiges, Gesundes ist in diesen Dichtungen, die voller Rhythmus und Klang sind. Besonders gelungene Stücke finden sich unter den Lübeckischen, Westfälischen und Kynastsagen. Die neue Sammlung steht den andern würdig zur Seite. E. M.

Die philosophische Literatur. Ein Studienführer von Prof. Dr. Richard Herbertz. Stuttgart, W. Spemann.

Das Werk dankt seine Entstehung dem Interesse, das ein Aufsatz des Verfassers gegen den Dilettantismus in der Philosophie der Gegenwart gefunden hatte. Der Mahnung, bei der Auswahl der philosophischen Literatur mit der bei andern wissenschaftlichen Gebieten obwaltenden Vorsicht zu verfahren, läßt Herbertz das vorliegende Buch folgen, das eine von wissenschaftlichem Gesichtspunkte aus verfaßte Uebersicht über die verschiedensten Teilgebiete der Philosophie und über die auf ihnen vorhandene gute Literatur bietet. Es gibt durch diese kritische Sichtung des Materials mehr als eine bloße Biographie und wird sich dank der kurzen charakterisierenden Bemerkungen als ein nützlicher Leitfaden für alle erweisen, die sich aus Beruf oder Neigung mit Philosophie beschäftigen. S.

Kaiser-Wilhelms-Land. Von Eugen Werner. Mit 121 Abbildungen und einer Karte. Freiburg i. Br., Herder. Illustrierte Bibliothek der Länder- und Völkerkunde.

Der Verfasser hat längere Zeit in Kaiser-Wilhelms-Land (Deutsch-Neuguinea) gelebt und an den verschiedenartigsten Stellen Einblick in Natur und Menschenleben der noch wenig bekannten Insel gewonnen. Vorausgeschickt ist ein kurzer Abschnitt über Land und Leute, aber der Wert des Buches liegt in dem weit größeren zweiten Teile, in dem der Verfasser Beobachtungen mannigfacher Art über Urwald und Schmetterlinge, Kultur und Charakter der Eingeborenen, über ihre Häuser, Werkzeuge usw. usw. in die bunte Schilderung seiner Beschäftigungen, Hoffnungen und Enttäuschungen eingeflochten hat. Besonders der, welcher nach Neuguinea zu gehen beabsichtigt, sollte nicht versäumen, was W. erzählt, aufmerksam zu studieren. Immer wieder betont der Verfasser aus

Digitized by Google

eigner Erfahrung die großen Schwierigkeiten, die dem Eindringen ins Innere entgegenstehen. E. Friedrich.

Paul Heyse. Von Artur Farinelli, Professor an der Universität Turin. München, Süddeutsche Monatshefte. 110 Seiten. M. 1.50.

Der Verfasser stimmt ein begeistertes Loblied auf Paul Heyse an. Eigentliche Belehrung findet man wenig, dazu geht er viel zu selten und nicht genau genug auf die einzelnen Werke ein. Er hält sich mehr an die großen, allgemeinen Züge, die sich in der Dichtung des Gefeierten offenbaren, und findet hier manch treffendes Wort. Er preist ihn in feierlichen, auf die Dauer etwas ermüdenden Wendungen als den Sänger des Schönen, als den immer strebenden, immer tätigen Mann, als den Idealisten voll edelster Welt- und Kunstanschauung. Br.

Schloß Heidelberg. Märchendrama von Gustav W. Eberlein. Heidelberg, K. Groos Nachf. Brosch. M. 2.—.

Ein echtes Märchen, das den Referenten an Hauptmanns Versunkene Glocke erinnerte. Es sind prächtige poetische Gestalten darin, die beiden Baumeister Vater und Sohn, dazwischen die Nixen Sylphe und Allwunsch und das böse Prinzip in Rüttelker. Das Ganze ist mit dem Geschick des Heidelberger Schlosses aufs schönste in Verbindung gebracht. Eine Aufführung des Märchens in der vorliegenden Gestalt dürfte wohl schwierig sein; zu dem Zweck müßten wohl Aenderungen, z. B. im zweiten Aufzug, vorgenommen werden. E. M.

Zur Psychologie des Jesuitenordens. Von Peter Lippert S. J., Kempten und München, Kösel (VIII, 128 Seiten).

Unter einem modernen Titel und nach neuen Gesichtspunkten einen Gegenstand behandeln, ist gewiß ein richtiges Mittel, um für denselben neues Interesse zu wecken. Aber wenn betreffs des Jesuitenordens die geschichtliche Wirklichkeit und das Wesen des Ordens unter der Ueberschrift „Buchstabe und Geist“ (S. 6 ff.), oder wenn die verhältnismäßig leichte Versetzbarkeit der Ordensmitglieder als „Individualismus“ bezeichnet wird (S. 72), so ist das mehr nur eine neue Etikettierung der alten Themata. Auch ist die Darstellung etwas reichlich mit Ausdrücken, wie „idealer Grenzwert“ oder „Grenzideal“ (S. 6 f.), gespickt. Ed. König.

Wilhelm II. 25 Jahre Kaiser und König. Von Paul Meinhold. Berlin, E. Hofmann & Co. Brosch. M. 4.—.

In durchaus erschöpfender Weise wird hier eine in lichten Farben gehaltene Gesamtdarstellung des Kaisers gegeben; über Leben und Werk, über seine Stellung zur Vergangenheit und Umwelt, zu den großen Weltanschauungsfragen und den Problemen und Aufgaben der Gegenwart wird eingehend berichtet. Eine Reihe von einwandfreien Abbildungen und Faksimiles trägt sehr gut zur Anschaulichkeit bei. Die klare Allgemeinverständlichkeit des von wärmstem Patriotismus erfüllten Buches, das übrigens so oft wie möglich eigne Worte des Kaisers zitiert, macht es in hohem Maße zu einem Volksbuche geeignet, und als Jubiläumsschrift im herkömmlichen Stil wird es sicher seinen Weg finden. O. B.

Von Tilsit bis Leipzig (1807—1813). Von Hermann Jaenicke. Mit einem Bilde des Völkerschlachtdenkmals. Berlin, R. Eisenschmidt. Geheftet M. 3.—.

In lebendiger Darstellung führt uns der Verfasser die Geschichte jener ereignisreichen Jahre vor, vom Tilsiter Frieden bis zur Leipziger Völkerschlacht, deren nationale, politische und militärische Bedeutung das Schlußkapitel würdigt. Besonders klar tritt zutage, was Preußens Volk und Heer 1813 geleistet haben; auch die Verdienste König Friedrich Wilhelms III. erfahren gerechte Anerkennung. Nicht in allen Stücken dagegen vermögen wir dem Urteil über Napoleon beizupflichten. Ueberall trägt das treffliche Buch den Ergebnissen der neueren Forschung Rechnung; es ist für alle Gebildeten bestimmt und wird namentlich auch von den Schülern höherer Lehranstalten mit Nutzen gelesen werden. Fr. R.

Erinnerungen eines alten Irrenarztes. Von Carl Pelman. Bonn, Fr. Cohen. Mit Porträt.

Der langjährige Ordinarius an der Bonner Universität und Verfasser des bekannten Buches „Psychische Grenzzustände“ reiht in diesem Büchlein interessante Schilderungen seines reichen, arbeitsvollen Lebens aneinander. Auch diese Veröffentlichung trägt, wenn sie auch mehr persönliche als allgemeine Bedeutung haben dürfte, durchaus populäre Züge, und besonders sympathisch berührt die frische, launige Art, mit der ein Mann in der abgeklärten Ruhe des Alters über sein Leben zurückschaut und zu dem, der es gerade hören will, über seine psychiatrischen und menschlichen Erfahrungen plaudert, ohne im übrigen den Anspruch zu machen, Außergewöhnliches oder Unerhörtes zu bieten. O. Beyer.

Im Scheine des Nordlichts. Eine Geschichte aus Lappland von Sophus Bonde. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Sophus Bonde, der vor einem Jahre mit

Digitized by Google

dem urwüchsig frischen „Schimannsgarn“ sich als Erzähler so vorteilhaft und verheißungsvoll bei dem deutschen Publikum einführte, bringt uns wieder eine Gabe, deren wir uns aufrichtig freuen dürfen. Auch diesem Buch ist vor allem ein besonderer stofflicher Reiz eigen, denn es versetzt uns in die eigenartige, an mystischen Zügen reiche Daseinswelt der Lappen, jenes merkwürdigen Naturvolks im hohen Norden Europas, dessen Leben und Sitten zwar von Reiseschriftstellern häufig geschildert werden, aber wohl kaum schon einem deutschen Poeten so vertraut geworden sind und vermöge dieser genauen Kenntnis einen solchen Reichtum naturechter novellistischer Motive dargeboten haben, wie dem auch hier mit vollen Händen aus den Erlebnissen seiner wanderfrohen Jugendzeit schöpfenden Bonde. Aber der reizvolle Stoff allein würde wenig bedeuten, wenn der Autor nicht auch die glänzende Erzählergabe und Gestaltungskunst besäße, die schon seinem ersten Buch zu einer so starken Wirkung verholfen hat und hier wiederum eine hinreißende Kraft entfaltet. Bonde erweist sich in der Tat wieder als der geborene Erzähler, nicht nur in der lebensvollen, tragischen Rahmenerzählung, sondern auch in den mit dieser sehr geschickt verwobenen Schnurren und abenteuerlichen oder märchenartigen, oft wunderbar poesievollen Volkserzählungen, in denen er wahrhaft unerschöpflich ist. Meisterhaft versteht er auch die ernste, gewaltige nordische Natur zu schildern und ihren Stimmungszauber in eine künstlerische Harmonie mit den Charakteren und den Schicksalen der Menschen, von denen er erzählt, zu setzen. Bondes neues Buch ist eine höchst achtungswerte literarische Leistung, aber es ist noch mehr als das — es ist ein Werk, das unser Herz und unsre Phantasie ganz in seinen Bann schlägt und mit so tiefen Eindrücken erfüllt, daß wir es nie mehr vergessen. B—r.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Abderhalden, Emil, Schutzfermente des tierischen Organismus. Berlin, Julius Springer. Geb. M. 8.80.

Bernatzik, Dr. Edm., Die Ausgestaltung des Nationalgefühls im 19. Jahrhundert. — Rechtsstaat und Kulturstaat. Zwei Vorträge. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhdlg. M. 2.—.

Bismarck-Kalender auf das Jahr 1913. Herausgegeben von Albrecht Philipp und Horst Kohl. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlg. Theodor Weicher. M. 1.25.

Boettger, Georg, Pfadfinder zur Belebung militärischen Denkens. München, Vereinigte Kunstanstalten A.-G. 50 Pf.

Charmatz, R., Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs im 19. Jahrhundert. I: Bis zum Sturz Metternichs. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Dalmer, H., Der Erbsohn des Peter Anselm Bergeshuber. Roman. Wolfenbüttel, Julius Zwißler. Geb. M. 4.50.

Dannemann, Friedrich, Die Naturwissenschaften in ihrer Entwicklung und in ihrem Zusammenhange. 3. Band. Leipzig, Wilhelm Engelmann. Geb. M. 10.—.

Deecke, Prof. Dr. W., Landeskunde von Pommern (Sammlung Göschen). Leipzig, Göschen'sche Verlagsbuchh. Geb. 80 Pf.

Deutsch-Ostafrika als Siedelungsgebiet für Europäer, unter Berücksichtigung Britisch-Ostafrikas und Nyassalands. München und Leipzig, Duncker & Humblot. M. 4.—.

Die heilige Erde. Ein Hausbuch für freie Menschen, mit einem Geleitwort von Otto Ernst. München, Ernst Reinhardt. Gebunden M. 4.—.

Engel, Eduard, Geschichte der französischen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. 8. Aufl. Leipzig, Friedrich Brandstetter. Geb. M. 7.25.

Farkas, Dr. Paul, Staatsstreich und Gegenrevolution in der Türkei. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 2.—.

Faust, A. B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur. Leipzig, B. G. Teubner. M. 9.—.

Faust, A. B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung. Leipzig, B. G. Teubner. M. 9.—.

Gaudy, Alice Freiin von, Lebenshöhen. Neue Balladen und Lieder. Leipzig, Georg Wigand. Geb. M. 3.—.

Glück, Lina, Stecken und Stab. Roman, Wolfenbüttel, Julius Zwißler, Geb. M. 4.50.

Goeler von Ravensburg, Dr. F. Frhr., Grundriß der Kunstgeschichte. Ein Hilfsbuch für Studierende. 3. Aufl. Neubearbeitet von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Schmid-Aachen. Erste Hälfte: Altertum und Mittelalter. Zweite Hälfte: Neuzeit. Berlin, Carl Duncker. M. 9.—.

Harling, von, Die Schweizer Militärsteuer. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 3.—.

Hertzka, Theodor, Das soziale Problem. Berlin, Georg Reimer. M. 6.—.

Hirschfeld, Ludwig, Die plötzliche Insel. Novellen. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 2.50.

Hübner, Otto R., Asyendismus. Der Glaube an den Lebensaufstieg. Leipzig, Fritz Eckardt Verlag. M. 1.50.

Janson, Gustaf, Lügen. Geschichten vom Kriege. Leipzig, Georg Merseburger. Geb. M. 4.50.

Digitized by Google

Kähler, Dr. Wilhelm. Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme. Vortrag. Leipzig, B. G. Teubner. 80 Pf.

Kern, Otto, Nord-Griechische Skizzen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 3.—.

Key, Ellen, Rahel Varnhagen. Eine biographische Skizze. Einzig autorisierte Uebertragung aus dem schwedischen Manuskript von Marie Franzos. 2. Aufl. Halle a. S., Edgar Thamm.

Kleinpaul, Dr. Rudolf, Die Ortsnamen im Deutschen. Ihre Entwicklung und ihre Herkunft. Leipzig, G. J. Göschen. 80 Pf.

Kluge, Fr., Wortforschung und Wortgeschichte. Aufsätze zum deutschen Sprachsatz. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 4.—.

Kötzschke, Rudolf, Quellen zur Geschichte der Ost-Deutschen Kolonisation im 12. bis 14. Jahrhundert. Leipzig, B. G. Teubner. M. 2.—.

Lamprecht, Karl, Einführung in das historische Denken. Leipzig, R. Voigtländer's Verlag. Geb. M. 2.60.

Landsberg, Hans, Rahel. Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde. Berlin, Leonhard Simion Nachf. Geb. M. 4.50.

Mach, Prof. Ernst, Erinnerungen einer Erzieherin. Nach Aufzeichnungen von *** mit einem Vorwort herausgegeben. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 4.—.

Moldenhauer, Dr. jur. P., Internationale Fortschritte der Sozialversicherung. Vorträge. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung. M. 2.—.

Niemeyer, Dr. jur. Theodor, Der Rechtsspruch gegen Shylock im „Kaufmann von Venedig". München und Leipzig, Duncker & Humblot. M. 1.50.

Plenge, Johann, Die Zukunft in Amerika. Berlin, Julius Springer. M. 1.60.

Rod, Eduard, Das entfesselte Schicksal. Roman. Berlin, Erich Reiß. M. 4.—.

Rothschild, Ernst, Kartelle, Gewerkschaften und Genossenschaften nach ihrem inneren Zusammenhang im Wirtschaftsleben. Berlin, Julius Springer. M. 4.80.

Salzer, Prof. Dr. Anselm, Illustrierte Geschichte der Deutschen Literatur. Lieferung 51. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H. M. 1.—.

Schäfer, Dietrich, Deutsche Geschichte. 2 Bände. Zweite, bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage. Jena, Gustav Fischer. M. 14.—.

Stavenhagen, W., Hauptmann a. D., Feldbefestigung (einschließlich Kampf um befestigte Feldstellungen). Für Offiziere aller Waffen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen. Zweite, erweiterte und umgearbeitete Auflage. Mit einer Tafel, enthaltend 35 Skizzen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geheftet M. 1.50.

Voigt, Julius, Goethe und Ilmenau. Unter Benutzung zahlreichen unveröffentlichten Materials. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 5.—.

Wolff, Kurt, Der Dramatiker Herbert Eulenberg. (Mitteilungen der Literarhistor. Gesellschaft Bonn.) Bonn, Friedrich Cohen. M. 1.50.

Berichtigung

An die „Deutsche Revue", Stuttgart.[1])

In dem Artikel „Ein Mißgeschick der türkischen Armee bei Tschataldscha", Seite 169, habe ich folgendes gelesen:

„... ob diese Bewegung, die Abuk-Pascha weiter ausdehnen wollte und die am 17. November von dem im Stabe Mahmud Mukthars befindlichen deutschen Offizier Lossow entworfen wurde usw."

Ich bitte berichtigend publizieren zu wollen, daß der Oberstleutnant v. Lossow sich nicht in meinem Stabe befand und auch nichts zu entwerfen hatte.

Hochachtend
H. Mahmud Mukthar-Pascha.

[1]) Von dem türkischen Botschafter in Berlin ging uns obige Berichtigung zu.
Die Redaktion.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

In der ersten Juniwoche gelangen in unterzeichnetem Verlag zur Ausgabe:

Graf S. J. Witte

Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft

Einzig berechtigte deutsche Ausgabe

Übersetzt und eingeleitet von **Josef Melnik**

I. Band. Geheftet M 7.50, in Leinen gebunden M 9.–

Wenn diese Einführung in die Nationalökonomie zunächst vor allem wegen der Persönlichkeit ihres Verfassers interessiert, so wird sie dieses Interesse nicht enttäuschen. Der bedeutende russische Staatsmann, dem sein Vaterland die allmählich durchdringende Gesundung seiner Finanzen verdankt, spricht über seinen Stoff aus der Fülle reichster eigener Erfahrungen, die durch klares, logisches Denken und durch breite theoretische Kenntnisse den höchsten Wert erhält. Der Laie und der noch am Anfang seiner Studien stehende Schüler der Volkswirtschaft wird den Darlegungen Wittes überall mit vollem Verständnis zu gründlicher Belehrung folgen können; der Fachmann wird eine Menge dankenswerten Materials über speziell russische Verhältnisse finden, auf die der Verfasser fortwährend Bezug nimmt. Oft aber zieht er auch die außerrussische Volkswirtschaft in den Kreis seiner Betrachtungen und zeigt sich dann, besonders wenn er auf deutsche Dinge zu sprechen kommt, als der europäisch geschulte, über alle bornierten Vorurteile weit erhabene Geist, als der er so viel Segensreiches für Rußland gewirkt hat. Man kann das Werk mit Recht bezeichnen als

das politische Testament eines der einflußreichsten Staatsmänner der jüngsten Vergangenheit.

Rußlands Orientpolitik

in den letzten zwei Jahrhunderten

Auf Veranlassung Seiner Durchlaucht des Fürsten Franz von und zu Liechtenstein dargestellt von

Hans Uebersberger

I. Band: Bis zum Frieden von Jassy. Geh. M 7.–, in Halbfranzband M 9.–

Ein Stoff, gleich bedeutsam für die historische Wissenschaft wie für die praktische Politik der unmittelbaren Gegenwart, wird in diesem Werke mit einer so gründlichen Materialkenntnis behandelt, wie sie westeuropäische Forscher für dieses Gebiet der russischen Geschichte sich früher kaum erwerben konnten. Die russische Orientpolitik hat mancherlei fast überraschende Wandlungen durchgemacht; immer waren ihre Ziele von kräftigem nationalem Egoismus bestimmt, der die Gefühlspolitik der Panslawisten usw. mit kluger Berechnung in seinen Dienst stellte. So führt das Studium der Vergangenheit der russischen Orientpolitik, wie Uebersbergers Werk es ermöglicht, auch zum Verständnis der letzten Ereignisse auf der westlichen Balkanhalbinsel.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT IN STUTTGART

Digitized by Google

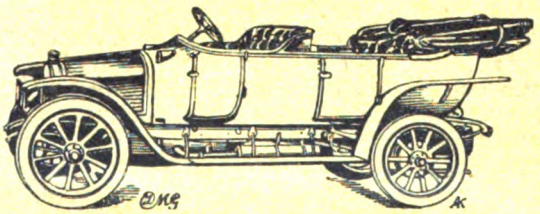
Dresden ▭ Hotel Bellevue

unter persönlicher Leitung des Direktors **R. Ronnefeld**

Weltbekanntes vornehmes Haus in unvergleichlicher Lage an der Elbe **mit Garten** und Terrasse; gegenüber dem Kgl. Schloß, Hofkirche, Opernhaus, Gemäldegalerie usw. **Umgebaut, vergrößert und mit allen zeitgemäßen Einrichtungen versehen.** Warmwasserheizung. — **Zimmer und Wohnungen mit Privatbad und Toilette.** **Auto-Garage** (abgeschlossene Abteile).

MERCEDES

ist der billigste Stadt- und Touren-Wagen



Erstklassiges Material
Tadellos einf. Konstruktion
Längste Lebensdauer
Geringste Reparaturquote

Daimler-Motoren-Gesellschaft, Stuttgart-Untertürkheim

Katalog und ausführliche Offerte steht Interessenten kostenlos zur Verfügung

Eigene Karosseriefabrik

Wildbad

württ. Schwarzwald, 430 m ü. d. M. :: **20,000 Kurgäste.**

Warme Heilquellen

:: **mit großer Radioaktivität** ::

seit Jahrhunderten bewährt gegen **Rheumatismus, Gicht, Nerven- und Rückenmarksleiden, Neurasthenie, Lähmungen, Verletzungen und chronische Leiden der Gelenke und Knochen. Dampf- und Heißluftbäder. Schwedische Heilgymnastik, Massage, Schwimmbad. Radium-Inhalatorium** (Emanatorium). **Luftkuren, Sommerfrische.** Neues Kurhaus. Berühmte Enzpromenade. **Drahtseilbahn** auf den Sommerberg, 730 m ü. d. M. Berghotel. — **Wintersportplatz.** — Kurorchester, Theater, Jagd, Sport etc. — Hervorragende Ärzte. Prospekt gratis durch den **Kurverein.**

Nürnberg

Sendig-Hotel Württemberger Hof

Wiesbaden

Sendig's Eden-Hotel

Verantwortlich für den Inseratenteil: Richard Reff in Stuttgart.
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart. — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Wür

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

FOURTEEN DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

ICLF (N)

This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

4Jan'56PTX

DEC 13 1955 LU

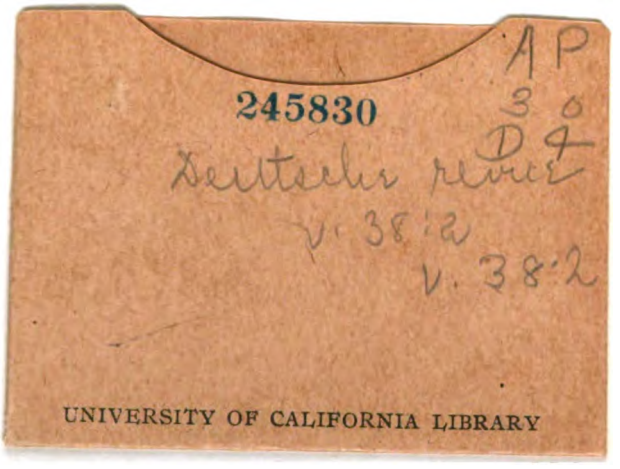
REC. CIR. ITB 4'76

LD 21–100*m*-2,'55
(B139s22)476

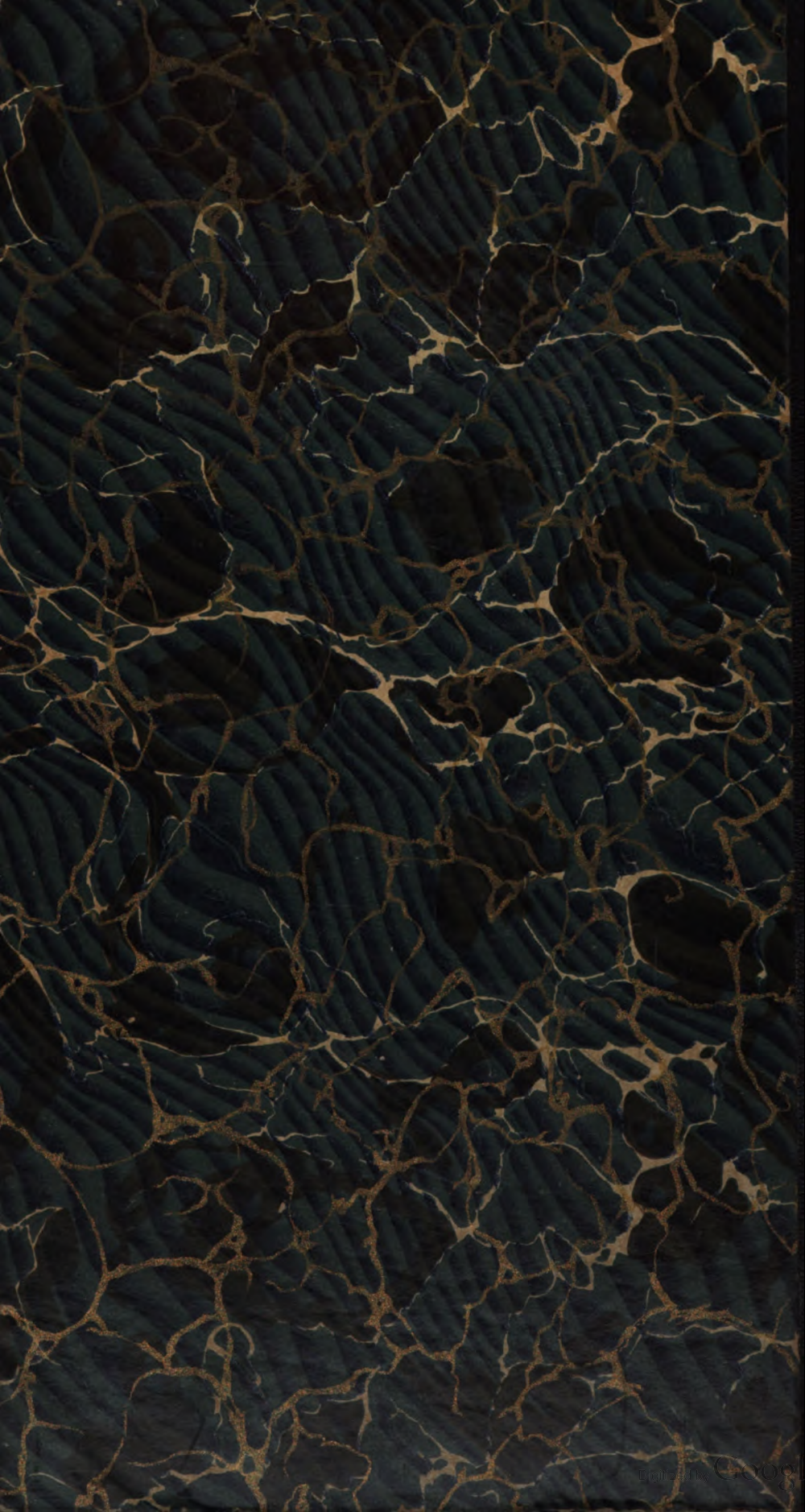
General Library
University of California
Berkeley

Digitized by Google

YD 07261


245830
AP
30
D4
Deutsche revue
v. 38:2
v. 38:2
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

Digitized by Google


Digitized by Google